



universität
wien

DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation / Title of the Doctoral Thesis

„Migrantische Mehrsprachigkeit und die Krise der Harmonie – Linguizismus und emanzipative Strategien in einem Sprachen- und Medienprojekt“

verfasst von / submitted by

Mag.phil. Assimina Gouma

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Doktorin der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt / A 092 301
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt / Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
field of study as it appears on the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

Univ. Prof. Dr. Katharine Sarikakis

*Για την μαμά μου
και
για την Μαλβίνα
που μου έκανε παρέα στο γράψιμο
για να δούμε μαζί την ανατολή*

INHALTSVERZEICHNIS

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	IX
TABELLENVERZEICHNIS	IX
1 EINLEITUNG.....	1
1.1 ESPRIS – Ein partizipatives Projekt	2
1.2 Fragestellungen	4
1.3 Bedingungen und Methoden für machtkritisches Handeln	5
1.4 Kategorien der Differenz	6
1.5 Aufbau der Arbeit.....	7
2 WISSENSPRODUKTION IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT.....	9
2.1 Die Standortabhängigkeit der Wissenschaft in der Migrationsgesellschaft	10
2.2 Zur Kritik des methodologischen Nationalismus.....	14
2.3 Die Theoretisierung des Migrationsfelds	16
2.4 „Integration“ als dominantes Paradigma in der Forschung und das Integrationsdispositiv als Gegenperspektive	21
2.5 Theoretische Anliegen abseits des methodologischen Nationalismus – Konjunkturen des (Anti-)Rassismus	27
2.6 Gesellschaftsforschung statt „Migrantologie“	30
3 DIE MIGRATIONSFRAGE UND DIE MEDIEN.....	33
3.1 MigrantInnen und die Kommunikationswissenschaft	35
3.2 Die Migrationsfrage interdisziplinär betrachtet.....	43
3.2.1 Grenz- und Migrationsregime: Durchlässige Strukturen, handelnde AkteurInnen, (gegen)hegemoniale Diskurse.....	45
3.2.2 Autonomie der Migration zwischen Wissenschaft und antirassistischer Praxis	47
3.2.3 „ <i>Transnational turn</i> “ und „Migrantologie“	49
3.2.4 Das postmigrantische Paradigma als Überwindung der Migrantologie?.....	53
3.3 Die Migrationsfrage, „weisse Medien“ und die Harmonie	55
3.4 Medien als Technologien des Regierens und/oder Agenten der Veränderung.....	60
4 MEHRSPRACHIGKEIT, MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT	65

4.1	AkteurInnen, Orte und Rechte abseits der deliberativen Öffentlichkeit	66
4.2	Mehrsprachigkeit	71
4.2.1	Zwei Widersprüche im Umgang im Mehrsprachigkeit	73
4.3	Mehrsprachigkeit und die Integrationsdebatte	76
4.4	Sprachkenntnisse und pädagogische Verhältnisse im Integrationsdispositiv.....	79
4.5	Linguizismus in der Migrationsgesellschaft.....	85
4.6	Konsens, Konflikte und Mehrsprachigkeit.....	88
4.7	Von Mehrsprachigkeit zu Stimme (<i>voice</i>).....	91
4.7.1	Freie Radios zwischen <i>public value</i> und agonistischen Gegenöffentlichkeiten.....	93
5	DAS FELD UND DIE EMPIRISCHE FORSCHUNG.....	99
5.1	Das Feld	99
5.2	Methodologie.....	102
5.3	Methoden.....	104
5.3.1	ExpertInneninterviews	106
5.3.2	Problemzentrierte Einzel- und Gruppeninterviews.....	107
5.4	Die Interpretation mit Grounded Theory.....	108
5.5	Öffentliche Diskussion der Ergebnisse und feedback der teilnehmerInnen.....	110
6	DIE METHODOLOGIE DER PARTIZIPATION – PARTIZIPATIVE ELEMENTE UND REFLEXION IM RAHMEN VON ESPRIS.....	113
6.1	Partizipation im Vorfeld von ESPRIS.....	116
6.2	Partizipation als methodologisches Konzept	117
6.3	Partizipative Forschung als soziale Bewegung	120
6.4	Die Frage der Relevanz und politische Projekte.....	123
6.5	Kritik an partizipativen Zugängen.....	126
6.6	Macht, (Selbst-)Ermächtigung und Paternalismus.....	130
6.7	Partizipation als kritisches Konzept für migrantische Mehrsprachigkeit – Eine methodische Reflexion.....	134
7	„WHAT KIND OF PLACE IS THIS?“ – EINE RAUM- UND REGIONANALYSE	139
7.1	Raum, Migration und Medien in Beziehung setzen	139
7.2	Das Salkammergut und der Bezirk Gmunden	140
7.3	Räumliche Konzepte zwischen „Lokal“ und „global“	143
7.4	Der Bezirk Gmunden als neoliberaler Raum	145
7.5	Räumlich-diskursive Dis-Kontinuitäten im Salzkammergut	147

7.6	Institutionelle AkteurInnen	150
7.7	Rescaling-Prozesse - <i>Harmony in Diversity</i>	156
8	„DIE GLEICHE SPRACHE SPRECHEN“	159
8.1	Linguizismus – Interventionen und Kollektivierungen	160
8.2	Die ESPRIS-Lernpartnerschaften als partizipative Aktionen	163
8.3	Beweggründe für die Teilnahme in den Lernpartnerschaften	167
8.4	Die Krise der Erfahrung	174
8.5	Soziale Teilnahmebedingungen	175
8.6	In Beziehung-Treten durch TandemLernen und Durch die Interviews	178
8.7	„Die gleiche Sprache“ sprechen	183
9	RADIOARBEIT, MEDIALE SPRACHREGIME UND LINGUIZISMUS	187
9.1	Disharmonie in der „Diskussionsrunde“	190
9.2	Medien und Sprachregimes	196
9.3	Marginalisierte Stimmen – Linguizismus und Scham	198
9.4	Transnationales Sprechen in der Migrationsgesellschaft	204
10	GEGENSTRATEGIEN – DEN LINGUIZISMUS BESCHÄMEN	211
10.1	Zwang und Widerstände – Ermächtigung durch die hegemoniale Sprache?	213
10.2	der Kampf um „Korrektes Deutsch“ und affirmative Sabotagen	219
11	HARMONIE UND MIGRANTISCHE MEHRSPRACHIGKEIT – CONCLUSIO	229
11.1	Mehrsprachigkeit, ESPRIS und das hegemoniale Harmonieprojekt	230
11.2	„Probleme“ und gesellschaftliche Hegemonieprojekte	233
11.3	Rassismuskritische Perspektiven und die Krise der Harmonie	235
11.4	Die eigene Involviertheit	239
12	LITERATUR	243
13	ANHANG	277
13.1	Fragen für die ExpertInneninterviews	277
13.2	Fragen für Einzel- und Gruppeninterviews	278
13.3	Informationsmaterial zu ESPRIS	279
14	DANKSAGUNG	283
15	ABSTRACT (DEUTSCH)	285
16	ABSTRACT (ENGLISCH)	287

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Das Salzkammergut und der Bezirk Gmunden.....	141
Abbildung 2:	Linguizismuserfahrungen und Gegenstrategien.....	165
Abbildung 3:	„Welche Chancen bietet dieses Projekt für mich?“ – Moderationskärtchen mit Antworten aus dem ersten Reflexionstreffen von ESPRIS.....	167
Abbildung 4:	„Meine Wünsche/Erwartungen an meine/n Lernpartner/in“ – Moderationskärtchen mit Antworten aus dem ersten Reflexionstreffen von ESPRIS	169

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Aktuelle Forschungsfragen im Bereich Migration und Medien	38
------------	---	----

1 EINLEITUNG

„Mehrsprachigkeit“ ist nicht nur ein von unterschiedlichen Gruppen und Interessen umschwärmter Begriff, sondern auch ein wichtiges Mittel für die Kämpfe der MigrantInnen um soziale Rechte und Partizipation. Der gesellschaftliche Diskurs um Mehrsprachigkeit, stark vorangetrieben vom andauernden Hype um Fremdsprachen im Zusammenhang mit beruflichem Erfolg, schafft widersprüchliche Bedingungen für die Auseinandersetzung mit migrantischem Sprechen und migrantischen Sprachen: Die Debatten, migrantische Alltagspraktiken, Maßnahmen und Projekte in Zusammenhang mit „Mehrsprachigkeit“ bieten eine Chance für MigrantInnen sich kollektiv als politisch mehrsprachige Subjekte, als „Wissende“ statt als „Unwissende“ in das gesellschaftlich hegemoniale Mehrsprachigkeitsverständnis einzureklamieren. Oder eben nicht.

Mag „Ressource“ ein geflügeltes Wort im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit sein: Die Handlungsmöglichkeiten durch Sprachen und Mehrsprachigkeit variieren stark. Die Bedingungen, die zu diesem Widerspruch beitragen, sind verschränkt mit sozialen Hierarchien von Klasse, Gender, Herkunft usw. Legitimiert wird der Linguizismus – diese spezifische Form des Rassismus, die Sprachen und ihre SprecherInnen aufgrund ihrer sozialen, lokalen oder migrantischen Herkunft abwertet (vgl. Dirim 2010) – durch die Problematisierung von Abweichungen von sprachideologischen Normvorstellungen. Mehrsprachigkeit ist deshalb ein widersprüchliches Konzept, das Ungleichheit sichtbar und somit verhandelbar macht. MigrantInnen gehen in vielfältiger Weise offensiv mit Mehrsprachigkeit um. Im Rahmen von sozialen Kämpfen fordern sie Sprachenrechte ein, entwickeln Praktiken gegen Linguizismus und konterkarieren den strukturellen Rahmen und die ungeschriebenen Gesetze rund um Sprache und damit verbundene soziale Ausschlüsse.

Meine Dissertation ist das Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zum partizipativen Projekt „Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut“¹ (ESPRIS). ESPRIS war ein lokales Projekt, das mit einem positiven Zugang zu migrantischer Mehrsprachigkeit eine Reihe von Aktionen (Tandem-Learning, Medienarbeit, Reflexionstreffen, Workshops) im Bezirk Gmunden in der Region Salzkammergut umsetzte. Ursprünglich unter dem Titel „Mehrsprachigkeit und nicht-kommerzielle Medien – Emanzipative Strategien für Migrantinnen“ war die Begleitforschung ein Teilprojekt von ESPRIS, mit dem Ziel, die im Rahmen des Projekts durchgeführten Sprachlernkurse und die Medienarbeit sozialwissenschaftlich zu erforschen, zu unterstützen und gemeinsam mit den ESPRIS-TeilnehmerInnen darüber zu reflektieren.

¹ Ein ausführlicher Überblick über ESPRIS ist im Anhang beigelegt.

Im Mittelpunkt dieser Dissertation stehen die Erfahrungen und Strategien der ESPRIS-TeilnehmerInnen mit Linguizismus und Mehrsprachigkeit in der Region. Ausgehend von Befragungen setze ich mich mit den Alltagserfahrungen der TeilnehmerInnen, mit Aspekten der Medienarbeit und mit dem pädagogischen Verhältnis in der Migrationsgesellschaft auseinander. Experteninterviews mit regionalen AkteurInnen, eine Sozialraumanalyse wie auch die Auseinandersetzung mit der Frage der Partizipation als Methode runden die Analyse des Datenmaterials ab.

1.1 ESPRIS – Ein partizipatives Projekt

Das partizipative Projekt ESPRIS fand zwischen Februar 2012 und September 2014 statt und bezog sich auf den Bezirk Gmunden im Salzkammergut, einer kulturell, sozial, landschaftlich und ökonomisch heterogenen Region in Oberösterreich. Die Finanzierung von ESPRIS erfolgte durch den European Social Fonds (ESF) und das österreichische Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) im Rahmen der Ausschreibung des Maßnahmenbereichs „Lebensbegleitendes Lernen in der Erwachsenenbildung“. Das Konzept von ESPRIS entstand im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft, die folgenden Institutionen bildeten: Das Community/Medien/Institut (COMMIT), das Bildungszentrum Salzkammergut (BIS), das Freie Radio Salzkammergut (FRS) und das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (IPKW) der Universität Wien. Die Koordination erfolgte durch das BIS.

Ziele von ESPRIS waren die Entwicklung und Umsetzung emanzipativer Sprachlernkonzepte für die Region Salzkammergut sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den regionalen AkteurInnen. Zentral war dabei die Zusammenarbeit mit dem FRS bei der Entstehung der – inzwischen mit dem Radiopreis für „Interaktive und experimentelle Produktionen“ prämierten – Sendereihe „Pangea Lingua – auf den Spuren der Mehrsprachigkeit im Salzkammergut“. ESPRIS-TeilnehmerInnen konnten im Rahmen von „Pangea Lingua“ redaktionelle Beiträge mehrsprachig mitgestalten und sich in der Medienöffentlichkeit als Stimme (*voice*) Gehör verschaffen. Im Rahmen der Sendereihe gaben ESPRIS-TeilnehmerInnen der regionalen Mehrsprachigkeit eine Stimme in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus war ESPRIS als eine Intervention in Diskurse konzipiert, die migrantische Mehrsprachigkeit als Bedrohung konstruieren.

Unter der Koordination von BIS wurden im Rahmen von ESPRIS neben der partizipativen Produktion der Radio-Sendungen Sprachlern-Tandems organisiert und begleitet. Das Tandem-Konzept sah vor, dass sich MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen gegenseitig eine andere Sprache – in den meisten Fällen die Erstsprache – beibringen. Mit diesem Sprachlernkonzept schlug ESPRIS ein alternatives pädagogisches Verhältnis des Sprachenunterrichts in einer regionalen und politischen

Landschaft vor, wo MigrantInnen von staatlicher Seite durch Einbürgerungstests und einseitige Integrationsvereinbarungen infantilisiert werden, indem sie Pflichttests absolvieren müssen. Im Gegensatz zur staatlichen Konstruktion der „integrationsunwilligen“ MigrantInnen und der Legitimierung von Deutschlernen als Zwang, setzte ESPRIS einerseits an der Realität der unzureichenden und lückenhaften Sprachlernangebote in der Region an und versuchte andererseits Menschen das Sprachenlernen ohne Zwang und Kostenaufwand zu ermöglichen. Die Verbindung von Sprachenlernen mit emanzipativen Strategien in der gegenwärtig durch Integrationsimperative dominierten Migrationsgesellschaft beschreibt die treibende Idee für die Entwicklung und Umsetzung des Projekts.

Im Rahmen meiner Dissertation begleitete ich ESPRIS aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive. Zum einen führte ich Workshops zu den Themen Mehrsprachigkeit, kritische Migrationsforschung und Anti-/Rassismus im BIS durch. Dadurch sollte ein Raum für Austausch und gemeinsame Reflexionsprozesse entstehen, um über Herausforderungen eines solchen Projekts nachdenken und geeignete Handlungsstrategien entwickeln zu können. Zum anderen basiert die Dissertation auf qualitativen Einzel- und Gruppeninterviews mit den TeilnehmerInnen von ESPRIS und mit ExpertInnen in der Region.

Im Laufe der Forschungsarbeit fanden vielfältige Verschiebungen im Projekt statt. Obwohl sich das gesamte ESPRIS-Team ursprünglich auf Frauen als Projektteilnehmerinnen einigte, entschieden wir uns während der Organisationsphase der ersten Lernpartnerschaften aufgrund der geringen sprachlich zusammenpassenden Tandem-Anmeldungen und durch die regionalen Begebenheiten bzw. die eingeschränkte Mobilität aufgrund des öffentlichen Verkehrsnetzes dazu, für die Tandempaare wie auch für die Radioarbeit sowohl Frauen als auch Männer aufzunehmen. Die Partizipation an der Radioarbeit veränderte sich ebenfalls im Laufe von ESPRIS. Das Interesse der TeilnehmerInnen an der Radioarbeit war vor allem zu Beginn des Projekts aufgrund der Biographien und Erfahrungen mit Medien nicht in dem Ausmaß vorhanden, das wir erwartet hatten. Die Auseinandersetzung mit emanzipativen Sprachstrategien in der Region stand zu Beginn der Begleitforschung daher im Mittelpunkt. Später – als die Radioarbeit intensiver wurde – kehrte ich zu der ursprünglichen Fragestellung zurück und hinterfragte die soziale Bedeutung der Freien Radios für MigrantInnen.

1.2 Fragestellungen

ESPRIS war² eine sozialraumorientierte Intervention, die in der Realität der „Integrationsvereinbarungen“ und des Fremdenrechts ein Feld relativer Autonomie beim Sprachenlernen und bei der Medienarbeit einräumte. Konzeptuell ging es im ESPRIS-Projekt um die Verbindung von gesellschaftlichen Ermächtigungsstrategien durch Medienarbeit, lokale Vernetzung, Lernpartnerschaften und Mehrsprachigkeit. Gefragt waren daher „emanzipative Prozesse des Spracherwerbs auch in Verbindung mit Medienpraktiken einerseits als Kontrast zur Verbindung von Sprache mit Zwang und andererseits als politische Praxis gegen Verhältnisse, die Benachteiligung aufgrund der Migrationsbiographie stützen“ (Gouma/Neuhold/Dorer 2014: 4).

Die zentrale Forschungsfrage der vorliegenden Dissertation lautet: Was können Projekte wie ESPRIS dazu beitragen, um einen selbstermächtigenden und emanzipativen Umgang mit Medien, Mehrsprachigkeit und Migration in einer ländlichen Region zu unterstützen? Welchen Beitrag kann ein partizipatives Medien- und Mehrsprachigkeitsprojekt leisten, damit MigrantInnen ihre soziale Position in der Migrationsgesellschaft verbessern können? Damit gehe ich implizit der großen Frage nach, welche sozialen Veränderungen können Interventionen wie ESPRIS als auch die sozialwissenschaftliche Begleitforschung dazu bewirken.

Antworten darauf erwarte ich durch die Auseinandersetzung mit Solidaritäten und Antagonismen innerhalb des Forschungsfelds zu finden, indem ich die „Harmonie“ angesichts der Ungleichheiten in der Region hinterfrage. Ich setze mich dafür mit hegemonialen Diskursen in der Forschung und in der Gesellschaft auseinander, um zu argumentieren, welche theoretischen Perspektiven selbstermächtigende und emanzipative Anliegen im Fokus haben. In der Empirie arbeite ich vorrangig mit dem Datenmaterial aus dem Feld und verknüpfe es mit der Perspektive der lokalen und geopolitischen Bedingungen, um mehrere Ebenen der Analyse einzubeziehen. Meine Untersuchungseinheiten sind sowohl Räume (lokale, mediale, transnationale etc.) als auch die Migrationsgesellschaft und die Intervention in diese Räume, wie sie etwa mit ESPRIS stattgefunden hat.

Die ESPRIS-Begleitforschung, die die Grundlage für diese Dissertation bildet, untersuchte einerseits den Umgang mit Mehrsprachigkeit in der Region und andererseits die Rolle der Medien als „agents of change“ (Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016a) in der Migrationsgesellschaft. Mehrsprachigkeit – als zentraler Baustein von ESPRIS – war der empirische Kompass für die Begleitforschung. Parallel dazu war durch die grundsätzliche Einordnung von ESPRIS im Bereich der Erwach-

² Die Vergangenheitsform bezieht sich auch darauf, dass die weitere Finanzierung einer Reihe von ESF-Projekten – darunter auch ESPRIS – aus administrativen Gründen bis zum heutigen Zeitpunkt nicht ausgeschrieben wurde. Daher konnte ESPRIS nicht – wie ursprünglich erwartet – über die zwei Jahre hinaus fortgesetzt werden.

senenbildung eine Sensibilisierung für hegemoniale pädagogische Verhältnisse in der Migrationsgesellschaft gefragt. Als Aufgabe dieser Dissertation sehe ich daher auch, das soziale Wissen der MigrantInnen in den Vordergrund zu rücken. Angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse, die MigrantInnen in postkolonialer Manier als „Bedürftige“ und „Unwissende“ konstruieren, die wiederum von antimigrantischen westlichen Politiken „Erziehung“ bedürfen würden, erschien und erscheint mir wichtig, Wege zu finden, um diese dominanten Erzählungen zu durchbrechen.

1.3 Bedingungen und Methoden für machtkritisches Handeln

In Zeiten der abwechselnden Überhöhung und Diskreditierung der „Willkommenskultur“, der Kriminalisierung von Flucht und MigrantInnen, aber auch von Solidarität (siehe auch Gouma 2017) sind Freiräume für emanzipative bzw. selbstermächtigende Projektanliegen knapper geworden. Durch das Ziel, einen Raum für solche Prozesse aufzumachen, stellt sich zwingend die Frage, welche Bedingungen ermöglichen bzw. verhindern, abseits des dominanten „Migrationsmanagements“ (De Jong et al. 2017) bzw. des Regierens der Migration selbstermächtigend zu handeln. Der Anspruch, ein emanzipatives (Lern-)Angebot zu gestalten und Medienarbeit zu begleiten, führt zu einer Reflexion über das eigene Handeln auf der Ebene der AkteurInnen, aber auch auf der Ebene der beteiligten Institutionen. Welche Interessen bewegen eine Gruppe von lokalen BildungsakteurInnen, RadiomacherInnen und Sozialwissenschaftlerinnen, sich mit der Frage nach emanzipativen Strategien des Sprachenlernens und nach Mehrsprachigkeit in der Radioarbeit auseinanderzusetzen? Welches Wissen treibt so ein Anliegen voran? Wie veränderte sich ESPRIS in der Praxis? Inwiefern haben die TeilnehmerInnen selbst Veränderungen vorangetrieben?

Das ESPRIS-Konzept baute auf der Zusammenarbeit von AkteurInnen aus den Bereichen der Medien, Sprachdidaktik, Wissenschaft und Community Development in der Region auf. Schon im Vorfeld war ein wichtiges Anliegen, die Ergebnisse und die Projektpraxis dafür zu nutzen, um Kollektivierungsprozesse im Bezirk Gmunden zu unterstützen. Aus diesem Grund setzte ich mich mit der Frage der Partizipation auseinander, um eine weitere Perspektive auf die Frage zu ermöglichen, wie Migrationsforschung bzw. sozialwissenschaftliche Forschung insgesamt Teil von sozialer Veränderung sein kann. Ich beschäftigte mich mit den aktuellen Diskussionen rund um partizipative Projekte, um einerseits eine Reflexion über die partizipativen Dimensionen und Einschränkungen des ESPRIS-Projekts zu ermöglichen und andererseits Wissen für Folgeprojekte zu generieren.

1.4 Kategorien der Differenz

ESPRIS unterstützte nicht nur die Idee über Mehrsprachigkeit und Medienarbeit, Beziehungen zwischen den Menschen in der Region zu ermöglichen, sondern erkannte auch die Bedeutung von gemeinsamen Treffen bzw. von gemeinsamen Aktionen für Solidarisierungsprozesse an. Die Projektidee basiert auf der Vorstellung eines pädagogischen Verhältnisses, das gegenseitiges, gleichberechtigtes Sprachenlehren und -lernen zwischen den LernpartnerInnen ermöglichen soll. In der Gesellschaft, in der ESPRIS stattfindet, geht es aber auch um pädagogische Verhältnisse des „Verlernens“. (Spivak 1993) Um diese Prozesse des Verlernens zu begleiten, bedarf es Ressourcen für die politische Selbstrepräsentation der MigrantInnen in der Region wie auch für den Wissenstransfer zwischen den beteiligten AkteurInnen.

Die Ambivalenzen der regionalen Praxis zwischen Solidarität, Antagonismus und Widerstand werden auch in der wissenschaftlichen Kategorisierung sichtbar. Auf die soziale Konstruktion der „Anderen“ durch Sprachpraktiken, durch die Politik, durch Diskurse oder auch durch Biographien und Mobilität beziehe ich mich in meiner Arbeit, indem ich die Kategorien „MigrantInnen“ und „Nicht-MigrantInnen“ verwende. Dabei handelt es sich nicht um eine Festschreibung von Herkunft oder Biographien in Personen, sondern um soziale Positionen und Positionierungen, die entweder auf Selbst- oder Fremdzuschreibungen beruhen und auf einen politisch umkämpften Wirklichkeitsentwurf hinweisen: „Migration ist selbst ein heterogenes Phänomen. Diese Heterogenität führt dazu, dass die Unterscheidung zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen ständig umkämpft ist (wie etwa in den Diskursen über Migrationshintergrund, Integration oder die zweite, dritte oder x-te Generation).“ (Bojadžijev/Römhild 2014: 21)

Die Auseinandersetzung mit der sozialen und politischen Konstruktion kategorialer Gruppen im Zusammenhang mit Migration fokussiert üblicherweise auf die „MigrantInnen“ bzw. auf die kulturell, ethnisch oder religiös „Anderen“. Kann die Kategorie „MigrantIn“ trotzdem sinnvoll sein? Im Manifest „Wir, die Seiltänzerinnen“ (FeMigra 1994) verwenden die Autorinnen die Bezeichnung „Migrantin“ als einen oppositionellen Ort und Gegenentwurf zu antimigrantischer Politik. „Migrantin zu sein“ ist aus der Perspektive selbstorganisierter Frauen ein Prozess, um Kollektiv gegen die Kulturalisierung und Normalisierung von sozialer Ungleichheit vorzugehen. „Migrantin“ wird in diesen Zusammenhängen als eine strategische und nicht als eine essentialisierende Identität angewendet. (siehe auch Gouma 2011: 68f.)

Ich gehe davon aus, dass diese aktivistische Strategie auch für die Wissenschaft relevant ist. Die Verwendung kategorialer Gruppen stellt einerseits wissenschaftliches Arbeiten vor dem Problem der Reproduktion „politischer Brandings“ (Bojadžijev/Römhild 2014: 10), worauf die radikale Kritik

gegen Kategorisierungen abzielt. Andererseits sind sowohl „Migrantin“ als auch „Nicht-Migrantin“ auch wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch hergestellte Realitäten. Ich verwende „Nicht-MigrantInnen“ als eine der Wissenschaftlichkeit geschuldete Begrifflichkeit, aber auch als eine subversiv-gemeinte Intervention in wissenschaftliche Erzählungen der Mehrheitsgesellschaft. Der Markierung der Differenz als Abweichung von der „Normalität“ wird in dieser Konstruktion ein Spiegel vorgehalten. Die Differenz „MigrantInnen“ und „Nicht-MigrantInnen“ ist gleichzeitig eine Reduktion, weil weitere Kategorien der Ungleichheit wie Gender, soziale Herkunft, Ableismus, Alter etc. nicht mitgemeint werden. Bei allen Ambivalenzen und heuristischen Problemen, die diese Kategorisierung hervorruft, ist sie für diese Dissertation wichtig und ein Mittel, um die „Harmonie“ der Migrationsgesellschaft zu hinterfragen.

1.5 Aufbau der Arbeit

Die Dissertation ist das Produkt der theoretischen und empirischen Begleitforschung, die ich im Rahmen von ESPRIS von 2012 bis 2014 in Wien und im Salzkammergut durchführte. Sie besteht aus zwei Teilen, Theorie und Empirie, die jedoch miteinander verschränkt sind.

Im ersten Teil bespreche ich den aktuellen Forschungsstand, indem ich auf die relevanten theoretischen Fragestellungen und Entwicklungen eingehe. Zu Beginn des Theorieteils setze ich mich mit der Frage auseinander, unter welchen theoretischen und konzeptuellen Bedingungen Migrationsforschung stattfindet und welche theoretische Orientierung sich aus dem Anliegen ergibt, kritische Perspektiven und selbstreflexives Vorgehen zu unterstützen. In Anlehnung an forschungskritische Beiträge argumentiere ich dafür, Migration als soziale Bewegung zu verstehen. Ausgehend von der politischen Realität antimigrantischer Maßnahmen untersuche ich an dieser Stelle die Verschränkungen von Migrationsforschung und Politik bzw. hegemonialen Diskursen, indem ich mich vor allem auf das dominante Paradigma der Integration in der Migrationsgesellschaft beziehe, das besonders stark im Bereich der „Deutsch als Zweitsprache“-Kurse manifest wird.

Im darauffolgenden Schritt wird die Beziehung von Medien, Migration und Mehrsprachigkeit hinterfragt. Auch hier stelle ich zentrale Paradigmen in der Kommunikationswissenschaft vor und formuliere das Anliegen nach neuen kritischen Paradigmen in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung. In Folge behandle ich kritische Konzepte für die Auseinandersetzung mit Migration, die zu einem Paradigmenwechsel in der Kommunikationswissenschaft beitragen könnten. Einen theoretischen Schwerpunkt stellt die Auseinandersetzung der „Öffentlichkeit“ aus der Perspektive eines migrantischen mehrsprachigen Publikums dar. Ich gehe vor allem auf den Übergang von „Sprache“ zu „Stimme“ in der Medienöffentlichkeit ausgehend von den Erkenntnissen

feministischer Forschung ein. Das vierte Kapitel greift Fragen des Linguizismus, der Mehrsprachigkeit und der Essentialisierung von Sprachen, aber auch pädagogische Verhältnisse in der Migrationsgesellschaft auf.

Der zweite Teil des Dissertationsprojekts bezieht sich auf die empirische Forschung, die mit der besprochenen Literatur verschränkt ist. Die Ergebnisse beziehen sich auf 21 qualitativen Interviews, die in Form von Expertinnen-, Gruppen- und Einzelinterviews stattgefunden haben. In die Interpretation des Datenmaterials fließen auch Wissen bzw. eine Aufmerksamkeit für Themen/Fragen ein, die in informellen Gesprächen in der Region eingebracht wurden.

Nach dem Einblick in die qualitative Methodologie und in die *grounded theory* bespreche ich die Frage der Partizipation als Methodologie. Ich hinterfrage die Bedingungen wie auch die Möglichkeiten, durch partizipative Projekte selbstermächtigende Prozesse zu unterstützen und zur sozialen Veränderung beizutragen. Im nächsten Schritt gehe ich vor allem anhand der ExpertInneninterviews und mit Bezug auf die *scales*-Debatte in den Sozialwissenschaften auf räumliche Dimensionen ein. Zum Abschluss diskutiere ich zentrale Kategorien des Datenmaterials.

2 WISSENSPRODUKTION IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Ist Migration ein Problem? Sozialwissenschaftliches Denken baut häufig auf dieser Annahme auf. Spätestens seit der Chicagoer Schule müssen MigrantInnen immer wieder gegen das „Problem“-Image in den Sozialwissenschaften ankämpfen. (Park 1922b; Park 1928) Auch der überwiegende Teil der politischen „Eliten“ (Dijk 1992) in der westlichen Welt versteht und behandelt Migration bzw. MigrantInnen als Problem, das gestoppt bzw. kontrolliert werden soll: „Tausende Menschen sterben an den hochgerüsteten Grenzen der Industrieländer. Millionen leben und arbeiten in der EU ohne soziale und politische Rechte. Milliarden Euro geben reiche Staaten für Abschiebelager, militärische Grenzsicherung und biometrische Datenbanken aus.“ (Georgi/Wagner 2009: 24) In der medialen Öffentlichkeit wird die „Problem“-Perspektive – von redaktioneller Routine, prekärer Reflexions- und Recherchessourcen (Weish 2015) und populistischer Dynamik unterstützt – verbreitet und vervielfältigt. (exemplarisch Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016b; Gouma 2015; Gemi/Ulasiuk/Triandafyllidou 2013; Gouma 2012a; Spindler 2011b; Fleras 2006; Geißler/Pöttker 2006; King/Wood 2001) Zusammenfassend hat sich durch das Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme der Standpunkt „Migration ist ein Problem“ zu einer dominanten Alltagstheorie, zum *common sense* durchgesetzt. Als wäre es nicht möglich und kaum denkbar Migration als Recht und Realität in einer globalisierten, vernetzten und von Ungleichheiten gekennzeichneten Welt zu behandeln.

In diesem Kapitel werde ich auf die akademische Wissensproduktion in der Migrationsgesellschaft eingehen. Das Feld der Migrationsforschung ist durchkreuzt von hegemonialen politischen Interpretationen der sozialen Verhältnisse. Kritisches alternatives Wissen, das gesellschaftliche Veränderung abseits von nationalen Erzählungen und westlich ökonomischen bzw. utilitaristischen Rationalitäten anstrebt, ist gefragt, es entsteht aber selbst innerhalb dieser Bedingungen. (De Genova 2013b) Relevant für meine Vorgehensweise sind einerseits die Erkenntnisse der Wissenschaftskritik und andererseits die kritische Wissensproduktion bzw. die migrationstheoretischen *counter narratives* im Rahmen der Grenzregimeforschung, der Autonomie der Migration und des *transnational turns*.

2.1 Die Standortabhängigkeit der Wissenschaft in der Migrationsgesellschaft

„Migration“ ist ein Thema, das unterschiedliche Funktionen erfüllt. Dazu zählen sowohl eher positive – z.B. Motor für Veränderungen, Bewegung gegen globale Ungleichheiten – als auch negative – Stabilisierung von innergesellschaftlichen Hierarchien, Entrechtung und ausbeuterische Verhältnisse. Insgesamt kann Migration selbst auch als eine Metapher erfasst werden: „Migration has been employed as a metaphor within contemporary critical theory for movement and dislocation, and the crossing of borders and boundaries.“ (Ahmed 1999: 331) Sara Ahmed bezieht sich dabei insbesondere auf die Arbeit von Iain Chambers (1994) *Migrancy, Culture and Identity*, wo Migration „becomes a way of interrogating, not only the different social relations produced by the histories of the displacements of peoples, but the very nature of identity itself“ (Ahmed 1999: 332). Dieser Versuch, alternatives Wissen zur verbreiteten Problematisierung der Migration zu produzieren, führt jedoch zum postmodernen Umstand, dass zwar die Bedeutung und Fluidität der Identitäten berücksichtigt, dafür aber Fragen der ungleichen sozialen und globalen Verteilung ausgeblendet werden. Sowohl Ahmed wie auch Avtar Brah (1996) und Uma Narayan (1997) hinterfragen die Reduzierung der Migration auf eine metaphorische Ebene, die alle AkteurInnen gleich macht. „To talk literally about such migrations is to complicate rather than reduce the meaning of migration: it is to introduce questions of contexts (postcoloniality/globality), historicity, temporality and space.“ (Ahmed 1999: 333)

In Opposition zu einem humanistischen Zugang im Sinne von Chamber („Wir sind alle MigrantInnen“) sind „Migration“ und „MigrantInnen“ eine Metapher für die ungleiche Verteilung von Ressourcen (Rana 2014) und daher ein Feld sozialer Auseinandersetzungen rund um Fragen sozialer Gerechtigkeit. Ebenso steht der Begriff für soziale Kämpfe unter ungleichen Machtverhältnissen. Für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist „Migration“ konstitutiv, weil einerseits zahlreiche hegemoniale Projekte der Gegenwart sich auf Migration bzw. die „Migrationsanderen“ (Mecheril 2010) beziehen. Andererseits findet Migration statt, sie ist eine gelebte Praxis, was unsere Erfahrungen und Handeln als MigrantInnen oder Nicht-MigrantInnen prägt. Migration ist also für europäische Gesellschaften auf unterschiedliche Art und Weise konstitutiv, worauf sich die Bezeichnung „Migrationsgesellschaft“ bezieht: Migration betrifft die ganze Gesellschaft unabhängig davon, ob es sich um MigrantInnen oder Nicht-MigrantInnen handelt. (siehe auch Edthofer et al. 2014; Mecheril/Castro Varela/Dirim 2010)

Obwohl es nicht immer so wahrgenommen wird, war Migration schon immer konstituierend für Gesellschaften. Damit wird Migration nicht als Ausnahme, sondern als „Normalzustand“ ange-

sprochen. (Mecheril et al. 2010a: 11) Trotzdem ist „Migrationsgesellschaft“ ein relativ neuer bzw. aktueller Begriff, der sowohl Bewegungen als auch Diskurse, Vermischung von Sprache und kulturellen Praktiken, rassistischen Strukturen usw. beinhaltet. (ebd.) Migration ist in diesem Sinne gesellschaftliche Realität und Phänomen sowie eine Metapher für unterschiedliche Anliegen in der Migrationsgesellschaft. Zu diesen Anliegen zählt die Stabilisierung von national-staatlichen und transnationalen Hierarchien durch die Konstruktion der „Anderen“. (Ha 2010: 417f.) Anders formuliert: Erst durch die soziale Konstruktion der „Anderen“ bekommt eine national-imaginierte Gemeinschaft (Anderson 1991) eine eigene „Identität“.

Aus einer kritischen Perspektive geht es bei der aktuellen gesellschaftlichen Bedeutung von Migration um Fragen der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit. Migration prägt unsere Zeit auf eine ähnliche Art und Weise wie andere Themen in der Vergangenheit relevant waren. Henry Giroux (2003) schließt mit dieser Einschätzung an den Soziologen und Bürgerrechtler William Edward Burghardt Du Bois an: Er betonte einst die Verschränkung der Veränderungen rund um die „Rassenpolitik“ mit der Zukunft der Demokratie. Giroux betrachtet diese Perspektive weiterhin als aktuell: „In part, this means that how we experience democracy in the future will depend on how we name, think about, experience, and transform the interrelated modalities of race, racism, and social justice. (Giroux 2003: 191) Für die Migrationsforschung ergeben sich im Zusammenhang mit Gesellschaftskritik eine Reihe von Fragestellungen: Was ist Aufgabe gesellschaftskritischer Forschung und Wissensproduktion angesichts der aktuellen Debatten und Politiken rund um Migration? Welche theoretische und gesellschaftliche Reflexion setzt eine Forschung voraus, die sich als Diskursintervention abseits von hegemonialen politischen Positionen bemüht? Um bei der Beantwortung dieser Fragen einen Schritt weiter zu gehen, stellt sich als Aufgabe die Bestimmung der hegemonialen Diskurse und Politiken, gegen die kritische Wissenschaft intervenieren will.

Zu den erschwerenden Bedingungen einer kritischen Positionierung innerhalb der Migrationsforschung zählt auch der Umstand, dass das Feld vielschichtig und komplex ist, weil der Forschungsgegenstand selbst komplex ist. (Mecheril et al. 2013: 8) Die Vielschichtigkeit und Intensität der Auseinandersetzung mit Migration ist aber auch ein Hinweis „auf den diskursiven Kampf darum, was unter Migration verstanden werden und zum Ausdruck kommen soll“ (ebd.). Darüber hinaus geht es um diskursive Kämpfe auch um die gesellschaftliche Verortung von Migration als Problem oder als Recht. Aktuell spiegeln die medialen Deutungskämpfe rund um „Willkommenskultur“, „Fluchthilfe“, Migration und Solidarität die diskursive Arbeit kontrastierender politischer Projekte wider. (Gouma 2017) Festzuhalten ist, dass die Problematisierung und Kriminalisierung der Migration politisch und medial überwiegt: „Consequently, migration has been increasingly criminalised

and immigration control governed more and more through the techniques and discourses used to regulate, control and, above all, emphasise crime.“ (Khosravi 2009: 40)

In der Wissenssoziologie hat die Auseinandersetzung mit der Standort- und Seinsverbundenheit des Wissens nach Mannheim eine lange Tradition. „Wir werden in einen historisch konkreten Interaktionsraum und in ein sprachlich repräsentiertes System sozialer Kategorien und Typisierungen hineingeboren. Sie sind für uns ein ‚soziohistorisches apriori‘ [...], das die verschiedenen Phasen unserer Sozialisation zwar nicht vollständig determiniert, aber weitgehend präfiguriert.“ (Soeffner 2004: 17f.) Ziel der wissenssoziologischen Reflexion ist die Auseinandersetzung mit der „Objektivität“ der sozialen Ordnung. (ebd.: 32) Stuart Hall bezeichnete das Problem des soziohistorischen Apriori als die Naivität gegenüber Beschreibungen davon, wie die Dinge wirklich sind: „Sie [AG: ideologische Aussagen] sind dann am wirksamsten, wenn uns nicht bewusst ist, dass der Art, wie wir eine Aussage formulieren und zusammenbauen, ideologische Prämissen zugrunde liegen, und wenn es so aussieht, als seien unsere Formulierungen nur schlichte Beschreibungen dessen, wie die Dinge sind.“ (Hall 1989: 152) Feministische Kritik geht ebenfalls von der sozialen Situiertheit des Wissens aus. (Haraway 2007) Demnach sind gesellschaftliche Verhältnisse für wissenschaftliche Erkenntnisse ausschlaggebend, Wissen ist umkämpft. (Mendel 2015)

Kritisches, alternatives Wissen in der Wissenschaftskritik von Donna Haraway (ebd.) entsteht, in dem die eigenen Privilegien und das Unvermögen, in den selektiv ausgerichteten wissenschaftlichen Disziplinen gesellschaftliche Verhältnisse, Bedingungen und Handlungen als Ganzes zu erkennen, reflektiert werden. Sie schlägt die Verknüpfung verschiedener Methoden und Perspektiven vor, damit auch jene Subjekte, Bewegungen etc., die nicht gleichberechtigt Zugang zur akademisch legitimierten Wissensproduktion haben, an den wissenschaftlichen Wirklichkeitsentwürfen mitwirken. Für die Migrationsforschung kann diese Strategie bedeuten, disziplinäre Grenzen zu überwinden und methodisch die partizipative Wissensproduktion, -aneignung und -distribution zu ermöglichen.

Ausgehend von den Positionen der feministischen Wissenschaftskritik besteht der erste Schritt kritischer Forschung bzw. „feministischer Objektivität“ aus der Analyse der eigenen Situiertheit des Wissens und der eigenen Privilegien. Den nächsten Schritt bildet die Bemühung, Analysen sozialer Verhältnisse anzustreben, die über das eigene wissenschaftliche Feld und der damit einhergehenden disziplinären Beschränkungen hinausgehen. Die Anstrengung um eine Repräsentation der Subjekte als wären das die ganz eigene Positionen und die Verbindung möglichst vieler Perspektiven der Unterdrückten gelten als weitere methodische Schritte für kritisches wissenschaftliches Arbeiten. (vgl. Haraway 2007f.)

Als hier knappe Erwiderung auf die Anforderungen der feministischen Kritik fasse ich zusammen, dass zu den eigenen strukturellen Privilegien zählt, dass ich die am ESPRIS-Projekt Beteiligten MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen im Namen und mit der Unterstützung einer gesellschaftlich mächtigen Institution wie die Universität erreichen konnte. Das bedeutet auch, dass die Zusammenarbeit mit den beteiligten InformantInnen in vielerlei Hinsicht hierarchisch strukturiert war, obwohl mein biographisches Erfahrungswissen bedingt durch die Migration nach Österreich, die Absolvierung von Deutschkursen und die Arbeit als nicht ausschließlich Deutschsprachige mit Medien sehr nahe an jenes Erfahrungswissen der beteiligten MigrantInnen heranreichte.

Eine Reihe von weiteren Unterschieden hängt mit der institutionellen Anbindung an der Universität zusammen. Im Gegensatz zu vielen Frauen und Männern, die am Projekt beteiligt waren bzw. dazu beigetragen haben, besteht für mich die Möglichkeit, die Begleitforschung akademisch und/oder beruflich zu „kapitalisieren“. Eine weitere strukturelle Ungleichheit entsteht durch die Bedingungen der Finanzierung. Obwohl emanzipative Prozesse, partizipative Elemente in der Forschung und soziale Veränderung im lokalen Raum wesentliche Aspekte des formulierten Forschungsinteresses waren, blieb die ESPRIS-Vorgehensweise der Projektlogik von EU-Projekten verpflichtet. Abseits der inhaltlichen Implikationen, die die technokratische Abwicklung der EU-Projekte miteinschließt, geht es durchwegs auch um die Funktion von ForscherInnen innerhalb der Migrationsregime.

Kein Privileg aber ein weiterer Kritikpunkt, der die Wissenschaft bzw. die sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit betrifft, ist die Illusion, dass „wir“, die MigrationsforscherInnen, außerhalb der Realität der Migrationsgesellschaft handeln. Nicholas De Genova (2013) schreibt, dass es sich um eine forschungsimmanente Bedingung handelt, dass es keinen neutralen Raum gibt, in dem wir arbeiten: „We, as researchers or scholars of migration, are indeed “of the connections” between migrants’ transnational mobilities and the political, legal, and borderpolicing regimes that seek to orchestrate, regiment, and manage their energies. We are “of” these connections because there is no “outside” or analytical position beyond them. There is no neutral ground.“ (De Genova 2013: 252) Ich gehe davon aus, dass die Illusion einer neutralen Position die Haltung und den Umgang im Feld maßgeblich beeinflussen. Forschung steht aber nicht ausserhalb der Verhältnisse, sondern gestaltet sie mit.

2.2 Zur Kritik des methodologischen Nationalismus

Worauf Nicholas De Genovas Kritik in erster Linie abzielt, ist das Problem des methodologischen Nationalismus (Beck/Grande 2010; Wimmer/Glick Schiller 2002; Beck 1998), der nationale Grenzen als unhinterfragte natürliche Analyseeinheit wahrnimmt und MigrantInnen als Objekte des Nationalismus erforscht: „In this regard, migration scholarship (however critical) is implicated in a continuous (re-)reification of ‘migrants’ as a distinct category of human mobility (or, mobile humanity). After all, if there were no borders, there would be no migrants—only mobility.” (De Genova 2013b: 253) Im Gegensatz zur Idee der Mobilität als Recht, das allen Menschen zusteht, vereint der methodologische Nationalismus Forschung und politische bzw. populistische Anliegen wie am folgenden Beispiel des „Containermodells“ und der „Leitkultur“: „Die auch als ‚Containermodell‘ der Gesellschaft bezeichnete Vorstellung in sich (oft zugleich ethnisch und kulturell) homogener und nach außen einigermaßen abgeschlossener Einheiten liegt auch der noch immer politisch wirksamen Forderung zugrunde, Migranten hätten sich in eben diese Einheiten (und die ihnen jeweils zugeschriebene ‚Leitkultur‘ zu integrieren und einzugliedern [...]).(Celikates 2016: 229) Das Brechen der „nationalen Ontologie des Sozialen“ (Hess/Moser 2009: 19) war Folge von dem, was „die Empirie nicht müde wird uns zu zeigen“ (ebd.) und das Aufkommen des *transnational turns* (Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1992; Glick Schiller/Basch 1995a; Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1999) verdeutlicht hat: Dass Konzepte abseits der nationalen Kategorien wie „ethnische Gruppe“, „Nation“ und „Rasse“ erforderlich sind, um das soziale Feld der TransmigrantInnen zu erfassen. (Sager 2016: 44)

Die Problematisierung des methodologischen Nationalismus hat eine Reihe von Konsequenzen für das analytische Denken im Migrationsfeld: „[...]die Sozialwissenschaften – sahen sich dazu aufgefordert, den ihre theoretischen Grundlagen prägenden methodologischen Nationalismus – also ihre Fokussierung auf als relativ geschlossen und homogen gedachte einzelstaatliche Gesellschaften – zu überwinden, um transnationale Prozesse, etwa der Migration, adäquat fassen zu können [...]“ (Celikates 2016: 229) Als eine Folge der Kritik am methodologischen Nationalismus betrachte ich einerseits die theoretische Bewegung, die in wissenschaftlichen Netzwerken aktuell in Richtung „postmigrantische Wende“³ in der Forschung (Bojadžijev/Römhild 2014) stattfindet. Andererseits geht es um die Formulierung von grenzübergreifenden Problem Diskursen und analytischen Einheiten. Damit komme ich auf die noch offene Frage nach der Bestimmung der dominanten Diskurse zurück, gegen die kritische Forschung eine Intervention darstellen kann.

³ Die inhaltlichen Anliegen der postmigrantischen Wende werden im Kapitel 3.2.4. ausführlicher behandelt.

De Genova problematisiert die epistemologische Stabilität der Nation als Analyseeinheit und die essentialisierende Folgen des Konzepts: „The persistent reification of migrants and migration [...] (re-)naturalizes the epistemological stability attributed to the (‘national’) state as a modular fixture of geopolitical space“. (De Genova 2013: 253) Indem wir auf den Nationalstaat als Akteur oder Untersuchungseinheit fokussieren, entfernen wir uns von der Position von Migration als Recht. Auch David Harvey (2009) kritisiert die Fixierung der sozialen Theorie auf die Territorialität der Nationalstaaten: „It is astonishing to note how much of the conventional social theory as well as political practice was corralled within the unexamined territorial frame of the nation state[...].“ (ebd.: 267)

Ulrich Beck und Edgar Grande (2010) schlagen daher verschiedene Forschungsstrategien gegen den methodologischen Nationalismus vor. Anstatt Nationen als Untersuchungseinheit in der Gesellschaftsforschung zugrunde zu legen, werden gesellschaftstheoretisch begründete inhaltlich-thematische Einheiten als Ausgangspunkt der Analyse gesetzt, so wie es Beck mit seinem Konzept der „Risikogesellschaft“ vorgenommen hat. Dieser methodologischen Strategie folgend ist für die vorliegende Arbeit die nationale Perspektive und in weiterer Folge das sich daraus ableitende Integrationsparadigma nicht zentral für die Auseinandersetzung mit der „Migrationsfrage“. Vielmehr bildet die Konzeption der Migrationsgesellschaft, die Analyseeinheit des Dissertationsprojekts. Doch bereits der Fokus auf den regionalen Raum, wie es im Projekt ESPRIS vorgegeben war, verdeutlicht, dass allein durch die lokale Perspektive des Projekts, nationale Konzepte an sich herausgefordert werden.

Die Abgrenzung vom methodologischen Nationalismus bedeutet nicht, den Einfluss der Nationalstaaten auf die Gestaltung von Migration sowie die Diskurse und sozialen Konstruktionen nationaler Erzählungen außer Acht zu lassen. (vgl. auch Glick Schiller 2012: 41) Umgekehrt weist Alex Sager (2016) darauf hin, dass Nationen durch globale und transnationale Phänomene Einfluss auf die Nationalstaaten selbst nehmen, weshalb Staaten Migration nicht uneingeschränkt kontrollieren können. (vgl. ebd.) Ähnlich argumentieren Beck und Grande und sehen in der Strategie des „replacing the national“ (Beck/Grande 2010: 202) die radikale Abkehr vom methodologischen Nationalismus. „Die methodologisch radikalste Möglichkeit besteht darin, dass die nationale Rahmung der Untersuchungseinheit ersetzt wird durch andere Foki und das Nationale dadurch gänzlich obsolet oder irrelevant wird [...].“ (ebd.) Das grundsätzliche Verzicht auf die nationale Perspektive sei in der Auseinandersetzung mit Migration jedoch schwer durchführbar. Vor allem im Zusammenhang mit Bildung, Sprache, Medien wird es deutlich, was wir aus der Kontrollthese bereits wissen: „The nation state matters“. (Stobbe 2004) Beck und Grande (2010) gehen davon

aus, dass der Nationalstaat in der Globalisierung keineswegs verschwindet, aber dass es wichtig ist, seine epistemologische Monopolstellung zu verlieren:

Deshalb ist es sinnvoll, eine weitere Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Diese besteht darin, dass der Nationalstaat und das Nationale zwar weiterbestehen, das sei aber ihre epistemologische Monopolstellung verlieren, zum Beispiel wie sie integriert werden in neue Formen der politischen Organisation und der gesellschaftlichen Ordnung. Die methodologische Konsequenz bestünde dann darin, neue Untersuchungseinheiten zu finden, in denen das Nationale zwar enthalten ist, die aber nicht mehr deckungsgleich sind mit dem Nationalen. Wir würden dies als „Einbettung des Nationalen“ (embedding the national) bezeichnen. (ebd.)

Die Kritik am methodologischen Nationalismus hat in der Migrationsforschung neue Perspektiven für den Umgang mit dem Nationalen und mit Räumen (globale, lokale, sprachliche, mediale etc.) insgesamt eröffnet. Es stellt sich die Frage, was diese Differenzierung für Forschungsprojekte im Bereich der Migration bedeutet. Welche theoretischen Perspektiven ermöglichen neue *scripts* für das Verstehen der Hierarchisierungen und der Ausschlüsse innerhalb des postkolonialen Europas? Welche Denkmuster gibt es abseits des Integrationsparadigmas in der Migrations- bzw. Sozialforschung? In den folgenden Kapiteln gehe ich auf die theoretischen Bedingungen des Verstehens im Rahmen meines Forschungsprojekts ein.

2.3 Die Theoretisierung des Migrationsfelds

Die Theoretisierung der Migration findet – wie die vorangestellte Diskussion aufgezeigt hat – in Relation zu wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Positionen bzw. Fragestellungen statt. Der methodologische Nationalismus und das damit verbundene Integrationsparadigma gehören neben Studien zum Themenfeld *governing migration* zu den dominanten Richtungen der Migrationsforschung und gleichzeitig stehen sie im Zentrum der Kritik. Die Theoretisierung der Migration war stets ein Feld in Bewegung, das in Interdependenz zu Migrationsphänomenen und –politiken stand. Insgesamt stellt Migration für unterschiedliche Disziplinen (Demographie, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften etc.) ein Forschungsfach dar und wird aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven betrachtet, erklärt oder verstanden. (vgl. Massey et al. 1993; Massey et al. 1998; Haug 2000; Treibel 2011) Es handelt sich damit um ein interdisziplinäres Feld, was für Bernhard Perchinig (2010) wiederum bedeutet, dass die etablierten akademischen *communities* Migrationsforschung mit Skepsis begegnen.

In der Schwerpunktsetzung bei der Theoretisierung der Migration gibt es Kontinuitäten, die mit historischen und aktuellen Phänomenen sowie Veränderungen in politischen Machtverhältnissen und Paradigmen korrespondieren. Im Rahmen der GastarbeiterInnen-Verträge lag der Schwer-

punkt auf ökonomischen Perspektiven. Migration wurde im deutschsprachigen Raum als eine Frage der Arbeitskräfte behandelt, während Studien zu Rassismus und postkolonialer Theorie vor allem im englischsprachigen Raum entstanden. Nehmen wir als historischen Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen die 60er Jahre der Arbeitsmigration ist das Forschungsfeld in Österreich ein gutes Beispiel für die Wechselwirkungen von Politik und Migrationsforschung wie auch die Bedeutung des methodologischen Nationalismus. In seinem Beitrag über nationale Paradigmen in der Migrationsforschung setzt sich Bernhard Perchinig (2010) mit den Bedingungen in Österreich auseinander und veranschaulicht die Interdependenz von Politik und Migrationsforschung – sowohl in der Mainstream-Wissenschaft als auch in der kritischen Wissenschaft.

In der österreichischen Forschungslandschaft werden die ersten Migrationsstudien rund zehn Jahre nach der Ankunft der ersten „GastarbeiterInnen“ in Auftrag gegeben. Die österreichischen SozialpartnerInnen (Arbeiterkammer und ÖGB auf der einen Seite und die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung auf der anderen Seite) und das in den Arbeitsverträgen verankerte Rotationsprinzip bildeten die Grundpfeiler der Migrationspolitik der damaligen Zeit. „In the areas of labour market and social policy neither the political parties in parliament nor the government, but the social partners [...] were the decisive actors.“ (ebd.: 188) Der Einfluss der SozialpartnerInnen auf die Gestaltung der Migrationsbedingungen in Österreich führte dazu, dass im Gegensatz zu den Interessen der männlichen österreichischen Arbeiter die Anliegen von österreichischen Frauen und MigrantInnen unter dem Etikett der „Schmutzkonzurrenz“ (Griessler/Sauer 2015) von der Gewerkschaft nicht vertreten wurden. (siehe dazu auch Mayer 2010; Mayer/Spång 2009; Tálos 1993) In diesem gesellschaftlichen Kontext werden die ersten Studien in den 80er Jahren in Auftrag gegeben. Interpretieren lässt sich diese verzögerte Aufmerksamkeit durch die Rückkehrerwartungen an die MigrantInnen, die mit dem Rotationsprinzip verknüpft waren. Das Rotationsprinzip funktionierte in der Praxis jedoch nie, da weder die „GastarbeiterInnen“ noch die UnternehmerInnen großes Interesse daran zeigten. Die „GastarbeiterInnen“ werden zu jenem Zeitpunkt zu einem politischen „Problem“, als die Wirtschaftslage sich verändert, die Ölkrise eine Verschlimmerung erwarten lässt und die „GastarbeiterInnen“ trotzdem nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Zur Lösung dieses „Problems“ soll die Sozialwissenschaft beitragen.

Die ersten zwei „GastarbeiterInnen“-Studien sind laut Perchinig paradigmatisch für die zwei Trends in der Migrationsforschung in Österreich. Mit ihrer Studie „Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften“ orientierte sich Elisabeth Lichtenberger (1984) an den Zielen der damaligen Migrationspolitik, ohne diese jedoch zu hinterfragen: „[They] positively echoed the guiding political principle of migration policy and focused on the socio-economic position and the assimilation of immigrants [...].“ (Perchinig 2010: 190) Lichtenberger formulierte im vorgegebenen Rahmen der

offiziellen Migrationspolitik eine Kritik gegen unklare Integrationsziele und die noch nicht existierende Gleichberechtigung von „GastarbeiterInnen“. Sie erkennt zwar wesentliche Probleme wie die prekäre Situation der MigrantInnen: „Nur durch ein ausgeprägtes Sparsyndrom, d.h. durch einen zum Teil exzessiven Konsumverzicht beim Wohnen und in der Lebensführung, können ältere Gastarbeiter die häufig mit negativen Aufenthaltseffekten gekoppelten negativen Alterseffekte, die sich zunächst auf das Einkommen auswirken, bewältigen.“ (ebd.: 499) Gleichzeitig bestärkt sie aber durch die Festlegung von Akkulturationsindikatoren, die Kulturalisierung der Migrationsfrage, obwohl sie Assimilation als Ziel verwirft, solange MigrantInnen nicht gleichberechtigt sind.

Wladimir Fischer (2009) geht davon aus, dass Paternalismus der hegemoniale Diskurs über ArbeitsmigrantInnen in den 60er und 70er Jahre war. In den 80er Jahren geht er von einer Verschiebung und einem (neo-)rassistischen Diskurs aus, der die Kulturalisierung der Migrationsfrage in den Mittelpunkt stellt: „Die ‚Andersartigkeit‘ der Gastarbeiter wurde immer wieder durch Merkmale charakterisiert, die dem bürgerlichen Lebensstil nicht entsprachen und in manchen Fällen ebenso gut auch gegenüber Jugendlichen und Studenten hätten zur Anwendung kommen können. So wird immer wieder auf das ungepflegte Äußere verwiesen, auf unrasierte Gesichter und schäbige Kleidung, nicht aber auf ethnische Merkmale.“ (ebd.: 255) Als Startschuss für diesen Diskurs sieht er den Wiener Wahlkampf von 1973, wobei er erst in den 80er Jahre dominant wird: „Die 80er Jahre waren das Jahrzehnt der kulturellen Wende im Diskurs über ArbeitsmigrantInnen sowie des beginnenden neo-rassistischen Diskurses in Österreich. Das Etikett ‚Gastarbeiter‘ wurde sukzessive aufgegeben und durch die diffuse Bezeichnung ‚Ausländer‘ ersetzt (‚Ausländer raus‘).“ (ebd.: 260)

Fischer beschreibt mit seiner Analyse die diskursiven Bedingungen unter denen die ersten Studien in Österreich zu Migration entstanden sind. Im Gegensatz zur ersten Studie von Lichtenberger (1984) kritisiert die nächste Migrationsstudie in Österreich das System an sich, das „GastarbeiterInnen“ mit dem Rotationsprinzip als Puffer, als „Reservearmee“ (Moulier Boutang 2002) für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Sozialpartner missbrauchte.

[T]he first study on Foreign Labour in Austria (Wimmer 1986), which had been commissioned in 1982 to the Austrian Institute for Economic Research and the Institute for Advanced Studies by the Ministry of Social Affairs and the Ministry of Science and Research, questioned the concept of rotation. The study explained the development and implementation of Austria's guestworker policy by the overwhelming influence of the social partners in that field of policy, and criticised that both social partners jointly had decided to make use of immigrants as a buffer on the labour market to reduce unemployment of the native workforce. Confronted with the results of the study, the funding ministries – headed by Social Democratic ministers – raised serious concerns about the “lack of objectivity” and even threatened to withdraw funding. (Perchinig 2010: 190)

Parallel zum kritischen Inhalt der Studie bilden die politische Drohung mit dem Abdrehen der finanziellen Förderung und auch die Infragestellung der wissenschaftlichen „Objektivität“ wesentliche Merkmale im Umgang mit kritischer Migrationsforschung. Perchinig (ebd.) sieht mit dieser Studie eine bis heute zutreffende Unterscheidung innerhalb der Migrationsforschung in Österreich markiert:

This study did not only mark the beginning of migration research in Austria, but also stands for the beginning of a tradition of highly politicised research challenging governmental migration policies. [...] Until today, there is a split in the research landscape between a more economically or demographically oriented research which tries to avoid political connotations, and research referring critically to the state of migration policy in Austria. (ebd.)

Dieses Beispiel trifft nicht nur auf die Bedingungen in Österreich zu, sondern lässt sich auf unterschiedliche geopolitische Räume westlicher Gesellschaften anwenden. Die Wissensproduktion im Migrationsfeld ist aber nicht nur von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen, sondern auch von disziplinären Bedingungen beeinflusst. In den theoretischen Arbeiten, die unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erscheinen, fokussieren die Bemühungen Migration zu verstehen auf die Entwicklung einer übergreifenden Theorie:

At present, there is no single, coherent theory of international migration, only a fragmented set of theories that have developed largely in isolation from one another, sometimes but not always segmented by disciplinary boundaries. Current patterns and trends in immigration, however, suggest that a full understanding of contemporary migratory processes will not be achieved by relying on the tools of one discipline alone, or by focusing on a single level of analysis. Rather, their complex, multifaceted nature requires a sophisticated theory that incorporates a variety of perspectives, levels, and assumptions. (Massey et al. 1993: 432)

Das Anliegen, eine übergreifende elaborierte Theorie der Migration zu entwickeln, steht in den letzten Jahren nicht mehr im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung: “There is probably still little appetite for a single theory of migration in the research community [...]” (Van Hear 2010: 1535) Nicholas Van Hear (ebd.) betrachtet vielmehr die Diversität der theoretischen Konzepte angesichts die rapiden Veränderungen in der globalen politischen Ökonomie seit Beginn des 21. Jahrhunderts als ein gutes Zeichen für die Theorieproduktion. Er bezieht sich dabei auf die Komplexität der Migration, für die er den Begriff der „mixed migration“ verwendet: Migration als ein Sammelbegriff für unterschiedliche Motivationen und unterschiedliche Migrationsformen. Undogmatisch hinterfragt Manuela Bojadžijev (2011: 142), ob die Heterogenität der Phänomene und Bedeutungen es überhaupt zulassen, „Migration“ als eine Einheit bzw. als ein Erkenntnisobjekt zu behandeln. Diese Fragestellung wie auch insgesamt der Umgang mit der Komplexität der gesellschaftlichen Phänomene rund um Migration gehören jedoch nicht zu den populären Gegen-

ständen jener Perspektive, in der Migration als ein „Problem“ für eine imaginierte homogene Mehrheitsgesellschaft verstanden wird.

Die Ergebnisse der theoretischen Produktion rund um Migration sind unterschiedlich aufgenommen worden bzw. haben unterschiedliche Verbreitung gefunden und Popularität erlangt: Zu den bekanntesten Ergebnissen über Migrationsmotive zählen Rational-Choice-Ansätze der neoklassischen mikroökonomischen Theorie und makroökonomische Erklärungsmuster wie die Push-Pull-Faktoren. (vgl. Haug 2000; Treibel 2011: 40f.) Damit haben sich einerseits monokausale ökonomische Modelle und andererseits eindimensionale Schemata in der wissenschaftlichen und politischen Debatte durchgesetzt. Während die Push-Pull-Faktoren insbesondere für sogenannte „Exports“ zutreffen, können sie trotz ihrer erkenntnistheoretischen Popularität nicht erklären, weshalb Migration ein stark selektives Phänomen ist. Der migrationssoziologische Versuch von Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1970) makrosoziologische und ökonomische Aspekte auf mikrosoziale, individuelle Entscheidungssituationen zu beziehen (vgl. Oswald 2007: 87), bringt eine differenziertere Perspektive zu den Push-Pull-Faktoren ein. Trotz der ökonomischen Argumente können derzeit rund drei Prozent der globalen Bevölkerung als MigrantInnen bezeichnet werden: „Einwanderung ist ein Prozeß, der aus dem Willen und dem Handeln von Menschen mit weit vielfältigeren Identitäten und Lebensentwürfen entsteht, als die den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwecken der Zielländer dienende Kategorie ‚Immigrant‘ fassen kann.“ (Sassen 1996: 153)

Die Motive zur Migration sind vielfältig und inhomogen und fügen sich nicht widerstandslos in den Rahmen, den uns wirtschaftliche Vorstellungen anbieten, ein. Aus der historischen Analyse wissen wir, dass „[s]elbst in Zeiten, als die Staaten noch nicht die technischen und administrativen Mittel zur Grenzkontrolle besaßen, emigrierte immer nur die Minderheit der Bevölkerung einer Region oder eines Landes.“ (ebd.: 150) Erklärungsmodelle, die sich auf ökonomische und demographische Zusammenhänge stützen, spiegeln dafür oft ein westliches bzw. ethnozentrisches Verständnis wider: Migration, nicht aus dem Blickwinkel der AkteurInnen, sondern aus jenem der „besorgten“ und im öffentlichen Raum „alarmierten“ westlichen, nationalstaatlich verfassten Gesellschaft.

Symptome der Überzeugung, dass es sich um rein rechnerische Aufgaben handelt, um Migration zu verstehen, sind weitverbreitete Metaphern wie jene des Wasserhahns – Nationalstaaten können demnach Migrationsbewegungen wie mit einem Wasserhahn auf- und zudrehen – oder jene der „Festung Europa“. Beide Metaphern – wie auch kausale ökonomische Konzepte – implizieren, dass Migration steuerbar ist. Stephen Castles (2005) umschreibt diese Positionen als den Glauben,

dass MigrantInnen, die ein geringeres Einkommen im Niederlassungs- als im Herkunftsland erwarten, zurückkehren. Die Wirkmächtigkeit solcher Entscheidungsfaktoren gilt seit dem „GastarbeiterInnen“-Regime der 70er Jahre als bescheiden (Gouma 2012b; vgl. Lichtenberger/Fassmann 1984), auch dass Migrationspolitik bzw. die Regulierung der Einreise potenzielle AkteurInnen von der Migration abhält. (siehe auch Ataç/Gouma 2012) Die aktuellen Ereignisse rund um den „langen Sommer der Migration“⁴ sind Beispiele dafür, dass AkteurInnen trotz Illegalisierung nach Europa kommen. (Georgi 2016)

Ein Problem, das sich der Migrationsforschung stellt, ist, dass politischer Populismus die Realität der Migration und der Ungleichheiten zwischen dem *globalen Norden* und *globalen Süden* zu seinem Gegenstand macht, indem nach dem Schließen der Migrationsrouten bzw. nach dem Regulieren der Migration nach westlichen Vorstellungen gerufen wird. Infolge der eingeschränkten Handlungsoptionen für nationalstaatliche AkteurInnen im Rahmen der Globalisierung verbreitete sich in der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung die These des Kontrollverlustes. Die Kontrollverlustthese bezieht sich auf die Lücke zwischen *policy goals* und *policy output*. (ausführlicher zur deren Kritik vgl. Ataç/Gouma 2012) Doch eine Reihe von Analysen schränkte die Wirkmächtigkeit dieser theoretischen Positionierung, die sich mit populistischen Interpretationen der Migrationskontrolle deckt, ein. Demnach entsteht umso mehr undokumentierte Migration je stärker die Migrationskontrollen wachsen. (vgl. Joppke 1999: 271ff.) Undokumentierte Migration ist das Produkt einer noch nie dagewesen Ausweitung der Migrationskontrollen. (vgl. Stobbe 2004: 21)

2.4 „Integration“ als dominantes Paradigma in der Forschung und das Integrationsdispositiv als Gegenperspektive

Das „doing migration research“ findet, um es mit den Begriffen der Wissenssoziologie zu formulieren, in einem sozio-historischen Apriori (Luckmann 1980) statt. Als sozio-historisches Apriori lässt sich der „Zeitgeist“ der antimigrantischen Ressentiments und Politiken, die historisch fort-

⁴ Fabian Georgi (2016) beschreibt als „langen Sommer der Migration“ den Zeitraum ab der Schiffskatastrophe mit über 800 Toten im April 2015 bis zum März 2016 als die Balkan-Route geschlossen wird. Dazwischen steigt die Zahl der Geflüchteten, die in Griechenland ankommen, von 18.000 im Mai auf 211.000 im Oktober. Am 28. August ersticken in Österreich 71 Geflüchtete in einem Kühllaster. Im Mittelmeer sterben diesen Sommer mehr als 3770 Menschen. Im September erreicht die Öffentlichkeit das Bild der Leiche des dreijährigen Alan Kurdi. Für viele war dieses Bild ein totes Kind zu viel und Aktionen zum Schutz der Flüchtlinge gewinnen Zulauf. Georgi listet zu den weiteren Ereignissen die Worte der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.“ Daraufhin werden die Grenzen partiell geöffnet, die gefährliche Ägäis-Route bleibt für die meisten Flüchtenden der sinnvollste Weg nach Europa. Nach Vorstoß der österreichischen Politik und unter Ausschluss Griechenlands aus den Verhandlungen blockiert Mazedonien die Durchreise nach Zentral- und Westeuropa. (vgl. ebd.)

währenden Kontinuitäten der Ausbeutungsverhältnisse zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden und die hegemoniale Position des Neoliberalismus und Kapitalismus als politisch-ökonomische Systeme und dominante Diskurse zusammenfassen. Zur sozialen Realität, auf die die Migrationsforschung fokussiert, bzw. zu ihrem „Forschungsobjekt“ zählen indes soziale Exklusionsdynamiken, Populismus und demagogische Praxis, Menschensterben an den Grenzen, der Aufstieg rechtsradikaler Parteien, Konservatismus wie auch kritische Stimmen gegen Rassismus. (vgl. Gouma 2010a) Migration ist ein hochpolitisches Thema und die These, Medien und Wissenschaft stehen trotzdem außerhalb der Gesellschaft bzw. sie seien „objektiv“ widerspricht grundlegendem theoretischen kommunikationswissenschaftlichen und soziologischen Wissen. Die kopernikanische Perspektive der Medienrealität, die Situiertheit des Wissens, das soziohistorische Apriori (siehe auch Mendel 2015; Burkart 2004; Haraway 1996) Die akademische Wissensproduktion in Forschung und Lehre findet innerhalb der aktuellen Strukturen und Bewegungen statt. Wissen wird innerhalb der sozialen Kräfteverhältnisse produziert und nicht im machtfreien Raum. (Foucault 1976)

Mainstreammedien tragen dazu bei, dass unhinterfragtes hegemoniales Wissen über Migration zu Alltagstheorien bzw. zu *common sense* (Ataç/Gouma 2012) umgewandelt wird. Metaphern wie „Migrationsströme“, „Flüchtlingswelle“, „das Boot ist voll“, „Bereicherung“, „Festung Europa“ wie auch „Krieg gegen Flüchtlinge“ sind ein Beispiel dafür, wie Migrationsthemen in der europäischen Öffentlichkeit diskursiv aufgegriffen werden. Die mediale Erzählung über Migration als eine Naturgewalt, die Opfer und Ohnmacht verursacht, bleibt trotz der Kritik daran sichtbar – in Überschriften und Kommentaren. (Wellgraf 2008: 79; Jung/Wengeler/Böke 1997; Jäger/Link 1993) Paul Mecheril (2007: 26) spricht in diesem Sinne von der objektivierenden Einschreibung durch Medien und Bildung. Gemeinsam mit der Wissenschaft teilen diese Systeme den Anspruch, im Besitz von „objektiviertem Wissen“ zu sein. Er unterscheidet vier Momente der objektivierenden Konstruktion „der Anderen“ durch die Definition, das annekthierende Verstehen, die Organisierung der „Anderen“ und die Legitimierung der eingesetzten Prozeduren der Betrachtung und Behandlung. (ebd.: 27) Das wissenschaftliche „Sprechen-Über“ erzeugt demnach eine „Andersheit der Anderen“ (ebd.).

Zum sozialen Ort der Wissenschaft zählt die neoliberale Umstrukturierung der Universitäten wie auch die Vormachtstellung des Integrationsparadigmas durch die Finanzierung mittels politischer Auftragsforschung. Diese Parameter skizzieren in etwa den Rahmen, in dem Migration diskutiert und untersucht wird. Die Bedeutung des Integrationsparadigmas drückt sich auch darin aus, dass „Integrationsforschung“ synonym für „Migrationsforschung“ (Hess/Moser 2009) gebraucht wird, womit die zentrale Bedeutung des hegemonialen Kontrollparadigmas in der Integrationsforschung

(Ataç/Gouma 2012) gar nicht oder nicht ausreichend reflektiert wird. Ayse Çağlar und Nina Glick Schiller (2011: 147) kritisieren in diesem Sinne „die tief sitzende Malaise der Migrationsforschung“.

Auch die systemtheoretische Perspektive problematisiert die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Politik. In der Systemtheorie von Niklas Luhmann (1985) wird zwischen Systemen, die operativ geschlossene selbstreferentielle Einheiten sind, und Umwelt unterschieden. (vgl. Weber 2010) Die Systeme bestehen zwar aus Netzwerken zu ihren einzelnen Elementen, aber sie sind nicht von der Umwelt abgekapselt: „Es bestehen also sehr wohl Beziehungen zwischen System und Umwelt, doch werden diese nicht als Inputs aus der Umwelt konzipiert: Alles, was ‚ins System kommt‘, wird von diesem – gemäß Luhmann – sofort in ein systemeigenes Element aufgrund der jeweils systemeigenen Rationalität umgewandelt.“ (ebd. 2010: 191) Wissenschaft, Politik, Bildung wie auch Medien oder Gerichte sind für Luhmann solche Systeme. (vgl. ebd.) Der versuchte und oft gelungene Einfluss der Politik auf die wissenschaftliche Wissensproduktion in Form von „Studien“ ist ein Beispiel dafür: Im Wissenschafts-System wird politische Propaganda z.B. antimuslimischer Wahlkampf nicht als Rhetorik, sondern in ein „Studie“ umgewandelt.

Im Gegensatz zu Systemtheorie geht der Poststrukturalismus von einem relationalen und im Fall von Michel Foucault (1978) von einem positiven Begriff der Macht aus:

Wenn sie [die Macht] nur repressiv wäre, wenn sie niemals etwas anderes tun würde, als nein sagen, ja glauben Sie dann wirklich, daß man ihr gehorchen würde? Der Grund dafür, daß Macht herrscht, daß man sie akzeptiert, liegt ganz einfach darin, daß sie nicht nur als neinsagende Gewalt auf uns lastet, sondern in Wirklichkeit die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muß sie als produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper überzieht und nicht so sehr als negative Instanz, deren Funktion in der Unterdrückung besteht. (Foucault 1978: 35)

Die Produktivität der AkteurInnen innerhalb der Machtkämpfe ist jene Kraft, die Verhältnisse verändert bzw. verändern kann. Um den politischen und wissenschaftlichen Erfolg des Integrationsparadigmas zu analysieren, sind demnach jene Analyseperspektiven hilfreich, die die Verständigung und Zustimmung der verschiedenen Systeme und AkteurInnen, die zur Legitimität bzw. Normalisierung des „Integrationsimperativs“ in der Gesellschaft beitragen, in den Fokus nehmen. Das Dispositiv ist der theoretische Begriff, der diese interdependenten Kräfteverhältnisse zusammenfasst. Foucault (1978) beschreibt als Dispositiv

ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Ge-

sagtes ebenso wie Untersagtes umfaßt. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann. (ebd.: 119f.)

Gleichzeitig formiert sich Widerstand in dem Feld, das ich als kritische Migrationsforschung verstehe, gegen die politische und wissenschaftliche Normalisierung und Legitimierung des Integrationsimperativs. Das Integrationsdispositiv schließt widerständige Wissensproduktion mit ein. In Anlehnung an Foucault ist das Integrationsdispositiv das Netz, das die Summe der Wissensproduktion, Artefakte, Gesetze Strategien und Praktiken verknüpft, die soziale Gruppen – in diesem Fall die MigrantInnen – durch „Integration“ regierbar (gedacht als Unterwerfung, Kontrolle und Verwaltung) machen soll. Daraus ergeben sich auch Fragestellungen für die Funktion kritischer Konzepte im Integrationsdispositiv, auf die ich später näher eingehen werde.

Foucault sieht einen Notstand – in diesem Fall den Verlust an der Bedeutung von Nation – als den Ausgangspunkt von Dispositiven. Obwohl Dispositive das „Freie Spiel der Kräfte“ wiedergeben, gibt es keine Personifizierung dieser Mächte.

Dispositive sind hierbei im engeren Sinn keine Strategien von Subjekten, sondern „Strategien von Kräfteverhältnissen“. [...] In diesen Strategien werden gegensätzliche Interessen gebündelt und unterschiedliche Ereignisse in einen Zusammenhang gebracht. Durch diese Art der strategischen Vereinheitlichung und Sinnstiftung soll der Notstand, auf den sich das Dispositiv bezieht, gemindert werden. Wichtig ist, dass diese Strategien in einem engen und wechselseitigen Verhältnis zu Wissenssystemen (Epistemen) stehen. [...] Diese Wissenssysteme wirken auf die Art und Weise, wie Ereignisse in einem gesellschaftlichen Kontext primär wahrgenommen und mit Bedeutung versehen werden, beziehungsweise welche Assoziation bestimmte Begriffe in den öffentlichen Debatten wecken. So wie das Wissen die Stütze des Dispositivs ist, so stützt das Dispositiv das Wissen. (Mecheril 2011: 51)

Die Dominanz der „Integration“ in gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fragestellungen lässt sich durch die leichte Anknüpfung an die Erzählung der „Nation“ erklären. „Integration“ geht von einer homogenen Mehrheitsgesellschaft aus, die auf eine gesellschaftliche Realität vor den „GastarbeiterInnen“ ohne gesellschaftliche Konflikte zurückblickt. Das Konzept baut auf die Imagination eines völkischen *living in harmony* einer vergangenen Zeit auf.

Dass „Integration“ kein Phänomen, sondern ein Herrschaftsdiskurs bzw. ein Dispositiv ist, wird indes häufig nicht reflektiert. „Integration wird Ende der 1970er zum Imperativ. Die soziale, nicht rechtliche Integration stellt sich als Fortschritt, Emanzipationsakt, als Gewährung eines Rechts dar. Zugleich suggeriert die Annahme einer so genannten kulturellen oder nationalen Identität der Migrantinnen und Migranten, ihre Integration bleibe immer oberflächlich und unvollständig.“ (Bojadžijev 2012: 241) Die Unterscheidung in „Wir“ und „Nicht-Wir“ ist konstituierender Aspekt

des Integrationsparadigmas. Paul Mecheril (2011) beschreibt diese machtvolle Unterscheidung bzw. das Integrationsdispositiv als

das Bündel von Vorkehrungen, Maßnahmen und Interpretationsformen, mit dem es in öffentlichen Debatten gelingt, die Unterscheidung zwischen natio-ethnokulturellem „Wir“ und „Nicht-Wir“ plausibel, akzeptabel, selbstverständlich und legitim zu machen. [...] Das Integrationsdispositiv antwortet einem strategischen Regelungsbedarf, der dadurch entsteht, dass die imaginierte Einheit „Nation“ in eine Krise gerät. Sie gerät durch Prozesse in die Krise, die nicht allein mit Migrationsphänomenen einhergehen und aus ihnen resultieren, bei denen jedoch Phänomene des faktischen und symbolischen Überschreitens und Infragestellens des Prinzips der nationalen Grenze eine prominente Rolle spielen. Diese Krise lässt sich in einer grammatisch simplen Paraphrase wiedergeben: „Wer sind wir?“ (ebd.: 52)

Die Distanz zwischen Forschung und Integrationsparadigma lässt vermutlich recht präzise bemessen, inwieweit eine „Gegenperspektive zum wissenschaftlichen ‚Normalbetrieb‘“ (Lebuhn 2013: 241) gelungen ist. Denn das Streben nach einer kritischen Selbstreflexion des Integrationsimperativs wird nicht in den akademischen Reihen, sondern vor allem in gegenhegemonialen Bewegungen beobachtet. (vgl. Strasser 2014: 55) In Österreich intervenieren Migrantinnen Organisationen wie *maiz* (Salgado 2015; maiz 2014; Caixeta 2003; Caixeta/Salgado 2000), *Lefö* (Frketic 2014; Frketic 2011; Lefö - Beratung 2010) seit Jahren durch intensive Wissensproduktion im Rahmen von Forschungs-, Kultur- und Vermittlungsprojekten gegen das Integrationsparadigma in Politik und Wissenschaft. In Deutschland tragen ehemalige AkteurInnen rund um die Gruppe *Kanak Attak*⁵ (2017) wesentlich zur Kritik des Integrationsdispositivs bei.

In der Tradition von *Kanak Attak* zeichnet Manuela Bojadžijev (2012) die historischen Kontinuitäten des Integrationsdiskurses und setzt sich mit strukturellen Rassismen in Institutionen, Gesetzen wie auch mit Rassismen in Diskursen und Geschichtsschreibung auseinander. Sie skizziert Brüche und Kontinuitäten im Integrationsdiskurs, die auch zu einer Umkehrung der Schuldfrage an der gesellschaftlichen Realität der strukturellen Rassismen führen sollen. Bojadžijev analysiert wie während des GastarbeiterInnenregimes Begriffe wie „Ausländer-“, bzw. „Fremdenfeindlichkeit“ den „Rassismus“ als Referenz in der Öffentlichkeit ersetzen. Die Wissensproduktion in der Forschung fällt dafür durch das Fehlen von „rassismustheoretischer Erkenntnisse, was etwa schon die bedenkenlose Verwendung von Schlagwörtern wie ‚Ethnie‘ oder ‚Ausländer‘ indiziert“ (ebd.: 58), auf. Ein weiteres Merkmal ist, dass in vielen Studien weder diese Kategorisierungen noch die ver-

⁵ „Kanak Attak ist der selbstgewählte Zusammenschluß verschiedener Leute über die Grenzen zugeschriebener, quasi mit in die Wiege gelegter "Identitäten" hinweg. Kanak Attak fragt nicht nach dem Paß oder nach der Herkunft, sondern wendet sich gegen die Frage nach dem Paß und der Herkunft. Unser kleinster gemeinsamer Nenner besteht darin, die Kanakisierung bestimmter Gruppen von Menschen durch rassistische Zuschreibungen mit allen ihren sozialen, rechtlichen und politischen Folgen anzugreifen.“ (Kanak Attak 2017)

änderten Migrationsregime, die Geflüchtete in „Illegale“ und „Kriminelle“ verwandeln, hinterfragt werden. Zu den Leerstellen der offiziellen Geschichtsschreibung gehören auch die antirassistischen Kämpfe der MigrantInnen: „Das Schreiben über ‚ausländische Arbeiter‘ hatte in den 1970er Jahren die Schwäche, die rassistische Unterdrückung auf das Problem der Spaltung der Arbeiterklasse zu reduzieren.“ (ebd.: 89)

Die Forschungsbegriffe kommen trotzdem unter Druck. Spätestens seit den 80er Jahren ist durch die politische Etablierung anti-migrantischer und rassistischer Ideologien in den europäischen Parlamenten und in der gesellschaftlichen Mitte der Rassismus unüberhörbar: „Ausländer raus!“ dominiert die politische Bühne. Der Rassismus der GastarbeiterInnenverträge – z.B. waren in den Portugal-Verträgen Personen „afrikanischer und indischer Hautfarbe“ ausgeschlossen (vgl. ebd.: 91f.) – wird in Folge zunehmend mit differenzialistischen und kulturalistischen Argumenten angereichert: „Die Behauptungen unterschiedlicher Mentalität, unvereinbarer Bräuche und Traditionen sind bis heute ein Stigma, mit denen Migrantinnen und Migranten bis in die x-te Generation hinein leben müssen [...]. (ebd.: 92) Rassistische Verhältnisse werden inzwischen weniger durch biologistische Argumente und dafür zunehmend über Kulturalisierungen und Exotisierungen im öffentlichen Diskurs legitimiert. Bojadžijev (2006) hält in der Genealogie der Integration fest, dass „die Forderungen der Kämpfe um Bildung und Wohnverhältnisse, die Selbstorganisierungen in Fragen von Recht und Gesundheit [...] im staatlichen Imperativ der Integration zum Stillstand gebracht werden [sollten], der rassistische Diskurs, hatte er zuvor vorwiegend exotisierende und paternalistische Züge angenommen, drückte sich nun aggressiv, ausschließend und in die Migrantengruppen hierarchisierenden Statements aus“. (ebd.: 80)

Das Integrationsdispositiv ist für die Analyse des Migrationsregimes relevant, weil es einerseits das Zusammenwirken unterschiedlicher Institutionen und Praktiken im Umgang mit Rassismus miteinbezieht. Aufgrund der in Dispositiven manifestierenden strategischen Kräfteverhältnisse lassen sich rassistisches Wissen, rassistisches Handeln und rassistische Handlungsfolgen – so auch die kritische Diskursanalyse – gut unterscheiden. (Jäger/Jäger 2007: 104) Andererseits ist das Dispositiv ein flexibler Prozess aufgrund der funktionellen Überdeterminierung – also das Vereinen und die Re-adjustierung der heterogenen Elemente – und der strategischen Wiederauffüllung – die Absorbierung von unerwarteten Folgen durch strategisches Umdenken, um die Aufrechterhaltung des Dispositivs zu garantieren. (Foucault 1978: 121f.) Bojadžijev bezieht sich auf das Konzept

der Rekuperation⁶, um die strategische Neuausrichtung von Politik, Medien, Wissenschaft etc. bei unerwarteten Folgen – wie die antirassistischen Kämpfe der MigrantInnen – im Dispositiv hinzuweisen. Der Integrationsimperativ fasst eine solche Neuausrichtung des strukturellen Rassismus gegenüber MigrantInnen zusammen.

Hegemoniale Diskurse wie der „Integrationsimperativ“ (Bojadžijev/Karakayali 2007), aber auch weitere Konzepte für den Umgang mit Migration und MigrantInnen wie das „Migrationsmanagement“ oder „Diversity Mainstreaming“ können eingebettet in dominanzgesellschaftliche Zuschreibungen wenig dazu beitragen, Ungleichheiten zu vermeiden oder gar zu überwinden. Im Gegenteil: Sie stehen in der Kritik, durch die Markierung der „Andersheit“ Verhältnisse der Ungleichheit zu zementieren, indem sie ein Leben in „Harmonie“ miteinander ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen vorgeben. Die Rangordnung gesellschaftlicher Hierarchien bleibt unangetastet.

Ein Beispiel dafür ist „Diversität“. Das Konzept wird in vielen Institutionen als Tool eingesetzt, um „weiße“ Strukturen etwas „bunter“ zu machen, tatsächlich handelt es sich aber meistens um stark kontrollierte Ausschlussprozesse (De Jong 2015), denn nicht jede „Diversität“ ist auch verwertbar und daher erwünscht. Aktuelle Debatten im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ verdeutlichen, wie genau im „Diversitätsmanagement“ zwischen „good and bad diversity“ (Lentin/Titley 2011) unterschieden wird. Migrationsbiographien, die nicht an „KosmopolitInnen“ oder „Internationalisierung“ anknüpfen können, werden insofern nicht als Bereicherung, sondern als Störung, Problem oder Integrationsprojekt marginalisiert. Rubia Salgado (2015) fasst die dominanzkulturellen Angebote an Migrant_innen als einen „Ausweg“ zusammen: „Zwei Möglichkeiten: exotisches Tier oder bewundernswert assimiliertes und angepasstes Tier“ (ebd.: S. 20).

2.5 Theoretische Anliegen abseits des methodologischen Nationalismus – Konjunkturen des (Anti-)Rassismus

Migration ist aus der Perspektive dieser Arbeit eine soziale Bewegung (Moulier Boutang 2002; Papadopoulos/Stephenson/Tsianos 2008; Bojadžijev/Liebelt 2014), die meistens im Zuge von transnationalen Netzwerken, globalen Ungleichheiten, Verfolgung und/oder Krieg stattfindet. Wenn Migration kein Problem, sondern eine soziale Bewegung ist, worin kann dann die sozialwissenschaftliche Problematisierung bestehen? Was sind die Fragestellungen, die eine kritische Mig-

⁶ „Mit dem Konzept der Rekuperation hatte die Situationistische Internationale jene Prozesse zu bestimmen versucht, in denen subversive Praxis für die Modernisierung der bestehenden Verhältnisse funktionalisiert wird und schließlich nur als affirmierendes Moment erhalten bleibt.“ (Bojadžijev 2012: 228)

rationsforschung stellt? Wie sieht Widerstand in der Wissensproduktion aus? Welche Rolle kommt der Migrationsforschung in gesellschaftlichen Prozessen zu? Manuela Bojadžijev (2012) schreibt über Migration als Bewegung, dass es sich bei dieser Praxis sowohl um eine widerständige Handlung der AkteurInnen, aber auch um einen Kampf um BürgerInnenrechte geht: „Es handelt es sich um einen neuen Typ sozialer Bewegung, sie okkupiert und eröffnet einen neuen gesellschaftlichen Raum und ein neues Feld des Konflikts. In diesem Kontext geht es zum einen um die Kontrolle über die eigene Mobilität, zum anderen um das Recht auf Bürgerrechte in Europa.“ (ebd.: 283) Migration ist demnach eine Bewegung, die nicht nur Konflikte oder Solidaritäten – so würde ich ergänzen – zwischen z.B. MigrantInnen und die Klassen der Prekären oder ArbeiterInnen im Nationalstaat neu denken lässt. Sie ist eine Bewegung, die das fragile Selbstverständnis über BürgerInnenrechte im globalen Norden in Frage stellt.

Die sozialwissenschaftliche Problematisierung der Gesellschaft im Sinne dominanter Ideologien ist ebenso häufig wie auch die Kritik daran. „Fat-Cat Sociology“, die Rede von Martin Nicolaus (1968) in Bezug auf die Rolle der Sozialwissenschaft in der Gesellschaft, ist weiterhin aktuell: „The corporate rulers of this society would not be spending as much money as they do for knowledge, if knowledge did not confer power. So far, sociologists have been schlepping this knowledge that confers power along a one-way chain, taking knowledge from the people, giving knowledge to the rulers.“ (ebd.) Das Verhältnis von hegemonialer Politik zu den Sozialwissenschaften ist in Bezug auf Migration ein Problem. Laut María do Mar Castro Varela (2013) sei es nicht mehr möglich, in den Sozialwissenschaften *nicht* über Migration nachzudenken. Das trifft auch für die Politik zu.

Gleichzeitig werden sozialwissenschaftliche Begriffe vom politischen Alltag aufgegriffen: Multikulturalismus, Integration, Hybridität etc. (ebd.: 317) Denn in den westlichen Gesellschaften findet sozialer Wandel verstärkt über das Narrativ der „Migration“ statt. Häufiger als andere soziale Themen rund um Gender, Umverteilung, Gerechtigkeit etc. steht „Migration“ im Zentrum kontroversieller politischer und gesellschaftlicher Debatten. Obwohl mit 41,5 Millionen im Zeitraum 2005-2010 die Zahl der Menschen, die nicht im Staat wohnen, in dem sie geboren wurden, seit 1990 relativ konstant bleibt (Abel/Sander 2014), gilt Migration als globales Phänomen, das die politische Agenda prägt: „International migration has risen to the top of the global policy agenda“ (Stobbe 2004: 2; GCIM - Global Commission on International Migration 2005: vii). In Übereinstimmung mit der globalen Diagnose und obwohl es sich um lediglich 2,9 Prozent laut OECD der globalen Bevölkerung handelt, hat Migration als Thema und als Realität für die politischen Projekte Europas (Georgi/Kannankulam 2012) große Relevanz, auch weil Migration zum Teil eine soziale Bewegung gegen die Ungleichheit zwischen *global north* und *global south* ist, eine Strategie gegen diese verfestigte Hierarchien. Zahlreiche PolitikerInnen und Parteien sind in Europa in den letzten

Jahrzehnten auf der antimigrantischen Welle groß geworden. Wahlkämpfe in der westlichen Welt sind zum großen Teil vom Rechtspopulismus gegen MigrantInnen geprägt. Politische Projekte links und rechts des demokratischen Spektrums konkurrieren um die Unterstützung von verschiedenen sozialen Gruppen, indem sie sich für oder gegen antimigrantische Politik bzw. rassistische Ideologien positionieren.

Die negative Prominenz des Migrationsthemas in der europäischen Öffentlichkeit ist angesichts der Stabilität der Migrationsbewegungen eine Fragestellung an sich. Je nach Kontext und Inhalte hat „Migration“ als Thema unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen. „Krisen“ (Buckel 2016) erscheinen häufig parallel zu Migration, womit beispielsweise der politische Handlungsraum für Austeritätspolitik erweitert wird. Zu den gesellschaftlichen Funktionen von „Migration“ in der europäischen Öffentlichkeit leisten Medien und Wissenschaft unterschiedliche Beiträge. Ich schließe mich der These von Kien Nghi Ha (2010) an, dass durch die Konstruktion der „Anderen“ und die Produktion von politischen Maßnahmen im Namen von Migration oder Integration die Stabilisierung transnationaler und geopolitischer, aber auch innergesellschaftlicher Hierarchien gesichert werden soll.

Trotz der Wirkmächtigkeit des Themas auf politische Karrieren, Auflagenzahlen und Klicks gibt es zudem Hinweise dafür, dass

[...] in spite of moderate mass preferences, party systems are inclined towards tough immigration policy and opposition to multiculturalism. Based on the available data, we identify a representation gap, whereby in more than half of the countries under study, mass opinions opposing restrictive immigration policy and supporting multiculturalism cannot be expressed by existing party positions. This gap suggests unequal representation, whereby the party system is biased towards anti-immigration and pro-assimilation positions. (Lefkofridi/Horvath 2012: 41)

Repräsentiert wird in der Öffentlichkeit dafür stärker die Kriminalisierung der MigrantInnen, das „Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“ (Spindler 2011a: 10) – vor allem in Deutschland mit Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ – oder der „Ängste und Sorgen“-Diskurs (Foroutan 2016) intensiviert durch die aktuellen Flüchtlingsbewegungen nach Europa. So auch der Bericht des Migrationsrats in Österreich: „Die Migrationspolitik muss von der Bevölkerung mitgetragen werden. [...] Ängste und Sorgen aller Bevölkerungsgruppen sind ernst zu nehmen, aufzugreifen und zu thematisieren.“ (Migrationsrat für Österreich 2016: 13) Ähnlich wie die Politik bleibt auch der Migrationsrat im Ängste- und Sorgendiskurs vage, welche Maßnahmen bzw. Reformen für die Beseitigung der Ängste vorgesehen sind. Weniger vage ist indes das darin politisch zu repräsentierende Subjekt: Während sich diese Welle der Solidarität ausbreitete, äußerten Politiker und Politi-

kerinnen, die den „gewöhnlichen Bürger“ zu repräsentieren meinen, andere Gefühle. „Trotz der Transkulturation [...] der deutschen Gesellschaft stellen Medien und Politik den ‚gewöhnlichen Bürger‘ vorwiegend durch ethnisch-völkische Mythen von Zugehörigkeit und ‚Whiteness‘ dar. (Gutiérrez Rodríguez 2016: 670)

Für Castro-Varela (2013) besteht die Aufgabe der klassischen Migrationsforschung darin, Migrationsphänomene zu beschreiben und die Konsequenzen der Migration zumeist nur für die Niederlassungsländer zu analysieren: „Häufig wird hierbei Migration als Störung, als Problem und Irregularität beschrieben.“ (ebd.: 326) Profilieren können sich Forschungsanliegen, die dem politischen Gebot der Stunde folgen. (vgl. Perchinig 2003) Die sogenannte „Integrationsforschung“ ist ein Beispiel dafür. Abseits der Hochkonjunktur der Integrationsstudien gibt es aber auch radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen durch Forschung, die sich mit Fragen von Grenzregimen, Ermächtigung und Umverteilung auseinandersetzen. Denn die Konflikte und sozialen Kämpfe rund um Migration weisen eine hohe Komplexität auf und können trotz der Versuchungen nicht auf vereinzelte Erklärungs- oder Deutungskategorien reduziert werden.

2.6 Gesellschaftsforschung statt „Migrantologie“

Im vorausgegangenen Kapitel stellte ich die Frage nach der Aufgabe gesellschaftskritischer Forschung und Wissensproduktion angesichts der aktuellen Debatten und Politiken rund um Migration. Offen ist noch die Frage nach der Bestimmung der dominanten Diskurse, in denen kritische Migrationsforschung eine Intervention sein kann. Wesentlich für die Migrationsfrage aus wissenschaftlicher Perspektive ist, Theoriearbeit zu leisten, die die neoliberale Rahmung der utilitaristischen Ethik und zwar in der Form, die uns heute im globalen Norden begegnet, aufgreift. Damit beziehe ich mich auf das Nützlichkeitsparadigma und seine Ausprägungen in der Migrationspolitik am Beispiel des Migrationsmanagements. „Migration ist positiv, sofern sie nützlich ist.“ (Georgi 2010: 153f.) Das Intervenieren gegen den Nützlichkeitsdiskurs setzt voraus, dass die utilitaristische Ethik als wichtige argumentative Strategie für das Regieren der Migration jenseits und diesseits der Grenzen erkannt und analysiert wird. Aus der Politik der „Nützlichkeit“ ergeben sich die Gegensätze des Kontrollparadigmas: „Die utilitaristische Rationalität will Mobilität zur selben Zeit ermöglichen wie auch verhindern.“ (Buckel 2012: 91) Die Depolitisierung von Migration durch die Inszenierung der Migrationspolitik als „apolitische Politik“, als ein „Management technischer Probleme“ (Georgi 2009: 81) stellt ebenfalls einen dominanten Diskurs da, dessen Dekonstruktion Aufgabe einer kritischen Migrationsforschung ist.

Ein bedeutender Teil der Migrationsforschung geht indes davon aus, dass Migration selbst ein Problem ist, das kontrolliert werden muss. Aus diesem Grund stehen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses die mikro- und makrotheoretischen Beweggründe für Migration: „Grob gesprochen können wir sagen, dass die klassische Migrationsforschung Migrationsphänomene beschreibt wie auch die Konsequenzen der Migration analysiert – wenn auch zumeist nur für die Einwanderungsländer.“ (Castro Varela 2013: 236) Abseits von linearen *Rational-Choice*-Modellen zu Migration geht es bei der Entwicklung von kritischen Perspektiven darum, Globalisierung, Kapitalismus, Rassismus, Grenzen, Technokratie, Illegalisierung etc. im Zusammenhang mit MigrantInnen und Migration zu denken. (vgl. Ahmed 1999: 333) Im Sinne des Anliegens Gesellschaftsforschung statt „Migrantologie“ (Bojadžijev/Römhild 2014) zu betreiben, ist Migration als eine Antwort auf Kolonialismus und globale Ungleichheiten zu verstehen.

Im Gegensatz zu ökonomistischen Perspektiven gehen kritische sozialwissenschaftliche Zugänge davon aus, dass Migration ein sozialer Prozess ist (Pries 2001), der sich als Verschränkung von Strukturen, Praktiken und AkteurInnen deuten lässt: „Neue Ansätze zu internationaler Migration sehen MigrantInnen nicht als isolierte Individuen, die auf Marktanreize und bürokratische Regeln reagieren, sondern interpretieren deren Handeln im jeweiligen transnationalen sozialen Kontext.“ (Ataç/Gouma 2012: 257; siehe auch Sales 2007; Castles 2005). Oder anders formuliert: „Sie ist nicht das Projekt Einzelner, sondern ein Prozess, der auf translokalen Netzwerken und einer globalen Bewegung aufruhrt.“ (Bojadžijev 2011: 140f.)

Im nächsten Kapitel werde ich diskutieren, welche Rolle die Kommunikationswissenschaft und die Medien in der Auseinandersetzung mit der Migrationsfrage spielen. Einerseits werde ich meine Kritik an der Dominanz des Integrationsparadigmas in der Fachdisziplin begründen und andererseits Analysen und Konzepte diskutieren, die für die theoretische Reflexion im Bereich der Migration, Medien und Mehrsprachigkeit wesentlich sind.

3 DIE MIGRATIONSFRAGE UND DIE MEDIEN⁷

MigrantInnen und Medien teilen sich ein gesellschaftliches Urteil: „Die Medien sind an allem schuld!“. Oder: „Die ‚Ausländer‘ sind an allem schuld!“. Diese sich gegenseitig ausschließende Aussagen sind bezeichnend für ein umstrittenes Forschungsfeld, das die Kommunikationswissenschaft immer wieder intensiv beschäftigt und zutiefst herausfordert. (vgl. Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016b) Besonderen Einfluss auf dieses Verhältnis hat die Digitalisierung der Kommunikation sowie die Globalisierung. (Cağlar 2002; Appadurai 2000; Castells 2000; Sinclair/Cunningham 2000; Appadurai 1996b)

Sowohl Arjun Appadurai (1996) als auch Manuel Castells (1996) haben mit ihren Analysen früh dazu beigetragen, Überlegungen über grenzüberschreitende Kommunikation und in Folge über die damit einhergehende Ermächtigung migrantischer AkteurInnen zur Diskussion zu stellen. Appadurai (1996) sah in den Entwicklungen in Bezug auf das Internet – die Infrastruktur der Globalisierung – die Veränderung der Bedeutung von „*local practice*“. (vgl. Blommaert 2017) Er übersetzte das Verhältnis von Migration und Medien in der Globalisierung als transnationale „*mediascapes*“ (ebd.). Seine Ideen und Analysen wurden stark rezipiert und trugen ebenfalls zur positiven Aufbruchsstimmung in Bezug auf die Erwartungen an globale Phänomene bei: „Globalization has been accompanied by the narrative of freedom: for markets, flow of goods, services and capital; movement of ideas; from the boundaries of space and time, and identity. Globalization draws our enthusiasm because it helps us imagine interconnection, travel and sudden transformation.“ (Sarikakis 2011: 800)

Der Enthusiasmus über die Vorteile der *global economy* in Gesellschaften westlichen Typus führte zu einer breiten atheoretischen Euphorie über die Rolle der Medien in Prozessen der Globalisierung: Bedenken über „*bad globalisation*“ kommen nicht oft vor bzw. werden vor allem aus der Perspektive der materialistischen Kritik geäußert. (Fuchs 2016) In Fragen nach den neuen Herrschaftsverhältnissen und Ungleichheiten in einer globalisierten Welt hinkt die Kommunikations-

⁷ In diesem Kapitel fließen zum Teil Ideen und Analysen, die ich bereits in anderen Publikationen aufgegriffen habe, ein. Unter anderem geht es dabei um die Publikation „Zwischen ‚Medienghettos‘ und Integrationsimperativ. Wie die Kommunikationswissenschaft MigrantInnen als ‚Problem‘ entdeckte.“ Dieser Beitrag ist eine Kritik an kommunikationswissenschaftlichen Forschungsfragen, die sich zum großen Teil an den Anliegen der antimigrantischen Diskurse und des politischen Populismus orientieren. Auch meine Publikation „EU-BürgerInnen oder MigrantInnen? EU-BinnenmigrantInnen und die Bestimmung des „eigenen Platzes“ auf der Welt“ liefert relevante Aspekte für Paradigmen der Kommunikationswissenschaft in Zusammenhang mit der Migrationsfrage. Mit der Beziehung zwischen Mainstream-Medien und MigrantInnen als Publikum habe ich mich im Beitrag „Fernsehen für MigrantInnen. Ein Grenzfall für den öffentlich-rechtlichen Auftrag?“ im Jahr 2008 auseinandergesetzt.

wissenschaft nach, auch weil postkoloniale Theorien nicht in dem Ausmaß darin vertreten sind. „Die Globalisierung ist kein Einzelprozeß, sondern ein komplexes Gemisch mehrerer Vorgänge, die häufig in Widerspruch zu einander geraten und Konflikte, Verwerfungen und neue Formen der Schichtenbildung nach sich ziehen.“ (Giddens 1997: 23) Die Skepsis über die Globalisierungsprozesse, die Gewissheit, dass Hierarchien, Gerechtigkeit und die Verteilung von Ressourcen noch immer wesentliche Themen soziologischer Analyse sind, fasst nur langsam Fuß in von den westlichen Privilegien positiv gestimmten kommunikationswissenschaftlichen Fragestellungen. Die Transnationalisierung des Kapitals, der Umgang mit dem Begriff des „Proletariats“, das „Prekariat“, die „Austerität“ und die „Krise“ sind Globalisierungsthemen (Thien 2015), die in der Kommunikationswissenschaft eher als Randthemen betrachtet werden.

Die Beschäftigung der Kommunikationswissenschaft mit der „Migrationsfrage“ fand erst in den letzten Jahren zunehmend und damit zu einem Zeitpunkt statt, wo sich die sozialpolitischen Positionen und Diskurse rund um Migration dem Übergang vom fordistischen Arbeitssystem zu neoliberalen Modellen bereits angepasst hatten. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass strukturelle Bedingungen wie Rassismus nicht im kommunikationswissenschaftlichen Vordergrund stehen. Dafür bekommen utilitaristische und wirtschaftliche Perspektiven (Gouma 2017) wie auch die Kulturalisierung der sozialen Verhältnisse (Hess/Moser 2009) mehr Aufmerksamkeit. Die Studien von Teun van Dijk (1991) Siegfried Jäger und Jürgen Link (1993) und Stuart Hall (1989) sind Referenzwerke, die – vielleicht mit Ausnahme von Hall – keine breite Rezeption in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft erfahren haben. Das Hinterfragen nationalstaatlicher „Grenzen“ bzw. utilitaristischer Konzepte wie sie in Strategien des „Migrationsmanagements“ eingeschrieben sind, sind kommunikationswissenschaftlich kaum behandelt worden. Umso stärker ist dafür das Interesse an den Medienpraktiken beispielsweise von türkischen MigrantInnen. (Ottensschläger 2004; Çağlar 2002; Göktürk 1998; Lukawetz/Svitek 1989) Ich gehe daher davon aus, dass theoretische Debatten und empirische Dynamiken außerhalb der klassischen Zugänge (Integrationsfunktion, *agenda setting*, Nachrichtenwert etc.) eine neue Bewegung in das Forschungsfeld Migration und Medien bringen können. Das folgende Kapitel skizziert die dominante kommunikationswissenschaftliche Perspektive in der Migrationsfrage und begründet die Notwendigkeit neuer Fragestellungen.

3.1 MigrantInnen und die Kommunikationswissenschaft

In der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft gibt es intensive Bemühungen, die Migrationsfrage als *Integrationsfrage* zu verstehen und zu analysieren. (vgl. Geissler/Pöttker 2008; Butterwegge/Hentges 2006b; Geißler/Pöttker 2006; Geissler/Pöttker 2005; Vlastic 2004; Imhof/Jarren/Blum 2002; Vlastic/Brosius 2002; Ausländerbeauftragte der Freien und Hansestadt Hamburg/Hamburgische Anstalt für neue Medien 2001; Schatz/Holtz-Bacha/Nieland 2000a; Bonfadelli et al. 2010). Auch die soziale Konstruktion von Identitäten durch Migration und Medien wird durch die Brille der „Integration“ betrachtet:

Aus kulturwissenschaftlicher Sicht ist mit Hinweis auf den zentralen Stellenwert der Medien und die von ihnen präsentierten und verstärkten Lebensstile (in Form von Moden, Trends, Marken und Symbolen) für die Identitätsbildung in Gesellschaften, denen traditionelle Instanzen der Identitätsbildung zusehends verloren gehen, herauszustreichen, dass die Grundlagen der neuen Identitäten und ihre prozessualen Entstehungen nur dann erkannt werden können, wenn in den Medien die gesellschaftlichen Integrations- und Desintegrationsperspektiven vorgestellt und adäquat diskutiert werden. (Schatz/Holtz-Bacha/Nieland 2000b: 13)

Die Identitätsfrage im Zusammenhang mit Medien steht für unterschiedliche Anliegen und Interpretationen. Chantal Mouffe (1999) beschreibt Identitätspolitik als eine Form der Machtbeziehungen, Seyla Benhabib (1999) sieht in den Identitätskämpfen den Kampf um Ressourcen. Für die *Chicago School* war einst die Assimilation in die US-Gesellschaft das zentrale Anliegen im Umgang mit MigrantInnen. MigrantInnen wurden als *entwurzelte* Menschen und der Migrationsprozess als eine Geschichte des *Verlustes* aufgefasst. (Park 1928) Das Überwinden des sozialen Verlustes in der Migration durch das Festhalten an einem „Heimatland“, das nicht unbedingt die USA war, wurde stark kritisiert. Die US-Politik betrachtete die grenzüberschreitenden Beziehungen zu den Ursprungsländern mit Argwohn und in der brisanten Zeit des Ersten Weltkriegs wurde die „Amerikanisierung“ der Eingewanderten mit Nachdruck vorangetrieben. Zu dieser Zeit setzt sich das Dilemma der „Loyalität“ durch, das mitunter in einer Reihe von paternalistischen Integrationsmaßnahmen und in Assimilationsdruck mündete: Migranten sollen bereit sein, an der Seite der USA und nicht für ihre Herkunftsländer zu kämpfen. Und Migrantinnen sollen Kinder auf die Welt bringen, die wiederum bereit sind, für die USA zu sterben.

Die Frage der Loyalität im Zusammenhang mit Medien wurde mit einem Forschungsprojekt untersucht, das im Rahmen der *Americanization Studies* durchgeführt wurde. Robert Park (1922b) publizierte seine Studie „Immigration Press and its Control“, um zu verstehen, ob der Staat davon ausgehen dürfte, dass MigrantInnen aus dem europäischen Raum, loyal gegenüber der US-amerikanischen Gesellschaft waren. Angesichts des Kriegs in den Herkunftsländern veränderte

sich das soziale Leben der europäischen Diaspora in den USA. Europäische Einwanderer formierten sich in zahlreichen Organisationen mit starker Verortung in den ursprünglichen Herkunftsländern, um die kämpfende Bevölkerung in Europa zu unterstützen. Das Bedürfnis der MigrantInnen nach Selbstorganisation und Kommunikation in dieser Zeit spiegelt sich im Bereich der intensiven diasporischen Publikationstätigkeit wieder. Eine Reihe von neuen Medien entsteht, während bereits vorhandene migrantische Publikationen an Bedeutung gewinnen.

Intrinsically it is a struggle of peoples, culturally isolated, to preserve their own cultural inheritances and at the same time [...] to gain access to the cosmopolitan culture of Europe and the world. It is to state it generally, a struggle to get into the great society, to enter into and participate in the conscious life of the race. The most important instrument of this movement is the press. (Park 1922a: 467)

Das Interesse der MigrantInnen für die innereuropäischen Angelegenheiten und ihre Aktivitäten haben die Aufmerksamkeit als auch das Misstrauen der Behörden hervorgerufen und fremdenfeindliche Tendenzen unterstützt. Die US-Regierung startete eine „Amerikanisierungskampagne“, um die Loyalität der MigrantInnen durch Einbürgerungen zu sichern.

Die analytische Kategorie der *Loyalität* als Motor für Integrationsmaßnahmen und Integrationsforschung steht im Westeuropa nicht mehr im Vordergrund. Andreas Vlastic (2004: 51) geht davon aus, dass die Fokussierung auf „Integration“ in der Kommunikationswissenschaft historisch mit der Zeit nach der Niederlage des Nationalsozialismus zusammenhängt. Er stellt eine Verbindung zum Programm der „demokratischen Umerziehung“ (*re-education*) der deutschsprachigen nationalsozialistisch gesinnten Bevölkerung durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg: „Die Integrationsfunktion der Medien zeigt sich in dieser Sicht als eine *Erziehungsfunktion* mit stark ausgeprägten staatlichen Strukturen der Steuerung.“ (ebd., H.i.O.) Die Analyse ist inhaltlich aufschlussreich, weil Vlastic – trotz der positiven Haltung gegenüber der Medienpolitik der Alliierten – die Integrationsfunktion der Medien mit sozialer Kontrolle und Umerziehungsprogrammen in Zusammenhang bringt.

Im Gegensatz zu den Strategien der Alliierten haben MigrantInnen das Interesse der Medien (Gouma 2008) und der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt auf sich gezogen. Diese indifferente bzw. zurückhaltende Haltung geht auf das politische Konzept der „GastarbeiterInnen“ zurück. „Das Konzept sah vor, dass diese Arbeitskräfte das jeweilige Land wieder zu verlassen hatten. Dazu sollten befristete Verträge nicht nur das Fernhalten vom Arbeitsmarkt, sondern auch vom gesamten Nationalraum bewirken.“ (Gouma 2012a: 37) Das in den GastarbeiterInnen-Verträgen vorgesehene Rotationsprinzip war jedoch sowohl für viele UnternehmerInnen als auch für viele GastarbeiterInnen keine Option. Dadurch ist

ein soziales „Problem“ entstanden, dass die Forschung beschreiben und verstehen sollte. „Erst als sich MigrantInnen dieser Erwartung widersetzen, begann das ‚Problem‘ Schlagzeilen zu machen. ‚Migration‘ wird zu einem thematischen Schwerpunkt zu jenem Zeitpunkt, in dem MigrantInnen ‚regiert‘ werden sollen: Die anfänglich angeworbenen GastarbeiterInnen blieben und die Sozialpartner bemühten sich um rechtliche Bestimmungen, die diese Arbeitskräfte leicht manövrierbar machten.“ (ebd.) Der Erkenntnis, dass das Rotationsprinzip ein Irrläufer für die vertraglich verankerten Erwartungen war, folgte der Einsatz von mehreren gesellschaftlichen Institutionen, die das „Regieren“ der MigrantInnen übernahmen. In Politik, Medien und Forschung tauchen immer mehr Debatten über die „Integrationsunwilligen“ (Hadj-Abdou 2007) auf. Gleichzeitig haben sich Medien als Unternehmen und auch als gesellschaftliche Organisationen kaum oder nur schwierig MigrantInnen als Publikum bzw. als Teil der Öffentlichkeit vorstellen können: „Eingeschränkte politische Rechte und prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse bleiben jedoch für lange Zeit die wesentliche Regulierungs- und Kommunikationsmaßnahme.“ (Gouma 2012a: 37)

Dieses Verständnis setzt sich auch im Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fort, der als „Integrationsrundfunk“ (Vlasic 2004: 52) verstanden wird. Der Österreichische Rundfunk (ORF) sucht erst in den 80er Jahren aktiv den Kontakt zum migrantischen Publikum und erhebt im Vorfeld im Rahmen einer Studie „Akkulturationsmerkmale“, indem MigrantInnen nach ihrer „Arbeitswilligkeit“, „Hilfsbereitschaft“, „Reinlichkeit“, „Freundlichkeit“ und „Anpassungsfähigkeit“ befragt werden. (Gouma 2014b; Gouma 2008) Inzwischen stellt sich eigentlich die Integrationsfrage sehr breit: Die Digitalisierung der Medienangebote, neue ICTs wie die *social media* und die Fragmentierung des Publikums führen demnach insgesamt zu einer Verunsicherung darüber, ob eine gemeinsame Öffentlichkeit noch denkbar sei. (Vlasic 2004: 52) Gefragt sei eine „Schnittmenge der gemeinsam genutzten Medieninhalte“ (ebd.). Bei dem Schritt zu aktuellen Anliegen an die Integrationsfunktion der Medien stehen in der Analyse von Vlasic nicht mehr soziale Kontrolle oder Erziehungsmaßnahmen im Vordergrund, sondern die normativen Anforderungen an die Öffentlichkeit.

Stimuliert wird die Debatte um die Integrationsfunktion der Medien aktuell, so Vlasic, durch die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen: die Vereinigung von Ost- und Westdeutschland, die politische Integration Europas und die Integration von MigrantInnen. „Insbesondere für die Integration (bzw. ihr Ausbleiben) von Ausländern in die bundesrepublikanische Gesellschaft wird den Medien oftmals eine zentrale Rolle zugeschrieben [...]“ (ebd.: 53) Wie bereits im zweiten Kapitel besprochen, ist die „bedenkenlose Verwendung von Schlagwörtern wie ‚Ethnie‘ oder ‚Ausländer‘“ (Bojadžijev 2012: 58) ein Hinweis dafür, dass rassismustheoretische Erkenntnisse fehlen. Der „Ausländerdiskurs“ in der Forschung spiegelt den Einfluss der Politik auf die Wissenschaft

durch die Durchsetzung der eigenen Begriffe. Eine These in diesem Zusammenhang ist, dass Integrationstheorien und (Anti-)Rassismusforschung getrennte Felder darstellen.

Wie Vlastic annimmt, stimulieren Fragen nach der „Integration von Ausländern“ zahlreiche Studien. Nach einer Untersuchung über das europäische Forschungsfeld von Heinz Bonfadelli und Andrea Piga (2005) nimmt der Einfluss der Medien auf den Integrationsprozess und die wechselseitige Wirkung von Medien und Integration als Forschungsfrage den ersten Platz – unter den Forschungsprojekten rund um Migration und Medien in der Kommunikationswissenschaft – ein. Das Thema der Mediennutzung und die Rolle, die Medien für die Identität im Migrationsprozess spielen, rangieren in den Präferenzen der aktuellen Forschung an zweiter Stelle. (siehe Tabelle 1)

Tabelle 1: Aktuelle Forschungsfragen im Bereich Migration und Medien (Bonfadelli/Piga 2005)

Table 5: Research Questions (Bonfadelli/Piga 2005)		
Research Questions	Number of Studies	Examples
Relationship between media use and integration, above all the influence of media use on integration processes	10	Weiss/Trebbe (2001), Hafez (2002), Veldkamp (2002), Peeters/D’Haenens (2005) etc.
Media consumption and its role for the formation of identity	8	Ogan (2001), Gillespie (1995), Sreberny (1999) etc.
Integration of media use into everyday family life	2	Hargreaves / Mahdjoub (1997), Madianou (2005)
Influence of culture-specific characteristics	1	D’Haenens (2002)

Das Verständnis von Integration als zentrale Pflicht oder zentrales Ziel der MigrantInnen ist im politischen Diskurs stark vertreten. Im Bereich der Kommunikationsforschung wird diese Diskussion aufgenommen und daraus das Anliegen formuliert, die Frage nach der Macht der Medien aus der Perspektive der Integration zu stellen und zu untersuchen. Aus einer kritikfreudigeren Perspektive stellt sich jedoch die Frage, ob die Ausübung von politischer Macht seitens nationaler Regierungen und deren Beharren auf dem Integrationsimperativ, nicht die wichtigere Fragestellung für das Thema Migration und Medien wäre.

Konsequenterweise muss an dieser Stelle gefragt werden, inwieweit ermöglicht uns der Fokus auf die Integrationsfunktion der Medien, die Mechanismen sozialer Ungleichheit bei MigrantInnen zu verstehen und damit zu deren Beseitigung beizutragen. Oder im Gegensatz dazu: Inwieweit ist es dem politischen Diskurs gelungen, seine Begriffe und Zugangsperspektive der (Kommunikations)Wissenschaft aufzuerlegen. Wer bestimmt, wann jemand (medial) integriert ist und die Nutzung welcher Medienprodukte oder –formate weist auf gesellschaftliche Integration hin? Hängt die Mediennutzung der MigrantInnen vom „Integrationswillen“ ab? (Gouma 2012: 11)

Anders formuliert: Die Idee der Integration in ein gesellschaftliches und homogenes „Ganzes“ lässt die Differenzierungsprozesse, die stets Teil des sozialen Lebens sind, sowie auch die Hierarchien und Machtverhältnisse, die die Lebenswelt strukturieren, unberücksichtigt. Für das Konzept der Integration, das migrantisches Handeln und migrantische Praktiken aus der Perspektive der Container-Gesellschaft problematisiert, trifft das Problem des methodologischen Nationalismus zu: „Der Beitrag der Kommunikationswissenschaft zu Migrationsforschung ist von der dominanten Erzählung der Integrationsleistung der Medien geprägt. [...] Der Preis dieser Positionierung ist die fragile Ausgangsposition einer homogenen Niederlassungsgesellschaft, in die das ‚Migrantische‘, ‚Ausländische‘, ‚Fremde‘ usw. integriert werden soll. Darin drückt sich ein Forschungsbedürfnis aus, das sich mit den Perspektiven und Anliegen der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ identifiziert.“ (Gouma 2010b) Die Mediennutzung der MigrantInnen als „Problem“ hat Konjunktur: Das Problem „Migration“ löst sich, so die Rezeption der Assimilationstheorien, wenn sich MigrantInnen an die dominante Gesellschaft anpassen. (Treibel 2003:87ff.) Gleichzeitig sind die Erwartungen an die Integrationsfunktion der Medien an sich problematisch. Rücken wir als Beispiel die Idee des *Integrationsfunks* in den Mittelpunkt, stellt sich die Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk überhaupt diese Funktion hat: „In the discussion of the Turkish population in Europe and its use of satellite television channels, it is largely ignored that new media technology has long undermined the national television channel as an integrating agent for the nation“ (Morley/Robins 1995: 10f.) Noch eindrücklicher widersprechen die Ergebnisse von Kevin Robins und Asu Aksoy (2001) dem medialen Integrationsimperativ: „[...] media consumption is not determined ethnically but, rather, socially“ (zit. nach Madianou 2005: 524).

Das Integrationsparadigma in der Forschung orientiert sich trotzdem an politischen bzw. populistischen Desideraten der Gegenwart: Kulturalisierung (siehe „Kulturdelikte“) statt Gleichberechtigung, billige Arbeitskräfte nach Bedarf, qualifiziertes „Brain Gain“ und Export von Arbeitslosigkeit werden anhand des Schlagworts „Integration“ begründet und erklärt. Parallel zum Hype rund um „Migration und Integration“ haben „rassismustheoretische Zugänge eine Dekonstruktion der politischen Verhältnisse rund um ‚Integration‘ angestrebt“ (Gouma 2010b) und die Übersetzung der „Forderung nach Kollektivrechten in individuell zu erbringende Leistungen“ (Bojadzijev 2008: 244)

aufgezeigt. „Die Hochkonjunktur des Integrationsbegriffs [...] ist daher mehr als nur eine konjunkturelle Schwankung; sie bedeutet vielmehr einen Paradigmenwechsel, eine politische Zäsur im Denken, Handeln und Forschen, im wissenschaftlichen wie im politischen Umgang mit der Faktizität des Einwanderungslandes [...]“ (Hess/Moser 2009: 13) Gleichzeitig enthält der Integrationsimperativ in der Kommunikationswissenschaft eine Reihe von Widersprüchen:

Würden MigrantInnen angeben, regelmäßig die "Neue Kronen Zeitung" zu lesen – das Thema "Migration und Medien" wäre für einen großen Teil der Kommunikationswissenschaft gegenstandslos. Diese These ist ein Mittel, um das breite Spektrum an Asymmetrien zwischen Kommunikationswissenschaft und MigrantInnen aufzuzeigen: Zur Diskussion stehen die Widersprüche eines (kommunikations-)wissenschaftlichen Forschungsverständnisses, das mit dem allgegenwärtigen Integrationsdiskurs kokettiert und politisch gefällig wird, indem es die Anliegen einer homogenen "Mehrheitsgesellschaft" imaginiert. "Mehrheitsgesellschaft" mag ein inhaltlich ebenso unscharfer und ambivalenter Begriff wie jener der "Integration" sein – doch Positionen, die im Namen der "Mehrheitsgesellschaft" ausgesprochen werden, verschaffen sich Legitimation. (Gouma 2010b)

„Migration“ ist ein Thema, das bewegt, trotzdem gelingt es der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft nicht leicht, sich von der Fragestellung der „Integration“ weg zu bewegen. Obwohl Appadurai (1996) und Castells (1996) früh den Fokus auf grenzüberschreitende Kommunikation und Netzwerke setzten und die Forschung insgesamt inspirierten, war es im deutschsprachigen Raum besonders schwierig, sich von der nationalen Idee einer homogenen Mehrheitsgesellschaft bzw. vom methodologischen Nationalismus – siehe Kapitel 2.2. – zu distanzieren. Hält die kommunikationswissenschaftliche Forschung an der „Container-Logik“ fest, übersieht sie mit welcher Kraft hegemoniale Verhältnisse die Forschungsfragen diktieren: „Within the national mentality, migrants can only be regarded as anomalous presences“ (Aksoy/Robins 2003b: 371) Im Gegensatz zum Container-Standpunkt betonen viele Analysen, dass nicht Mobilität, sondern Sesshaftigkeit die Ausnahme ist. (vgl. Hipfl 2016; Hahn 2008)

Diese Entwicklung hängt einerseits mit der Dominanz der Systemtheorie im deutschsprachigen Raum, die im Gegensatz zu den *Cultural Studies* die theoretischen Begriffe für diese Auseinandersetzung lieferte, während „Rassismus“, „Differenz“, „Hegemonie“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts weniger den Mainstream stellten und vor allem in kritischen und feministischen Zusammenhängen auftauchten. Andererseits hängt es mit den historischen Kontinuitäten ausgehend vom Nationalsozialismus zusammen: „Rassismus“ war ein schwer zu überwindender Begriff, auch weil er vor allem mit der Shoa und dem Naziregime in Verbindung stand. Auch die Kulturalisierung und der übernommene Rassismus in der Forschung während des GastarbeiterInnenregimes blieben lange unkommentiert. (Gouma 2008) Einen Richtungswechsel, eine Abkehr vom dominanten Pa-

radigma findet jedoch graduell statt, um die Lebenswelten in der Migrationsgesellschaft nicht aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft zu erforschen.

John Sinclair und Stuart Cunningham (2000) argumentieren aus wissenschaftstheoretischer Perspektive: „Just as anthropologists now have become aware of how much their ethnographies are a product of their own preconceptions, researchers in media, communication, and cultural studies need to be reflexive, in the sense that they know they are constructing their own object of research when they set out to investigate something.“ (ebd.: 25) Sie plädieren in Anschluss an Ian Ang (1996) für eine radikale Kontextualisierung mit dem Ziel, die materialistische Kritik in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung einzureklamieren und in Verbindung mit den Lebenswelten und mit der Transnationalisierung der Medienpublika bringen. (vgl. Sinclair/Cunningham 2000: 25) Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen an den Grenzen Europas sprechen ebenfalls für eine Transformation kommunikationswissenschaftlicher Positionen. Angesichts der Ereignisse und Phänomene im Rahmen des „Sommers der Migration“ (Georgi 2016) setzte sich insgesamt in den sozialwissenschaftlichen Analysen ein Prozess neuer Forschungsfragen durch, da das Integrationsparadigma kaum dazu beitragen konnte, diese Ereignisse zu beschreiben oder zu verstehen. Der „lange Sommer der Migration“ im Jahr 2015 wurde zum Anlass, die Forschungsfragen und Paradigmen der Kommunikationswissenschaft offen zu überdenken. (Hipfl 2016)

Welches theoretische Repertoire ermöglicht einen differenzierteren Blick auf die Beziehung von Migration und Medien? Sinclair und Cunningham (ebd.) gehen nicht von einer Paradigmenrevolution, sondern von Transformationsprozessen aus: „Like the Marxist and feminist versions of the dominant ideology thesis, the positivist idea of an objective world in which the facts almost select themselves for researchers to observe, measure, and report on is one that is well and truly discredited, but alternative epistemological paradigms are still in the process of formation.“ (ebd.: 24f.) Brigitte Hipfl (2016) schlägt in diesem Sinne vor, dass die Kommunikationswissenschaft sich im Themenfeld Migration neu orientiert und sich für neue theoretische Überlegungen und kritische Konzepte öffnet. Hipfl fasst ihre Überlegungen in vier Punkten bzw. Fragen zusammen und plädiert damit für eine kritische Öffnung des Felds.

Ihr erster Vorschlag gilt der Verknüpfung der Kommunikationswissenschaft mit der Frage der Mobilitätsregime: „Wie gehen wir mit der Tatsache um, dass wir in einer Gesellschaft leben, für die Mobilität und Bewegung konstitutiv ist und sich gleichzeitig ein neues Mobilitätsregime herausbildet, das zwischen Menschen, die sich frei bewegen dürfen und solchen, die das nicht dürfen, differenziert?“ (ebd.: 6) In ihrem nächsten Schritt setzt sie sich mit den Ambivalenzen und der

Verantwortung der Wissensproduktion in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung auseinander: „Wir sind gefordert, uns damit auseinanderzusetzen, wie wir uns im Forschungsprozess als Forscher/Forscherin konstruieren und in welcher Beziehung dies zum Forschungsgegenstand steht.“ (ebd.: 8). Sie spricht in weiterer Folge das Problem des methodologischen Nationalismus an und schlägt vor, Anschluss an die kritische Migrations- und Grenzregimeforschung zu finden. Beim letzten Punkt nimmt sie Bezug auf die Gefühlsregime und plädiert dafür, im Anschluss an die Arbeiten von Sara Ahmed (2004) und die Beiträge von Monika Mokre (2016; 2015) den kommunikationswissenschaftlichen Fokus stärker auf die Politik der Affekte und die Rolle des Imaginären zu setzen. Was Hipfl vorschlägt ist folglich, stärker interdisziplinär zu arbeiten und offen für kritische Konzepte in der Kommunikationswissenschaft zu werden.

Die Suche nach Forschungsfragen und Konzepten abseits des politischen Migrationsdiskurses ist insgesamt ein Thema in den Sozialwissenschaften. Helma Lutz (2005) zufolge ist die zentrale Forschungsfrage in der Migrationssoziologie, ob die Migration bei den unterschiedlichen Ebenen – AkteurInnen, Kollektive oder Gesellschaften – dazu beiträgt, ihre ökonomische und soziale Position zu verbessern, oder ob sie eher zu Diskriminierung und zu einer Verschlechterung ihrer Lebenssituation führt. Sie rückt das Thema der Ungleichheit in den Mittelpunkt, um Exklusions- und Inklusionsmuster in Bereich der Migration zu hinterfragen. Weitere Studien (z. B. Madianou 2005; Sinclair/Cunningham 2000; Robins/Aksoy 2001) haben Ergebnisse hervorgebracht, die die These erhärten, dass nationale Mediensysteme eher nicht genügen, um migrantisches Publikum die kommunikative und informative Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie als wesentlich in ihrer Lebenswelt betrachten. Die Position von Lutz übernehmend, lässt sich in Bereich der öffentlichen Kommunikation die Frage stellen, welche Rolle Medien bei MigrantInnen in Hinblick auf die Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Position spielen bzw. inwieweit Medienpraktiken gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen lassen – wie z.B. die mediale Erzählung über Migration und Mobilität mit anderen Deutungsmustern als jenem des „Problems“ zu füllen.

Der Umgang mit *Differenz* in der medialen Öffentlichkeit ist facettenreich und ein kontroversiell diskutiertes Thema. Medienprozesse wie Repräsentation oder die veränderten Medienpraktiken sind nicht Resultat einer kulturellen Hybridität. Eine solche Annahme würde bedeuten, dass es kulturell vorbestimmte Kategorien gibt, die sich zu einer ebenfalls genauso vorbestimmten Kategorie vermischen. Abseits von einem solchen essentialistischen Kulturkonzept bemerkt Ayse Çaglar (1997), dass wir nicht von vorgegebenen Kulturen ausgehen dürfen, sondern die unterschiedlichen Praktiken berücksichtigen müssen und wie sich Lebensperspektiven in der Migrationsgesellschaft durch die Migrationshandlungen verändern. „Kultur“ ist – anders als die Problemdefinition

die die kapitalistische Vergesellschaftung zum Ausgangspunkt nimmt – im theoretischen Feld vor allem durch die *Cultural Studies* umfangreich und widersprüchlich behandelt worden.

Das Fokussieren auf zentrale soziologische Fragestellungen ist auch eine Gegenperspektive zum kulturalisierenden Migrationsdiskurs in Medien, Wissenschaft und Alltag. Anders als materialistische theoretische Zugänge (siehe Buckel 2012) in anderen Disziplinen, arbeiten Margret Lünenborg und Elfriede Fürsich (2014) mit der intersektionellen Theorie (Hess/Langreiter/Timm 2011; Yuval-Davis 2006b), um für eine Medienöffentlichkeit, die zur kulturellen Diversität beiträgt, zu plädieren: „This intersectional approach along the dimensions of gender, race/ethnicity, and class pools insights of often-separate lines of scholarly inquiry (gender studies, studies on race and ethnicity, and media studies) to contribute to the debate on the role of media for cultural diversity.“ (Lünenborg/Fürsich 2014: 960) Sinclair und Cunningham (2000) argumentieren ebenfalls für grundsätzliche Veränderungen in der Medienöffentlichkeit wie auch in Bezug auf das kommunikationswissenschaftliche Verstehen: „From a social problem or welfare conception of migrant to an appreciation of cultural difference, from a view of media as an imposed force to a recognition of audience activity and selectiveness, and from an essentialist or ‚heritage‘ to a more dynamic adaptive model of culture“ (Sinclair/Cunningham 2000: 13) Beide beziehen sich auf das „*cultural circuit*“ (Du Gay et al. 1997) von Repräsentation, Produktion, Konsum und Identität (Lünenborg/Fürsich 2014: 960). Angesichts der umfangreichen Auseinandersetzung mit „Kultur“ sowohl im Alltag – in Form einer Kulturalisierung sozialer Missstände – als auch in der Forschung stellt die Frage der Ungleichheit und die kommunikationswissenschaftliche Auseinandersetzung mit materialistischer Kritik und hegemonietheoretischen Perspektiven über die aktuellen Medienverhältnisse und -praktiken in der Migrationsgesellschaft einen wichtigen Schritt im Feld dar.

3.2 Die Migrationsfrage interdisziplinär betrachtet

Ziel der Kritik am Integrationsparadigma ist, die Verbindungen zwischen den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der Wissensproduktion in den Sozialwissenschaften aufzuzeigen, um die Dominanz der Integration in der kommunikationswissenschaftlichen Migrationsforschung genauer zu verstehen bzw. dem Konzept zu widersprechen. Parallel zur Kritik geht es darum, kritische Perspektiven in der Kommunikationswissenschaft stärker zu reflektieren, weshalb interdisziplinäre Konzepte einen wichtigen Beitrag leisten können. Soziologische oder politikwissenschaftliche Konzepte wie die Autonomie der Migration (Moulier Boutang 2002; Bojadžijev/Karakayali 2007) oder das postmigrantische Paradigma sind bisher in der Kommunikationswissenschaft wenig relevant. Durch den „Sommer der Migration“ (Georgi 2016; Kasperek/Speer 2015) macht ak-

tuell Sinn, sich mit der Frage der Grenz- und Migrationsregime intensiver auseinanderzusetzen. (Gouma 2017) Zusammenfassend gehe ich davon aus, dass die Kritik an der normativen Ordnung rund um den „Integrationsimperativ in der Kommunikationswissenschaft – vor allem im nicht-deutschsprachigen Raum – aktuell durch die Problematisierung des methodologischen Nationalismus und in Folge durch den *transnational turn* stattfindet. Parallel dazu gibt es im Feld ein umfangreiches Wissen über die Verflechtung der Medien in rassistischen Strukturen, in Form von *Othering*, etwa bei der Kriminalisierung der „Anderen“ etc., das im Bereich der Migrationsforschung auf unterschiedlichen Ebenen aktiviert gehört.

In den folgenden Kapiteln werde ich kurz auf die aktuellen kritischen Konzepte und antirassistische Perspektiven in der Migrationsforschung eingehen. Ich gehe davon aus, dass trotz der unterschiedlichen Zugänge die aktuellen kritischen Konzepte eine Entwicklung sind, die sich auf das Wissen der postkolonialen Theorie und auf die Rassismusanalyse innerhalb der *Cultural Studies* bezieht. (siehe auch Bojadžijev/Römhild 2014: 12) Gleichzeitig reflektieren diese Konzepte die Auseinandersetzung mit Klassentheorien europäischer Prägung (zur Kritik des eurozentrischen Marxismus siehe Castro Varela 2015). Sie streben eine Synthese des sozialwissenschaftlichen Wissens über rassistische Verhältnisse an, um Konzepte gegen die Hierarchisierung sozialer Positionen und gegen Prekarität und Ausbeutung entgegenzusetzen.

Zu Beginn setze ich mich mit der Frage der Grenzen und des Migrationsregimes auseinander. Ähnlich wie das darauffolgende Konzept der Autonomie der Migration gehen auch die Grenzregime davon aus, dass soziale Kämpfe die Gesellschaft verändern. Ein kurzer Einblick in das Paradigma des Transnationalismus und der postmigrantischen Gesellschaft deutet im Anschluss darauf hin, dass diese theoretischen Zugänge im Vergleich zu den Konzepten der Regime und der Autonomie weniger Konflikte als Ausgangspunkt nehmen und dafür stärker auf gesellschaftlichen Konsens fokussieren.

Insgesamt wird sich im nächsten Kapitel herausstellen, dass die Kommunikationswissenschaft mit der Ausnahme des *transnational turns* bisher wenig Anschluss an diese kritischen theoretischen Perspektiven gefunden hat. Brigitte Hipfl (2016) hat bereits die theoretische Dürftigkeit und Verschllossenheit in der Kommunikationswissenschaft angesprochen, indem sie versucht, neue zentrale Forschungsfragen vorzuschlagen. (vgl. Hipfl 2016)

3.2.1 Grenz- und Migrationsregime: Durchlässige Strukturen, handelnde AkteurInnen, (gegen)hegemoniale Diskurse

Migration gibt es, seit es Grenzen gibt: „After all, if there were no borders, there would be no migrants – only mobility“ (De Genova 2013b: 253) „Mobilität“ ist aber ein exklusiver Begriff, von dem vor allem westliche StaatsbürgerInnen Gebrauch machen. Brigitte Hipfl (2016) fragt, wie wir mit den Unterschieden im Mobilitätsregime umgehen wollen, „das zwischen Menschen, die sich frei bewegen dürfen und solchen, die das nicht dürfen, differenziert“ (ebd.: 6)? Für jene, die vom Mobilitätsregime ausgeschlossen sind und sich dafür in Migrationsregimen bewegen, haben Grenzen und ihre Konstruktion eine zentrale Bedeutung.

Der Kolonialismus hat einst gewaltsam die Grenzen verschoben, um verarmte soziale Gruppen in Europa mit neuen Ressourcen zu versorgen. (vgl. Castro Varela 2013: 327) Aus postkolonialer Perspektive setzt sich die durch den Kolonialismus geschaffene Weltordnung aktuell unter veränderten Vorzeichen fort. Die Migrationsrouten haben sich seit der Etablierung von Kolonien verändert, weshalb Europa seine Grenzen erneut organisiert. Encarnación Gutiérrez Rodríguez (2016) unterscheidet drei Prozesse der Grenzkontrolle in der europäischen Migrations- und Asylpolitik: a) Die Externalisierung der EU-Grenzen durch den Export von Grenzen und die Einrichtung von Kontroll- und Visaregimen außerhalb der EU, b) das je nach Verwaltungsphase Umsiedeln von AsylwerberInnen in abgegrenzten Lagern („Aufnahmezentren“, „Transitlager“ oder „Abschiebelager“) und c) den Wiederaufbau von Kontrollsystemen an den territorialen Grenzen in Form von Zäunen oder Mauern wie auch in Form von technologisch hoch entwickelten Grenzsicherheitssystemen. (ebd.: 676) Postkoloniales Denken geht davon aus, dass diese Prozesse nicht als „Normalität“ angesehen werden dürfen.

Einen Schritt gegen die Normalisierung der westlichen Grenzkontrollen leistet die Perspektive der Grenzregime. Mit dem Begriff der „Grenzregime“ lassen sich die Prozesse und Dynamiken der Grenzpolitik in Interaktion mit Migrationspraktiken erfassen. Unter Grenzregime werden nicht nur Kontrollanlagen, Visabestimmungen, biometrische Verfahren usw. verstanden, sondern auch „[...] Gesetze zu Arbeitsaufnahme, Niederlassung und Staatsbürgerschaft, ganz zu schweigen von der Beschaffung notwendiger Information und Reisemittel.“ (Oswald 2007: 86) Parallel dazu strukturieren Migrationsregime soziale Verhältnisse (Horvath 2014: 35) sind aber keine statischen Konzepte, sondern Effekte von sozialen Handlungen bzw. von Praktiken der Migration (Transit Migration 2007; Tsianos 2010; Hess/Kasperek 2010)

Das Verhältnis von Grenzen und Migration ist für die sozialwissenschaftliche Analyse wichtig, um die Interdependenzen zwischen migrantischen Praktiken, Migrationspolitiken, sozialen Diskursen

und sozialen Bedingungen zu erfassen: „Mit dem Regimebegriff wird das Verhältnis zwischen den Handlungen der MigrantInnen und den Agenturen der Kontrolle nicht als einfaches Subjekt-Objekt-Verhältnis gedacht.“ (Tsianos 2010) Vielmehr ermöglicht uns der Regimebegriff die Definitionsmacht über Migrationsbewegungen trotz der demonstrativen Machtasymmetrien zugunsten der ProtagonistInnen der Migration zu verschieben.

In einem Migrationsregime treffen AkteurInnen aufeinander, die in sozialwissenschaftlichen Begriffen gesprochen, ein asymmetrisches Macht-Verhältnis eingehen. Ohne Zweifel sind daher jene AkteurInnen, die Grenzpolizei, Schengener Informationssystem und Ausländergesetze durchsetzen können, in Begriffen einer Macht-Ökonometrie maßlos überlegen. Das Produkt dieser Überlegenheit ist aber keineswegs die proklamierte Immobilität, wie etwa Untersuchungen zur empirischen Realität der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze oder unsere zeigen. Die Produktivität eines Grenzregimes besteht in der Regulation der grenzüberschreitenden Arbeitsmobilität. [...] Diese Perspektive stellt gerade weniger die Abschottung und mehr das Moment der Entrechtung als zentrale Funktionsweise des Grenzregimes in den Mittelpunkt. (ebd.)

Das Spektakel der Grenze (De Genova 2013a) entsteht demnach durch das gegenseitige Wirken von MigrantInnen und Kontrollinstitutionen wie auch durch Diskurse und Medien. Migrations- und Grenzregime sind folglich Konzepte, die ein Bild der „Festung Europa“ als mächtiges aber auch instabiles, veränderbares und widersprüchliches Ganzes ermöglicht: „Der Begriff des Regimes soll erlauben, die staatliche Steuerung von sozialen Phänomenen als prozesshaftes, komplexes und in sich widersprüchliches Gefüge von Praktiken, Institutionen und Diskursen zu fassen;“. (Horvath 2014: 35f.) Mit der theoretischen Perspektive der Migrations- und Grenzregime grenzt sich Migrationsforschung vom politischen Anliegen der Kontrolle der Migration wie auch von dem Verständnis einer Regierung der Migration von „oben“. Migrations- und Grenzregime ermöglichen Migrationskontrolle mit Globalisierung und Entrechtung zusammenzudenken und zwar jen- und diesseits der Grenzlinien.

Die Illegalisierung der Migration ist demnach nicht der Ausdruck eines finsternen Plans zur Überausbeutung eines zu schaffenden Dienstleistungsproletariats. Mehr noch: Ausbeutung ist nicht gleichzusetzen mit Unterwerfung oder der Auslöschung der Subjektivität der MigrantInnen. (vgl. Mezzadra 2007) Die Asymmetrie äußert sich vielmehr darin, dass die Mechanismen zur Kontrolle von der Praxis der MigrantInnen umkodiert und unter der Hand zu solchen werden, innerhalb derer Mobilität (und Arbeit) immer noch möglich ist, jedoch unter transnationalisierten ausbeuterischen Bedingungen. In diesen Kräfteverhältnissen, die wir als Praktiken des Migrations- bzw. Grenzregimes bezeichnen, spielen die Handlungen der MigrantInnen und ihrer Schlepper ebenso eine Rolle, wie die relative Autonomie der NGOs gegenüber ihrer staatlichen und intergouvernementalen Auftraggeber, aber auch die temporäre Festsetzung der Migration in den Lagern sowie die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Deregulierung. (Tsianos 2010)

Die theoretische Perspektive des Migrationsregimes setzt Migrationspolitiken und Verhältnisse mit sozialen Praktiken der Migration in Beziehung. Das bedeutet, dass damit widerständige Praktiken der Subjekte der Migration konstitutiv im theoretischen Verständnis des Migrations- bzw. Grenzregimes sind. Das Aufgreifen der theoretischen Perspektive des Migrationsregimes zielt auf eine Wissensproduktion, die auf Formen der Entrechtung und der relativen Autonomie der MigrantInnen in der Migrationsgesellschaft fokussiert. Die Fokussierung auf Entrechtung bedeutet für die Forschung, dass selbstermächtigende Praktiken, soziale Kämpfe und Widerstand gegen das hegemoniale Regieren der Migration in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rücken. Das ist ein Angebot, das sich von der dominanten Erzählung der Integration in der Migrationsforschung deutlich abgrenzt. Parallel dazu haben die *Border Studies* insgesamt dazu beigetragen, dass nicht nur die politischen Rechte der MigrantInnen, sondern auch „deren Regulationsfunktion in Bezug auf Arbeits- und Kapitalverhältnisse sowie Produktionsbedingungen im finanzdominierten Kapitalismus in den Mittelpunkt ihrer Analyse rücken“ (Bojadžijev/Römhild 2014: 13).

Ähnlich wie die Perspektive des Migrationsregimes argumentiert auch die Theorie der „Autonomie der Migration“ – siehe folgendes Kapitel – dafür, die Migrationsfrage abseits des Integrationsimperativs zu stellen. In diesem Sinne fokussiert die Autonomie der Migration stärker als die Perspektive der Grenz- und Migrationsregimes auf die ProtagonistInnen der Migration und darauf, wie daraus kollektive Kämpfe die Gesellschaft verändern.

3.2.2 Autonomie der Migration zwischen Wissenschaft und antirassistischer Praxis

Um das Verhältnis zwischen MigrantInnen und Migrationsregime unter den Aspekten der Deregulierung und Entrechtung zu beleuchten, rückte Yann Moulier Boutang (2002) das Konzept der „Autonomie der Migration“ in der Vordergrund: „[...] die Autonomie der Migration zeigt sich in ihrer Selbständigkeit gegenüber den politischen Maßnahmen, die darauf zielen, sie zu kontrollieren. Migration unter dem Gesichtspunkt ihrer Autonomie zu betrachten, bedeutet, die sozialen und subjektiven Dimensionen der Migrationsbewegungen zu betonen.“ (ebd.) Die Autonomie der Migration (Bojadžijev/Karakayali 2007; Bojadžijev/Karakayali 2010; Mezzadra 2011; Moulier Boutang 2002) ermöglicht den Widerstand und die Kämpfe der MigrantInnen als Folge von gesellschaftlicher und globaler Ungleichheit zu beschreiben. Migration wird demnach als eine soziale Bewegung und MigrantInnen als die ProtagonistInnen bzw. als die Subjekte der Migration definiert. Im Gegensatz zu Migration-Governance oder Migrationsmanagement werden die widerständigen Praktiken und Handlungen der MigrantInnen als relevant für die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft und für die Migrationspolitik betrachtet. Im Sinne der Migrationsregime

handeln MigrantInnen einerseits innerhalb der Bedingungen des europäischen Migrationsregimes und andererseits „ungehorsam“ gegenüber Migrationspolitiken. (Gouma 2017)

Manuela Bojadžijev und Serhat Karakayali (2007) formulieren zehn Thesen, die das Konzept der Autonomie der Migration verdichten. In der ersten These hinterfragen die AutorInnen die Metapher der „Festung Europa“, um auf die gegenseitige Determiniertheit zwischen Migrationspolitik und Migration hinzuweisen. (vgl. ebd.: 210). Mit den weiteren Thesen fassen Bojadžijev und Karakayali die Kritik an dem Dogma der Push-Pull-Faktoren in der Migrationsforschung, am Integrationsimperativ, an der Essentialisierung der Identitäten im Konzept der Hybridität, am Kapitalismus, der die Mobilität der Menschen stets kontrolliert etc., zusammen. (vgl. ebd.: 210-215) Sie weisen auf das Fehlen einer Geschichte der Kämpfe der Migration hin und sie heben gleichzeitig historische Kontinuitäten hervor: „Die ersten Proletarier in Europa waren aber mobile Arbeiter. Menschen, die aus den Bedingungen der feudalen Produktionsweise geflohen waren, um in den Städten zu arbeiten und die überall in Europa als Vagabunden, Arme und Gauner verfolgt wurden. Gegen diese Massenbewegung stellten sich neben den Fürsten, die sie politisch, auch die Zünfte, die sie ökonomisch fürchteten.“ (ebd.: 214) Die Bedeutung des Konzepts der Autonomie sehen sie insbesondere darin, dass es Forschung mit Praxis verbindet: „[Die Autonomie der Migration] nimmt neuere Erkenntnisse der Migrationsforschung auf und verwirft andere, sie kommuniziert diese mit dem in den Migrationsbewegungen und -organisationen akkumulierten Wissen und entwickelt daraus neue Perspektiven für die Forschung und die Praxis der Migration gleichermaßen.“ (ebd.: 209)

Entgegen dominanten Erzählungen wird Migration aus der Perspektive der Autonomie nicht als Problem betrachtet. Vielmehr wird der Umgang mit den Kämpfen der Migration an den Grenzen und innerhalb Europas problematisiert: „Die Thesen zur Autonomie der Migration von Yann Moulier Boutang (2002) stellten die Frage nach einem emanzipatorischen Umgang mit den ProtagonistInnen der Migration.“ (Hess/Tsianos 2007: 25) Dieser Perspektivenwechsel bedeutete auch, dass die Wissensproduktion über die sozialen Kämpfe der MigrantInnen einerseits intensiviert wurde und andererseits eine interessierte Öffentlichkeit fand. (Bojadžijev 2002; Bratić 2002; Bratić 2010; Akkılıç et al. 2013)

Das Anliegen des Konzepts der Autonomie, Migrant_innen nicht als bloße StatistInnen des Kapitalismus und der Nationalstaaten zu behandeln, hat dazu geführt, dass auch die Kämpfe der Migration in den Niederlassungsländern stärker wahrgenommen worden sind. Das Verständnis von Migration als soziale Bewegung ermöglicht es, gesellschaftliche Auseinandersetzungen abseits von „ethnischen“ und „kulturellen“ Differenzkonzepten zu sehen. Hierarchisierungen des Migrationsregimes in legale und „illegale“ MigrantInnen werden so weder reproduziert noch bleiben sie unhinterfragt. (Ataç/Gouma 2012: 254)

Die Kritik an der Autonomie der Migration (Benz/Schwenken 2005; Çağlar/Schiller Nina 2011) bezieht sich einerseits darauf, dass der Fokus auf den ProtagonistInnen der Migration liegt – mit der Gefahr der Heroisierung der MigrantInnen und der Vernachlässigung des Einflusses der strukturellen Bedingungen. Martina Benz und Helen Schwenken (2005) kritisieren andererseits, dass das Konzept Genderverhältnisse nicht ausreichend reflektiert und dafür androzentrisches Erzählen unterstützt. In ihren Repliken betonen Bojadžijev und Karakayali, dass das Konzept nicht davon ausgeht, dass MigrantInnen autonom sind, sondern dass sie Migrationspolitik und –realität durch die relative Autonomie (Mezzadra 2011) des Handelns mitgestalten. Sie beziehen sich darauf, dass die Autonomie der Migration als Konzept große Resonanz unter antirassistische Netzwerke gefunden hat und als ein Befreiungsprojekt aufgegriffen wurde. (vgl. Bojadžijev/Karakayali 2010; Bojadžijev 2011)

The autonomy thesis was rebuffed where it was interpreted phenomenologically, as an empirical description of processes of migration; as if we had presumed migrants to be autonomous individuals who “did their thing” regardless of border controls and migration policies. There was fear that the turn away from the misery of migration could prove a flawed strategy; that the emphasis on the agency of migrants would play into the hands of those who had always inferred *homo economicus* and the pursuit of self-interest in migrants. (Bojadžijev/Karakayali 2010: 2)

Die Autonomie der Migration und die Perspektive des Migrationsregimes schließen eine konkrete Lücke in jenem theoretischen Denken, das migrantisches Handeln unbeachtet ließ. Auch migrantische Mehrsprachigkeit bringt eine „Entrechtung“ mit sich: Migrantische Sprachen zählen in monolingualen Institutionen wie der Schule als Hindernis. Gleichzeitig sind migrantische Sprachen in der Migrationsgesellschaft hörbar und erlebbar. Sie verändern damit Formen der Vergesellschaftung und sie verschieben Grenzen

3.2.3 „*Transnational turn*“ und „Migrantologie“

Die aktuelle Migrationsforschung ist vom *transnational turn* stark beeinflusst: „Die Migrationsforschung hat seit den 1990er Jahren eine grundsätzliche Wende hin zu einer transnationalen Perspektive vollzogen, die nicht nur sie, sondern auch die an ihr beteiligten Disziplinen nachhaltig beeinflusst und verändert hat.“ (Bojadžijev/Römhild 2014: 10) Der *transnational turn* ist parallel mit der Kritik am methodologischen Nationalismus (siehe Kapitel 2.2.) innerhalb des sozialwissenschaftlichen Feldes gewachsen. Das Konzept geht von dem Anliegen aus, Migration bzw. die Migrationsgesellschaft abseits des national-zentrierten Verständnisses zu verstehen.

Die nationalen Grenzen überwindende Verbindungen von Räumen, AkteurInnen, Ideologien, Finanzmitteln, Kommunikation und Diskursen skizzieren das transnationale Feld, das die normativen Appelle des Nationalen grundsätzlich in Frage stellt. (vgl. Balibar 2003: 31) Gleichzeitig geht es in der Arbeit mit dem transnationalen Paradigma darum, Differenzierungen zu ermöglichen: Nicht jede migrantische Handlung oder jeder migrantischer Raum kann per se als transnational erfasst werden. Die transnationalen oder nicht-transnationalen Lebenswelten von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen sollen anhand der empirischen Reflexion der vorhandenen Netzwerke, der Praktiken und der Verschiebungen der Machtverhältnisse im Feld erfasst werden. (Glick Schiller/Çağlar 2009)

Zusammenfassend formuliert, beschreiben transnationale Verbindungen die „multiple ties and interactions linking people or institutions across the borders of nation-states“ (Vertovec 1999: 1).⁸ Linda Basch und Nina Glick Schiller (1995a) bezeichnen jene MigrantInnen als TransmigrantInnen, „whose daily lives depend on multiple and constant interconnections across international borders and whose public identities are configured in relationship to more than one nation-state“ (48). Demzufolge ist Transnationalismus ein Prozess „by which transmigrants, through their daily activities, forge and sustain multistranded social, economic and political relations that link together their societies of origin and settlement, and through which they create transnational social fields that cross national borders“ (Basch/Glick Schiller/Blanc-Szanton 1994: 6)

Im Gegensatz zur Autonomie der Migration und zu Regimetheorie ist das transnationale Paradigma auch in der Kommunikationswissenschaft aufgegriffen worden. (siehe auch Shumow 2012; Gouma 2010a; Kim 2010; Wessler et al. 2008; Wilding 2006; Aksoy/Robins 2003b; Aksoy/Robins 2003a; Mahler 2001; Karim 1999) Dabei geht es einerseits um die medialen transnationalen Verbindungen in der Lebenswelt der Migrationsgesellschaft, die aktive Rolle der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICTs) aber auch darum, dass die „Wirkmächtigkeit der Medien als gesellschaftliche ‚Platzanweiser‘ für MigrantInnen“ (Gouma 2010a: 145) durch transnationale Medienlandschaften und -praktiken herausgefordert wird.

Relevant für die wissenschaftliche Selbsterkenntnis ist, dass „Transnationalismus“ als Konzept bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA, also in der brisanten Zeit des Ersten Weltkriegs, thematisiert wird. In den Reihen der Intellektuellen entbrannte eine Reihe von kontroversiellen Debatten: Randolph Bourne publizierte im Vorfeld der Studie seinen Essay „Trans-national

⁸ Dabei handelt es sich um eine sehr offene Definition, die unterschiedlich ausgelegt wird. Steven Vertovec (1999) bringt als Beispiel dafür, die US-Abteilung für Verteidigung. Transnationalismus bezeichnet in diesem Rahmen illegale und gewalttätige soziale Netzwerke von Terroristen, Verbrechern, oppositionellen Fraktionen in Bürgerkriegen, die Verbindungen im Ausland unterhalten etc. (siehe Gouma 2010a)

America“ (Bourne 1916), in dem er im Gegensatz zur Chicagoer Schule den Assimilationsdruck auf MigrantInnen kritisierte, die amerikanische Identität als Monokultur im Sinne einer angelsächsischen Kultur verwarf und auf einer kosmopolitischen Haltung in der Identitätspolitik bestand. Bourne stellte aber nur eine Minderheitsposition unter allen anderen dar. Seine Ideen fanden wenig Unterstützung und Verbreitung und sein Ansatz hatte lange keinen Einfluss auf die Sozialwissenschaften. Transnationale Beziehungen und Praktiken wurden entweder negativ oder als nicht wichtig für die Sozialwissenschaften bewertet. (Glick Schiller/Basch 1995b) Die Erwartung an MigrantInnen war „to abandon, forget, or deny their ties to home [...] in subsequent generations memories of transnational connections were erased.“ (Glick Schiller/Basch 1995b: 51). Starke Einfluss im Bereich der Medien hatte indes die Studie „The Immigrant Press and its Control“ von Robert Park (1922b). Park und die *Chicago School* gingen darin davon aus, dass Assimilation das Ziel im Umgang mit MigrantInnen ist, weshalb transnationale Medienpraktiken als Illoyalität und Gefahr interpretiert wurden.

In der Zwischenzeit haben sich Assimilations- und Integrationstheorien in der Migrationsforschung stark profiliert (siehe als wichtiger Vertreter Esser 2003): Das Konzept des Transnationalismus wird aber in den letzten Jahren in verschiedenen Disziplinen ähnlich wie der methodologische Nationalismus intensiv diskutiert. Im Bereich der Kommunikationswissenschaft hat die Auseinandersetzung mit transnationaler Migration Fragen nach transnationalen Medien und nach der Bestimmung von transnationalen Öffentlichkeiten (siehe Fraser 2008; Wessler et al. 2008) nach sich gezogen und interdisziplinäre Zugänge begünstigt. Um es mit den Worten von Nina Glick Schiller zu sagen “the study of transnational migration was an idea whose time had come” (Glick Schiller 2004: 449).

In der Paradigmen-Wende des Transnationalismus steckt nicht nur die Entwicklung einer kritischen Perspektive, sondern auch Kritik am Konzept selbst: „Transnationalismus“ sei, so die Kritik, neben „Globalisierung“ und „Multikulturalismus“ zu einem weiteren Stich- und Modewort geworden, auf das mehrere Disziplinen mit unterschiedlichen Anliegen fokussieren. Zwei Punkte der Kritik am Konzept des Transnationalismus sind zentral. Einerseits geht es darum, dass Transnationalismus häufig als deskriptives Modell eingesetzt wird. Andererseits wird kritisiert, dass Transnationalismus zunehmend eingesetzt wurde, um MigrantInnen und nicht die Migrationsgesellschaft zu erforschen.

Im Bereich der Medien trifft die Kritik des deskriptiven Zugangs insofern zu, als die Begeisterung über die Vereinfachung und Beschleunigung von Kommunikationsprozessen zu einer unkritischen Faszination führt. (vgl. Gouma 2010a) Das Erfassen der Welt als ein „interconnecting realm of

cross-border relationships“ (Wimmer/Glick Schiller 2002: 311) bewirkt paradoxerweise häufig, dass die Rolle der Medien nicht differenziert, sondern als unhinterfragte zentrale Infrastruktur und Motor des Transnationalismus betrachtet wird. Die Bedeutung der Medien in transnationalen Prozessen wird durch den Reflex des technologischen Determinismus marginalisiert: „Transnationale Kommunikationsprozesse lassen sich zwar durch die neuen Technologien und zahlreichen medialen Angebote leicht diagnostizieren. Die Wahrnehmung und Abbildung von grenzüberschreitenden Kommunikationsnetzen liefern aber noch keinen Einblick in die unterschiedlichen Machtverhältnisse innerhalb dieser transnationalen Felder. Transnationalismus wird so zu einem Konzept ohne politische Inhalte. [...] (Gouma 2010a: 143)

Regina Römhild (2007) problematisiert insgesamt die „Entpolitisierung“ im Umgang mit Migration, was ein zentrales Thema nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Politik bzw. für das „Management“ der Migration darstellt. (vgl. Georgi 2009) Mit der Formulierung „ein Konzept ohne politische Inhalte“ greift Römhild ein Problem in Forschungsarbeiten mit transnationalem Zugang auf, das in der Kommunikationswissenschaft ebenfalls relevant ist. Die Beschreibung und Feststellung der globalen und oft eigentlich gar nicht-globalen Kommunikationsflüsse reicht demnach nicht aus, um Ambivalenzen zwischen national-staatlich verankerten Rechten und MigrantInnen oder postkoloniale Hierarchisierungen in der Forschung zu überwinden. Vielmehr verzichten pauschale Beschreibungen mit Sätzen darüber, wie global alles geworden ist, auf eine Analyse, die die weit auseinanderdriftenden sozialen Positionen innerhalb der ungleichen Machtverhältnisse berücksichtigt. Ayşe Çağlar (2006) schlägt auch gemeinsam mit Nina Glick Schiller (Çağlar/Glick Schiller 2015b) daher vor, die Auseinandersetzung mit globalen Ungleichheiten und mit den Machtverhältnissen innerhalb des transnationalen Felds in den Mittelpunkt der Wissensproduktion zu stellen. Sie empfehlen, empirisch vorzugehen und die sozialen Veränderungen festzuhalten, die transnationale Felder, Praktiken und Netzwerken bewirken.

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf die „ethnische Brille“ der Forschung innerhalb des *transnational turns*.

Relativ schnell kristallisierte sich bei unserer kritischen Bestandsaufnahme als Kernproblematik heraus, dass sich das Gros auch der transnational orientierten Migrationsforschung allzu häufig als Forschung über MigrantInnen versteht und daher insgesamt – polemisch zugespitzt – kaum hinauskommt über eine nach Herkunftsorten sortierte „Migrantologie“ unterschiedlicher Ethno-Communities, wenn auch in neuem räumlichen Maßstab. An immer weiteren solcher Communities wird in immer neuen Varianten die immer gleiche Geschichte eines transnationalen, mehrortigen Lebens erzählt. (Bojadžijev/Römhild 2014: 10)

Çağlar und Glick Schiller (2015) beziehen sich ebenfalls auf diese Probleme, ohne sich jedoch ausschließlich auf das Paradigma des Transnationalismus zu beziehen. Ihre Position ist insgesamt eine Reflexion des Problems der Ethnisierung in der Migrationsforschung. Anstatt intersektionelle Kategorien (Buckel 2012; Hess/Langreiter/Timm 2011; Erel et al. 2007; Klinger 2007) miteinzubeziehen, werden die migrantischen Handlungsmöglichkeiten ausschließlich als ethnisch konnotiert: „Sobald die ethnische Gruppe zur Analyseeinheit wird, wird der Ausgangspunkt von Handlungen, Sehnsüchten und von Dynamiken sozialer Interaktionen und Bindungen (einschließlich transnationaler) innerhalb migrantischer Kultur verortet und an eine imaginierte Gruppenidentität gebunden.“ (ebd.: 148) Klasse, Gender, Alter usw. spielen durch die ethnische Brille keine Rolle. Das Festhalten an ethnisierenden Analysen widerspricht der Kritik am methodologischen Nationalismus.

3.2.4 Das postmigrantische Paradigma als Überwindung der Migrantologie?

Der Begriff „postmigrantisch“ kommt ursprünglich aus der Arbeitspraxis im Bereich Kunst- und Kultur und wurde vor etwa zehn Jahren von der Berliner Theaterintendantin Shermin Langhoff aufgegriffen. (vgl. Bojadžijev/Römhild 2014) „Postmigrantisch“ meint dabei eine Kulturproduktion, die Inhalte, Formate und Personalbesetzung so gestaltet, dass diese der gegenwärtigen Migrationsgesellschaft entsprechen bzw. diese repräsentieren. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung steht „postmigrantisch“ für eine Analyseperspektive, die sich mit sozialen und politischen Transformationen, gesellschaftlichen Konflikten und Identitätsbildungsprozessen beschäftigt, welche einsetzen, nachdem Migration als gesellschaftliche Realität anerkannt ist. Es stehen also weniger Repräsentation und Solidarität im Fokus, sondern die Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Transformationen und mögliche politische Antworten darauf. Neue Positionen werden laut, Repräsentationen hinterfragt bzw. neu verhandelt und nicht zuletzt soziale und politische Rechte eingefordert und neu erkämpft. (vgl. Foroutan et al. 2015: 14ff.)

Manuela Bojadžijev und Regina Römhild (2014) beschreiben das postmigrantische Paradigma als eine Entwicklung, die sich auch aus der drängenden Frage ergibt, wie lange Menschen „MigrantInnen“ sind. „In einer zunehmend populären Auslegung wird der Begriff des Postmigrantischen derzeit als Label für und von Personen entdeckt und angeeignet, die selbst keine unmittelbaren Migrationserfahrungen gemacht haben und dennoch in der Fortschreibung dieser Kategorie über Generationen hinweg weiterhin als Migranten und Migrantinnen markiert werden.“ (ebd.: 18) Erol Yildiz (2016) fasst drei zentrale Aspekte des postmigrantischen Paradigmas zusammen:

Erstens geht es um die Relevanz einer Neuerzählung der ‚Gastarbeitergeschichte‘. Zweitens wird der Versuch unternommen, die Migrationsforschung aus ihrer Sonderrolle zu befreien und sie als Gesellschaftsanalyse zu etablieren und *drittens* richtet sich die Aufmerksamkeit auf urbane Verortungspraxen von Angehörigen der zweiten und dritten Migrationsgeneration, die nicht über die gleichen Migrationserfahrungen verfügen wie ihre Eltern oder Großeltern, die aber begonnen haben, ihre eigenen Geschichten zu erzählen. (Yildiz 2016: 20, H.i.O.)

Die postmigrantische Verortung stellt auch einen Bruch mit einigen theoretischen Konzepten der kritischen Migrationsforschung dar: „Ist das Migrantische empirisch zu und am Ende? Und/oder: Ist das Migrantische etwas, was mit guten Gründen überwunden, mindestens transformiert werden sollte?“ (Mecheril 2014). Paul Mecheril beantwortet beide Fragen mit Nein. Seine Kritik am Konzept des „Postmigrantischen“ bezieht sich darauf, dass Migration Realität ist, die nicht zufällig stattfindet, sondern politische und historische Kontinuitäten aufweist. Der Begriff der „Migrationsgesellschaft“ ist aus dieser Sicht zutreffend, da er alle gesellschaftlichen Akteur_innen – Migrant_innen wie auch Nicht-Migrant_innen – einbezieht (vgl. Mecheril 2010) Trotz der unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen verweisen aber sowohl das Konzept der „Migrationsgesellschaft“ als auch jenes der „postmigrantischen Gesellschaft“ grundsätzlich auf die Notwendigkeit, alle AkteurInnen in die Analyse zu inkludieren: Damit vermeiden wir Leerstellen, die dadurch entstehen, wenn nur auf „Migrationsandere“ (ebd.) fokussiert wird.

Die Tauglichkeit des postmigrantischen Ansatzes, den Anspruch auf Kritik innerhalb des umkämpften Felds der Migrationsforschung zu entfalten, wird demnach kontroversiell betrachtet. Das Leben in der Migrationsgesellschaft produziert sowohl für MigrantInnen als auch für Nicht-MigrantInnen ein spezifisches Wissen über den „eigenen Platz“ auf der Welt. Daraus ergeben sich politische Fragen, etwa nach dem Umgang mit Dissens, nach gerechteren Verhältnissen und nach einem transnationalen Konzept von Gemeinschaft (Balibar 2003). Die „Verinnerlichung der Grenzen zwischen Gruppen“ (ebd.: 9) und die daraus entstehenden „Achsen der Ungleichheit“ (Klinger 2007) bleiben relevant bei der Thematisierung struktureller Ausschlüsse und der Rassifizierung in der Migrationsgesellschaft.

Das postmigrantische Paradigma wird als Vorstoß in die Richtung gesehen, die Migrationsforschung zu „entmigrantisieren“ und die Gesellschaftsforschung zu migrantisieren. (Bojadzic/Römhild 2014):

Hier stellt sich nämlich die Frage, wie wir uns von einem „Text“ entfernen können, der identitäre Zuschreibungen von MigrantInnen und Deutschen im Verhältnis zueinander reproduziert. Von neuen Beschreibungen und Begriffen, die Problematiken und nicht Gruppen in den Fokus nehmen, kommen wir auch zu neuen Analysen über eine Gesellschaft, für die Migration konstitutiv ist. In Bezug auf die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Ge-

sellschaft bedeutet das, nicht länger über, sondern mit Migrant_innen zu forschen, um zu fragen: Wer forscht wie über wen und wer befragt wen. (Die Forderung nach) Politisierung zielt auch hier nicht nur auf die Inhalte der Forschung, sondern auch auf die komplizierte Frage danach, wer überhaupt wie und mit welchem Ziel Forschung zu Migration betreibt, welche Positionen, Perspektiven und welche Politik damit verbunden ist. Diese methodologischen Fragen könnten auch helfen, theoretische und praktische Fragen neu zusammenzusetzen. (ebd.: 19)

Das postmigrantische Paradigma stellt einerseits ein Denkmuster, das noch keine explizite kommunikationswissenschaftliche Relevanz hat dar. Andererseits sind Analysen, die Fragen nach migrantischen AkteurInnen in der Medienwelt bzw. nach migrantischen medialen Inhalten und post-ethnischen Medien stellen, verbreitet. (vgl. Oulios 2007; Fleras 2015; Rigoni 2005) Die noch fehlende kommunikationswissenschaftliche Verknüpfung zu postmigrantischen Ideen liegt daran, dass das Integrationsparadigma in der Auseinandersetzung von Medien und Migration zentral ist. (vgl. Gouma 2015) Gleichzeitig geht es vermutlich auch darum, dass *„we do not even have the language through which contemporary superdiversity in the world can be described, conceptualized, understood, explained, and researched“* (Beck 2011: 53, H.i.O.).

3.3 Die Migrationsfrage, „weisse Medien“ und die Harmonie

Wir wissen, dass MigrantInnen Medien anders nutzen, als Menschen ohne Migrationserfahrung: *„According to recent data, people with migrant experience tend to seek news very broadly.“* (Carøe Christiansen 2004: 185) Handelt es sich dabei um ein Problem und wenn ja, um welches? Connie Carøe Christiansen (ebd.) untersuchte die Mediennutzung von verschiedenen MigrantInnengruppen in Denmark: Sowohl transnationale Medien als auch die transnationalen Praktiken des migrantischen Publikums stehen im Mittelpunkt der Studie. Carøe Christiansen sieht keinen Widerspruch zwischen der Nutzung von transnationalen und „nationalen“ Medien. Gleichzeitig geht sie davon aus, dass MigrantInnen aus den „nationalen“ Medien exkludiert sind: *„The problem for diaspora populations in Denmark is not to achieve access to the news media, but to obtain news adapted to their special needs.“* (ebd.: 196)

Die medial vermittelte soziale Ordnung wie auch die Bindung zur Herkunftsgesellschaft z.B. durch Sprache werden als Gründe gesehen, weshalb MigrantInnen „[...] ethnic minorities compensate for their exclusion from national media target groups by seeking more news. In other words, it appears that ethnic minorities attempt to handle the lack of a single news source that covers their varied needs in two ways: they use more time to obtain news, and they choose from several news sources.“ (ebd.) Im Gegensatz dazu prägte Josef Eckardt (2000) in Bezug auf türkische MigrantIn-

nen und aufgrund der transnationalen Mediennutzung die Idee der „Medienghettos“ (Eckardt 1996: 461). Der Begriff entsprach den in Analysen häufigen Ethnisierungsmustern der Erklärung und setzte sich im Zusammenhang mit Migration durch: „Die Dichte der Satellitenschüsseln im öffentlichen Bild – als untrügliches Zeichen eines migrantischen Raums – löste den politischen Reflex des ‚ewigen Ghetto diskurses‘ (Yildiz 2006) aus. Analog dazu wurde in der Kommunikationswissenschaft, entgegen dem sonst verbreiteten Globalisierungshype, die Metapher des ‚Medienghettos‘ eingeführt.“ (Gouma 2010b)

Im Anschluss an die Kritik an der andauernden Suche nach „Integrationsunwilligen“ und der „Suche nach Integrationsproblemen“ (Husband 2000b) gehe ich ebenfalls davon aus, dass es nicht die Aufgabe der Sozialwissenschaften ist, ihre Themen von populistischer Politik zu diktieren. Das bedeutet auch für die Kommunikationswissenschaft, dass sie keine „nationale“ Wissenschaft ist. (vgl. Gouma 2015) Die Beharrlichkeit und Kritikresistenz der aktuell geführten Integrationsdebatte ist ein Ausdruck struktureller Bedingungen der Öffentlichkeit, wo MigrantInnen selten einen Platz als „SprecherInnen“ einnehmen. In der öffentlichen Sphäre wird dafür vielmehr „über“ sie gesprochen und zwar in einer von strukturellen Rassismus geprägten postkolonialen Gesellschaft.

Eine Novität oder gar Überraschung stellt diese Kritik nicht dar: „This representational impasse should come as no surprise; after all, it’s been over 45 years since the Kerner Commission [(1968: 366)] declared, ‘the media report and write from the standpoint of a White man’s world’.“ (Fleras 2016: 23) Augie Fleras (2006) weist darauf hin, dass in der westlichen Berichterstattung MigrantInnen zu „sein“ – solange das nötige Kleingeld fehlt, um die Verwandlung zu KosmopolitInnen zu erwirken – nichts anderes bedeutet, als „*problem people*“ zu sein: Menschen mit Problemen, die Probleme verursachen. (siehe auch Gouma 2015) Analytischer beschreibt Fleras (2016) wie die kanadischen Mainstreammedien trotz des Drucks, ihre Repräsentationspolitik gegenüber MigrantInnen zu verändern, weiterhin als „*white media*“ funktionieren – eine Kritik, die ich wiederum auch für die Integrationsforschung als relevant erachte:

Efforts to explain these misrepresentational tropes have varied: to one side are prejudicial attitudes, implicit biases and discriminatory practices; to the other side, institutional routines, workplace practices and commercial imperatives related to audience ratings and advertising revenues [...]; to yet another side are those systemic biases [...] whose one-sidedness perpetuates an exclusionary effect. Of particular value are those explanations that frame newsmedia as Eurocentric discourses in defence of dominant ideology, in effect exposing the representational biases of migrants/minorities/peoples as racialized[...] rather than racist, structural rather than attitudinal, institutional rather than individual, patterned rather than random and systemic (‘normalized’) rather than deliberate (‘systematic’). (ebd.:

Fleras bezieht sich auch auf die Position von Simon Cottle (2000), indem er die Myopia (Kurzichtigkeit) der „weißen Medien“ gegenüber der eigenen Privilegien kritisiert: „But this myopia toward white privilege is not necessarily shared by migrants, minorities and peoples who perceive ‘whitestream’ newsmedia as white spaces indifferent to minority success stories; hostile to any criticism of the status quo or oblivious to their identities, experiences and aspirations beyond celebration and crime.” (Fleras 2016: 29) Es gibt eine Reihe von medialen und gesellschaftlich akzeptierten Strategien, die diese Repräsentationspolitik stützen. Fleras listet zusammenfassend sieben davon auf:

Blaming the victim: the assumption that every individual in a meritocratic society can make it [...]. *Individualizing racism*: the assumption that racism is a personal prejudice or randomly expressed rather than routinized as power systemically embedded in social structures and institutions. *An ahistorical perspective*: the dismissal of cumulative inequalities or the persistence of colonialism on the grounds that the past is passed and it’s time to move on. *Decontextualizing reality*: the episodic and sensationalistic, rather than thematic and situational in the framing of newsworthiness. This frame reinforces victim blaming while ignoring root causes. *Problematizing deep diversity*: the primacy of a liberal universalism [...] *Invoking a post-racial Canada*: the criticism of those who insist on playing the “race card” in a supposedly race-blind society where neither race nor racism matter in determining who gets what. *Taking white normativity as the universal standard* [...].(ebd.: 30f., H.i.O.)

Gesellschaftliche Hierarchien und Machtverhältnisse spiegeln sich in Medien wider, trotz der Vorstellung durch neue Instrumente wie „Diversity Management“ Änderungen herbeizuführen. Diversity-Konzepte werden kritisiert, weil sie Taktiken ohne grundlegende Veränderungen sind, um „weiße“ Strukturen etwas „bunter“ zu machen. (De Jong 2015) Sara de Jong (2015) beschreibt Diversitätsmanagement eher als ein Instrument, das Ausschlussprozesse stark kontrolliert, aber nicht überwindet. In diesem Sinne ist nicht jede Diversität auch „verwertbar“ und daher erwünscht. Im Rahmen von Diversity-Konzepten wird eher in „good and bad diversity“ (Lentin/Titley 2011) unterschieden. (siehe auch die Kritik im zweiten Kapitel) Fleras kritisiert Diversitätsanliegen zwar nicht aus dieser Perspektive, geht aber auch davon aus, dass es sich um eine „whitewash“-Strategie handelt: „Even a newsmedia commitment to address diversity perpetuates a pro-white attitude that tacitly assumes whiteness as the norm. After all, framing race, ethnicity and aboriginality in the language of the ‘white stream’ even with the best intentions, tends to whitewash diversity.” (Fleras 2016: 29f.)

Diversity-Management ist ein hegemoniales Konzept, das einen Teil der gesellschaftlichen Konflikte harmonisieren soll, ohne grundlegende Veränderungen zu implementieren oder die „weiße Norm“ zu hinterfragen. In der Medienwelt produzieren Diversity-Aktionen beispielsweise Chancen, indem Programme für den Einstieg von jungen migrantischen JournalistInnen in die

Mainstream-Medien finanziert werden. (siehe beispielsweise M-Media 2012) Bei der Implementierung dieser Programme „geht es AktivistInnen und NGOs wie MM [M-Media] um soziale Gerechtigkeit gegenüber einer Gruppe: Ähnlich wie bei feministischen Kämpfen gilt es, Ausschlussmechanismen gegen MigrantInnen durch Projekte und Förderungsmaßnahmen zu beseitigen. Bei solchen Verteilungskämpfen ist stets mit massivem Widerstand zu rechnen.“ (Gouma 2012a: 40) Gleichzeitig gelten für RedakteurInnen mit Migrationsbiographien umso mehr die Doxa des journalistischen Felds und die Anforderungen des Arbeitsmarktes: „Success on the job depends on complying with institutional expectations rather than ‚making waves‘. [...] Their role as agents of change are compromised by placement in a culture and structure whose working assumptions are predicated on framing minorities as troublesome constituents.“ (Fleras 2006: 210) In der Öffentlichkeit bleiben daher für die unterschiedlichen sozialen Gruppen auch nach Diversity-Maßnahmen die hierarchischen Machtpositionen aufrecht, die durch Mainstream-Medien legitimiert werden. Hinter diesem Resultat stehen jedoch keine „bösen Mächte“, sondern Ergebnis gesellschaftlicher Selbstverständigung und gefestigter Hierarchien:

Das soll allerdings nicht heißen, dass Rassismen von einer sinistren Elite oder „bösen Mächten“ in die Welt gesetzt würden, um die eigene Machtposition zu stärken. Ganz im Gegenteil: rassistisches *Othering* ist ein gesellschaftsstrukturierendes Element, das zwar leicht politisch instrumentalisiert werden kann, aber *strukturell* aus der kapitalistischen Vergesellschaftung erklärt werden muss. Daher findet es sich auch auf unterschiedlichsten Ebenen: neben historischen Beispielen auch im aktuellen politischen und medialen Diskurs sowie auf der Alltagsebene – und damit in unser aller Köpfe. Auch wenn nicht immer direkt „rasse“bezogen argumentiert wird, basiert eine rassistische Argumentation prinzipiell darauf, gesellschafts-politische Problemstellungen auf eine homogen konstruierte „Out-Group“ auszulagern. Aktuell stehen Pauschalisierungen wie „die Türk_innen sind demokratie- und integrationsunfähig“ oder „die Afrikaner_innen sind Drogendealer_innen“ sinnbildlich für solche ethnisierenden und rassifizierenden Auslagerungsprozesse. (Edthofer 2017, H.i.O.)

Aus dieser Perspektive lässt im Anschluss an Fleras gut nachvollziehen, weshalb Konzepte wie „Diversity“ nicht gegen die Exklusionsdynamik der Medien greifen, sondern „white wash“-Strategien darstellen. Differenz wird gemanagt, aber nicht dekonstruiert oder historisch hinterfragt.

Im Rahmen der kapitalistischen Vergesellschaftung sind Hierarchisierungen wie auch die Zustimmung zur aktuellen sozialen Ordnung der unterschiedlichen AkteurInnen konstitutiv. Medien wirken in diesen Verständigungsprozessen als Technologien des Regierens (Gouma 2004; Gouma 2010b) In einer Öffentlichkeit, in der sozialen Gruppen unterschiedliche Machtpositionen eingeräumt werden, fungieren „nationale“ oder „weiße“ Medien auch als Disziplinierungsinstrumente, indem sie durch die Berichterstattung Menschen auf soziale Plätze verweisen. (ebd.) Die Intensi-

tät, mit der die Migrationsdebatte medial geführt wird, weist auf ein bestimmtes Regieren hin, sodass MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen sich ihres Platzes in der Gesellschaft bewusst werden bzw. dieses Wissen verinnerlichen und damit der hegemonialen Ordnung – im Sinne von Gramsci – angesichts der anstehenden bedrohlichen „Probleme“ zustimmen. (siehe auch Gouma 2015)

Mainstreammedien funktionieren demnach als Technologien des Regierens wie auch als soziale Platzanweiser, vorausgesetzt, dass ihre Inhalte und Botschaften gelesen, gesehen und gehört werden. (Gouma 2015; siehe auch Gouma 2004) Indem sich MigrantInnen medial „integrieren“ – das könnte, wie bereits erwähnt, bedeuten, dass sie regelmäßig die „Neue Kronen Zeitung“ lesen und ein diskreditierendes Fazit über die eigene Kollektivität verinnerlichen –, erfahren sie auch von ihrer sozialen Positionen und von der Matrix der Identitäten, die für sie in der Gesellschaft vorgesehen sind. (siehe Gouma 2015; Gouma 2012a; Gouma 2010a) Medien haben demnach eine nicht zu unterschätzende Normalisierungsfunktion zugunsten privilegierter sozialer Gruppen. Sie tragen dazu bei, dass die aktuelle soziale Ordnung und Verhältnisse, da sie nach der Aufklärung nicht mehr Gott gegeben sein können, als Ergebnis der menschlichen Vernunft, als „natürlich“ und „richtig“ erscheinen. Das stellt ein Problem in Bezug auf egalitäre Ansprüche dar: „By changing peoples attitudes without an awareness, that their attitudes are changing, those in positions of power secure control and compliance through consent and consensus rather than coercion. The ‘normalizing’ of conventional patterns of power and privilege as natural and inevitable as well as universal and superior also reflects a systemic bias within the news media.“ (Fleras 2006: 201)

In der Medienpolitik bedeutet Normalisierung auch, dass eher alternative Medien der Ort sind, wo MigrantInnen als ProduzentInnen von Inhalten partizipieren können: „Die gesellschaftliche Verantwortung, gegen ‚weiße‘ Medienstrukturen vorzugehen, verlagert sich angesichts dessen immer mehr auf alternativ-partizipative Medien. Im Rahmen der lokalen Medienprojekte wie FRS, Radio Orange und Okto ergreift eine Reihe von MigrantInnen und Organisationen die Möglichkeit, Radio- und TV-Inhalte in unterschiedlichen Sprachen zu produzieren.“ (Gouma et al. 2010)

Die strukturellen Kontraste zwischen öffentlich-rechtlichen bzw. privaten Formaten und alternativen Medien deutet auf die Instrumentalisierung der partizipativen Medien als „kreative Spielplätze“ hin, um migrantische Anliegen außerhalb der ressourcenstarken Medien zu befrieden. „‘Integration’ gedeutet als *living in harmony* wurde medial outgesourced“. (Gouma et al. 2010) Trotzdem werden diese Räume genutzt, um Gegenöffentlichkeiten und die politische Kollektivierung für soziale Gruppen außerhalb der Norm zu ermöglichen. „Die Strategien und widerständigen Praktiken gegen das medial verordnete ‚social script‘ des ‚MigrantIn-Seins‘ sind vielfältig. Denn

MigrantInnen erfahren durch ihre Überschreitungen der Grenzen die ‚Krise des Nationalen‘ auf vielfältige Art und Weise – nicht zuletzt stellen sie normative Appelle grundsätzlich in Frage. (Balibar 2003) Transnationale Medienpraktiken sind ein Teil davon.“ (Gouma 2010b)

3.4 Medien als Technologien des Regierens und/oder Agenten der Veränderung

Medien gelten als wichtige AkteurInnen der Veränderungen des sozialen und politischen Lebens (Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016b: 9). Diese Erkenntnis steht im Widerspruch zu den hier formulierten Überlegungen, wie Mainstreammedien zu den Hierarchien und Ausschlüssen der kapitalistischen Vergesellschaftung beitragen bzw. wie resistent sie gegenüber Veränderungen der „weißen“ Deutungsmuster bzw. Frames sind. Als VermittlerInnen von Sprache und generell von Kommunikation, sind Medien der Kern dessen, was als „Sozialität“ bezeichnet wird. Medien tragen zur gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit (Berger/Luckmann 2001) und zu sozialen Veränderungen bei. Durch die Kritik der Medienöffentlichkeit, das Wirken politischer AkteurInnen aber auch durch interpersoneller und transnationaler Kommunikation von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und sozialen Positionen finden Veränderungen jedoch nicht unmittelbar statt. Medienarbeit kann Themen setzen oder aufgreifen (Medienagenda und Publikumsagenda), Wissen produzieren, soziale Bewegungen und Protestformen in Gang setzen etc. Medienarbeit initiiert Veränderungen führt sie aber nicht durch. Das Tempo und Ausmaß der Veränderungen hängt von historischen Kontinuitäten, Gegenbewegungen und deren ökonomischen bzw. repräsentativen Ressourcen ab. Die Auseinandersetzung mit Medien und Migration bewegt sich stets in dieser Ambivalenz der Positionen: Medien als Befreiungsprojekte und Medien als Technologien des Regierens, die den Hierarchien einer kapitalistischen Vergesellschaftung beipflichten. Diese Ambivalenz bleibt innerhalb der Öffentlichkeitstheorien aufrecht. Innerhalb des Migrationsfelds sind alternative Begriffe zu Medienöffentlichkeit entstanden, die auf Aspekte der eines globalen Weltverständnisses eingehen wollen.

Im kommunikationswissenschaftlichen Denken starteten schon vor den 70er Jahren Transformationsprozesse bei den theoretischen Konzepten. Das Ergebnis sind neue Zugänge, um die aktuellen Öffentlichkeiten, Publika- und Medienrealitäten aus einer transnationalen Perspektive zu verstehen. Die Metapher der „flows“ setzte sich laut John Sinclair und Stuart Cunningham im Rahmen dieser theoretischen Debatte durch: „Since 1970, the metaphor of ‘flows’ has been applied to patterns in which television has come to cover the globe.“ (Sinclair/Cunningham 2000: 11) Die Rolle der Kommunikationstechnologien in Zusammenhang mit dem Verständnis der *flows* im Kon-

zept des Transnationalismus hat mindestens zwei gegensätzliche Positionen hervorgebracht. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass die grenzüberschreitenden Medienströme aufgrund der Einführung und Verbreitung von fremden Kulturmustern und Ideologien das Selbstverständnis, den Rahmen von Gemeinschaften bedrohen. Auf der anderen Seite wird damit argumentiert, dass die Globalisierung durch die Medien dazu beitragen wird, die Welt zu der einen globalen Gesellschaft zu integrieren. (Mann 2000) Bevor sich *social media* und andere Formen der digitalen Kommunikation durchsetzen konnten, haben vor allem technologische Entwicklungen wie jene der internationale Fernsattelitenübertragung diese Behauptungen verstärkt, aber gleichzeitig die in diesem Zusammenhang entstandenen Erwartungen und möglichen Folgen für Prognosen komplexer gemacht: „The relationship between the states and transnational satellite broadcasting is also an entangled story. Transnational media, by its nature, escapes state controls and could become subversive to state powers. However, there is no such intrinsic necessity that all transborder media will become subversive to the state.“ (Cağlar 2002)

Orvar Löfgren meint indes nach seiner Studie über die Rolle des öffentlichen Radios nach dem Krieg in Schweden und vor allem durch die Analyse der Wettervorhersagen, dass entgegen den global-integrativen Annahmen, Medien eine Bühne für die Verbreitung und Festigung des nationalen Selbstverständnisses zu Verfügung stellen. (vgl. Gouma 2004)

Traditionally the modern mass media has been seen as a globalizing force, threatening the national project, undermining local cultures. From a historical perspective, however, the truth of the matter would seem to be the opposite. During the two past centuries the mass media have created many of the specifically national understandings around the world. They have provided the forums through which much national discourse have been pursued, and established platforms of shared experiences and routines. (Löfgren 2001)

Ayşe Cağlar wie auch Löfgren sehen keinen empirischen Hinweis darauf, dass transnationale Medien bzw. Medienpraktiken per se subversiv zum Nationalstaat stehen. Das liegt auch daran, dass das disperse Publikum, um das es hier geht, noch kein politisches Kollektiv darstellt. Die Frage des Kollektivs ist noch nicht vorstellbar, dafür gibt es Versuche, sich den Prozess seiner etwaigen Generierung vorzustellen. Mit *mediascapes* und *ethnoscapes* bzw. mit seiner Position, MigrantInnen und Medien seien die zwei grundlegenden Bausteine der modernen Subjektivität setzt der Globalisierungstheoretiker Arjun Appadurai (1996b) die Diskussion gegen die Container-Logik fort.

Seine Theorie des Übergangs von der Moderne zur Globalisierung beruht auf der Annahme, dass nicht die gemeinsame Vergangenheit, sondern die zukunftsorientierte Vorstellungskraft das Bindeglied der modernen Gesellschaft ist. Die Medien sind demnach Quellen für die Vorstellungskraft (*imagination*) des Selbst und der Welt, die andere Kontexte hinterfragen und transformieren. Vor allem die elektronischen Medien mit ihrer Erscheinungsvielfalt und der Geschwindigkeit, mit der sie in das alltägliche Leben eindringen, sind die Hauptressour-

cen für das, was Appadurai das „every day social project of self-imagining“ nennt. (Gouma 2004: 124)

Obwohl die Kritik an die kaum empirisch hinterfragten Konzepte von Appadurai nicht von der Hand zu weisen ist, prägt er mit den Konzepten von *mediascapes* und *ethnoscapes* eine globale Perspektive in der Verschränkung von Medien und Migration. Seine Arbeit ist ein wichtiger Ausgangspunkt der Transformation im Denken darüber, obwohl die Frage der politischen Rechte noch offen bleibt. Seine optimistische Herangehensweise stellt zudem einen Gegenpol zur Realität der Berichterstattung über MigrantInnen in westlichen Ländern, die mit Ethnisierungsmustern (Yildiz 2006) und der überwiegenden Darstellung von MigrantInnen als Kriminelle (Fleras 2016; Spindler 2011b; Fleras 2006) eine Form der sozialen Kontrolle, des Regierens der Migration ist. Auch Fleras geht davon aus, dass sich Mainstreammedien einer ethnozentrischen Routine einschreiben: „Put bluntly, mainstream newsmedia are diversity-averse, [...] incapable of framing ‚deep difference‘ except as conflict or problem.“ (Fleras 2006: 206) Konfrontiert mit der „*news fatigue*“, mit der Medienindustrie, mit der Krise der traditionellen Medien und des Journalismus treten diese Muster der Konfliktrepräsentation verstärkt auf. Das Zusammendenken von medienökonomischen Bedingungen und der Berichterstattung über Migration ist in der Kommunikationswissenschaft noch nicht ausreichend diskutiert. Trotzdem stellt sich die Frage, ob „Öffentlichkeit“ durch den Begriff des „Marktes“ ersetzt werden kann, „der Warenaustausch und Konsum als Modi des Zugangs und der Artikulation impliziert“ (Sheikh 2004). Die Kommodifizierung der Migrationsfrage in den Medien ist noch eine offene Frage.

Medien wie auch Journalismus werden durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse produziert und reproduzieren sie zugleich. (Klaus/Kirchhoff 2016: 529) Die Nachrichtenbürokratie (Burkart 2002: 276) entscheidet in diesem Sinne darüber, ob Migration in der Öffentlichkeit kriminalisiert wird oder ob wir uns alle als Teil der Migrationsgesellschaft betrachten. Die Rolle der Redaktionen, JournalistInnen und Medieneliten bei der Problematisierung von Migration in der Migrationsgesellschaft ist bedeutend, weil „[m]edia representatives are involved in the social, political, and ideological conflicts that trigger change. This is particularly evident in societies shaped by immigration, whether it took place decades, or centuries, ago or is taking place now.“ (Ruhrmann/Shooman/Widmann 2016a: 10)

Ermöglicht die mediale Berichterstattung einen Diskurs der Gleichberechtigung oder werden darin rassistische Ressentiments bestätigt und verstärkt? Antworten auf diese Frage, versucht eine Reihe von Publikationen (siehe z.B. Butterwege/Hentges/Sarigöz 1999; Yıldiz 2006; Geißler/Pöttker 2006; Butterwegge/Hentges 2006a) zu geben. Medien sind demnach „Motoren und Multiplikatoren“

ren der Ethnisierung“ (Butterwege 2006: 186). Indem nationale Medien die fragwürdige Position einer homogenen Niederlassungsgesellschaft einnehmen, in die das „Migrantische“, „Ausländische“, „Fremde“ usw. integriert werden soll, bewirken sie einerseits die Kulturalisierung von Politik und andererseits die Entpolitisierung sozioökonomischer Konflikte. (vgl. ebd.: 185-191) Trotzdem hinkt die theoretische Perspektive in der Kommunikationswissenschaft immer noch dem „nebulösen Schlagwort“ (Vlasic/Brosius 2002: 97) der Integration nach. Fragen nach selbstermächtigenden Praktiken, Interventionen und sozialen Veränderungen sind jedoch nicht Gegenstand des Integrationsparadigmas.

In der bisherigen Auseinandersetzung mit der Kommunikationswissenschaft und Migrationsforschung habe ich versucht, dominante und kritische Zugänge zu diskutieren und zu analysieren. Anliegen dieses Schritts war, das Forschungsfeld mit seinen Stärken, Widersprüchen und Ambivalenzen zu beschreiben. Der nächste Schritt ist die Verbindung zwischen Mehrsprachigkeit und Medien analytisch zu vertiefen und anhand der Öffentlichkeitstheorie einen theoretischen Vorschlag darüber zu machen, wie Sprache, MigrantInnen und Medien zusammengedacht werden können. Da ESPRIS, ein Projekt war, das eine Verbindung von Sprachenlernen und Medienarbeit anstrebte, werde ich zu Beginn den Stellenwert der Mehrsprachigkeit wie auch die pädagogischen Verhältnisse in der Migrationsgesellschaft diskutieren. Im Anschluss daran werde ich auf die (Medien-)Öffentlichkeit aus der Perspektive des Linguizismus bzw. der Mehrsprachigkeit und der Rolle der Freien Radios darin eingehen.

4 MEHRSPRACHIGKEIT, MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Gesellschaft verstanden als Migrationsgesellschaft bedeutet, dass Migration kein Sonderfall, sondern eine Tatsache und Realität ist, die sich im Leben der gesamten Bevölkerung widerspiegelt. (Mecheril et al. 2010a; Edthofer et al. 2014) Migration wird insofern als ein Motor für gesellschaftliche Veränderungsprozesse betrachtet. (Mecheril 2010: 8f.) MigrantInnen ebenso wie Nicht-MigrantInnen gestalten demnach aktiv gesellschaftliche Prozesse in der Migrationsgesellschaft: „Migrant/innen können in dieser Perspektive als Akteure gesehen werden, die neues Wissen, Erfahrungen, Sprachen und Perspektiven in unterschiedliche soziale Zusammenhänge einbringen und diese mitgestalten.“ (ebd. 8)

In der westlichen Welt beschreibt „Öffentlichkeit“ jenen Raum, wo dieses Wissen und diese Erfahrungen zwischen Politik und BürgerInnen bzw. die Bevölkerung ausgetauscht und diskutiert werden. Häufig wird Öffentlichkeit mit einem Nationalstaat in Verbindung gebracht, obwohl die TeilnehmerInnen mehrere Sprachen oder Dialekte sprechen. Die mehrsprachige Öffentlichkeit ist zwar Realität, die TeilnehmerInnen dieser „Diskussionsrunde“ sind aber nicht mit gleichen (Sprach-)Rechten ausgestattet. Bestimmte Akzente, Dialekte und Abweichungen vom „Hochdeutsch“ werden in der als national verstandenen Öffentlichkeit geschützt, während beispielsweise andere Dialekte, Sprachen oder Akzente abgewertet werden. Das bedeutet sie genießen nicht denselben Schutz wie „national“ kodierte Sprechweisen und haben nicht entsprechendes politisches Echo zu Folge.

In der Öffentlichkeit sprechen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen nicht nur eine oder mehrere Sprachen, sondern haben im normativen Sinne auch eine *Stimme*, um politische Entscheidungen, die sie betreffen, mitzugestalten. Das bedeutet, ihr Sprechen in der Öffentlichkeit steht mit dem Anrecht auf die politische Umsetzung migrantischer Anliegen in Verbindung. Aus diesem Ideal ergibt sich der politische Legitimitäts- und Effektivitätsanspruch der Öffentlichkeit. (Fraser 2007) Aber die Theorie der deliberativen Öffentlichkeit, wo alle Gesellschaftsmitglieder bzw. die von politischen Entscheidungen Betroffenen, durch gemeinsames Diskutieren zu einem vernünftigen *Konsens* kommen – also keine Mehrheitsentscheidungen treffen – ist eine Utopie. Dabei spielt eine Rolle nicht nur die Frage, wer zu Wort kommt, sondern auch wie insgesamt über Migration berichtet wird? Wer darf wo mit welcher Sprache oder Sprechweise sprechen bzw. wie werden die demokratischen Ansprüche der Legitimität und Effektivität an die Öffentlichkeit in Bezug auf Migration und MigrantInnen umgesetzt? Wird die „öffentliche Meinung“ – diese fragile soziale

Konstruktion – durch die Position der MigrantInnen geprägt und beziehen sich politische Maßnahmen auf migrantische Anliegen? Einige dieser Fragen habe ich versucht mit der Diskussion des Verhältnisses von Medien, Migration und der Kommunikationswissenschaft im letzten Kapitel zu beantworten.

In diesem Kapitel beschäftige ich mich daher mit der Frage, ob MigrantInnen durch ihr Sprechen in der Öffentlichkeit auch eine *Stimme* haben und wie *Linguizismus* dem entgegenwirkt. Ich beschäftige mich daher einerseits mit den Bedingungen des „zu Wort kommen“ in der Öffentlichkeit und andererseits mit dem Übergang zu „Stimme“ auseinander. Dabei orientiere ich mich an die Auseinandersetzung mit *voice* von Chandra Mohanty (1989). Mohanty beschreibt ausgehend von feministischen Begegnungen zwischen Frauen des Westens und Dritten Welt die Forderung, eine „Stimme“ zu haben, als „complex historical and political act that involves understanding the interrelationships of voices“ (ebd.: 182). Sie schreibt für die Autorisierung der Stimmen von marginalisierten Gruppen hinterfragt aber, dass es nicht allein um die Individualisierung dieses Rechts geht, sondern um die Kollektivierung von solchen Prozessen und um das Hörbarmachen von oppositionellen Stimmen. (vgl. ebd.)

4.1 AkteurInnen, Orte und Rechte abseits der deliberativen Öffentlichkeit

Jürgen Habermas (1991; 1990/1962) lieferte die Grundlagen für die vernunft- und konsensorientierte deliberativen Öffentlichkeitstheorie. Er ging davon aus, dass wir ein historisches Wissen darüber haben, was eine egalitäre Öffentlichkeit ist (Habermas 2001), weshalb sich die Gesellschaft weiterhin normativ an diesem Wissen orientiert. Das Habermassche deliberative Modell der Öffentlichkeit stellt eine Utopie bürgerlicher Öffentlichkeit dar, die aber aus der Perspektive der transnationalen Öffentlichkeit an mehrere Grenzen stößt. Die Kritik am Modell der deliberativen Öffentlichkeit in der Migrationsgesellschaft wird im folgenden Kapitel aufgegriffen und aus der Perspektive des Mono- und Multilingualismus vertieft, um Fragen der agonistischen Öffentlichkeit bzw. der fragmentierten Öffentlichkeiten (Mouffe 2000) und die Rolle der alternativen Medien wie Freie Radios aufzugreifen. Ein weiterer Teil meiner Analyse geht auf die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit migrantischen Sprachen und Mehrsprachigkeit wie auch auf das pädagogische Verhältnis zu Mehrsprachigkeit im Rahmen der „Integrationsindustrie“ (Ha 2010) ein.

In der Migrationsgesellschaft werden die Rollen der Medien als Infrastruktur der Öffentlichkeit (Wessler 1999: 19) und der Globalisierung bzw. der Entgrenzung (Appadurai 1996a) wie auch als zentrale Apparate der Sozialität herausgefordert. Auffallend in der Diskussion rund um die Prob-

leme des Konzepts der „Öffentlichkeit“ in der Migrationsgesellschaft ist, dass obwohl „Globalisierung“ eigentlich kein neues Phänomen ist, die aktuellen Verhältnisse als erstmalig und fremd erfahren werden. Die Welt war aber immer global und die historischen Kontinuitäten der Migrationsgesellschaften sind das evidente Beispiel dafür, dass Gesellschaft historisch nie eine homogene Entität war, geschweige denn eine sprachlich homogene Gemeinschaft. Zudem waren Gesellschaften nie konfliktfrei, so sehr rechter Populismus und postfaktische Politik auf den „Ängsten- und Sorgendiskurs“ (Foroutan 2016) bestehen, dass MigrantInnen das „Problem“ von heute sind. Die kommunikationswissenschaftlichen Diskussion um „Öffentlichkeit“ wird von dem Anliegen getragen, die normativen Anforderungen an die Öffentlichkeit(en) zu überdenken bzw. die Öffentlichkeit aus der Perspektive der Migrationsgesellschaft zu hinterfragen.

Die Migrationsperspektive gleichsam mit der Auseinandersetzung rund um die Legitimität einer europäischen Öffentlichkeit hat vor allem unter dem Stichwort „Transnationale Öffentlichkeit“ das Feld rund um das Werk von Jürgen Habermas (1991; 2001) erneut in Bewegung gebracht. (vgl. Imhof et al. 2013; Hepp et al. 2012; Tobler 2010; Winter/Kutschera-Groinig 2010a; Winter/Kutschera-Groinig 2010b; Brüggemann/Schulz-Forberg 2008; Imhof 2002; Gerhards 2002) Bei der aktuellen Diskussion geht es darum, dass das umfangreich diskutierte normative Modell deliberativer Öffentlichkeit durch Räume, Diskurse und SprecherInnen, die nicht einem Nationalstaat zugeordnet werden können, unter Druck kommt. Der *Strukturwandel der Öffentlichkeit* von Jürgen Habermas (1990/1962) ist die zentrale theoretische Referenz bei der Fortführung der aktuellen Diskussion.

Öffentlichkeit ist – so Kurt Imhof (Imhof 1996) – ein zentrales Element der Vergesellschaftung bzw. Gesellschaft lässt sich ohne Öffentlichkeit nicht denken: „Damit ist die ‚Öffentlichkeit‘ das Medium der Selbstreferenz der Gesellschaft. In der ‚Öffentlichkeit‘ spiegelt sich die Gesellschaft, und nur, weil sie sich darin spiegelt, ist sie sich ihrer selbst bewusst.“ (ebd.: 4) Die Bedeutung der „Öffentlichkeit“ in der Kommunikationswissenschaft geht einher mit einer Reihe normativer Anforderungen, die – wie auch Nancy Fraser durch die Frage nach der Gültigkeit des Ideals der Öffentlichkeit unter Bedingungen massiver sozialer Ungleichheit aufgreift (vgl. Fraser 2008: 22f.) – von der Realität abweichen. Wie Imhof (1996) zusammenfasst, geht es um die Trennung zwischen normativer und empirischer Öffentlichkeit (siehe auch Tobler 2010) oder anders ausgedrückt, es geht um das normative „Sollen“ und das „Sein“ real existierender Öffentlichkeit (vgl. Imhof 1996: 4). Das Dilemma versucht Imhof zu beruhigen: „Selbst wenn uns sonst nichts verbindet, in der Möglichkeit zur passiven Teilhabe an der ‚Öffentlichkeit‘ sind wir uns alle gleich.“ (Imhof 1996: 3f.) Frasers (2008) Kritik rüttelt jedoch durch die Infragestellung der Territorialität der Öffentlichkeit, ihrer Sprache und ihrer Medien auch an dieser Gewissheit.

Nancy Fraser (2008) stellt in ihrer Auseinandersetzung mit transnationaler Öffentlichkeit die Frage, ob es möglich sei, Status- und Klassenunterschiede in der deliberativen Öffentlichkeit zu überwinden. Damit greift sie eine zentrale Fragestellung in Bezug auf die normativen Anforderungen an Öffentlichkeit – *der* zentrale Begriff in der Kommunikationswissenschaft – auf, die auch für die Migrationsfrage und die Medien große Relevanz hat: „Eine Legitimität gewährleistende öffentliche Meinung ist nur schwer mit kommunikativen Arenen zusammenzudenken, in denen die Sprecherinnen und Sprecher nicht Mitglieder der gleichen politischen Gemeinschaft sind und daher nicht über gleiche Teilnahmerechte am politischen Leben verfügen. Ebenso schwer fällt es, die Idee effektiver kommunikativer Macht mit diskursiven Räumen zusammenzubringen, die nicht mit souveränen Staaten korrelieren.“ (Fraser 2008: 19)

Die deliberative Öffentlichkeitstheorie geht davon aus, dass Prozesse zur Findung eines *Konsens* zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft und Prozesse der Intersubjektivität, die für den Begriff der Sozialität zentral ist, in westlichen Gesellschaften vor allem durch die Medien angeregt und begleitet werden. Die kritische Kraft der deliberativen Öffentlichkeit bzw. ihr politischer Sinn liegt laut Fraser in den Ideen der normativen Legitimität und der politischen Effektivität der öffentlichen Meinung. (vgl. Fraser 2008: 19) Die normativen Anforderungen, dass Medien Prozesse zur Findung eines Konsenses in Gang setzen, halten aber dem Sinn der Demokratie nicht Stand, wenn die gesellschaftlichen Hierarchien, die Medien produzieren und widerspiegeln, ausgeblendet werden. Die historisch produzierten ökonomischen, kulturellen, gender- oder altersbedingten etc. Grenzlinien zwischen den unterschiedlichen Gruppen, greifen bei der Festlegung eines *Konsens* wie auch bei der Herstellung von *common sense* ein: „Doch Wissen ist niemals neutral, es existiert nie in einer empirischen, objektiven Beziehung zum Realen. Wissen ist Macht, und die Zirkulation von Wissen ist Teil der sozialen Verteilung der Macht. Die diskursive Macht, eine *common sense*-Wirklichkeit herzustellen, die in das kulturelle und politische Leben eingefügt werden kann, ist im gesellschaftlichen Verhältnis der Macht entscheidend“ (Fiske 2000: 166).

Die Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne von Jürgen Habermas verbindet kommunikatives Handeln und die Werte und Ideale der bürgerlichen Klasse, „die ein rationales Subjekt setzt, das außerhalb seiner selbst, *in* der Gesellschaft und *von* der Gesellschaft öffentlich zu sprechen imstande ist.“ (Sheikh 2004, H.i.O.) Habermas beschrieb das kommunikative Handeln als einen Prozess, bei dem – anders als beim strategischen Handeln – Verständigung das Ziel ist. Daraus ergibt sich die Vorstellung der *idealen Sprechsituation*. Dabei handelt es sich um eine Utopie, weder vorstellbar noch realisierbar: „Die ideale Sprechsituation ist die Utopie herrschaftsfreier Kommunikation, in der völlige Chancengleichheit bei der Wahrnehmung der Dialogrollen besteht und systematische Verzerrungen der Kommunikation ausgeschlossen sind“ (Burkart 1995: 414). Die

deliberative Tradition der Öffentlichkeit baut auf die ideale Sprechsituation und Verständigungsprozesse nach Habermas auf. Die „Diskussionsrunde“ ist die zentrale Metapher (Wessler/Rinke 2016: 641f.) und die Legitimität dieser Runde ergibt sich aus der Vorstellung, dass alle BürgerInnen daran teilnehmen können:

Möglichst unterschiedliche Akteure sollen an der öffentlichen Kommunikation beteiligt werden. Vor allem aber sollen sie dialogisch und respektvoll aufeinander eingehen und dabei ihre eigenen Positionen nicht nur behaupten, sondern begründen und einen zivilen Kommunikationsstil an den Tag legen. Auf diese Art und Weise sollen gesellschaftliche Konflikte eingehegt und in lösungsorientierte Debatten verwandelt werden. Das normative Ziel öffentlicher Kommunikation besteht darin, dass sich eine argumentativ erhärtete Mehrheitsmeinung herausbildet, wenn kein Konsens möglich ist [...]. Der Prozess öffentlicher Deliberation stellt eine Alternative zum Verhandeln einerseits und zur reinen erfolgsorientierten Rhetorik andererseits dar – wenngleich das Verhältnis zwischen diesen Kommunikationsformen komplex ist [...]. Öffentlicher Deliberation werden dabei positive Effekte sowohl für die Qualität politischer Urteile und Entscheidungen (kognitiver Gewinn) als auch für den Zusammenhalt der Diskutierenden zugeschrieben (sozialintegrativer Gewinn). (ebd.: 642)

Betrachten wir die „Diskussionsrunde“ aus der Perspektive der Migrationsgesellschaft ergeben sich einige Fragestellungen an dem Konzept der deliberativen Öffentlichkeit. „An derartigen Argumentationsverfahren [AG: verständigungsorientiertes Handeln aufgrund von problematisch gewordenen Geltungsansprüchen] sollten möglichst alle Betroffenen teilnehmen können bzw. advokatorisch vertreten werden. Sofern diese Bedingungen erfüllt sind, kann sich ein deliberatives Modell von Öffentlichkeit herausbilden, das dem Anspruch einer kritischen Volkssouveränität entspricht.“ (Schicha 2010: 109) Ausgehend von der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1991), die auf die gegenseitige Verständigung fokussiert und den Geltungsansprüchen der *Wahrheit*, *Wahrhaftigkeit* und *Richtigkeit*, wird die gemeinsame Sprache als Voraussetzung für die Partizipation an der Öffentlichkeit angenommen: „*Structural Transformation* took for granted that public sphere discussion was fully comprehensible and linguistically transparent. Tacitly presupposing a single shared medium of public communication, Habermas effectively assumed that public debate was conducted in a national language.“ (Fraser 2007: 9)

Kommunikation spielt eine zentrale Rolle für den Prozess des Ausverhandelns der gemeinsamen Kontexte von Individuen. Das kommunikative Paradigma – Sprechen ist Handeln – rückt im Rahmen des *linguistic turns* in der zeitgenössischen Soziologie das kommunikative Handeln in den Mittelpunkt theoretischer und empirischer Überlegungen. Kommunikation wird als gesellschaftliches Gut betrachtet. (siehe auch Knoblauch 2001) Auch in der Theorie der sprachlichen Vergesellschaftung und des kommunikativen Handelns wird der Prozess der Verständigung hervorgehoben. (Habermas 2011; Schicha 2010) Der Zusammenhalt der Gesellschaft, das Vertrauen in intersubjek-

tive gesellschaftliche Wirklichkeiten und der Kommunikationsbegriff werden als interdependente Kategorien betrachtet.

Doch Kommunikation ist nicht ein neutrales Feld, die Öffentlichkeit ist von Hierarchien und Machtkämpfen durchkreuzt. Anders als in der Metapher der „Diskussionsrunde“ vermutet, treten die „Fremden“ bzw. die „Migrationsanderen“ mit ihren sprachlichen Handlungen als Bedrohung für die Kommunikation und damit des Zusammenhalts der Gesellschaft auf. Gleichzeitig bedeutet der Ausschluss von MigrantInnen als „SprecherInnen“ in der Medienöffentlichkeit, dass der vermutete „sozialintegrative Gewinn“ (Wessler/Rinke 2016: 641) durch das gemeinsame diskutieren nicht stattfindet. Im Anschluss an die bisherige Diskussion stellt sich die Frage, wie die Legitimitäts- und Effektivitätskritik (Fraser 2008) an der deliberativen Öffentlichkeit aus der Perspektive des transnationalen Paradigmas formuliert werden kann.

Das Anliegen, die idealisierten Vorstellungen der Öffentlichkeitstheorie mit der unversöhnlichen Kategorie der „Ungleichheit“ herauszufordern, findet sich bereits bei der „proletarischen Öffentlichkeit“ von Oskar Negt und Alexander Kluge (1986). Sie beziehen sich auf den Gebrauchswert der Erfahrungen von sozialen Gruppen, die nicht der bürgerlichen Klasse angehören und bei der Herstellung von Öffentlichkeit nicht beteiligt sind. So sind die Produktionsbedingungen im Betrieb ein Geheimnis und nicht öffentlich, während die Gagen von Celebrities oder Sportstars leichter die Öffentlichkeit erreichen. Negt und Kluge sprechen damit die Fragmentierung der Öffentlichkeit an, wie auch die Produktion von Gegenöffentlichkeiten. „Mit Gegenöffentlichkeit meine ich eine gegen eine hegemoniale Öffentlichkeit gerichtete Teilöffentlichkeit, die um einen spezifischen gesellschaftlichen Diskurs oder Standpunkt herum strukturiert ist.“ (Krotz 1998: 653) In der deliberativen Öffentlichkeit spielen sowohl Gegenöffentlichkeit als auch die fragmentierten Öffentlichkeiten insgesamt eine geringe Rolle. Habermas (1990/1962) räumt selbst ein, dass es falsch war, „vom Publikum im Singular zu sprechen“ (ebd.: 15, zit. n. Busch 2004: 27) bzw. die konkurrierenden Publika, die von der dominanten Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, nicht zu beachten. Dabei bezieht er sich vor allem auf die feministischen Öffentlichkeiten, wie auch auf den Ausschluss der „Anderen“ insgesamt. (Habermas 1990/1962: 20)

In der Migrationsgesellschaft ist die Öffentlichkeit fragmentiert. Migrantisches Sprechen – erfasst als Sprachhandlung, Sprache oder politische Kollektivierung bzw. gesellschaftliche Position – ist eine Kategorie, die Fragmentierung bzw. durch die „monolinguale“ nationale Erzählung eine Gegenöffentlichkeit an sich darstellt. Dabei handelt es sich um keine Novität: „Nationen“ waren nie einsprachig, wenn auch viele nationale Institutionen als monolingual gelten. (vgl. Busch 2004: 37) Da die Gesellschaft nicht ein-, sondern mehrsprachig ist, finden politische Kämpfe rund um

Sprachhierarchien und –ideologien statt. Daraus ergeben sich – vor allem in Zusammenhang mit Migration – in der Positionierung innerhalb der Öffentlichkeit Ungleichheiten, die sich durch Diskurse der migrationsbedingten Defizite legitimieren.

Die Auseinandersetzung mit Mehrsprachigkeit und Medien ist in dieser Arbeit eng verknüpft mit dem Anliegen, Gegenkonzepte zur Defizitperspektive auf Migration als Ausgangspunkt zu nehmen. Bei der Forschung rund um Medien – mit privatwirtschaftlichem, öffentlich-rechtlichem oder nicht-kommerziellem Charakter – als gesellschaftliche Institutionen der Öffentlichkeit in der Migrationsgesellschaft spielt Mehrsprachigkeit eine ausbaufähige Rolle. Forschungsfragen rund um Mehrsprachigkeit und Medien haben vor allem Projekte rund um den nicht-kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufgegriffen. (Kelly-Holmes/Milani 2013; Peissl 2011; Peissl et al. 2010b; Peissl et al. 2010a; Peissl/Tremetzberger 2008; James 2003; Androutsopoulos 2007) Ich möchte mit meiner Analyse daran anschließen und die Diskussion im Kontext des gegenwärtigen Integrationsdispositivs verorten.

Um die Frage der Öffentlichkeit mit migrantischer Mehrsprachigkeit zu verknüpfen, beschäftige ich mich zunächst mit den Bedingungen und Bedeutung der Mehrsprachigkeit in der Migrationsgesellschaft. Ich diskutiere wissenschaftliche Mehrsprachigkeitskonzepte, um davon ausgehend die aktuellen Verhältnisse in denen Mehrsprachigkeit verhandelt wird, zu analysieren. In der Auseinandersetzung mit Mehrsprachigkeit interessiere ich mich insbesondere für das pädagogische Verhältnis, in das MigrantInnen insbesondere über die Diskurse um Deutschsprachkenntnisse eingebunden sind. Parallel dazu gehe ich auf die Produktionsbedingungen dieses Verhältnisses und seiner populistischen Politisierung im Rahmen des Integrationsdispositivs ein.

4.2 Mehrsprachigkeit

Mehrsprachigkeit ist eine Tatsache, ein Faktum der Migrationsgesellschaft bzw. der transnationalen Räume, die u.a. durch Medien und Migration entstehen. (Dirim/Mecheril 2010: 115) Die gelebte sprachliche Diversität ist ein zentrales Merkmal der Migrationsgesellschaft, weshalb der Umgang damit ein breitdiskutiertes öffentliches, mediales und politisches Thema ist. (vgl. Dorostkar 2013: 19) Dabei überwiegt jedoch eine Negativ- und Defizitperspektive auf Migration und Mehrsprachigkeit. (Mecheril 2010: 8) Die Bedingungen, in denen migrantische Mehrsprachigkeit stattfindet, schließen an nationalspezifische und europaweite antimigrantische politische Diskurse und Maßnahmen an. Das Verständnis von Migration als ein Problem setzt sich somit im Themenkomplex rund um Mehrsprachigkeit fort. Beispiele dafür sind Aktionen, Maßnahmen und

Diskurse, die das Sprechverbot einer „anderen“ Sprache als der deutschen im öffentlichen Raum anstreben. (siehe auch Edthofer et al. 2014)

Dabei geht es nicht um die „Sprachen“ an sich. Migrantische Sprachen spielen bei der Hierarchisierung der sozialen Gruppen eine zentrale Rolle. Im Sinne eines Integrationsdispositivs, das kollektive Rechte in individuell zu erbringende Leistungen übersetzt (Bojadžijev 2008), werden Deutsch-Sprachkenntnisse von MigrantInnen eingefordert und geprüft. Sprachenrechte, wie auch das Recht verstanden zu werden (Husband 2000), werden der Deutschpflicht untergeordnet. Unter diesen politischen Gegebenheiten stellt sich die Frage, welche gesellschaftlichen Bedingungen ein Projekt zu Mehrsprachigkeit wie es ESPRIS darstellte, ermöglichen und sinnvoll machen können. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die ein Projekt zu Mehrsprachigkeit aktuell ermöglichen, sind einerseits die AkteurInnen der Migration (siehe z.B. Gogolin/Neumann 2009), die politische Ansprüche in Zusammenhang mit ihren Sprachenrechten formulieren. Andererseits tragen soziale AkteurInnen wie die Freien Radios, migrantische Organisationen oder kritische Wissenschaft und menschenrechtliche bzw. sprachenrechtliche Bewegungen zur Organisation von Widerstand bei. So kritisiert etwa das Netzwerk Sprachenrechte (2013) politische Maßnahmen und Ideen, die auf eine umfassende und bis ins Private greifende z.B. Deutschpflicht in Schulen abzielen.

Parallel dazu gibt es ein politisches Interesse an sozialen Projekten rund um Mehrsprachigkeit. Denn Projekte wie ESPRIS sind auch Vermittlungsprozesse, um soziale Konflikte zu vermeiden. Differenz soll demnach nicht dekonstruiert oder historisch hinterfragt, sondern eher gemanagt werden. Das bedeutet, dass Aktionen und Projekte in diesem Bereich auch politische Instrumente sind, um *harmony in diversity* zu gewährleisten. Migrantische Mehrsprachigkeit ist ein umkämpftes Thema: Gegenstimmen zu diskriminierenden Maßnahmen (siehe am Beispiel von Nimmervoll 2016) schaffen immer wieder Argumentationsrisse in der großen Erzählung des „Migrations- und Sprachproblems“. Aber auch positive Verankerungen von Mehrsprachigkeit beispielsweise in der EU-Politik zeigen, dass das Thema Mehrsprachigkeit nicht nur umkämpft, sondern auch aus der nationalen Perspektive widersprüchlich ist. Das Engagement institutioneller AkteurInnen im Feld der Mehrsprachigkeit bringt häufig nicht nur Harmonie, sondern auch Räume hervor, die sich die Sprachlich-Anderen für ihre Anliegen aneignen können. Bei Projekten wie ESPRIS sind zwar keine grundlegenden Veränderungen der strukturellen Bedingungen vorgesehen, aber daraus können kollektive Positionen bzw. Bewegungen entstehen und relevantes Wissen für die AkteurInnen produziert werden.

4.2.1 Zwei Widersprüche im Umgang im Mehrsprachigkeit

Ausgehend von der Frage, welche Theoretisierung von Mehrsprachigkeit ermöglicht eine vertiefende Auseinandersetzung im Rahmen der Migrationsgesellschaft, scheinen zwei widersprüchliche Phänomene zentral, um auf die Problemstellungen fokussieren zu können. Der erste Widerspruch ergibt sich aus der verbreiteten Akzeptanz von Mehrsprachigkeit als eine Kapitalform. Mehrsprachigkeit wird häufig als „Ressource“, „Reichtum der MigrantInnen“ oder als „Mehrwert“ bezeichnet. Dieses Verständnis begegnet uns sowohl in politischen Richtlinien⁹, in der medialen Öffentlichkeit – zur Illustration: „Mehrsprachigkeit ist ein Mehrwert“ (Ortega 2017) – wie auch in Organisationen. Der Widerspruch liegt darin, dass es SprecherInnen und soziale Gruppen gibt, die aus ihre Mehrsprachigkeit weder ökonomischen noch symbolischen oder kulturellen Mehrwert generieren können. Im Gegensatz dazu wird die Mehrsprachigkeit vieler SprecherInnen als ökonomisch und symbolisch irrelevant wenn nicht sogar schädlich gehandelt. (Esser 2009; 2006) Migrantische Mehrsprachigkeit wie auch regionale Dialekte sind häufig Beispiele dafür.

Das ökonomische Narrativ in Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit hat auch in den Sozialwissenschaften Tradition. In seiner Arbeit setzte sich Pierre Bourdieu mit der Theorie des Feldes, Habitus, Praxis und Kapital auseinander. Das Feld wird als ein multidimensionaler Raum bzw. als ein Mikrokosmos mit eigenen Regeln und mit eigener Logik beschrieben, wo AkteurInnen um die Gestaltung der Machtverhältnisse bzw. um unterschiedliche Machtpositionen kämpfen. Es ist der Ort, wo die sozialen Konflikte zwischen Herrschenden und Beherrschten ausgetragen werden (vgl. Wiedemann 2014: 89): Eine Arena des Kampfes „aller gegen alle“ (Bourdieu 1988: 57). Medien wie auch Lernorte und Bildungsräume wie die Schule entsprechen der Definition von Feldern, die mit ihren „objektiven Strukturen“ Praktiken hervorbringen, die sich beispielsweise auf soziales, kulturelles, ökonomisches und symbolisches Kapital beziehen. Praktiken sind zeitlich und räumlich sequenzierte, sozial typisierte sowie körperlich und dinglich verankerte Handlungsmuster. Hier gründet jede Form der Sozialität und daher können wir durch soziale Praktiken die soziale Welt rekonstruieren. (vgl. Pentzold 2015)

Bourdieu geht von einem „sprachlichen Markt“ (vgl. Bourdieu 1993) aus, der das Feld bestimmt und Sprachpraktiken konstituiert und hierarchisiert. Er unterscheidet zwischen „legitimen“ und „illegitimen“ Sprachgebrauch. (vgl. ebd.). Die Unterscheidung darüber, welcher Sprachgebrauch zu welcher Kategorie eingeordnet wird, hängt vom Feld ab. Für die Bestimmung der mit mehr

⁹ Exemplarisch sei hier angemerkt, dass die EU den Reichtum an sprachlicher Vielfalt „als ein wichtiges Element der Wettbewerbsfähigkeit Europas“ (Parlament 2017) betrachtet. Auch der Migrationsrat für Österreich plädiert in seinem Bericht (Migrationsrat für Österreich 2016) für Mehrsprachigkeit als Schlüsselqualifikation in der globalisierten Welt.

oder weniger Macht ausgestatteten sozialen Position der mehrsprachigen AkteurInnen entscheidet das Spannungsverhältnis innerhalb eines Felds. Daher ist „Mehrsprachigkeit“ im sprachlichen Markt nicht per se eine Ressource, sondern hat einen umkämpften Wert. Aus diesem Grund ist migrantische Mehrsprachigkeit von den Regeln und Gesetzmäßigkeiten (Doxa) des bestimmten Feldes in der Migrationsgesellschaft abhängig. Felder sind aber nicht statisch. Die AkteurInnen darin verändern die Felder, indem sie ihre Sprachpraktiken nicht nur der Orthodoxie des Feldes anpassen, sondern auch häretische Sprachhandlungen strategisch einsetzen. Brigitta Busch (2013) verwendet den Begriff der „Sprachenregime“, um die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln ebenso wie die Praktiken der unterschiedlichen Räume in Bezug auf Sprachen aufzuzeigen: „Je nach lokalem Regime werden sprachliche Ressourcen unterschiedlich bewertet: Während spezifisches, vereinfachtes Niederländisch in der Bäckerei als adäquat empfunden wird, ist es in der Volksschule verpönt.“ (2013: 134) Ähnlich wie Bourdieu geht sie nicht davon aus, dass die asymmetrischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die sich aus dem Zusammenwirken von Regeln, AkteurInnen und Ideologien in einem Raum ergeben, statisch bleiben.

Der zweite Widerspruch lässt sich durch das Gegensatzpaar „Mehrsprachigkeit und monolingualer Zwang“ (Salgado 2013; maiz 2014) veranschaulichen. Das bedeutet, dass der Umgang mit nationalstaatlich verordneten monolingualen Strukturen und Zwängen eine der zentralen Problemsetzungen für soziale und politische Kämpfe rund um Sprachen ist. Von diesen Zwängen sind nicht alle betroffen, sondern vor allem jene SprecherInnen, deren Mehrsprachigkeit sich nicht als ökonomisches und symbolisches Kapital konzeptualisieren lassen. Das trifft nicht nur auf MigrantInnen, sondern auch auf die SprecherInnen von Dialekten, Jargons usw. zu. Verena Plutzar (2010) weist in Anlehnung an Nancy Hornberger (2002) auf das „Mehrsprachigkeitsparadoxon“ hin:

Während sich die einzelnen Staaten im europäischen Kontext zur Mehrsprachigkeit und mehrsprachigen Identität der europäischen BürgerInnen bekennen, dominiert im nationalen Kontext die Forderung nach einer gemeinsamen nationalen Sprache und nach kultureller Anpassung [...]. Einerseits wird viel Geld investiert, um Sprachenkenntnisse von Menschen in den EU-Sprachen zu erweitern, während der durch Migration entstehende sprachliche Reichtum ignoriert wird [...]. (Plutzar 2010: 132)

In diesem Paradoxon ist zu erkennen, dass in der Migrationsgesellschaft Mehrsprachigkeit eine Realität ist, die zu Gunsten der populistischen Versprechen, die aktuelle soziale Ordnung zu erhalten, in der EU ignoriert wird. Davon sind vor allem migrantische Sprachen betroffen. Durch Differenzkonstruktionen der „Anderen“ als gänzlich anders, als Integrationsbedürftige oder -verweigerInnen, die zum Lernen der dominanten Sprache gezwungen werden müssen, soll die soziale Ordnung stabilisiert werden. „Sie beruht auf der Grenzziehung zwischen dem nationalen

bzw. westlichen ‚Wir‘ und dem kategorischen Anderen, wodurch eine innergesellschaftliche wie transnational bedeutsame Hierarchie konstituiert und stabilisiert wird.“ (Ha 2010: 418)

Die Tragweite dieser Strategie erleben viele MigrantInnen nicht nur im Umgang mit staatlichen Institutionen, sondern auch im Alltag. Häufig sind es Erzählungen über Konflikte und Auseinandersetzungen in öffentlichen Räumen. (vgl. Edthofer et al. 2014) Da das Spracherleben in der Migrationsgesellschaft von verschiedenen (Aus)Sprachen intensiv geprägt ist, finden entlang von hegemonialen Differenzkonstruktionen einerseits Kämpfe, um das Recht auf mehrsprachige Räume statt. Andererseits schließen die sozialen Sprachpraktiken der Migrationsgesellschaft häufig jene Praxis des Nicht-Verstehens mit ein. Der Umgang damit ist stark von Raum, SprecherInnen und Machtverhältnissen abhängig. Eine Aufgabe des Integrationsdispositivs besteht daher im Bestimmen, welche AkteurInnen für das Nicht-Verstehen verantwortlich sind und welche für das Nicht-Verstehen bestraft werden können. Die Mehrsprachigkeit sowie auch die begleitende Praxis des „Nicht-Verstehens“ sind durch die starken Widersprüche, die sie gesellschaftlich hervorrufen, wichtige Konzepte für die Kritik hegemonialer Verhältnisse. Vor allem Bildungsorte und insgesamt die Bildungspolitik ist ein umkämpfter Platz in Bezug auf die gesellschaftliche Bedeutung von Mehrsprachigkeit. (Fürstenau/Gomolla 2011: 18) Aktuell geht es politisch darum, dass die Vormachtstellung der sozial dominanten Sprache gesichert wird (siehe z.B. Christ 2009; Haug 1992), auch in Bezug auf die Praxis des Nicht-Verstehens.

Die zwei Linien von Widersprüchen in Bezug auf Mehrsprachigkeit illustrieren den politischen und sozialen Rahmen, der die Rolle von Mehrsprachigkeit in der Migrationsgesellschaft mitprägt. Die Bedeutung des Begriffes „Mehrsprachigkeit“ ist in diesem Sinne stark von Sprachideologien, -hierarchien und gesellschaftlichen Diskursen bestimmt. Eine essentialisierende Perspektive auf Mehrsprachigkeit stößt indes bald auf konzeptuelle Grenzen. Das Miteinbeziehen gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Hierarchien in der Definition von Mehrsprachigkeit scheint im Zuge einer gesellschaftskritischen Analyse zentral und zwar im Gegensatz zu essentialisierenden Strategien rund um Sprachen und Mehrsprachigkeit: Ausschlussmechanismen verlaufen trotz Mehrsprachigkeit konstant, wenn diese nicht kapitalisiert werden kann bzw. wenn diese als Defizit betrachtet wird. Um Mehrsprachigkeit in der Migrationsgesellschaft und in ihren Medien zu analysieren, sind theoretische Konzepte gefragt, die gesellschaftliche Bedingungen und Machtverhältnisse in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen.

4.3 Mehrsprachigkeit und die Integrationsdebatte

Die Mehrsprachigkeitsforschung wird inzwischen als ein unübersichtliches verästeltes Feld (vgl. Busch 2013) beschrieben. Essentialisierende Konzepte von SprecherInnen und Sprachen sind in den Sozial- und Sprachwissenschaften wie auch im westlichen Denken keine Neuigkeit, sondern haben insgesamt eine lange Tradition. So lernen wir bereits in der Schule im „einsprachigen Klassenzimmer“ früh Sprachen als eine in sich geschlossene Einheit zu betrachten. Lebensweltliche Mehrsprachigkeit, Sprachhierarchien wie auch die linguistische Dynamik der Sprachen werden zu Gunsten einer klaren Trennung und Abzählbarkeit der Sprachen ausgeblendet. Die „reine“ Sprache ist folglich ein dominantes Konzept: „The concept of a ‘pure’ language as an ideal [...] is frequently formulated by gatekeepers, be they teachers, parents [...]. The ideal rests on the concept of languages as entities which can be, and should be, neatly separated from each other. By transgressing the norms of the gatekeepers, adolescents take languages into their own possession.“ (Jørgensen 2004: 14)

Die Idee, dass Menschen TrägerInnen von „reinen“ Sprachen sind, setzt sich in wissenschaftlichen Mehrsprachigkeitskonzepten fort. Rosemarie Tracy (2014) und Heidi Rösch (2011) verstehen unter Mehrsprachigkeit die Fähigkeit, mehrere Sprachen regelmäßig zu sprechen und betonen die Koexistenz mehrerer Sprachen (Erstsprache, Zweitsprache, Drittsprache etc.). Obwohl beide WissenschaftlerInnen bei ihrer Definition davon ausgehen, dass Mehrsprachigkeit der Normal- und kein Sonderfall für Gesellschaften und Nationalstaaten ist, bleiben sie weiterhin dem Verständnis verhaftet, dass die Anzahl von gesprochenen (National-)Sprachen als das zentrale Kriterium für die Unterscheidung zwischen mehrsprachig und nicht-mehrsprachig gilt. (vgl. Neuhold 2014)

Der Sprachwissenschaftler Mario Wandruszka (1979) kritisierte bereits in den 70er Jahren die Vorstellung homogener Sprachgemeinschaften und durchkreuzt mit seinem Konzept der „inneren Mehrsprachigkeit“ die Idee einer einheitlichen Nationalsprache. „Menschliche Sprache ist kein in sich geschlossenes und schlüssiges Monosystem. Sie ist ein einzigartig komplexes, flexibles, dynamisches Polysystem, ein Konglomerat von Sprachen, die nach innen in unablässiger Bewegung ineinandergreifen und nach außen auf andere Sprachen übergreifen.“ (ebd.: 39) Zwar beschreibt Wandruszka die Heterogenität und komplexe Dynamik von Sprache, kann jedoch die Vorstellung klarer Grenzen, also eines Außen/Innen von Sprachen nicht gänzlich überwinden, weil er letztlich die unterschiedlichen Register, Codes, Dialekte doch wieder einer Sprache zuordnet. Anders positionieren sich SprachwissenschaftlerInnen, die im Anschluss an Jacques Derrida die Entität und Abzählbarkeit von Sprachen generell in Frage stellen.

Es ist unmöglich die Sprachen abzuzählen – das wollte ich sagen. Es gibt keine Abzählbarkeit [comptabilité] der Sprachen, weil die Einheit der Sprache, die sich aller arithmetischen Abzählbarkeit entzieht, niemals bestimmt ist. Das „ein“ der Einsprachigkeit, von der ich spreche, ist also weder eine arithmetische Einheit noch irgendeine Einheit. (Derrida 2003: 25; zit. nach Busch/Busch/Rachor 2008: 74)

TheoretikerInnen, die einer solchen poststrukturalistischen Perspektive folgen, versuchen weniger eine Definition von Mehrsprachigkeit vorzunehmen, sondern stellen vielmehr die Frage, wie Differenz und Nicht-/Zugehörigkeit durch Sprache hergestellt wird bzw. wie Mehrsprachigkeit als Positionierung in gesellschaftlichen Diskursen und Praktiken zu verstehen ist. Mehrsprachigkeit wird daher als stets mit Macht und Herrschaft verknüpft betrachtet. (Busch 2013) Aus dieser Sicht ist die Reduktion der sprachlichen Komplexität auf beispielsweise eine bestimmte „Standardsprache“ kein Zufallsakt oder ein Akt der Willkür, sondern eine politische Entscheidung, die gesellschaftliche Machtverhältnisse zwischen SprecherInnen herstellt oder reproduziert. Dass Mehrsprachigkeit in der Mehrsprachigkeitsforschung einerseits als Bilingualismus oder Trilingualismus erfasst wird und sich andererseits in vielen Bereichen der Sozialwissenschaft und insbesondere im öffentlichen und medialen Diskurs die Position durchsetzt, dass Einsprachigkeit den Normalfall darstellt, während Mehrsprachigkeit der Sonderfall ist, ist auf die enge Verknüpfung von Sprachkonzepten mit dem Nationalstaat zurückzuführen. (vgl. Busch 2013: 9)

Ingrid Gogolin (2009) weist darauf hin, dass die historischen Bemühungen von vielen Nationalstaaten ihre Angehörigen und Institutionen als „normalerweise“ einsprachig zu erfassen, zu einer Problematisierung der gelebten Mehrsprachigkeit führen: „Die Einsprachigkeit des Ganzen oder von Territorien im Ganzen gehört zu den Kerncharakteristika der Nationen [...]“ (ebd.: 15). Sprache und Nation wird, so Gogolin weiter, eine natürliche Verwobenheit attestiert. Die Verbindung von „Nation“ und „Sprache“ hat den „Streitfall Zweisprachigkeit“ (ebd.) bzw. migrantische Mehrsprachigkeit im Rahmen des Integrationsimperativs (Bojadžijev 2012) zu einem aktuell brisanten Thema gemacht. Aus der nationalen Imagination der Einsprachigkeit ergibt sich, dass es sich bei Mehrsprachigkeit um ein Defizit handelt, welches „den Kindern Chancen verbaut und ganze Bevölkerungsgruppen daran hindert, in den deutschen Mainstream integriert zu werden“ (Krifka et al. 2014: 6). Durch den Integrationsimperativ und die Sprachpolitik in der Migrationsgesellschaft wird Sprache zu einem politischen Instrument des Ausschlusses, das besonders intensiv vermessen und beziffert wird.

In Österreich ist Mitte der 80er Jahre das nationalstaatliche Paradigma in der Sozial- und Sprachwissenschaft bestimmend. (Plutzer 2010; Busch 2004) Fortsetzung findet die nationale Perspektive ab den 90er Jahren im Assimilations- und ab 2000 im Integrationsparadigma. Die Wirkmächtig-

keit des Integrationsbegriffs in der Forschung lässt sich anhand der zahlreichen Institute und Projekte, die sich mit Integrationsforschung beschäftigen, verdeutlichen. Die Integrationsperspektive verstellt jedoch den Blick auf das Forschungsfeld insofern, als soziale Ungleichheiten in Zusammenhang mit Migration und Herkunft als selbst verschuldet – Stichwort „IntegrationsverweigerInnen“ – oder als Ergebnis kultureller Differenzen begriffen werden, während Geschlechterpolitik, Klassenunterschiede, strukturelle Rassismen und Exklusionsmechanismen ausgeblendet werden: „Häufig liefert die Kulturalisierung gesellschaftlicher Konflikte Erklärungen, die ein unmündiges Migrations-Subjekt konstruieren und paternalistische Strategien rechtfertigen.“ (Gouma 2015)

In dieser Tradition setzt der Assimilationstheoretiker Hartmut Esser (2006) das Verhältnis von Sprache und Integration in Beziehung. In seiner Studie „Sprache und Integration“ kommt er zum Schluss, dass Sprache der Schlüssel zu Integration ist, weshalb die Förderung von migrantischer Mehrsprachigkeit beispielsweise in Schulen, sich gar nicht auszahle. Er spricht der migrantischen Familiensprachen die Rolle eines „Wellness-Faktors“ zu und fordert „Schluss mit dem Placebo“ (siehe Brizic 2008: 5). Trotz seines öffentlichkeitswirksamen Beitrags bzw. seiner Forderung nach einer „sprachlichen Total-Assimilation“ beschreibt Katharina Brizic (ebd.) den Siegeszug seines Plädoyers als nicht ungebremst, weil die Sprachwissenschaft – die Disziplin, die sich am meisten mit Mehrsprachigkeit befasst – diese Position nicht teilt.

Die Sprachwissenschaftlerin Verena Plutzer (2010) hinterfragt die sogenannte „Integrationsdebatte“ und das Konzept „Sprache als Schlüssel zur Integration“, das unter anderem SprachlehrerInnen zu AgentInnen der Fremdenpolizei macht. Sie greift das Beispiel der Pariser *banlieues* auf, um darauf hinzuweisen, „dass in Ländern mit kolonialer Vergangenheit die Beherrschung der Landessprache durch MigrantInnen die Integrationsprobleme bzw. soziale Spannungen auch nicht verhindern konnte bzw. keine Lösung darstellt“ (ebd.: 125). Ihre Analyse bekräftigt vielmehr die Schlussfolgerung von Piet Van Avermaert (2009) demnach schlechte Deutschkenntnisse nicht der Grund, sondern der *Effekt* der Marginalisierung von MigrantInnen ist: „Der Erwerb der Landessprache stellt so gesehen nicht die Voraussetzung, sondern vielmehr das *Ergebnis* der erfolgreichen Teilhabe von MigrantInnen an Bildungsprozessen und am Arbeitsmarkt dar. Diese Annahme begründet sich u.a. in der sprachdidaktischen Binsenweisheit, dass man Sprachen nur durch *Sprechen* lernt.“ (Plutzer 2010: 126)

4.4 Sprachkenntnisse und pädagogische Verhältnisse im Integrationsdispositiv

Das Integrationsdispositiv ist ein Analyseinstrument das gegensätzliche Aspekte umfasst. Am Beispiel von Migration geht es einerseits um die Berücksichtigung der Konflikte und der diskursiven Kämpfe innerhalb ungleicher Kräfteverhältnisse und andererseits um das Streben herrschender AkteurInnen und dominanter Strukturen, die Kämpfe und die Kritik an den Verhältnissen stets in die hegemoniale Logik zu übersetzen. Die theoretische Stärke einer solchen Analyse habe ich mit Bezug auf Michel Foucault (1978), Paul Mecheril (2011) und Manuela Bojadžijev (2012) aufgezeigt. Am Beispiel der migrantischen Mehrsprachigkeit bzw. der Sprachkenntnisse lässt sich die Wirksamkeit des Integrationsdispositivs im Alltagsleben und in der Politik verdeutlichen. Parallel zum Aufstieg des Diskurses von „fremder Kultur“ als kaum überwindbare Dimension im nationalstaatlichen Zusammenleben sind im Integrationsparadigma „Deutschkenntnisse“ wie auch der Einsatz von migrantischen Sprachen zentrale Felder des Regierens und Disziplinierens der Migration. Es geht um eine „kontrollierte Integrationspraxis“ (Ha/Schmitz 2007: 53), weshalb der Integrationsimperativ stets weiter erfunden und angepasst wird: Die Integrationsziele werden bei Bedarf verändert, sodass ihre Macht sich durch ihre Unerreichbarkeit festigt.

Manuela Bojadžijev (2012) hat die Übersetzung der Kämpfe der MigrantInnen in eine hegemoniale Logik am Beispiel des GastarbeiterInnenregimes und des Integrationsimperativs ausgearbeitet und mit dem Begriff der Rekuperation benannt. Sie fokussiert auf die Forderungen der MigrantInnen nach besseren Wohnverhältnissen und nach Deutschkursen.

Die Forderung der Kämpfe um Bildung und Wohnverhältnisse, die Selbstorganisationen in Fragen von Recht und Gesundheit sollten im Imperativ der Integration zum Stillstand gebracht werden, der rassistische Diskurs, hatte er zuvor vorwiegend exotisierende und paternalistische Züge angenommen, drückte sich nun im Kontext der Kämpfe der Migration seit Beginn der 1970er Jahre aggressiv, ausschließend und in die Migrantengruppen hierarchisierenden Statements aus. (Bojadžijev 2012: 229)

Die autonomen Kämpfe der MigrantInnen werden – so Bojadžijev (ebd. 233f.) – durch die Kompromissformel der Integration, Repressionen oder durch Ausschluss – Rückkehr in die Herkunftsländer – zunehmend stillgelegt. Neue hierarchisierende Kategorien entstehen – EU-BürgerInnen, Drittstaatsangehörige, WirtschaftsmigrantInnen –, während Schulabschlüsse und insbesondere Sprachkenntnisse im Integrationsdispositiv nicht mehr als Rechte gelten, sondern in Pflichten umgedeutet werden.

Das Dispositiv der Integration desartikuliert die kollektiven Ansprüche, verschiebt sie hin zu individuellen Anpassungsleistungen der Migrantinnen und Migranten und reduziert sie auf

Infrastrukturprobleme, denen am besten mit Rückkehrförderung beizukommen sei. Vor allem aber ist die Forderung nach gleichen Rechten im Dispositiv der Integration vollständig absorbiert. (ebd.: 244)

Luzenir Caixeta und Rubia Salgado (Caixeta 2003; Caixeta/Salgado 2000) verbildlichen jene Prozesse der Rekuperation, in denen Gesellschaftskritik sowie emanzipative Begriffe und Praktiken vereinnahmt werden, mit der Metapher der Anthropophagie. Praktiken, Ideen und Positionen werden „verdaut“ und damit an aktuelle gesellschaftliche Systeme angepasst. Was nicht verdaut werden kann, darüber wird noch verhandelt.

Am Beispiel der migrantischen Forderung nach Sprachkursen und deren Umdeutung in einen Disziplinierungs- und Ausschlussmechanismus lässt sich die strategische Neuausrichtung des Integrationsdispositivs verfolgen. Auch die Hierarchisierung, Spaltung und die damit einhergehenden unterschiedlichen Subjektpositionen der MigrantInnen (EU-BürgerInnen, TürkInnen, Flüchtlinge etc.) wird in Wertekursen und „Deutsch vor Zuzug“-Diskursen – also die nationalstaatliche Grenzen überwindende Auffassung des Integrationsimperativs – durchgesetzt. Die Koppelung von Aufenthaltsrechten mit Sprachkenntnissen war eine Zäsur in der Regulierung der Migration in den 90ern. Bedrohungsszenarien der nationalen Identität befeuert durch salonfähigen Rassismus und Populismus (als eines der zentralen Beispiele dafür gilt Sarrazin 2010) haben dazu beigetragen, dass diese Zäsur überwiegend als eine folgerichtige, normale Entwicklung betrachtet wird. Mit diesem Schritt wurden die autonomen Kämpfe der MigrantInnen durch die staatliche Administration der Sprache unterbrochen:

Die Einbettung in den nationalen Rahmen administrativer und zivilgesellschaftlicher Maßnahmen hat zu einer Stillstellung dieser Konjunktur autonomer Kämpfe der Migration beigetragen. Ausschließung und Integration drängten den möglichen Widerstand in den Hintergrund. In der Kompromissformel der Integration hat sich die in den Fabriken thematisierte Spaltung der Arbeiterklasse längst zu institutionalisieren begonnen. Die langsame Entstehung des staatlichen Integrationsdispositivs seit dem Beginn der 1970er Jahre trennt die Migrantinnen und Migranten vom historischen Prozess der Migration.“ (Bojadžijev 2012: 245)

Für die politische Inszenierung ist das Fordern der sprachlichen Assimilation (vgl. Wiener SPÖ 2012) eine der wenigen Möglichkeiten „nationaler“ Vergewisserung in einer Realität der globalisierten Finanzwelt und der ungleichen Umverteilung der Ressourcen.

Als wichtigste Voraussetzung der Integration gilt nach wie vor Monolingualität, bei der die deutsche Sprache als Bindeglied nationaler Narrative fungiert. Nicht ohne Grund steht der Sprachkurs im Mittelpunkt des aktuellen Integrationsprogramms. Doch MigrantInnen wissen aus ihren Erfahrungen zu gut, dass soziale Ausgrenzung und rassistische Diskriminierung nicht auf sprachliche Missverständnisse beruhen. (Ha/Schmitz 2007: 55)

Darüber hinaus kritisiert Kien Nghi Ha (2010) die Parallelen zwischen europäischen Integrations- und Sprachpolitiken und kolonialen Kategorisierungen. Sprachkenntnisse spielen in der Integrationsindustrie¹⁰ eine bedeutende Rolle: Sprachtests, Kurse, Verbote und Zwänge greifen in die Lebenswelten der Migrationsgesellschaft ein. Sie sind zum bedeutendsten Maßstab und Prüfinstrument für das Messen der „Integration“ geworden. Daraus ergibt sich auch der wissenschaftliche bzw. didaktische und politische Versuch, Sprachen genau zu erfassen und zu messen. Ha spricht von einer Integrationsindustrie, die durch die Konstruktion der „Anderen“, die integriert werden sollen, die nationale Imagination einer (sprachlich) homogenen Mehrheitsgesellschaft vorantreibt. Das „Streben nach sprachlich-kultureller Reinhaltung“ (Ha/Schmitz 2006: 49) konstruiert demnach Integrationsbedürftige, die obwohl erwachsen, zurück in die Pflichtschule der Integrationskurse geschickt werden.

Die „Integrationsindustrie“ wie auch die Integrationspolitik tragen dazu bei, dass die Beziehung der MigrantInnen zu Sprachen als ein Problem gilt. Die Metapher der „Parallelgesellschaft“ – und damit sind stets die „Anderen“ gemeint (Bukow et al. 2007) – hat sich auch im Zuge dieser hegemonialen Strukturierung im Öffentlichkeitsdiskurs etabliert. (vgl. Hinnenkamp 2010: 231)

Das mit der „Parallelgesellschaft“ verbundene Bild erlaubt vielerlei Konnotationen. Eine unter vielen könnte lauten: Der „Kaffeesatz“ hat sich folglich einer eigenständigen Gründung bemächtigt, hat sich nicht nur ausgeklinkt (Integrationsverweigerer und -untaugliche), sondern formiert sich gleichsam neu. Eine andere Lesart ist, dass man sich dieser Teilmenge an Gesellschaftsmitgliedern entledigt, die Augen verschließt – auch relativistisch –, sie sich selbst überlässt, sie aber dann dieser Konstitution bezichtigt (z.B. als Folge einer nicht affirmativen Bildungspolitik oder als Folge eines laissez-faire-Multikulturalismus). (ebd.)

„Bildungsangebote“ haben aber mehr Funktionen als den minimalen politischen Konsens bei der Forderung nach Monolingualität. Sie sind ein breites und symbolisches Handlungsfeld für populis-

¹⁰ Zum berechtigten Gebrauch des Begriffs der „Integrationsindustrie“ beziffert Kien Nghi Ha einen Ausschnitt der Ausgaben für Deutschland folgendermaßen: „Bis Ende 2006 sind rund 250.000 Menschen durch 16.850 Kurse der Integrationsindustrie geleitet worden. Sie werden dabei von einem entsprechend großen Apparat aus etwa 12.000 Lehrenden und 1.800 zugelassenen Trägern/-innen betreut, die wiederum der Kontrolle des neu geschaffenen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterstehen. Die Bundesregierung beabsichtigte anfänglich, in den nächsten Jahren Pflichtkurse für 280.000 bis 336.000 bereits in Deutschland lebende Migranten/-innen als „nachholende Integration“ durchzuführen. Auch die für diese Aufgabe veranschlagte Summe von 380 bis 456 Millionen Euro verdeutlicht die gesellschaftspolitische Relevanz und Größenordnung dieses sozialtechnologischen Projekts. Da das System der Integrationskurse einem sozialtechnologischen Großexperiment mit bevölkerungspolitischen Dimensionen gleicht, ist es zwangsläufig auch ein kostspieliges Projekt. Neben jährlichen Kosten für Neuzugewanderten in der Höhe von 188 Millionen Euro werden für die „nachholende Integration“ von alteingesessenen Migranten/-innen nochmals 76 Millionen Euro veranschlagt. Außerdem müssen Teilnehmer/-innen, die kein Arbeitslosengeld oder keine Sozialhilfe beziehen, je nach verordnetem Kurstyp einen Eigenbeitrag zwischen 645 Euro und 1200 Euro leisten. Neben der erheblichen sozioökonomischen Belastung für die größtenteils von Armut betroffene Zielgruppe und dem verschärften Leistungsdruck wollen die öffentlichen Haushalte auf Kosten der „Geförderten“ auch jährliche Einsparungen in Millionenhöhe erzielen. (Ha 2010: 403f.)

tische und politische Profilierung. Integrations- oder die inzwischen verpflichtenden „Wert- und Orientierungskurse“ in Österreich sind weitere Innovationen in diesem Bereich. Neben der Infantilisierung von Erwachsenen in Sprachfragen erfinden sich nationale Kulturen neu, indem sie sogenannte „Werte- und Orientierungskurse“ ebenso verpflichtend für jene Gruppen, die beispielsweise nicht aus einem EU-Land stammen, verlangen. Die politische Idee, MigrantInnen und Migration durch Sprachkenntnisse und verpflichtende Bildungsangebote zu regieren, bildet insgesamt einen entschiedenen Schritt zur Legitimation und Stärkung eines hierarchischen pädagogischen Verhältnisses gegenüber MigrantInnen und damit eine Fortsetzung kolonialen Denkens.

Antonio Gramsci (1991-2002) bezeichnet Hegemonie als ein pädagogisches Verhältnis an sich, das sich nicht nur auf das Bildungssystem beschränkt, sondern sich auf alle Bereiche des Alltagslebens erstreckt.

Dieses Verhältnis existiert in der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und für jedes Individuum in bezug auf andere Individuen, zwischen intellektuellen und nicht-intellektuellen Schichten, zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Eliten und Anhängern, zwischen Führenden und Geführten, zwischen Avantgarden und dem Gros der Truppen. Jedes Verhältnis von „Hegemonie“ ist notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis und ergibt sich nicht nur im Innern einer Nation, zwischen den verschiedenen Kräften, aus denen sie sich zusammensetzt, sondern auf der gesamten internationalen und globalen Ebene, zwischen nationalen und kontinentalen Zivilisationskomplexen. (ebd.: 1341f.)

Im Fall der Migration und der MigrantInnen wird dieses pädagogische Verhältnis – durch verpflichtende Sprach-, Integrations- und Wertekurse institutionalisiert und legitimiert – direkt mit Zwängen verknüpft und mit institutioneller bzw. staatlicher Gewalt ausgestattet. Der Fokus auf Bildung als Regierungsinstrument für MigrantInnen schließt an das koloniale Denken an, worin das nach eigener Definition aufgeklärte und gebildete Europa einen geheiligten Kampf gegen die Barbarei der „Anderen“ durch „Erziehung“ führt.

„Die deutsche Migrations- und Integrationsdebatte befindet sich in einem hysterisch und ideologisch aufgeheizten Zustand“, stellen Kien Nghi Ha und Markus Schmitz (2007: 47) fest, weshalb die Trennung der „AusländerInnen“ von Menschenrechten und sozialen Rechten – Sprachenrechte, rechtliche Sicherheit, Arbeitsrechte etc. – legislativ und politisch erleichtert wird.¹¹ Es wäre jedoch ein Fehler „die nationalpädagogischen und kolonialrassistischen Kontinuitäten in den aktuellen Integrationsdebatten zu übersehen“ (ebd.). Obwohl die Imagination einer deutschen, österreichischen, griechischen etc. Nation eine soziale Konstruktion ist, wird sie im deutschsprachi-

¹¹ Die Bereitschaft im Rahmen des Wahlkampfes 2017 der britischen Premierministerin Theresa May angesichts der Terrorattacken in London und Manchester die Menschenrechte potenzieller Verdächtige einzuschränken, geht auf diesen Effekt zurück.

gen Raum für MigrantInnen aktuell neu und in Testfragen für Integrationskursen übersetzt erfunden. Der Integrationsimperativ konstruiert damit „Integrationsbedürftige“ und begründet somit seine eigene Notwendigkeit. „Die Frage nach einer zukunftsfähigen transkulturellen wie diskriminierungsfreien Gesellschaft wird derweil kaum gestellt. Stattdessen überschlagen sich die Vorschläge und Maßnahmen zur forcierten politischen und kulturellen Aussonderung von eingewanderten Menschen.“ (ebd.)

Im Mittelpunkt dieser Praktiken steht das *othering*, ein zentraler Aspekt rassistischer Ideologie: „Die gesellschaftliche Markierung von ‚Anderen‘ [...], die vermeintlich nicht dazugehören, dient dabei vor allem der Legitimation von Ausbeutung und dem Ausschluss von gesellschaftlichen Ressourcen.“ (Edthofer 2017, H.i.O.) Im Integrationsdispositiv ist neben der (post-)kolonialen Kontinuität bei der Begegnung von MigrantInnen im Nationalstaat Rassismus das gesellschaftliche Verhältnis, auf das der Integrationsimperativ aufbaut. Die theoretische Stagnation rund um Rassismus ist mit ein Grund, weshalb die Kritik an den aktuellen Verhältnissen nicht Formen einer starken antirassistischen Bewegung annimmt. (Bojadžijev 2002: 15) Manuela Bojadžijev (ebd.) wie auch Julia Edthofer (2017) kritisieren wie durch Begriffe wie „Fremdenfeindlichkeit“ und „Xenophobie“ Rassismus als ein Phänomen, dass von den MigrantInnen abhängig ist, erfasst wird: „Die Präsenz der MigrantInnen, ihre Lebensgewohnheiten, ihre Anzahl oder auch ihr äußeres Erscheinungsbild werden in ein kausales Verhältnis zum Rassismus gerückt [...]“ (Bojadžijev 2002: 13) Ähnlich argumentieren Andreas Pott (2001) und Regina Römhild (2011) die Problematisierung rund um MigrantInnen in städtischen Räumen. Ihre bloße Anwesenheit macht einen Raum zu Problemzone. (vgl. ebd.)

Die These, Rassismus entstehe durch Migration, führt einerseits dazu, dass paternalistische Konzepte mit der Kulturalisierung des rassistischen Diskurses neu modelliert werden. Bemühungen, eine propagierte nationalstaatliche Monolingualität und Monokulturalität auch pädagogisch umzusetzen, werden politisch und finanziell unterstützt. Andererseits werden im Zuge des Migrationsmanagements auch Programme und Kampagnen gefahren, um die Mehrheitsgesellschaft umzustimmen bzw. um die Akzeptanz für den „Nutzen“ einer selektiven Migration – häufig demographisch oder wirtschaftlich begründet – in der Bevölkerung zu stärken. Angestrebt wird damit ein Konsens in Bezug auf Migrationspolitik, der jedoch den Rassismus, als eine „eigenständige Logik bürgerlicher Herrschaft, die nicht zwangsläufig mit dem Phänomen der Migration verkoppelt ist“ (Bojadžijev 2002: 13), nicht in Frage stellt.

Indem MigrantInnen zu einem „Erziehungsprogramm“ hingeführt bzw. durch Gesetze gezwungen werden, entsteht eine ganze pädagogische Industrie (vgl. Ha 2010), die das Verhältnis zu Migran-

Innen formalisiert und die staatliche Kontrolle auf neue Berufsfelder verlagert. Innerhalb der populistischen Konvergenz von Integrationsimperativ und Politik gestaltet sich das pädagogische Verhältnis gegenüber MigrantInnen in der Form, dass nicht nur das Wissen, sondern auch das Interesse an bzw. die Kompetenz der MigrantInnen zur Selbstermächtigung aberkannt wird. (vgl. Salgado 2015) Im Gegensatz zu der zunehmenden Anzahl von Ideen und staatlichen Strategien der Disziplinierung anhand von Einbürgerungstests, Werte- und Sprachkurse, schlägt Gramsci (1991-2002) vor, die Rollen der Lehrenden und Lernenden zu alternieren, um Ungleichheit und Repression aufgrund von Herkunft, Gender, Staatsbürgerschaft, Sprache etc. zu vermeiden.

Die aktuellen Proteste von BasisbildnerInnen und DaZ-Lehrenden sind mit Forderungen, keine „Sprach- oder WertepolizistInnen“ zu sein (IG Arbeitsbedingungen [d_a_] Basisbildung DaZ 2017), eine direkte Kritik daran, dass ihre Arbeit für eine ausschließende und selektierende Migrationspolitik instrumentalisiert wird. Die Kämpfe gegen den Integrationsimperativ bzw. antirassistische Kämpfe finden in verschiedenen Feldern – Forschung, Lehre, Praxis etc. statt.

Solange aber Integration in Deutschland vorrangig als ein Instrument zur Sicherstellung des Vorrechtes der Mehrheitsgemeinschaft und der disziplinierenden Vereinnahmung begriffen wird, bleibt in Anlehnung an Michel Foucault (1992) ein kritisches Denken notwendig, dass nach widerständigen Strategien sucht, um nicht auf diese Weise, nicht um diesen Preis, nicht dermaßen integriert zu werden. (Ha/Schmitz 2007: 56)

Gleichzeitig ist es trotz der vorhandenen Kämpfe gegen den Integrationsimperativ und die Instrumentalisierung von Sprache gegen Gleichberechtigung schwierig, die historische Kontinuität von pädagogischen Verhältnissen zu unterbrechen. Der paternalistische Umgang mit MigrantInnen setzt sich seit der Zeit der GastarbeiterInnen fort: „Die Sechziger- und Siebzigerjahre waren die Zeit, in der sich das diskursive Dispositiv zur Kontrolle der ArbeitsmigrantInnen anfänglich entwickelte. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet vom Übergang zwischen zwei diskursiven Trends, vom paternalistischen Utilitarismus zum ‚Kolaric-Konsens‘.“ (Fischer 2009: 250) Den „wohlwollend-paternalistischen Ton gegenüber den Gastarbeitern“ (ebd.) haben Erzählungen über die braven, einfachen und tüchtigen Fremdarbeiter (vgl. ebd.: 251) ergänzt: „Diese diskursive Modellierung des Fremdarbeiters war dazu geschaffen, die Arbeitsmigration so zu charakterisieren, wie man sie sich wünschte: kontrollierbar und effektiv. Dieses Motiv zog sich bis in die Siebzigerjahre hinein.“ (ebd.) Der politische Populismus der 70er und die Diskursproduktion im Sinne des bürgerlich-industriellen Paternalismus wurden von Aktionen begleitet, die das „schwarze Wiener Herz“ umerziehen sollten. Die „Kolaric-Kampagne“ wird von Wladimir Fischer als ein Beispiel dafür vorgebracht und als der Beginn der Subjektivierung von Migration angeführt:

Dadurch, dass die MigrantInnen nun einen Namen und ein Gesicht hatten, erlangten sie erstmals Subjektstatus in österreichischen Diskursen. Das heißt, sie wurden zu Subjekten in Narrationen, in denen ihnen erstmals aktive Prädikate zugeordnet wurden. Zwar waren sie noch immer in einer passiven Opferrolle, aber immerhin handelnde Personen. (ebd.: 256)

Die Frage des Paternalismus gegenüber MigrantInnen und der dafür erforderlichen Viktimisierung wird aktuell in Zusammenhang mit der Idee der „Ermächtigung“ gebracht. Das erscheint auf den ersten Blick widersprüchlich, ist aber angesichts der Frage, was wir denn unter den gegebenen Bedingungen als Ermächtigung durch die Sprache verstehen, relevant: Arbeiten Lehrende im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) mit Konzepten, die vom Paternalismus der Vergangenheit abweichen? Aus den Ergebnissen der Studie „Deutsch als Zweitsprache im Rahmen kritischer Bildungsarbeit“ (siehe unter maiz 2014) hinterfragen Gergana Mineva und Rubia Salgado (2015) drei zentralen Positionen im DaZ-Feld. Ausgehend von qualitativen Interviews mit DaZ-Lehrenden zum professionellen pädagogischen Verhältnis in Deutschsprachkursen für Erwachsene steht für die Autorinnen „Ermächtigung“ als zentrales Anliegen für die Befragten fest. Parallel dazu stellen die Autorinnen aber die Frage nach der Legitimation zu Ermächtigung, die ja auch die Vorstellung von „Ohnmächtigen“ impliziert. (siehe auch unter maiz 2014) Die zweite Position, die ebenfalls große Relevanz im DaZ-Feld hat, bezieht sich auf die breite Ablehnung von und Kritik an den Integrationsvereinbarungen. Die Autorinnen fragen nach den Folgen dieser allgegenwärtigen Kritik im Feld und legen nahe, dass eine Weigerung, Integrationsprüfungen abzunehmen, den hegemonialen Konsens stürzen könnte. (vgl. ebd.: 246) Als dritte wichtige Position im Feld nennen die Autorinnen die allgegenwärtige Forderung der DaZ-Lehrenden nach Mehrsprachigkeit statt nach Monolingualität. (ebd.) Mineva und Salgado sprechen von einer Inszenierung des Widerstands und problematisieren, dass Diskurse um Mehrsprachigkeit den Diskursen um kulturelle Identität und damit identitären Zuschreibungen, die Verhältnisse nicht verändern, verblüffend ähnlich sind (vgl. ebd.: 260) An dieser Kritik zeigt sich die Komplexität des Feldes, in dem Mehrsprachigkeit verhandelt wird und in das etwa durch Projekte wie ESPIRS interveniert wird.

4.5 Linguizismus in der Migrationsgesellschaft

Mehrsprachigkeit wird in Zusammenhang mit MigrantInnen und durch „nationale“ sprachpolitische Konzepte häufig als Bedrohung dargestellt: „Denn MigrantInnen und ihre Sprachen fordern – sowie auch die Sprachen der Minderheiten oder Dialekte – die Imagination einer national homogenen Gesellschaft (Anderson 1991) heraus.“ (Aigner et al. 2014) Sprachliche Praktiken wie das Sprechen, Schweigen aber auch das „Nicht-Verstehen“ sind brisante Themen der politischen und migrationsgesellschaftlichen Arena. Die Folge ist, eine Reihe von Disziplinierungsmaßnahmen

gegenüber MigrantInnen, eine „Exklusion im Namen der Nation(alsprache)“ (Gatt 2013: 164). Parallel dazu formieren sich sowohl in der Wissenschaft als auch in den sozialen Bewegungen oppositionelle Orte für einen emanzipativen und nicht-hierarchischen Umgang mit migrantischer Mehrsprachigkeit.

Sprache als ein Instrument der Macht (Bourdieu 1993), ist in den Sozialwissenschaften ein intensiv diskutiertes Thema. Ein großer Teil dieser Diskussion fand bisher in Zusammenhang mit Englisch als Kolonial- und zugleich Globalsprache: „To speak English as second language – or rather ‚to be ESL,‘ as this phenomenon is usually constructed – is fundamental in the formation of, and resistance to, a devalued immigrant identity.“ (Tomic 2013: 3) Patricia Tomic berichtet von Bewegungen innerhalb der Sprachwissenschaften, das Standardenglisch zu dezentralisieren und lokale Varietäten als gleichwertig zu akzeptieren. (ebd.) Tomic zeichnet die Verbindungen zwischen dem Kolonialismus des britischen Empires und den rassistischen Verhältnissen von heute.

Étienne Balibar (1982) prägte die Rassismuskritik, indem er aktuelle diskursive Konstruktionen rund um „Kultur“ als „Rassismus ohne Rassen“ bezeichnete: „Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines ‚Rassismus ohne Rassen‘, [...] eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist.“ (Balibar 1990: 28) „Kultur“ wird demnach diskursiv zu einem „Sprachversteck für Rasse“ (Leiprecht 2001: 23, zit. n. Dirim 2010: 95) Migrantische Sprachen werden im Rahmen des kapitalistischen Vergesellschaftung, in der Rassismus ein Ordnungsprinzip ist, zu Differenzmarker. Sprache ersetzt demnach – ähnlich wie „Kultur“ – das Wort „Rasse“, um bei der Legitimation von sozialer Ungleichheit nicht mehr auf biologische Merkmale zurückzugreifen.

„Linguizismus“ ist ein Konzept, um die Verbindungen zwischen Macht, Rassismus und Sprache zu beleuchten. Tove Skutnabb-Kangas (1988) definiert Linguizismus als „the ideologies and structures which are used to legitimate, effectuate and reproduce an unequal division of power and resources (both material and non-material between groups which are defined on the basis of language“ (ebd: 13, zit. nach Tomic 2013: 5) Tomic (2013) schließt mit ihren Positionen an Balibar und Leiprecht an. Sie versteht Linguizismus als die Produktion der binären Differenz zwischen *native speaker* und den Anderen: „Linguicism produces the discursive creation of a binary opposition between Self and Other, where the native speaker, Self, represents the self-evident norm for which the non-native speaker, Other, strives. For Others achieving the status of Self – the status of native speaker – is a process of self-annihilation.“ Inci Dirim (2010) führte das Konzept des Linguizismus in den deutschsprachigen Raum ein. Sie verwendet den Begriff des

„Linguizismus“ als eine spezielle Form des Rassismus, der Menschen verurteilt, die Sprache in eine bestimmte Art und verwenden: „Linguizismus erscheint als ein Instrument der Machtausübung gegenüber sozial schwächer gestellten Gruppen mit der Funktion der Wahrung bzw. Herstellung einer sozialen Rangordnung.“ (ebd.: 91) Bei Linguizismus wird die „Sprache einer Elite zu Norm erhoben.“ (ebd.: 91f.) Das trifft vor allem auf die Sprache der Mainstream-Medien zu, die die Funktion der Sprachüberwachung übernehmen. (Busch 2004)

Sprache als Zwang, Sprache verbunden mit Restriktionen und Strafen für ausgewählte Gruppen von MigrantInnen: Diese politischen Ansätze widersprechen den Sprachenrechten (Netzwerk SprachenRechte 2013). Politisch begründet werden diese Maßnahmen mit der Stigmatisierung der MigrantInnen als „Bedürftige“ und als „Unwissende“. (Aigner et al. 2014)

In weiterer Folge stellen sich am Beispiel der Mehrsprachigkeit Fragen der Illoyalität und Nicht-Solidarität der MigrantInnen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, indem sie als „IntegrationsverweigerInnen“ aufgrund ihrer sprachlichen Praktiken stilisiert werden. Die Verwendung bestimmter migrantischer Erstsprachen im Alltag wird als „Ghettoisierung“ und Zeichen einer Selbstmarginalisierung betrachtet. Parallel dazu wird von der Gefahr des „Semilingualismus“ (Hansegård 1968) gewarnt.

Der Rückgriff auf sprachliche Normen und die Imagination der einsprachigen Gesellschaft weisen darauf hin, dass Sprachen bzw. Mehrsprachigkeit bedeutende Gegenstände von politischen und gesellschaftlichen Kämpfen sind. Die strukturellen Bedingungen reproduzieren Sprachhierarchien und postkoloniale Machtverhältnisse durch Sprache: „In wenigen Bereichen bestehen postkoloniale Machtverhältnisse, Logiken und Legitimationsfiguren so unhinterfragt wie im Kontext Sprache fort.“ (Thoma/Knappik 2015: 9) Gleichzeitig prägen Anliegen rund um Minderheitensprachen, Kolonialsprachen, Dialekte, Hochsprachen, migrantische Sprachen etc. historisch immer wieder Kämpfe um Anerkennung und Gleichberechtigung. Ähnlich geht es aktuell auch darum in westlichen Migrationsgesellschaften Sprachhierarchien zu hinterfragen und herauszufordern, um soziale Gruppen zu stärken, die aufgrund ihrer Sprachen und Aussprachen in der nationalstaatlichen Ordnung diskreditiert oder nicht berücksichtigt werden. Denn obwohl Mehrsprachigkeit ein wesentliches Merkmal der Migrationsgesellschaften ist, bleiben gesellschaftliche Systeme in Nationalstaaten meistens einsprachig organisiert. (ebd.)

Das Konzept der „Einsprachigkeit“ und Linguizismus führen zu einer Reihe von Einschränkungen von Rechten in der Migrationsgesellschaft. Aktuelle Hinweise dafür liefert eine Reihe von Gesetzen und legislativen Vorhaben rund um den dominanten „Deutschpflicht“-Diskurs. Das aktuelle österreichische Fremdenrecht setzt Deutschkenntnisse als Kriterium gegen potenzielle Migran-

tInnen aus bestimmten Ländern und sozialen Klassen ein und macht Abschiebungen und Illegalisierung zum Teil von den Deutschkenntnissen abhängig. Damit widerspricht die formulierte österreichische „Integrationsvereinbarung“ internationalen Abkommen über Sprachenrechte [UN-Menschenrechtspakt (1966), Allgemeine Erklärung der Sprachrechte (1996)]:

Das Grundrecht auf Schutz und Förderung der sprachlichen Identität ist ein Auftrag an Staaten, die Sprachrechte ihrer Minderheiten (Volksgruppen, Gehörlose, MigrantInnen, Flüchtlinge) anzuerkennen. Es dürfen keinerlei Maßnahmen gesetzt werden, die eine Anpassung an Sprache und Kultur der Mehrheitsgesellschaft erzwingen (Assimilation). [...] Diesem Grundgedanken widerspricht es, wenn Minderheiten zum Erwerb der Sprache der Mehrheitsgesellschaft durch Sanktionen gezwungen werden und wenn ihnen allein aufgrund ihrer sprachlichen Identität elementare Menschenrechte vorenthalten werden. Deshalb spricht sich das Netzwerk SprachenRechte klar gegen die im österreichischen Recht als Zwangsdeutschkurs konzipierte „Integrationsvereinbarung“ und gegen die Überprüfung von Deutschkenntnissen bei Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft aus. (Netzwerk SprachenRechte 2013)

Mediale Räume, die die Mehrsprachigkeit der Gesellschaft abbilden, sind ein marginales Phänomen. Die Mediensprachen bzw. die Sprachen, die in Medien zu hören und zu lesen sind, spiegeln das gesellschaftliche Verhältnis zu migrantischer Mehrsprachigkeit, den Marktwert dieser Mehrsprachigkeit wie auch die finanziellen und institutionellen Hürden, eine Infrastruktur für Mehrsprachigkeit bereitzustellen, wider. Obwohl es sich bei den meisten Medien um Unternehmen oder Vereine handelt, die keinem staatlich verordneten einsprachigen Zwang unterliegen, erscheinen Medien auf den ersten Blick eine klare Position zu Gunsten einer Imagination einer einsprachigen Gesellschaft zu beziehen. Brigita Busch (2004: 32) erkennt sogar eine Funktion der „Sprachüberwachung“ in den Medien. Medien stellen damit Sprachregime dar, die nicht nur gesellschaftliche Machtverhältnisse abbilden und reproduzieren, sondern auch im Gegensatz dazu widerständige Räume produzieren. Ausgehend von der Rolle der Medien für die Herstellung von Öffentlichkeit geht es nicht nur um eine Addition von Sprachen oder linguistische Vielfalt, sondern auch um eine Multiplizierung von Stimmen (*voices*), die zu kollektiven Formen führt, wie auch um die Übersetzung des Gebrauchswerts der Erfahrungen von subalternen Gruppen in die Öffentlichkeit.

4.6 Konsens, Konflikte und Mehrsprachigkeit

Nancy Fraser (2008) setzte sich intensiv mit dem Konzept der Öffentlichkeit und der politischen Mitbestimmung angesichts der „massiven Ungleichheit“ (ebd.: 23) in der Gesellschaft auseinander. Fraser sieht in der klassischen habermasianischen Form der Öffentlichkeit zwar eine kritische Dynamik, die sich auf die Idee der Inklusivität und dem Prinzip der Betroffenheit bezieht. „Die

Anwendung dieses Prinzips auf die Öffentlichkeit besagt, dass alle von einer politischen Entscheidung potentiell Betroffenen die Chance zur gleichberechtigten Teilnahme an den informellen Prozessen der Meinungsbildung haben sollten, an denen sich wiederum die Entscheidungsträger auszurichten haben.“ (ebd.: 30) Gleichzeitig fragt sie nach einem neuen Modell der Öffentlichkeit, da das Prinzip der Betroffenheit durch die hegemoniale Ordnung nicht erfüllt wird. Sie geht davon aus, dass soziale Bewegungen, diese Ungleichheit verringern können – z.B. der Feminismus gegen die bürgerliche und maskulinistische Öffentlichkeit. (ebd.)

Fraser fokussiert bei ihrer Kritik an der deliberativen Öffentlichkeit insgesamt auf die Analyse der Kategorien der Territorialität und der BürgerInnenrechte. Fraser (ebd.: 25-28) baut ihre Argumentation auf mehrere Annahmen der deliberativen Öffentlichkeit auf, die aus der transnationalen Perspektive problematisch sind: a) die Annahme eines modernen Staatsapparats, der die Probleme der EinwohnerInnen löst, b) die Annahme von BürgerInnen, als TeilnehmerInnen der gleichen örtlich begrenzten politischen Gemeinschaft, c) die Annahme einer organisierten Volkswirtschaft, die den Brennpunkt der öffentlichen Debatten darstellt und d) die Annahme von nationalen Medien bzw. von der Infrastruktur nationaler Kommunikation im normativen Verständnis der deliberativen Öffentlichkeit. Zusammenfassend bedeutet ihre Kritik, dass sowohl Migration – als eine soziale Bewegung –, doppelte Staatsbürgerschaft, *mediascapes*, transnationale Netzwerke als auch die Transnationalisierung des Kapitals Gründe dafür sind, weshalb das deliberative Modell der Öffentlichkeit nur als Teil einer bürgerlichen idealisierten „Realität“ erfasst werden kann.

In einer früheren englischsprachigen Version von Frasers Kritik werden noch zwei weitere Kategorien besprochen. Einerseits geht es um die Bedeutung der Literatur und andererseits um die deliberativen Vorstellung von einer monolingualen Öffentlichkeit bzw. einer nationalen Sprache in der Öffentlichkeit:

Consider, too, the presupposition of a single national language, which was supposed to constitute the linguistic medium of public sphere communication. As a result of the population mixing already noted, national languages do not map onto states. The problem is not simply that official state languages were consolidated at the expense of local and regional dialects, although they were. It is also that existing states are de facto multilingual, while language groups are territorially dispersed, and many more speakers are multilingual. [...] (Fraser 2007: 11)

Daraus formuliert sie angesichts der Metapher einer „Diskussionsrunde“ ihre Bedenken, inwieweit eine monolinguale Öffentlichkeit eine kommunikativ inklusive Gesellschaft konstituieren kann: “Who are the relevant members of a given public? In what language(s) and through what media should they communicate? And via what communicative infrastructure?” (ebd.: 19) Die

Sprachenpolitik der Öffentlichkeit ist noch immer ideologisch wie auch funktionalistisch von der Idee der Einsprachigkeit und von der Vorstellung einer „nationalen“ Sprache wie auch „nationaler Medien“ geprägt.

Brigitta Busch (2004) und Rudolf de Cillia (2003) gehen davon aus, dass Sprachenpolitik sich zwar an Staaten orientiert, aber es gibt viel mehr AkteurInnen und Aspekte, die die multilinguale Gesellschaft formieren. Die Rolle dieser AkteurInnen aus der Perspektive der normativen Anforderungen einer demokratischen Öffentlichkeit sei jedoch in der Forschung nicht ausreichend diskutiert worden. (vgl. Busch 2004) Busch (ebd.: 19) spricht einerseits von einem marginalen Feld, das sich vor allem auf Fallanalysen bezieht. (siehe beispielsweise Gouma 2008; Böse/Kogoj 2002; Kosnick 2000) Andererseits sieht Busch (ebd.: 23) zunehmendes Interesse darin, wie Mehrsprachigkeit die Mediensprache verändert. Als Beispiele nennt sie *code-switching* und *language crossing* in Musiktexten oder Anglizismen in der Werbung. (vgl. ebd.)

In der Verbindung von Sprache und Öffentlichkeit spielen Medien eine besondere Rolle, weil sie ein „staatsferner Bereich“ (Busch 2004: 30) sind – mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ein Sonderprojekt, das gesetzlich verpflichtet ist, die Sprachen der anerkannten Minderheiten anteilig im Programm zu implementieren. Im Gegensatz zu Institutionen wie die Schule, wo Sprachenpolitik und insofern auch *nation-building* durch Monolingualismus sehr stark vertreten sind, reagieren private Medien vordergründig auf den Markt und alternative Medien auf demokratische bzw. menschenrechtliche Anliegen. Medien haben eine sprachpolitische Bedeutung (vgl. ebd.: 31) an sich. Dadurch, dass sie die Infrastruktur für die Herstellung der Öffentlichkeit sind, ist ihr Beitrag für die Inklusions- und Exklusionsdynamiken der transnationalen Öffentlichkeit bzw. für den Umgang mit migrantischer Mehrsprachigkeit bedeutend.

Es lässt sich daher feststellen, dass den westfälisch-national basierte Öffentlichkeiten, die einsprachig ausgerichtet sind, darin versagen, eine inklusive Kommunikationsgemeinschaft der gesamten Bürgerschaft herzustellen. Insofern Öffentlichkeiten jedoch linguistischen Gemeinschaften entsprechen, sind sie zugleich geographisch verstreut und beziehen sich nicht nur auf eine einzige Bürgerschaft. In jedem Fall ist es schwierig, zu erkennen, wie Öffentlichkeiten der Aufgabe dienen können, eine demokratische Gegenmacht gegenüber dem Staat zu erzeugen. (Fraser 2005)

Um eine demokratische Gegenmacht gegenüber dem Staat zu erzeugen, sind migrantische Gegenöffentlichkeiten und mediale Räume gefragt, die „parteiisch“ sind, da die Prozedur deliberativer Öffentlichkeit nicht ausreichend migrantische Stimmen zulässt bzw. keine ausreichende Infrastruktur dafür vorsieht. Agonistische Öffentlichkeiten scheinen durch ihren Protestcharakter eher dafür geeignet, migrantische Stimmen und Sprachen in der Öffentlichkeit hörbar zu machen.

Die agonistische Tradition in der Öffentlichkeitstheorie wird durch die Metapher des „bunten Protestmarsches“ (Wessler/Rinke 2016: 641f.) verbildlicht. Im Anschluss an Chantal Mouffe (2000) sind agonistische Öffentlichkeiten die Antwort auf die Frage nach „*communicative power*“ (ebd.: 5) für marginalisierte Gruppen und Publika.

Robuste Konflikte über unterschiedliche Erfahrungen, Werte und Identitäten werden nicht nur als unvermeidlich, sondern als erwünscht angesehen. Öffentliche Kommunikation soll denn auch nicht zu einem besonderen Ziel führen, sondern die autonomen Artikulationschancen subalternen Gruppen dauerhaft offen halten. Das deliberative Modell von Öffentlichkeit wird in dieser Tradition häufig dafür kritisiert, dass es unzivile Ausdrucksformen abwerte und damit marginale Gruppen und militante Formen des Protests aus der Öffentlichkeit ausschließe. Emanzipativer Selbstausdruck umfasse aber notwendigerweise nichtargumentative Formen wie narrative Selbstoffenbarung, Rhetorik oder auch öffentliche Wertschätzung und Anerkennung [...]. (Wessler/Rinke 2016: 642)

Mouffe (2000) vermisst im Konzept der deliberativen Öffentlichkeit den Aspekt des antagonistischen Pluralismus (ebd.: 13). Gemeinsam mit Ernesto Laclau (Mouffe/Laclau 1985) kritisiert sie die Idee, dass für den Pluralismus der Öffentlichkeit und der betroffenen kollektiven Identitäten durch den Konsens nach einer Diskussionsrunde politisch genügend getan wird. Laclau und Mouffe setzen sich vielmehr mit der Konstitution von Identitäten durch die hegemoniale Ordnung und mit den Ausschlüssen, die so ermöglicht werden, auseinander: „Since any political order is the expression of a hegemony, of a specific pattern of power relations, political practice cannot be envisaged in simply representing the interests of pre-constituted identities, but in constituting those identities themselves in a precarious and always vulnerable terrain.“ (Mouffe 2000: 17) Mouffe geht davon aus, dass wenn der Wert des Konsens über jenen den Protests gestellt wird, die pluralistische Demokratie in Gefahr sei. (ebd.) Anders als Habermas verortet Mouffe die Gefahr für eine pluralistische Öffentlichkeit nicht in der Kommerzialisierung oder im staatlichen Missbrauch/Eingriff, sondern im Schweigen, das durch den hegemonialen *Konsens* produziert wird. Sie entwirft einen konfliktzentrierten Zugang zu Öffentlichkeit.

4.7 Von Mehrsprachigkeit zu Stimme (*voice*)

„Isn't the whole point to have a voice?“ (Lazreg 1988; zit. n. Mohanty 1989: 179) Chandra Talpade Mohanty (1989) argumentiert gemeinsam mit Marnia Lazreg (1988) dafür, den westlichen und eurozentrischen Blick auf Frauen in der „Dritten Welt“ abzulegen und ihnen ihre selbstermächtigende Strategien und ihre Individualität zuzugestehen. Sie stellt sich gegen akademische Konzepte, die nur westliche Frauen als legitime Subjekte der sozialen Kämpfe konstruieren, „while Third World women are heard as fragmented, inarticulate voices in (and from) the dark“ (Mohanty

1989: 180) Die feministische Kritik leistete und leistet grundlegende theoretische Arbeit um Differenz- und Machtverhältnisse zu vertiefen. Ähnlich wie Chantal Mouffe (2000) und Nancy Fraser (2008) misstraut Mohanty der „Harmonie“ innerhalb der Ungleichheit: “On the other hand, difference defined as asymmetrical and incommensurate cultural spheres situated within hierarchies of domination and resistance cannot be accommodated within a discourse of ‘harmony in diversity’. A strategic critique of the contemporary language of difference, diversity, and power thus would be crucial to a feminist project concerned with revolutionary social change.” (Mohanty 1989: 181f.)

Das Dissertationsprojekt bewegt sich in zwei Analyserichtungen: Ich hinterfrage sowohl das pädagogische Verhältnis, in das MigrantInnen eingespannt sind, als auch deren Verhältnis zu (Medien-)Öffentlichkeit aus der Perspektive der migrantischen Mehrsprachigkeit. Ich gehe davon aus, dass die *politics of voice* (Mohanty 1989) ein Zugang ist, um beide Analyserichtungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Mohanty beschreibt *voice* in Zusammenhang mit dem akademischen Feld und den universitären Klassenraum als “the very fact of claiming a voice and wanting to be heard” (191). Unabhängig davon, ob es sich um den *classroom* oder die mediale Öffentlichkeit handelt: Ihre Analyse ist grundlegend für unterschiedliche Arenen wie auch für Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten gültig: „The management of gender, race, class, and sexuality are inextricably linked in the public arena“. (ebd.: 186f.)

Die normativen Anforderungen einer agonistischen Öffentlichkeit nach Mouffe und Laclau (1985) lassen sich als die Generierung von *voices* durch Widerstand und Protest in der konfliktzentrierten Öffentlichkeit beschreiben. Entgegen dem Prinzip des *living in harmony* ist die agonistische Öffentlichkeit ein Raum mit widerständigen Stimmen, der sich über verschiedene mediale Räume erstreckt. Die Konflikte wie auch Formen des Protests sind sowohl in Mainstreammedien als auch in *social media* evident und in den zahlreichen Kanälen der Gegenöffentlichkeiten und Teilöffentlichkeiten zu hören und lesen. Die Kämpfe darüber, wer strukturell eine Stimme (*voice*) in der Öffentlichkeit sein darf, beziehen sich nicht nur auf soziale Hierarchisierungen, sondern auch auf das Anliegen, Wissen über sich selbst zu produzieren: “Knowledge is empowerment, or so we are told, and reclaiming control over minority representations provide a counter-hegemony to privileged discourses.” (Fleras 2006: 213)

Martina Böse und Cornelia Kogoj (2002) wie auch Franjo Schruiff (1999) gehen jedoch davon aus, dass migrantische „Selbstexotisierung“ eine Voraussetzung für das Sprechen von MigrantInnen in Mainstreammedien ist. (vgl. Gouma 2008) In Anlehnung an die „multi-ethnischen“ Öffentlichkeit von Husband (2005; 2000b; 2000a) fordern sie vom Nationalstaat, dass er strukturelle Bedingun-

gen schafft, um die marginalisierte Position der MigrantInnen in der Öffentlichkeit zu verändern: „Es geht um das Recht, zu kommunizieren und darum Rechte adäquat ausüben zu können. Unter bestimmten Bedingungen bedürfen Minderheiten daher der staatlichen Subvention, weil bestimmte Programme zu wenig ZuseherInnen bzw. ZuhörerInnen haben, um diese Programme wirtschaftlich rentabel zu gestalten.“ (Böse/Kogoj 2002: 295) Husband versteht die Mainstream-Medien insgesamt als „majority ethnic media“ (2005).

Mediale Beispiele, die sich auf Widerstand, gegenhegemoniale Wissensproduktion und gesellschaftliche Konflikte beziehen, sind vor allem die publizistischen Projekte von MigrantInnen. Der Druck zur „medialen Integration“ erzeugt Teil- und Gegenöffentlichkeiten, die unterschiedliche Funktionen übernehmen:

Politische Medienprojekte wie *STIMME von und für Minderheiten*¹² arbeiten abseits des Integrationsimperativs und zielen auf die Bereitstellung von alternativen Gegenöffentlichkeiten. Die Gründung der MigrantInnenorganisation *M-MEDIA*¹³ ging mit dem Anliegen einher, Mainstream-Medien und die Berichterstattung über Migration und MigrantInnen aktiv mitzugestalten.¹⁴ Gegen die moralische Integrationskeule stellt sich auch das Wiener Stadtmagazin *biber*¹⁵, das sich in seinem Selbstverständnis der Vermittlung und Reflexion eines neuen städtischen Lebensgefühls verschreibt. (Gouma et al. 2010)

Migrantische Medienprojekte vertreten unterschiedliche Positionen in der Öffentlichkeit. Sie sind vor allem unterschiedlich in der Distanz oder Nähe zu dominanten Diskursen. „In der Berichterstattung überwiegt die bereichernde Funktion der MigrantInnen für die Stadt der Zukunft. Die drei hier exemplarisch angeführten migrantischen Medienprojekte verfolgen unterschiedliche Ziele, verwerfen oder übernehmen Deutungsmuster – wie jenes der *Diversity*-Stadt – der Wiener Migrationspolitik.“ (ebd.) Auch die migrantischen Teilöffentlichkeiten sind nicht „ethnisch“, sondern sozial verortet. (Aksoy/Robins 2003b) Dadurch sind sie ambivalente Projekte, die von unterschiedlicher Distanz zu dominanten Konzepten gekennzeichnet sind. (vgl. Gouma et al. 2010)

4.7.1 Freie Radios zwischen *public value* und agonistischen Gegenöffentlichkeiten

Mediale Räume, die die Mehrsprachigkeit der Gesellschaft als Format des Widerstands anwenden oder sich mit ihr auseinandersetzen bzw. sie abbilden, sind ein marginales Konzept. Der wesentliche Beitrag dazu wird von Freien Radios geleistet:

¹² Unter: <http://minderheiten.at>

¹³ Weitere Infos unter: <http://www.m-media.or.at/>

¹⁴ Die Förderung versiegte jedoch, da die journalistischen Inhalte und die Kritik politisch nicht erwünscht waren.

¹⁵ Weitere Infos unter: <http://www.dasbiber.at>

Freie Radios gewinnen in der mehrsprachigen Gesellschaft besondere Bedeutung für sprachliche Minderheiten, Migranten/-innen und andere benachteiligte Gruppen. Wie an der Verschränkung von mehrsprachigen Sendungsformen mit lokalen und regionalen Themensetzungen deutlich wird, treten Sendungsmacher/-innen oft als Vermittler/-innen ihres unmittelbaren und weiteren Umfelds auf und ermöglichen so Personen die gesellschaftliche Teilhabe, die etwa aufgrund von Sprachbarrieren ansonsten nur schwer Zugang zu adäquaten Kommunikationsräumen und für sie relevanten Informationen finden könnten. Dieser Beitrag zum interkulturellen Dialog und zum sozialen Zusammenhalt sind wichtige Leistungen im öffentlichen Interesse. (Peissl et al. 2010b: 115f.)

Die Ergebnisse der Studie „Mehrsprachig und lokal. Nichtkommerzieller Rundfunk und Public Value in Österreich“ (ebd.) werden aus der Perspektive des „Interkulturellen Dialogs“ bzw. des *public value* interpretiert. Den theoriepolitischen Hintergrund der Freien Radios beschreibt Hans J. Kleinsteuber (2012) indes „als medien- und gesellschaftskritisch (im Rückgriff auf Brecht), emanzipatorisch, handlungsorientiert und damit auch medienpraktisch/-pädagogisch“ (ebd.: 43). Kleinsteuer beschreibt die freien Radios als „Gegenmedien“ (ebd.: 272). Zwischen der Interpretation als „Gegenmedien“ und jene der *public value* Dienstleistung liegt der Übergang vom Konflikt- zum *living-in-harmony*-Konzept. Im Folgenden will ich auf diese Ambivalenz eingehen.

Das *Community Media Forum Europe* dokumentierte 2012 insgesamt 2.237 Community Radios, wobei die österreichischen freien Radios den dritten Platz beim Qualitätsranking belegen. (vgl. Dorer 2014) Die Definition der freien Radios greift auf eine Reihe von konzeptuellen Bezeichnungen zurück:

Community Radio, rural radio, cooperative radio, participatory radio, free radio, alternative, popular, educational radio. If the radio stations, networks and production groups that make up the World Association of Community Radio Broadcasters refer to themselves by a variety of names, then their practices and profiles are even more varied. Some are musical, some militant and some mix music and militancy. They are located in isolated rural villages and in the heart of the largest cities in the world. Their signals may reach only a kilometer, cover a whole country or be carried via shortwave to other parts of the world. Some stations are owned by not-for-profit groups or by cooperatives whose members are the listeners themselves. Others are owned by students, universities, municipalities, churches or trade unions. There are stations financed by donations from listeners, by international development agencies, by advertising and by governments. (AMARC 1995)

Die Bezeichnung „Freie Radios“ hat sich vor allem im österreichischen Raum durchgesetzt. 2010 gab es in Österreich 16 Stationen (Peissl et al. 2010b), die vom *Verband Freier Radios* (VFRÖ) vertreten werden. Die Grundsätze der freien Radios sind in der „Charta der Freien Radios“ festgehalten. Kleinsteuber (2012) hebt daraus folgende Grundsätze hervor: a) offener Zugang, b) Partizipation, c) Gemeinnützigkeit/Nichtkommerzialisierung, d) Transparenz/Organisation, e) Lokalbezug/regionale Entwicklung und f) Unabhängigkeit. (vgl. ebd.: 283)

Die Freien Radios orientierten sich an der Radiotheorie von Bertolt Brecht und an der Medienkritik der Kritischen Theorie. Kleinsteuber greift auf die Kritik von Brecht zurück, um die theoretischen Grundlagen der freien Radios als die „utopische Entwicklung“ zu bezeichnen: „Man wunderte sich, was für Darbietungen da aus den Sphären kamen. Es war ein kolossaler Triumph der Technik, nunmehr einen Wiener Walzer und ein Küchenrezept endlich der ganzen Welt zugänglich machen zu können. Sozusagen aus dem Hinterhalt“, schrieb Brecht im Jahr 1927 (zit. n. Kleinsteuber 2012: 45). Oder: „Ein Mann, der was zu sagen hat und keine Zuhörer findet, ist schlimm daran. Noch schlimmer sind Zuhörer daran, die keinen finden, der ihnen etwas zu sagen hat.“ (ebd.). Bereits zu Beginn der Radioentwicklung stellte sich die Frage, wer hat etwas zu sagen und welche Themen sind inhaltlich relevant. Walter Benjamin setzte die Kritik Brechts fort und verlangte, dass die Bandbreite sozialer Gruppen Erfahrungen in der Radioarbeit machen bzw. dass mehr Menschen Inhalte produzieren und von den „Routiniers“ ausgebildet werden, um SpezialistInnentum zu vermeiden. (siehe ebd.: 46) Wesentlich zum Selbstverständnis der Freien Radios trug der „Baukasten zu einer Theorie der Medien“ von Hans Magnus Enzensberger (1997) bei. Seine Analyse/Kritik wird zum Ausgangspunkt für die Praxis- und Theoriebasis der Freien Radios Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre. (vgl. Kleinsteuber 2012: 46)

Enzensberger entwirft in seiner Medienkritik ein Modell des emanzipativen – im Gegensatz zum repressiven –Mediengebrauchs. Darin plädiert er für a) dezentralisierte statt zentral gesteuerte Programme, b) die Möglichkeit, dass alle EmpfängerInnen potenzielle SenderInnen sind, c) die Mobilisierung des Publikums, d) die Interaktion mit den TeilnehmerInnen statt der passiven KonsumentInnenhaltung, e) dynamische politische Prozesse durch das Radio und zwar gegen die weitreichende Entpolitisierung, f) die kollektive Produktion statt der Produktion durch Spezialisten und g) für die gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation statt der Kontrolle durch EigentümerInnen oder BürokratInnen. (vgl. Enzensberger 1997) Ausgehend von der Emanzipationsthese, nach der Medienarbeit und Mediennutzung selbstermächtigende Prozesse sind, sind freie Radios vor allem für marginalisierter Gruppen offen, die auf das Angebot einer Radioausbildung innerhalb der freien Radios zurückgreifen können. Johanna Dorer erkennt in der gemeinsamen Medienarbeit und journalistischen Ausbildung selbstermächtigendes Potenzial für jene SprecherInnen, die in der deliberativen Öffentlichkeit kaum Zugang haben.

Marginalisierte Gruppen eine eigene Plattform zur Verfügung zu stellen, ist eine jener Aufgaben Freier Radios, die Identitätsarbeit, aber auch Empowerment ermöglichen. Der Erwerb journalistischer Kompetenzen, die Möglichkeit, eigene Meinungen öffentlich zu artikulieren und zu diskutieren, die Zusammenarbeit mit anderen SendungsmacherInnen, die Aneignung neuer Inhalte und Erfahrungen führen zu einem neuen Selbstbewusstsein und ermächtigen zu neuen gesellschaftspolitischen Selbstpositionierungen. (Dorer 2014)

Husband (2005) sieht in der Medienexpertise der marginalisierten Gruppen vielmehr eine Chance für Mainstream-Medien: „A diverse media training environment, including contested values and the expectation of ‘engaged’ partisan practice, would be a potential corrective to the stasis of much contemporary media practice. The majority ethnic media system has remained remarkably impervious to intellectual critiques of their routine practice.” (ebd.: 477) Selbstreflexive Prozesse könnten auch das Verhältnis der *majority ethnic media* zu Mehrsprachigkeit verändern: Immerhin sinkt der Anteil der mehrsprachigen Sendungen im österreichischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. (vgl. Busch 2004) Im Gegensatz dazu steigt der Anteil der mehrsprachigen Sendungen bei Freien Radios in Österreich. 30 Prozent des moderierten Programms wird nicht ausschließlich in deutscher Sprache gesendet. (Dorer 2014; Peissl et al. 2010b; Peissl et al. 2010a)

Freie Radios sind in Bezug auf die Frage der Mehrsprachigkeit ein alternatives Feld für *politics of voice*: SprecherInnen und Publikum können sich trotz Sprachbarrieren, Akzente oder mehrsprachiger Inhalte an den Gebrauchswert der eigenen Erfahrungen orientieren und Gegenöffentlichkeiten allein durch migrantische Sprachen oder Dialekte herstellen. Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen eine solche Praxis auf die innergesellschaftlichen Konflikte haben. Worin liegen die sozialen Veränderungen? „Der wertschätzende Umgang Freier Radios mit Mehrsprachigkeit fördert ihre gesellschaftliche Akzeptanz und kann zum Austausch über Sprachgrenzen hinweg ebenso beitragen wie zum Ausbau des sprachlichen Repertoires der beteiligten Produzenten/-innen und Hörer/-innen.“ (Peissl et al. 2010b: 116) Einerseits tragen Freie Radios zu mehr symbolischem Kapital, mehr Anerkennung für Mehrsprachigkeit bzw. migrantische Sprachen, Dialekte oder Akzente bei. Andererseits finden durch die neuen strukturellen Bedingungen nach der Einführung der ICTs auch Veränderungen innerhalb der Freien Radios statt.

Der Weg vom „PiratInnenradio“ zu *public-value*-Debatte lässt sich angesichts der Transformation der Medienlandschaft deuten. Durch die politische Bedeutung und Ökonomie der ICTs und die damit einhergehende Verlagerung des gesellschaftlichen Protestes auf die *social media* positionieren sich Freie Radios neu:

Während die Public Value Debatte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk primär unter Legitimationsdruck bringt, öffnet sie für den zugangsoffenen dritten Rundfunksektor Perspektiven im Sinne einer Neubewertung seiner Medienleistungen im öffentlichen Interesse. Als Grundlage dieser Neubewertung bedarf es einer breiten Definition von Public Value, die sich an den Bedürfnissen aktiver BürgerInnen in der demokratischen Gesellschaft sowie an den allgemeinen Menschenrechten als Wertgrundlage orientiert. (Peissl 2011: 258)

Die Freien Radios orientieren sich aufgrund der neuen Bedingungen im Medienfeld neu. Im Gegensatz zur agonistischen Tradition oder zur eigenen Geschichte, die eher auf das Verständnis von

„radikalen Medien“¹⁶ (Downing 2001: v) zurückgreift, beziehen sich Freie Radios verstärkt auf die Tugenden der deliberativen Öffentlichkeit: Dialog bzw. die „Diskussionsrunde“ stehen als Konzepte stärker im Mittelpunkt als die Metapher des „bunten Protestmarsches“ der agonistischen Tradition. Aus der Makroperspektive findet eine Verschiebung statt: Die Freien Radios übernehmen Verantwortung für jene gesellschaftlichen Aufgaben, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgrund der zunehmenden Kommerzialisierung und Konkurrenz am Medienmarkt nicht mehr wahrnimmt. Die öffentliche Finanzierung von Medienleistungen wird durch diese Verschiebungen neu verhandelt werden müssen.

In den aktuellen Analysen der neuen/alten Medienleistungen der Freien Radios spielt Mehrsprachigkeit weiterhin eine zentrale Rolle: „Public Value besteht grundsätzlich aus den Aktivitäten und gesellschaftlichen Rollen in lokalen und regionalen Zusammenhängen bei der:

- Organisation von medialer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe,
- Förderung von Mehrsprachigkeit sowie von kultureller und sprachlicher Vielfalt,
- Erweiterung der Meinungsvielfalt“. (Peissl 2011: 261)

Beim Übergang von Sprache zu „Stimme“ spielt der Umgang mit migrantischer Mehrsprachigkeit eine zentrale Rolle. Die der Mehrsprachigkeit zu Verfügung stehenden medialen Räume tragen dazu bei, dass auch Erfahrungen, Identitäten und marginalisierte soziale Positionen politisch relevant werden. Trotzdem reichen Konzepte des *living in harmony* nicht aus, um der Legitimation von Ungleichheit durch hegemoniale Diskurse entgegenzuwirken. Die politische Positionierung der Freien Radios wird weiterhin wesentlich für die „Autorisierung“ der marginalisierten Stimmen (Mohanty 1989) bleiben. Genau genommen geht es nur zum Teil um das pluralistische Verständnis von *voices*:

Similarly, the point is not simply that one should have a voice; the more crucial question concerns the sort of voice one comes to have as the result of one's location—both as an individual and as part of collectives. [...] I think the important point is that it be an active, oppositional, and collective voice. (ebd.: 208)

Die Kollektivierung der Stimmen setzt gemeinsame Räume wie auch eine Infrastruktur wie soziale Bewegungen voraus. Auch Projekte wie ESPRIS, Medien etc. können als Form einer Infrastruktur zur Kollektivierung der Stimmen beitragen. In der Öffentlichkeit sind kollektive Formen des Widerstands effizienter als individuelle Aktionen: „Resistance lies in self-conscious engagement with

¹⁶ „By radical media, I refer to media, generally small-scale and in many different forms, that express an alternative vision to hegemonic policies, priorities, and perspectives“ (Downing 2001: v)

dominant, normative discourses and representations and in the active creation of oppositional analytic and cultural spaces. Resistance that is random and isolated is clearly not as effective as that which is mobilized through systematic politicized practices [...]“ (Mohanty 1989: 185)

Linguizismus ist ein Konzept, das widerständige Strategien produziert. ESPRIS liefert eine Reihe von Daten, die darauf hinweisen. Offen bleibt auch im Rahmen von ESPRIS weiterhin die Frage der Kollektivierung und der Infrastruktur dafür.

5 DAS FELD UND DIE EMPIRISCHE FORSCHUNG

5.1 Das Feld

Gegenstand der Dissertation ist die sozialwissenschaftliche Reflexion über das partizipativ angelegte Projekt „Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut“ (ESPRIS)¹⁷, das im Kontext migrantischer und regionaler Mehrsprachigkeit zwischen Februar 2012 und September 2014 im Bezirk Gmunden im Salzkammergut stattfand. Finanziert wurde ESPRIS vom European Social Fonds (ESF) und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) im Rahmen der Ausschreibung des Maßnahmenbereichs „Lebensbegleitendes Lernen in der Erwachsenenbildung“. Das Konzept für die Projekteinreichung entstand im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft, die die Institutionen Community/Medien/Institut (COMMIT), Bildungszentrum Salzkammergut (BIS), das Freie Radio Salzkammergut (FRS) und das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (IPKW) der Universität Wien bildeten. Während die ProjektpartnerInnen entsprechend den Regeln und dem Selbstverständnis der jeweiligen Organisation vorgingen, koordinierte BIS die Zusammenarbeit.

In Zusammenhang mit den Vorgaben der Fördergeber verfolgte ESPRIS eine Reihe von Zielen. Das zentrale Ziel war, die Entwicklung und Adaption von innovativen Sprachlernangeboten für die Region. Um dieses Ziel zu erreichen, entstanden im Rahmen von ESPRIS Lernpartnerschaften und Radiosendungen: In den Tandems lehrten und lernten die TeilnehmerInnen die jeweils Erstsprache oder eine Zweitsprache. Im Radio ging es um die redaktionelle Betreuung und Moderation von Sendungen zum Thema „Mehrsprachigkeit“ mit Sprachlernelementen. Als weitere Ziele wurden angegeben: a) die Erweiterung des gesellschaftlichen und politischen Handlungsspielraums für MigrantInnen im Sinne des *Community Developments*, b) die Erweiterung der interkulturellen Kompetenz, c) die Unterstützung der Medienkompetenz, d) das Stärken von Antirassismus, e) die Schaffung neuer Lernorte durch das Einbinden von Kommunen und f) die Begleitung durch wissenschaftliche ExpertInnen. (vgl. Erwachsenenbildung - Bundesministerium für Bildung 2012)

ESPRIS war eine Intervention im integrationspolitischen Imperativ, indem es die Realitäten der Migrationsgesellschaft als Ausgangspunkt nahm, um partizipative Sprachlernaktionen und Medienarbeit abseits von staatlichen Zwängen zu erproben. Gleichzeitig war ESPRIS kein „rein“ partizipatives Projekt (siehe dazu ausführlicher Kapitel 6). ESPRIS verfolgte Ziele, die sich an den Vorgaben der Ausschreibung orientierten, die Umsetzung war von den Fördergebern maßgeblich be-

¹⁷ Ein Steckbrief mit weiteren Infos zu ESPRIS ist im Anhang verfügbar.

stimmt, sodass beispielsweise nur bestimmte Organisationsformen als ProjektpartnerInnen möglich waren. Neben vielen größeren und kleineren Top-Down-Entscheidungen setzte ESPRIS auch eine Reihe von Bottom-Up-Anliegen, die von früheren Projekten bekannt waren, um. Dabei ging es einerseits um praktische Probleme beim Sprachenlernen (eingeschränkte Mobilität, wenige Ressourcen für Kursbesuche, kein ausreichendes Kursangebot etc.). Andererseits ging es um gesellschaftliche Probleme: MigrantInnen hatten kaum Netzwerke in der Region und damit weniger Chancen auf Informationen, Arbeitsplätze etc. Das Konzept von ESPRIS berücksichtigte diese Problemstellungen und machte Angebote für die TeilnehmerInnen, aber auch für die lokale Öffentlichkeit. Das zentrale Interesse war, mit emanzipativen Methoden kritische Perspektiven im Umgang mit Mehrsprachigkeit und Migration zu unterstützen. Die hier skizzierten Bedingungen und Inhalte, Einschränkungen und Chancen rund um die Entwicklung und Umsetzung von ESPRIS bestimmten auch das Feld der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung.

ESPRIS war als partizipatives Projekt angelegt. Aufgrund der (extern vorgegebenen) Projektlogik verband es partizipativ und nicht-partizipativ getroffene Entscheidungen. Gefragt war daher ein begleitendes Forschungskonzept, das kollektive Praxis und die Interventionen in die politische Realität des Integrationsparadigmas ermöglichte. Der Prozess war so angelegt, dass fachwissenschaftliche, methodologische und methodische Expertise in die konkrete Realisierung des ESPRIS-Ablaufs eingebunden wurde. Während des Projektes führte ich mit ESPRIS-TeilnehmerInnen problemzentrierte Einzel- und Gruppeninterviews sowie ExpertInneninterviews durch. Die kollektiv erarbeiteten Ergebnisse und Interpretationen in Verbindung mit Zwischenanalysen der geführten Interviews, die Erfahrungen des Teams und der Forscherin als Teil des Teams mit dem laufenden Projekt sowie die Erkenntnisse aus der Literaturarbeit flossen wiederum in die Planung weiterer Projektschritte ein.

Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung im Rahmen von ESPRIS unterschied sich von der üblichen Logik drittmittelfinanzierter Forschungsprojekte. Das Forschungsziel der Begleitforschung war nicht die Evaluation der partizipativen Aktionen, sondern die (Selbst-)Reflexion über die Prozesse im Rahmen von ESPRIS sowie die Kollektivierung der kritischen und oppositionellen Stimmen in der regionalen Migrationsgesellschaft. Die Auseinandersetzung mit hegemonialen Diskursen in Forschung und Gesellschaft im theoretischen Teil stellte sich die Frage, welche theoretischen Perspektiven selbstermächtigende und emanzipative Anliegen überhaupt ermöglichen. Die Theorieentwicklung im Themenfeld Medien, Mehrsprachigkeit und Öffentlichkeit der Dissertation liefert dazu die entsprechenden Grundlagen.

Der empirischen Arbeit gingen – im Sinne der *Grounded Theory*: „Theory is the basis for social action“ (Strauss/Corbin 1998: 11) – die bereits angesprochenen theoretischen Analysen voraus, die sich mit den Feldern Medien, Migration und Mehrsprachigkeit einerseits und mit methodologischen Fragen (besonders in Bezug auf Partizipation) andererseits beschäftigten. Die Problematisierung der Wissensproduktion in der Migrationsgesellschaft, die theoriebezogene Krise in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung in Bezug auf die Migrationsfrage und die Verschränkung der Themenfelder Medien, Mehrsprachigkeit und Öffentlichkeit aus der Perspektive von *voice* ergeben das theoretische Feld meiner Dissertation. Ein zentrales Thema der Untersuchung waren die unterschiedlichen Machtverhältnisse, unter denen sich die TeilnehmerInnen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen begegneten. Fragen für die Theoriearbeit und das methodische Vorgehen ergaben sich aus dem Anspruch, emanzipatorische Prozesse zu erkennen und zu unterstützen. Neben der Untersuchung der gesellschaftlichen Bedingungen war es Ziel der Literaturarbeit, einen theoretischen Blick zu entwickeln, der im Sinne partizipativer Forschung die Akteurinnen, ihr Wirken und ihre Anliegen in den Vordergrund rückt. Der theoretische Zugang zu Mehrsprachigkeit bezog sich auf den Linguizismus, das pädagogische Verhältnis in der Migrationsgesellschaft und auf „Sprachenregimes“ (Busch 2009: 131f.). Das Konzept der Sprachenregime war für die Verknüpfung von Medien und Mehrsprachigkeit wichtig, weil es uns ermöglicht, Strukturen, Sprachideologien und Praktiken zusammenzudenken. Daraus ergibt sich ein Verständnis für Mehrsprachigkeit, die nicht ethnisiert, sondern sozial gedeutet wird.

Eine Besonderheit der Begleitforschung war meine Position bzw. Rolle als Forscherin und zugleich Mitglied des Projektteams. Einerseits stellte ich wie alle ESPRIS-PartnerInnen meine Expertise über Mehrsprachigkeit, Medien, kritischer Migrationsforschung und Anti/Rassismus zur Verfügung, um ESPRIS und dessen Ziele auf gesellschaftspolitischer und wissenschaftlicher Ebene sowie auch auf der konkreten regionalen Ebene zu kontextualisieren. In den ESPRIS-PartnerInnen-Treffen wurde ein Raum dafür geschaffen, die spezifischen Herausforderungen und Rahmenbedingungen des Projekts zu diskutieren, zu reflektieren und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln, die es im Projektverlauf immer wieder anzupassen galt. Andererseits generierte ich im Rahmen der Begleitforschung Wissen, das Prozesse innerhalb von ESPRIS kritisch hinterfragte. Diese Aspekte wurden teilweise in Treffen mit den ESPRIS-TeilnehmerInnen und mit dem ESPRIS-Team reflektiert. Erste Interpretationen der geführten Interviews wurden ebenso besprochen.

Die folgenden Kapitel geben Einblick in die Methodologie, die angewendeten Methoden und in die Auswertungsmethode. Der empirische Teil setzt sich im Kapitel 6 fort mit der Auseinandersetzung über der Methodologie der Partizipation. Ich hinterfrage darin die theoretischen Möglichkeiten, durch partizipative Projekte selbstermächtigende Prozesse zu unterstützen und zu sozialen

Veränderungen beizutragen. Der nächste Schritt bezieht sich auf die ExpertInneninterviews. Ausgehend von *scaling-processes* setze ich mich den sozialräumlichen Aspekten von ESPRIS, Mehrsprachigkeit und Linguizismus auseinander. Zum Abschluss diskutiere ich die Ergebnisse der Interpretation, indem ich zentrale Kategorien des Datenmaterials vorstelle. In der Conclusio fasse ich die theoretischen und empirischen Ergebnisse der Dissertation zusammen.

5.2 Methodologie

Die empirische Forschung dieser Dissertation ordnet sich methodologisch in das interpretative Paradigma ein. Sie generiert – zum Teil in kollektiven Prozessen gemeinsam mit den ESPRIS-TeilnehmerInnen erarbeitetes – praktisches Verständnis sowie theoretisches Wissen über die Mehrsprachigkeit in der Region um Gmunden, in der ESPRIS stattfand. Die Perspektive der MigrantInnen steht dabei im Vordergrund. Als Methoden der Datenerhebung werden qualitative Interviews (problemzentrierte Einzel- und Gruppeninterviews, ExpertInneninterviews) eingesetzt, die Interpretation der Daten basiert auf der *Grounded Theory*. Eine Sozialraumanalyse untersucht die regionalen Kontexte für die ESPRIS-TeilnehmerInnen.

Das Interesse der Migrationsforschung an methodologischen Fragen zeigt sich unter anderem an sozialwissenschaftliche Konferenzen zu „multicultural and intercultural research methodology“ oder „qualitative migration research“. Wichtige Topoi der Auseinandersetzung sind nach wie vor sowohl die Sichtweise der „container societies“ als auch Fragen rund um „social science fluidism“ (Strasser 2003). Ebenso relevant für die Sozialwissenschaften ist weiterhin die Bedeutung der „Nation“ einerseits als unhinterfragte Analyseeinheit und andererseits als relevante Kategorie für die Formulierung von Gerechtigkeitsansprüchen, Zugehörigkeit, Identitäten, Solidaritäten im Alltag und in der Politik. Einer der meistrezipierten Texte, der den wissenschaftlichen Nationalismus hinterfragt, ist „Methodological Nationalism and Beyond“ von Andreas Wimmer und Nina Glick Schiller (2002). Den AutorInnen zufolge ist eine der methodologischen Schlüsselfragen der Sozialforschung die Reflexion der Nationalstaat-Dimension (siehe Kapitel 2.5). Die Auseinandersetzung mit dem methodologischen Nationalismus ist disziplinübergreifend. Auch in der Kommunikationswissenschaft führt die Kritik am methodologischen Nationalismus zu einem *paradigm shift* (Sinclair/Cunningham 2000), der vor allem das *transnational paradigm* eingeleitet hat. In einem Projekt mit regionalem Fokus wird diese methodologische Grundlage erleichtert: Die Analyseeinheit ist nicht ein Nationalstaat, sondern die regionale Migrationsgesellschaft, die sich durch MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen konstituiert.

Das qualitative Konzept stellt auch eine Herausforderung für die theoretische Ausgangsposition dar: Auf der einen Seite versucht meine Arbeit, die unterschiedlichen strukturellen Positionen der MigrantInnen und der Mehrsprachigkeit im lokalen, nationalstaatlichen und geopolitischen Raum zu verorten. Eine methodologische Frage ist, ob qualitative Daten überhaupt zur Rekonstruktion von strukturellen Positionen geeignet sind. (siehe auch Weiss 2005) Auf der anderen Seite haben, wie Uwe Flick (2004b) anmerkt, große Theorien ihre Effizienz und Überzeugungskraft in einer stark differenzierten Welt verloren, während analytisches Vorgehen eingegrenzt auf Raum, Zeit und situative Deutungsmuster deutlich an Relevanz gewann.

ESPRIS weist eine Schnittmenge aus partizipativen und nicht-partizipativen Bausteinen und Aktionen auf. Das Projekt verbindet Bildungs- und Medienarbeit mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen, deren Relevanz durch das Aktionsfeld der lokalen Institutionen bzw. AkteurInnen und der kollektiven Wissensproduktion generiert wurde. Die partizipative Einbindung der ESPRIS-TeilnehmerInnen in die Begleitforschung und Wissensgenerierung zielt auf die gemeinsame Analyse sozialer Strukturen und Verhältnisse, die die AkteurInnen durch ihr Handeln im sozialen Feld ändern und neu schaffen. Die soziale Wirksamkeit der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Erkenntnisse sind grundlegende epistemologische Ansprüche.

Partizipative Elemente wurden im Rahmen der qualitativen Interviews sowie in öffentlichen Vorträgen und Diskussionen in das Top-Down-Forschungskonzept eingebaut. Bei der Analyse der Interviews stand das Wissen der befragten TeilnehmerInnen und ExpertInnen im Vordergrund. Die TeilnehmerInnen wurden dazu eingeladen, bei der Interpretation des Datenmaterials sowie in Diskussionen mitzuwirken. Das generierte Wissen stammt daher zum Teil aus kollektiven Interpretationsgruppen und wurde im Laufe des Projekts in Workshops zur Diskussion gestellt. Aufgrund der ESPRIS charakterisierenden externen Gegebenheiten (siehe Kapitel 5.1), die das Umsetzen von Ansprüchen der partizipativen Forschung auf unterschiedlichen Ebenen einschränkten, sowie der Forschungslogik selbst, trifft die folgende Definition der Aktionsforschung nur teilweise auf ESPRIS und die Begleitforschung zu (siehe dazu die ausführliche Auseinandersetzung mit der Methodologie der Partizipation in Kapitel 6):

Action research aims to bring together theory, method, and practice as people work collaboratively towards practical outcomes and new forms of understanding. At its core, action research is about challenging and unsettling entrenched and sometimes invisible power arrangements and mechanisms that are enacted in everyday relationships, organizational and economic structures, cultural and institutional practices, large and small (Reason/Bradbury 2008; zit. nach Frisby/Maguire/Reid 2009: 13)

Die generierten Daten werden mit dem Ansatz der *Grounded Theory* analysiert. *Grounded Theory* wird als methodologische Möglichkeit gesehen, Ziele der sozialen Gerechtigkeit in der empirischen Sozialforschung zu verfolgen. Sie ermöglicht uns die soziale Realität der AkteurInnen, Hierarchien usw. aus einer lokalen und situativen Perspektive offenzulegen. (Charmaz 2005) Abgesehen von den Werkzeugen, die uns *Grounded Theory* für Prozesse des Verstehens an die Hand gibt, verlangen kritische AutorInnen, dass sie mehr dafür genutzt werden soll, die Welt zu verändern (Pratter 2014): „There must be a commitment to transforming the institutions, machineries, and practices of research. GTs' concerns for data, basic underlying social processes, and causal narratives may not accord with the pressing social justice concerns of indigenous persons.“ (Denzin 2010: 298) Norman Denzin (ebd.) plädiert für das Weiterdenken der *Grounded Theory*, um sich von der Ideologie der Ordnung zu verabschieden. *Performative Grounded Theory* – so Denzin (ebd.: 302) „sees disorder and unruliness where others see patterns, processes, and interconnections. This focus on disorder and illusion is intended to illuminate the arbitrary and unjust, the unfair practices that operate in daily life.“

Anders als in den langjährig und umfangreich geführten Auseinandersetzungen mit dem interpretativen und nomologischen Paradigma in den Sozialwissenschaften sieht Gerard Delanty (1997) einen der Gründe für eine Krise der Sozialwissenschaften in der Relevanz dieser Forschung für die Gesellschaft. Er bezieht sich dabei auf das Dilemma bzw. Selbstverständnis der sozialwissenschaftlichen Forschung, gesellschaftliche Prozesse zu beschreiben, ohne bzw. mit dem Anspruch sie zu verändern: Welche Verantwortung hat sozialwissenschaftliche Forschung, wie positionieren sich ForscherInnen in Bezug auf ihre Forschungsfragen, ihr Forschungsfeld und ihre Forschungsergebnisse? Die gesellschaftliche Relevanz ist eine Prämisse der sozialwissenschaftlichen Arbeit. In diesem Projekt wurde Relevanz auch durch das Aktionsfeld der lokalen Institutionen bzw. AkteurInnen und der kollektiven Wissensproduktion generiert. Die Ergebnisse zur Frage nach dem emanzipativen Gehalt der Lernpartnerschaften und der mehrsprachigen Medienpraxis sind auf der Ebene von ESPRIS sowohl für die TeilnehmerInnen und die lokalen AkteurInnen sowie die regionale politische Öffentlichkeit im Sinne einer Intervention in die politischen Realität des Integrationsparadigmas relevant.

5.3 Methoden

Die empirische Forschung arbeitet bei der Datenerhebung mit der Methode leitfadengestützter qualitativer Interviews. Neben ExpertInneninterviews werden die Daten mit problemzentrierten Interviews (Lamnek 2005; Froschauer/Lueger 2003) sowohl in Form von Gruppen- als auch als

Einzelinterviews erhoben. Die Leitfäden schufen einen strukturierten Rahmen, die Interviews wurden allerdings sehr offen und reflexiv geführt: Die TeilnehmerInnen brachten neue Themen ein.¹⁸ Neben zahlreichen informellen Gesprächen wurden 21 qualitative Interviews für die Interpretation herangezogen.

Gruppeninterviews bieten einen zusätzlichen Weg, um „Hintergründe von Meinungen, Ansichten oder Handlungsweisen aufzudecken“ (Krotz 2003: 254). Laut Berichten aus der Praxis der Kommunikationsforschung mit Gruppeninterviews lässt sich mit dieser Methode ein breites Spektrum an subjektiven Bedeutungszuweisungen, an Erfahrungen und Meinungen explorieren (vgl. Huber 2006a: 36): „Die Befragten schienen zudem daran interessiert zu sein, wie andere Diskussionsteilnehmer zu dem Diskussionsgegenstand stehen, und haben dadurch verstärkt – in Abgrenzung oder Übereinstimmung zu anderen – von ihren eigenen Erfahrungen und Bewertungen berichtet.“ (ebd.) Gleichzeitig räumt Nathalie Huber (2006) ein, dass Aussagen über die DiskussionsteilnehmerInnen als Einzelfällen nur bedingt möglich sind, weil Aussagen über deren persönlichen Alltag und ihre Lebenswelt verschlossen bleiben.

Die Grounded Theory ist mit ihren Werkzeugen des ständigen Vergleichens, dem iterativen Vorgehen und theoretischen Sampling eine leitende Perspektive des Forschungsprozesses. Die Arbeit mit diesem Ansatz begründet die Verwendung einer große Bandbreite von methodischen Instrumenten der Analyse, die der Unterschiedlichkeit der Forschungsfragen und der Heterogenität des Forschungsfeldes entspricht: „in a ‘Grounded Theory’ paradigm the researcher is not limited to one set of data“ (Weiss 2005: 7).

Eine weitere methodologische Absicht ist, die Prozesse zwischen sozialen AkteurInnen, Medien- und Lerninstitutionen und sozialen Strukturen in der Region, aber auch im geopolitischen Kontext zu verstehen und trotz (bzw. in) ihrer Komplexität sichtbar zu machen. Mein Konzept wird daher von einer Sozialraumanalyse ergänzt. Aufgrund der regionalen Wirksamkeit von ESPRIS setze ich mich mit den sozialräumlichen Bedingungen auseinander. Um an die theoretische Arbeit anzuschließen, beschäftige ich mich mit *processes of scaling*. Dabei handelt es sich um ein analytisches Konzept, das sowohl geopolitische als auch nationale und lokale Aspekte berücksichtigt.

¹⁸ In Absprache mit den ProjektpartnerInnen modifizierte ich das ursprüngliche Forschungsdesign entsprechend den gegebenen regionalen Gegebenheiten. Die Methode der Gruppeninterviews mit ESPRIS-TeilnehmerInnen wurde um Einzelinterviews ergänzt. Der geplante Kreis der zu interviewenden Personen wurde erweitert: Das ursprüngliche Ziel, ausschließlich mit Frauen zu arbeiten, konnte aufgrund der zu bildenden Sprachlern-Tandems als Lernpartnerschaften und der Mobilitätsprobleme der Migrantinnen in der Region (das öffentliche Verkehrsnetz ist im Vergleich zu urbanen Wohngebieten nur wenig ausgebaut) nicht umgesetzt werden.

5.3.1 ExpertInneninterviews

Ausgehend von Recherchen in Medienarchiven und der Auseinandersetzung mit den Mediendiskursen zu Mehrsprachigkeit und Migration in der Region wurden sieben offene, leitfadenorientierte Interviews mit ExpertInnen durchgeführt, die in der Region in den Bereichen Medien, Integration und Migration aktiv tätig sind. Diese Interviews wurden zu explorativen Zwecken der Felderschließung eingesetzt. Sie lieferten wichtiges Kontextwissen über die regionalen Bedingungen, innerhalb derer die Radioarbeit und die Lernpartnerschaften stattfanden.

Dass regionale Institutionen in den ExpertInneninterviews vertreten waren, war ein zentrales Kriterium für die Auswahl der Befragten. Sechs der Interviews wurden mit institutionellen AkteurInnen aus Bildungs- und Medieneinrichtungen geführt, eines mit einer Person aus der Lokalpolitik. Sechs Interviews waren Einzelinterviews, eines ein Gruppeninterview.

Im Unterschied zu anderen Formen des offenen Interviews bildet bei ExpertInneninterviews **nicht** die Gesamtperson den Gegenstand der Analyse, d.h. die Person mit ihren Orientierungen und Einstellungen im Kontext des individuellen oder kollektiven Lebenszusammenhangs. Der Kontext, um den es hier geht, ist ein organisatorischer oder institutioneller Zusammenhang, der mit dem Lebenszusammenhang der darin agierenden Personen gerade nicht identisch ist und in dem sie nur einen „Faktor“ darstellen. (Meuser/Nagel 1991: 442, H.i.O.)

Meuser und Nagel (2009a) folgend, stand bei den ExpertInneninterviews im Unterschied zu anderen im Rahmen des Projektes durchgeführten Interviews die interviewte Person in ihrer Rolle als Repräsentantin einer Organisation, eines Vereins, einer Entwicklungsstelle oder eines politischen Amtes in der Region im Mittelpunkt. „Expertin“ ist in diesem Sinne ein relationaler Status. (Meuser/Nagel 1991: 443) Das thematisch begrenzte Interesse fokussiert die Herausarbeitung geteilter bzw. ungeteilter Wissensbestände, Deutungs- und Interpretationsmuster sowie der je spezifischen Relevanzsetzungen der ExpertInnen. Die relativ offene Interviewführung ermöglichte ihnen, den Interviewverlauf mit zu strukturieren und ihrer Sicht auf den Gegenstand der Analyse entsprechenden Raum zu geben. Die thematische Vergleichbarkeit der einzelnen Interviews ist die Grundlage dafür, in der Analyse Ähnlichkeiten, Unterschieden, Überlappungen und Komplementaritäten in den Aussagen über die Region im Allgemeinen zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurden die transkribierten Einzelinterviews thematisch untersucht und inhaltlich mit Hilfe der Konstruktion von Überschriften geordnet, um in einem zweiten Schritt nach den vergleichbaren Themen und Passagen der Einzelinterviews zu suchen, sie zu kategorisieren und zu interpretieren.

Die ExpertInnen repräsentieren „eine zur Zielgruppe komplementäre Handlungseinheit, und die Interviews haben die Aufgabe, Informationen über die Kontextbedingungen des Handelns der Zielgruppe zu liefern. [...] Allgemein geht es bei diesem Untersuchungstyp darum, die von den

ExpertInnen ausgehenden ‚außerbetrieblichen‘ Effekte und Normierungen als Kontextbedingungen zu bestimmen.“ (Meuser/Nagel 2009b: 45f.) Die Auswertung zeigte, dass die ExpertInnen zum Teil ähnliche Wissensbezüge haben wie auch ähnliche Ziele in Hinblick auf die Entwicklung der Region im Bereich Migration und Integration verfolgen, obwohl sie gleichzeitig aus unterschiedlichen Perspektiven und Interessenspositionen sprechen. Dieses Ergebnis lässt darauf schließen, dass die stark von Tourismus geprägte Region eine auf die regionalpolitische Sichtweise auf Migration, Integration und Mehrsprachigkeit recht einheitliche Sichtweise vertritt. Die Ergebnisse der ExpertInneninterviews fließen vor allem in der Sozialraumanalyse im Kapitel 7 ein.

Zu den ExpertInneninterviews selbst ist zu sagen, dass die Diskursverläufe wie auch das Fragen nach dem jeweiligen Kontext- bzw. Betriebswissen insgesamt offen, die Reaktionen der ExpertInnen vertrauensvoll und entgegenkommend waren. Eines der sieben ExpertInneninterviews war allerdings durch Misstrauen geprägt und ist paradigmatisch für die Verweigerung in einem qualitativen Interview. Die Expertin enthielt sich bei mehreren Fragen der Antwort mit dem Hinweis, dass sie für die Beantwortung dieser Frage nicht zuständig sei, sondern ihre Vorgesetzte. Der Widerspruch lag hier darin, dass ihre Vorgesetzte sie als die Expertin für diese Fragestellungen empfohlen hat.

5.3.2 Problemzentrierte Einzel- und Gruppeninterviews

Gruppeninterviews bieten einen Weg, um sich über Erfahrungen, Meinungen und Handlungsweisen kollektiv zu verständigen und auszutauschen. „Gruppendiskussionen eignen sich vor allem dazu, marginalisierten und ansonsten wenig berücksichtigten Stimmen in ihrer Diversität Raum zu geben, sodass mehrere unterschiedliche Perspektiven während des Gesprächs entfaltet werden können.“ (vgl. Morgan 1996, zit. nach; Dorostkar 2013) Aussagen über die einzelnen InterviewteilnehmerInnen sind jedoch nur bedingt möglich, weil ihr Alltag und ihre Lebenswelt, ihre subjektiven Bedeutungszuweisungen aufgrund des Forschungsinteresses zum Teil nur in Ausschnitten im Forschungsprozess – im Gegensatz zum Beispiel zu ethnographischen Forschungsdesigns mit teilnehmender Beobachtung – thematisiert werden konnten. Dazu kommt, dass die Gruppendynamik Einfluss auf die Inhalte nimmt.

Die Interpretation von Analyseergebnissen der mit den ESPRIS-TeilnehmerInnen geführten Gruppen- und Einzelinterviews erfolgte im Gegensatz zu den ExpertInneninterviews teilweise in Gruppen, die sich aus unterschiedlichen ExpertInnen aus dem Feld der Migration und Mehrsprachigkeit zusammensetzten. Eine dieser Interpretationsgruppen waren selbst ESPRIS-TeilnehmerInnen. Die Grundlage dieser Interpretation bildeten die Transkripte aller Interviews. Aufgrund des Um-

fangs der Transkripte wählte ich spezifische Passagen im Vorfeld aus, die sequenziell Schritt für Schritt gemeinsam analysiert wurden. Die protokollierten Lesarten und Interpretationen bildeten die Grundlage der finalen Auswertung durch mich.

Themen der Interviews waren Antagonismen in der Region, Fragen der Repräsentation, die sozialen Kämpfe rund um Mehrsprachigkeit und gegen Linguizismus. Für einen Teil der Nicht-MigrantInnen stellten die Treffen im Rahmen der Begleitforschung mitunter eine Quelle der Verunsicherung dar. In manchen Gruppeninterviews gab es Verhandlungen und Kämpfe darüber, wer über die Region sprechen darf und was darüber zu erzählen ist bzw. gesagt werden darf. Es gab ein Interesse daran, den Interviewprozess zu kontrollieren bzw. in der Gruppe die politische Position der jeweiligen VertreterIn der regionalen Interessen einzunehmen. Vor allem Nicht-MigrantInnen eigneten sich eine Repräsentationsfunktion während der Interviews an, um den Bezirk Gmunden oder die lokale Integrationspolitik positiv zu vertreten. Sie dürften befürchtet haben, dass die Ergebnisse der Interviews ein schlechtes Licht auf die Region werfen.

Die Strategien, den Interviewprozess zu kontrollieren, waren unterschiedlich. Einerseits wurden die migrantischen SprecherInnen an ihre Pflichten erinnert, „tüchtig“ zu sein und „gut“ Deutsch zu lernen. Andererseits wurden sie an den Dankbarkeitsdiskurs erinnert, was Organisationen in der Region bereits für manche MigrantInnen getan haben. Eine dritte Strategie war, anhand der eigenen Erfolgsgeschichte, den persönlichen Willen, das „unternehmerische Ich“, die positive Lebenseinstellung in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Abweichende Antworten von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen führten zu kontroversiellen Gesprächen, die sowohl Konflikte wie auch gemeinsame Positionen produzierten. Gleichzeitig war es deutlich, dass in manchen Gruppeninterviews Moderationsstrategien und Interventionen notwendig waren, damit auch die Stimmen von MigrantInnen bzw. von nicht-wohlhabenden oder weniger gutausgebildeten Frauen ihren Raum bekommen.

5.4 Die Interpretation mit Grounded Theory

Der Interpretationsprozess basierte auf der Grounded Theory und ihren Methoden des iterativen Konzepts, des ständigen Vergleichens und theoretischen Samplings. Die Interpretation der transkribierten Interviews fand teils in Gruppen und teils in Einzelarbeit statt. An den Interpretationsgruppen nahmen ProjektmitarbeiterInnen und ExpertInnen aus für ESPRIS und für die Begleitforschung relevanten Bereichen (BasisbildungsexpertInnen, MedienarbeiterInnen und MigrationsforscherInnen) teil, wie auch MigrantInnen, die an den Interviews beteiligt waren bzw. selbst in-

interviewt wurden. Für die Interpretationsgruppen mit externen ExpertInnen wurden die Befragten anonymisiert.

Im Rahmen der Diskussionen während der Interpretationen ging es bei immer wieder um die Rolle der Interpretierenden. In den Gruppeninterpretationen haben die Interpretierenden versucht, über den jeweiligen sozialen Ort der an den Interpretationen beteiligten Personen zu reflektieren und die Themen und Ergebnisse dieser Reflexionen in Verbindung mit den gestellten Fragen in die Analyse mit einzubeziehen: "The interpreter, the interpretation, and the objects of interpretation are embedded in milieus, history, and communities of interpretation. Thus analysis should take into account, and reconstruct, the symbolic 'whole' of human forms of action, orientation, and knowledge." (Maiwald 2005: 10) Die Entscheidung für die Interpretation in Gruppen leitete sich daraus ab, dass Interpretation kein objektiver, neutraler Prozess ist: „Interpretation is always performative, a performance event involving actors, purposes, scripts, stories, stages, and interactions. Performance is an act of intervention, a method of resistance, a form of criticism, and a way of revealing agency and presence in the world.“ (Denzin 2010: 301)

Der Forschungsweg der empirisch begründeten Theoriebildung bedeutet die Auseinandersetzung mit dem stets wandelbaren Verlauf der Forschung, die sogenannte „striking fluidity“ in der Grounded Theory:

[...] they [AG: the researchers] embrace the interaction of multiple actors, and because they emphasize temporality and process, they [...] have a striking fluidity. They call for exploration of each new situation to see if they fit, how they might fit, and how they might not fit. They demand an openness of the researcher, based on the 'forever' provisional character of every theory" (Strauss/Corbin 1997: 279)

Die prozessorientierte Forschung, unterstützt durch die methodischen Werkzeuge des theoretischen Samplings und der theoretischen Sättigung sind die Kernelemente dieses Ansatzes. Hinzu kommt die *theoretische Sensibilität* im Forschungsfeld. Im Gegensatz zu früheren Adaptionen und Lesarten der Grounded Theory verwerfen Anselm Strauss und Juliet Corbin (1997: 42-43) den Anspruch, das Forschungsfeld ohne wissenschaftliche vorthoretische Kenntnisse oder persönliche Erfahrungen im thematischen Zusammenhang zu betreten. Der Begriff der theoretischen Sensibilität war nie von bereits angeeignetem theoretischem Wissen befreit. (Strübing 2004; Kelle 1994) Der Anspruch der Grounded Theory hingegen – so (Kelle 1994) – ist der differenzierte Zugang zu diesem Wissen während des Forschungsprozesses. Der Umfang und die Auswahl der Fälle wird durch die „analytischen Fragen“ (Strübing 2004: 29), die sich im Laufe des Forschungsprozesses ergeben, geleitet.

Für die Strukturierung der Datenanalyse wird das Konzept des *coding paradigms*, wie es von Strauss und Corbin (1997) entwickelt wurde, angewandt:

It [AG: coding paradigm] consists of four items, namely „conditions‘, „interaction among the actors“, „strategies and tactics“ and „consequences“, which can be used explicitly or implicitly to structure the data and to clarify relations between codes. This coding paradigm can be especially helpful during „axial coding“ which „consists of intense analysis done around one category at time in terms of the paradigm items“ (Strauss 1987: 32)

Das benutzerfreundliche Konzept des *coding paradigms* ist hier entscheidend. Dennoch sollte die Analyse des Datenmaterials durch den systematischen Vergleich der Ergebnisse auf Basis von unterschiedlichen theoretischen Konzepten erfolgen, um ein „inductivist self-misunderstanding“, wie Udo Kelle (2005) formuliert, zu vermeiden. Die wissenssoziologisch-hermeneutische Analyse der qualitativen Interviews sollte es ferner möglich machen, die Sinnstrukturen der InterviewpartnerInnen in ihren alltäglichen Konzepten zu erfassen.

Sowohl in den Einzelinterviews als auch in Gruppeninterviews stellt sich das Problem des Gedächtnisses, wie Huber (2006b: 37) in Bezug auf die Mediennutzungsforschung schreibt: „Hauptproblem bei der Durchführung von Leitfadeninterviews ist unumstritten das Gedächtnis der Befragten, da sich insbesondere habitualisiertes Handeln, dem die Mediennutzung zuzuordnen ist, nur bedingt sich in der Erinnerung manifestiert.“ Als eine weitere Fehlerquelle in Befragungen gilt, dass parallel dazu die Befragten sich in ihren Antworten mitunter bewusst abgrenzen und/oder an sozial erwünschten Mustern anpassen. Biographische Erzählungen neigen zudem dazu, die „Widersprüchlichkeit und auch Unübersichtlichkeit der Lebensführung zu linearisieren“ (Fuchs-Heinritz 2000: 278, zit. nach Huber 2006: 38) Aufgrund des „Bruchs“ in der Lebensführung durch die Migration lassen sich allerdings die Widersprüchlichkeiten der Migrationserfahrungen durch die Interviewten schwieriger unter einen gemeinsamen Nenner bringen. Zu erwarten ist zudem, dass der gesellschaftliche Konsens darüber, „was sozial anerkannt und vernünftig ist“ (ebd.), weniger ausschlaggebend für die Relevanzstrukturen von MigrantInnen sein dürfte, da sich Lebensstile, Werte und habitualisierte Handlungen aus einem umfangreicheren Sinn-Repertoire als jenem eines einzigen „nationalen“ oder lokalen Raumes beziehen.

5.5 Öffentliche Diskussion der Ergebnisse und feedback der teilnehmerInnen

Parallel zu den Treffen im Rahmen der Interviews und der Interpretation des Datenmaterials gab es Reflexionstreffen und Workshops, in denen auch Raum für Diskussionen mit den ESPRIS-

TeilnehmerInnen über die Begleitforschung gegeben wurde. Zwei von diesen Workshops fanden im Laufe des Projekts mit der jeweiligen ESPRIS-TeilnehmerInnengruppe statt (es gab zwei Durchläufe der Lernpartnerschaften von ESPRIS mit zwei zum Teil verschiedenen TeilnehmerInnengruppen).

Zwei weitere Workshops zum Dissertationsprojekt wurden bei der zweitägigen Abschlussveranstaltung am 10. April 2015 – an der auch zahlreiche ESPRIS-TeilnehmerInnen mitgewirkt haben – durchgeführt, um das generierte Wissen einem breiten interessierten Publikum, das zum großen Teil aktiv bei der Gestaltung der Inhalte beteiligt war, zu Diskussion zu stellen. Das Thema war „Mehrsprachigkeit und Emanzipation – Gesellschaftlicher Rahmen, theoretischer Zugang und ESPRIS“. Diese Workshops waren eine Möglichkeit, ausgewählte Interviewausschnitte gemeinsam mit TeilnehmerInnen, MedienpraktikerInnen, BasisbilderInnen etc. zu diskutieren. Im Rahmen der Diskussion gab es unterschiedliche Positionen, über die die Workshop-TeilnehmerInnen diskutiert und verhandelt haben. Konfliktpunkte waren beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Lernen von Sprachen „als Hobby“ oder „als Zwang“. Entlang dieser Punkte gab es unterschiedliche Positionierungen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, die Thema der Diskussion waren.

Ein weiterer Workshop am zweiten Tag der Abschlussveranstaltung am 11. April 2015 beschäftigte sich mit theoretischen Grundlagen zu Migrationsgesellschaft und politischen Anliegen für die regionale Arbeit im Radio. Dieser Workshop knüpfte an den Themen der ersten zwei Workshops an. Mit dem Thema „Mehrsprachigkeit als ‚Ressource‘? Neoliberale Worte und migrantisches Sprechen“ haben die TeilnehmerInnen und ich das Spannungsfeld zwischen Selbst- und Fremdbestimmung ausgelotet. In der Diskussion haben wir uns mit Themen wie Strategien innerhalb des neoliberalen Rahmens und das hegemoniale Hören in der Migrationsgesellschaft auseinandergesetzt.

Forschungsergebnisse flossen auch in ein Sprachenquiz ein, an dem das gesamte Publikum der Abschlussveranstaltung teilgenommen hat. Bei diesem gemeinsam mit dem Freien Radio Salzkammergut (FRS) produzierten Sprachenquiz haben das Radioteam und ich Ausschnitte aus den Interviews wie auch Aspekte/Fragen zu Sprachen in der Migrationsgesellschaft mit Ton, Texten und Bildern in ein Quiz verwandelt.

6 DIE METHODOLOGIE DER PARTIZIPATION – PARTIZIPATIVE ELEMENTE UND REFLEXION IM RAHMEN VON ESPRIS

Die Intimität von Wissenschaft und Migrationspolitik führt dazu, dass nationalstaatlich-zentrierte wie auch populistische Anliegen teilweise als legitime Forschungsfragen aufgegriffen werden. (siehe als Beispiel dafür Esser 2006) Bei prominenten Fällen bzw. wenn sich der Verdacht in der Öffentlichkeit erhärtet, dass Politik und Wissenschaft im Rahmen von Auftragsforschung eng zusammenarbeiten um antimigrantische Wahlkampfkampagnen mit „objektivem“ Wissen zu begründen, werden Kommissionen herangezogen, die die wissenschaftsethischen Aspekte der Studie begutachten.¹⁹ Zudem versteht sich Auftragsforschung, die in direkter Abhängigkeit zu politischen AkteurInnen steht, häufig als Politikberatung. (Hadj-Abdou 2007) Das enge Verhältnis von Wissenschaft und Politik führt einerseits dazu, dass Forschung „politisch“ wird und Kritik an politischen Praktiken formuliert. Andererseits sieht Wissenschaft ihre Aufgabe in der „Versachlichung“ der Diskussion, wofür sie zahlreiches Datenmaterial produziert und verfügbar macht.

Damit setzt sich das Lernen von „unten“ als hegemoniale Herrschaftskompetenz fort. Am Beispiel des Integrationsimperativs lassen sich die politischen und wissenschaftlichen Dynamiken dieser Kompetenz deutlich erkennen. (siehe Kapitel 3 und Kapitel 4) Kritische Migrationsforschung setzt dort an, indem sie die Gewalt von Herrschaftsstrukturen sichtbar bzw. das Lernen von „oben“ zugänglich für die Kämpfe der Migration macht. Dabei geht es um soziale Realität abseits von vorgegebenen national-staatlichen Rahmen.

Die Wissensproduktion rund um das Thema „Migration“ ist ein umkämpftes Gebiet, das Kräfteverhältnis zwischen den AkteurInnen unbehaglich. Die Bildungseinrichtungen der Mehrheitsgesellschaft, aber auch die Mainstream-Medien bauen auf eine umfassende Legitimationsinfrastruktur für das eigens produzierte Wissen auf. Migrant_innen gelten in diesem Rahmen als AgentInnen des „Unwissens“. Damit wird ein pädagogisches Verhältnis postkolonial fortgesetzt bzw. erneut begründet. Gegen dieses politische Spektrum vernetzen sich Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, um kritische Perspektiven zu entwickeln und mit antirassistischen Praktiken zu intervenieren. Einerseits gelingt das durch mehr Aktivismus in der Wissenschaft. Andererseits formiert sich Widerstand durch das intervenieren von AktivistInnen in die Forschung. (vgl. Gouma/Springler 2013)

Partizipative Forschung ist ein sozialwissenschaftlicher Zugang, der gesellschaftliche Praxis mit theoretischem Wissen verbindet und auf soziale Veränderung im Lokalen bzw. in den teilneh-

¹⁹ Ein aktueller Fall stellt die sogenannte „Kindergartenstudie“, der aufgrund der in der Stadtzeitung Falter publizierten Dokumenten entgegen den Kriterien der Wissenschaftlichkeit der direkte Einfluss des Außenministeriums bei antimuslimischen Formulierungen vorgeworfen wird.

menden Gruppen setzt. Die Begleitforschung „Von Stimme zu Sprache – Mehrsprachigkeit und (mediale) Räume für emanzipative Strategien“ wie auch dem Gesamtprojekt ESPRIS war ein Anliegen, die Möglichkeiten der Partizipation auszuloten und MigrantInnen als Wissende zu involvieren. ESPRIS ist zum Teil aus dem Wissen entstanden, das im Rahmen von Vorprojekten mit Migrantinnen in der Region generiert wurde. Gleichzeitig waren ESPRIS und die dazugehörigen Teilprojekte an die strukturellen Bedingungen der ESF-Politik gebunden. Ebenso waren die ProjektteilnehmerInnen konfrontiert mit der Migrationspolitik wie auch das politische Klima. Durch diesen organisatorisch-strukturellen Rahmen und die darin zugrundeliegenden Projektlogik konnte ESPRIS neben partizipativen Aspekten, punktuellen Interventionen und gegenhegemonialen Anliegen die top-down-Dynamik und die Hierarchisierungen weder beseitigen noch verändern.

Mit strukturellen Rahmen meine ich einerseits, dass es meistens spezialisierte Formen der Organisation, Ressourcen, Netzwerke wie auch ein hegemoniales Wissen bedarf, um Projektideen im Rahmen der ESF-Ausschreibungen zu finanzieren und umzusetzen. Dieses Wissen wie auch die erforderliche Infrastruktur dazu sind institutionell verankert und somit nicht allen zugänglich. Informelle Gruppen haben demnach geringere Chancen, Finanzmittel für Projekte zu Medienarbeit und Mehrsprachigkeit zu beanspruchen. Hinzu kommt, dass die zahlenmäßig meistens überschaubaren MigrantInnengruppen im ländlichen Bereich eher in national-staatlichen Kultur- oder Sport-Communities als in übergreifenden MigrantInnen-Vereinen organisiert sind. Dadurch werden soziale wie auch wissenschaftliche Projekte vor allem von ExpertInnen und von institutionellen AkteurInnen der Mehrheitsgesellschaft umgesetzt und „gemanagt“. Obwohl bei der Beschäftigung in projektfinanzierten Zusammenhängen im sozialen Bereich sich um befristete und häufig auch um prekäre Erwerbsbedingungen handelt, gibt es vor allem in ländlichen Regionen ausreichend Konkurrenz für die zu vergebenen Arbeitsplätze. Autochtone haben durch ihre über Jahre ausgebauten Netzwerke und kulturelles Wissen bessere Chancen als Allochtone in diesen kompetitiven Beschäftigungsfeldern angefragt zu werden.

Andererseits geht es bei den Rahmenbedingungen von ESPRIS um ein vertieftes Wissen über die regionalen Dynamiken, Anliegen und Missstände. Für die Umsetzung von partizipativen Projektaktionen geht es nicht nur um methodische und theoretische Kenntnisse, sondern auch um das Erfahrungswissen, über das lokale AkteurInnen und Institutionen vor Ort verfügen. An dieses Wissen konnte die ESPRIS-Begleitforschung „Von Sprache zu Stimme – Mehrsprachigkeit und (mediale) Räume für emanzipative Strategien“ durch die PartnerInnen-Treffen, informelle Diskussionen, aber auch durch Medienbeobachtung und durch die Interviews anknüpfen.

Parallel dazu sind weitere Aspekte relevant für die partizipative Umsetzung innerhalb eines Projekts. Erstens, geht es darum, dass es zu wenig Erfahrungswissen über Partizipation in der Forschung an sich gibt. Im stark hierarchisierten Feld der Akademia sind partizipative Zugänge eher „exotische“ Prozesse. Der *shifting Ground* auf dem partizipative Forschung aufbaut, widerspricht dem wissenschaftlichen wie auch technokratischen Wunsch nach stark kontrollierten Verfahren. MigrantInnen-Organisationen oder lokale AkteurInnen haben erhebliches Wissen, Netzwerke wie auch die Strukturen, die zwischen den Anliegen und den Regeln des akademischen Felds vermitteln. Partizipative Forschung erfordert also nicht nur theoretische und methodische Innovationen, sondern auch Formen der Organisation, die lange vor der tatsächlichen Projektausschreibung feststehen.

Als weiteren Aspekt betrachte ich die Unmöglichkeit, die gesellschaftlichen Bedingungen innerhalb eines Forschungsprojekts zu ignorieren, sich außerhalb dessen zu bewegen. Allein die Tatsache, dass die am Projekt beteiligten MigrantInnen mit unterschiedlichen Rechten ausgestattet waren, veränderte die Bedeutung von Partizipation maßgeblich.

We, as researchers or scholars of migration, are indeed “of the connections” between migrants’ transnational mobilities and the political, legal, and borderpolicing regimes that seek to orchestrate, regiment, and manage their energies. We are “of” these connections because there is no “outside” or analytical position beyond them. There is no neutral ground. The momentum of the struggle itself compels us, one way or the other, to “take a side”. Indeed the larger juridical regimes of citizenship, denizenship, and alienage configure us to be alwaysalready located within the nexus of inequalities that are at stake in these conflicts. Investigating and producing knowledge about these struggles merely implicates us further, more directly, more immediately. (De Genova 2013: 252)

Nicholas De Genova (2013) beschäftigt sich mit den Anforderungen, die die Migrationsforschung ihren AkteurInnen stellt, ohne die Frage der eigenen Biographie und sozialen Position zu berücksichtigen. Seine Perspektive geht davon aus, dass es unabhängig von den eigenen Erfahrungen und Biographien keine Position „außerhalb“ der Verhältnisse gibt. (ebd.: 252) Er schlägt vor der nationalen Konstruktion „Migrantin“ zu widerstehen, da wenn es keine Grenzen gegeben hätte, gäbe es auch keine MigrantInnen. (ebd.: 253) Beide Perspektiven sind politische Zugänge, die Solidaritäten mit theoretischer Arbeit verknüpfen.

Mit Ausgangspunkt diese Überlegungen setze ich mich an dieser Stelle mit den Ambivalenzen der Forschung und der Projektarbeit zwischen Partizipation und hegemoniale Praxis auseinander. Diese Ambivalenzen sind – da die Arbeit mit MigrantInnen-Gruppen ein Feld ist, das eng mit biographischen Erlebnissen und Forschungserfahrungen verknüpft ist – nahe an der sozialen Realität der Migrationsgesellschaft. Einerseits ist die Reflexion mit der eigenen Biographie „Migrantin“ in

vielerlei Hinsicht Teil der täglichen Auseinandersetzung mit sich und mit der Migrationsgesellschaft. Sprache bzw. Mehrsprachigkeit ist ein gutes Beispiel dafür: Das Arbeiten, Lesen, Schreiben und Sprechen in der zweiten Sprache zählt zu den prägenden migrantischen Erfahrungen des Alltags. Die Beziehung zu Medien als Platzanweiser in den Hierarchien der Migrationsgesellschaft ebenfalls. (Gouma 2010a)

Das Projekt ESPRIS fand in dem politischen Spannungsfeld der „Integrationskurse“ und der „Festung Europa“ statt. ESPRIS war eine Intervention, die abseits von paternalistischen oder antimigrantischen Konzepten, selbstermächtigende Konzepte für lokale AkteurInnen vorschlug. Partizipative Aspekte waren in diesem Zusammenhang stark gefragt. Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung im Rahmen von ESPRIS setzt sich daher mit der Frage auseinander, welche Bedingungen und welches Wissen partizipative Interventionen ermöglichen/herausfordern.

6.1 Partizipation im Vorfeld von ESPRIS

Das Wissen des Bildungszentrum Salzkammergut (BIS) war zentral für die Entwicklung von ESPRIS. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Migration bzw. mit den Anliegen der MigrantInnen in der Region startete im BIS-Projektbereich im Jahr 2008 mit dem Projekt MIA.

[...] Im Rahmen des Projekts MIA führte das BIS eine Umfrage bei 100 Migrantinnen aus der Region durch, um sich deren Arbeits- und Lebensbiografien anzusehen. Mehr Anerkennung und bessere Angebote im Bereich der Deutschsprachförderung waren die größten Anliegen der Migrantinnen. Gemeinsam mit den Erfahrungen aus dem Deutschkurs, wurde klar, dass die Migrantinnen hochmotiviert sind, Deutsch zu lernen, es jedoch an Möglichkeiten fehlte, die deutsche Sprache auch im Alltag anzuwenden, weil die Kontakte fehlten. (Neuhold 2014)

Institutionelle AkteurInnen wie das BIS oder Universitäten sind durch die Nachfrage an ExpertInnen im Migrationsbereich und den darauffolgenden Projektausschreibungen direkt angesprochen. Durch die Problematisierung von Migration entsteht auch ein Arbeitsmarkt bzw. eine Industrie im Bereich der Migrationsprojekte. Daraus ergeben sich viele zum Teil prekäre Arbeitsmöglichkeiten für Menschen, die in diesen Institutionen eingebunden sind. Die Partizipation der MigrantInnen ist durch die Arbeitsmarktbedingungen und die mangelnden Netzwerke in diesen Institutionen meistens auf die Rolle der Interviewees beschränkt. Trotzdem konnten die Ergebnisse von MIA als ein kollektives Anliegen von Migrantinnen aufgegriffen werden und

Als Helmut Peissl [Commit] auf einen Call aufmerksam machte, der alternative Sprachenlernen im Salzkammergut zum Inhalt hatte, konnte die Idee einer langjährigen Deutschtrainerin des BIS, Tandem-Lernkurse anzubieten, aufgegriffen und in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die Trainerin hatte in den 80er Jahren in Spanien selbst Erfahrung mit dieser Lernform

gesammelt. Neue Lernformen und selbst gesteuerte Varianten sollten nun zum Einsatz kommen. Vordergründiges Ziel war es, Personen mit und ohne Migrationserfahrung zusammenzubringen. Dabei war der selbstbestimmter Zugang der Lernenden und die Kontaktmöglichkeiten am wichtigsten. Der emanzipative Anspruch des Projekts wird darin gesehen, dass Personen nicht mehr extra nach Wels oder anderen Städten fahren müssen, um Arabisch- oder Türkischkurse zu belegen. Für MigrantInnen ergeben sich neben der Möglichkeit Kontakte zu knüpfen, auch Chancen, Dialekt zu lernen sowie die Art und Inhalte des Lernens stärker selbst zu bestimmen. (ebd.)

Mit den Methoden und Fragestellungen versuchten die ProjektpartnerInnen eine Richtung anzuschlagen, um später ein gestärktes Forschungskonzept entwickeln zu können, das auf kollektive Praxis zielt, das Theorie und Methodologie zusammendenkt. Im Rahmen der Begleitforschung stellte sich die Frage, wie können ForscherInnen und TeilnehmerInnen gemeinsam arbeiten, um problematische Verhältnisse zu verstehen und Aktionen zu setzen, die die Situation der TeilnehmerInnen verbessern. (Kindon/Pain/Kesby 2007: 1) Ziel des Forschungspraxis, der gemeinsamen Treffen und Reflexionsgespräche war daher auch Räume anzudenken, die in einem weiteren Schritt die Selbstorganisation der TeilnehmerInnen ermöglichen und die zu sozialen Veränderungen angesichts der erhobenen Anliegen beitragen.

6.2 Partizipation als methodologisches Konzept

Action research aims to bring together theory, method, and practice as people work collaboratively towards practical outcomes and new forms of understanding. At its core, action research is about challenging and unsettling entrenched and sometimes invisible power arrangements and mechanisms that are enacted in everyday relationships, organizational and economic structures, cultural and institutional practices, large and small (Reason/Bradbury 2008; c.f. Frisby/Maguire/Reid 2009: 13)

Partizipative Forschung – auch Aktionsforschung²⁰ genannt – ist ein Forschungszugang, der Sozialwissenschaft mit dem Anspruch der gesellschaftlichen Praxis verbindet und auf soziale Veränderung im Lokalen bzw. in den teilnehmenden Gruppen setzt. Die Bezeichnung wird unterschiedlich variiert. Viele ForscherInnen sprechen von partizipativer Forschung oder partizipativer Aktionsforschung (Cahill 2007; Collins 2011; Hague/Thiara/Turner 2011; Khan/Bawani/Aziz 2013; Kindon/Pain/Kesby 2007), andere von Kritischer Aktionsforschung (Carpenter/Cooper 2009). Gemeinsam haben die unterschiedlichen Bezeichnungen das Interesse an der Überbrückung von Hierarchien in der Wissensproduktion und in der wissenschaftlichen Praxis. Als ein partizipativer Forschungsprozess ist Aktionsforschung involviert darin, Machtasymmetrien zu benennen, struk-

²⁰ Die Begriffe „Partizipative Forschung“ und Aktionsforschung werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

turelle Ungleichheiten zu bekämpfen und hegemoniale Diskurse zu hinterfragen. Die Befürwortenden der partizipativen Aktionsforschung nutzen das Konzept daher, um die hierarchischen Beziehungen innerhalb des Forschungsprozesses zu hinterfragen.

Yoland Wadsworth (1998) geht vor allem auf drei hierarchisierte Bedeutungspaare ein: Die Hierarchien zwischen Forschung und Praxis, die Hierarchien zwischen „Forschenden“ und „Beforschten“ und die Hierarchien zwischen TeilnehmerInnen und weitere AkteurInnen aufgrund der Frage, wer von einem Forschungsprojekt profitieren darf oder kann. Der Umgang der partizipativen Forschung mit diesen Fragen löst bei vielen ForscherInnen eine Reihe von emanzipativen Versprechen durch Forschung ein. Partizipative Forschung bedeutet auch deshalb für viele PraktikerInnen, die Veränderungen innerhalb der traditionellen empirischen Sozialforschung vorantreiben, „viable, vital alternatives to the exclusionary domains of academic research“ (Cahill 2007: 269)

Die Methoden der empirischen Sozialforschung sind häufig Gegenstand von Kontroversen und Kritik. Bereits der Positivismusstreit zeigte die Gegensätze wie auch die politische Bedeutung des Forschens auf. Die Kritik an einer „imperialen“ Sozialforschung, die seitens der AkteurInnen der partizipativen Aktionsforschung formuliert wird, bezieht sich ebenfalls auf die umfassende Kritik an die Rolle der Wissenschaft und insbesondere der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft. Die Geschichte der partizipativen Forschung gründet auf Bedenken rund um „moralische und politische Themen“ (Noffke 1994: 12) in Wissenschaft und Gesellschaft: „Action-oriented research is one way to address this crisis by making a connection between social science knowledge production and its potential public role.“ (Small/Uttal 2005: 937)

Partizipative Forschung setzt sich mit den theoretischen wie auch praktischen Bedingungen ein, in denen Forschung in der Gesellschaft stattfindet, auseinander. Martin Nicolaus (1968) bewirkte mit seiner Rede, bei der er die Bezeichnung „Fat-Cat Sociology“ einführte, dass eine Reihe von Bewegungen innerhalb der Sozialwissenschaften sich mit seiner Kritik identifizierten und die Anliegen einer kritischen selbstreflexiven Wissensproduktion forcierten:

The corporate rulers of this society would not be spending as much money as they do for knowledge, if knowledge did not confer power. So far, sociologists have been schlepping this knowledge that confers power along a one-way chain, taking knowledge from the people, giving knowledge to the rulers. (ebd.)

Unter anderem gilt die Kritik, die Nicolaus hier formuliert auch dem Objektivitätsaxiom und Positivismus der traditionellen überwiegend männlichen Sozialforschung. Aufgrund der Rolle, die Migration in den aktuellen Problematisierungen (Foucault 1983b) der Gesellschaft spielt, sind diese Überlegungen für die Migrationsforschung zentral. Eine Reihe von Analysen hinterfragt beispiels-

weise die Rolle der Forschung bei der Legitimierung des Konzepts des „Migrationsmanagements“. (Perchinig 2003; Georgi 2009; Georgi/Wagner 2009)

Partizipative Forschung greift somit auf ein theoretisches Konzept zurück, das aus der intensiven Kritik an der hegemonialen Wissensproduktion und unhinterfragten Machtverhältnissen in der Forschung und Gesellschaft entstanden ist. Als eine Konsequenz zu den Missständen, die auch Nicolaus (1968) anspricht, stellt sich partizipative Forschung einer Reihe von Fragen über die Legitimation eines Forschungsvorhabens, seiner Ziele und Ergebnisse vor allem in Bezug auf die beteiligten Personen. Durch den Schwerpunkt auf die Arbeit mit den TeilnehmerInnen wurde partizipative Forschung zu einem Mittel für *locals* – wie ambivalent diese Bezeichnung auch sein mag – bzw. für AkteurInnen, die bereits in politischen Prozessen involviert sind und damit einen starken Zugang/wenig Distanz zum Feld und zu weiteren AkteurInnen haben. Das Fokussieren der Aktionsforschung, auf „unsichtbare“ oder „naturalisierte“ Machtverhältnisse macht sie zudem nicht nur für die Migrationsforschung relevant, sondern war schon seit je für viele politische Projekte in der Wissenschaft von großer Bedeutung. Dazu zählen vor allem die feministische Kritik, die Kritische Pädagogik wie auch die Sozialgeographie und Entwicklungsforschung.

Aktionsforschung findet zwar auch in westlichen Kontexten statt, verbreitet ist sie jedoch in den sogenannten *global south*: „The method is much used in the majority non-Western world, sometimes referred to as the Global South, and has become popular as action-oriented research in the West too.“ (Hague/Thiara/Turner 2011: 552) In Europa verstehen wir Aktionsforschung in der Denktradition der Militanten Untersuchungen. (Garelli/Tazzioli 2013; Knittler 2013; Malo de Molina 2011; Leichter 1932)

Glenda Garelli und Martina Tazzioli sehen den Unterschied zwischen Aktionsforschung und Militante Untersuchungen in Zusammenhang mit Migration in der Vereinnahmung des Begriffs „Aktionsforschung“ in der akademischen Welt. Gleichzeitig steht der Begriff der „Militant Research“ in der Genealogie der italienischen „conricerca“ und der lateinamerikanischen und spanischen „investigación militante“. (vgl. Garelli/Tazzioli 2013: 246) Während die Aktionsforschung einst als marginalisierte Forschungsmethode startete und sich dann mehr und mehr zu eine Alternative für viele ForscherInnen entwickelte, bleiben die Militanten Untersuchungen weiterhin stärker aktivistischen Kontexten verbunden und sind weniger verbreitet in akademischen Zusammenhängen.

Mit der Bezeichnung Community Based Participatory Research (CBPR) machte eine parallele Form der Aktionsforschung ebenfalls akademische Karriere. Entstanden aus ähnlichen Beweggründen und Zusammenhängen wie die Aktionsforschung fand CBPR breite Anwendung in bestimmten

Themenfelder z. B. vor allem im medizinischen Präventionsbereich. Ähnlich orientiert definiert CBPR ihre Ziele nach dem Konzept der Aktionsforschung:

[...] to break down the distinction between the researchers and the researched, the subjects and objects of knowledge production by the participation of the people-for-themselves in the process of gaining and creating knowledge. In the process, research is seen not only as a process of creating knowledge, but simultaneously, as education and development of consciousness, and of mobilization for action. (Gaventa 1988: 19)

Die Diskussion rund um den Umgang der Aktionsforschung mit asymmetrischen Machtverhältnissen ist umfangreich: „Participatory approaches aspire to reduce and circumvent the power relations normally involved in research and development and to take the notion of giving the marginalized a voice to new levels by facilitating their involvement in the design, implementation, and outcomes of programs.“ (Kesby 2005: 2037) Die Partizipation von „insiders“ und „outsiders“ in Forschungsprozessen spielt eine zentrale Rolle in der Literatur, um den Umgang partizipativer Forschung mit Machtverhältnissen zu vermitteln und verständlich zu machen. Parallel zum partizipativen Charakter steht das Konzept der Aktionsforschung für selbst-emanzipativen Prozesse und dafür, Machtasymmetrien zu hinterfragen. Aktionsforschung wird demnach als das Zusammendenken von Partizipation und kritischer Prozesse der Emanzipation verstanden, wie wir sie in der kritischen Pädagogik antreffen. Es geht darum, dass alle teilnehmende AkteurInnen, ob ForscherInnen oder *locals*, den Forschungsprozess als einen Rahmen gestalten, um ihre Lebensverhältnisse zu analysieren und zu verändern. (vgl. Chambers 1997)

6.3 Partizipative Forschung als soziale Bewegung

„Efforts to explore the history of action research still have many avenues left to explore. We have but touched the surface in understanding its multiple origins and their implications for current manifestations.“ (Noffke 1994: 12) Die Entstehung und Entwicklung der Aktionsforschung nimmt ihren Ausgang nicht nur in den politischen Anliegen rund um Verknüpfung von Wissenschaft und Gesellschaft: „‘Reading’ the history of action research, for example, in the documents of people mostly based in universities adds little to our understanding of what teachers hoped to gain from their involvement in action research.“ (ebd.) Die Akademisierung des Zugangs trug dazu bei, dass die Erfahrungen der ForscherInnen dominant in der Auseinandersetzung damit sind. Susan Noffke (ebd.) schreibt darüber, dass „Action research does not ‚belong‘ to the educational world alone“ (ebd.: 17). Umgemünzt auf das akademische Feld bedeutet das, dass die Aktionsforschung auch nicht der akademischen Welt gehört, obwohl sie in dieser Welt große Aufmerksamkeit in der aktuellen Zeit findet.

Das Feld der Erwachsenenbildung in der Community-Arbeit, war das in dem die Aktionsforschung ihren Ausgang genommen hat. (siehe dazu Glassman/Erdem/Bartholomew 2013) Ursprünglich wurde daher die partizipative Forschung als „Lehrer-Forschung“ (Newman 2000) bekannt. Die Aktionsforschung setzte sich als Methode der kritischen Wissensproduktion in der Erwachsenenbildung durch. (Somekh/Zeichner 2009; Atweh/Kemmis/Weeks 1998; Carr/Kemmis 1986) Die Verbindung von Aktionsforschung und Kritische Pädagogik zeichnete sich auch deshalb schon früh ab.

Der Bildungszusammenhang war in ESPRIS durch die Lernpartnerschaften zentral. Pädagogische Prozesse bedeuten stets politische Prozesse. (Denzin 2010: 301) Durch das „Integrationsimperativ“ und die politischen Konflikte innerhalb der Migrationsgesellschaft sind „Sprachkurse“ wie auch „Wertekurse“ für MigrantInnen stark politisierte Konzepte.

Durch die theoretische Schnittmenge mit der Kritischen Pädagogik bezieht sich partizipative Forschung oft auf Paulo Freire (1970), obwohl er selbst nicht mit diesem Begriff gearbeitet hat. Seine Positionen sind trotzdem eng mit der Entwicklung der partizipativen Forschung verbunden. Dabei geht es vor allem um Freire's Arbeit bei der methodologischen und theoretischen Entwicklung rund um sein Konzept *consientização*. (Cahill 2007) Die kritische pädagogische Praxis von Freire fokussierte auf das Bewusstwerden einerseits des eigenen Handelns und andererseits der strukturellen Bedingungen: „[Freire] transforms the notion of research from a datagathering strategy into a post-formal, consciousness raising, transforming pedagogical technique.“ (Kincheloe 1993: 177)

Die Fragestellungen denen sich die Aktionsforschung stellt, lassen sich zwar bis Marx, Engels und Gramsci verfolgen. (Reason/Bradbury 2008) Besondere Bedeutung erlangte jedoch die partizipative Aktionsforschung bei den Sozialbewegungen in Südamerika. (ebd.) Freire organisierte gemeinsam mit lokalen AkteurInnen im Rahmen seiner Alphabetisierungskurse „thematische Forschungsprojekte“ (Greenwood/Levin 1998) Seine ideologische Arbeit über soziale Veränderung durch die kollektive Praxis jener, die unterdrückt werden, sowie seine Methoden und Interventionen bilden eine Basis für viele AkteurInnen im Bereich der Aktionsforschung. Dabei geht es um den dialogischen Ansatz, der gemeinsames Forschen als Lernprozess für alle Beteiligte betrachtet. In diesem Setting werden Reflektionen über gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse möglich. (Freire 1970/2008) In Orientierung an Freire schärfte die Aktionsforschung ihre Auseinandersetzung mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Es gibt eine Reihe von Gründen weshalb Aktionsforschung und Kritische Pädagogik eng miteinander verbunden sind. Mehr als die theoretische Auseinandersetzung mit diesen Themenbereichen

bedeutet dieser Rahmen, dass es parallel zur Frage der sozialen Gerechtigkeit auch um die Frage der sozialen Veränderung geht: Das Ziel partizipativer Forschung ist im Gegensatz zu anderen Ansätzen nicht die Realität zu beschreiben, sondern sie zu verändern. (Pratt 2000) Die erste Konsequenz dieser Position ist, dass die Fragen und Ziele partizipativer Projekte in der Zusammenarbeit mit den TeilnehmerInnen formuliert werden. Der zweite Schritt ist die globalen Bedingungen der Vergesellschaftung mit den lokalen Gegebenheiten zusammenzudenken. Und der dritte Schritt ist die bisher gesetzten Aktionen, das Geschehene, zu evaluieren und neue Konzepte für die Zukunft vorzuschlagen. (ebd.)

Zu den inhärenten Zielen der Aktionsforschung zählt, das Wissen der TeilnehmerInnen zu legitimieren. Das trifft vor allem für Projekte zu, die sich mit „silenced groups“ auseinandersetzen: „Action research affirms local people as knowledgeable actors and focuses on empowering marginalized groups to take action to transform their lives – including both women and children.“ (Hague/Thiara/Turner 2011: 553) Der Forschungsprozess bietet so einen Rahmen, das Wissen, das darin mitgeteilt wird, in weiteren Prozessen der Vermittlung zu legitimieren. (Fals-Borda 1991)

Auch am Beispiel von ESPRIS zielten die Interviews darauf, migrantisches Wissen, das gesellschaftlich eine Abwertung – wie beispielsweise „Mehrsprachigkeit“ zeigt - erlebt, in dem sozialen Rahmen der Interviews zu externalisieren und für die nächsten Schritte umzusetzen. Denn die TeilnehmerInnen verfügen über umfangreiches Wissen zu ihrer Position in der Gesellschaft. Einerseits handelt es sich um theoretisches Wissen (wie z.B. Mehrsprachigkeit Migrantinnen zu den „Anderen“ der Gesellschaft macht, wie die Konfrontation um „korrektes“ Deutsch zwischen Dialekt und Deutsch-als-Zweitsprache – DaZ – besteht usw.). Andererseits handelt es sich um Erfahrungswissen, das mit der eigenen Biographie eng verknüpft ist: „[...] people – especially those who have experienced historic oppression – hold deep knowledge about their lives and experiences, and should help shape the questions, frame the interpretations’ of research [...]“ (Torre/Fine 2006: 458)

Gleichzeitig bezieht sich Aktionsforschung auf die Integration von theoretischen Überlegungen: „From the beginning, action research was to be about action and research: both practice and theory“. (Dick/Stringer/Huxham 2009: 6) Die theoretische Auseinandersetzung in der Aktionsforschung beschäftigt sich insgesamt mit der Frage, wie kann Forschung mit sozialer Veränderung verknüpft werden. Oder wie Kurt Lewin (1946: 39) es formulierte, geht es bei Aktionsforschung um „more precise theories of social change“. Das bedeutet auch, dass Aktionsforschung vorrangig auf die Teilnehmerinnen und die im Feld gesetzten Aktionen – und erst sekundär auf akademische Strategien wie die Publikation der Ergebnisse für ein akademisches Publikum – fokussiert. Damit

liegt der Schwerpunkt der partizipativen Forschung nicht nur auf die Konzeptualisierung und Umsetzung, sondern auch auf die Vermittlung und Evaluation der Forschungspraxis an die TeilnehmerInnen, an eine Reihe von interessierten AdressatInnen und an ein weiteres disperses Publikum. Partizipative Forschung ist dadurch eine Alternative gegen das Exklusionsverständnis der akademischen Welt.

Parallel zur Frage der sozialen Veränderung ist eine weitere Grundlage der Aktionsforschung die selbstreflexive Praxis. (Schön 1990; Schön 1983) Caitlin Cahill (2007) sieht Parallelen zwischen der feministischen Anliegen und dem Selbstverständnis partizipativer Forschung: „Along the same lines, participatory action research [...] practice starts with personal concerns as a basis for social theorizing.“ (ebd.: 268) Der Fokus auf selbstreflexive Aspekte führt wiederum zu einer Offenheit im Umgang mit Methoden und Prozessen. Judith Newmann (2000) geht davon aus, dass es so viele Varianten gibt, die Praxis in einer Studie umzusetzen, wie es auch PraktikerInnen gibt. Daher: „There is no one ‘right’ way of doing action research, of being a teacher researcher, of engaging in critical reflection. Practitioners engaging in these more open, reflective ways are inventing methodology as they go along.“ (ebd.)

Aktionsforschung ist somit ein dynamisches methodologisches Konzept, das stets durch die unterschiedlichen Projekte und Kollektive bzw. Teilnehmerinnen weiterentwickelt wird. Gemeinsam ist allen Aktionsforschung-Initiativen der Wunsch, theoretisch-analytisches Vorgehen mit Praxis/Aktion zu verbinden und die Position, dass soziale Veränderung bei der Reflexion innerhalb der verschiedenen sozialen Gruppen und Kollektive beginnt. Je nach ideologischer Perspektive wird jedoch der Umstand, dass solche Projekte den Forschungsprozess nicht rigoros kontrollieren, sondern darauf reagieren und sich verändern, als Vor- oder Nachteil bewertet. (Collins 2011) Aktionsforschung bietet jedoch durch die Transparenz im Forschungsprozess und die dialogischen Methoden bieten Möglichkeiten, Hierarchien im Forschungsprozess zu thematisieren und zu reflektieren.

6.4 Die Frage der Relevanz und politische Projekte

Die gesellschaftliche Relevanz stellt allgemein eine Prämisse wissenschaftlicher Arbeit dar. In der Aktionsforschung ist die Frage der Relevanz nicht nur generell, sondern zentral formuliert. Wie lässt sich in einem Forschungsprozess Relevanz schaffen? Auch die feministische Forschung zielt darauf ab, die Lebensbedingungen für Frauen zu verbessern, trotzdem gab es kritische Bewegun-

gen in der feministischen Wissensproduktion, die Ausschlüsse aufgezeigt haben.²¹ Einerseits geht es bei der Frage der Relevanz um die theoretische Verortung in kritischen Paradigmen oder nicht. Relevanz wird in der Aktionsforschung andererseits durch die Partizipation der TeilnehmerInnen generiert.

Partizipative Aktionsforschung z.B. aus der Perspektive der Befreiungspädagogik eignet sich damit stark für soziale Gruppe, die marginalisiert werden. Am Beispiel der feministischen Forschung wird es deutlich, dass solche Methoden Ressourcen für die TeilnehmerInnen auch in Form von neuen Subjektivierungen schafften: „It can be understood as research which results in social change in a dynamic way, and in both practical developments and new understandings/‘theory’ Which are evolved through action and reflexive practice. These progressive aspects of participatory action research chime strongly with feminist approaches and the empowerment of women.“ (Hague/Thiara/Turner 2011: 553; siehe auch Wadsworth 1998; Masters 1995) Die feministische Forschung erkannte diese Möglichkeit, Raum für eine theoriegeleitete selbstreflexive Relevanz innerhalb der Aktionsforschung zu schaffen: In den letzten 30 Jahren verzeichnete die feministische Forschung eine große Anzahl Aktionsforschungs-Projekte (Reid/Frisby 2007) mit dem Anliegen, „representative, meaningful, and liberatory“ (Frisby/Maguire/Reid 2009: 14) Beiträge in den *intersections of oppression* zu leisten.²² Aktionsforschung bot eine spannende methodische Perspektive für die Frauenbewegung und damit einen Weg für die Umsetzung vom „das Private ist politisch“ in Forschung und Praxis. (Cahill 2007)

Abhängig vom Forschungsdesign, die externen Interessen, die mit einem Projekt verbunden sind usw. kann die Frage der Relevanz sich unterschiedlich stellen. Von diesen Überlegungen ausgehend formuliert Kesby (Kesby 2005: 2041) eine zentrale Frage für die Aktionsforschung: Unabhängig von den Methoden, Forschungsdesigns usw. innerhalb partizipativer Forschung, die Privates und Nicht-diskursives zu etwas Öffentlichem und daher Diskursivem umwandeln, stellt sich die Frage, was für eine Priorität der thematische Schwerpunkt des Projekts im Leben der TeilnehmerInnen hat. In der Zusammenarbeit mit marginalisierten Gruppen wie z. B. MigrantInnen hat diese Fragestellung eine starke Relevanz. Im Gegensatz zu ForscherInnen, die Aktionsforschung mit Erwerbsarbeit verknüpfen können – sei es durch ihre Jobbeschreibungen, Drittmittelfinanzierung

²¹ Migrantinnen schließen damit an die Anliegen und die Kritik der Schwarzen Feministinnen an, die seit den 1970er Jahren Positionen abseits eines „weißen“ Feminismus verteidigen. Sie haben die Ausschlüsse, die ein Mehrheitsfeminismus produziert, aufgezeigt: Die Überschneidungen und Verstrickungen mit rassistischen Verhältnissen, Imperialismen und sozioökonomischer Macht blieben im westlichen Feminismus unberücksichtigt. Die davon betroffenen Frauen waren in der feministischen Strategie, Theoriebildung und Wissensproduktion unsichtbar.

²² Problematisiert wird jedoch bei den Autorinnen, dass das Verbinden von lokalem Wissen mit den aktuellen theoretischen Konzepten in der feministischen Theorie nicht so vorangeschritten ist, wie erwartet.

oder durch die Publikation und Präsentation der Ergebnisse als weiterer Karriereschritt – haben weitere TeilnehmerInnen häufig wenige Ressourcen, sich in den Prozessen zu beteiligen. Die ForscherInnen können die Projekte im Sinne Pierre Bourdieus „kapitalisieren“, während die TeilnehmerInnen keinen direkten „Tauschwert“ durch ihre Partizipation erreichen.

Liza Schuster (2011) berichtet von ihrem Aktionsforschungsprojekt mit afghanischen Flüchtlingen über ihr Angebot ihre Zitate in ihrem Beitrag für das Journal „Gender, Place and Culture“ zu kommentieren. Nach diesem Verständnis wurden MigrantInnen zu AdressatInnen einer Bemühung für wissenschaftliche Integrität: „An early draft of this article was posted online for members of the *Collectif* to read, and was translated into Dari and circulated to those Afghans who wished to read it. Some comments have been incorporated into the text, though very few were received.“ (ebd.: 402) Die strukturellen Ungleichheiten bei den Ressourcen innerhalb des Projekts sind von Fall zu Fall schwer aufzuheben. Auch angesichts von ESPRIS stellte sich die Frage: Was passiert mit den Erzählungen der TeilnehmerInnen über Probleme, die für sie dringender waren als die migranti-sche Mehrsprachigkeit. Wie lässt sich das Problem der Mobilität in einer ländlichen Region überwinden, wenn die TeilnehmerInnen oft den Ressourcen entbehren, um zu gemeinsamen Treffen zu kommen usw.

Die Frage der Relevanz ist daher eine ambivalente. Daher ist eine Bereitschaft im Forschungsprozess gefragt, wie Relevanz generiert werden kann. In ESPRIS entstand Relevanz aus den Gesprächen mit MigrantInnen im Vorfeld. Dabei ging es um MigrantInnen, die bereits Deutschkurse besuchten, und ihre Anliegen deponieren konnten. Das bedeutet, Personen, die aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zu Deutschkursen haben oder finden oder sich leisten können, konnten nicht im gleichen Ausmaß zur inhaltlichen Relevanzsetzung beitragen.

Partizipative Forschung ist zudem ein Konzept, das die Kämpfe der Migration in den Blick nimmt. Sie korrespondiert so mit den Anliegen der Autonomie der Migration (Bojadžijev/Karakayali 2007), die Migration als soziale Bewegung versteht: „Pedagogy of emancipation and empowerment is endorsed, a pedagogy that encourages struggles for autonomy, cultural well-being, cooperation, and collective responsibility. (Denzin 2010: 304)

Partizipative Forschung stellt eine Herausforderung dar: “This kind of self-reflexive participatory approach moves us closer to ‘truth’, but also transforms academic research into critical interventions in social, political and cultural life, with social change as the final outcome.” (Bosch 2011: 29) Wenn feministische Theorie auf Migrantinnen trifft, sind deshalb nicht nur patriarchale Machtverhältnisse von Bedeutung, sondern auch die Gewalt der Einwanderungsgesetze, struktureller Rassismus und Klassenantagonismen relevant. (Gouma 2011) Der rechtliche Status der befragten

Frauen ist zentral für die Festigung der eigenen Position in der Migrationsgesellschaft und war eine wesentliche Kategorie im Forschungsfeld.

6.5 Kritik an partizipativen Zugängen

Partizipative Forschung ist kein „Rezept“, sie ist auch kein „Heilmittel“ der Sozialwissenschaft. Die Euphorie, die mit dieser Methode in Verbindung steht, geht auf das Versprechen, durch Partizipation Machtverhältnisse innerhalb und außerhalb der Forschungspraxis zu hinterfragen und zu destabilisieren. Es verwundert nicht, dass die aktuellen Debatten und kritischen Anmerkungen zu Aktionsforschung vor allem auf die Bedeutung und Umsetzung des Begriffs „Partizipation“ fokussieren. Dabei geht es nicht, um eine Ablehnung des partizipativen Charakters der Aktionsforschung, sondern um eine geopolitische Verortung der Bedeutung von Partizipation in ungleichen Machtverhältnissen. (Cooke/Kothari 2001: 13)

Eine Reihe von ForscherInnen (Shah/Guijt 1998; Cornwall 1998) formulierten bereits die Kritik, dass allein die Verwendung des Wortes „Partizipation“ genügt, um Forschungsprojekten und Forschungspraxis eine besondere Legitimation zu verschaffen. Die Weiterführung dieser Kritik bezieht sich häufig auf das Fehlen einer Analyse über die Bedeutung des Begriffs in den zahlreichen Feldern, wo Aktionsforschung starken Einfluss nimmt, um beispielsweise mit dem Problem des Paternalismus umzugehen.

Die Problematisierung des partizipativen Charakters in der Forschung fokussiert demnach auf zwei Perspektiven. Einerseits geht es um die Rhetorik der Partizipation in der neoliberalen Ära. Andererseits werden Zugänge kritisiert, wo Partizipation als Feigenblatt für paternalistische Anliegen vorgeschoben wird. (siehe auch Cahill 2007) Ein weitere Grundlage der Kritik bezieht sich auf die Biopolitik und Gouvernementalität wie Michel Foucault (Foucault 1993; Lemke 2008) ausarbeitete: Partizipation als Teil der Biopolitik, als an sich Möglichkeit Subjektivitäten zu regieren bzw. sich selbst als solche regieren zu lassen.

Die Kritik bezieht sich damit auf die Disziplinierungsmechanismen gegenüber der Rolle der „TeilnehmerInnen“ innerhalb von Interventionen oder Forschungsprozesse als Teil der Technologien des Regierens, während Entscheidungsprozesse darüber weit hinausreichen als in einem Projekt erfassbar sind. Die Problematisierung dieser Rolle wird differenziert ausformuliert. Das soziale Script für die Figur der „TeilnehmerInnen“ in partizipativen Aktionen beschreibt Mike Kesby (2005: 2042) detailliert: „Within the bounds of a project, participants must learn to constitute themselves as equal to their peers, as part of a collective, and as self-policing agents engaged in a

rolling process of critical self-analysis.“ Was passiert also mit Menschen, die diese *skills* nicht performen können oder wollen, oder jenen die diese Bühne meiden. Uma Kothari (2001) setzt kritisch an das Zelebrieren der Partizipation und an der Subjektivität der „TeilnehmerInnen“ an. Sie hinterfragt, was die Performance innerhalb eines partizipativen Prozesses nicht beinhalten kann, indem sie davon ausgeht, dass es um eine Reduktion von sehr komplexen Lebensverhältnissen geht, die für ein externes Publikum so aufbereitet werden. (Kothari 2001)

Bill Cooke und Uma Kothari (2001) formulieren ihre Kritik aus dem Feld der Entwicklungshilfe, wo Aktionsforschung aufgrund ihres partizipativen Anspruchs intensive Verbreitung findet und als Dekolonisierungsmaßnahme gilt. Das zentrale Argument von Cooke und Kothari ist, dass BefürworterInnen des partizipativen Zugangs die Frage der asymmetrischen Machtverhältnisse in ihren Analysen vernachlässigen. Sie stellen sich die Frage, wie es sein kann, dass Partizipation für so unterschiedliche Anliegen und Agendas in der Sozialforschung halten muss. Damit deuten sie an, dass der Begriff an sich einen besonderen Zeitwert für die Legitimation von Forschungsvorhaben innehat damit und unterschiedliche Rechtfertigungsrhetoriken bedient: Weshalb partizipative Forschung Machtverhältnisse nicht unbedingt zugunsten von marginalisierten Gruppen verändert, sondern sie häufig bestärkt. Ihre Kritik geht damit viel tiefer als der Verdacht, dass die Praktiken und Theorie der partizipativen Forschung missbraucht werden, um Interessen zu verdecken. Es geht den AutorInnen nicht nur um die „seichte“ Anwendung partizipativer Forschung, sondern vielmehr darum, dass Partizipation selbst eine Macht an sich darstellt und damit stets Machtverhältnisse reproduziert. (siehe auch Kesby 2005: 2038)

Cooke und Kothari schließen sich damit an bereits antizipierte Kritik an, dass viele Forschungsprojekte im Bereich der Aktionsforschung „in the name of participation mask realities of tokenism, reinforce social hierarchies, emphasize consensus, and reproduce the dominant hegemonic agenda [...]“. (Cahill 2007: 269) Die Rede ist oft von „kosmetischer Partizipation“, die die hegemonialen Bedingungen der Wissensproduktion entweder ausschließt oder als selbstverständlich erachtet. Ein besonderes ironisches Beispiel für das Missverhältnis im Umgang mit Partizipation schildert Paul Francis (2001) anhand des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank, die partizipative Forschung stark nutzen, obwohl sie im Sinne des Neoliberalismus und Kapitalismus für die Entrechtung vieler sozialen Gruppen verantwortlich sind. Am Beispiel vieler solcher AkteurInnen in der Entwicklungshilfe, so die Argumentation von Cooke und Kothari, lässt sich veranschaulichen, wie Partizipation ohne radikale Kritik an gesellschaftliche Verhältnisse das emanzipative Versprechen nicht einlöst. In diesen Fällen bleiben partizipative Interventionen top-down-Konzepte, die hegemoniale Kräfte reproduzieren und festigen. (Dorman 2002)

Als Beispiel dafür werden auch die Methoden, die angewendet werden, um das Wissen der TeilnehmerInnen zu externalisieren – wie graphische Diagramme, weitere visuelle Darstellungen, schriftliche Mitteilungen usw. – genannt. Die AutorInnen rund um Cooke und Kothari fragen indes, nach Methoden wie Geschichtenerzählen, Tanzen oder Singen, um der „Tyrannei der Kontrolle“ (Cooke/Kothari 2001: 7) im Forschungsprozess durch die ForscherInnen zu entkommen. Zusammenfassend begeben sich die AutorInnen bei der Dekonstruktion des partizipativen Zugangs auf der Suche nach Authentizität bzw. nach der „Wahrheit“ im partizipativen Handeln innerhalb eines Projekts oder Forschungsprozesses. Dabei geht es um die Imagination einer spontanen Teilnahme aus tiefem Interesse für die Ziele des Projekts.

Weitere Kritikpunkte bei Cooke und Kothari beziehen sich auf Arbeiten, die lokalen communities als homogene Einheiten bzw. in sich geschlossene Systeme behandeln. In Anschluss daran gehen sie auf die Bedeutung des Lokalen für die Aktionsforschung ein. Sie werfen SozialforscherInnen in der partizipativen Forschung vor, dass “‘local knowledge’ has been romanticized, intracommunity divisions underemphasized, and the positive contribution of external agents underplayed; that local-scale action has been prioritized while links to wider processes and institutions have been neglected; and finally that participation is no panacea and has its own practical and theoretical tensions.” (Kesby 2005: 2038)

Die Frage des Lokalen bzw. der Aktionsgruppe als eine *community* ist ebenfalls Teil für kritische Analysen. „The birth of the community“ (Miller/Rose 2008: 93) wird mit Skepsis begleitet. Im Vorfeld erwähnten wir bereits CBPR als verwandte Variante der Aktionsforschung. Die Bewegung der CBPR “from the margins to the mainstream” (Horowitz/Robinson/Seifer 2009) in der akademischen Wahrnehmung führte auch zu Diskussion, welche Bedeutung mit dem Fokus auf *communities* einhergeht. Anlaß dafür geben auch Berichte aus dem Forschungsfeld:

Despite aspiring to create change, many CBPR practitioners have taken on a governing role by organizing community members in research projects with bureaucratic hierarchies and constructed norms. Community members with a shared experience of economic and social marginalization are drawn into these initiatives by promises of ‘community engagement,’ but then find themselves confronted with the logic of human resource management, research budgets, and fixed timelines. (Guta/Flicker/Roche 2013: 447)

Oder:

Despite claims that projects were community-driven and that peers played a central role, PRs described limited levels of engagement and a lack of communication. This understandably caused feelings of frustration and, in some cases, concerns of being exploited. (ebd.: 444)

Auch im Fall der CBPR stellt sich die Frage, warum die Grundlagen und Inhalte, die Ungleichheiten beseitigen sollen, nicht den emanzipativen Zielen entsprechen. Ein Grund dafür ist, dass die Strategien kritischer Forschung von neoliberalen Logiken und Systemen übernommen werden. Demnach müssen die Interventionen durch Forschung einerseits „sich lohnen“, andererseits wird auf die „Selbstverantwortung“ der TeilnehmerInnen gesetzt.

These interventions must be low-cost and offer a high rate of return on investment to be considered successful within this market logic. Within neoliberal discourses, the individual's goals and aspirations become realized through the supposed 'freedom' to make rational choices and engage in self-improvement [...]. This logic inevitably benefits some more than others. Those individuals who are unwilling or unable to benefit then become marked as undeserving, unworthy, and even dangerous. (Guta/Flicker/Roche 2013: 435)

Für den Fall der CBPR Nicholas Rose (Rose 2000) geht auf eine breitere Kritik ein, demnach die Inhalte einer politischen citizenship im neoliberalen Denken ersetzt werden von Begriffen wie jener der *community*. Das Problem bei dieser Verschiebung sieht er darin, dass *communities* von den Diskursen rund um "values, identities, allegiance, trust, and mutual dependence" begleitet werden, womit sie offen für Strategien des Regierens sind. (ebd.: 1401) Anders formuliert, statt um eine soziale Gruppe, die die Verhältnisse verändern will, geht es um das Regieren von Differenz von ExpertInnen. Aufgabe dieser ExpertInnen in der Zusammenarbeit mit *communities* ist, die Angebote die das aktuelle politische System und seine Diskurse machen, zu kennen und eben Differenzen dafür produktiv zu machen: „Communities became zones to be investigated, mapped, classified, documented, interpreted [...] to be taken into account in numberless encounters between professionals and their clients, whose individual conduct is now to be made intelligible in terms of the beliefs and values of 'their community'.“ (Miller/Rose 2008: 89)

Die Kritik, die wir bisher besprochen haben, greift unterschiedliche Aspekte der Aktionsforschung bzw. der Idee partizipativer Forschung auf und leistet eine grundsätzliche und nachvollziehbare Dekonstruktion. Gleichzeitig gibt es keine Zweifel, dass Partizipation eine unerlässliche Frage für kritische (Migrations-)Forschung ist: Wie gehen wir in der Forschung mit marginalisierten sozialen Gruppen um, wie gehen wir mit Widerständen um? Mike Kesby (2005) eröffnete anlässlich des Buchs von Cooke und Kothari (2001) eine Diskussion darüber, ob Partizipation eine Machtform ist, die bekämpft werden soll. Er stimmt der formulierten Kritik in vielen Punkten zu, kritisiert jedoch die antipartizipatorischen Schlussfolgerungen, zu denen die AutorInnen des Buchs *Participation: the new tyranny?* verleiten.

Ausgehend davon, dass die KritikerInnen der Partizipation keine Alternativen aufzeigen oder behandeln, befürwortet er ausgehend von der nachvollziehbaren Kritik daran eine Stärkung der par-

tizipativen Forschung als wesentliche Methode für sinnvolle und radikale Interventionen. Seine intensive Auseinandersetzung mit der Kritik an partizipativer Forschung ist wichtig, weil es stets um den politischen Kampf in den Sozialwissenschaften geht, Teilnahmebedingungen für exkludierte soziale Gruppen zu unterstützen. Was könnte sonst Sinn ergeben, als partizipativen Strukturen auf mehreren Ebenen, selbstreflexive Prozesse und kritische Fragestellungen zu unterstützen?

Für feministische und Postkoloniale WissensarbeiterInnen (Collins 2000; hooks 1994; Harding 1993; hooks 1990; Spivak 1992; Spivak/Harasym 1990) sind diese Fragestellungen ein wesentlicher Teil bei der Entwicklung von Theorien und Positionen. Die Akademisierung des Faches partizipative Forschung stärkt Bedenken: „Placing action research into existing frames for epistemology may also lead to new way of maintaining privilege systems as they are.“ (Noffke 1994: 16) Auch politische Forschungsbewegungen, die nicht so präsent wie die partizipative Forschung in der akademischen Welt sind, setzen sich damit auseinander. Seitens der Militanten Untersuchungen in der Migrationsforschung argumentiert beispielsweise Nicholas De Genova (2013) folgendermaßen: Aufgrund der Komplexität unserer Themen gibt es kein theoretisches oder wissenschaftliche Handeln außerhalb der sozialen Bedingungen, die Ungleichheiten reproduzieren. Aus diesem Grund: „It is obviously insufficient to seek consolation in the complacencies of a ‚militant‘ posture or a dogmatic activistic allegiance.“ (ebd.: 252) Kesby (2005) schlägt für weitere Positionierungen vor, eine Auseinandersetzung mit den Bedeutungen von Macht.

6.6 Macht, (Selbst-)Ermächtigung und Paternalismus

Den Begriff der Macht bzw. der Machtverhältnisse wurde bisher in Zusammenhang mit partizipativer Forschung verwendet, ohne analytisch darauf einzugehen. In Zusammenhang mit partizipativer Forschung wird statt „Macht“ häufig der Begriff der „Ermächtigung“ verwendet. Im Rahmen meiner Diplomarbeit (Gouma 2004) habe ich mich mit unterschiedlichen Konzepten von „Macht“ beschäftigt. Meine damalige Analyse ergab eine Trennlinie zwischen der Kritischen Theorie und den Machtkonzepten von Michel Foucault und Hannah Arendt: Sie gehen davon aus, dass „Macht“ im Sinne von „Ermächtigung“ etwas Positives ist, das den AkteurInnen ermöglicht, Verhältnisse zu verändern.

Das positiven Machtkonzept bei Hannah Arendt (vgl. 1981/1959: 251–263) ergibt sich durch die grundlegende Unterscheidung zwischen Macht und Gewalt. Die Kämpfe um Macht bezeichnet sie als „Agon“. Der „Agon“, der im öffentlichen Raum statt findet, gründet auf die freie Kommunikation. Für Hannah Arendt (1981/1959) entsteht Macht dort, wo freie Kommunikation im öffentlichen Bereich möglich ist. Daran schließt auch Jürgen Habermas (1990/1962) an, der

ebenfalls in diesem Sinne argumentiert, wenn es um die Verknüpfung von Macht und Öffentlichkeit geht. Für Arendt und Habermas entsteht der Machtbegriff durch Agon, Öffentlichkeit und kommunikatives Handeln. „Und obwohl Macht ein Phänomen ist – niemand kann Macht besitzen – steht der handelnde Mensch im Zentrum der Macht.“ (Gouma 2004: 133)

In öffentlichen Raum unterscheidet Arendt zwischen kommunikative Macht, die es ermöglicht, gemeinsame Entscheidungen herbeizuführen auch unter dem Umstand, dass andere Positionen überstimmt werden. Der Agon wird jedoch zu Gewalt, wenn durch mehrheitliche Entscheidungen, die Existenz der anderen vernichtet werden. Durch diese Unterscheidung löst Arendt die „Macht“

aus der Biographie der Gewalt und begründet in ihrem Werk eine Sehnsucht nach Macht, nach Handeln und in weiterer Folge nach Politischem. Ihre Auseinandersetzung mit Macht und Gewalt wird nicht von Niedergeschlagenheit – oder Selbstmitleid rund um Schicksale – geprägt, sondern liefert ein Konzept des Widerstandes – wenn auch eines passiven –, der von einem tiefen Glauben an das gestalterische Potenzial der Handelnden getragen wird. (Gouma 2004: 133)

Arendt steht mit ihrem Macht-Konzept, das einen kommunikativen Prozess in der Öffentlichkeit darstellt, in Widerspruch zu Ansätzen, die Macht im Besitz der Wenigen verstehen. „[...] power is still understood as a commodity concentrated in the hands of a few, emanating from the top down and from the center outward, and as exercised instrumentally to dominate marginal groups and recreate ideologies that maintain relations of dominance.“ (Kesby 2005: 2040) Von der Position, dass Macht im Besitz der Wenigen steht, geht auch Teil der feministischen Wissenschaft aus. (siehe z.B. Maguire 1987) Wenn aber Macht kein möglicher Prozess, sondern nur ein Besitztum ist, welche Möglichkeiten außerhalb von Gewalt gibt es für einer „Ergreifung“ der Macht?

Ähnlich wie Arendt argumentiert auch Michel Foucault (1983a): „Die Macht ist nicht etwas, was man erwirbt, wegnimmt, teilt, was man bewahrt oder verliert; die Macht ist etwas, was sich von unzähligen Punkten aus und im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen vollzieht.“ (ebd.: 115) Foucault sieht in der „Macht“ ein produktives Netz, das den ganzen sozialen Körper überzieht. (vgl. Foucault 1978: 35) Der Grund weshalb „Macht“ so produktiv ist – sie produziert Diskurse, Wissen, Lust, Dinge – ist, dass sie nicht nur repressiv ist:

Wenn sie [die Macht] nur repressiv wäre, wenn sie niemals etwas anderes tun würde, als nein sagen, ja glauben Sie dann wirklich, daß man ihr gehorchen würde? Der Grund dafür, daß Macht herrscht, daß man sie akzeptiert, liegt ganz einfach darin, daß sie nicht nur als neinsagende Gewalt auf uns lastet, sondern in Wirklichkeit die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muß sie als produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper überzieht und nicht so sehr als negative Instanz, deren Funktion in der Unterdrückung besteht. (Foucault 1978: 35)

Von einem differenzierteren Machtbegriff gehen die Cultural Studies aus, in denen Macht in Verbindung zu Hegemonie steht: „Hegemony for Gramsci and later western Marxists refers to the ways in which domination is not only produced from outside everyday life, through the huge structures of capital, but also from within everyday life by people more or less resigned to their fates as eternal subordinates – even cheerful about the ‘goods’ society. [...] Cultural conflict can result in enlightening, even transformative political outcomes.“ (Agger 1992: 9f.) Foucault versucht zwischen den Positionen – positive und negative Konzepte zu Macht – zu vermitteln. Einerseits geht er davon aus, dass Macht das Entwicklungs- und Integrationsprinzip der Gesellschaft ist:

Ich glaube nicht, daß wir den ‚modernen Staat‘ als eine Entität betrachten sollten, die sich unter Mißachtung der Individuen entwickelt hat und nicht wissen wollte, wer diese sind noch ob sie überhaupt existieren, sondern im Gegenteil als eine sehr raffinierte Struktur, in die Individuen durchaus integrierbar sind – unter einer Bedingung: daß die Individualität in eine neue Form gebracht und einer Reihe spezifischer Modelle unterworfen werde. In gewisser Hinsicht kann man den modernen Staat als eine Individualisierungs-Matrix [...] ansehen. (Foucault 1999: 169f.)

Andererseits unterscheidet Foucault zwischen verschiedenen Formen von Macht bzw. von Machttechniken: „Diese Form von Macht wird unmittelbar im Alltagsleben spürbar, welches das Individuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt, ihm ein Gesetz der Wahrheit auferlegt, das es anerkennen muss und das andere in ihm anerkennen müssen. (Foucault 1999: 166) Die „gesellschaftliche Invariante“ (Neumann-Braun/Müller-Doohm 2000: 175) der „Macht“ wird negativ gebraucht, wenn es um die Bestimmung hegemonialer Machtverhältnisse, die Menschen regieren, geht.

In seiner Auseinandersetzung mit der Kritik an partizipativer Forschung bzw. an den hegemonialen Inhalten von Partizipation, argumentiert Mike Kesby (2005) mit dem positiven Begriff der Macht von Foucault. „Participatory approaches aspire to reduce and circumvent the power relations normally involved in research and development and to take the notion of giving the marginalized a voice to new levels by facilitating their involvement in the design, implementation, and outcomes of programs.“ (ebd.: 2037) Gleichzeitig zeigt er Grenzen der Kritik auf: „Certainly Foucault [...] was right to suggest that ‚everything is dangerous‘ and that even emancipatory discourses are systems of power with the capacity to dominate, but it is important to recognize that some things are more dangerous than others.“ (ebd.: 2043)

Die Frage, ob „Ermächtigung“ in partizipativen Projekten trotz der migrationspolitischen Bedingungen, der akademischen Strukturen usw. denkbar ist, steht trotz der Anleitungen zum Handeln

durch positive Machtkonzepte weiterhin zu Diskussion. Peter Miller und Nicholas Rose (2008) gehen davon aus, "that these new forms of economic governance and citizenship have created space for new, more subtle forms of professional governance and expertise through the use of *empowerment*." (ebd. 2008: 93, H.i.O.) Aus diesem Grund schlagen sie vor, genau darauf einzugehen, was im Rahmen der Forschung „Ermächtigung“ bedeutet.

Norman Denzin sieht als Bedingung der Ermächtigung in Forschungsprojekten, dass die TeilnehmerInnen den Forschungsprozess besitzen: „Pedagogy of emancipation and empowerment is endorsed, a pedagogy that encourages struggles for autonomy, cultural well-being, cooperation, and collective responsibility. This pedagogy demands that indigenous groups own the research process.“ (Denzin 2010: 304) Patricia Hill Collins (1998) kommt zu Schluss, dass die Verbindung kritischer Pädagogik mit emanzipativen Anliegen bedeutet, dass die Menschen die Realität über das eigene Leben erfahren. Gergana Mineva und Rubia Salgado (2015) fragen indes: „Wer ist wie legitimiert, wen zu ermächtigen?“ (ebd.: 245) Die Ermächtigungsansprüche im DaZ-Feld in Österreich bezeichnen sie als ein Highlight der Inszenierung des Widerstands. Ihre Kritik bezieht sich darauf, dass „Ermächtigung“ Ohnmacht voraussetzt, womit Paternalismus gemeint ist. Sie sind skeptisch, was den Umgang mit Ermächtigung oder Selbstermächtigung betrifft: „Können die Forderung nach und die Förderung von Selbstermächtigung und Ermächtigung einer liberal-paternalistischen Logik dienen? Ist der Anspruch auf Transformation von Individuen oder sozialer Ungerechtigkeit erfüllt, wenn Ermächtigung oder Selbstermächtigung die Integration der Einzelnen in die dominanten Verhältnisse bewirkt?“ (maiz 2014)

Glenda Garelli und Martina Tazzioli (2013) bezeichnen den Effekt als die Disziplinierung der Wissenspraktiken rund um Migration: „Our aim is to explore whether a critical engagement with the knowledge-based governance of migration may interrupt – if not undo – some of the disciplinary ‚captures‘ of this knowledge of migration, with its governmental underpinnings and security narratives.“ (ebd.: 245) Die Autorinnen verwenden den Begriff „politische Epistemologie“, um das politische Handeln in der Forschung und Wissenschaft hervorzuheben. Sie verstehen Forschung und insbesondere Militante Forschung oder Aktivistische Forschung als ein politisches Projekt, das eng mit Kämpfen marginalisiert sozialer Gruppen verbunden ist. Sie orientieren sich an die Tradition der Militanten Forschung in Italien und Lateinamerika an mit dem Anliegen Wissen zu einem Teil wie auch zu einem Werkzeug von sozialen Kämpfen zu machen. (ebd.: 246) Aus der Perspektive der Migrationsforschung schließen sie an die übergreifende Kritik an den Sozialwissenschaftler von Martin Nicolaus (1968) an: „Promoted by think-tank actors and enforced by migration management agencies, this governmental disciplining of migration stages the performative effect of migration knowledge, ist ‚world making‘, and its discursive as well as material outcomes.“

(Garelli/Tazzioli 2013: 247) Gefragt ist, “a genuinely critical scholarship of migration”. (De Genova 2013: 250)

Wie gelingt es in einem Projekt, das sich mit MigrantInnen beschäftigt einen emanzipativen Weg zu gehen anstatt Menschen regierbar machen zu wollen? Einerseits stellt sich die Frage, ob und wie ein Projekt oder die Begleitforschung dazu etwas verändern kann. Andererseits stellt sich die Frage nach Projekten, die einen Unterschied machen. (Bensimon et al. 2004) bzw. wie es am Beispiel von Aktionsforschungs-Projekten gefragt wird: Are we asking the right questions? (Amundsen/Wilson 2012)

6.7 Partizipation als kritisches Konzept für migrantische Mehrsprachigkeit – Eine methodische Reflexion

Das Forschungsfeld der Mehrsprachigkeit ist eine Herausforderung für partizipative Projekte, einerseits weil migrantische Mehrsprachigkeit eine Realität in der Migrationsgesellschaft ist, die soziale Ordnung verändert. Andererseits verbergen die Faszination rund um „Fremdsprachen“ und die Entpolitisierung des Begriffs „Mehrsprachigkeit“ Sprachhierarchien und –ideologien, die rassistische Verhältnisse reproduzieren. Mehrsprachigkeit – wenn es sich um bestimmte MigrantInnensprachen geht – verändert nicht per se unsere Konzepte von Gemeinschaft, Öffentlichkeit und kollektives Handeln.

Indem Macht als ein kommunikativer Prozess der Öffentlichkeit verstanden wird, ist es möglich innerhalb von partizipativen Projekten, Ermächtigung durch Widerstand und durch das gemeinsame Streben nach kommunikativer Macht zu ermöglichen. Gleichzeitig ist ein Ziel emanzipativer Strategien, gegen die Viktimisierung der ProtagonistInnen der Migration zu arbeiten. ESPRIS lag ein positives Machtkonzept zugrunde und der Wunsch eine Alternative zu paternalistischen Lehrmethoden zu entwickeln. Trotzdem war ESPRIS nicht die erfindende Institution der Macht, sondern ein Projekt, das in die vorhandene regionale Öffentlichkeit, in die stattfindenden Kämpfe um kommunikative Macht interveniert hat. Diese Intervention war nicht allumfassend, sondern eingeschränkt durch die Projektlogik wie auch durch die regionalen Bedingungen. Daraus sind 48 Lernpartnerschaften in zwei Durchgängen entstanden. Deutsch, die hegemoniale Sprache stand im Mittelpunkt. Trotzdem gab es zwei Tandems, wo Deutsch nicht die Lernsprache war. Gleichzeitig war es schwierig, LernpartnerInnen für die türkische Sprache zu finden: Bei beiden Durchgängen gab es eine einzige deutschsprechende Interessentin in der Region, die Türkisch lernen wollte.

Im Forschungsfeld stellte sich auch die Frage, wer als eine „Migrantin“ als ein „Migrant“ bzw. als „Nicht-MigrantIn“ verstanden wird. Die InterviewpartnerInnen beanspruchten diese Position, authentisches Wissen über die Gefühle und über das Denken der MigrantInnen in der Mehrheitsgesellschaft zu verfügen, auch aufgrund von Migrationsbewegungen innerhalb des Salzkammerguts. Klassenunterschiede haben bei dieser Positionierung ebenfalls eine Rolle gespielt. Nach Stuart Hall (1996; 2000) geht es bei diesen Unterscheidungen nicht nur um Machtkämpfe rund um die Bedeutung unserer Begriffe von „Volk“, „MigrantIn“ etc., sondern ist auch ein Hinweis auf das binäre Denken als zentrales Mittel des *othering* im kolonialen europäischen Verständnis. Und obwohl viele europäische Länder – wie Österreich – keine Kolonialgeschichte haben, steht es fest, dass koloniales Denken westliche Gesellschaften noch immer zutiefst beeinflusst. (Gilroy 2005; Mohanty 2006)

Selbstreflexive Forschung baut darauf auf, sich auf unterschiedliche Ebenen der Differenz einzulassen (Klinger 2007), und versucht gleichzeitig zu verlernen, was Generationen kolonialen Denkens hinterlassen haben. (Bishop 1998) Das Konzept des Verlernens (Spivak 2012) ermöglicht, „Normalität“ zu hinterfragen. Es geht um die Bemühung, Differenz außerhalb des kolonialen Denkens zu denken. In diesem Sinne macht es einen Unterschied, ob die Migrationserfahrung auf die Überquerung national-staatlicher oder innerstaatlicher Grenze basiert. Ebenfalls eine Differenz ist, ob es sich um dialektale oder migrantische Mehrsprachigkeit handelt, auch wenn beide Formen mit Linguizismus im Salzkammergut konfrontiert sind. Weitere intersektionelle Kategorien wie Alter, Klasse etc. tragen zu unterschiedlichen Erfahrungen mit Linguizismus bei.

Der Anspruch einer emanzipativen Intervention in der Region, wie es im ESPRIS formuliert ist, bedeutet eine Forschungspraxis, die koloniales Verlernen umsetzt, ohne Differenzen zu negieren. Demnach machen nicht alle TeilnehmerInnen dieselben Erfahrungen, weil sie „migriert“ sind. Das Anliegen emanzipativer Interventionen bedeutet auch sich selbstreflexiv damit auseinandersetzen: Inwieweit gelang es ESPRIS und der Begleitforschung sowohl in der praktischen Umsetzung als auch in der sozialwissenschaftlichen Analyse Räume für Verständnis und Handeln abseits dominanter Diskurse im Sinne des national-politischen und neoliberal-ökonomischen Grundtenor? Gelingt es im Forschungsprozess eine gesellschaftskritische Perspektive in Zusammenhang mit Migration zu entwickeln bzw. zu stützen? Wie kann epistemische Gewalt im Sinne der Normalisierung von Ungleichheiten gemieden werden? Partizipative Projekte sind von solchen Fragestellungen nicht befreit, sondern bietet einen Rahmen, um diese Fragen intensiver zu behandeln, trotz der Widersprüche in denen wir leben, handeln und denken müssen. (Castro Varela/Dhawan 2005)

Mehrsprachige Subjekte haben nicht egalitären Zugang zu gesellschaftlichen Wissensprozessen. In den Sozialwissenschaften gilt die Frage „wer darf Wissen über sich selber produzieren“ als eine Linse, um gesellschaftliche Hierarchien und Ausschlussmechanismen sichtbar zu machen. Im Fall von Migrantinnen stellt sich die Frage um ihr Recht als Migrantinnen, Wissen über sich zu produzieren und dieses Wissen wirkmächtig zu machen. Eine kritische Wissenspraxis bedeutet daher das Einbeziehen von unterschiedlichen Strategien, um beispielsweise die Wissensproduktion von Migrantinnen zu unterstützen. Die Aktionsforschung ist ein Beispiel dafür, indem Aspekte der Selbstorganisation als eine wesentliche Form des Widerstands gegen die epistemische Gewalt (Castro Varela/Dhawan 2004: 279) genutzt werden. Gegen die epistemische Gewalt zu agieren bedeutet, gegen wissenschaftliche Konzepte, Definitionen und Methoden zu arbeiten, die die Interessen und Perspektiven einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe bzw. einer Tradition widerspiegeln.

Dieser Widerstand gilt auch der Bestimmung der gesellschaftlichen Relevanz. Relevanz wird in der Aktionsforschung durch die Partizipation der Teilnehmerinnen generiert. Partizipative Forschung stellt eine Herausforderung dar: „This kind of self-reflexive participatory approach moves us closer to ‘truth’, but also transforms academic research into critical interventions in social, political and cultural life, with social change as the final outcome.“ (Bosch 2011: 29) Wenn feministische Theorie auf Migrantinnen trifft, sind deshalb nicht nur patriarchale Machtverhältnisse von Bedeutung, sondern auch die Gewalt der Einwanderungsgesetze, struktureller Rassismus und Klassenantagonismen relevant. (Gouma 2011) Der rechtliche Status der befragten Frauen ist dominanter Teil der Alltagserfahrungen in der Migration und war in vielerlei Hinsicht im Forschungsfeld relevant. In der Aktionsforschung geht es deshalb auch darum, das Wissen, das im Forschungsprozess mitgeteilt wird, zu legitimieren. (Fals-Borda 1991)

Ich habe bereits die Frage des Lokalen diskutiert. Die lokalen Bedingungen verändern unsere Praktiken wie auch unsere Konzepte einer widerständigen Projekt- und Forschungspraxis: „Soziale Bewegungen und Allianzen sind für das Verständnis einer kritischen Wissensproduktion als Widerstand zentral. Eine Reihe von Organisationen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen vernetzen sich, um kritische Perspektiven zu entwickeln und mit Praktiken in die Lebensrealitäten zu intervenieren. Durch mehr Aktivismus in der Wissenschaft gelingen die Kollektivierung von Wissen und neue Relevanzsetzungen anzubieten.“ (Gouma/Springler 2013: 4) Aber wie wirken solche Aktionen, auf MigrantInnen, die in einer ländlichen Region abseits der Großstädte leben? Widerstand kann trotz der Unterschiedlichkeit der beteiligten Gruppen ein wesentliches Konzept für das bessere Verständnis des Projekts: „Despite its ambiguities, the concept of resistance should not be rejected, for it recognizes and values oppositional behaviour as political and informed.“ (Raby

2005: 151) Daran schließen viele Bemühungen zwar einen geopolitischen Fokus in der Forschung zu behalten ohne gleichzeitig lokale Arbeit und lokales Wissen zu übersehen. Norman Denzin (2010) fasst den Anspruch einer kritischen Forschung zusammen: „Localised, grounded critical theory can work if the goals of critique, resistance, struggle, and emancipation are not treated as if they have ‚universal characteristics that are independent of history, context, and agency‘ [...]“ (298)

ESPRIS war eine Intervention auf mehreren Ebenen, eine Unterstützung für bereits stattfindende Prozesse kommunikativer Macht. Diese Ebenen waren jene der Begleitforschung, der Tandem-Sprachkurse und der Medienarbeit. Im Rahmen der Begleitforschung ging es darum, eine gemeinsame Sprache für die mehrsprachigen Anliegen und Erfahrungen der TeilnehmerInnen zu finden. Parallel dazu ging es um Kollektivierungen, Selbstreflexion und mögliche Solidaritäten/Antagonismen durch den Austausch in Interviews, Workshops und Interpretationstreffen. In den Tandems, die von ESPRIS organisiert wurden, ging es um die alternierenden Rollen der wissenden Subjekten. Die Medienarbeit im Rahmen des Freien Radios Salzkammergut war zudem eine sprachliche und inhaltliche Intervention in der medialen Teilöffentlichkeit der Region, die in unterschiedlichen Konstellationen fortgesetzt wird.

In der Zusammenarbeit mit Forschungsgruppen, die Migrationserfahrung bzw. mit Migrantinerfahrung²³ bildeten die geteilten Erfahrungen als Migrantin in den meisten Fällen einen wesentlichen Vertrauensrahmen für die Diskussionen und Interviews. Das gegenseitige empathische Verstehen, die Gleichzeitigkeit des Erzählten und der Subjekte, das aufgrund der „gemeinsamen“ Erfahrungen möglich ist, bildet häufig eine zentrale Grundlage für die Treffen der Forschungsgruppen. Gleichzeitig werden im Rahmen der partizipativen Arbeit auch alle Differenzen der Biographien, Klassen, Bildung, Rechte und Chancen verhandelt. Trotz des partizipativen Anliegens fließen in unsere Arbeit gesellschaftliche Strukturierungen und Hierarchien unentwegt ein. Das trifft sowohl auf die Migrantinnen wie auch auf die Mehrheitsangehörige.

Die institutionelle und berufliche Verankerung an der Universität ist für viele MigrantInnen und Mehrheitsangehörige ein Hinweis, dass wir Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen – um es mit dem neoliberalen Jargon auszudrücken – es „geschafft haben“. Ungeachtet der prekären Verhältnisse für jene „fixed term“ Universitätsangehörige bedeutet, allein der Umstand einen Job zu haben, der der eigenen Qualifikation entspricht, ein für viele Migrantinnen unerreichtes Ziel. Diese Umstände schufen in vielen Diskussionen ein hierarchisches Gefälle, dem wir für die Zusammenar-

²³ „Migrationserfahrung“ bezieht sich sowohl auf die eigene Erfahrung der Migration wie auch auf die Erfahrung der Subjektivierung als „Migrantin“ in der Gesellschaft bzw. von anderen gesellschaftlichen Akteurinnen.

beit mit unseren Erzählungen entgegen wirken wollten. Gleichzeitig sind die migrantischen Erinnerungen in Zusammenhang mit der Abwertung der eigenen Sprachkenntnisse sehr vital. Vor allem im akademischen Bereich sind Personen, die von den dominanten Standards abweichen auffällig selten präsent. Reflektierend über *academics of color* oder solche, die einen Akzent haben, schreibt Patricia Tomic (2013: 14) dass sie einen pädagogischen Vorteil haben: „From their situation of marginality, academics who do not fit the Standard or norm bring with them knowledge of both their own contexts and those of the dominant group. They have mastered the dominant Standards; they are “fluent” in those practices. They are survivors.”

Unsere Forschungsbeziehungen im Feld sind auch von den geopolitischen Bedingungen, die uns – die Teilnehmerinnen und uns – zusammenbringen, geprägt. Parallel dazu ging es bei unseren Treffen auch um die Bedeutung einer Universität in so einem Prozess. Kurt Lewin (1946: 44) berichtet darüber, dass Universitäten und nationale Forschungsinstitutionen zum Teil als ein verlängerter Arm der Gesetze gesehen wurden. Er beobachtete ein teilweise technokratisches Verständnis der Sozialwissenschaften: Die werden die erwünschten Ergebnisse herbeiführen.

Das Ziel partizipativer Forschung ist nicht die Realität zu beschreiben, sondern sie zu verändern. (Pratt 2000) Das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch nach sozialer Veränderung und die Einschränkungen, denen ein sozialwissenschaftliches Vorgehen unterliegt, war auch im Rahmen der Begleitforschung evident. Hat das Projekt soziale Gerechtigkeit berücksichtigt? Die Forschungsbeziehungen unter den unterschiedlichen AkteurInnen sind relevant für die Vorgehensweise, die Analyse und das Ziel des Projekts: Ein Aktionsforschungskonzept, das einen emanzipativen Umgang mit migrantischer Mehrsprachigkeit in der Region Gmunden/Salzkammergut unterstützt, zu entwickeln. Der Fokus ist einerseits die Anliegen der Migrantinnen in der Region und andererseits das Verstehen der geopolitischen Rahmenbedingungen für Migrantinnen und ihrer Mehrsprachigkeit. Oder mit den Worten von Caitlin Cahill (2007) es zu benennen; es geht um Aktionen, die zu sozialer Gerechtigkeit führen. Der Anspruch mit dem Gesamtprojekt „die erwünschten Ergebnisse“ bzw. soziale Gerechtigkeit herbeizuführen stößt auf Grenzen. Damit sind nicht nur die strukturelleren Bedingungen gemeint. Auch die Anliegen und Fragen der Projektcommunity sind vielfältig, komplex und nicht leicht zu externalisieren.

7 „WHAT KIND OF PLACE IS THIS?“ – EINE RAUM- UND REGIONANALYSE

7.1 Raum, Migration und Medien in Beziehung setzen

Migration, Raum und Medien stehen in einer komplexen Beziehung zu einander. Je nach Perspektive, Herkunft und Biographie erleben wir die „Festung Europa“ oder die kosmopolitische Seite der Globalisierung. Parallel zum Erfahrungswissen produzieren mediale Inhalte, Texte und Bilder, sozial verbindliche Wirklichkeitsentwürfe (vgl. Weischenberg/Kriener 1998: 15), die Identitätsangebote machen. Soziale Positionen, Identitäten und Deutungsmuster orientieren sich an Kategorisierungen, die ideologisch sind. Gleichzeitig nutzen wir Räume und Medien, um unser Wissen mit der Öffentlichkeit zu teilen und Gesellschaft zu verändern. Räume, lokale und mediale, sind Kampfplätze von diskursiven (Gegen)Projekten.

Die Forschungsarbeit, der dieser Dissertation zugrunde liegt, fand in der Region Salzkammergut statt. Das Salzkammergut ist in einem geopolitischen Rahmen verortet, der von unterschiedlichen Prozessen und AkteurInnen bestimmt wird. Aktuelle Politiken, Ökonomien, Handlungen und Widerstände sind Teil der Bedingungen, unter denen sich die ProjektteilnehmerInnen begegnen und die ihr Tun mit sozialer Bedeutung versehen. Der Begriff der „Migrationsgesellschaft“ ist der Ausgangspunkt, um diesen geopolitischen Rahmen näher zu bestimmen.

Migration betrifft hierbei in einem so entscheidenden Maße gesellschaftliche Wirklichkeit, dass der Ausdruck Migrationsgesellschaft angemessen ist. Die Rede ist hier von „Migrationsgesellschaft“ und beispielsweise nicht von Einwanderungsgesellschaft, weil der Begriff Migration weiter als der der Einwanderung ist und dadurch einem breiteren Spektrum an Wanderungsphänomenen gerecht wird. (Brodin/Mecheril 2007: 7)

Migration war schon immer konstituierend für Gesellschaften, auch wenn diese historische Perspektive nicht im Vordergrund gesellschaftlicher Debatten steht. Damit ist Migration in den kritischen Sozialwissenschaften keine Ausnahme, sondern der „Normalzustand“. (Mecheril et al. 2010: 11) Trotzdem ist „Migrationsgesellschaft“ ein relativ neuer bzw. aktueller Begriff, der sowohl Bewegungen als auch Diskurse, Vermischung von Sprache und kulturellen Praktiken, Kontinuität rassistischer Strukturen usw. beinhaltet. (ebd.) In diesem Sinne stellt sich einerseits die Frage, welche Bewegungen die Bezeichnung „Migration“ zusammenfasst, und andererseits die Frage, wer eigentlich „eine Migrantin ist“ bzw. wie lange jemand als MigrantIn betrachtet wird. Der Begriff der „Migrationsgesellschaft“ ermöglicht, MigrantInnen als auch Nicht-MigrantInnen in die

Analyse miteinzubeziehen. D.h., Migration geht alle etwas an, auch die, die nicht selber eine eigene Migrationsbiographie erlebt haben.

Indem das Projekt auf eine bestimmte Region fokussiert, ist mein nächster analytischer Schritt der Versuch, die unterschiedlichen Räumen, die für meine Untersuchung relevant waren, zu beschreiben. Ich stütze mich dabei auf Konzepte der Raumanalyse mit dem Ziel, die lokalen Räume mit dem lokalen medialen Raum in Verbindung zu setzen. Im Vordergrund steht die Frage nach den welchen gesellschaftlichen Bedingungen unter denen sich die TeilnehmerInnen des Projekts – MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen – begegnen. In meiner Vorgangsweise reflektiere ich sowohl die Analyse des Datenmaterials wie auch die vorhandene Literatur zu Raumanalyse und zu historischen Kontinuitäten in der Region.

7.2 Das Salzkammergut und der Bezirk Gmunden

ESPRIS ist ein auf die Region Salzkammergut und im speziellen auf den Bezirk Gmunden (Oberösterreich) bezogenes Projekt.

The Salzkammergut in Austria is a rather remote mountainous region with many lakes on the northern foothill of the Alps near Salzburg. For centuries it was owned by the imperial Habsburg family because of its importance as a supplier of salt for the whole of the Empire. Originally, the name Salzkammergut only referred to the area between the south end of Lake Traunsee and Hallstatt. [...] Over the course of time, however, when the traditional legal, administrative, economic and social regulations, restrictions and privileges given to the Salzkammergut and its people were abolished step by step and tourism gradually spread from Ischl, the centre of tourism, to ever more distant villages and lakes, the area around the other lakes and around Aussee in Styria came to be understood as part of the Salzkammergut. The inclusion of this area served primarily marketing and touristic purposes [...]. (Kreuzer 2014: 239)

Trotz der sichtbaren technischen Innovationen im Bereich des Transports (vgl. ebd.) und der industriellen Betätigung (Salinen) in der Region hat Salzkammergut den Ruf der „unberührten Landschaft“ im touristischen Branding aufrechterhalten können. Gleichzeitig hat der Katholizismus trotz der hohen Anzahl an ProtestantInnen, die im Salzkammergut Zuflucht gefunden haben, die Landschaft mitgeprägt:

In the case of the Salzkammergut [...], however, Catholicism and the counter-reformation did not play as important a role due to the region's strong Protestant tradition. On the other hand, we do have to take into account the fact that Emperor Franz Joseph [...] spent nearly all summers of his long life in Ischl and thus contributed towards shaping a Catholic Salzkammergut landscape.(ebd.: 240)

Stärker als die Religion hat jedoch der Salzabbau und die schwere Zugänglichkeit durch die hohen Berge und Seen den Alltag in der Region geprägt:

Travellers did not see much reason to visit the Salzkammergut. It was only from the late eighteenth century on that the region was 'discovered' as a place worth visiting by outsiders. Indeed, despite being accessible only with considerable difficulty, the local salt authorities purposely sought to keep in place the isolation of the region from other parts of the Empire. The Salzkammergut, therefore, was often called 'a state within the state' [...]. (ebd.: 242f.)



Abbildung 1: Das Salzkammergut und der Bezirk Gmunden
(Quelle: Salzkammergut und Grenzgebiete. Vom Gesäuse bis zum bayrischen Königssee, Salzburg – Hans Krinner's illustrierter Reiseführer, 1928)

Rund um fin-de-siècle erlebt das Salzkammergut den touristischen Durchbruch und wird von einem ländlichen Hinterland zu einem Ort der Sommerfrische für urbane wohlhabende Gruppen. (Klautke 2010: 182) Davor war der Umgang mit „Fremden“ streng geregelt.

Until 1825, foreigners who were willing to visit the region were obliged to ask the local salt authorities in Gmunden or Hallstatt for a passport in order to be granted access [...] It was difficult even for the nobility to get the authorisation to settle within the Salzkammergut. This hostile attitude to outsiders and outside influences did not only derive from the fear of spies interested in the salt industry but also particularly from the fact that the food supply of the people working and living in the Salzkammergut remained difficult. It was feared that each additional person would complicate matters further. This might explain why local people did not favour any form of 'tourism', as their primary concern was making sure they had enough to eat [...]. This problem was addressed with a better transport system, but immediately after the First World War, tourism in the Salzkammergut was temporarily forbidden altogether because of severe problems with food supply. (Kreuzer 2014: 242)

Durch den Tourismus hat sich der Umgang mit Migration verändert: MigrantInnen gestalten die soziale und räumliche Realität der Region mit. Die Bevölkerungsstatistik verzeichnet eine Wanderungsbilanz von rund 1,4 Prozent für den Bezirk Gmunden (100.745 EinwohnerInnen) im Jahr 2015. Insgesamt leben 9.466 Personen ohne österreichischen Pass in dem Gebiet. Das ergibt 9 % der Bevölkerung. (Statistik Austria 2017) Durch den Tourismus ist vor allem das Gastgewerbe der Wirtschaftsbereich, der für MigrantInnen offen steht. Der folgende Interviewausschnitt veranschaulicht unter anderem wie dieses Verhältnis im Raum gestaltet ist.

A_Teiln.: Das Problem ist, dass sie sagen, dass du nimmst die Arbeit von Anderen! „Du, Ausländerin!“. Die vergessen das, DU BIST AUCH EU!

B_Teiln.: Ja. Weil zum Beispiel, wenn ein Hotel zehn Zimmermädchen sucht, dann kommen 20 oder 30 Zimmermädchen aus Ungarn, und

A_Teiln.: Genau!

B_Teiln.: aus Rumänien, oder Bosnien, oder...

A_Teiln.: Genau!

B_Teiln.: Warum? WEIL...

A_Teiln.: Weil du bist schlecht bezahlt!

B_Teiln.: (nickt) Dann ist diese Arbeit lediglich schwer für österreichische Leute.

Int.: Und es gibt wenig Geld.

B_Teiln.: Wenig Geld.

Int.: Schwere Arbeit und wenig Geld.

GI_Tinos_b

Im Alltagswissen steht die Region Salzkammergut weiterhin für einen geographisch und sozial schwer zugänglichen Raum, der sich stark durch Tradition definiert – sozusagen einen „kulturell

geschlossenen Raum“ gegenüber den Nicht-Dazu-Gehörigen. Die geographische Lage zwischen Berge und Seen bildet oft einen Topos, um politische und soziale Bedingungen zu erklären. Dieser Topos entspricht dem „natürlichen“ Deutungsreflex sozialer Bedingungen und Realitäten in ländlichen Räumen: Naturräumliche Merkmale und die Entgegensetzung zur Stadt bestimmen das Denken darüber, obwohl die Verstadtlichung ländlicher Gebiete eine solche Betrachtung in Frage stellt. (vgl. Kropp 2015)

Das Projekt umfasste nicht das gesamte Salzkammergut, sondern nur Gemeinden im Bezirk Gmunden. Den Bezirk Gmunden bilden insgesamt 20 Gemeinden – siehe gelbe Strichlinie auf der Karte (Abb. 1) – unter anderem Gmunden, Altmünster, Ebensee, Goisern, Bad Ischl, Laakirchen, Obertraun etc. Ähnlich wie auch in anderen Regionen stellen sich im Bezirk Gmunden dieselben Fragestellungen: Welche Prozesse generieren die Maßstabebenen (*scales*), die die Verhältnisse in dieser regional definierten Migrationsgesellschaft strukturieren? Um diese Frage zu beantworten, werden lokale wie auch nationalstaatliche und geopolitische Räume in die Analyse von sozialen Interaktionen, Solidaritäten und Kommunikation miteinbezogen. Der nächste analytische Schritt hebt vor allem die lokale Verortung des Projekts hervor. Ich beziehe mich darauf auf die Erkenntnisse, das „locality matters in migration research in a more differentiated way than it has been acknowledged in migration scholarship“ (Cağlar/Glick Schiller 2015a).

Um zu verstehen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen sich MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Region begegnen, will ich in den folgenden thematischen Einheiten nach der bisherigen Analyse von nationalstaatlichen Konzepten – wie das Integrationsparadigma – und globalen Phänomene – wie die Globalisierung – im Theorieteil anhand von Raumtheorien die lokalen Strukturen beschreiben und in Beziehung zur vorausgegangenen Diskussion setzen.

Zu den relevanten Fragen zählen historische Kontinuitäten in der Region auf die ich bereits kurz eingegangen bin. Als letzten Schritt beim analytischen Mapping der Region werde ich ein Teil der institutionellen AkteurInnen (Organisationen, Vereine etc.), die ebenfalls die lokalen Bedingungen beschreiben und mitgestalten kurz vorstellen.

7.3 Räumliche Konzepte zwischen „Lokal“ und „global“

Im Rahmen des Projekts erzählten MigrantInnen über die unterschiedlichen Wege, die sie ins Salzkammergut geführt haben. Durch die Transnationalisierung des Kapitals, globale Ungleichheiten, Flucht, postkoloniale Verhältnisse, GastarbeiterInnenverträge, Tourismus, Familiengeschichte etc. haben sich in den letzten Jahrzehnten neue MigrantInnen in der Region Salzkammergut und

damit auch im Bezirk Gmunden niedergelassen. Manche der ProjektteilnehmerInnen erzählten, dass sie auch bevor nach Gmunden gekommen sind, auf der Suche nach Arbeit in anderen Ländern migriert waren. Die Entscheidung ihren ursprünglichen Arbeitsort zu verlassen, fiel durch die Beobachtung des Marktes und der Kapitalströme. Trotz der damaligen Beteuerung des Unternehmens, dass es keine Stellen abgebaut werden, haben sie rechtzeitig erkannt, dass die Call-Centers-Stadt, in der sie davor als einfache Angestellte gearbeitet haben, in Schwierigkeiten kommen würde. Ihr Ziel war daraufhin nicht ein bestimmtes Land, sondern Regionen mit Arbeitsplätzen in relativ stabilen Unternehmen und Branchen. Dabei handelt es sich nicht um leitende Angestellte, sondern um EU-BürgerInnen aus ländlichen Gebieten ökonomisch starken EU-Ländern. Anhand des hier dargestellten Falls lässt sich einerseits die Formierung einer transnationalen prekären Klasse und andererseits wie die Geopolitik „zunehmend die herkömmlichen Felder nationaler Politiken [überlagert]“ (Thien 2015: 7) bzw. wie die Bedeutung von Städten in der Globalisierung durch die Durchkapitalisierung der Welt wächst erkennen.

Peter Taylor (1995) geht davon aus, dass Städte stärker sinngebend als Nationalstaaten für die Konstruktion sozialer Identitäten sind: „Cities are replacing states in the construction of social identities“. (1995: 58, zit. nach Smith 2002: 436) In den letzten Jahrzehnten wurde das Verhältnis von Städten und Staaten intensiv untersucht, weil ausgehend von der Kritik am methodologischen Nationalismus (Wimmer/Glick Schiller 2002) auch in der radikalen Geographie die Frage nach relevanten Untersuchungseinheiten und Forschung abseits der Naturalisierung der Nation stellte. Saskia Sassen (2012) lieferte eine Reihe von Arbeiten rund um Global Cities. Sie geht davon aus, dass durch den Übergang zu Postfordismus und die damit einhergehende Transnationalisierung des Kapitals die Relevanz der Städte bei der sozialen Produktion und Reproduktion stark gestiegen ist und zwar auf Kosten der Nationalstaaten. Dadurch bekommt im Rahmen der Globalisierung das Lokale zunehmend an Bedeutung: „The de-nationalizing of urban space and the formation of new claims constitute the global city as a frontier zone for a new type of engagement.“ (Sassen 2007: 128) Aus der Erkenntnis, dass lokale Prozesse Teil der Globalisierung sind leitete sich in den 90er Jahren das Konzept der „Glocalisation“ ab, verstanden als die „intersection of globalisation and localization“ (Kraidy 1999: 472).

Niel Smith (2002b) greift die Überlegungen Ssassens auf und schlägt vor, bei der Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen die Dichotomie von Lokal und Global zu überwinden. Mit dem Konzept der politics of scales – in Zusammenhang mit der Arbeit von Niel Brenner (2001) – erklärt er, wie Nationalstaaten, Regionen und Städten neu geordnet werden und räumliche Kategorien sich ebenen-übergreifend auf einander beziehen: „Like other geographers, Smith seeks to understand the differential effects of contemporary global capital through a framework in which political–

economic relations are understood to produce spatial scales, from the global to the national, regional, urban, community, home, and body [...].“ (Merrill 2004: 190) Ausgehend von den politics of scale gibt es heute „keine derart privilegierte räumliche Maßstabsebene mehr, auf der sich Politik und Ökonomie organisieren, wie es im Fordismus der Nationalstaaten gewesen ist“ (Brand/Görg/Wissen 2007: 220). Politik und Ökonomie organisieren sich heute vielmehr „multiscalar“, d.h., auf unterschiedliche *scales* – räumliche Maßstabsebenen – und zwar *scales* übergreifend. (ebd.) Das bedeutet zum Beispiel, dass Entscheidungsprozesse sowohl auf Ebene der EU oder supranational wie auch lokal stattfinden können.

Damit steht das „Lokale“ nicht als der Gegensatz zum „Globalen“, sondern werden als ineinandergreifende Konzepte verstanden, die transnationale Verbindungen aufweisen: „Placemaking is shaped by conflict, difference, and social negotiation among differently situated, and at times antagonistically related social actors, some of whose networks are locally bound, others whose social relations and understandings span entire regions and transcend national boundaries.“ (Smith 2002a) Das Konzept der scales geht – im Gegensatz zu Regulationstheorie und Governance-Konzepten – nicht von gegebenen Maßstabsebenen aus, sondern fokussiert auf die Prozesse (Brenner 2001), die die Produktion der räumlichen Maßstabsebenen (*scales*) verantworten.

An der Produktion räumlicher Maßstabsebenen entscheidet sich, inwieweit gesellschaftliche Widersprüche erfolgreich bearbeitet werden könnten bzw. inwieweit es subalternen Akteuren gelingt, diese Widersprüche zu politisieren und bestehende Machtverhältnisse herauszufordern. Insofern handelt es sich bei der räumlichen Dimensionierung von sozialen Verhältnissen um ein wesentliches Element von Regulation [...](Brand/Görg/Wissen 2007: 220)

MigrantInnen sind bedeutende AkteurInnen der politics of scales. Ayse Caglar und Nina Glick Schiller (2015b) betrachten MigrantInnen als MitgestalterInnen der neoliberalen städtischen Räume auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Der „Wettbewerb“ der Städte führt dazu, dass Menschen unter prekären Arbeitsbedingungen in Bewegung zwischen verschiedenen Orten sind. Der prozessorientierte Skalenbegriff soll ermöglichen rescaling Prozesse, also Prozesse sozialer Kämpfe, mit einzubeziehen (Brand/Görg/Wissen 2007: 220)

7.4 Der Bezirk Gmunden als neoliberaler Raum

Insgesamt handelt es sich beim Salzkammergut um einen sozial und geographisch spannenden Raum, der von touristischer und migrantischer Mobilität geprägt ist. Die Region ist damit auch ein transnationaler Raum, für den die Interaktionen zwischen Lokalbevölkerung, MigrantInnen und TouristInnen konstitutiv sind. Gleichzeitig handelt es sich um eine prosperierende Region, in der

sich unterschiedliche historische Prozesse fortsetzen. Aktuelle Politiken, Ökonomien, Handlungen und Widerstände sind Teil der Bedingungen, unter denen sich die ProjektteilnehmerInnen begegnen und die geopolitische Bedeutung des regionalen Raums bestimmt wird.

Der politische Bezirk Gmunden ist statistisch auch Kleinstadtregion²⁴ Gmunden erfasst (Wonka/Laburda 2010). Mit der Kategorie „Stadtregion“ werden Räume bezeichnet, die über eine Kernzone (Mindestzahl und –dichte von Bevölkerung und Beschäftigten) und eine relevante Außenzone (Gemeinden mit hohem Auspendlerinnenanteil in die Kernzone) verfügen. (Wonka/Laburda 2010: 1109) Die Entwicklung in der Kleinstadtregion Gmunden²⁵ wurde demnach von Verstärkungs- und Verdichtungsprozessen bestimmt, sodass Begriffe wie „städtisch“ oder „ländlich“ ambivalent erscheinen. (Kropp 2015)

Der Versuch den Forschungsraum, geopolitisch zu beschreiben, ist ebenfalls von Ambivalenzen geprägt. Die geopolitische Verortung der Region könnte einerseits generell durch die Merkmale des „globalen Nordens“ und andererseits durch die lokale Übersetzung dieser Positionierung z.B. durch die Anpassung an das Konzept der *smart cities* beschrieben werden. „Smart cities are now arguably the new urban utopias of the 21st century. Integrating urban and digital planning, smart cities are being marketed across the world as solutions to the challenges of urbanization and sustainable development.“ (Datta 2015: 3) Die Kritik an das Konzept der smart cities bezieht sich auf das unternehmerische Verstehen urbaner Räume. Am Beispiel der Stadt Dholera, „the first Indian smart city“ (Datta 2015) analysiert Ayona Datta „how global models of smart cities are provincialized“ (ebd.: 4) in der jeweiligen Region. Er bezeichnet in der Umsetzung des „smart city“ Modells einen Paradigmenwechsel für die Deutung urbaner Räume als Orte unternehmerischer Urbanisierung: „Dholera’s fault lines are built into its utopian imaginings, which prioritizes urbanization as a business model rather than a model of social justice.“ (ebd.)

Das Konzept der *smart cities* wird aktuell auch für das Salzkammergut relevant. So sei das Projekt „BEMORE: Gmunden“ (Gaigg 2013) ein Versuch das globale Modell der „smart cities“ für die Region Gmunden lokal umzusetzen. Die ersten Berichte aus dem Projekt im Jahr 2015 beziehen sich auf Entwicklungskonzepte für Betriebe, Mobilität und Raumentwicklung. Der Euphorie hinter Begrifflichkeiten wie „smart city“ steht viel Skepsis entgegen, Orte, Regionen als unternehmerische Projekte zu erfassen. Im Gegensatz zu bekannten Strategien für die Bewerbung von Städten für

²⁴ Das Konzept der Stadtregionen in Österreich unterscheidet in sechs Großstadtregionen mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen, neun Mittelstadtregionen mit 40.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und 18 Kleinstadtregionen mit weniger als 40.000 Einwohnerinnen in der Kernzone. (Wonka/Laburda 2010: 1115)

²⁵ Die Kleinstadtregion Gmunden bilden die Gemeinden bzw. Marktgemeinden Altmünster, Bad Goisern am Hallstättersee, Bad Ischl, Ebensee, Gmunden, Gosau, Grünau im Almtal, Gschwandt, Hallstatt, Kirchham, Laakirchen, Obertraun, Ohlsdorf, Pinsdorf, Roitham, St. Konrad, St. Wolfgang im Salzkammergut, Traunkirchen, Scharnstein und Vorchdorf.

touristische Zwecke – wie z.B. die Kaiserstadt Bad Ischl, Mozartstadt Salzburg etc. – schließen Konzepte wie smart cities an eine Disziplinierung der Akteurinnen im Sinne neoliberaler Logiken an: marginalisierte Gruppen sollen in der Öffentlichkeit nicht sichtbar sein und werden an die Ränder der städtischen Gebiete gedrängt. Städte werden „verdinglicht“ und stehen im globalen Wettbewerb zu einander. (vgl. Schipper 2013) Wie bereits im Migrationsdiskurs reichlich vertreten überwiegen Ideen der „Bereicherung“, „Diversity“ oder „Vielfalt“ ohne Rückgriff auf Fragen sozialer bzw. globaler Gerechtigkeit oder auf Bewegungen, die sich gegen die Kommodifizierung des öffentlichen Raums positionieren. Es stellt sich auch hier die Frage „was wir mit ‚Orten‘ meinen und welche Beziehung wir zu Ihnen haben“ (Massey 2013 [1991]: 85).

7.5 Räumlich-diskursive Dis-Kontinuitäten im Salzkammergut

Das Salzkammergut ist eine disperse Region geteilt zwischen den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg und Steiermark. Im Gegensatz zum Datenmaterial der Interviews wie auch zu den Erfahrungen in der Region, wird diskursiv eine regionale Einheit propagiert, die sich in Medienberichten als das „zehnte Bundesland“ wiederfindet. Ein Beispiel dafür, dass die Distinktion innerregional auf mehreren Ebenen stattfindet, liefert der folgende Interviewausschnitt:

[...] zwischen Gmunden und Ebmsee gibts jo so a leichte... Des wo a aus der Geschichte heraus, jo, des wo a die Arbeiterstadt, der ArbeiterORT, und donn Gmunden diese STADT, und wo ma a dieses... die vielleicht hoit domois verSNOBBT woan, und de auf Ebmsee runterschaut hom. Es hot a lang ka STRASSE gebm zwischen de zwa... Oiso des wo a so diese Geschichte, die dahinter steht, und do hob i ma domois, ois wie i do herkommen bin und olle hom mi ongredd „Ah, du bist aus Ebmsee!“, (schmunzelnd) und (mir) wo a des immer fuachtboar „Ah, i bin ka Ebmseerin, i bin a Traisstädterin!“, des wo a gonz fuachtboar domois! Oba irgendwie... Jo, i bin... I... Ma merkts! I red... ich spreche ned den Dialekt von... in typischen Salzkammergut-Dialekt, weder von Ebmsee, no von Gmunden, no von irgendwo innen, i hob a so a MISCHform mittlerweile, und, jo [...]

Exp_Syros_a

Der Konstruktion einer räumlichen, sprachlichen und sozialen Einheit widersprechen sowohl die landschaftlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Unterschiede wie auch die sprachlichen und historischen Diskontinuitäten, die sich in den Alltagserfahrungen der Menschen niederschlagen. „Salzkammergut“ ist daher weniger eine räumliche und kulturelle Einheit dafür ein Kampfplatz diskursiver Deutungsmuster. Im Zuge des innerregionalen und globalen „Wettbewerbs“ um die Etablierung eines starken Wirtschaftsstandorts – geprägt vor allem von Tourismus und Pro-

duktion – haben sich jene Erzählungen als dominant durchgesetzt, die eine selektive Wahrnehmung des Salzkammerguts als einen homogenen historischen und kulturellen Raum bewerben: „In sum, any local community’s historical past is a historically contested rather than a timelessly embedded social phenomenon.“ (Smith 2002a: 126)

Auch innerhalb des Bezirks Gmunden deutet die disparate Repräsentationspolitik der Gemeinden auf die Besonderheiten dieser Orte: Bad Ischl als „Kaiserstadt“, Ebensee als „Rote Hochburg“, Gmunden als konservatives Verwaltungszentrum, Keramik- und Öko-Stadt sind Beschreibungen, die keine einheitliche Vergangenheit oder Zukunft begründen. Laut Doreen Massey (1993) produzieren reaktionäre Nationalismen wie auch konkurrierende Lokalismen oder die „reine“ Pflege der Traditionen und die Obsession mit dem kulturellen Erbe problematische räumliche Konzepte: „problematical senses of place“ (ebd.: 64). Ihre Frage ist, welche Möglichkeiten haben wir, alternative Raumkonzepte abseits der reaktionären Logik zu erfassen. Ausgehend von den Überlegungen Masseys ein alternatives Raumverständnis für den Bezirk Gmunden ist denkbar, wenn wir auf die „realen Verbindungen“ fokussieren: „[...] the point is that there are real relations with real content, economic, political, cultural, between any local place and the wider world in which it is set.“ (ebd.: 66) Sie plädiert weiter dafür Räume als Prozesse zu verstehen. „In this interpretation, what gives a place its specificity is not some long internalized history but the fact that it is constructed out of a particular constellation of relations, articulated together at a particular locus.“ (ebd.)

Indem wir den Raum als einen Prozess verstehen, stellt sich die Frage nach dem Umgang mit Gemeinden wie Ebensee, die vom touristischen Branding anderer Gemeinden abweicht. Während Hallstatt²⁶ als Gemeinde, in der der Salzabbau eine zentrale ökonomische Quelle war, sich in den letzten Jahren als internationales touristisches Zentrum etablierte, ist Ebensee exemplarisch für jene Gemeinden, die nicht leicht in diesem Schema passen und nur zum Teil sich der Tourismuswende anschließen können. Im Gegensatz zu Rhetorik der „smart cities“ wird die Marktgemeinde Ebensee medial als „rote Hochburg“ beschrieben. Politisch, z.B. angesichts der Ergebnisse der Nationalratswahl 2013 (Bundesministerium für Inneres 2013), positionieren sich auch weitere Gemeinden wie Hallstatt und Goisern als sozialdemokratisch im Gegensatz zu Verwaltungsstadt Gmunden oder St. Wolfgang, die sich stärker der Österreichischen Volkspartei zuordnen.

Dunkle Wolken hängen über dem Salzkammergut. Das düstere Wetter passt zur Stimmung in Ebensee, dieser roten Hochburg mit langer, kämpferischer Tradition. Der Ort steht und fällt

²⁶ Eine für zahlreiche Irritationen sorgende Folge des touristischer Markenzeichens von Salzkammerguts ist die Errichtung eines Abbilds von Hallstatt (Unesco Welterbestadt mit rund 800.000 BesucherInnen pro Jahr) in der subtropischen Provinz Guangdong im Jahr 2012.

mit dem Salzbergbau, der eine lange Geschichte in der Region hat. Die „Pfannhäuser“, wie die SalinenarbeiterInnen respektvoll genannt werden, prägen seit jeher Ebensee. Beim „Konsum“, der als Genossenschaft geführten Supermarktkette, die es hier im Salzkammergut noch immer gibt und wo Kindheitserinnerungen lebendig werden, erklärt mir eine Frau den Weg zur Saline, die etwas außerhalb des Orts liegt. (o.A. 2010)

Dieser Bericht über aktuelle Arbeitskämpfe rund um die Salinen – seit der Schließung der Textilindustrie ein wichtiger Arbeitgeber in Ebensee – schließt an die historische Entwicklung des Ortes an. Das Salzkammergut wird darin als eigensinnige Region mit einer in den Kollektivierungsformen bedingten Widerstandskultur beschrieben: „In den Industrieorten des Salzkammerguts, darunter auch Ebensee, bildete sich ein hohes Maß an demokratischer Gesinnung und spürbares Resistenzverhalten gegenüber den Machthabern aus.“ (Quatember/Felber 2005) Die Identitätsbildung als ArbeiterInnen wird insgesamt als das Fundament widerständiger Gesinnung in der Region betrachtet.

Die historische Bedingtheit des Widerstands im Salzkammergut hat ihre Wurzeln in einer sich früh entwickelnden Arbeiterbewegung. Durch die Jahrhunderte lange Salzgewinnung in den Orten Bad Aussee, Altaussee, Hallstatt, Bad Ischl und Ebensee entstand spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts eine selbstbewusste Lohnarbeiterschaft, die gegen die evidente soziale Benachteiligung zu Protestmaßnahmen gegenüber der Obrigkeit bereit war. Nicht ohne Grund entstanden die ersten Arbeiterbildungs- und Konsumvereine in den Jahren ab 1867 in der Region des Salzkammerguts. (Quatember/Felber 2005)

An der Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung konnte der Widerstand im Salzkammergut nach der nationalsozialistischen Machtübernahme anschließen. Laut Klaus Kienesberger und Lukas Meissel (2010) knüpfte der Widerstand während des zweiten Weltkriegs ebenfalls an den sozialdemokratischen und kommunistischen Strukturen der Jahre 1934 bis 1938.

Der Widerstand im Salzkammergut hatte zwei Gesichter: Die legale Basis, die Organisation und Verpflegung erledigte – zumeist waren dies im konkreten Fall Frauen – sowie jene, die untertauchen mussten, weil sie vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wurden. Diese bildeten den Kern des organisierten Widerstands im Salzkammergut: KZ-Flüchtlinge wie Sepp Plieseis, Haftentflohene wie Alois Straubinger und Karl Gitzoller – dazu kamen Deserteure, Selbstverstümmler, „Nichteinrucker“. (ebd.: 13)

Der Fall von Ebensee ist von besonderem Interesse, weil durch Organisation wie das „Zeitgeschichte Museum Ebensee“ (ZME) mit der Aufarbeitung der Geschichte des dort errichteten Konzentrationslagers (KZ), das unter dem Tarnnamen „Projekt Zement“ durch die SS KZ-Insassen aus kriegswirtschaftlichen Überlegungen als Arbeitskraft eingesetzt und im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie zu einem großen Teil ermordet wurden.

Zwischen 1943 und 1945 wurden insgesamt ca. 27000 männliche Häftlinge aus mehr als 20 europäischen Ländern nach Ebensee deportiert. Etwa 8500 Menschen kamen hier infolge des Arbeitseinsatzes, durch Entkräftung und Hunger, aufgrund von Seuchen und Krankheiten oder durch Gräueltakte ums Leben. Rund ein Drittel der Häftlinge war jüdischer Herkunft, in kleiner Anzahl befanden sich auch Zeugen Jehovas, Roma und Homosexuelle unter den Opfern des KZ Ebensee. Die Mehrheit der Insassen bildete jedoch die Gruppe der so genannten politischen Häftlinge. Die Gründung von Überlebendenverbänden, jährliche Erinnerungsrituale und die mündlichen und schriftlichen Zeugnisse der Häftlinge wirkten an der unmittelbaren Etablierung eines kollektiven Gedächtnisses der Deportation mit. (Freund/Schmoller 2017)

Das ZME informiert, publiziert und veranstaltet Ausstellungen und regelmäßige Führungen im ehemaligen KZ in Ebensee. Angesichts der historischen und institutionellen Bedingungen lassen sich jene Orten, wo die NS-Geschichte intensiv ausgearbeitet bzw. wo Erinnerungsarbeit geleistet wird, schwer in der neoliberalen Rhetorik fügen.

Die hier kurz skizzierten Diskontinuitäten weisen auf einige homogenisierende aber auch kontradiktorische Prozesse innerhalb des „placemaking“ hin, die von der neoliberalen Vermarktungslogik abweichen. Abseits der dominanten Erzählung einer kulturell hermetisch geschlossenen Region lassen sich Prozesse des scaling und rescaling erkennen, indem die Orte des Erinnerns präsent oder weniger präsent sind. Innerhalb der Region sind unterschiedliche Orte in rescaling Prozessen involviert, die trotz wirtschaftlicher Überlegungen eine kritische Distanz zu häufig gesehenen folkloren Vermarktungsstrategien des Salzkammerguts aufbauen.

7.6 Institutionelle AkteurInnen

Migration war und ist für das Salzkammergut sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart prägend. In der Beziehung von Raum und Migration werden MigrantInnen als scale makers bezeichnet:

[...] migrants find multiple ways to contribute to the competitive repositioning of their adopted cities as those cities participate in urban and regional restructuring. We indicate this constitutive role by referring to migrants as “scale makers.” Migrants become scale makers as they labor, produce wealth, raise families, and create and reproduce social institutions, thereby contributing to the economic, social, cultural, and political life of their cities. (Cağlar/Glick Schiller 2015a: 12)

Vor allem in touristischen Region können MigrantInnen eine signifikante Rolle spielen (ebd.) Dies trifft für den Bezirk Gmunden zu, insofern als dass MigrantInnen mit ihrer Arbeitskraft dazu beitragen, dass die Region international kompetitiv bleibt. Diese Rescaling-Prozesse finden jedoch zumindest keine Repräsentationsflächen auf der lokalen Ebene bzw. in der offiziellen Geschichts-

schreibung. Die Erinnerungsarbeit über MigrantInnen als AgentInnen der Veränderung bezieht sich vor allem auf die Migrationserfahrungen der von der Region Vertriebenen, Verfolgten bzw. auf die Arbeitsmigration im 18. Jh.. (Museum Ebensee 2017) Zwangsmigration und Verschleppung im KZ-Ebensee, die Verfolgung jüdischer Familien und die Ansiedlung von deutschsprachigen Gruppen aus den Kriegsgebieten im Zweiten Weltkrieg wie auch die Auswanderung nach Nordamerika nach 1850 sind beispielsweise die thematischen Schwerpunkte der Auseinandersetzung mit Migration im Museum Ebensee. Die übermittelten Inhalte aus der Landesausstellung Oberösterreich im Jahr 2008, bei der sich die Marktgemeinde Ebensee mit dem Projekt „Heimat – Himmel & Hölle“ in Zusammenarbeit mit dem Zeitgeschichte Museum Ebensee beteiligte, lassen keine Rückschlüsse auf die genaue inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Migrationsbewegungen. Allein der Hinweis, dass die Migrationsbewegungen seit 1950 anhand des Ungarnaufstandes, über die Balkakriege, bis zu Zweitwohnbesitzern dargestellt wurden, ist evident. ("Landesausstellung 2008" 2008)

Insgesamt leben im Bezirk Gmunden 9466 Personen ohne österreichischen Pass bzw. neun Prozent der regionalen Bevölkerung hat eine andere Staatsbürgerschaft. (Statistik Austria 2017) Räumlich wird Migration vor allem in Nachbarschaften mit niedrigeren Mieten sichtbar. Die Arbeit im Gastgewerbe sieht häufig vor, dass MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen als TrachtenträgerInnen erscheinen, um die „reine“, traditionelle Kulisse, die für den Tourismus als erforderliche Ausstattung vielerorts betrachtet wird, nicht zu gefährden. Raumnehmend sind MigrantInnen vor allem durch ihre Sprachen im öffentlichen und im medialen Raum – vom Freien Radio Salzkammergut (FRS).

Weil das Wohnen in touristischen Regionen teuer ist, ziehen viele Menschen ohne Familieneigentum ins Umland bzw. in Orten, die nicht touristisch ausgeprägt sind und pendeln zu ihren Arbeitsstätten. Laut PendlerInnenstatistik arbeiten 59 % der Erwerbstätigen im Bezirk Gmunden nicht in ihrem Wohnort. (ebd.) Gleichzeitig steigen die Zweitwohnsitze: in manchen Gebieten des Salzkammergut gibt es inzwischen mehr Zweitwohnsitze als Hauptwohnsitze, weshalb die Landesregierung eine neue Gemeindesteuer einführen will. (hes - redaktionelles Akronym 2016) Diese Entwicklung entspricht Ansätzen, die von einer wirtschaftlichen Determiniertheit von Räumen und Raumrelationen ausgehen. (Kropp 2015: 92) Insgesamt lassen sich rescaling Prozesse im Bezirk Gmunden leichter durch die touristische Mobilität als durch die MigrantInnen beobachten.

Im Bereich der Vereine und der Selbstorganisation gibt es keine Abweichungen. Das Vereinsleben in der Region ist intensiv – freiwillige Feuerwehr, politische Organisation usw. – mit feministischen (Frauenforum) und kulturellen Schwerpunkten. Bis zum Abschluss des Projekts waren jedoch kei-

ne übergreifenden selbstorganisierten MigrantInnenorganisationen im Salzkammergut vorhanden. Die migrantische Organisation ist lose und verläuft vor allem informell durch Beziehungen zu anderen MigrantInnen oder innerhalb der regionalen institutionellen AkteurInnen. Ein Topos im Datenmaterial ist die Erzählung darüber, dass MigrantInnen kaum Netzwerke mit der regionalen Bevölkerung aufbauen (können).

Die „Verschlossenheit“ der Menschen aus dem Salzkammergut, die eingeschränkte Mobilität, die doppelten sprachlichen Barrieren – neben dem Standarddeutschen wird immer auch erwartet, dass man Dialekt versteht und spricht – verhindern eine leichte „Integration“ von MigrantInnen in der Region. Dennoch gibt es kaum selbstorganisierte MigrantInnenvereine, die ihre Rechte einfordern oder einfach ihre Anliegen vorbringen. (Neuhold 2014)

Für die Begegnungen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen bedarf es oft institutionellen Rahmenbedingungen, woraus auch ESPRIS entstanden ist. Rund um die Bereiche „Migration“ und „Integration“ finden Prozesse statt, die die Auseinandersetzung damit auf der Ebene der Region oder der regionalen Institutionen verorten. Gleichzeitig handelt es sich oft um die Übersetzung nationalstaatlicher und EU-weiter Vorgaben. In Rahmen dieses *scale-jumpings* entstehen Leerstellen und partizipative Gestaltungsräume, aber auch die Reproduktion von hegemonialen defizit-orientierten Diskursen.

Die Themen Migration und Integration werden in der Region in den letzten Jahren vornehmlich durch regionale institutionelle AkteurInnen aufgegriffen und vorangetrieben. Sie reagieren einerseits auf tatsächliche Probleme, mit denen MigrantInnen, Frauen und weitere vulnerable Gruppen in der Region zu kämpfen haben. Gleichzeitig werden diese Organisation und Vereine vor allem von Bund, Ländern und EU finanziert, wodurch auch die Themensetzungen und Schwerpunkte vielfach vorgegeben sind bzw. an hegemoniale Diskurse anknüpfen. Im Rahmen des Projekts waren diese institutionellen AkteurInnen der Region wichtige PartnerInnen mit umfangreichem Wissen über die Region, die ungeschriebenen Gesetze und die Realitäten der BewohnerInnen. Die ExpertInneninterviews beziehen sich zum großen Teil auf das Wissen in diesen Organisationen und Vereinen. Einige von denen werden im Folgenden kurz vorgestellt.

a) Das Bildungszentrum Salzkammergut

In einer ehemaligen Weberei im Ebensee ist das Bildungszentrum Salzkammergut (BIS) angesiedelt – neben den Volkshochschulen eine wichtige regionale Bildungseinrichtung für das Salzkammergut und der zweitgrößte Arbeitgeber der Region (mehr als 160 MitarbeiterInnen). In ihrer Recherche beschreibt Petra Neuhold (2014) das BIS als ein soziales Dienstleistungsunternehmen mit Schwerpunkt die nachhaltige Entwicklung in der Region im Bereich der Arbeit und Bildung. Die

regionale Entwicklung durch Kurse – vor allem für Erwachsene aber auch für Jugendliche und Kinder – und durch Projekte, die nachhaltig die Arbeitschancen in der Region steigern, stellen die zwei zentralen Richtungen in der Arbeit von BIS dar. Die engen Kontakten mit den Unternehmen und Wirtschaftsverbände wie auch mit politischen und regierungsnahen Institutionen (AMS) vervollständigen das Selbstverständnis von BIS. Finanziert wird das BIS unter anderem durch Bildungsprogramme und Projekte – wie im Fall von ESPRIS.

Die Entstehung des ESPRIS-Projekts ist ein gutes Beispiel für die Arbeitsweise des BIS. Die gesellschaftlichen Entwicklungen hinsichtlich der Verknüpfung von Sprachanforderungen an Integrationsbeweissführung, die Verleihung der StaatsbürgerInnenschaft sowie den Erhalt der Aufenthaltsgenehmigung führten zu einer immer deutlicher werdenden Diskrepanz zwischen den Anforderungen an MigrantInnen und den Deutschkursangeboten in der Region. Das klassische B1-System griff laut Expertinnen zu kurz, aber auch die Fokussierung auf Kurs-systeme wurde zunehmend in Frage gestellt. Das Salzkammergut musste sich darüber hinaus mit speziellen Herausforderungen für MigrantInnen auseinandersetzen. Eines der zentralsten Themen ist die Mobilität in der Region. Ohne Auto ist die Beweglichkeit zwischen den Orten im Salzkammergut sehr eingeschränkt. Aber auch die schlechte Organisation der Kinderbetreuung führt zu begrenzter Mobilität, speziell für Migrantinnen. Das BIS war sich aufgrund der Kontakte mit MigrantInnen in den Deutschkursen vieler Probleme, insbesondere jener von Frauen in der Region, bewusst und bastelte schon seit längerem an der Idee, Deutschförderprogramme anzubieten, die passgenauer und abseits des klassischen Lernangebots sein sollten. (Neuhold 2014)

Das Wissen von BIS war zentral für die Entwicklung von ESPRIS. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Migration bzw. mit den Anliegen der MigrantInnen in der Region startete im BIS-Projektbereich im Jahr 2008 mit dem Projekt MIA – siehe auch Kapitel zu partizipativen Forschung.

[Mia] war eine Weiterentwicklung des Projektes *Reframe*, bei dem die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gefördert werden sollte. Im Rahmen von *Reframe* wurde die Familienfreundlichkeit in der Region anhand von Kinderbetreuungsmöglichkeiten analysiert. Gemeinsam mit Betrieben arbeitete das BIS an der Adaption von Arbeitszeiten und Möglichkeiten innerbetriebliche Kinderbetreuung. Da gerade Frauen mit Migrationshintergrund durch zusätzliche Themen belastet sind, entwickelte sich in der Folge das auf Migrantinnen ausgerichtete Projekt MIA. [...] Im Rahmen des Projekts MIA führte das BIS eine Umfrage bei 100 Migrantinnen aus der Region durch, um sich deren Arbeits- und Lebensbiografien anzusehen. Mehr Anerkennung und bessere Angebote im Bereich der Deutschsprachförderung waren die größten Anliegen der Migrantinnen. Gemeinsam mit den Erfahrungen aus dem Deutschkurs, wurde klar, dass die Migrantinnen hochmotiviert sind, Deutsch zu lernen, es jedoch an Möglichkeiten fehlte, die deutsche Sprache auch im Alltag anzuwenden, weil die Kontakte fehlten. (ebd.)

b) „RIKK – regional.interkulturell.kompetent.“ und der Verein für regionale Entwicklung für die Bezirke Vöcklabruck und Gmunden

Parallel zu BIS bietet der *Verein für regionale Entwicklung für die Bezirke Vöcklabruck und Gmunden* ebenfalls Bildungsprogramme mit Schwerpunkt Interkulturalität in der Region. Die Bildungsarbeit findet in Zusammenarbeit mit dem *Bildungszentrum Maximilianhaus Attnang-Puchheim*, das geographisch nahe an den Bezirk liegt und öffentlich gut erreichbar ist. Besonders aktiv im Bezirk Gmunden ist das Projekt „RIKK – regional.interkulturell.kompetent.“, das vom Bund, Land und der Europäischen Union finanziert wird und dessen Büro von Gmunden aus aktiv ist:

Das Projekt RIKK setzte sich zum Ziel auf der Grundlage eines positiven Verständnisses von Integration bei dem auch die Verantwortung der Aufnahmegesellschaft Berücksichtigung findet, interkulturelle Lern- und Bildungsangebote in der Region sichtbar zu machen und weiterzuentwickeln. Alle Menschen, nicht nur jene mit Migrationshintergrund zählten zur Zielgruppe. Einer der ersten Schritte im Projekt war es, die bereits vorhandenen Kompetenzen in der Region aufzuspüren und weiterzuentwickeln. Dabei versuchte das Projekt an die konkreten Bedürfnisse der regionalen Bevölkerung anzuknüpfen. Insbesondere LehrerInnen und Personalverantwortliche unterschiedlicher, auch landwirtschaftlicher Betriebe konnten damit erreicht werden. Netzwerktreffen sollten Möglichkeiten des Austauschs und der Entwicklung neuer interkultureller Bildungsprogramme bieten. (Neuhold 2014)

c) Integrationsbüro Bad Ischl

Das *Integrationsbüro Bad Ischl* ist eine Initiative der Volkshilfe und Caritas. Es ist eins von den 15 regionalen Kompetenz-Zentren, die als Aufgabe haben, Städte und Gemeinden beim Zusammenleben von einheimischen und zugewanderten Menschen zu unterstützen. (vgl. Volkshilfe Oberösterreich 2017) Während der Projektlaufzeit von ESPRIS waren im Gegensatz zu den anderen institutionellen AkteurInnen, bei denen Menschen mit Deutsch als Erstsprache beschäftigt waren, zwei Migrantinnen mit Türkisch und BKS als erste Sprachen mit den Agenten des Büros beauftragt.

Das *Integrationsbüro Bad Ischl* geht von einem positiven Integrationsbegriff aus und organisiert sowohl informelle Treffen (gemeinsames Frühstück, Kochabende etc.) als auch Treffen mit Ehrenamtlichen im Bereich der Sprachförderung und Lernhilfe für Kinder und Jugendlichen.

Weiteres leistet das Integrationsbüro wichtige Informationsarbeit. Zum einen versucht es Eltern über die Vereinslandschaft in der Region aufzuklären und ihnen somit den Zugang zu regionalen Netzwerken zu erleichtern. Dahinter steht die Annahme, dass die fehlenden Kontakte zur deutschsprachigen Mehrheitsgesellschaft mit ein Grund sind, weshalb viele Kinder in der Schule Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben. Zum andern zielt die Informationsarbeit auf die Weitergabe von Wissen in Bezug auf Politik und Gemeindewesen, Gesundheit, Arbeit und Bildung. MigrantInnen, die sich neu in der Region niederlassen, sollen so einen raschen Überblick über die Organisationsstrukturen der Region und die Möglichkei-

ten, Unterstützung zu erhalten, informiert werden. Durch Veranstaltungen wird darüber hinaus versucht Vorurteile in der Region abzubauen. (Neuhold 2014)

d) Frauenforum Salzkammergut

Das *Frauenforum Salzkammergut* ist eine bedeutende feministische Organisation im Bezirk Gmunden. Sie trägt einerseits dazu bei, dass Alltagsprobleme und -fragen rund um Frauenrechte in der Region aufgegriffen werden. Andererseits ist das Frauenforum involviert in die Organisation von Bildungsangeboten und Produktion von Öffentlichkeit für aktuelle Themen. Ähnlich wie BIS ist das Frauenforum in Ebensee angesiedelt.

Mitte der 80er Jahre gründete sich das Ebenseer Frauenforum als eine lose Verbindung von Frauen, die auf Initiative des damaligen Pfarrers von Ebensee als überkonfessionelle Gruppe aktiv geworden ist. Aufgrund inhaltlicher Differenzen spaltete sich eine Gruppe ab, die sich als überparteilich, überkonfessionell und autonom bezeichnete. Diese Gruppe nannte sich Frauenforum Salzkammergut und betonte mit dem Namen nun auch die regionale Orientierung der Frauengruppe. Veranstaltungen und Treffen wurden auf ehrenamtlicher Basis organisiert, bis das Frauenforum schließlich 1994 den Status eines Vereins beantragte, um einen Kinderhort einzurichten und nun zunehmend auch finanzielle Mittel eintreiben musste, um Frauen anstellen zu können. Mitte der 90er Jahre war gleichzeitig die Zeit in der zunehmend Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ins Salzkammergut migrierten. So organisierte das Frauenforum beispielweise Kochabende und niederschwellige Treffen, um die Frauen beim Einleben in der Region zu unterstützen. Hauptanliegen blieben vor allem feministischen Themen wie Sorgearbeit, Selbstverteidigung oder das Brechen mit Tabuthemen (z.B.: Glöcknerlauf, bei dem lange Zeit nur Männer mitmachen durften) sowie psychologische und juristische Beratung für Frauen im Salzkammergut. (Neuhold 2014)

Das Netzwerk des Frauenforums bietet rechtliche, soziale und psychologische Beratung für Frauen statt ohne jedoch spezielle Angebote für Migrantinnen. Projekte fokussieren auf die Frauen der Region ohne eine Differenzierung zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen vorzunehmen.

Die Arbeit in Bezug auf den Einbezug von MigrantInnen ist in den letzten Jahren wieder ein Thema geworden. So werden Kooperationen eingegangen und Räume der Begegnung geschaffen. Ein Beispiel ist „Grenzenlos feiern“, ein Fest, das alle zwei Jahre stattfindet und versucht möglichst viele Organisationen, Vereine und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenzubringen. Ein weiteres Projekt ist das Leseratten-Projekt, wo Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam mit Erwachsenen lesen, um die deutsche Sprache zu vertiefen. Darüber hinaus organisieren sie Veranstaltungen wie „Argumentationshilfen gegen Stammtischparolen“ und beschäftigen sie sich mit aktuellen soziopolitischen Entwicklungen wie etwa mit dem Thema Haus- und Pflegearbeit, bei dem Migrantinnen eine ganz spezifische Rolle zugeteilt wird. (Neuhold 2014)

Insgesamt stellt die Sichtbarkeit und Vernetzung mit Migrantinnen noch keine Priorität in der Arbeit des Frauenforums dar, ohne jedoch einen Mehrheitsfeminismus ideologisch zu vertreten, was einen Widerspruch darstellt.

e) Freies Radio Salzkammergut

Das Freie Radio Salzkammergut (FRS) war ähnlich wie BIS eine zentrale Projektpartnerschaft für ESPRIS und für das Teilprojekt „Von Sprache zu Stimme – Mehrsprachigkeit und (mediale) Räume für emanzipative Strategien“. Im Sinne der Grundsätze der Alternativen Radios orientiert sich FRS an die Radio- und Gesellschaftstheorie von Hans Magnuns Enzensberger (1997) mit dem Ziel, einen emanzipativen Mediengebrauch zu ermöglichen. FRS ist bemüht, durch Projektarbeit Möglichkeiten für MigrantInnen Medienarbeit zu leisten.

Mit den Pangea Lingua-Radiosendungen, die im Rahmen des Projektes ESPRIS entstanden sind, begab sich das Freie Radio Salzkammergut auf die Spuren der Mehrsprachigkeit im Salzkammergut. Mit der 20-teiligen Radioreihe leistete das Radio damit einen Beitrag, die Themen „Spracherwerb“, „Sprache“ und „Mehrsprachigkeit“ in der Region zu einem öffentlichen Thema zu machen und Reflexionen darüber anzustoßen. Gemeinsam mit SchülerInnen wurden darüber hinaus Mini-Sprachlernkurse aufgenommen und ausgestrahlt.

Schon bevor eine Reichweiten- und Potenzial-Analyse, die gemeinsam mit dem Spectra-Marktforschungsinstitut für ganz Oberösterreich durchgeführt worden ist, ergab, dass die regionalen HörerInnen sich ein mehrsprachiges Programm wünschen würden, arbeitete das Radio an der Umsetzung mehrsprachiger Programme und Beiträge, um die Mehrsprachigkeit in der Region aufzuwerten. Derzeit gibt es jedoch nur eine Sendung in englischer Sprache „Hello Africa“ und einige Projekte und vereinzelt mehrsprachige Beiträge. Um dem Status Quo entgegenzuarbeiten und mehr MigrantInnen als RadiomacherInnen anzusprechen, entwickelte das FRS daher unterschiedliche Strategien: Es schaltete mehrsprachige Anzeigen, versucht bei den Informationsveranstaltungen des Integrationsbüros für MigrantInnen in Bad Ischl das Radio bekannt zu machen und reflektiert die strukturellen Zugangsbeschränkungen des Radios, um diese abbauen zu können. (Neuhold 2014)

Diese Aktionen entsprechen einem Selbstverständnis, das bereits in der Civil Society Declaration von 2003 als die Rolle der community media beschreibt: „Community media würden als jene unabhängigen Medien, die im lokalen Raum und in zivilgesellschaftlichen Bewegungen verankert sind, mit ihrem offenen Zugang und ihrem Partizipationsangebot eine wichtige Rolle in heutigen Informations- und Kommunikationsgesellschaften übernehmen.“ (Hall 2006: 4)

7.7 Rescaling-Prozesse – *Harmony in Diversity*

The Salzkammergut thus gradually turned from a purely economic area into what I would call ‘a national leisure region’ although, of course, it was not the only one. In the summers, it was the true political and societal centre of the Habsburg Monarchy, due to the emperor’s presence in Ischl. But it was also the presence of leading politicians, officials, high civil servants, entrepreneurs, industrialists, artists, writers, actors and upper middle class families – all of whom followed in the footsteps of the imperial family – that transformed this region. The Salzkammergut was the perfect, picturesque setting. Its landscape seemed to promise a

sense of harmony as well as variety, both of which were deemed to be typically Austrian. This feeling of harmony was particularly pronounced among the summer socialites as class differences appeared to vanish. In this way, the landscape and its transport system changed in the service of tourism. Indeed, the local population even adapted their traditional costumes to suit tourists' fantasies of what was typical of the region. (Kreuzer 2014: 245)

Als *rescaling process* zählt die Positionierung der Gegend als kompetitive touristische Region durch die migrantische Arbeitskräfte und die prekären Verhältnisse, die in diesem Zusammenhang entstehen. Ein weiterer Hinweis auf *rescaling*-Prozesse ergibt sich in Bezug auf die Frage der sozialen Beziehungen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen. Die ExpertInnen-Interviews zeigen auf, dass für die Herstellung von sozialen Kontakte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Migrationsgesellschaft spezifisches (Fach-)Wissen als erforderlich gilt: Diese Beziehungen werden in einem bedeutenden Ausmaß nicht auf der privaten Ebene hergestellt, sondern durch professionelles Wissen und entsprechende Maßnahmen geregelt. Im sozialen Bereich findet ein *scale jumping* statt, das unterschiedliche Expertisen, Projekte und argumentative Strategien hervorbringt. Gleichzeitig entstehen in der Region zahlreiche Arbeitsplätze, die sich mit der Organisation und Strukturierung der sozialen Kontakte zwischen den *communities* beschäftigen.

Die Erzählung der *Harmonie* weist auf eine Analysekategorie, die ökonomische und gesellschaftliche Prozesse im Salzkammergut lange begleitet. Die Positionierung des Salzkammerguts als *national leisure region* zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat laut Bernd Kreuzer (2014) dazu beigetragen, dass vor allem das vermittelte Gefühl der Harmonie sowohl landschaftlich als auch sozial ausschlaggebend für das Selbstverständnis der Region war. Die Kategorie der „Harmonie“ als aufschlussreich in Zusammenhang mit *scales* wie auch mit den aktuellen populistischen Diskursen. In ihrer Analyse über Populismus in Westeuropa beziehen sich Daniele Albertazzi und Duncan McDonnell (2008) auf die Beschreibung von *community* nach Zygmunt Bauman (2001): „The people constitute a community, a place where, as Zygmunt Bauman (2001) says, we feel ‘warm’ and ‘safe’ and where there is mutual trust. [...] To say it with Zygmunt Bauman, ‘community’ has become ‘another name for paradise lost – but one to which we dearly hope to return, and so we feverishly seek the roads that may bring us there’ (2001: 3)“ (Albertazzi/McDonnell 2008: 5) Populistische Diskurse warnen von den Feinden – die da „oben“ und die „Anderen“ – dieses Paradieses. Die Inhalte des Populismus beschreiben die AutorInnen in ihrer Analyse folgendermaßen: „This is not a Utopia, but a prosperous and harmonious place which is held to have actually existed in the past, but has been lost in the present era due to the enemies of the people.“ (ebd.)

Ein Schluss aus den ExpertInneninterviews ist, dass *Rescaling-Prozesse* in Bezug auf die Beziehungen zwischen der „community“ und der „Anderen“ stattfinden. Aus den ExpertInneninterviews geht hervor, dass die institutionellen AkteurInnen überzeugt sind, dass die sozialen Kontakte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Region einer Organisation und Strukturierung bedürfen. Das wird als die Aufgabe der institutionellen AkteurInnen gesehen, die zum großen Teil eigens dafür Projekte entwerfen oder Maßnahmen setzen, wobei die Frage der Mehrsprachigkeit häufig im Mittelpunkt steht.

Ich verstehe diesen Prozess einerseits als das hegemoniale Management der *harmony in diversity* im neoliberalen Sinn und andererseits als eine Strategie gegen rechtsradikalen Populismus. Ein Teil der ExpertInnen versteht die sozialen Verhältnisse (wenige übergreifende Netzwerke, Sprachkenntnisse etc.) in der Region als ein Problem, das die MigrantInnen verursachen. Mehrere ExpertInnen gehen indes davon aus, dass rechtsradikaler Populismus die hegemoniale Harmonie der wohlhabenden Tourismusregion herausfordert. Insgesamt setzen die institutionellen AkteurInnen in ihren Strategien rund um *harmony in diversity* häufiger auf MigrantInnen, um „Disharmonien“ bzw. offene Konflikte in der Region zu vermeiden, und seltener auf die lokale Bevölkerung oder auf die Institutionen. Dadurch wird im Rahmen dieser *Rescaling-Prozesse* das pädagogische Verhältnis zu MigrantInnen fortgesetzt. Offen ist noch die Frage, ob und wie die institutionellen AkteurInnen sich verändern und mit welchem Anliegen.

8 „DIE GLEICHE SPRACHE SPRECHEN“

Die Interpretation des Datenmaterials erfolgte im Sinne der Ground Theory (Strauss/Corbin 1997). Grundlage dafür bildeten die umfangreichen Transkripte bzw. ausgewählte, kategorisierte Sequenzen. Die folgenden relevanten Kategorien wurden infolge der Interpretationstreffen im Team sowie in Gruppeninterpretationen gemeinsam mit ExpertInnen und TeilnehmerInnen generiert. Abgesehen von den theoretischen Kategorien, die schon zu Beginn der Begleitforschung relevant waren, sind in den Interpretationsgruppen Themen und Kategorien in die Analyse eingeflossen, die die InterviewpartnerInnen einbrachten. Eine wichtige Kategorie in diesem Zusammenhang war die Rolle, die das Team der Begleitforschung anhand der unterschiedlichen Erfahrungen mit migrantischer Mehrsprachigkeit im Forschungsprozess spielte. Hier nahmen die verschiedenen Biografien der Interviewerinnen Einfluss. Besonders deutlich wurde dieser Umstand in der Frage des Dialekts sowie in der Bedeutung von Scham in Zusammenhang mit Deutschlernen in der Migrationsgesellschaft.

Der Analyseweg wird in den Kategorien-Kapiteln teilweise mit Interviewausschnitten illustriert. Die Ausschnitte wurden strukturell anonymisiert – das bedeutet, dass Namen, Berufe, Orte, nationale Sprachen usw. geändert wurden. Weiters weisen die eckigen Klammern [...] daraufhin, dass der Fluss des Erzählens bei der schriftlichen Wiedergabe von mir unterbrochen wurde. In den meisten Fällen war das ein Mittel, um die geschilderten Zusammenhänge möglichst sinngemäß wiedergeben und die Ausschnitte trotzdem kürzer halten zu können. Die eckigen Klammern wurden auch genutzt, um auf leise bejahende Interjektionen der Interviewerinnen zu verzichten, die in der Transkription festgehalten wurden. Ein weiterer Eingriff in das transkribierte Material ist, dass prosodische Merkmale, die die Transkribentin festgehalten hat, im vorliegenden Text nur sparsam verschriftlicht werden. Auf die Betonung von ganzen Wörtern weisen jedoch Großbuchstaben in den Interviewausschnitten hin.

Die Abkürzungen EI, GI und Exp am Ende der Interviewabschnitte beziehen sich auf das Interviewformat (Einzelinterview, Gruppeninterview und ExpertInneninterview). Die Interviewausschnitte beinhalten außerdem Änderungen, um das gesprochene Wort dem schriftlichen anzunähern. Auf diese Änderungen weise ich in den Ausschnitten nicht gesondert hin.

8.1 Linguizismus – Interventionen und Kollektivierungen

Sprache strukturiert auf vielfältige Weise das Leben sowohl der MigrantInnen als auch der Nicht-MigrantInnen im Salzkammergut. MigrantInnen, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, erleben in der Region den Einfluss der Sprachideologien im Alltag stärker als Menschen, die unterschiedliche Sprachvarietäten oder österreichische Dialekte sprechen, was im Salzkammergut vielfach vorkommt.²⁷ Diese Feststellung entspricht dem theoretischen Wissen, dass Sprache migrantische Erfahrungen kontrolliert und reguliert. (Hall/Greensmith 2005) Räume sind demnach durchweht von Sprachhierarchien und Sprachideologien (Busch 2013), die Sprachpraktiken ermöglichen oder erschweren.

Der gesellschaftliche Umgang mit „ausländischen“ Akzenten, migrantischer Mehrsprachigkeit oder migrantischen Varietäten der hegemonialen Sprache wird wesentlich vom politischen Rahmen und von ökonomischen Bedingungen geprägt. Die diskursiven Kämpfe darüber beziehen sich vornehmlich auf die Auseinandersetzung mit Migration, weil dieses Themenfeld insgesamt eine zentrale Rolle im Selbstverständnis der Migrationsgesellschaft spielt. Daraus entstehen sowohl dominante als auch antihegemoniale Erzählungen. Während die Politik wie auch die Wirtschaft den Migrationsdiskurs instrumentalisieren, formieren sich gleichzeitig Gegenbewegungen und antirassistische Positionen. MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen nutzen die Medienöffentlichkeit immer öfter, um auf gesellschaftliche Konstruktionen, die zu Exklusion und Legitimation von Ungleichheit führen, aufmerksam zu machen. Die kommunikative Macht dieser Teilöffentlichkeit trägt sowohl zur Selbstermächtigung migrantischer Positionen als auch zur Verunsicherung über das Selbstverständnis der Migrationsgesellschaft bei.

Im Rahmen der Interviews gab es, je nach sozialer Situation, unterschiedliche Strategien, mit dominanten Diskursen umzugehen. Eine wesentliche Kategorie waren hierbei neoliberale Denkschemata im Umgang mit Migration und Mehrsprachigkeit: Einerseits wird Mehrsprachigkeit als Ressource gefeiert, andererseits sind vor allem migrantische Sprachen wie beispielsweise Türkisch oder BKS von dieser Anerkennung ausgeschlossen. Dieser Widerspruch ist wesentlich für das Hinterfragen von Sprachideologien, die auf nationale Imaginationen beruhen und Klassenungleichheiten verschleiern. Dominante neoliberale Diskurse enthalten auch eine Logik für die Beurteilung von Menschen, die Deutsch nicht erlernt haben. Die Zauberformel „Ressource Mehrsprachigkeit“ entpuppt sich so als Rezept, das vor allem nach bestimmten Klassen- und Herkunftskriterien wirksam wird und daher nicht gleichermaßen für alle SprecherInnen und Sprachen gilt.

²⁷ So erzählten uns die TeilnehmerInnen wie auch die ExpertInnen, dass es große Unterschiede bereits zwischen Gmunden und Ebensee gibt.

Im Gegensatz zur Anerkennung, die „nützliche“ (Fremd-)Sprachen in der kapitalistischen Verge-sellschaftung oder im nationalstaatlichen Rahmen erfahren, werden migrantische SprecherInnen für ihre Sprachpraktiken „beschämt“. Scham erweist sich als komplexe Kategorie (Dhawan 2013), die eng mit Sprache zusammenhängt. Die Nutzung sowohl der Deutschkenntnisse als auch der Herkunftssprache ist häufig mit der „Beschämung“ des/der SprecherIn verbunden: Die TeilnehmerInnen schilderten solche Momente am Arbeitsplatz, beim Einkaufen, im Umgang mit Behörden, in den Medien.

Die Grundlage dafür liefert unter anderem die Integrationspolitik. Sie hat bewirkt, dass sich ein Defizitdiskurs in Bezug auf MigrantInnen und Sprachen durchgesetzt hat (siehe beispielsweise Mecheril et al. 2010b), der eine staatlich legitimierte Beschämung von MigrantInnen insgesamt zur Folge hat. MigrantInnen werden stets nach ihren Deutschkenntnissen und der Dauer ihrer Niederlassung in Österreich beurteilt und zwar nicht nur von staatlicher Seite, sondern in ihrem Alltag: am Arbeitsplatz, beim Einkaufen, beim Arzt, in der Freizeit etc. Die Erzählung darüber, dass jedeR die Pflicht hat, eine bestimmte Form der deutschen Sprache zu erlernen und innerhalb einer bestimmten Zeit ein bestimmtes Niveau zu erreichen, ist allgegenwärtig. Vor diesem Hintergrund gingen einige ESPRIS-TeilnehmerInnen davon aus, dass sie durch die Integrationspolitik dazu befugt sind, auch im Privaten die Umsetzung dieser Politik zu kontrollieren und MigrantInnen, die dieser „Pflicht“ ihrer Meinung nach nicht ausreichend nachkommen, zur Rede zu stellen. Im Rahmen von ESPRIS hat diese Repräsentationspraxis des Integrationsimperativs gegenüber MigrantInnen zum Teil für Konflikte während der Gruppeninterviews geführt.

Das Beschämen migrantischer SprecherInnen wurde in manchen Gruppeninterviews vor allem dann problematisiert, wenn es den teilnehmenden MigrantInnen gelang, sich gegenüber den Nicht-MigrantInnen als „gute“ MigrantInnen zu positionieren. Linguizismus als staatliche und individuelle Strategie gegenüber MigrantInnen wurde demnach in den Interviews kontroversiell behandelt, ebenso wie der Paternalismus im alltäglichen Umgang mit „Andersprechenden“. Die diskursiven Positionen zu Linguizismus lassen sich entlang einer Trennlinie zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen denken. Vor allem TeilnehmerInnen mit höherer Bildung oder höherem sozialen Status gingen von einer Berechtigung aus, die Integrationsleistungen in ihrem Umfeld persönlich zu überprüfen. Gleichzeitig war Linguizismus auch bei MigrantInnen eine Strategie, um soziale Ungleichheit zu erklären. In einem spezifischen Fall ging es um die Genealogie der Beschämung: Die Eltern seien ihrer „Pflicht“, Deutsch zu lernen, nicht nachgekommen, weshalb der soziale Ausschluss und die Ungleichheiten, mit denen sie konfrontiert sind, berechtigt seien.

MigrantInnen und TeilnehmerInnen, die Dialekt sprechen, teilten diese Erfahrung der Beschämung durch Sprache. Die Möglichkeit bzw. die Worte, darüber zu sprechen, lieferte weiterhin das Themenfeld „Migration“. So erzählten einheimische Frauen, dass sie sich als „Ausländerinnen“ fühlten, als sie sich an einem anderen Ort im Salzkammergut niederließen. Diskurse rund um Sprache und Linguizismus sind gegenwärtig stark verbunden mit Fragen der Migration, sodass es kein anderes Vokabular, keine weiteren Ausdrucksmöglichkeiten über die Abwertung der Sprache gibt als jene des „AusländerIn-Seins“. In den gemeinsamen Interviewsitzungen mit den TeilnehmerInnen, aber auch in den Workshops wurde die Kollektivierung der Erfahrungen mit Sprachen thematisch wie auch konkret im Sinne von Strategien seitens der TeilnehmerInnen besprochen. Die Erfahrung des Linguizismus durch Regiolekte einerseits und durch migrantische Sprachen andererseits hatten viele TeilnehmerInnen gemeinsam. Die Betonung dieser Erfahrung ist im Datenmaterial durchgehend evident. Einen Raum für die Diskussion dieser Erfahrungen zu stellen, sehe ich als eine Intervention, die wichtig bei ESPRIS war.

Zugleich waren die Differenzen der Linguizismuserfahrungen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen bedeutsam. Die MigrantInnen haben in den Besprechungen die Frage des sozialen Abstiegs durch die Migration und durch die Sprache stark thematisiert. Die Dequalifizierung wie auch die Abwertung der Mehrsprachigkeit der MigrantInnen im Berufsleben führen dazu, dass von offizieller Seite häufig nur eine Beschäftigung im Reinigungsbereich infrage kommt. In diesem Rahmen wurden individualisierte Strategien wie auch kollektives Handeln, um sich gegen die Dequalifikation zu wehren besprochen. Ob Erwerbsarbeit im erweiterten Care-Bereich als etwas Beschämendes oder Abwertendes aufgefasst werden darf/kann, wurde intensiv und kontroversiell diskutiert. MigrantInnen adressierten diese Ambivalenzen aus der Perspektive eines Klassenbewusstseins und einer Klassenkritik. Innerhalb der MigrantInnengruppen herrschte nicht immer Klassenharmonie.

ESPRIS war eine Intervention, indem gemeinsame Linguizismuserfahrungen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in einem strukturierten Raum diskutiert werden konnten. Aus dieser Intervention sind nicht unbedingt Kollektivierungsprozesse oder Solidaritäten hervorgegangen. Die Frage der Dequalifizierung stellte sich beispielsweise für Nicht-MigrantInnen nicht. Auch Klassenfragen bei Linguizismus und soziale Chancen waren kein übergreifendes Thema. Einen wesentlichen Unterschied sehe ich jedoch in den Einzel- und Gruppeninterviews: Es war für Nicht-MigrantInnen leichter, die „nationale“ oder „regionale“ Repräsentationsfunktion in den Einzelinterviews abzulegen. Die Anonymität – die in Gruppeninterviews relativ ist – ermöglichte es, eine tiefgreifende Kritik an staatlichen, regionalen und betrieblichen Sprachideologien und -hierarchien zu entwickeln.

8.2 Die ESPRIS-Lernpartnerschaften als partizipative Aktionen

Die sozialwissenschaftlichen Interviews boten einen strukturierten Rahmen für die Auseinandersetzung mit Linguizismus, Migration, Medienarbeit, regionale Sprachenregimes etc. Weniger strukturiert waren die Begegnungen der TeilnehmerInnen innerhalb der Lernpartnerschaften. Die Lernpartnerschaften wurden vom Bildungszentrum Salzkammergut (BIS) als Tandems organisiert. BIS begleitete diese – soweit es bei den verschiedenen Sprachen möglich war – mit Lernmaterialien und veranstaltete regelmäßig Reflexionstreffen für alle LernpartnerInnen.

Die Idee der Lernpartnerschaften versuchte von Anfang an, mit der Frage der verfestigten Sprachhierarchien kritisch umzugehen. Grundidee war, einen emanzipativen Prozess für das Sprachenlernen anzubieten, indem MigrantInnen und Einheimische bzw. Nicht-MigrantInnen sich als Wissende begegnen und ihre Ideen bzw. eigenen Sprach- und Lernprojekte einbringen können, während sie gleichzeitig Sprachen erlernen und lehren. Die LernpartnerInnen klärten zu Beginn, welche sprachlichen Anliegen sie zur ESPRIS-Teilnahme bewegte. Die hegemoniale Sprache Deutsch war in den meisten Lernpartnerschaften am stärksten gefragt.

Schon sehr früh verdeutlichte der Umstand, dass bedeutende migrantische Sprachgruppen im Projekt keine LernpartnerInnen mit Deutsch als Erstsprache fanden und somit kaum vertreten waren, die Schwierigkeit, gegen Sprachhierarchien vorzugehen und dem Linguizismus in der Migrationsgesellschaft mit ESPRIS zu entgegnen. Bei den Lernpartnerschaften gab es nach zahlreichen Gesprächen des BIS-Projektteams mit etwaigen LernpartnerInnen nur eine nicht-migrantische Teilnehmerin, die Interesse an der türkischen Sprache mitbrachte. Ähnliche Erfahrungen gab es mit BKS oder auch Vlački – Sprachen, die in den migrantischen Communitys im Salzkammergut sehr verbreitet sind. Das war für das ESPRIS-Team ein Dilemma. Eine wichtige Strategie, um gegen ausschließende Sprachhierarchien im Projekt vorzugehen, war daher, dass die BIS- und RadioprojektpartnerInnen vor Ort ihre privaten Kontakte mobilisierten, um LernpartnerInnen für diese Sprachen zu gewinnen. Dieser Umstand zeigt die Schwierigkeit die hegemonialen Verhältnisse durch ESPRIS zu ändern. Die Anliegen von ESPRIS trieben das Projektteam an, Lösungen zu suchen, um die Realität der Sprachhierarchien zu überwinden, nicht zu verändern.

Die Idee von ESPRIS bezieht sich auf ein pädagogisches Verhältnis zwischen den LernpartnerInnen aufgrund ihrer Sprachkompetenzen. Ein besonderer Aspekt ist hierbei, dass dieses Verhältnis im Gegensatz zu öffentlichen Sprachkursen im privaten Bereich stattfindet. Die Lernpartnerschaften wurden zwar institutionell begleitet, die inhaltliche Auseinandersetzung fand allerdings im Privaten statt. Im Rahmen der Begleitforschung berichteten die TeilnehmerInnen, dass der private Raum, in dem die Lernpartnerschaften erfolgten, Solidaritäten, aber auch Antagonismen inkludi-

erte, jedoch keinen kollektiven Raum des Lernens. Als kollektive Räume wurden die Reflexionstreffen im BIS wie auch die (Gruppen-)Interviews, in denen das „Sprachenlernen im Tandem“ besprochen wurde, gesehen.

Im Zuge der umfangreichen Diskussionen zum Thema „Migrationspädagogik“ (Mecheril/Castro Varela/Dirim 2010; Mecheril et al. 2010b) stellt sich eine Reihe von Fragen rund um das Konzept der Lernpartnerschaften an sich: Welche Bedingungen prägen Tandemlernen in einer mehrsprachigen Gesellschaft mit monolingualen Institutionen? Kann Tandemlernen in der Migrationsgesellschaft als widerständige Praxis verstanden werden?

Bildungseinrichtungen der Mehrheitsgesellschaft erhalten innerhalb des Integrationsimperativs gegenüber MigrantInnen eine Schlüsselaufgabe – nämlich „als Agentur der Sozialisation und Akkulturation, in der Vermittlung des Selbstbilds der Gesellschaft, als Ort von Normdurchsetzung und Kontrolle“ (Edthofer et al. 2014). Die relativ autonomen Lernpartnerschaften in ESPRIS waren institutionell im BIS verankert und wurden von ihm teilweise begleitet. Im Gegensatz zu anderen Formaten des Lernens in Institutionen und Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten, Volkshochschulen, MigrantInnenorganisationen usw. fand in den Lernpartnerschaften ein Lernen statt, das aufgrund seiner relativen Distanz zu institutionellen AkteurInnen eine Autonomie ermöglichte, aber die kollektiven Aspekte eines Klassenverbands größtenteils entbehrte.

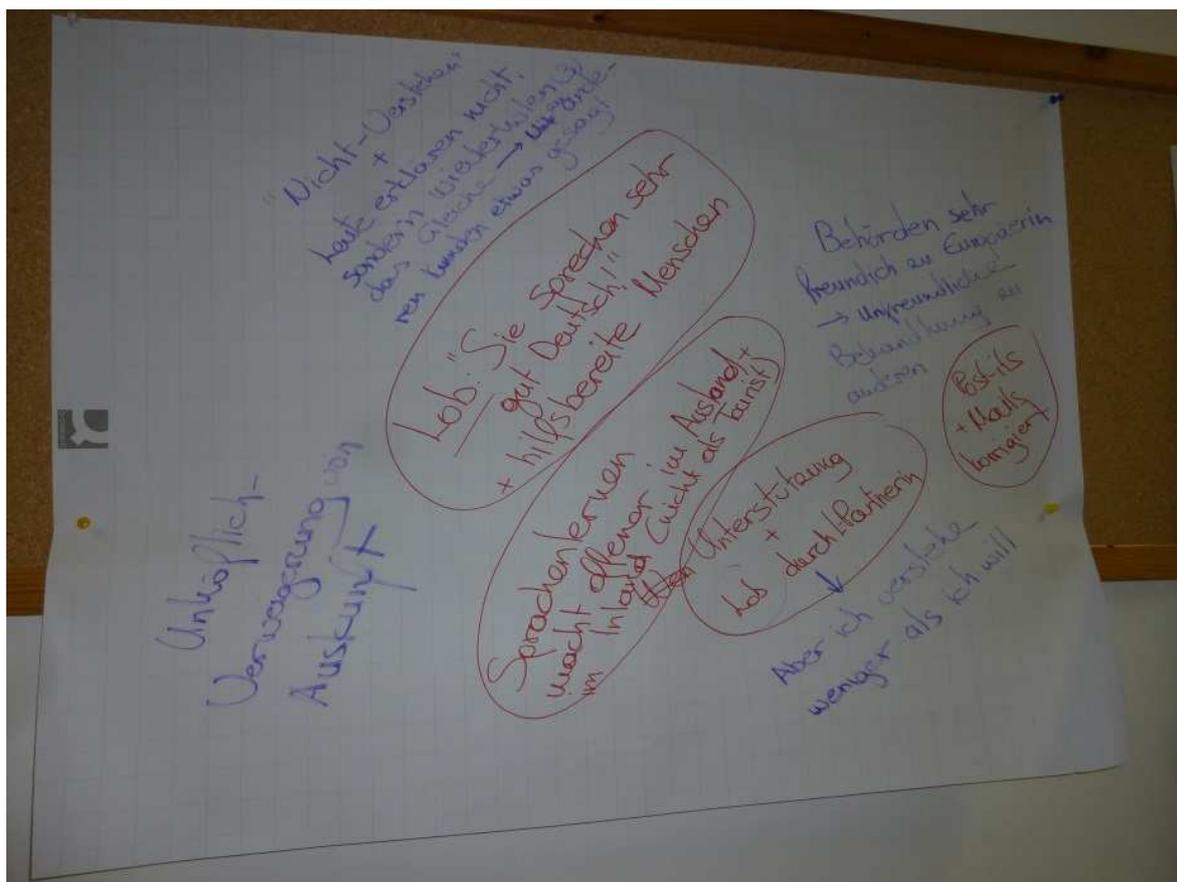


Abbildung 2: Linguismuserfahrungen und Gegenstrategien.
Gruppenposter im Rahmen eines Workshops mit anschließendem Reflexionstreffen im BIS

Im Rahmen der Begleitforschung waren die Rückmeldungen über die Lernpartnerschaften von ESPRIS überwiegend positiv. Die Erfahrungen darin waren vielfältig, und obwohl nicht alle Tandems konfliktfrei verliefen, waren die TeilnehmerInnen für eine Fortsetzung des Projekts. Sowohl MigrantInnen als auch Nicht-MigrantInnen berichteten in den Interviews wie auch in den Reflexionstreffen weniger über die Lernfortschritte, dafür überwiegend über das pädagogische Verhältnis zu den LernpartnerInnen, über Lernbeziehungen und den Aufbau von Netzwerken. ESPRIS brachte demnach eine Bewegung in die Region, die vielen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen abseits des „Unterrichts“ eine Reihe von gemeinsamen Aktionen, Interaktionen und Selbstreflexion ermöglichte.

Die Autonomie der Tandems bot die Chance, dass unterschiedliche Probleme, Fragen und Anliegen konkret behandelt und relevantes Wissen ausgetauscht werden konnten. Diese relative Autonomie der Lernpartnerschaften bedeutete zwar nicht, dass in den Tandems gegenhegemoniales Wissen entstand. Trotzdem stellte ESPRIS eine konzeptuelle Infrastruktur her, um Selbstermächtigung zu unterstützen.

Bildung enthält beides, sowohl hegemoniales als auch gegenhegemoniales Potenzial. Sie funktioniert als disziplinierende Macht, kann aber auch emanzipatorisch wirken. Spivak spricht von Bildung als „unerzwungene Neuordnung von Wünschen“ – das wäre eine neue Pädagogik, die eine nachhaltige Intervention für das Selbstverständnis sowohl von privilegierten als auch marginalisierten Subjekten darstellt. Spivak schlägt vor, dass, während marginalisierte Personen und Gruppen die hegemoniale Sprache lernen, privilegierte Personen und Gruppen nichthegemoniale Sprachen erwerben sollen. Dadurch könnte die diskontinuierliche Trennung zwischen den beiden Gruppen überwunden werden. (Nikita Dhawan im Interview siehe Gouma 2014a)

Für diesen regionalen Wirkungsbereich setzte ESPRIS einen Schritt in diese Richtung. Zwar zeigte sich das Interesse an nicht privilegierten Sprachen im Verhältnis zu den privilegierten nicht in dem Ausmaß, das das ESPRIS-Team angestrebt hat. Die Sprachen Englisch, Spanisch, Französisch und Italienisch wurden von den TeilnehmerInnen stark bevorzugt, während – wie bereits erwähnt – MigrantInnen aus der Türkei oder Ex-Jugoslawien nur wenige LernpartnerInnen fanden.

8.3 Beweggründe für die Teilnahme in den Lernpartnerschaften

Zu Beginn von ESPRIS fand ein erstes Reflexionstreffen statt, bei dem Fragen zu den Erwartungen und zur Motivation in Zusammenhang mit ESPRIS und den Lernpartnerschaften gestellt wurden.

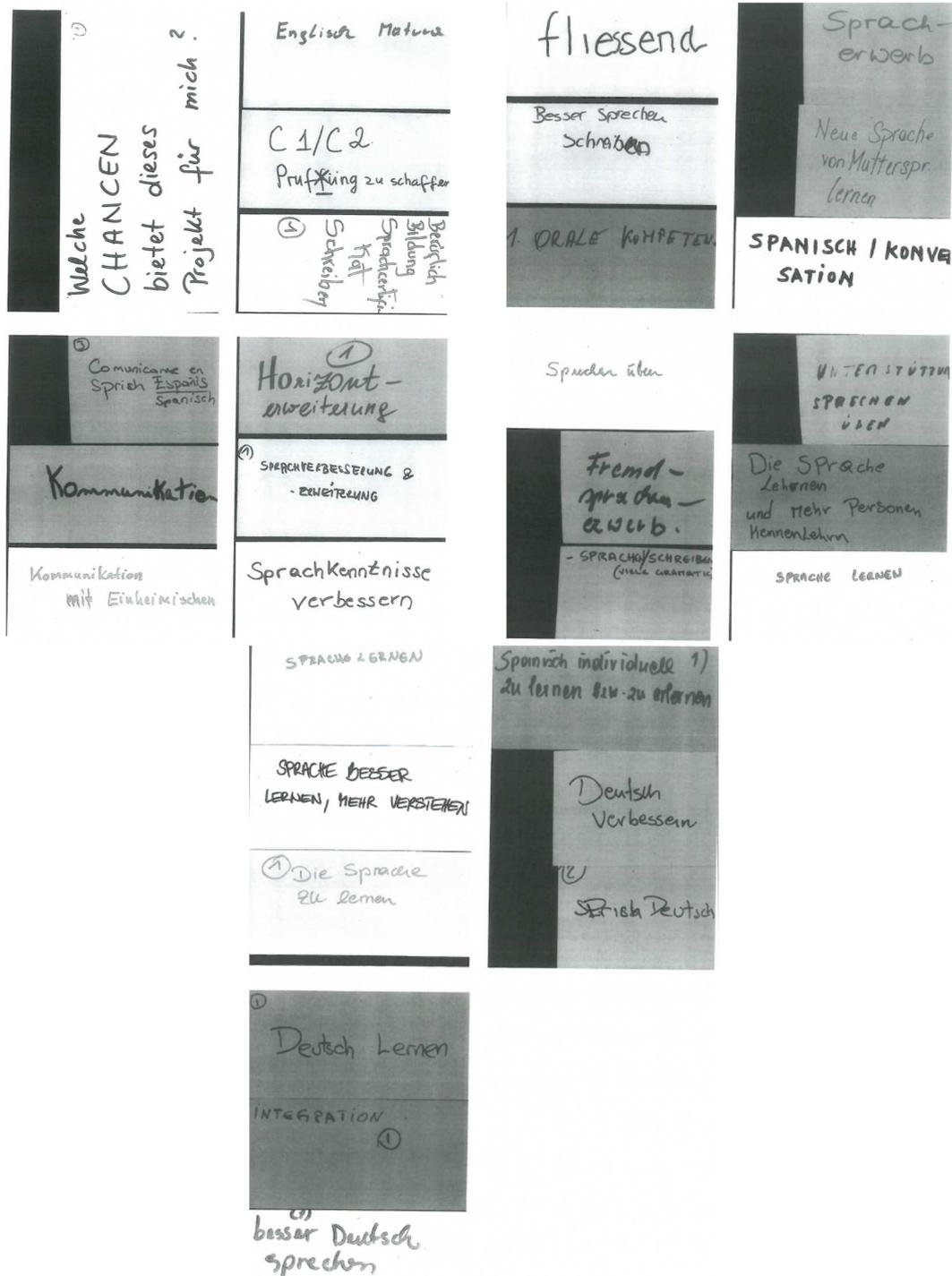


Abbildung 3: „Welche Chancen bietet dieses Projekt für mich?“ – Moderationskärtchen mit Antworten aus dem ersten Reflexionstreffen von ESPRIS

In Bezug auf die Chancen (siehe Abbildung 3) durch das Projekt überwiegt in den Antworten der Wunsch nach dem Erlernen einer Sprache, wobei das Erlernen der deutschen Sprache am häufigsten genannt wird. Neben direkten, zum Teil beruflichen Anliegen (wie dem Ablegen von sogenannten Integrationsprüfungen) fließen in die Antworten Kategorien wie die Bedeutung der Netzwerke in der Region, staatliche Imperative (Integration), Anliegen des Lernens und kosmopolitische Weltanschauungen ein. Weiters geht es in den Antworten um das „Verstehen“, das als Prozess von jenem des Lernens abgekoppelt wird.

Bei der Frage nach den Wünschen und Erwartungen in Bezug auf die LernpartnerInnen (siehe Abbildung 4) entstehen durch die Antworten zusätzliche Kategorien. Die TeilnehmerInnen bauen mit den Lernpartnerschaften Strukturen für das „Lernen durch Korrigieren“ und Möglichkeiten auf, Netzwerke in der Region zu stärken. Diese Netzwerke können zusätzlich unterschiedliche Funktionen übernehmen. Einerseits geht es um Emotionen wie Freude und um Anliegen wie Hilfe bzw. Unterstützung. Andererseits standen bei den Erwartungen an die Lernpartnerschaften Geduld, Motivation und Spaß im Mittelpunkt. „Konsequenz“ im Sinne eines schulischen Lernens kommt nur ein einziges Mal vor. Sonst überwiegt die Vorstellung, dass es sich um eine Form des autonomen Lernens von Erwachsenen handelt, das ohne die Zwänge und Normen des klassischen Unterrichts bzw. die Infantilisierung der Integrationskurse abläuft.

Die LernpartnerInnen wiesen mit ihren Rückmeldungen bei dem ersten Reflexionstreffen darauf hin, dass sie bestimmte Aspekte des Sprachenlernens bisher vermissten hatten bzw. das soziale Lernen für sie wichtig war. Daher war die Motivation, die Lernpartnerschaften als eine positive Lern- und Spracherfahrung zu gestalten, groß.

Der soziale Aspekt der Lernpartnerschaften stand im Vordergrund für die Teilnahme bei fast allen TeilnehmerInnen. Die „Richtigkeit“ oder das Ablegen von Prüfungen stand hingegen nicht im Mittelpunkt der Beweggründe. Die TeilnehmerInnen setzten mit ESPRIS ihr umfangreiches Wissen über Sprachenlernen um: „Die sprachliche Entwicklung ist ein langer und vor allem nicht linear verlaufender Prozess, der von vielen Faktoren abhängt – die intensive positive Spracherfahrung hat dabei einen gewichtigen Anteil. Durch den erzeugten Erfolgsdruck auf die PädagogInnen ist allerdings zu befürchten, dass die Fördermaßnahmen allein auf sprachliche Richtigkeit abzielen und dabei wesentliche kommunikative Aspekte außer Acht lassen.“ (Doubek 2012)

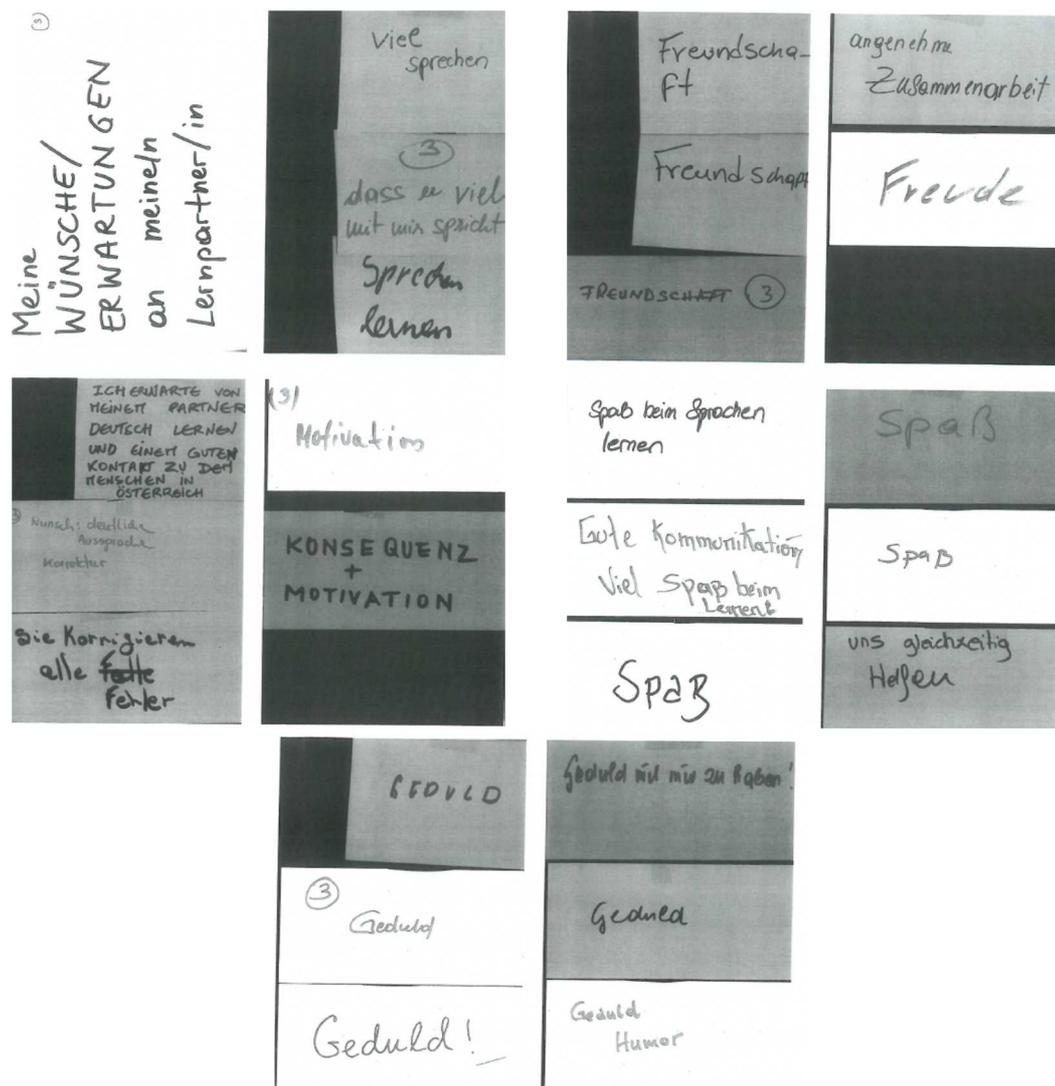


Abbildung 4: „Meine Wünsche/Erwartungen an meine/n Lernpartner/in“ – Moderationskärtchen mit Antworten aus dem ersten Reflexionstreffen von ESPRIS

In den Interviews wurden die bereits genannten Aspekte, Erwartungen und Kategorien ergänzt oder vertieft: Das pädagogische Verhältnis in den Lernpartnerschaften war eng mit Gefühlen und Interaktionen assoziiert, die auf ein selbstbestimmtes Lernen hinweisen. Die Nicht-MigrantInnen berichteten über die Leerstellen in der regionalen Migrationsgesellschaft. Das dortige soziale Leben ist von Grenzlinien geprägt, die Kontakte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen erschweren. Daraus entstand die Imagination des „Abenteurers“, wenn diese Grenzen durch die eigene Initiative beseitigt würden. Das Lernen mit einer Person, die „exotisch“ bzw. nicht österreichisch ist, wird als „cool“ beschrieben, „helfen“ wird ebenfalls als „cool“ kodiert. Am folgenden Beispiel wird auch der Wunsch nach einem verwehrt Rollenspiel geäußert. Der spielerische Umgang mit dem Lernen wird durch die Figur des „Lehrers“ illustriert:

Also i lern Spanisch, mit (da Marilena), meiner Partnerin aus Costa Rica, und i hob des ana-seits gmocht, damit Sprache besser lern und damit i regelmäßig üb, oba a weil i ma docht hob, des warad cool, so a Person kennenzulernen, und ned imma mit Österreicher (zum to-an zu hon), und moi wos Neues auszuprobieren. Und i homma a docht, des warad vielleicht cool, jemandn beim Deutschlernen zum höfm. Also einfoch, (jo, hoit) */(schmunzelnd)* Lehrer zu spielen! */(lacht leise)* *(allg. Schmunzeln)*

GI_Tinos_a

Für die Nicht-MigrantInnen steht die Mehrsprachigkeit in Sinne des Erlernens von Fremdsprachen im Fokus. Gleichzeitig gibt es den Wunsch, ein soziales Lernen der Fremdsprachen zu ermöglichen. Das Interesse in der Region war jedoch stärker auf Kolonialsprachen gerichtet.

Jo, mein Name is Anna, ich komme aus Langwies, bin auch gebürtige Österreicherin, arbeite in Gmunden, hab zwar in der Schule immer Englisch gelernt, aber dadurch, dass ich das praktisch nie anwenden muss, fehlt mir so die Praxis, und, jo, des wollt ich vertiefen, und deswegn hab ich mich ebm für eine Lernpartnerschaft intressiert. Kurse, es is sicher etwas anderes für mich, */(lacht leise)* weil, jo, des is sicher anders strukturiert, und ma is do mit einem Sprachlehrer, aber mich hat so die andere Ebene intressiert, so wen kennenlernen und das etwas persönlicher zu gestalten, und das war eine tolle Chance jetzt mit der Ausschreibung vom BIS, und jetzt */(schmunzelnd)* lern ich Englisch!

GI_Poros_a

Die limitierten regionalen Bedingungen, um Netzwerke aufzubauen, bzw. das Fehlen von Räumen für das Knüpfen von Beziehungen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen ist ein in den Erzählungen wiederkehrender Topos. Daraus ist leicht zu schließen, dass es regional definierte Grenzen gibt, wo MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen aufeinander treffen dürfen, sowie Grenzen, wo eine solche Begegnung nicht möglich ist. Das bedeutet auch, dass die Arbeitsbeziehungen mit MigrantInnen stark limitiert sind bzw. dass diese zu keinen intensiveren sozialen Kontakten führen. Auch Schulen, Kindergärten etc. sind folglich keine Orte umfassender sozialer Begegnungen. Sie werden im Datenmaterial eher als irrelevante Orte für die sozialen Beziehungen in der Migrationsgesellschaft beschrieben.

Int.: Woran liegt das, dass die Kinder nicht so gut Deutsch sprechen, wenn sie in der Schule sind, obwohl sie in den Kindergarten gegangen sind?

Teiln.: Früher wars so, dass weniger Migrantenkinder hier waren. Heutzutage ist natürlich die Anzahl der Migrantenkinder viel höher, in den Kindergarten, in den Schulen, und die Kinder spielen halt in der Gruppe meistens mit ihren Landsleuten

sozusagen, und es wird halt NICHT geschaut, dass die Kinder auch mit den einheimischen Kindern spielen. Das kamma natürlich auch nicht erzwingen, im Kindergarten, mit so kleinen Kindern ... Ich denk mir, dass DAS das Problem sein könnte, weil die Kinder beim Spielen die Sprache SO SCHNELL lernen. Sie habm ehm auch im Privaten keinen Kontakt zu den einheimischen Kindern, wir versuchen ehm auch die Eltern zu informieren, dass es Vereine gibt, Sportvereine zum Beispiel, dass man die Kinder dort einbindet. Und auch so die Sprache ... dass die Kinder die Sprache besser erlernen.

Exp_Hydra_a

Im diesem Interviewausschnitt wird eine defizitorientierte Perspektive auf die Strategien von MigrantInnen in Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit und im Hinblick auf soziale Kontakte eingenommen. Die Expertin geht davon aus, dass im Kindergarten unter den Kindern sprachlich homogene Gruppen gebildet werden, die mit „Anderssprachigen“ nicht in Beziehung treten. Im Rahmen der Gruppeninterpretation stellte sich die Frage, welche Bedingungen dazu führen können, dass Kinder entgegen der Vorstellung des gemeinsamen Spielens im Kindergarten diese selektiven Strategien mit Gleichaltrigen entwickeln. Die oben zitierte Expertin reproduziert den hegemonialen Diskurs, dass vor allem die migrantischen Eltern und ihr fehlendes Engagement dafür verantwortlich seien. Damit wird die Institution „Schule“ aus der Verantwortung der sprachlichen Förderung entlassen.

Der Haltung, dass MigrantInnen kein Interesse an mehrsprachigen sozialen Kontakten haben, wird an anderen Stellen des Datenmaterials widersprochen: Aus der Perspektive der MigrantInnen kam verstärkt der Wunsch, der sozialen Isolation in der Region zu entkommen, indem Netzwerke durch ESPRIS und durch die Lernpartnerschaften aufgebaut werden. Dieser Aspekt wird als wichtiger Beweggrund genannt, bei ESPRIS mitzumachen. Das Wissen über die „Grenzen“ der Begegnungen in der Region stand dabei schon in der Konzeptualisierungsphase von ESPRIS im Vordergrund.

[Es fällt auf], dass die Personen, jetzt die migrantischen Personen, manchmal in den Deutschkursen hochmotiviert sind, engagiert mitlernen, aber dann immer, manche, ja, bedauern, dass sie keine Möglichkeit oder zu wenig Möglichkeit habm, die Deutschkenntnisse auch anzuwenden, ja? [...] Sowohl Bedarf, (wos) jetzt ehm deutsche Sprache Anwendung (geht), andererseits auch den Bedarf, Personen mit Migrationshintergrund und Personen ohne Migrationshintergrund zusammenzubringen, was NICHT automatisch funktioniert, in der Region, ja? Was nicht für alle Zielgruppen ... was nicht für alle Migranten und Migrantinnen gegeben is, dass sie Kontakt habm zur einheimischen Bevölkerung, umgekehrt AUCH, nicht jeder der einheimischen Bevölkerung hat Kontakte zu Personen mit Migrationsgeschichte, und wir

dachten, es könnte unsrer Region nur NÜTZEN, wenn wir Personen zusammenbringen, die sonst NICHT zu einander kommen würden. Jo.

Exp_Perama_a

ESPRIS gelang es, in diese Räume zu intervenieren und Verbindungen herzustellen, was viele Menschen – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – auch in Angriff genommen haben. Die Erkenntnis, dass das Klassenzimmer nicht alle Anliegen erfüllen kann, setzte die Menschen in Bewegung, um soziale Aspekte des Lernens zu unterstützen. Durch die Lernpartnerschaften und das Tandemlernen ist jedoch das „hidden curriculum“ des Schulsystems nicht per se beseitigt worden.

Eine ebenfalls häufige Kategorie bei den Erwartungen an die Lernpartnerschaften ist die Sehnsucht nach Kosmopolitismus in der Migrationsgesellschaft. Obwohl es sich um eine teilweise touristisch bedeutende Region handelt, wird Kosmopolitismus in den Interviews nicht mit Tourismus in Verbindung gebracht. Dafür war vermutlich das Thema „Migration“ zu dominant im Rahmen der Begleitforschung. Im folgenden Interviewausschnitt geht die Teilnehmerin auf eine gesellschaftliche Utopie ein: wie sich die Welt nicht durch eine gemeinsame hegemoniale Sprache, sondern durch das gemeinsam Lernen aller in der Region vorhandenen Sprachen verändern kann. ESPRIS bildet eine Struktur für diese Imagination. Die sprachliche Wissbegierde der TeilnehmerInnen ist demnach eng mit einem sozialen Lernen über Migration und Nicht-Migration verbunden. Gleichzeitig geht es um die Bildung eines Kollektivs durch ESPRIS.

Ja, i finde des gut, weil ersten gibts viele Immigranten in Österreich, welche vielleicht auch oft alleine zu Hause sind, und sie wissn a ned, wo vielleicht ... Wie sagt man da? ... die Freunde kennenlernen oder vielleicht Sprache auch so Lernen, andere Sprachen miteinander TAUSCHEN, und des find i gonz guat! Dann kamma so verschiedene Sprache lernen. */(schmunzelnd)* Wenn diese Projekt, i weiß ned, 10 Jahre geht, dann kömma jede Sprache scho gut kennen/*(lacht leise)* gut sprechen, und des is suppa! Jo. [...]

Besser kamma ned vorstelln! Und so. Und je mehr, i finde, so, wie sogt ma, zusammen so a Gruppe hat, und mehr (zusammenhaltet) mitanander, und ... Und des is schön einfach, ja. Und da fühlt ma auch nicht so ALLEINE bist du hier, und irgendwie bist von Ausland, und das ist bist du irgendwie anders wie alle anderen hier, und des is einfach schöner so, und (ebm a so) eine Projekt zu haben, und immer kommen zu die Termine, und ... Jo. Und verschiedene Sprachen zu lernen.

GI_Aigina_a

Die Bildung einer Gruppe, eines Kollektivs hängt in diesem Ausschnitt mit Empathie und Enthusiasmus zusammen. Der Umgang mit Differenzen in den Lernpartnerschaften bzw. die Frage, wie

mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen in den Lernpartnerschaften umgegangen wird, stand nicht zur Debatte. Trotzdem stellten sich die Lernpartnerschaften als politische Orte dar.

Die Lernpartnerschaften wurden begeistert angenommen und von den TeilnehmerInnen positiv kommentiert. Die LernpartnerInnen nutzten in den meisten Fällen das Tandemlernen in vielfältiger Weise. Bei den Erzählungen über die Lernpartnerschaften ging es um Konzepte des Lernens, emotionale und praktische Hilfestellungen. So führten einige Lernpartnerschaften zu einer aktiven Unterstützung der Lebensentwürfe der TeilnehmerInnen in beruflicher und/oder privater Hinsicht: Bürokratische Wege wurden teilweise gemeinsam bestritten und auch Unterstützung bei der Jobsuche wurde angeboten. Die InterviewpartnerInnen berichteten häufig über Reflexionsprozesse, die ausgehend von den Lernpartnerschaften angeregt wurden.

Im Rahmen der Gespräche mit den TeilnehmerInnen stand die Solidarität mit dem/der LernpartnerIn im Vordergrund. Die TeilnehmerInnen begegneten sich in den Lernpartnerschaften in einem sozialen Setting, das eng mit den sozialen Bedingungen in der Migrationsgesellschaft verstrickt ist. Bei manchen Paaren lieferten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Inhalte für die Diskussionen und für das Lernen während der Treffen. Die Antagonismen zwischen den LernpartnerInnen in der Migrationsgesellschaft, zum Beispiel aufgrund der Sprachkenntnisse bzw. der Mehrsprachigkeit, stellten jedoch kein explizites Gesprächsthema dar. Dafür würden häufig Situationen mit Linguizismus im öffentlichen Raum besprochen wie auch die Berichterstattung über Migration etc.

Es gab demnach in den Lernpartnerschaften einen politischen Zugang zu Ungleichheiten und Mehrsprachigkeit, die eigene Einordnung in die vorhandenen Machtverhältnisse wurde jedoch nicht angesprochen, ebenso wenig wie die Tatsache, dass die Motivationsgründe für die Lernpartnerschaften teilweise von existenziellen Fragen abhingen. Die kontroversiellen Bedingungen, die die TeilnehmerInnen in ein Tandem mitbrachten, standen nicht zur Debatte, obwohl einige LernpartnerInnen das Sprachenlernen als Hobby bzw. Ausdruck des Zeitgeistes betrachteten. Im Gegensatz dazu war das Deutschlernen für viele MigrantInnen verknüpft mit Arbeitschancen oder sogar mit dem Aufenthaltsstatus.

Weil i hobs jo sowieso nur als Hobby betrieben, i wollt mi anfoch überhaupt amol a bissl reinspüren in die Sprache und do is des ned entstanden „DU MUSST“ oder „Du musst“ oder so.

GI_Syros_a

Im Gegensatz zum Interesse der Begleitforschung, die Verhandlungen über die unterschiedlichen Machtpositionen innerhalb des Projekts bzw. im Rahmen der Lernpartnerschaften zu hinterfra-

gen, betonten die InterviewpartnerInnen, dass die Treffen zwischen in den Lernpartnerschaften kollegial und egalitär gestaltet wurden. Gleichzeitig wurden Arbeitsbeziehungen, Begegnungen und rassistische Erfahrungen in öffentlichen Räumen thematisiert, um die Ungleichheit in der Region zu besprechen. Dieser Widerspruch – das Schaffen von intimen Räumen, die scheinbar außerhalb gesellschaftlicher Bedingungen bestehen – blieb im Rahmen der Interviews aufrecht. Kritisiert wurde nur, was außerhalb der Lernpartnerschaften stattfand.

8.4 Die Krise der Erfahrung

Die Begegnungen und das autonome Gestalten von positiven Lernerfahrungen waren zentrale Kategorien hinsichtlich der Erwartungen und Motivation in den Lernpartnerschaften. Frigga Haugs (2003: 69) These ist, „zwar muss man aus Erfahrung nichts lernen, jedoch gibt es kein Lernen ohne Erfahrung. Aber Lernen ist zugleich auch – und dies verbindet die beiden widersprechenden Thesen – die Krise der Erfahrung“. Im Rahmen der Interviews stellte sich heraus, dass eine der Krisen der Erfahrung in den Lernpartnerschaften die Erkenntnis war, wie schwierig es ist, die eigene Beziehung zur Erstsprache zu pädagogisieren. Hierbei geht es um die Erfahrung, wie defizitär bzw. wie limitiert und gebrauchtorientiert das eigene Wissen über die Struktur, Grammatik, Syntax der Erstsprache ist.

Eine weitere Krise der Erfahrung war die Einsicht, dass die Beziehungen und Verhältnisse im Rahmen der Lernpartnerschaften nicht außerhalb der dominanten Machtverhältnisse stattfinden. Die gesellschaftlichen Antagonismen zwischen den LernpartnerInnen wurden jedoch nicht angesprochen. Dagegen sprach vermutlich das gegenseitige „Helfen“, das sich als dominantes Konzept der Interaktionen in den Lernpartnerschaften durchsetzte. Die Erfahrungen der Realität drängen aber auf eine Krise ebenjener. Dabei ging es beispielsweise um das berufliche Fortkommen für Nicht-MigrantInnen durch das authentische bzw. soziale Lernen „nützlicher“ Fremdsprachen. Parallel liefen ihre migrantischen LernpartnerInnen trotz des Engagements beim Lernen der hegemonialen Sprache weiterhin Gefahr, abgeschoben oder beruflich dequalifiziert zu werden. Der Raum der Lernpartnerschaften war privat und politisch zugleich. Die TeilnehmerInnen haben darin sowohl hegemoniales als auch gegenhegemoniales Wissen produziert, Netzwerke geknüpft und solidarische Beziehungen aufgebaut.

Eine der Krisen der Erfahrung für MigrantInnen war, dass ihre Exotisierung nicht dazu beiträgt, dass ihre sozialen Anliegen erfüllt werden. Vielmehr führt diese dazu, dass sie mit Fantasien konfrontiert werden, die sie zunehmend einschränken. (vgl. Castro Varela 2007) So beeindruckend die individuellen Biografien und Kämpfe für ein besseres Leben sind, so sehr bleiben soziale Ver-

änderungen aus bzw. finden sie nur sehr langsam statt. Vor allem Migrantinnen problematisieren die Exotisierung, weil sie im öffentlichen Raum noch immer unmittelbar auf die kolonial geformte Hypersexualisierung der „fremden“ Frau treffen.

Der gegenseitigen Erfahrungen des Linguizismus führten zu ambivalenten „Krisen“. Patricia Tomic (2013) schildert die Widersprüchlichkeit der Erfahrungen mit Linguizismus zwischen ihrem akademischen Leben als Soziologieprofessorin und in ihrer Wohnumgebung. Letztere beschreibt sie als prägend für das eigene Leben und die eigene Identität: „The large majority of the population in the area is white and conservative. Living difference and otherness, and being perceived arrogantly defines my life and identity here; these are powerful social things. Although for me my accent reaffirms my Latina identity and my sense of self, it is also a daily reminder of the ways in which language and racism intertwine.“ (ebd.: 13)

In ESPRIS wurde Linguizismus als etwas behandelt, das nur in Distanz zu den Lernpartnerschaften passiert. Die Differenzen in den Linguizismuserfahrungen standen dabei im Widerspruch zum Bedürfnis nach Harmonie oder Solidarität in den Lernpartnerschaften. Wie bereits diskutiert gingen die TeilnehmerInnen davon aus, dass sie ähnliche Linguizismuserfahrungen haben. TeilnehmerInnen, die Regiolekte des Deutschen sprachen, erzählten darüber, indem sie sich das Vokabular der Migrationserfahrung aneigneten: „Da habe ich mich wie eine Ausländerin gefühlt.“ Darin manifestiert sich eine „Krise der Erfahrung“, die sich jedoch weigert, die Differenzen zwischen der eigenen Erfahrung als lokale Person bzw. „Inländerin“ und den Erfahrungen der „AusländerInnen“ aufzugreifen. Die Lernpartnerschaften waren demnach ein limitierter Raum für die Reflexion der eigenen „Involviertheit in linguizistische gesellschaftliche Verhältnisse“ (Dirim et al. 2016: 94).

8.5 Soziale Teilnahmebedingungen

ESPRIS hat für die Entstehung der Lernpartnerschaften auf ein breites institutionelles und privates Netzwerk in der Region zurückgegriffen. Beide regionalen Partner, das heißt, sowohl das BIS als auch das FRS, haben unterschiedliche Kanäle und Kontakte aktiviert, um das Projekt lokal zu verankern. Die informellen Gespräche mit den PartnerInnen ergaben, dass die Öffentlichkeitsarbeit in den unterschiedlichen regionalen Medien vor allem die Nicht-MigrantInnen unter den LernpartnerInnen erreichte. Viele Personen, die sich ursprünglich meldeten, bezogen sich bei der Anmeldung auf Berichte im FRS bzw. in anderen regionalen Medien. Parallel dazu haben die lokalen ProjektpartnerInnen ihre privaten und beruflichen Netzwerke herangezogen, um weitere TeilnehmerInnen aus der Region für die Lernpartnerschaften zu gewinnen. Damit haben vor allem

viele Einheimische bzw. Nicht-MigrantInnen einen Überblick über die Idee von ESPRIS bzw. das Angebot erhalten und sich für eine Teilnahme gemeldet.

Für das Erreichen der MigrantInnen war das Netzwerk der Deutschkurse relevant. Das bedeutet, dass Frauen und Männer, die in diesem Zeitraum an einem Deutschkurs bzw. an regionalen Bildungsmaßnahmen teilnahmen, leichter von den ESPRIS-PartnerInnen erreicht und auf die Lernpartnerschaften bzw. Radioarbeit aufmerksam gemacht werden konnten. Die Erfahrungen der ESPRIS-MitarbeiterInnen, die parallel zum Projekt Deutschkurse begleiteten, waren insgesamt wichtige Referenzpunkte bei der Entstehung und Konzeptualisierung des Projekts. Gleichzeitig fand durch dieses Setting eine Selektion statt: MigrantInnen, die aktuell nicht in Kursmaßnahmen involviert waren, konnten nur unter zusätzlichem Aufwand erreicht werden.

Die Frage, welche Personen überhaupt bei ESPRIS mitmachen wollen/können, beschäftigte jedoch nicht nur das Projektteam, sondern auch die TeilnehmerInnen, sowohl die MigrantInnen als auch die Nicht-MigrantInnen. Aufgrund der Sprachhierarchien und der damit einhergehenden Abwertung der Sprachen der GastarbeiterInnen fanden Menschen mit Erstsprache Türkisch oder BKS nur schwer Zugang zu den Lernpartnerschaften, weil es wenig Interesse an diesen Sprachen in der Region gab. In den Interviews wurde indes häufig auf Menschen türkischer Herkunft Bezug genommen. Der „türkische Mann“ war ein Symbol, um negative Emotionen in der Migrationsgesellschaft zu illustrieren. Dabei ging es vor allem um die Ethnisierung von Bildungs- und Lerntugenden. Die umfassende Kulturalisierung von Differenzen in den Diskursen der Mehrheitsgesellschaft führt damit auch zu Kategorisierungen von Sprachen (Woodin 2010: 226).

Das hab ich sehr positiv empfunden, weil eigentlich ich hätt es nicht mit jemandem gemacht, der mir völlig fremd war! Und es war einfach praktisch, weil wir uns gekannt habm, [...] und das hat völlig gepasst! Also i hob des nicht als negativ empfunden! Es woa für mich angenehm, dass es wer is, den ich KENNE ... Jo. Weil für Türkisch hätt ich mich auch nomoi ein bisschen überlegt gehabt, aber da hab ich mir gedacht, „Des is ein FREMDER“, und man ist da einfach nicht so LOCKER oder so ... ICH zumindest!

El_Syros_a

In diesem Interview wird dem Lernziel Türkisch die Fremdheit des türkischen Mannes zum Hindernis. Paul Scheibelhofer (2011) spricht von ethnisierenden und maskulinisierenden *controlling images*, die den Diskurs über „den türkisch-muslimischen Mann“ prägen. Im Interviewausschnitt wird diese Figur reproduziert, gleichzeitig aber der Umgang damit individualisiert. Die Interviewteilnehmerin bezieht sich dabei auf ihren Wunsch, bereits eine Beziehung zur LernpartnerIn zu haben, um Spannungen (sich nicht „locker“ zu fühlen) zu vermeiden. Zwei Codes lassen sich dar-

aus generieren: Einerseits wird das Tandemlernen in Verbindung gebracht mit dem Aufbau einer Beziehung. Negativ wird dabei die Frage der Zeitressourcen rezipiert, da es solche erfordert, um eine Verbindung zu den LernpartnerInnen aufzubauen. Zugleich wird die Kategorie der Fremdheit eingeführt, wobei sie in diesem Fall ihren Ausdruck in der Imagination des türkischen Mannes findet. Andererseits wird das pädagogische Verhältnis nicht als Herausforderung für die Beziehung zwischen zwei Bekannten wahrgenommen. Im Gegensatz zu dieser Erzählung berichteten andere ESPRIS-TeilnehmerInnen, dass sie es negativ erleben, ein pädagogisches Verhältnis in berufliche Zusammenhänge oder Lebensbeziehungen – Freundschaften, Partnerschaften etc. – einzuführen.

Die nationalverordneten und geopolitischen Sprachhierarchien stellten ESPRIS auf die Probe: Wie geht ein mehrsprachiges und linguizismuskritisches Projekt mit hegemonialen Sprachen um? Für den überwiegenden Teil der MigrantInnen war das Erlernen der deutschen Sprache eine „Überlebensstrategie“ in Zusammenhang mit Aufenthaltstiteln. Für viele MigrantInnen war Deutschlernen auch ein Weg der Selbstermächtigung. Aufgrund des antimigrantischen Klimas in Österreich und in der westlichen Welt ist jedoch Deutsch als hegemoniale Sprache politisch mit Zwang verbunden. ESPRIS war deshalb eine Intervention, weil es im Gegensatz zur Migrationspolitik, die MigrantInnen je nach Herkunft selektiert und ausschließt, das soziale Lernen von verschiedenen Sprachen im Fokus hatte. Die TeilnehmerInnen wie auch die ExpertInnen wussten bereits, dass bessere Deutschkenntnisse nur in wenigen Migrationsbiografien oder nur in bestimmten Netzwerken auch bessere Berufsmöglichkeiten nach sich ziehen. Das traf für diese Region mit den unterschiedlichen Dialekten und Regiolekten besonders zu. Sprache ist aber nur ein Teil von mehreren und komplexen Ausschlussmechanismen, die bessere Arbeitsaussichten und -bedingungen in der Region verhindern.

ESPRIS war keine Intervention, was die hegemoniale Stellung der Sprache Deutsch betrifft. Die Dominanz von Deutsch in den Lernpartnerschaften wurde nur von wenigen Lernpaaren durchbrochen. Damit war auch ESPRIS mit dem Dilemma konfrontiert,

einerseits an der Stabilisierung hegemonialer Verhältnisse beteiligt zu sein, indem der Fokus auf die Vermittlung der hegemonialen Sprache gelegt wird, und andererseits die deutsche (Bildungs-)Sprache als Schlüssel zu einem gut gesicherten Tor für den Zugang zu unterschiedlichen Ressourcen zu erkennen und damit in der Verantwortung zu sein, trotz einer hinterfragenden Grundhaltung die deutsche Sprache normgerecht zu vermitteln bzw. dafür zu sorgen, dass sie normgerecht vermittelt wird. (Dirim et al. 2016: 87)

Die organisatorischen und konzeptuellen Vorgaben der EU-Projektlogik – insbesondere jene von ESF – als auch die partizipativen Aspekte in ESPRIS bestimmten den Umgang mit diesem Dilemma.

ESPRIS war jedoch nicht der Weg aus diesem Zwiespalt oder gar die „Lösung“ dafür, sondern ein ambivalentes Konzept, damit umzugehen.

8.6 In Beziehung-Treten durch Tandemlernen und Durch die Interviews

Die Kategorie des In-Beziehung-Tretens bzw. der Beziehungen durch die Begegnungen in den Lernpartnerschaften war im ESPRIS-Konzept wie auch in den Gruppeninterviews von Wichtigkeit.

Consider two proficient speakers, one of French and one of Japanese, sitting face-to-face at home or at a public space. They are sipping their coffee and talking in one of these two languages. They still don't know each other very well, but they have agreed on meeting regularly for a few months, and on alternating the use of the languages, so that each of them can learn the language in which the other is proficient. This is neither ordinary conversation nor common exchange of private lessons, and both speakers are not certified foreign teachers. None of them will actually *teach* language. Rather, they will *use* language for sharing ideas, thoughts and cultural information regarding France, Japan and their world views. (Vassallo/Telles 2006: 2, H.i.O.)

Die Tandemlernen-Methode gilt im Bereich des Sprachenlernens als innovative Form, die aktuell vor allem in Verknüpfung mit den Möglichkeiten der *Social Media* angewendet wird. (ebd.) Bei ESPRIS wurde auf den Einsatz von sozialen Medien weitgehend verzichtet: Die Kontakte fanden face-to-face statt. Maria Luisa Vassallo und João Telles (2006) beschreiben das Tandemlernen als eine kollaborative, autonome, flexible und reziproke Methode für das Erlernen einer Fremdsprache. (ebd.) Diese Beschreibung ist nachvollziehbar, da Lernerfahrungen in den unterschiedlichen Schulsystemen selten die Idee der Autonomie miteinbeziehen. Je nach Vereinbarung können LehrerInnen bzw. BeraterInnen den Prozess didaktisch begleiten. Das geschieht meistens in separaten Treffen, bei denen die TeilnehmerInnen zusammenfinden (Müller-Hartmann 2013). Mike Calvert (1999) nennt drei zentrale Aspekte des Tandemlernens: „reciprocity, responsibility and autonomy“ (ebd.: 56).

Tandemlernen ist Teil der Autonomie-Geschichte des Lernens. (Benson 2007) Den Beginn dieser Geschichte ortet Phil Benson (ebd.) in der Aufklärung und vor allem bei Immanuel Kant und John Stuart Mill. (ebd.: 31) Autonomie wird in diesem Zusammenhang jedoch als das Selbstmanagement des unternehmerischen Ichs verstanden. In diesem Sinne beschreibt Calvert (1999: 56) die Lernziele bei Tandems im Bereich der Sprachen folgendermaßen: a) „to learn more about one another's character and culture“, b) „to help one another improve their language skills, and often also“, c) „to exchange additional knowledge – for example, about their professional life“ (ebd.).

Dieses Modell bezieht sich vor allem auf das Lernen von Sprachen in Universitäten, wo auch professionelle Netzwerke entstehen können. (Calvert 1999)

Die feministische Forschung kritisiert indes, dass dieses Verständnis von Autonomie eine Männlichkeitserzählung ist, die konventionelle Geschlechterverhältnisse reproduziert und auf „männlichen Werten“ basiert: „independence, self-sufficiency, and separation from others“ (Mackenzie/Stoljar 2000: 7). Catriona Mackenzie und Natalie Stoljar (ebd.) plädieren daher für eine relationale Autonomie des Individuums als analytische Perspektive. Basierend auf der Idee des autonomen Individuums in Relation zu „European conceptions of a democratic society founded on the exercise of individual autonomy and respect for the autonomy of others“ (Benson 2007: 31), das Selbstverantwortung trägt, ist das Tandemlernen stark im Bildungsbürgertum der westlichen Welt angekommen. Es verwundert daher nicht, dass gesellschaftliche Gruppen, die sich durch Leistung (in der Bildung und im Beruf) definieren, über selbstorganisiertes Tandemlernen berichten:

Ich heiß Clara, bin seit einem Jahr Frauenbeauftragte im Gemeinderat, bin Rechtsanwältin, Mutter von zwei Kindern, hab fünf Enkelkinder, ich freu mich über meine liebe, ideenreiche und lebendige Familie, genieße, dass ich hier wohnen kann, in der (schönen) Gegend. (Und bei mir) gibts zwei neue Begriffe, die für mich faszinierend sind: Das eine heißt „Verantwortung“, das andere heißt „Herausforderung“. Herausforderung war für mich zum Beispiel die Erfahrung, [selbstorganisiert] Norwegisch zu lernen ohne Lehrer. Und das ist möglich gewesen durch die Gruppe, wo ma sich so gut versteht, und wir können (uns jetzt) miteinander unterhalten und wir (planen eine Reise). Und dann hab i mir überlegt, wir machen uns keinen Druck und sind (in der Freude). Die gleiche Erfahrung hab ich gmacht mit so einer Englisch-Sache [...]

GI_Syros_a

„Verantwortung“ und „Herausforderung“ sind Codes, die sich in das neoliberale Verstehen fügen und die sich aus dieser Perspektive gut mit der Frage der Mehrsprachigkeit, sowohl in Form von Fremdsprachen als auch mit migrantischer Mehrsprachigkeit, verbinden lassen. Darüber hinaus begegnen wir in der oben angefuhrten Narration einer Imagination über erwünschte Sozialisation: kreativer, schöpferischer Zugang im Umgang mit der eigenen Lebenswelt, Gemeinschaftsgefühl und positive Lebenshaltung. Sowohl die Gruppendynamik im Interview als auch die Beziehungen zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in den Lernpartnerschaften sollten laut Clara, die nicht nur ihre individuelle Position erläutert, sondern auch aus einer weiß-feministischen Repräsentationsfunktion spricht, entlang dieser Botschaften gestaltet werden. Ihre Erzählung verschränkt Elemente des Integrationsdiskurses mit neoliberalen Maximen. Es geht um eine Erfolgs-

geschichte des unternehmerischen Ichs, das selbstorganisiert autonomes Sprachenlernen im Freundeskreis organisiert. Alles ist möglich.

Diese Einführung und Selbstbeschreibung von Clara im Gruppeninterview steht im Kontrast zu den Erzählungen und Vorstellungen der anderen migrantischen und nicht-migrantischen Frauen. Für die Begleitforschung war die Dominanz dieser Vorstellung eine wichtige Stelle im Datenmaterial. Sie, eine Person des öffentlichen Lebens in der Region, zeichnete eine Trennlinie zwischen ihr und den Vorstellungen von anderen Frauen, sie lieferte Worte und Erzählstränge, mit denen sich die weiteren TeilnehmerInnen des Gruppeninterviews zu messen hatten.

Die Klassenzugehörigkeit wie auch die Sprecherinnenpositionen, aus der sich die Frauen zu Wort meldeten, flossen in die Vorstellungsrunden ein:

Teiln.: Ja, ich bin die Renate, ich wohne in Ohlsdorf, ich oarbeit als Verkäuferin, bin verheiratet, hob Kinder, die (*lachend*) erwachsen sind, (*schmunzelt*) do gibts ned viel zu erzählen sunst. (*lacht leise*)

Int.: Und warst du schon immer in Ohlsdorf?

Teiln.: Na, i bin vo Wels noch Ohlsdorf gezogn. Wos eine große Sprachbarriere (*lachend*) wo! (*allg. Lachen*)

GI_Tinos_a

Im Gegensatz zu Clara sieht Renate ihre Lebensgeschichte als eine typische Frauengeschichte in der Region. „Nicht viel über sich erzählen zu haben“ weist als Strategie sowohl auf ein bestimmtes Klassenverständnis als auch auf Geschlechterverhältnisse im Sinne eines feminisierten Lebenslaufs hin. Claras dominante Erzählung und die Positionen, die sie vertritt, beeinflussten die soziale Situation während des Gruppeninterviews in vielerlei Hinsicht. Entlang dieser Positionen entstanden Konflikte, die offen ausgetragen wurden. Der Blick von Clara auf Menschen, die es „nicht schaffen“, wurde problematisiert und ihr wurde kritisch widersprochen. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil einige der TeilnehmerInnen des Gruppeninterviews in vielerlei Hinsicht abhängig von Clara waren.

Tandemlernen wird nach den Vorstellungen von Clara als kreativer Zugang verstanden, wenn es Schwierigkeiten oder unerfüllte Wünsche (Fremdsprachen für eine Reise lernen) gibt, um sich der Herausforderung zu stellen. Die Teilnahme erfordert demnach „Kompetenzen der Autonomie“ (Meyers 1989), die sich aus dem hegemonialen Wissen und Repertoire der Handlungen ergeben und zu einer „oppressive socialization“ (ebd.) führen können. Das bedeutet demnach, dass in den Begegnungen innerhalb des Tandemlernens eine oppressive Sozialisation in Sinne einer west-

lichen Narration der Partizipation, Selbstverantwortung und Herausforderung stattfinden kann: „Viewed as an educational goal, learner autonomy implies a particular kind of socialization involving the development of attributes and values that will permit individuals to play active, participatory roles in a democratic society.“ (Benson 2007: 31) In den informellen Gesprächen mit den TeilnehmerInnen der Lernpartnerschaften war daher immer wieder ein Thema, welche Lernpartnerschaften nicht den Tandem-Vorstellungen entsprechen bzw. „eingeschlafen“ sind und deshalb neue LernpartnerInnen gesucht werden.

Parallel dazu wird Tandemlernen aufgrund der Beziehung, die die TeilnehmerInnen miteinander eingehen, als Ort der kulturellen Begegnung entdeckt bzw. wahrgenommen. (Calvert 1999; Woodin 2010) Interkulturalität und Tandemlernen werden zunehmend miteinander in Beziehung gesetzt, mit allen Folgen, die eine solche Verbindung aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft bringt. Das ist für die Frage, ob ESPRIS widerständige Positionen gegen die hegemonialen Diskurse ermöglicht, relevant.

In der sozialen Situation der Gruppeninterviews waren diese Dynamiken der „Begegnung“ präsent und wurden moderiert. Bei der Frage, wie die Menschen in der Region mit MigrantInnen umgehen, die mehrsprachig sind bzw. nicht „so gut Deutsch“ sprechen, wurden die Konflikte über die Erzählungen der TeilnehmerInnen offen ausgetragen. Am Beispiel des Gruppeninterviews GI_Syros_a wurden die komplexen Beziehungs- und Machtverhältnisse, in denen die Lernpartnerschaften und ESPRIS stattfinden, kontroversiell besprochen. Dieses bereits oben zitierte Gruppeninterview war paradigmatisch für das Austragen dieser Konflikte, während die anderen Gruppeninterviews konsensorientierter waren.

Zu Beginn verhandelten die anwesenden Nicht-MigrantInnen darüber, wer diese Frage zu beantworten in der Lage sei, wer von den Anwesenden die Sprecherinnenposition aufgrund der Herkunft übernehmen könne und wolle. Die Interviewsituation wurde durch diese Frage zu einem politischen Minenfeld, das sich langsam aufbaute. Nach einigen Beschreibungen aus der Perspektive der Nicht-MigrantInnen berichteten MigrantInnen über direkte und indirekte rassistische Erlebnisse aufgrund der Sprache oder Hautfarbe. Daraufhin wurde von einer nicht-migrantischen Teilnehmerin die Schuld der MigrantInnen an deren „fehlenden“ Sprachkenntnissen angesprochen. Im Sinne des feministischen Selbstbilds wurde die Begegnung mit einem Mann aus Ex-Jugoslawien illustriert, der hier als Beispiel für die Kulturalisierung des Nicht-Deutsch-Lernens durch die Interviewteilnehmerin gilt.

Teiln._A: Aber ich möchte dazu Folgendes sagen: Ich habe sehr viele Migranten als Klienten gehabt. Und da kann ich mich erinnern, da hats solche gegeben, die sind kommen und (im NU ham die) Deutsch gesprochen! Da hab i festgestellt, (also als) Jugoslawien zerfallen ist, da sind ma die Bosnier aufgefallen, die a UNVORSTELLBARE Wissensgier gehabt ham, und die ham sich total unterschieden von den so genannten „Serben“ oder von den da unten, Kosovaren oder was, also das war immer so a gonz a onlara Menschenschlag. Und da hab ich mal drüber nachgedacht, wieso sind die einen so wissbegierig und wolln die Sprache lernen, und die anderen nicht? Weil ich hab das, ehrlich gsagt, als unheimlich UNHÖFLICH empfunden! Und da kann i mi erinnern, einmal, das war a Klient, zu dem ich a Beziehung gehabt, den ich privat gekannt hab, und der is kommen, hab ich ihn gfragt, wie lang er denn schon in Österreich is. Zwanzig Jahre. Und kann (grad) ... Es is nämlich wahnsinnig schwierig, [...] jemand zu beraten, der einem nicht erklären kann, worum es wirklich geht! Und dann hob ich gsogt, „Na, oiso des versteh i ned ganz! Zwanzig Jahr in Österreich und ned Deutsch sprechen können, das is mir zu hoch“. Und der is dann natürlich nie mehr zu mir kommen,

(allg. Lachen / Schmunzeln)

Teiln._A: Der war dann (beleidigt bis geht nicht mehr)! Aber im Prinzip is des unglaublich unhöflich und das wird gar nicht thematisiert! Ich glaube, wenn die Leute bewusst wissen würden, also ... Ich weiß ned recht, ich käm ja gar ned auf den Gedanken, ich wär in der Türkei und nicht Türkisch zu lernen! Also (mir wär das) UNMÖGLICH!

GI_Syros_a

Die TeilnehmerInnen des Gruppeninterviews wurden durch diese Erzählung tiefer in den Konflikt geführt, weil die anwesenden MigrantInnen ebenso von strukturellen, finanziellen und privaten Schwierigkeiten beim Deutschlernen berichteten. Damit wurde nicht nur die Geschichte eines Nicht-Anwesenden durch „Unhöflich-Sein“ kodiert, sondern auch die Geschichten der Anwesenden indirekt mit derselben Lesart konfrontiert. Die InterviewteilnehmerInnen reagierten auf den in den Raum gestellten Vorwurf, „unhöflich zu sein“, durch biografische Erfahrungen mit Rassismus und insbesondere mit Linguizismus. Die darauffolgenden Rückmeldungen von MigrantInnen wie auch Nicht-MigrantInnen verschärften den Konflikt weiter. Es folgte eine Auseinandersetzung darüber, wer über die Region „sprechen“ darf und was es darüber zu erzählen gibt.

Ein weiterer Aspekt war schwierig in den Gruppeninterviews zu besprechen: Im Gegensatz zum Bild des „unhöflichen“ männlichen Migranten oder zum „fremden türkischen Mann“ erzählten die Teilnehmerinnen an mehreren Stellen und informellen Gesprächen über ihre Begegnungen mit offenem Sexismus aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe in der Region. Aufgrund des Femona-

tionalismus (Farris 2011) war der sexistische autochthone Mann in der Region eine diffizil zu beschreibende Figur in den Gruppeninterviews. Die Hypersexualisierung der „fremden“ Frau begegnet jedoch Migrantinnen vielerorts in ihrem Alltag. Die Annahme, dass bei Migrantinnen Sexarbeit eine der wenigen Möglichkeiten sei, finanziellen Ressourcen zu erschließen, führt zu direkten Angeboten im öffentlichen Raum. Die Lebensgeschichten und Beziehungen der Migrantinnen werden stark durch ihre „ungewöhnliche“ Sexualität gedeutet. Vor allem in den kleinen Gemeinden führt die Hypersexualisierung der „fremden Frau“ dazu, dass die Migrantinnen aus dem sozialen Netz ausgeschlossen sind.

Das Wissen über den „regionalen Mann“ ist in der Migrationsgesellschaft vorhanden, das Sprechen darüber findet jedoch bei Nicht-MigrantInnen häufig im „Vertraulichen“ statt. Dabei geht es auch darum, eine diskursive Position abseits des Femonationalismus zu verhindern. Organisationen und Institutionen in der Region gehen mit diesem Wissen sorgsam um. In der Aufbauphase von ESPRIS wurden einige nicht-migrantische Teilnehmer ausgeschlossen, deren Motive dem ESPRIS-Team fragwürdig erschienen. Parallel dazu berichteten feministische Projekte, dass sie bei antisexistischen Aktionen mit dem Vorwurf zu kämpfen hatten, dass sie den Ruf der Region schädigen würden.

8.7 „Die gleiche Sprache“ sprechen

Die Beweggründe in einer Lernpartnerschaft mitzumachen waren an globale und lokale Bedingungen geknüpft. Wenn die TeilnehmerInnen von ihrer Motivation erzählten, wurden Differenzlinien sowohl entlang der relativen Autonomie als auch in der Gewichtung der lokalen oder globalen Faktoren, die damit zusammenhängen, deutlich.

Ja, i hob a Personalentscheidungen mitverfolgt [...], wo i immer merk, wann wer von außen kommt, es is so wahnsinnig schwierig a für den do Fuss zu fassen! Einfoch wannst die Leit ned kennst! Wannst ned a (ein gewissen Stück weit) die gleiche Sprache sprichst! [...]
Wie gsogt, des mocht uns jetzt ois Region ned unbedingt sympathischer, oba es is a Gegebenheit, mit der ma irgendwie leben müssen! Und des widerspricht si a a bissl mit der Tourismus-Thematik! Oba die an san die, die wieder gehn, und die woi ma gern hom, und die soin, i man, am liabstn a es Göd do lossn, ohne dass vielleicht a kommen ...

Exp_Syros_a

„Die gleiche Sprache sprechen“ war eine Metapher, die bei vielen migrantischen Erzählungen die Ausgangsposition beschrieb, beim Projekt mitzumachen. Dabei geht es um die Überwindung von

strukturellen Hindernissen in der Region durch das Erlernen der „gleichen Sprache“. Der Ausdruck steht nicht für die deutsche Sprache, sondern vielmehr für das Sprechen einerseits im Sinne des Dialekts und der Regiolekte und andererseits im Sinne der lokalen AkteurInnen und der Diskurse, derer sich die Menschen in der Region bedienen.

Ein inhaltlicher Aspekt des regionalen Sprechens wird im zweiten Absatz des zitierten Interviewausschnitts geschildert. Die Bedeutung und die Auseinandersetzung mit Tourismus in der Region liefern in den Gesprächen häufig einen Kontrast zur Flucht, Arbeits- oder Familienmigration. Tourismus wird unwidersprochen als eine wesentliche finanzielle Ressource für die Region wahrgenommen. Positiv wird bewertet, dass die TouristInnen „wieder gehen“, womit auch eine Konfliktsituation zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen geschildert wird, die eben nicht in absehbarer Zeit die Region verlassen. Imaginiert wird eine Gesellschaft, die sich abschotten will, aber nicht kann, weil sie vom Tourismus lebt. Gleichzeitig verfolgt die lokale Gesellschaft die ökonomische Vernunft und schließt sich der Tourismusindustrie, wenn auch nicht ganz freiwillig, an. Der ökonomische Beitrag der MigrantInnen stellt darin – wie auch in den dominanten Diskursen – eine Leerstelle dar. Das kollektive Wissen darüber, dass MigrantInnen ökonomisch wesentlich zum Wohlstand beitragen bzw. mehr beitragen als sie vom Staat einnehmen (APA 2017), ist verschüttet von populistischen Kampagnen für ein „völkisches Inländerprimat“ und, historisch gesehen, der engen „nationalen“ Verortung der Gewerkschaften geschuldet. (Griesser/Sauer 2015; Mayer 2010)

Sowohl die ExpertInnen als auch die MigrantInnen kennen die Inhalte dieser „Sprache“. Die zitierte Expertin steht als Nicht-Migrantin in jenem diskursiven Raum, den die „gleiche Sprache“ bietet, und verlässt während des Interviews durch die eigene Positionierung diesen wieder. Die MigrantInnen stehen außerhalb dieses Diskurses. Sie können darüber reflektieren und dagegen argumentieren. Sie können den Diskurs auch für die kollektive Erinnerung wiedergeben und kommentieren. Aber aktiv sprechen sie diese Form der „gleichen Sprache“ nicht. Sie stehen aus unterschiedlichen Gründen außerhalb dieser „sprachlichen Praxis“ (Busch 2013), aber sie sind „nicht sprachlos“ (Salgado 2013).

Der folgende Interviewausschnitt behandelt dasselbe Thema im Rahmen eines Gruppeninterviews mit Migrantinnen. In der Diskussion gehen die TeilnehmerInnen auf die Diskurse über Migration und insbesondere auf die regionalen Bedingungen ein und dekonstruieren sie. Sie zeigen die Widersprüche und die Ungerechtigkeit auf, die diese Diskurse produzieren. Die Kritik, die die zwei Frauen hier entwickeln, bezieht sich auf die Alltagspraxis: Es geht um ein Erfahrungswissen, aus dem die Kritik an den Diskursen entsteht. Während die eine Teilnehmerin dabei affirmativ hin-

sichtlich des Leistungsdiskurses bleibt, äußert die zweite Teilnehmerin eine radikalere Kritik und weist auf die EU-Rechte hin.

Int.: Aber es sind auch viele Touristen da!

Teiln._A: Ja, aber die Touristen bringen GELD! Und wir bringen nicht unbedingt Geld!
(*Teiln._A und Int. lachen leise*)//

Teiln._A: (*gespielt böser, boshafter Tonfall*) Wir NEHMEN Geld.
(*allg. Lachen*)

Teiln._B: Wir nehmen, aber wir zahlen Steuer! Auch.

Teiln._A: Jaja! Aber das ...

Teiln._B: Ja das ... Aber wenn ich arbeite (nicht, nur leben, „Bitte Geld, weil) ich habe keine Essen!“ ... Ich verstehe das. Wenn ich arbeite NORMAL,

Teiln._A: Mhm.

Teiln._B: und ich zahle STEUER AUCH, das is ... WAS is das Problem?

Teiln._A: Das Problem ist, dass sie sagen, dass du nimmst die Arbeit von anderen! „Du, Ausländerin!“ Die vergessen das, DU BIST AUCH EU!

Teiln._B: Ja. Weil zum Beispiel, wenn ein Hotel 10 Zimmermädchen sucht, dann kommen 20 oder 30 Zimmermädchen aus Ungarn, und

Teiln._A: Genau!

Teiln._B: aus Rumänien oder Bosnien oder ...

Teiln._A: Genau!

Teiln._B: Warum? WEIL ...

Teiln._A: Weil du bist schlecht bezahlt!

Teiln._B: (*nickt*) Dann ist diese Arbeit lediglich schwer für österreichische Leute.

Int.: Und es gibt wenig Geld.

Teiln._B: Wenig Geld.

Int.: Schwere Arbeit und wenig Geld.

GI_Tinos_b

Der hier „gespielte“ Dialog zwischen den ESPRIS-Teilnehmerinnen bedient sich der Ironie, um kritisches Wissen über moralische Fragen zu transportieren. Ich verstehe diese Gespräche als Ergebnis der Kollektivierung der Erfahrungen der TeilnehmerInnen, die nicht durch ESPRIS entstehen, sondern im Rahmen des Projekts auf mehreren Ebenen – Radioarbeit, Interviews, Workshops – stattfinden. ESPRIS ermöglichte Räume der Selbstvergewisserung, aber auch der Kritik und des Konflikts, indem für das gemeinsame Besprechen migrantischer Erfahrungen unterschiedlich strukturierte Räume angeboten wurden. Das Konzept von ESPRIS ist eine Intervention, weil durch die Bereitstellung bzw. das Öffnen von unterschiedlichen Aktionsräumen (Lernpartnerschaften, Radioarbeit, qualitative Gruppeninterviews) unterschiedliche Reflexionsebenen über Migration und Mehrsprachigkeit in der Region miteinander verschränkt wurden.

Das Brechen der dominanten Diskurse war im Rahmen von ESPRIS produktiv – nicht weil es die Projektidee ESPRIS war, sondern weil dieses Widersprechen und Verhandeln im Alltag von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Region stattfinden. Die Kritik der Verhältnisse stammt nicht von ESPRIS, sondern sie wurde in Aktionen umgesetzt. Gemeinsam loteten die TeilnehmerInnen unterschiedliche Strategien aus, bastelten an Argumentationslinien und erprobten Techniken des Hinterfragens und Analysierens innerhalb von strukturierten und teilweise moderierten Räumen.

9 RADIOARBEIT, MEDIALE SPRACHREGIME UND LINGUIZISMUS

Radioarbeit ist eine kollektive Strategie für MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, um aktiv und lokal beim Wuchern der Diskurse (Foucault 1978) mitzumischen bzw. eigene diskursive Positionen an die Öffentlichkeit zu bringen. Freie Radios unterstützen marginalisierte Gruppen bei ihrem Anliegen, kommunikative Macht zu erlangen, sowie darin, Teilöffentlichkeiten des Protests zu gestalten. Im Gegensatz zur subkulturellen Verortung der Freien Radios in den Städten versteht sich das Freie Radio Salzkammergut (FRS) als eine Verschränkung von zwei Projekten: Es ist sowohl ein Freies Radio als auch – im Gegensatz zu großstädtischen Radios wie zum Beispiel *Radio Orange* in Wien – ein Lokalradio.

Aiso jetzt beispielsweise im Vergleich Orange zu unserm Radio, Orange is sehr stoak von der Subkultur geprägt, WIR oba hom beispielsweise a a VOLKSMUSIK-Sendung, jo? Oiso, wir nehmen ned NUR diese ursprünglichen Aufgobm eines Freien Radios woahr, (publizistische) Ergänzung, jene Stimmen zu featuren, die ned so repräsentiert san, sondern wir nehmen a klassische Aufgobm von an LOKALRADIO.

Exp_Tinos_a

Für die RadiomacherInnen gehen diese Verortung und vielschichtige Funktion des Freien Radios auf die fehlende oder geringere „kritische Masse“ an Gegenöffentlichkeit bzw. Subkultur in einer Region wie dem Bezirk Gmunden im Salzkammergut zurück. Als Beispiele dafür wurden feministische Aktionen wie der Internationale Frauentag genannt. Die Organisationen, die sich daran beteiligen, begegnen oft Widerstand („Wozu dieser Schmarrn“) und haben Schwierigkeiten, mehr AkteurInnen für solche Aktionen zu gewinnen. In Bezug auf MigrantInnen erwähnten die RadiomacherInnen sowie weitere ExpertInnen in den Interviews, dass die Region insgesamt einen niedrigen Organisationsgrad aufweist. Das bedeutet einerseits, dass alle vorhandenen Organisationen mit Mittel- und Beteiligungsknappheit umgehen müssen. Andererseits heißt das, dass es kaum MigrantInnenorganisationen gibt, die als Ansprechpartnerinnen für gemeinsame Projekte fungieren.

Int.: [...] Und wo hast du vom Projekt gehört?

Teiln.: (Sehr lustig), sehr also zufälliger Weise, da waren wir bei einer Feier mit meinem Mann, und seine, ich glaub ... ich weiß nicht, wer sie ist, aber seine Verwandte, sie arbeitet beim Radio! Und sie hat uns ... Wir haben irgendwie darüber gesprochen ... Ja! Damals hab ich (*schmunzelnd*) nicht so viel zu tun gehabt, und haben halt gesagt, „Jo!“, es wäre halt schön, irgendwas mit der Sprache zu machen,

noch zusätzlich zum Studium, und dann hat sie mir gesagt, „Ja! Wir hobm nämlich dieses Projekt, das startet bald, und wir hätten so Leute mit Migrationshintergrund gesucht!“, und dann hat sie mir mehr darüber erzählt, und dann, so bin ich beim Radio gelandet, und dann, ÜBERS Radio hab ich über das Projekt so von Lernpartnerschaften auch erfahren. (*lachend*) Genau!

El_Syros_b

Die Frage der Bindung interessierter AkteurInnen an kritischen Aktionen stellt sich also für zahlreiche Projekte in der Region. Das FRS macht ein offenes Angebot für Mitarbeit, verfolgt aber zwei unterschiedliche Strategien für die Bildung der Redaktionen. Zum einen wird das Wissen der Beteiligten – das Wissen der Organisation – genutzt, um gezielt AkteurInnen in der Region anzusprechen. Wie der vorangegangene Interviewausschnitt illustriert, nutzen die RadiomacherInnen intensiv ihre privaten Netzwerke, um mehrsprachige MigrantInnen zu erreichen.

Zum anderen kommen Menschen aus eigener Initiative zum FRS mit dem Anliegen, redaktionell mitzuwirken oder eine eigene Sendung zu gestalten. Diese Gruppe beschreiben die RadiomacherInnen als recht homogen: männlich, 50 plus, Mittelschicht, die eine Musiksendung produzieren wollen – meistens Rockmusik. Bei den Radioarbeit-Interessierten in der Region findet also eine gesellschaftliche Vorselektion statt, die dann in die Redaktion einfließt. Für die RadiomacherInnen steht fest, dass die Strategie des gezielten Ansprechens und Motivierens zentral für das Selbstverständnis der Freien Radios als Alternative und Sprachrohr von marginalisierten Gruppen ist. Auch aus diesem Grund ist das FRS an Projekten wie ESPRIS interessiert, die Ressourcen für die konkrete Anwerbung von RedakteurInnen abseits der gesellschaftlichen Vorselektion aufgrund der Geschlechterverhältnisse, der Klassenzugehörigkeit, des Alters usw. bereitstellen. Das Prinzip des offenen Zugangs und damit der Legitimität des Freien Radios werden in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen gedacht.

Angesichts des Linguizismus gegenüber dem regionalen Dialekt und der migrantischen Mehrsprachigkeit entsteht innerhalb des FRS Wissen, das Gegenaktionen ermöglicht. Die RadioexpertInnen setzen dabei sowohl ihr Betriebs- als auch ihr Kontextwissen in Bezug auf die Region um, um Mehrsprachigkeit im Radio möglich zu machen. Der großstädtische Raum wie auch *Radio Orange* in Wien halten dabei wiederholt in den Erzählungen und Verortungen innerhalb des Freien-Radio-Spektrums eine Vorbildfunktion inne.

Oiso im Grund gnommen hots den söbm Auftrog wie jedes ondere Freie Radio, (oba es) äußert si hoit anders, sog i amoi, wei ma in am ländlichen Gebiet sind! Oder wei a des relativ groß is a, unser Sendegebiet! Und es geht natürlich darum, dass so vü Leute wie möglich do

hereinholt, in des Radio, oder denen des überhaupt verständlich mocht, dass es diese Art von Medium GIBT, und dass es a dieser Oart is, sich daran zubeteiligen, und das läuft aber jetzt scho auf unterschiedlichen Wegen, fia mi! Des haßt, es kommen immer wieder Leut von söba, die hoit an Wunsch, Drang, Lust, was a immer hom, eine Sendung zu gestalten, und dann passiert's oba sehr wohl, dass wir a gezielt, bewusst, uns um Leute bemühen! Wo ma uns denken, es wär afoch guat, wann die des a wahrnehmen, diese Gelegenheit oder diese Chance, und des a, sog amoi, ois Vorteil wahrnehmen! Der jetzt ned unbedingt nur anstrengend is, oder Überforderung, oder was a immer, sondern dass des afoch a feine Sache is, sowos zmochn! Und dazu ghörn eindeutig für mi a diejenigen, die ondare Sprochn ois Deutsch sprechen. (Oder auch sprechen). Und was ned so afoch is, [...] sie dann tatsächlich a soweit zu „binden“ ... I nimm des Wort eigentlich ned gern! Wei es geht ned um „binden“! Oba sie ... Des hot bis jetzt no nie über irgendwöche Projektlängen hinaus si fortgesetzt!

Exp_Tinos_a

Das Selbstverständnis des Radios ist, dass Radioarbeit anstrengend ist, dennoch wird sie als Vorteil und „feine Sache“ beschrieben. Vermittelt wird hier der innere Blick in die Organisation und in die Arbeitsbedingungen des Radios sowie die Wahrnehmung der Beziehung zwischen *doing radio* und dem Publikum. Die längerfristige Besetzung der Redaktionen mit Teams ist ein zentrales operatives Thema: Das FRS ist daran interessiert, AkteurInnen längerfristig zu binden. Das ist zwar sinnvoll aus der Perspektive und im Sinne der Zeitressourcen eines redaktionellen Teams, das sich nicht ständig erneuern will. Gleichzeitig geht es um eine Schieflage, die durch die Verknüpfung von unterschiedlichen Motivationen und Angeboten entsteht. Ist Radiomachen Erwerbsarbeit, soziales Engagement, politische Partizipation oder Freizeit?

Die potenziellen RadiomacherInnen nennen als Gründe für das Nicht-Mitmachen-Können sowohl die zeitlichen als auch die ökonomischen Ressourcen. Gleichzeitig fließt in der Auseinandersetzung weiteres Wissen über die Mediendistanz in Bezug auf das Radio ein.

Int.: Und sag, du hast erzählt, du hörst Radio? [...] Hörst du auch das Freie Radio Salzkammergut?

Teilh.: Ah, nein. Höre ich nicht.

Int.: Das empfängst du nicht? Oder ...

Teilh.: Ich hab das einfach nicht, also ich hab kein Empfang? Ja, genau. Ich hab kein Empfang, und ich höre entweder Deutsche Welle, es is so ein Deutsche-Welle-Radio, weiß nicht, ob du das (kennst) ... [...] Da kann man auch Deutsch lernen. So quasi. Deutsche Sprache lernen. Und, ja. Ich mag es!

EI_Salamina_a

In diesem Interviewausschnitt weist zwar die ESPRIS-Teilnehmerin auf ihr Interesse am Radio hin, aber ebenso auf die Probleme beim Sendeempfang in manchen Teilen des Bezirks Gmunden hin. Gleichzeitig ist die Verbindung mit Radiohören und Sprachenlernen ein verbreiteter Referenzrahmen.

Die ungleiche Verteilung von zeitlichen und ökonomischen Ressourcen entlang der intersektionalen Kategorien Gender, Klasse, Herkunft, Status, Sprache, Alter, Bildung etc. trägt im Fall der Region dazu bei, dass die Teilöffentlichkeit des Freien Radios sowohl für die Mediennutzung als auch für die Medienarbeit und -produktion eben nicht „offen für alle“ ist. Vor allem bei marginalisierten Gruppen führt die Ressourcenknappheit zu unterschiedlichen Formen der Mediendistanz. ESPRIS trug dazu bei, dass nicht hegemoniales Sprechen bzw. migrantisches Sprechen zu einer Kategorie des Zugangs zu redaktioneller Arbeit und zur regionalen Öffentlichkeit wurde. Es handelte es sich um eine Intervention, die aber zeitlich begrenzt war. Gleichzeitig sichern MigrantInnen mit ihrer Partizipation die Legitimität des Freien Radios. Die Verteilung der Radioressourcen zwischen Erwerbsarbeit, Projektarbeit und politischer Arbeit oder Freizeitbeschäftigung ist ebenfalls an intersektionelle Kategorien gebunden. Partizipative Projekte stellen damit angesichts der gesellschaftlichen Bedingungen eine prekäre Form der Kollektivierung und der Zusammenarbeit dar.

9.1 Disharmonie in der „Diskussionsrunde“

Die Transnationalisierung der Kommunikation ist eine Herausforderung für das Freie Radio. Durch Kontakte zu MigrantInnengruppen und mehrsprachige Programme kann Freies Radio trotzdem Relevanz für migrantisches Publikum gewinnen. Ausgehend davon nehmen RadiomacherInnen privat an „Diskussionsrunden“ teil, um den Kontakt zu verschiedenen Communitys zu stärken. Diese Diskussionsrunden orientieren sich an kulturellen Praktiken wie jener des „Gemeinsam-etwas-trinken-Gehens“. Der folgende Interviewausschnitt bezieht sich auf Treffen mit muslimischen Männern, die trotz der Religion sich zusammensetzen und Alkohol trinken. Die Religion stellt hier eine Differenz während das Geschlecht und die gemeinsame Trinkkultur als eine Gemeinsamkeit kodiert werden. Offen bleibt in diesem Interview die Frage nach ähnlichen Diskussionsrunden zwischen RadiomacherInnen und Frauen.

Abgesehen vom ersten Eindruck der kulturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten geht der Interviewpartner später auf die zentralen sozialen Kategorien innerhalb der Diskussionsrunde ein. Es sind Klassenunterschiede, die im Vordergrund stehen: Wer hat genug Freizeit, wer hat Ressourcen, um beim Radio mitzumachen?

Teiln._A: Aiso, i hob a poa türkische Freind, die nehmans min Islam ned so genau, mit denan tua i öfters BIER trinken, und DIE sogn, dass ma i leicht red, weu i oarbeit jo nur 30 Stund, und sie oba so 45 aufwärts zum Teil, und dass sies donn einfach nimmer gfreit! Zudem mochn sie die Erfoahrung, dass die Leit, die Radio HEAN, IN ihrer Community, olle türkisches Radio hean, über Internet oder Weltempfänger oder wos waß i, [()] ...

Teiln._B: [Satellit.]

Teiln._A: Satellit, jo. Und dass von do her a kan BEDOARF gibt, so gseng! Des versuch i scho lange Zeit immer wieder ins Spü zbringa, oba (do is no) kein Durchbruch gelungen! I glaub nämlich, wonns donn wirklich amoi einen Durchbruch gebm SOLLTE, donn (könnte des durchaus) () ins Laufen kommen! Oba ebm wieso des so is, doss ma do irgendwie ... Konn da nur des sogn, wos (i do on Feedback kriagt hob)!

Exp_Tinos_a

Die Stärkung des mehrsprachigen Selbstverständnisses des Radios erscheint als Chance für die Erschließung neuer ZuhörerInnen wie auch für den Durchbruch als bedeutendes Medium in den Communities. Das FRS übernimmt in der Region die Funktion eines öffentlich-rechtlichen Senders: Mittels inklusiver Strategien wird versucht, mehr HörerInnen und SprecherInnen in das Radiomachen zu involvieren. Gleichzeitig hat das lokale Radio das Wissen darüber, dass es – wie Chandra Mohanty (1989: 182) betont – keine *harmony in diversity* gibt. Das trifft auch für die lokale Öffentlichkeit zu. „Die gleiche Sprache sprechen“ ist eine analytische Kategorie, die sich auf das Versprechen der Harmonie durch gemeinsames Verstehen bezieht. Als „gleiche Sprache“ ist jedoch die hegemoniale Sprache gemeint, im Namen derer soziale Ungleichheiten verfestigt werden. Ich verstehe diese Kategorie daher auch als eine Aufforderung, Gleiches zu verstehen. Das bedeutet, dieselbe Publikumsagenda zu haben wie auch die dominanten Diskurse zu Migration („Migrationskrise“, „Dankbarkeitsdiskurs“ etc.) zu reproduzieren.

Harmony in diversity setzt die „gleiche Sprache“ voraus. Abweichungen davon führen zu Konflikte, weshalb Öffentlichkeit nicht nur ein Ort des verständigungsorientierten Handelns ist, sondern ein Raum der Disharmonie. Aus der Perspektive der MigrantInnen ist das Sprechen in der Öffentlichkeit darin widersprüchlich. Einerseits sind MigrantInnen konstitutiv als Publikum und RedakteurInnen für das Selbstverständnis der Freien Radios. Andererseits stellt die Partizipation an medialen Öffentlichkeiten ein Risiko dar, weshalb die Kategorie „Angst“ eine Rolle bei den InterviewteilnehmerInnen spielt.

- Int.:** Okay. Und, sag, diese Idee mit dem Radio, ja, dass MigrantInnen jetzt oder Lernpartnerschaften so fürs Radio produziern, dass die so in der Öffentlichkeit auftreten. Wäre das eine Option für dich?
- Teiln.:** Nein, eigentlich nicht. Nein! Weil vom Radio ham sie mich mal gefragt, ob ich da irgendwie so ein ... Es gibt irgendeine Sendung, wo man die Sprache, seine eigene Sprache quasi, sein Land irgendwie vorstellt. Und ... Na, des wär nix für mich!
- Int.:** Und warum nicht?
- Teiln.:** Ich weiß nicht, ich habs mir einfach nicht vorstellen können, wie das funktionieren soll, wie ... Ich war auch dann zeitlich irgendwie eingeschränkt, und ich denk, es is dann doch SCHON viel Arbeit dahinter, dass man sowas vorbereitet! Und die Zeit hab ich eigentlich nicht wirklich gehabt.
- Int.:** Dieses In-der-Öffentlichkeit-Stehen, is das, glaubst du, auch ein Thema? Also es ist bisher wenig in Angriff genommen worden von den Lernpartnerschaften ...
- Teiln.:** Dass sie im Radio auftreten? Ob des des Problem is, dass ma dann quasi im Radio irgendwo rennt? Meinst du, ob des donn für wen des Problem is, dass man des ÖFFENTLICH irgendwie?
- Int.:** (*nickt*)
- Teiln.:** Kann auch sein! Des kann natürlich auch sein. [...] Jo, es KANN natürlich auch sein, dass des irgendwie, es is öffentlich, und es HÖRT jeder, und wann ich mich da verspreche, oder wenn ich des jetzt nicht irgendwie richtig ausdrücke, wahrscheinlich mocht des irgendwie ... Weil es is einfach nicht jeder fürs (*schmunzelnd*) Radio oder fürs Fernsehen und ... Vielleicht is des (doch mit ein) Grund. Und wahrscheinlich auch des Zeitliche ein wenig!
- Int.:** Und bei dir überwiegt das Zeitliche oder auch dieses „in der Öffentlichkeit mit etwas“?
- Teiln.:** Des Zeitliche und ein bisschen auch in der Öffentlichkeit, des! Weil ich DOCH irgendwie TROTZDEM ein bisschen Angst habe, dass ich des auf meiner Muttersprache nicht so hundertprozentig auf einem NIVEAU hinbekomme, was eigentlich für die Öffentlichkeit irgendwie, in meinen Augen, gedacht wäre.
- Int.:** Mhm. Und wenn du andere Leute hörst, sagen wir ... Ich weiß nicht, hörst du das Freie Radio?
- Teiln.:** Ab und zu. Ich hab schon ein paar Sendungen gehört, weil auch eine Kollegin was aufgenommen hat ... Jo, is eh ganz intressant! Oiso eigentlich find i des suppa! Wonn des wer macht, und wonn (so viele Menschen eigentlich dahinterstecken), damit da irgendwie was in Bewegung kommt, find ich generell suppa! Auch beim Radio (Salzkammergut).

El_Syros_a

Die Teilnehmerin spricht in diesem Ausschnitt eine Reihe von Themen in Zusammenhang mit der Radioarbeit an. Zu Beginn weist sie auf die eigenen Arbeitsbedingungen und die Ressourcen-

knappheit hin. Die Erzählerin geht sowohl auf individualisierende als auch auf kollektive Positionen und Anliegen ein. Der Schwerpunkt bleibt jedoch die „korrekte Sprache“. Die soziale Konstruktion der „korrekten Sprache“ bleibt aufrecht, obwohl entgegen der normativen Erwartung „Hochdeutsch“ nicht die Standardsprache im regionalen Radio ist. Die soziale Funktion der Sprachüberwachung durch Medien (Busch 2004) verschränkt sich hier mit der Metapher der „gleichen Sprache“, die sich nicht nur an der hegemonialen Sprache, sondern an der sozialen Konstruktion der „korrekten Sprache“ in den Medien orientiert.

Die Verunsicherung in der Erstsprache ist ein Hinweis über das Bewegen zwischen den Sprachen, das für die Mehrsprachigkeit in der Migration bzw. für die Beziehung zwischen Erst- und Zweitsprache charakteristisch ist. Der folgende Ausschnitt verweist auf Fragen, die sich SprecherInnen und AutorInnen stellen. Die Ingeborg-Bachmann-Preisträgerin und Kärntner Slowenin Maja Haderlap (2010) geht in einem Beitrag zu „Exophonie. Literarisches Schreiben in anderen Sprachen“ auf diese Diskontinuitäten ein. Sie bezieht sich dabei auf die Frage der Sprachmächtigkeit und ihre Performance als Sprecherin. Sie geht von zwei Alternativen aus: verstummen und eine eigene Sprachpraxis ohne „Heimat“.

Egal, ob ich mich mit slowenisch Schreibenden oder mit deutsch Schreibenden zusammenfinde, ich habe immer das Gefühl, von der Peripherie zu kommen, nicht zu den Sprachmächtigen zu gehören, die sich souverän in ihren sprachlichen Milieus bewegen, oder vorgeben, es zu tun. Ich glaube, wie viele Autorinnen und Autoren auch, dass Sprache nicht nur Heimat bedeutet, sondern auch Fremde sein kann, die die Möglichkeit des Verstummens bereithält. Sprache ist ein Raum der Simulation, ein Labor, das einlädt zum Spiel, das Heimat und Fremde aufheben kann. (ebd.: 12)

Die Auflösung der Sprachhierarchien in der Radioöffentlichkeit durch das Sprechen in einer migrantischen Sprache, die in der Mehrheitsgesellschaft nicht wertgeschätzt wird, versteht die Teilnehmerin als ein gemeinsames politisches Projekt. Es geht um Veränderung, um „Bewegung“, die durch ESPRIS und die mehrsprachige Radioarbeit eine Chance erhält. Gleichzeitig will/kann die Teilnehmerin keine Protagonistin sein. Der Linguizismus ist eines der Hindernisse dabei, kommunikative Macht zu generieren, eine „Stimme“ im Radio zu bekommen.

Linguizismus wie auch das mediale Sprachregime hinderten bzw. erschwerten die Teilnahme an der Medienarbeit. Die TeilnehmerInnen beschrieben ihre Gefühle als „Angst“, sowohl in Bezug auf die Erst- wie auch auf die Zweitsprache. In den Interviews beharrte ich auf der Frage nach der Wirkung des migrantischen Sprechens in der Öffentlichkeit aufgrund des Wissens, dass die Öffentlichkeit kein neutrales Feld – siehe Theoriekapitel – und auch keine „Diskussionsrunde“ im Rahmen des Projekts ist. MigrantInnen als SprecherInnen und PerformerInnen medialer Mehrspra-

chigkeit werden als Bedrohung für die „nationale“ Kommunikation gesehen. Die Tatsache, dass Alltagsrassismus im Allgemeinen salonfähig ist, gibt auch dem Linguizismus Auftrieb. Sprachliche Autonomie in der Medienöffentlichkeit wird zu einer „Reibungsfläche“. Während die zur Illustrierung der Analyse herangezogenen Beispiele subjektbezogene Positionen behandeln, wird die Verknüpfung der Öffentlichkeit mit „Angst“ an anderer Stelle aus einer Kontrastperspektive reflektiert.

Teiln._A: Wonn i Linz, do denk i on MAIZ und on, waß i ned, PANGEA und so weiter, des san ois Initiativen, die hom an relativ hohen Organisationsgrad. Des is in dem Sinn ... gibts bei uns NED so. Und wonns Kulturinitiativen gibt in dem Bereich, dann san des eher in sich abgeschlossen. Die hom jetz ned so den ... (Vor oin ned, die hom ned auf der Agenda), sich in den öffentlichen Diskurs einzumischen! Do Initiativen oder Akzente zu setzen! Kummt ma eher vor, eher ned zvä irgendwie (WÜRBE) erzeugn, so auf die Oart! Aiso wannst eine Radiosendung donn in weiterer Folge mochst, wirst jo a ANGREIFBOAR! Wirst HÖRBAR! Des, wos du sogst, kann GEHÖRT werdn und so weiter. Und do waß i oft ned, ob des die Leit eigentlich woin! Mir kommt oft vor, die woin irgendwie eher möglichst schau, dass s a RUAH hom! Dass

Teiln._B: Mhm, jo ()

Teiln._A: a Ongst hom irgendwie vor Anfeindungen vielleicht! Dies irgendwonn gmocht hom, wies noch Österreich kumma san vor 15 Joahr! Mittlerweile sans hoibwegs sozogn unter Anführungszeichen für sich hier, für ihr Empfinden, integriert, und die woin ned irgendwie do großartig ... die woin ned, glaub i, so vü Reibungsfläche! Des Radio könnte vielleicht sowas auch sein! Doss donn a Reibungsfläche erzeugt und ... Keine Ahnung! Is a Vermutung von mir!

Exp_Tinos_a

Betrachten wir die Gruppe der einheimischen RadiomacherInnen als eine überwiegend subkulturelle Gruppe in der Region, die einen widerständigen Ort im Rahmen des FRS aufbauen und stärken will, stellt sich die Frage, welche Rolle MigrantInnen in diesem Projekt spielen können, das unterschiedliche Anliegen vereint. Der vorangegangene Ausschnitt versteht im Gegensatz zu dominanten Diskursen Migration als eine soziale Bewegung. Der Interviewteilnehmer bezieht sich ideologisch auf das Konzept der Autonomie der Migration, das einen emanzipatorischen Umgang mit den ProtagonistInnen der Migration einschließt. Indem Migration als soziale Bewegung betrachtet wird, wird ein Verständnis über die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart produziert, das sich weder Konzepten wie jenen der „ethnischen“ und „kulturellen“ Differenzen verschreibt noch Hierarchisierungen des Migrationsregimes diskursiv reproduziert.

Vielmehr verweist das Konzept der Autonomie der Migration auf Asymmetrien zwischen staatlichen oder gesellschaftlichen „Geboten“ und migrantischem Ungehorsam. Allerdings birgt dieses Konzept die Gefahr der Überhöhung subjektiver Praxis bzw. der Unterbetonung des komplexen strukturellen Gefüges, in dem Migration als soziale Bewegung stattfindet. Rassistische Zuschreibungen und die vielfältigen Subjektivierungsprozesse rund um Migration werden daher in ihrem Wechselverhältnis mit Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen untersucht. Indem das FRS Migration als eine soziale Bewegung betrachtet, sind MigrantInnen potenzielle UnterstützerInnen von emanzipativen Projekten und antirassistischen Kämpfen in der Region. In der wohlhabenden und zugleich traditionsstarken Region gibt es auch den Wunsch nach widerständigen Subjekten, da der moralische Antirassismus der 1990er-Jahre aus „Mangel an öffentlichkeitswirksamen Konflikten“ (Bratić/Görg o.J.) an Bedeutung verliert. Die Frage, die sich aus dem Interviewausschnitt ableiten lässt, ist: Welche Kämpfe müssen MigrantInnen für subkulturelle, intellektuelle oder progressive Gruppen in der Mehrheitsgesellschaft übernehmen? Und im Rahmen von welchem Kollektiv bzw. wessen Solidarität können sie sich dabei sicher sein?

Anthias Floya (2006) und Nira Yuval-Davis (2006a) argumentieren, dass für die Analyse von *belongings* der Rahmen der *politics of belonging* unerlässlich sind. Davon ist auch im Interviewausschnitt die Rede: die Anfeindungen, die lang andauernden Kämpfe, die Nicht-Anerkennung wie auch das Recht, nicht immer kämpfen, sich nicht immer rassistischen Angriffen stellen zu müssen. Denn das Versprechen von *harmony in diversity* ist ein machtvolles Versprechen, das breite Zustimmung hervorruft. In dem Ausschnitt wird über die Gewalt der Medien bzw. der Öffentlichkeit nachgedacht („Des, wos du sogst, konn GEHÖRT werdn“). Darin geht es um die Konflikte und um die gewaltvollen Aspekte, auf die *voices* (Mohanty 1989) in der deliberativen oder auch agonistischen Öffentlichkeit treffen können. Mehrsprachige MigrantInnen in Medien können als „Bereicherung“ wie auch als „Disharmonie“ erfasst werden. Dabei geht es nicht nur um die mehrsprachliche Performanz, die häretisch in den medialen Sprachenregimen (Busch 2013) ist. Es geht auch darum, welche politischen Inhalte MigrantInnen in „whitewashed“ Medien (Fleras 2016) einbringen „dürfen“. Die RadiomacherInnen gehen davon aus, dass die MigrantInnen als Stimmen der Öffentlichkeit eine Reibungsfläche für Anfeindungen darstellen. Migrantische *voices* haben demnach das Potenzial, inhaltlich wie auch durch die mehrsprachigen Sprachpraktiken das Prinzip des *living in harmony* in eine Krise zu stürzen.

MigrantInnen verändern die Gesellschaft und sind aufgrund ihrer Erfahrungen und sozialen Positionen eine gesellschaftliche Macht, die entweder Erwartungen an eine gerechtere und kosmopolitische Welt oder aber den Wunsch nach Kontrolle wecken. Letztere erfolgt auch im Feld der Öffentlichkeit, das seine eigenen Regeln und Doxa hat. Das Prinzip der *living in harmony* ist ein he-

gemonialer Topos und hat damit die Funktion einer umfassenden (Selbst-)Kontrolle. Die im Interviewausschnitt angesprochenen „Anfeindungen“ in der Region stellen eine solche Kontrolle dar, wenn *living in harmony* krisenhaft wird. Mit diesem Prinzip brechen in der Öffentlichkeit vor allem ParteisprecherInnen, politische VertreterInnen etc., die die Unterstützung organisierter politischer Kollektive haben. Wie bereits im theoretischen Teil diskutiert, sind in der Öffentlichkeit kollektive Formen des Widerstands effizienter als individuelle Aktionen: „Resistance lies in self-conscious engagement with dominant, normative discourses and representations and in the active creation of oppositional analytic and cultural spaces. Resistance that is random and isolated is clearly not as effective as that which is mobilized through systematic politicized practices [...]“ (Mohanty 1989: 185)

Protest und Konflikt sind zwar für die agonistische Öffentlichkeit konstituierend, aber nicht alle haben Zugang zu Organisationsformen, die Kollektivität und Unterstützung für widerständige SprecherInnen bedeuten. Die Freien Radios stellen eine solche Organisationsform dar, die übergreifend marginalisierten Gruppen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen die Autorisierung als mediale SprecherInnen und damit Unterstützung bietet. Die gesellschaftliche Repräsentationsfunktion, die lokale Radios wie das FRS haben, beinhaltet auch, dass sie Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Region übernehmen. Einerseits kann das Wissen über den Umgang mit Konflikten in der Öffentlichkeit durch den hegemonialen Topos des *living in harmony* verdrängt werden. Andererseits sind weitere Organisationsformen für MigrantInnen erforderlich, um Konflikte als Kollektiv und nicht als individuelle Stimmen anzusprechen. Wie Chandra Mohanty (1989) analysiert, geht es nicht darum, eine Stimme (*voice*), sondern eine kollektive Stimme zu sein: „I think the important point is that it be an active, oppositional, and collective voice.“ (ebd.: 208)

9.2 Medien und Sprachregimes

Bei den Antworten der TeilnehmerInnen waren die Vorstellungen über die Gebrauchssprache in den Medien zwar nicht identisch, dennoch gab es einen klaren Hinweis darüber, dass Medien ein besonderer Raum für Sprachen sind. Medien bilden somit gesonderte Sprachregime: „Solche Regimes sind ebenso durch spezifische Machtkonstellationen und sprachliche Hierarchien gekennzeichnet wie durch gegenläufige Aneignungsprozesse oder Gegendiskurse, die geeignet sind, sprachliche Praktiken und Sprachideologien zu transformieren.“ (Busch 2013: 126) Das bedeutet, dass Sprachregime Räume darstellen, die durch „soziale, sprachliche und diskursive Praktiken geschaffen [werden] und in ständigem Wandel begriffen“ (ebd.) sind. In Sprachregimen werden

soziale (Sprach-)Handlungen verdichtet (ebd.: 136). Das Konzept der Sprachregime stützt sich auf das triadische Raumverständnis von Henri Lefebvre (1991; 1974). Demnach werden Räume von asymmetrischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt, Lefebvre unterscheidet dabei zwischen Diskurs im Raum, Diskurs über Raum und Diskurs durch Raum.

Greift man auf diese Überlegungen zurück, so sind in der Analyse von Sprachregimen – sowohl kleinräumigen als auch solchen größeren Maßstabs – folgende Dimensionen in den Blick zu nehmen: (1) habitualisierte sprachliche Praktiken, die dazu beitragen, den sozialen Raum als solchen zu konstituieren; (2) Diskurse über das Verhältnis von Sprache und Raum, die als sprachideologischer Referenzrahmen wirksam werden; (3) Formen, in denen Subjekte den Raum erfahren, interpretieren und sich in ihm positionieren. (Busch 2013: 136f.)

Geschriebene und ungeschriebene Gesetze bestimmen in Sprachenregimen den Umgang mit Sprachen und ihren SprecherInnen. Die SprecherInnen eignen sich auf unterschiedliche Weise diese Räume an. Am folgenden Ausschnitt werden die Möglichkeiten der Verschränkung des wissenschaftlichen Raums und des medialen Sprachenregimes durch die AkteurInnen ausgelotet. Die Sprachpraktiken des Dialekts werden denen des Hochdeutchs gegenübergestellt und es wird über ihre Anwendbarkeit verhandelt. Gleichzeitig werden Ausschlüsse, die typisch für die Region sind, reproduziert.

Int._1: Okay. Also wir ham, irgendwie, du hast eh schon gesagt, dass wirs aufnehmen, (aber) das ist nur zu Dokumentationszwecken verwendet wird, das heißt wir transkribierens, ums dann wissenschaftlich bearbeiten zu können, aber es wird nirgends ausgestrahlt, nicht ...

Teiln._A: Also wir können in Dialekt sprechen auch.

Int._1: Absolut! (*allg. Lachen*) (*schmunzelnd*) Das is erwünscht!

Teiln._A: (*lacht*)

Int._1: [(Magst du dich ...)]

Teiln._B: [(I weiß ned ...)]

Teiln._A: [(Na, du sprichst eh)] Hochdeutsch!

GI_Tinos_a

Die Einführung in die Interviewsituation weist auf eine regionale Mehrsprachigkeit hin, die die Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen und den regionalen Sprachregimen beinhaltet. Teilnehmerin A verhandelt explizit über die Sprachpraktiken in der Interviewsituation. Da das Interview in den Räumlichkeiten des FRS stattfindet, verschränken sich mediale und wissenschaftliche Sprachregime. Sobald klar ist, dass die Aufnahme des Interviews nicht öffentlich ausgestrahlt wird, startet Teilnehmerin A, als Nicht-Migrantin über das Sprechen im Dialekt in der Interviewaufnahme zu verhandeln. Medien gelten demnach für die TeilnehmerInnen als Orte der

„höheren“ Bildung bzw. der Standardsprache, die sprachlich klar strukturiert sind. Ideologisch wissen wir – die zwei Interviewerinnen – in unserer Funktion als Sozialwissenschaftlerinnen bzw. als Frauen mit Verbindungen zur Universität, welche symbolischen Machtverhältnisse im Raum zur Disposition stehen. Wir sprechen auch immer wieder während des Interviews eine für die Universität übliche Sprache. Aber: „Social things act upon us, and affect us differently depending on the particular biographies we carry.“ (Tomic 2013: 11) Die Entscheidung, die Machtverhältnisse des medialen Sprachregimes durch die Überhöhung des Dialekts zu destabilisieren, produziert jedoch den Ausschluss der MigrantInnen aus den „erwünschten“ Sprachhandlungen in der Gruppe: Die teilnehmenden MigrantInnen können am wenigsten zwischen den Dialekten und dem Hochdeutsch switchen. Eher können sie Hochdeutsch mit Akzent sprechen. Teilnehmer B als Migrant ist jener, der in der Runde Hochdeutsch spricht. Die Interviewerin reproduziert, indem sie das Dialektsprechen favorisiert („Das is erwünscht!“) als Strategie gegen den Linguizismus gegenüber Dialekte, Ausschlüsse gegenüber der migrantischen TeilnehmerInnen.

9.3 Marginalisierte Stimmen – Linguizismus und Scham

Die Bemühungen, mehrsprachige Stimmen in die Radioarbeit einzubinden, reichten seitens der FRS-Redaktion und des ESPRIS-Teams von Werbung im Rahmen von Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit in weiteren regionalen Medien bis hin zu beruflichen und persönlichen Kontakten. Im Rahmen von ESPRIS wurden die TeilnehmerInnen in mehreren Reflexionstreffen dazu angeregt, Radiosendungen mitzugestalten. In einem dieser informellen Gespräche versuchte ich als vortragende Sozialwissenschaftlerin die TeilnehmerInnen dahingehend zu ermutigen. Anlass gab die Auseinandersetzung mit der Kategorie der „Mediendistanz“, die hier als umfassender Begriff verwendet wird. Grund für diese Intervention war, dass vor allem zu Beginn von ESPRIS das Team wiederholt mit Bedenken gegenüber aktiver Radioarbeit konfrontiert wurde. Nach meinem Vortrag bei einem Reflexionstreffen starteten die TeilnehmerInnen und ich eine Diskussion über Aspekte der Radioarbeit. Im Rahmen der Debatte argumentierte ich aus der Position, dass es „egal“ sei, ob Dativ oder Akkusativ beim Sprechen fürs Radio stimmen: Vielmehr gehe es darum, dass „wir“ als „MigrantInnen“ etwas zu sagen haben. Daraufhin unterbrachen mich zwei TeilnehmerInnen gleichzeitig, um zu sagen, dass es gar nicht „egal“ sei, ob wir Dativ und Akkusativ falsch oder richtig einsetzen. Wir blieben auch nach der Diskussion bei unseren Positionen.

In der Verbindung von Medien (Radio) und Sprache (migrantische oder Dialekte) geht es um Linguizismus und Sprachregime, um Abwertung und Beschämung. Vor allem Medien und die Medienöffentlichkeit haben demnach das Potenzial, ihre SprecherInnen zu beschämen. Die „Abwer-

tung des eigenen Sprechens“ ist eine analytische Kategorie, die sowohl subjekttheoretisch wie auch aus der Perspektive der Migrationspolitik und der politischen AkteurInnen relevant ist. Die Überwindung der Beschämung, um ein/e „SprecherIn“ zu bleiben, stellt die Interviewerin als emanzipativen Moment zur Disposition. Dieser Position wird aber mit Skepsis und Kritik begegnet.

- Int.:** [Kannst du dich erinnern an unser Gespräch im Rahmen des Reflexionstreffens?] Es ging darum, ob auch ein Teil dieses emanzipativen Gedankens nicht sein kann, auch so nach außen zu gehn, ja? So einfach so ... Das Radio bietet etwas an, ja, nicht jeder hat die Chance, jetzt eine Radiosendung zu machen, und einfach dass es wichtiger is, was zu sagen, als sich von Dativ oder Akkusativ ... [daran hindern zu lassen] Und ich weiß das, [...] weil ICH mich SEHR geschämt hab, ja? Also wie ich Deutsch gelernt hab, hab ich mich irrsinnig geschämt! Also ich sag das, weil ich es WEISS, und weil ich es JETZT natürlich ... Schade!
- Teiln.:** Hast du geschafft? (*lachend*) Bist du ... Wie hast du geschafft? (*allg. Lachen/Schmunzeln*)
- Int.:** Und jetzt find ichs SCHADE, ja? [...], ja, denk ich mir, hätt ich mich ein bisschen weniger geschämt, also dieses Schamgefühl, und wär ich mehr verärgert, ja, und hätt ich gesagt, „Wurscht, ob ich Akkusativ oder Dativ falsch mach, aber ich hab was zu sagen!“ ... Weißt du, was ich meine?
- Teiln.:** Jaja!
- Int.:** [Im Nachhinein! Ja.]
- Teiln.:** [Aber nehmen dich] Leute genauso ernst, wenn du das richtig sagst, als wenn du das falsch sagst?

GI_Syros_b

ESPRIS war eine linguizismuskritische Intervention. Die Lernpartnerschaften wie auch die Medienarbeit waren unter anderem Mittel, um Gegenstrategien ausgehend von den unterschiedlichen Erfahrungen zu Diskussion zu stellen und verschiedene Taktiken zu erproben. ESPRIS war in diesem Sinne ein Konzept, um Mehrfachdiskriminierungen als MigrantInnen und „Anderssprechende“ mit struktureller Unterstützung zu entgegnen. Damit bot ESPRIS Räume der Kollektivität und der Solidarität auch in Übereinstimmung mit den Bedingungen der medialen Öffentlichkeit: „Similarly, the point is not simply that one should have a voice; the more crucial question concerns the sort of voice one comes to have as the result of one’s location-both as an individual and as part of collectives. [...] I think the important point is that it be an active, oppositional, and collective voice.“ (Mohanty 1989: 208) Die soziale Situation der Interviews war ein Raum für die Besprechung, Bestätigung und Anerkennung migrantischer Sprachhandlungen und -strategien. Es ging darum, Techniken der gesellschaftlichen Kritik und Analyse als zentrale Bildungspraxis einzufordern: Normen, dominante Ordnungen und Diskurse, Verbote und Zwänge gemeinsam infrage zu

stellen. Dieses Anliegen bedingte unter anderem das Mitteilen aus der eigenen Biografie und der eigenen Position heraus. Die unterschiedlichen Erfahrungen, Strategien und Schlüsse im und aus dem Umgang mit Linguizismus ließen sich nur teilweise, wie der Ausschnitt hier andeutet, vereinigen.

Das Konzept von *voice* (Mohanty 1989) war einer der Grundlagen des emanzipativen Verständnisses von Medienarbeit im Rahmen der ESPRIS-Begleitforschung: Raum in der Medienöffentlichkeit für mehrsprachige SprecherInnen zu Verfügung zu stellen. Die Zweifel, ob eine Frau, die kein „fehlerloses“ Deutsch spricht, gehört wird bzw. ob sie als eine Person, die „etwas zu sagen hat“, akzeptiert wird, kamen wiederholt und waren nachdrücklich. *Voice* als Konzept wurde von einer ESPRIS-Teilnehmerin grundsätzlich infrage gestellt: Lohnt es sich, eine Stimme in der Öffentlichkeit zu erkämpfen, wenn das, was du sagst, nicht ernst genommen wird? Die Aussprache, der Akzent, der Dialekt wie auch die „falschen“ Fehler – im Gegensatz zu „korrekten“ Fehlern wie dem generische Maskulinum –, die auf eine migrantische Herkunft verweisen, werden gehört. Dafür wird überhört, *was gesagt* wird.

In Anlehnung an Chandra Mohanty (1989) geht es dabei um die „Autorisierung“ der migrantischen Stimmen. Mohanty versteht *voice* nicht als ein Konzept für sich. Wie bereits in der theoretischen Diskussion besprochen, reicht eine pluralistische Auslegung des Stimmrechts in der Öffentlichkeit – alle sollen eine Stimme haben – nicht aus, damit marginalisierte Gruppen gehört werden und ihre Anliegen politische Maßnahmen nach sich ziehen. Linguizismus trägt dazu bei, dass bestimmte Stimmen nicht ernst genommen bzw. abgewertet werden: „Beim Neolinguizismus geht es um Sprachgebote und indirekte oder offene Sprachverbote UND um die Abwertung der Sprecher_innen bestimmter Sprachen, ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Intelligenz, ihrer als homogen vorgestellten ‚Kultur‘.“ (Aygün-Sagdic/Bajenaru/Melter 2015: 122, H.i.O.)

Aus der Interpretation des Datenmaterials ergeben sich drei wesentliche Dimensionen für die Analyse der Wirkungsweise von Linguizismus: Im Anschluss an die aktuelle theoretische Auseinandersetzung geht es um die Dimensionen der „Gesellschaft“, der „Räume“ und des „Körpers“.

Inci Dirim (2010) unterscheidet zwischen der historischen Form des Linguizismus, „der ein staatlich legitimes Macht- und Unterdrückungsmittel darstellt“ (ebd.: 96), und dem Neolinguizismus: „Der Neo-Linguizismus ist subtil, er spielt Tatsachen vor, er agiert hinter dem Deckmantel harmlos klingender Bezeichnungen, er täuscht über Ausgrenzung und Unterdrückung hinweg und ist dadurch im Vergleich zu dem Linguizismus gewissermaßen ‚hinterhältig‘ und schwer aufzudecken.“ (ebd.) Dirim fokussiert auf die Sprachenpolitik im Nationalstaat und die Pflege der monolingualen Konstruktion in der multilingualen Gesellschaft, indem sie sowohl Dialekte als auch mig-

rantisches Sprechen als Mehrsprachigkeit versteht. Die offizielle Sprachideologie wird in Alltag und Medien in Handlungen gegossen, die sich durch den hegemonialen Diskurs der Einsprachigkeit legitimieren. Mit den Worten von Dirim steht im Interviewausschnitt ein Herrschaftsmoment im Zentrum, nämlich das der Ermöglichung und der gleichzeitigen Vorenthaltung des Sprechens in der hegemonialen Sprache (ebd.: 104). Zwar spricht die Teilnehmerin Deutsch, aber sie wird durch bestimmte Fehler, zum Beispiel in der Anwendung von Dativ und Akkusativ, als Migrantin erkannt. Das „richtige“ Deutsch bleibt dieser Erzählung nach stets unerreichbar. Diese Position entspricht dem Wissen über *native speakerism*: „Die Sprachkompetenz von ‚native speakers‘ sei ‚perfekt‘, und Sprecher_innen mit anderen Erstsprachen könnten diese Stufe der Perfektion nicht erreichen. Damit geht eine Überhöhung der SprecherInnen mit ‚native-speaker‘-Status einher sowie eine Abwertung der SprecherInnen, die diese Sprache als eine weitere erlernt haben.“ (Knappik/Dirim 2013: 21)

In den ESPRIS-Interviews war *native speakerism* selbst von Linguizismus betroffen, da es sich im Grunde um Regiolekte handelt, die vom „Hochdeutsch“ abweichen. Die Medienöffentlichkeit stellte sowohl für MigrantInnen als auch für DialektsprecherInnen ein Sprachregime dar, das als habitualisierte Sprachpraktik ein bestimmtes „Hochdeutsch“ voraussetzt. Dies war ein wichtiger Grund – neben den mangelnden Zeitressourcen –, der die Partizipation der ESPRIS-TeilnehmerInnen von der Radioarbeit abhielt. Die Hierarchisierungen zwischen den unterschiedlichen Sprachgruppen entspricht laut Birgit Springsits (2015: 97) der Wirkungsweise rassistischer Verhältnisse. Neben dem verinnerlichten Wissen über Linguizismus und den damit zusammenhängenden Hierarchisierungen sind die Handlungsmöglichkeiten wie auch die Wirkungsweise des Rassismus von sozial konstituierten Räumen abhängig. Im medialen Sprachenregime trifft Linguizismus im Fall von ESPRIS sowohl für MigrantInnen als auch für Nicht-MigrantInnen zu – jedoch weiterhin nicht im gleichen Ausmaß. Gleichzeitig verlaufen die Hierarchisierungen in anderen Räumen entlang der Differenzierung zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen. Springsits (ebd.) verweist auf die Studie von Magdalena Knappik (vgl. 2013: 359-364), die ausgehend von Lehrenden-Aussagen an Pädagogischen Hochschulen in Österreich beschreibt, wie migrantische Studierende aufgrund von beispielsweise Fallfehlern als ungeeignet für den LehrerInnenberuf bezeichnet werden. „Bei StudentInnen, die ähnliche Fehler machen, von denen aber angenommen wird, dass sie ‚keinen Migrationshintergrund‘ haben und dass die Fehler dialektbedingt sind, werden diese sprachlichen Abweichungen vom Standard als vorübergehendes und vernachlässigbares Problem gewertet [...]“ (Springsits 2015: 95)

Linguizismus und migrantische Sprachhandlungen in der Migrationsgesellschaft werden nicht nur von gesellschaftlichen und politischen Sprachgeboten oder -verboten (vgl. Aygün-Sagdic/

Bajenaru/Melter 2015; Edthofer et al. 2014; Dirim 2010) beeinflusst, sondern interagieren ebenso als räumliche Praktiken mit den jeweiligen Sprachregimen. Sie finden in unterschiedlichen sozialen Räumen differenziert statt. Die Dimension des Raums und die gesellschaftliche Dimension der rassistischen Hierarchisierungen innerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung – beispielsweise anhand von kulturellen Merkmalen wie der Sprache – prägen demnach Linguizismus und die migrantischen Strategien im Umgang damit.

Die ambivalente Konstruktion der „korrekten Sprache“ ist – bestärkt durch die Erfahrungen in den unterschiedlichen räumlichen Sprachregimen – umkämpft. MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen teilen das Wissen darüber, dass die „korrekte Sprache“ eine fluide Konstruktion und mehr als die Inhalte eines Deutschkurses oder die Mediensprache ist. „Die Grenzen zu der Frage, wann spricht jemand eigentlich ‚gut‘ Deutsch, sind dabei fließend. Deutsch sprechen können heißt unter Umständen gleichzeitig auch ‚zwischen den Zeilen‘ lesen können, den jeweiligen vor Ort geforderten Dialekt sprechen oder verstehen zu können und zu wissen, welches Sprachregister in welchem sozialen Kontext das Angemessene ist.“ (Heinemann 2015: 135f.) Alisha M. B. Heinemann (ebd.) macht auf eine weitere Kategorie bzw. Dimension aufmerksam, nämlich auf jene des „Körpers“. Sie beschreibt die Kategorie „Körper“ als einen Ort des Ausschlusses: „Der erste [AG: Ausschlussort] ist der eigene *Körper*, in dem sich das Erleben stets defizitär zu sein, nicht ‚gut‘ genug Deutsch sprechen zu können, eingräbt [...]“ (ebd.: 135, H.i.O.)

Neben gesellschaftlichen Geboten/Verboten und Räumen steht der „Körper“ in meiner Analyse des Datenmaterials für die dritte Dimension, die die Verschränkung von Linguizismus mit migrantischen Sprachhandlungen prägt. Für die Dimension des „Körpers“ spricht die in den Interviews und Gesprächen stattfindende Auseinandersetzung mit der Kategorie der „Scham“. Die Verinnerlichung von Erfahrungen des Linguizismus und die daraus entstandenen Scham- wie auch Wutgefühle über die Abwertung des Sprechens wurden von mehreren ESPRIS-TeilnehmerInnen direkt angesprochen:

Int.: Und glaubst du, würdest du das gerne probieren? [AG: redaktionelle Radioarbeit]
Teiln._A: Ja!
Int.: Ja?
Teiln._A: Ich würde gerne! Ich würde gerne, weil i interessiere mich für diese ... Diskussionen! Und dann kann ich mehr Deutsch lernen.
Int.: Mhm. Nina, du auf keinen Fall?
Teiln._B: *(schüttelt Kopf)*
Int.: *(schmunzelnd)* Nein! *(lacht leise)* Okay.
Teiln._B: *(schmunzelnd)* Das ist peinlich für mich, das schlechte Deutsch!

GI_Aigina_a

Die Strategien, wie die ESPRIS-TeilnehmerInnen mit Linguizismus und Sprachregimen umgehen, sind unterschiedlich: Während Teilnehmerin A an der Produktion von Radiosendungen mitmachen will, lehnt Teilnehmerin B eine solche Intervention aufgrund ihrer Sprachkompetenzen gänzlich ab.

„Scham“ war eine Kategorie, mit der die ESPRIS-TeilnehmerInnen zahlreiche Erfahrungen in Verbindung brachten und politische Positionen erklärten. „Scham“ war gleichzeitig ein ambivalentes Konzept in den Erzählungen, das nicht nur behindert, sondern auch Aufbegehren gegen rassistische und linguizistische Bedingungen hervorbringt. Im Rahmen des Interpretationstreffens mit ESPRIS-TeilnehmerInnen ging es um die „Scham“ nicht nur bei der Sprachkompetenz, sondern auch über die eigenen hegemonialen Praktiken, über berufliche Dequalifikation und Klassismus; über die Scham der Familie, den NachbarInnen die angeheiratete „Ausländerin“ vorzustellen, wie auch die Scham nach Angeboten der Komplizenschaft mit rassistischen Diskursen. Eine Teilnehmerin beschrieb dies am Beispiel der Hautfarbe: Während andere MigrantInnen abgewertet werden, erlebt sie durch ihre helle Haut eine „positive Hierarchisierung“ im Gegensatz zu anderen Familienmitgliedern.

Teiln.: Es gab viele Kommentare gegen dunkle Menschen und mich haben sie zu Komplizin gemacht: „Du bist ok.“ Ich sagte, ich bin aus Marokko wie auch die schwarzen Marokkanerinnen. Ich habe das mit meiner Schwägerin erlebt.

Interpretationstreffen ESPRIS

Die Dimension des „Körpers“ ist eng mit „Scham“ verbunden, weil sich darin soziale Kategorien einschreiben: Herkunft, Alter, Hautfarbe, Status, Sprache etc. Die *intersections* dieser sozialen Kategorien sind den TeilnehmerInnen auch während der Abwertung der Sprachhandlungen durch den Linguizismus bewusst:

Teiln._A: Wenn du erfolgreich bist, hast du keine Probleme als Ausländer.

Teiln._B: Reich oder erfolgreich.

Interpretationstreffen ESPRIS

Am Beispiel der *politics of language* und Englisch als Zweitsprache (ESL) in Kanada zeigt Patricia Tomic (2013) auf, wie der politische Umgang mit ESL-SprecherInnen *common sense* über die vorhandenen Machtverhältnisse reproduziert: „To speak English as second language – or rather, ‚to be ESL‘, as this phenomenon is usually constructed – is fundamental in the formation of, and resistance to, a devalued immigrant identity.“ (ebd.: 3) Das Unterrichten der englischen Sprache

bringt die Autorin in Zusammenhang mit der Geschichte des Kolonialismus. Tomic diskutiert eine Reihe von Beispielen über die diskursive Gewalt und Abwertung des migrantischen Bilingualismus oder ESL-Akzents in den englischsprachigen Ländern Amerikas. „Being perceived arrogantly in language is one of those social things that get inside the person’s skin as second nature, becoming a definer of a particular hybrid, devalued, but resilient identity.“ (ebd.: 12) Über sich selbst schreibt Tomic: „Today, after almost forty years in Canada, my body – my Self – lives still as language-(dis)able.“ (2013: 12)

9.4 Transnationales Sprechen in der Migrationsgesellschaft

In der Kategorie „transnationales Sprechen“ fasse ich verschiedene Aspekte sowohl im Rahmen der Radioarbeit als auch im privaten Bereich zusammen, die das mehrsprachige Handeln der TeilnehmerInnen in Verbindung zur transnationalen Realität des migrantischen Lebens bringen. Abgesehen von familiären oder freundschaftlichen Begegnungen oder der Bedeutung der antirassistischen Strukturen und Netzwerke im FRS erzählten einige migrantische RadiomacherInnen in den Interviews, dass ein weiterer Grund, weshalb sie sich im FRS engagieren, der ist, dass sie bereits in den Herkunftsländern Erfahrungen mit Radioarbeit gemacht haben.

[...] Und ich bin mit 23 Jahre nach Österreich gekommen. In meinem Herkunftsland hab ich Politikwissenschaft studiert, und in der Zeit, des war 1999/2000, es gab so viele UNRUHEN! Und ich war bei den Studentenorganisation [...] Und es war ganz SCHWIERIG für die Bevölkerung. [...] Und ich bin nach Österreich gekommen. Eigentlich, am ANFANG wollte ich an den Uni weiterstudieren, aber (DA ICH) KEIN DEUTSCH sprechen konnte, war es sehr schwierig für mich [...] Und so hab ich eine LEHRE gemacht! Ich war in die Berufsschule für drei Jahre, hab ich fertig gmocht, hob i kurz a bei der Kfz-Firma gearbeitet. Mein Kollege, der hot DAMALS auch ein Radiosendung do im Radio gemacht, und hot mi gefragt, ob ich a interessiert bin, eine Radiosendung zu machen! Natürlich (spiele) ich von meine ERFAHRUNG!

GI_Tinos_b

Prozesse, die unterschiedliche Räume des politischen Lebens sowohl seitens der AkteurInnen als auch seitens der Institutionen grenzübergreifend miteinander verbinden, werden als *transnational citizenship* (Erel 2011; Isin/Nielsen 2008) zusammengefasst. Dabei geht es um wechselseitige Prozesse zwischen AkteurInnen und Institutionen, die zwischen der lokalen, nationalen und transnationalen Ebene stattfinden (Yuval-Davis 1997). Das politische Handeln und Verständnis der AkteurInnen können darin unterschiedliche Felder beeinflussen und Formen annehmen. Die „Abwertung des eigenen Sprechens“ ist auch innerhalb der Kategorie *transnational citizenship* vor

allem in Zusammenhang mit der Radioarbeit, aber auch mit dem privaten Bereich verknüpft. Die InterviewteilnehmerInnen haben in der Auseinandersetzung damit unterschiedliche Strategien im Umgang mit dem Radio oder als RadioredakteurInnen entwickelt. Die ESPRIS-TeilnehmerInnen, die politische Arbeit in den Herkunftsländern leisteten, nutzten teilweise das Radio unabhängig von den Sprachkompetenzen als Mittel, um ihre politischen Anliegen in der Region anzugehen. Dazu gehört auch das Sprechen in Verbindung mit Dialekt, migrantischem Sprechen, Hochdeutsch und Akzent. Dadurch entsteht eine transnationale Stimme, die die Idee der monolingualen Medienöffentlichkeit herausfordert.

Radioarbeit bedeutet jedoch nicht per se den Wunsch, konkrete politische Anliegen umzusetzen, auch wenn redaktionelle Arbeit bei den Freien Radios grundsätzlich als eine Form politischer agonistischer Tätigkeit gilt. (Mouffe 2000) Im folgenden Beispiel geht die Interviewpartnerin im Zuge meiner Frage nach den politischen Inhalten ihrer Radioarbeit auf die journalistische Interpretation des Politischen ein.

- Int.:** [...] Was hat dich dazu bewegt, beim Radio mitzumachen? Und macht es dir Spaß? Was war deine Motivation?
- Teiln.:** Es macht mir SEHR viel Spaß! Es is für mich sehr interessant, ich bin immer die Person ... Also ich hab ein bisschen ... Ich hob, jo, (*seufzt*) nur einmal eine Erfahrung in meinem Herkunftsland mit Radio gemacht, also ich musste auch einen Beitrag machen, und ich finde, es ist immer spannend, wenn man etwas NEUES probiert.
[...]
- Int.:** Und die Arbeit in so einem Freien Radio, ja, das is auch so ein bisschen politische Arbeit, oder?
- Teiln.:** Hm ... Ich hab nix gespürt. (*leicht lachend*) Ehrlich gesagt! Also, ich weiß, wir sollen keine (*schmunzelnd*) Werbung machen, aber sonst, also, hm, na! Ich hab keine Beschränkungen oder sowas bis jetzt ghabt! (*lacht leise*)

El_Syros_b

Im Gegensatz zu dieser Interpretation lag dem Konzept von ESPRIS das Verständnis zugrunde, dass die Radioarbeit durch die Produktion von mehrsprachigen Sendungen und durch die Akzente und Dialekte, die damit Zugang zur medialen Öffentlichkeit fanden, an sich schon eine politische Positionierung war. Die ESPRIS-Radioarbeit wurde als ein Baustein der sozialen Kämpfe gegen Linguizismus in der Region verstanden. Der nächste Interviewausschnitt veranschaulicht, wie *transnational citizenship*, Linguizismus und die Abwertung der eigenen Sprache in einem Radioprojekt wie jenem von ESPRIS ineinandergreifen.

Teiln._A: Wie wir uns das erste Mal getroffen haben, waren hier ungefähr zwanzig Leute. Dann nächstes Mal, wenn wir Termin haben, weniger, weniger, weniger! Ich habe es nicht gut verstanden, warum! Weil das is eine Möglichkeit für uns, da is eine GUTE ZEIT für uns! Dann ... Ja. Dann zweites Mal, drittes Mal, oder zehntes Mal, wir haben uns getroffen, dann wieder getroffen, ich war immer GLÜCKLICH! Ich war immer glücklich. Ich habe gedacht, „Ja, wenn nächstes Mal wir wieder einen Termin haben, ich will zurückkommen!“, weil das is eine gute () ... Oder ...

Teiln._B: Gelegenheit.

Teiln._A: Ja. Dann () (hier) Arbeit, das ist ganz anderes. Weil meine Arbeit hier ist sehr hart. Früher in meinem Herkunftsland hab ich gearbeitet beim Radio. Das war für mich eine gute Chance, aber als ich das erste Mal nach Österreich gekommen bin, hab ich gedacht „Nur (EIN Jahre) und ich spreche ganz gut Deutsch!“. (*schmunzelt*) Dann, leider, das geht nix! (*Teiln. lachen*) Dann ich habe gemacht, eine Deutschkurs in Bad Ischl, dann meine Lehrerin hat gefragt, „Möchtest du beim Radio arbeiten oder gehen?“. Und, ja, ich war glücklich, und, ja, hab ich gedacht, „Okay, (*lachend*) BITTE! DANKE!“.

(*allg. Lachen/Schmunzeln*)

Teiln._A: (*seufzt/atmet tief aus*) Ja, warum, ich verstehe nicht die anderen Leute, wer hat keine Zeit für Radioarbeit oder für unsere Treffen! Ja. Deswegen, wie du (*zu Teiln_B*) gesagt hast, weil wir sprechen nicht gut Deutsch. Deswegen wir haben eine negative ...

Int.: Gefühle! Beziehung ...

Teiln._A: Gefühle! Ja. Aber ... Ja. Ich bin in Österreich gekommen seit drei Jahre, das ist ned so viel ZEIT! Ich bin FROH, weil ich verstehe VIEL, dann jeden Tag BESSER! (*lacht*)

GI_Tinos_b

Bei beiden hier vorgebrachten Beispielen werden Erfahrungen mit der Radioredaktion im Herkunftsland angesprochen. Die TeilnehmerInnen setzen ihr Wissen über Medien und über die Öffentlichkeit trotz des medialen Sprachregimes und ihrer Deutsch-Sprachkompetenz ein. Beide hier diskutierenden TeilnehmerInnen beziehen sich bei der Frage nach der Radioarbeit auch auf ihre aktuelle Erwerbsarbeit. Sie sprechen damit globale veränderte Arbeitsverhältnisse an, ebenso wie ihre Position am Arbeitsmarkt als Migrantinnen. Das Interesse und die Zeitinvestition in Radioarbeit wird damit begründet, dass es sich dabei um eine „gute Zeit“ handle: eine Kategorie, die mit der Erwerbsarbeit der Teilnehmerin (Anm.: Es handelt sich bei diesem Beispiel um eine Beschäftigung im Reinigungsbereich) nicht vereinbar ist. Die Radioarbeit ist hier eine emanzipative Praxis gegen die Abwertung der eigenen Stimme, aber auch gegen die Bedingungen der Erwerbsarbeit und der Dequalifikation durch das weitgehende InländerInnen-Primat bei gefragten Arbeitsplät-

zen abseits des Care-Bereichs. Das FRS wird dabei als ein Ort der Begegnung für MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen beschrieben, der positiv mitgestaltet und erlebt wird. Das Radio stellt damit einen strukturellen Rahmen zur Verfügung, um der Abwertung des eigenen Sprechens entgegenzuwirken. Die ESPRIS-TeilnehmerInnen greifen insgesamt auf Vertrauensbeziehungen zurück, um Linguizismus zu überwinden. Für manche TeilnehmerInnen führt dieser Schritt zum FRS. Andere ESPRIS-TeilnehmerInnen nutzten eher private Netzwerke, um solche Räume zu schaffen.

MigrantInnen sind politische Subjekte, für deren Praktiken eine staatszentrierte Perspektive keine Antwort ist. Einerseits, weil viele MigrantInnen nicht die Staatsbürgerschaftsrechte des Niederlassungslandes haben. Andererseits, weil politische Rechte nicht allein von nationalen Institutionen abhängen, sondern beispielsweise supranationale und auch globale Dimensionen aufweisen, woraus der Ansatz der postnationalen Staatsbürgerschaft entstanden ist. Thomas H. Marshall (2003) bezeichnete *citizenship* als „a status bestowed on those who are full members of a community“ (14). Er beschreibt weiter, wie aus zivilen, sozialen und politischen Rechten das Staatsbürgerschaftsrecht entwickelt wurde. (2003: 67ff.) Eine Vielzahl von Rechten, die historisch gesehen an die Zugehörigkeit zu einem Staatswesen gekoppelt waren, sind nunmehr von der nationalen Ebene losgelöst und auf die globale Ebene verlagert. Das Durchsetzen von neoassimilativen Politiken führte jedoch zu einer Stratifizierung der Rechte (zum Beispiel zwischen regulärer und illegalisierter Migration) wie auch zu einer Renationalisierung des Staates. (Primrose/Harvey 2013, siehe auch Ataç/Gouma 2012)

In den westeuropäischen Ländern wurde seit Ende der 1990er-Jahre eine Redefinition des Staatsbürgerschaftsmodells offensichtlich, in deren Folge die Pflichten und Verantwortungen der StaatsbürgerInnen stärker als bisher eingefordert wurden. Es kam zu einem Paradigmenwechsel, der demonstrative Loyalität zur Mehrheitsgesellschaft, die Akzeptanz einer gemeinsamen politischen Kultur sowie das Erlernen der Sprache als dominante Normen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft definierte. (Ataç/Gouma 2012: 262)

Transnational citizenship ist daher für viele Menschen ein relevanterer Prozess des Politischen als ihre nationale Staatsbürgerschaft. (ebd.) Mehrsprachigkeit und insbesondere migrantische Mehrsprachigkeit sind grundlegende Aspekte der *transnational citizenship*, da die nationalstaatliche Sprachideologie – abgesehen von der zögerlichen Umsetzung der Verpflichtungen gegenüber autochthonen Minderheiten – nur die Monolingualität anerkennt. Das Integrationsimperativ, der Linguizismus und die weitere Disziplinierung durch Sprachzwänge tragen zusätzlich dazu bei, dass migrantisches Sprechen eine zentrale Dimension des transnationalen Konzeptes ist. *Transnational citizenship* (Erel 2011; Isin/Nielsen 2008) ist eine wichtige Kategorie, um Veränderungen im Umgang mit Sprache zu verstehen. Zu diesen Veränderungen haben die sozialen Kämpfe rund um migrantische Mehrsprachigkeit beigetragen.

Teiln.: Ich find auch, dieses immer ... Wie ich in der SCHULE war zum Beispiel, hab ich mich ganz strikt gewehrt, wies hieß, man muss nur ... man darf nur quasi DEUTSCH reden. Irgendwie, war des von den Lehrern immer ... Und immer dieses „Ihr solltet zu Hause Deutsch reden“. Ich mein, mit wos für ein RECHT sogt mir irgendwer, wos ICH mit WEM WO was für eine Sprache ich spreche? S is des erste. Und donn in diesem Alter tuast des amoi aus TROTZ NICHT, weil im Alter, als ich noch in der Schule war, war mein Nationalstolz noch grösser wie JETZT! (*lacht leise*) Und, waßt, es spielen SO VIELE FAKTOREN mit einfoch, wos heißt „Ja, sprich mit der Mama Deutsch!“. JO!

Int.: Mhm

Teiln.: EH! Stimmt eh! Oba irgendwie denkst da, du bist jetz EH scho in an fremden ... jetz soi i mei eigene Sprache vielleicht AUCH noch irgendwie vielleicht VERGESSEN! Oder dass die Kinder, die JETZ geboren werden, dass man gleich mit Deutsch anfängt. Jo, natürlich! Eh! Oba i find, die Muttersprache sollt trotzdem ned vergessen werden!

El_Syros_a

In diesem Ausschnitt geht es um die transnationale Realität der Familie der Teilnehmerin, die sich auch aus dem Grund, dass es in der Familie gar nicht möglich war, nur Deutsch zu reden, gegen die Sprachgebote und -verbote stellen muss. Die Verbote und Zwänge produzieren in diesem Beispiel Widerstand gegen den Integrationsdiskurs wie auch politische Positionen abseits von Verboten, auch weil es keine andere Option gibt. Die monolinguale Institution „Schule“ war ein Ort, wo Widerstand stattgefunden hat. Es geht um eine Emanzipation gegenüber dem Integrationsimperativ, die aus der Situation entsteht, dass die Kinder – in diesem Fall die Interviewteilnehmerin – sonst mit der Mutter nicht hätten kommunizieren können. Das politische Bewusstsein der Sprecherin bezieht sich zwar auf den eigenen Nationalismus und auf ihr rebellisches Alter, aber auch auf die Frage der Rechte und den illegitimen Eingriff in das Familienleben. Die Entscheidung der Mutter, mit den Kindern in der Herkunftssprache zu sprechen, wird verteidigt, dafür werden Integrationsprogramme wie „Mama spricht Deutsch“ als realitätsferne Übergriffe abgetan. Das Recht, sich zwischen zwei nationalen Sprachen zu bewegen, wird für die Familie beansprucht und der Zugriff von paternalistischen Anliegen in das Privatleben der Familie kritisiert. Das „Sein“ und nicht die intellektuelle Auseinandersetzung ist das, was die Kritik am Integrationsdispositiv ermöglicht. Der Interviewpartnerin geht es in diesem Sinne um den Anspruch, „weniger regiert zu werden“ (Foucault 1992): „Wie ist es möglich, daß man nicht *derartig*, im Namen dieser Prinzipien da, zu solchen Zwecken und mit solchen Verfahren regiert wird – daß man nicht so und nicht dafür und nicht von denen da regiert wird?“ (ebd.: 11f., HiO)

Den Kämpfen um die eigene Mehrsprachigkeit steht die zunehmende legislative Disziplinierung der MigrantInnen durch die Zunahme des politischen Rechtspopulismus entgegen. Zur Sprachfrage haben migrantische Familien unterschiedliche Strategien im Umgang mit Erst- und Zweitsprache entwickelt. Der folgende Abschnitt zeigt auf, wie das politische Selbstbewusstsein im Umgang mit den Herkunftssprachen ein noch nicht abgeschlossenes Projekt ist. Der Unterschied liegt darin, dass sich der Diskurs innerhalb der migrantischen Familien verändert hat.

Das is, glaub ich, ganz ähnlich gelaufen wie bei vielen anderen Familien! Also ich glaub, damals in den 80er-Jahren war das halt ... 70er-, 80er-Jahren war das irgendwie offenbar nicht so ... nicht SO Thema, dass es irrsinnig TOLL is für das Kind und für später und so, dass sie die zweite Sprache lernen. [...] (*seufzt/schnauft tief aus*) war das irgendwie nicht ... einfach gar nicht so THEMA! Und meine Eltern ham viele befreundete Familien, was ehm auch so is, dass also ein Elternteil jetz, keine Ahnung, zum Beispiel Perser is, oder auch Araber, und es war eigentlich bei den meisten so, dass die Kinder die Sprachen nicht gelernt ham. Und jetz is das GANZ anders! Und meine Eltern könnens heute auch gar nicht mehr so richtig erklärn! Weil sie auch mitbekommen, dass das irgendwie jetzt also immer mehr Thema geworden is, und woran ich mich erinnern kann, is, ich bin sehr antiautoritär erzogen worden von meinen Eltern, und sie ham uns Kindern sehr viel Freiraum gelassen, und ich kann mich schon erinnern, dass mein Papa immer wieder GEFRAGT hat, ob ich denn nicht Arabisch lernen möchte, und er redet mit mir und so. Ja, aber das funktioniert natürlich nicht. [...] Ja. Also ein Kind zu FRAGEN, is in dem Fall... also das geht einfach nicht. Ich lern seit vielen Arabisch, mehr halbherzig, weil ich einfach wenig Zeit hab und so, aber mein Ziel is, dass ich zumindest Smalltalken kann, (*lachend*) eines Tages auf Hocharabisch! Mal schau!

El_Patras_a

Die zwei TeilnehmerInnen (Anm.: die hier zitierten Personen sind fast gleichaltrig und im Salzkammergut in die Schule gegangen) erzählen zwei unterschiedliche Familiengeschichten im Umgang mit Mehrsprachigkeit. Einerseits entsteht die Differenz durch die unterschiedlichen Realitäten der Familien in Bezug auf den ökonomischen Druck, die Arbeitsverhältnisse und die Familienkonstellation. Andererseits besteht eine Differenz darin, dass im zweiten Fall die Erzählungen der Eltern Leerstellen darüber aufweisen, weshalb Arabisch, die Sprache des Vaters, nicht an die Kinder weitergegeben wurde. Es gibt im Gegensatz zur ersten Teilnehmerin keine Erinnerung an Sprachverbote in der Schule und keinen Bezug zum institutionellen Linguizismus. Im zweiten Beispiel erlebt die Teilnehmerin die Familienstrategie hinsichtlich der Herkunftssprache des Vaters als einen Verlust, der nachgeholt werden muss. Die gemeinsame Einschätzung beider InterviewpartnerInnen liegt darin, dass „früher“ Sprache nicht in diesem Ausmaß im Mittelpunkt der

politischen Debatten stand. Es gab zwar Sprachverbote in der Schule, aber Sprache, Migration oder Integration waren weniger zentral in den politischen Diskussionen.

Weil damals wars hoit ned so WICHTIG, is mir vorgekommen! Vor 20 Jahren wars NICHT so wichtig, dass man Deutsch kann! Und in den letzten Jahren, wo Migration so ... Irgendwie kommt mir vor, dass in den letzten Jahren Migration ÜBERALL „Migration“, „Integration“, „DEUTSCH“, „Deutschkurse“, dass das so ... Ich bin so richtig ÜBERFLUTET von diesen Wörtern, und von ... (*lacht leise*) Entweder wars mir früher nicht so bewusst, oder es war früher weniger!

El_Syros_a

10 GEGENSTRATEGIEN – DEN LINGUIZISMUS BESCHÄMEN

Die Kämpfe um Sprachenrechte und migrantische Mehrsprachigkeit wie auch jene um die hegemoniale Sprache produzieren eine Reihe von Dilemmata, Ambivalenzen und Widersprüche. Daraus wird die soziale Konstruktion der „korrekten Sprache“ sowohl in Bezug auf die Erst- als auch auf die Zweitsprache sichtbar. Das Wissen über die Verschränkung von sprachlichen Ge- und Verboten mit Machtverhältnissen und die ambivalente Konstruktion der „korrekten Sprache“ produziert eine Reihe von individuellen und kollektiven Strategien. Gleichzeitig kann dieses Wissen zu Solidaritäten aber auch zu weiteren Antagonismen führen. Die Kollektivierung der Strategien gegen den Linguizismus ist ein umfangreiches Projekt. Das folgende Analysekapitel verstehe ich als einen weiteren Beitrag dazu.

Forschung und Lehre sind Prozesse, wo die Kollektivierung der Erfahrungen ein wesentliches Mittel für die Wissensproduktion ist. Patricia Tomic (2013) bezieht sich auf Charles Lemert (2008) und Joan Acker (1997), wenn sie von einer Methodologie spricht, die die persönlichen Erfahrungen der ForscherInnen explizit in die Forschung miteinbezieht. Tomic setzt sich vor allem mit der diskursiven Konstruktion von *whiteness* durch das Sprechen der Standardsprache – in ihrem Fall Englisch – und die Abgrenzung von migrantischen SprecherInnen mit Englisch als Zweitsprache (ESL) auseinander:

While through Lemerts's influence I integrate my life experience into my teaching and research, through Acker's metaphor of "getting the man out of [one's] head", I have been encouraged to get the power of Standard English and whiteness out of my head to be able to reflect and write on the connections between Standard English, colonialism, whiteness, and the ESL immigrant experience. (Tomic 2013: 2)

Die Fragestellungen rund um migrantische Sprachhandlungen sind Themen, die mich selbst biografisch geprägt haben. Das eigene Erleben der Abwertung von Sprachkompetenzen, der prozesshaft erkämpfte Zugang zur hegemonialen Sprache, die Gefühle der Scham zuerst beim Sprechen, dann beim Schreiben, die Kollektivierung von oppositionellen Strategien, aber auch individuelle Taktiken in unterschiedlichen sozialen Räumen sind Teil meiner politischen (siehe dazu auch 1. März - Transnationaler Migrant_innenstreik 2012) und wissenschaftlichen Identität. Die „involvierte Professionalisierung“ (Messerschmidt 2011) im Bereich der Lehre und Forschung erfordert – trotz des Erfahrungswissens, wie ihn Tomic schildert – weiterhin die Auseinandersetzung mit dem hegemonialen Diskurs der Monolingualität und mit dem *native speakerism* in der eigenen Forschungspraxis. Anders formuliert: Rassismuskritik bedeutet auch, die eigene Involviertheit in

rassistische Verhältnisse zu berücksichtigen (ebd.). Zur Debatte stehen oppositionelle Strategien innerhalb der hegemonialen Bedingungen der Monolingualität. Die Dilemmata im Umgang mit Linguizismus werden vor allem im Bereich des Fachs DaZ ausführlich thematisiert:

Unter der Perspektive der Linguizismuskritik müssen im Kontext DaZ mindestens drei Ebenen in den Blick genommen werden: Dies ist zunächst die Ebene der potenziellen Adressat_innen von Deutschlernangeboten, die linguizismusrelevante Erfahrungen machen. Zweitens geht es darum, in der Gestaltung von Lehr-Lernverhältnissen die eigene Involviertheit in linguizistische gesellschaftliche Verhältnisse zu reflektieren. Daraus erwacht drittens das Dilemma, einerseits an der Stabilisierung hegemonialer Verhältnisse beteiligt zu sein, indem der Fokus auf die Vermittlung der hegemonialen Sprache gelegt wird, und andererseits die deutsche (Bildungs-)Sprache als Schlüssel zu einem gut gesicherten Tor für den Zugang zu unterschiedlichen Ressourcen zu erkennen und damit in der Verantwortung zu sein, trotz einer hinterfragenden Grundhaltung die deutsche Sprache normgerecht zu vermitteln bzw. dafür zu sorgen, dass sie normgerecht vermittelt wird. (Dirim et al. 2016: 87)

Im Fall von ESPRIS geht es nicht um eine monolinguale Bildungsinstitution, auf die die sozialen Kämpfe gegen Linguizismus fokussieren können. Es geht um Begegnungen in der Region, um Medienöffentlichkeit und um die Gestaltung von Lehr-Lernverhältnissen innerhalb von kooperativen Lernpartnerschaften. Durch das partizipative Konzept stellte sich die Frage der Linguizismuskritik nicht in Bezug auf eine, sondern auf mehrere Institutionen und deren Gesamtheit als Region. Die Lernpartnerschaften wurden zwar von BIS mitorganisiert und begleitet, die Gestaltung der Lehr-Lernverhältnisse oblag jedoch zum größten Teil den TeilnehmerInnen. Sie waren darin ESPRIS und der Weiterbildungsinstitution BIS gegenüber autonom. Trotzdem fanden die Lernpartnerschaften innerhalb des aktuellen gesellschaftspolitischen Rahmens statt, der die hegemoniale Sprache einfordert. Zwar boten die Reflexionstreffen Gelegenheit für kollektive Linguizismuskritik, aber wie lässt sich der Diskurs der nationalstaatlichen Monolingualität aus unseren „Köpfen“ und aus den Verhältnissen verbannen?

Die methodologische Intervention von Tomic in Zusammenhang mit Erst- und Zweitsprache ist auch für das Verständnis der sozialen Situationen im Rahmen der ESPRIS-Begleitforschung wie auch für das Verständnis der Beziehungen und politischen Anliegen zwischen Forscherin, ESPRIS und TeilnehmerInnen relevant. Im vorangegangenen Kategorien-Kapitel „Marginalisierte Stimmen“ schilderte ich anhand der Debatten mit ESPRIS-Teilnehmerinnen zur Frage, ob die Stimme von Frauen, die Dativ und Akkusativ verwechseln, in der Öffentlichkeit ernst genommen wird, den Kampf um „korrektes Deutsch“ und die ambivalenten Positionen, die in diesem Rahmen diskutiert wurden. Eines der Argumente war, dass gesellschaftliche Positionen wie jene einer Universitätslektorin eine andere „Stimme“ trotz des Akzents oder der – im Sinne der deutschen Schulsprache

– inkorrekten Deklination ermöglichen. Tomic geht auf das gleiche Argument ein und beschreibt die Erfahrungen mit Linguizismus außerhalb ihres akademischen Umfelds:

Recently one of my students in my class gave me a ride home. We stopped for a tea [...]. The moment the young waitress heard my request uttered in my accented English, my ESL-ness blocked her ability to understand; she seemed to become deaf. As I spoke, the expression of her face turned more and more hopeless. After I repeated my request a couple of times while the waitress kept saying “pardon me,” “pardon me,” my student intervened to “interpret.” [...] I still wonder if she has thought about this event ever again, or even if she saw the irony in that her professor was at one moment lecturing a class of thirty students on the sociology of education and then, when she was not protected by her credentials, needed an interpreter to buy a cup of tea. And this is after almost forty years living in Canada, and after more than twenty years as a university professor. (Tomic 2013: 12)

Tomic verdeutlicht, dass intersektionelle soziale Kategorien nicht an sich, sondern in Verbindung mit dem sozialen Raum die Erfahrungen des Sprechens mit Akzent prägen. Die ESPRIS-TeilnehmerInnen schilderten zahlreiche Beispiele über den Umgang mit migrantischem Sprechen in der Region.

10.1 Zwang und Widerstände – Ermächtigung durch die hegemoniale Sprache?

Über die Beziehung zwischen Bildungseinrichtungen und Migrationspädagogik gibt es zahlreiche Untersuchungen und Analysen. (vgl. Mecheril/Castro Varela/Dirim 2010; Mecheril et al. 2010b; Dirim 2008; Dirim/Mecheril 2009; Mecheril 2006) „Schulisches Lernen ist in erster Linie Erziehung von Mitgliedern der bestimmten Gesellschaft, in der sie geschieht.“ (Haug 2003: 61) Was passiert aber außerhalb der Schulen? Welche Migrationspädagogik fand in den Lernpartnerschaften statt? Diese Frage stelle sich in Zusammenhang mit der Methode und dem Setting des Projekts. Dabei verstehe ich den Begriff „Migrationspädagogik“ im Sinne von Paul Mecheril (2010) als ein Angebot „nach Handlungs-, Erfahrungs- und Denkformen, die weniger Macht über andere ausüben, Ausschau zu halten und sie wirklich werden zu lassen“ (ebd.: 19).

Machtverhältnisse in Lernprozessen sind auch außerhalb eines engen institutionellen Rahmens nicht von der Hand zu weisen: „Da das gesamte Lernen auf die Meisterung der eigenen Lebensbedingungen gerichtet ist, also auf wachsende Befreiung von Abhängigkeit und Auslieferung an unbekannte Mächte, muss in einer von Herrschaft bestimmten Gesellschaft damit gerechnet werden, dass diesem Befreiungsstreben auf allen Ebenen Schranken gesetzt sind, die notwendige Lebenskompetenz verhindert wird.“ (Haug 2003: 65) Die Strategien, mit diesen „Schranken“ umzugehen, können unterschiedlich sein: „Um handlungsfähig zu sein, werden unterschiedliche Stra-

tegien ergriffen, auch solche, sich in den Schranken einzurichten, sich anzupassen, selbst solche, widerständig die eigene Unterordnung zu bestätigen.“ (ebd.) Die Schranken in Zusammenhang mit dem Lernen der hegemonialen Sprache in Österreich werden zu einem großen Teil durch das Integrationsdispositiv transparent.

In den Lernpartnerschaften konnten die ESPRIS-TeilnehmerInnen relativ autonom sprachpädagogische Konzepte entwickeln. Das BIS begleitete die Anliegen der Lernpartnerschaften durch die Bereitstellung von Lehrmaterialien, Reflexionstreffen und organisatorischer Unterstützung. Lernkonzepte und -beziehungen entstanden aber im Privaten, abseits der Bildungsinstitution. ESPRIS setzte mit diesem Konzept um, was Verena Plutzar (2010) als sprachdidaktische Binsenweisheit beschreibt: „Der Erwerb der Landessprache stellt so gesehen nicht die Voraussetzung, sondern vielmehr das *Ergebnis* der erfolgreichen Teilhabe von MigrantInnen an Bildungsprozessen und am Arbeitsmarkt dar. Diese Annahme begründet sich u. a. in der sprachdidaktischen Binsenweisheit, dass man Sprachen nur durch *Sprechen* lernt.“ (ebd.: 126)

Der Umgang mit Sprache und Zwang sowie das soziale Lernen der Sprachen werden in den Interviews mehrfach behandelt. Einige solche Beispiele werden bereits in Zusammenhang mit anderen analytischen Kategorien besprochen – siehe etwa die Kategorie des transnationalen Sprechens. In den Biografien vieler ESPRIS-TeilnehmerInnen ist das Erlernen von Sprachen eine sich wiederholende Aufgabe, die Gefühle und didaktisches Wissen produziert.

Weil ich habe Englisch und Arabisch in der Schule angefangen. Und Italienisch. [...] unsere Mutter wollte, dass wir Finnisch [Anm.: die „Muttersprache“] besser lernen, und hat uns genommen von Ägypten, wo wir waren, nach Finnland, um Finnisch zu lernen! Und ich hab das GEHASST. Als Kind. Weil plötzlich da war von drei Sprachen diese finnische Sprache, und wir konnten schon verstehen, ein bisschen sprechen, wir haben ein Jahr vorher sehr viel gelernt, und den ganzen Sommer, wenn wir in Finnland waren, Finnisch gelernt. Und keine Spiele, NIX, nur Finnisch lernen, und des is schon schwierig!

El_Tinos_a

In diesem Interviewabschnitt ist die Distanz zum Wunschdenken eines selbstbestimmten, lustvollen Lernens einer Sprache groß. In der Migrationsgesellschaft bedient sich der dominante Diskurs auch nicht dieses Bildes bzw. der Kategorie des lustvollen Lernens. Vielmehr wird in Sprachbestimmungen rund um MigrantInnen die Redefinition des Staatsbürgerschaftsmodells deutlich, die eine Reihe von Pflichten für jene angehenden StaatsbürgerInnen vorsieht, die keine EU-BürgerInnenschaft haben und damit das *ius sanguinis* zu einem Problem wird. Das Erlernen der Sprache ist die zentrale Norm für den Erwerb der Staatsbürgerschaft geworden (Ataç/Gouma

2012: 262) und steht damit in enger Verbindung mit der Stärkung neoassimilativer Politik (Kofman 2005f.). Das Paradoxon ist, dass MigrantInnen stets dafür gekämpft haben, Zugang zur hegemonialen Sprache zu bekommen (Bojadžijev 2008). Diese Kämpfe wurden aber in eine Pflicht übersetzt, mittels derer bestimmte MigrantInnengruppen in einem prekären Aufenthaltsstatus gehalten werden. Durch die machtvollen Figur der „Integrationsunwilligen“ werden zudem Menschen und Sprachen institutionell und im Alltag angegriffen. Das selbstbestimmte, lustvolle Lernen einer Sprache spielt aufgrund der nationalen Imagination einer gesellschaftlichen Monolingualität keine Rolle. Die Lust am Lernen – auch im Fall des Lernens der hegemonialen Sprache – ist dafür eine relevante Kategorie für die AkteurInnen: Einige der ESPRIS-TeilnehmerInnen beschrieben ihre Beziehung zum Projekt wie auch zu Sprachen dadurch.

Der Topos „Zwang“ ist indes ein fragwürdiges Motivationskonzept für Lernprozesse und darüber hinaus ein demokratiepolitischer Rückschlag. Im Gegensatz dazu wird Deutschlernen – trotz der Kritik an den sprachlichen Disziplinierungsmaßnahmen seitens der ESPRIS-TeilnehmerInnen – überwiegend als Ermächtigung gedeutet: Deutschlernen wird, ungeachtet der vorhandenen Strukturen, argumentativ mit Ermächtigung und Selbstermächtigung in Verbindung gebracht. Dieser Widerspruch zwischen der staatlichen Rhetorik und der Haltung der AkteurInnen stellt für Konzepte der Ermächtigung und Selbstermächtigung eine analytische Aufgabe dar. Deutungen der Selbstermächtigung durch die hegemoniale Sprache betreffen nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Raum.

Int.: Und es gibt ja sehr wenige MIGRANTINNEN, die da mitmachen! Hast du eine Vorstellung, warum das [so is?]

Teilh.: [Jo sicher!] Weil wegen den Sprachen, wenn man so unsicher ist, und ich muss auch sagen zum Beispiel, IMMER wenn ich etwas ... ich weiß nicht, ob (irgendwann) (*schmunzelnd*) der Moment kommt, wo ich das NICHT mehr mache, aber immer wenn ich etwas schreibe oder einen Beitrag mache, dann muss ich immer meinen /(*schmunzelnd*) MANN fragen, dass er meine Fehler korrigiert, (falls es wäre), weil ich bin ja mir nicht sicher! Und es ist klar, ich MACH Fehler, und ich möchte aber versuchen, weniger (*schmunzelnd*) Fehler zu machen, aber es ist natürlich! Und ich glaub, es ist einfach, jo, erstens is das auch eine Arbeit, die zum Beispiel wenn man die nicht kennt, möchte man sich damit vielleicht nicht auseinandersetzen, und zweitens is das wegen der Sprache, ich glaub, es ist SCHWIERIG! Ja? Wenn zum Beispiel man nicht (so) sicher ist, und, ja, weil halt auch beim Radio werden (die Leute) zuhören, und für einige ist das nicht so leicht, fällt nicht so leicht, (nein)!

El_Syros_b

Viele ESPRIS-TeilnehmerInnen berichteten über Vertrauenspersonen, die das „Korrigieren“ vor allem von Texten, aber auch im Gespräch übernehmen. Diese Funktion wird zwar je nach Situation zwar wertgeschätzt, aber auch als Abhängigkeit verstanden. Das Ende dieser Abhängigkeit bei der sprachlichen Performanz wird von den ESPRIS-TeilnehmerInnen auch als Ziel der Selbstermächtigung interpretiert: Im Rahmen der Interpretationsgruppe mit den ESPRIS-TeilnehmerInnen wurde das Ziel, „nicht immer jemanden dafür zu brauchen“, als Teil der Selbstermächtigung im „Leben“ und nicht nur im „Beruf“ besprochen. Die Differenzierung zwischen Leben und Beruf bezieht sich auf die Position, dass es beim Erlernen der hegemonialen Sprache nicht nur um den Aufstieg im Job geht.

Interpretin A: Meine Kollegin, die auch Reinigungskraft ist, versteht nicht, warum ich noch mehr Deutschkurse mache: „Du machst dich kaputt.“ Aber ich will nicht in der Reinigung bleiben.

[...]

Interpretin A: Ich habe meiner Kollegin gesagt, dass es nicht nur für den Beruf ist, sondern auch im Leben wichtig. Was macht sie, wenn ihr Mann stirbt. Dann hat sie ihre Kinder, sagt sie.

Interpretationstreffen ESPRIS

Die Widersprüche und Dilemmata im Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Gewalt, Dequalifikation, Linguizismus und migrantischen Emanzipationsstrategien entsprechen den Erfahrungen und Erkenntnissen in mehreren Analysen. Im Rahmen des Projekts „Deutsch als Zweitsprache als kritische Bildungsarbeit“ hinterfragte die Migrantinnenorganisation maiz in Interviews mit DaZ-Verantwortlichen und -Lehrenden die Verknüpfungen der Mehrsprachigkeit mit dem monolingualen Habitus in DaZ-Bildungsinstitutionen. „In allen Interviews wird dem Erlernen der hegemonialen Sprache Deutsch eine gesonderte Bedeutung hinsichtlich der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und der Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens in Österreich zugemessen.“ (Salgado 2013: 53) Insgesamt betrachteten die DaZ-Lehrenden Deutschlernen als Ermächtigungsprozess, weil die Lernenden a) dadurch handlungsfähiger werden bzw. gemacht werden, b) selbstbestimmter leben, c) dadurch mehr Selbstvertrauen erlangen und d) einen Platz in der Gesellschaft finden können (ebd.: 53f.). Die „Idee der Ermächtigung durch die hegemoniale Sprache“ (ebd.: 54) ist ein spannender Widerspruch für die Perspektive kritischer Migrationspädagogik. Auch deshalb, weil dieser Diskurs der Ermächtigung marginalisierte Gruppen adressiert und Klassenverhältnisse mitdenkt. Denn auf der anderen Seite der gesellschaftlichen Realität stehen zum Beispiel Schlüsselkräfte, die der Selektion durch die Rot-Weiß-Rot-Karte entsprechen: die Figur der mehrsprachigen SportlerInnen, WissenschaftlerInnen oder ManagerInnen, die zwar kaum Deutschkenntnisse

vorweisen kann, aber ausreichend ökonomische und soziale Ressourcen besitzt, um sich nicht durch die hegemoniale Sprache „ermächtigen“ zu müssen.

Ohne den monolingual verfassten Nationalstaat zu kritisieren, also ohne die Regime, die sowohl die Grenzen des Nationalstaates als auch die der nationale Sprachen implementieren und legitimieren, in ihrer Inklusions- und Ausgrenzungsgewalt kritisch zu hinterfragen und zu unterlaufen, bleibt die Befürwortung der Mehrsprachigkeitsförderung als ein scheinwiderständiges Sprechen, das keine Transformation der gegebenen Verhältnisse bewirken könnte. (Salgado 2013: 60)

Rubia Salgado spricht sich dafür aus, ausgehend vom Konzept der Grenzregime die Sprachverbote und -einschränkungen zu kritisieren. Aufgabe einer kritischen Pädagogik wäre demnach das Unterbrechen der neoliberalen Logik (Giroux/Searls Giroux 2005) und des methodologischen Nationalismus (De Genova 2013b). Denn das Migrationsregime diesseits der Grenzen produziert Hierarchisierungen und Ausschlüsse, um die soziale Ordnung und die dominanten Klassenverhältnisse zu reproduzieren:

- Int.:** [...] was wenig angesprochen wird, is halt so Antagonismen, also in den Lernpartnerschaften, wenn eine Frau, sagen wir, die sehr gut Deutsch spricht, jetz auch noch Spanisch lernt, ja, kann sie das in ihrem Lebenslauf, kann das ihr zu einem besseren Job verhelfen! Ja? Eine, sagen wir, Frau, die in der Öffentlichkeit als Ausländerin gilt, ja, und immer wieder mit einem Akzent Deutsch spricht, auch wenn sie Spanisch kann, wird VIEL SCHWIERIGER einen Job finden! Also jemand wird die Österreicherin bevorzugen, ja?
- Teilh.:** Ja.
- Int.:** Wie gehst du mit diesen Antagonismen so um?
- Teilh.:** Jo, gaunz schwierig. Oiso i hob die Erfahrung gehabt, wenn ich in einem Architekturbüro gearbeitet habe, dass ich, obwohl eigentlich die meisten sagen, dass ich relativ oder sehr gut Deutsch spreche, hab ich dort nicht ans Telefon rangehen dürfen, wegen „da werden die Kunden also dann ja wissen, an meinem Akzent ...“ ... also ich soll einfach wegen meinem Akzent NICHT abheben!
- Int.:** Tatsächlich?
- Teilh.:** Ja!
- Int.:** (Bumm!)
- Teilh.:** Und dann denk ich mir, ja ... I man, donn bist in dem Moment so ... Was erwartest du dir noch? Ich mein, wos ... wöche „Integration“? Wos SOLL eigentlich dieses ganze GEREDE, und dieses Ganze, wonnst einfoch mit ... wo ich mir denke, dass ich Besser ... I man, „besser“! Aber auch teilweise besser als ein Österreicher Deutsch spreche, dann darf ich mich nicht ans Telefon melden wegen meinem AKZENT, der vielleicht auch nicht SO hörbar ist! Und auch WENN! Ich mein, allein DA wirst schon so diskriminiert, dassd einfach dann dein Interesse an der Integration einfoch (noch SINKT)! Und des is schwierig, weil ich finde, es is GANZ

WICHTIG jetzt ... Oba jetzt kommen neue Generationen, die werden andere Schulen besuchen, hoffentlich, die werden studieren, vermehrt, und es is SUPPA WICHTIG, in sozialen Einrichtungen Menschen zu haben, die schon solche Erfahrungen gemacht haben in ihrem Leben, die diese Sprachen oder gewisse Sprachen ABDECKEN!

El_Syros_a

In diesem Interviewausschnitt geht es nicht nur um eine Kritik am Integrationspopulismus, sondern auch um eine Vision über die Zukunft der Mehrsprachigkeit in der Arbeitswelt und in der Migrationsgesellschaft. Die eigenen Erfahrungen mit Linguizismus und der sozialen Konstruktion der Monolingualität führen zu einer politischen Positionierung gegenüber dem Integrationsimperativ wie auch zu einer Vorstellung über eine gerechtere Zukunft. Aktuell berichtet die Teilnehmerin darüber, dass migrantische Mehrsprachigkeit und die damit verbundenen transnationalen Prozesse im Berufsleben ein Nachteil sind. Denn Unternehmen gehen davon aus, dass ihre KundInnen einen migrantischen Akzent ablehnen. Die Ethnisierung der Konkurrenz am Arbeitsmarkt und die Legitimierung des ungeschriebenen „Inländerprimats“ werden in diesem Fall mit der Sprache bzw. mit dem Akzent begründet und von der Teilnehmerin hinterfragt. Die Ermächtigung durch die hegemoniale Sprache findet an diesem Beispiel nicht statt: die Herkunft und damit das Risiko, dass bei der Unternehmenskommunikation mit der Außenwelt migrantischer Akzent hörbar wird, formen das Sprachregime wie auch die Arbeitspolitik des Unternehmens.

Soziale Bedingungen und Antagonismen in der Gesellschaft reproduzieren die Abwertung migrantischer Mehrsprachigkeit und stärken damit rassistische Verhältnisse. Die Leitung des Unternehmens geht davon aus, dass eine Bürokrant mit migrantischem Akzent geschäftsschädigend ist. Die Gegenseite von solchen Praktiken ist die Kritik und Selbstermächtigung gegenüber nationalen und rassistischen Sprachideologien, die mit dem Argument der Gleichheit den Zwang des Erlernens der hegemonialen Sprache zu legitimieren versuchen. Aus der Perspektive der Teilnehmerin hängt Selbstermächtigung mit dem Kollektiv der mehrsprachigen MigrantInnen zusammen: Wenn sie die Möglichkeit bekommen, „andere Schulen“ zu besuchen, wird die Arbeitswelt mehrsprachig.

10.2 Der Kampf um „Korrektes Deutsch“ und affirmative Sabotagen

Int.: Du hast erzählt, am Anfang hast du dich geschämt, Leute anzusprechen, weil dein Deutsch so schlecht war, und dass DAS keine gute Idee war. Warum?

Teiln._A: Weil am Anfang hab ich gedacht, „Nein, wenn ich so SCHLECHT spreche, dann besser, also (fang ich gar nicht, also keine Konversation oder Gespräch mit jemand!), und hab ich mir (viele Sorgen gemacht), „Nein, ich sprech so SCHLECHT, ich sprech so SCHLECHT!“, und dann hab ich das ein bisschen (abgeschlossen), na? (ich hab halt jetzt gesagt „Na, das war keine gute Entscheidung“), weil ich (hab mir) gemerkt, dass die Leute möchten kein ... also suchen keine PERFEKTION, (in was wir sagen), oder ... also (das is) () ganz egal, ob wir superschlecht sprechen oder nicht, aber ich habe viele Freunde kennengelernt, die also, ja, finden es lustig, sie korrigieren mich, wenn ich also einen Fehler mache, und jetzt (*lachend*) sprech ich nicht so schlecht so wie am Anfang, aber aber ganz schlecht auch, und jetzt kann ich viele Leute kennenlernen, und es is ... ich habe ... Wie sagt man? Es is nicht („Sicherheit“), sondern „VERTRAUEN“ oder ... Ja?

Int.: Selbstvertrauen.

Teiln._A: Ja, genau. Und dann, am Anfang hab ich immer gedacht, „Nein, es ist nicht ...“, ja, „Ich sage NICHTS, weil ich weiß nicht, ob das RICHTIG is!“, und das is einfach nur eine GRENZE oder eine WAND zwischen ... also, das muss nicht sein! Also ich habe mir gedacht, wenn ich so eine Ausländerin, oder jemand wie die ... also wie ich in Rom kennenlernen, und der spricht kein Italienisch, oder spricht nicht so ... ich habe nie gedacht, „Nein, er spricht NICHT und dann ich möchte keine Freundschaft!“ oder so. Und dann hab ich gesagt, „Das ist dasselbe! Ich wohne HIER seit (kurzer) Zeit, ich kann, was ich KANN, ich lerne, aber (*schmunzelnd*) das geht nicht so SCHNELL, und die Leute, wenn sie mit mir also sprechen möchten, dann sie müssen das ein bisschen verstehen, und dann, ja, einfach mir helfen!“. (*lachend*) Damit das ein bisschen besser wird! Aber ... Ja. Das muss nicht so perfekt sein.

GI_Mykonos_a

Eine bedeutende Kategorie in den Interviews ist die Definitionsmacht über das „korrekte Deutsch“. Diese Kategorie ist von besonderem Interesse, weil das Forschungsfeld bzw. die Region nicht nur von migrantischer Mehrsprachigkeit, sondern auch von mehreren Dialekten der deutschen Sprache durchkreuzt wird. Viele Nicht-MigrantInnen berichteten, dass ihr dialektaler Akzent außerhalb der engen Region, wo er heimisch ist, zu einem Problem wird und häufiger Grund für Abwertung ist. Dafür reiche eine Übersiedlung von Gmunden nach Ebensee und umgekehrt, wobei der gmundner Dialekt als „etwas Besseres“ gilt. Die zitierte Interviewpartnerin berichtet an dieser Stelle über den Prozess, einen Umgang mit der Abwertung der eigenen Sprachkompetenz

zu finden. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Druck, „korrekt“ Deutsch zu sprechen, vor allem zu Beginn zu einer sozialen Isolation geführt hat. Sie stellt daher insgesamt das Prinzip infrage, dass „nicht korrektes“ Deutsch ein großes Problem darstelle.

Der Anspruch, richtiges bzw. korrektes Deutsch zu sprechen, fungiert als Begründung für den Ausschluss vieler MigrantInnen im Berufsleben. Darüber berichteten nicht nur MigrantInnen, sondern auch die ExpertInnen, die in der Region in verschiedenen Organisationen und Projekten arbeiten (siehe auch vorangegangene Interviewausschnitte).

Exp.: Es gibt sehr wohl Leute bei uns, wo ma einfach merkt, „Ah, de schau jetz, weu die unterhoitn si in ana ondern Sproch!“, oder womma in a Gschäft einigeht und do stengan a poa beinonda, und donn hoaßts, „Mah! DEE! Mit dera Sproch! Und die soin doch Deitsch redn!“. Des is bei UNS no NED so alltäglich, find !! Des is in den größeren Städten gheats Gott sei Donk scho mehr zum Oitog dazua und is normal, bei uns wird scho no gschaut!

Exp_Tinos_b

Nicht-MigrantInnen berichteten über die Abwertung des Dialekts, sowohl im Bereich der Hochkultur als auch in regionalen Räumen, für die andere Dialekte konstitutiv sind. MigrantInnen berichteten dafür über den Linguizismus im Alltag sowie im Berufsleben in der Region. Die Verknüpfung dieser Erfahrungen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen war für die Vermittlung zwischen den TeilnehmerInnen im Rahmen von ESPRIS und für die Entstehung von solidarischem Wissen entscheidend.

Ein wesentliches Element des regionalen Sprachregimes ist der Dialekt. Diese an sich widersprüchliche Kategorie zwischen Emanzipation und Traditionalismus stellt aus der Perspektive der MigrantInnen eine Herausforderung und zugleich ein Mittel der Kritik am Diskurs des „korrekten Deutschs“ dar. Da neoassimilative Politik das Erlernen der hegemonialen Sprache mit einem nationalen Anliegen und mit der Loyalität der MigrantInnen verbindet, finden sich die Menschen in ihrem Alltag mit dem Widerspruch konfrontiert, dass es sich um realitätsferne Disziplinierungsmaßnahmen handelt, da es nicht bloß *eine* hegemoniale Sprache gibt. In Konflikten rund um Sprache wird daher aus migrantischer Sicht häufig über die Bestimmung der „richtigen“ deutschen Sprache verhandelt und ebenso darüber, wer darüber bestimmen darf. Die Auseinandersetzung damit wird in den Interviews als Mittel und widerständige Strategie besprochen, um gegen Einschüchterung im Umgang mit Sprache vorzugehen.

Die soziale Realität und das Alltagsleben in der Region schildern die unterschiedlichen TeilnehmerInnen überwiegend ähnlich.

- Int.:** Okay. Dann noch ein andern Aspekt von Mehrsprachigkeit, den i jetzt fast vergessn hätt. Dass einerseits gesagt wird: Wemma hier als MigrantIn herkommt zum Beispiel, dann muss ma sich DOPPELT sprachlich sozusagn assimilieren unter Anführungszeichen, einerseits diese Hochsprache, also Schriftsprache, Standardsprache, und auf der andern Seite natürlich auch der DIALEKT, [...] Wir haben aber auch Frauen in dem Projekt, gehabt, die ebm gemeint ham, sie kommen zum Beispiel aus der STEIERMARK [...] und da durchaus auch Diskriminierung erfahrn! Aufgrund des Dialekts. [...]
- Exp.:** Jo, des scho, des is bei uns ... i sog oiwei, „Des is typisch Soizkammerguat!“, des is ebm einfoch no so, i sog, eher des KLEINERE, wos natürlich scho aso is, dass ma ned unbedingt vo an ondern LAUND kumman muass, sondern wonn bei uns zum Beispü (d oan san, sog i moi, von Wien), donn hoaßts glei, „Mah, de mit eanan Dialekt!“, oder wann zum Beispü gonz an extremen Dialekt die Vorarlberger hernimm, des stimmt scho! Oiso stimmt SCHO! Und des wird a vo die Leit do so gmocht! Dass wurscht is, ob des jetzt Türkisch oder Kroatisch is, dass sehr wohl a vo ondaren Bundesländ ... Obwoih i NED glaub, dass des a GROSSer Teil der Menschen bei UNS ebm do is! Es wird hoit drüber gredt, und vielleicht über gewisse Dialektoartn wird vielleicht a weng dumm gesprochen und do wird gelästert, oba des is scho a geringer Teil!

Exp_Tinos_b

Anhand der Berichte lässt sich ein regionales Sprachenregime erkennen, das unterscheidet zwischen a) MigrantInnen, die mehrsprachig sind, b) Menschen, die mit einem Akzent sprechen und c) Menschen, die mit einem „anderen Dialekt“ sprechen. Die Berichte der MigrantInnen über Begegnungen in der Öffentlichkeit, wo ihr Akzent bzw. Deutschsprechen abgewertet wird, machen einen großen Teil der Erzählungen aus. Dabei werden unterschiedliche Strategien angewendet.

- Teiln._A:** Heute war ich mit Freunden, und eine Freundin vom mir und ich haben so Holler gespritzt mit Soda bestellt. Holler, na?
- Teiln._B:** Holunder, Holler.
- Teiln._A:** Holunder, Holler! (*murmelt*) Na? Holler. (So verstehst du), „Holunder“, oder? Sie hat „Holunder“ verstanden!
- Int.:** Mhm
- Teiln._A:** (Keine „Cola“!) (*lacht*) /(*schmunzelnd*) Und die Frau hat eigentlich gefragt, „COLA mit Soda?“, aber wir haben „HOLLER“ nochmal verstanden, und haben gesagt „Ja, schon Holler gespritzt mit Soda“. Und sie hat COLA gespritzt mit Soda mitgebracht. Und wir haben so diese komische ... (*bezogen auf Int.*) ja, so wie dein Ge-

sicht, (*lachend*) so ein komisches Gesicht gemacht. (*allg. Lachen*) „Cola mit Soda?! Nein! Also was ist das?!“, „Ja, ihr habt Cola gespritzt mit Soda bestellt!“. Und wir haben gesagt, „Nein, HOLLER!“. „Na, das haben wir nicht!“, „Aber wir haben das bestellt! Also das meinten wir, also das wollten wir bestellen! Und das is (Fehler), ja. Und die Frau hat gesagt (*gespielt herablassender Tonfall*), „Na, ich habe nochmal gefragt, und ihr habt gesagt, ‚Ja. Passt schon, Cola mit Soda.‘ Also ...“. Und sie hat sich umgedreht, und ist einfach gegangen. Und ... Ja. Ich (war da) mit den Cola gespritzt. [...]

GI_Mykonos_a

Die hier beschriebene Szene verweist auf die Frage des „Ernstnehmens“, wenn MigrantInnen mit Akzent oder mit Fehler sprechen. Sprache wird als symbolische Gewalt beschrieben: „Zu den Grundeigenschaften symbolischer Gewalt gehört, dass ihr Repressionsgehalt weder unmittelbar bewusst wird noch offen zutage tritt.“ (Moebius/Wetterer 2011: 2) Die Performanz dieser Gewalt anhand der Sprache bzw. des lokalen Sprachenregimes hinterlässt Deutungsräume. Die Zweifel darüber, ob es sich um rassistische Gewalt handelt, werden von den betroffenen MigrantInnen in der Situation kreativ behandelt, um mit diesem Vorfall umzugehen und das „süßliche Wasser“ ohne weiteren Kommentar auszuprobieren. Doch der öffentliche Raum ist auch ein Raum der Konflikte, wo ESPRIS-TeilnehmerInnen dem Rassismus bzw. Linguizismus offen entgegen:

Es war mal eine Verkäuferin und ich hab gefragt, ob sie mir etwas zeigt oder so. Zuerst hab ich nicht bemerkt. Ja, sie hat mir dann so UNGERN was gezeigt. [...] Dann habe ich ihr den Kaffee gegeben: „Die Hälfte Türkisch mahlen, bitte!“, „Ganz fein, und die Hälfte nehme ich mit.“ Und wieder: „Bitte, ein Packerl, und die Hälfte ganz fein mahlen.“ Na, aber dieses GESICHT. Ich hab das GESPÜRT! Und ich hab gesagt, „Spreche ich so SCHLIMM Deutsch? Mein Deutsch ist so schlimm, dass Sie mich nicht verstehen? Warum sind Sie mit mir so unfreundlich?“.

[Sagt sie] „Es tut mir leid, aber ich verstehe Sie SCHLECHT, ja! Das muss ma sagen.“ Ich sage, „Haben Sie jetzt verstanden, was ich will? Ich will die Hälfte von diesem Packerl, bitte, fein mahlen“. Sie steht so, und schaut. Sag i: „Das ist egal, ob das so richtig oder nicht.“ So. Und so. Und dann hat sie mir die Quittung so (macht Geste), geschmissen!

GI_Syros_a

Die Verbindung von Sprache und Gewalt ist nicht von der Hand zu weisen: „Dabei ist die Sprache – auch im physischen Sinne als ‚Technik des Körpers‘ (Marcel Mauss) verstanden [...] – ein zentrales Medium symbolischer Macht und Gewalt [...], da durch sie die Klassifikationen, Bedeutungsetzungen und Sinngebungen performativ erzeugt und die Machtverhältnisse reproduziert wer-

den [...]“ (Moebius/Wetterer 2011: 2) Die Übersetzung dieser Gewalt in den alltäglichen Begegnungen ruft in diesem Fall Widerstand hervor, der mit der konkreten Benennung der stattfindenden Abwertung beginnt. Gleichzeitig ist diese Benachteiligung in der Mehrheitsgesellschaft legalisiert.

Int.: Warum magst du die C1 machen?
Teilm.: Weil das ist eine Anforderung für diesen Lehrgang, den ich jetzt mache. Das heißt, für Ausländer (*lacht leise*), muss man dafür C1 machen. Österreicher, die haben es leicht. Die brauchen das nicht, ja? Darum. Ach, (Unrechtigkeit, wir alle). Ja. Aber auf einer Seite das ist gut für mein Deutsch, ja? Aber dieser Druck, des is immer Nervosität und des is ein Wahnsinn. Einmal hab ich das nicht geschafft. Nur die Hälfte. Das heißt, mündlichen Teil hab ich sofort, aber schriftlichen nicht! Na, C1, das ist ziemlich schwierig wirklich. Und nicht jeder Österreicher schafft das.

GI_Syros_a

Als widersprüchliches Thema im Umgang mit Gewalt und Sprache wurde die Frage des Korrigierens behandelt. Die Erzählungen über den Akt des Korrigierens waren zahlreich und behandelten unterschiedliche Aspekte. Die Erfahrung des Korrigiertwerdens ist in der bisherigen Datenanalyse sowohl positiv in Zusammenhang mit Vertrauen als auch negativ in Verbindung mit Selbstermächtigung besprochen worden. Bei den Vertrauenspersonen beim Korrigieren handelt es sich meistens um Familienmitglieder, befreundete Personen oder auch um die LernpartnerInnen, die diese Funktion übernehmen. Manche TeilnehmerInnen sehen darin jedoch eine Abhängigkeit, von der sie sich durch weiteres Deutschlernen lösen wollen.

Im Rahmen der Lernpartnerschaften wurden die Erfahrungen mit dem Korrigiertwerden durchwegs als positiv beschrieben. Die InterviewpartnerInnen berichteten über unterschiedliche Strategien: Wie das Korrigieren zu verlaufen hat, wurde in den Lernpartnerschaften meist genau besprochen. Dabei geht es vor allem um das Sprechen: Ist das Korrigieren während des Sprechens erwünscht oder nicht? Manche LernpartnerInnen sicherten sich gegenseitig ab, bevor sie korrigierten, indem sie stets um Erlaubnis fragten. Bei manchen Lernpartnerschaften wurde zur Regel, dass das Korrigieren stets möglich und erwünscht ist. Die Lernpartnerschaften von ESPRIS haben – auch angesichts der eingeschränkten Kontakte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Region – einen Raum für Vertrauensbeziehungen geschaffen, um einen selbstbestimmten Umgang mit dem Korrigieren zu ermöglichen. Durch das gegenseitige Korrigieren wurde in diesem Sinne performativ das Sprachenlernen zu einem gemeinsamen Projekt. Der gemeinsam überlegte Umgang mit dem wechselseitigen Korrigieren wurde zu einem wichtigen Aspekt des selbstbe-

stimmten Lernens in der Lernpartnerschaft. Gleichzeitig wird im Datenmaterial differenziert, ob das Korrigieren auf ein gemeinsames Lernprojekt hinweist oder ob Korrigieren als ein Reklamieren einer hierarchischen Ordnung anhand von Sprachkompetenz eingesetzt wird.

Ein Beispiel für diese Form der Differenzierung lässt sich im Datenmaterial anhand der Beschreibung von sprachlich „lustigen Situationen“ verfolgen. „Lustige Fehler“ weisen in manchen Erzählungen auf eine Form der „Krise der Erfahrungen“ (Haug 2003) und damit auf einen Lernprozess hin. Voraussetzung dafür, dass die TeilnehmerInnen die „Lernsituation“ selbst als lustig empfinden, ist, dass das Korrigieren Lust am Sprechen und am Experimentieren mit der Sprache produziert.

Teil.: [...] ich weiß nicht, jo, vielleicht SCHÄmen sich manche Leute (vor den) Fehlern, und was mich betrifft, zum Beispiel ich weiß, dass ich Fehler Mache, aber ich sage auch alle meinen österreichischen Freunden und meine österreichische Familie, „Korrigiert mich einfach!“, weil ich bin OFFEN dafür, ich möchte die Sprache ... ich möchte BESSER werden, und also die haben auch kein Problem damit! Also die, immer wenn ich etwas falsch oder etwas LUSTiges sage, */(schmunzelnd)* korrigieren sie mich und/ es ist kein PROBLEM für uns! Mhm. Mhm. Es ist auch sehr lustig, weil oft */(lachend)* mache ich so, weißt [...]

GI_Kea_a

Am folgenden Beispiel wird die Situation des Korrigierens ambivalenter beschrieben. Beim Korrigieren vermischen sich Geschlechterrollen und das stereotype Adressieren von jungen Frauen. Die Bezeichnung „süß“ wird als Verniedlichung und als Mittel verwendet, um das Potenzial des Korrigierens als negative Kritik zu mindern. Die Grenze zwischen Abwertung und Ermutigung wird jedoch überschritten. Die Verortung der Aussprache im Bereich des „Niedlichen“ wird zu einem Problem, wenn es weder für den Lernprozess noch für die zwischenmenschlichen Beziehungen, im Berufsleben wie auch in privaten Zusammenhängen, hilfreich ist. Die Teilnehmerin erzählt im folgenden Beispiel, dass die Situation des Ausgelachtwerdens vor allem in der Partnerschaft stattfindet. Bei den meisten ArbeitskollegInnen fühlte sie sich weder ausgelacht noch durch die Verniedlichungen abgewertet.

Teiln.: Und am Anfang viele haben meine Aussprache korrigiert! Ich hab zum Beispiel IMmer gesagt */(schmunzelnd)* „Tis sieben möchte zahlen“, „TIS“! Ich konnte nicht „sch“ sagen! [...] Das war zu schwer für mich, aber alle haben das, ja, */(schmunzelnd)* sehr SÜSS von mir gefunden/, und das war keine ... die haben mich nicht ausgelacht, *(räuspert sich)* oder zum Beispiel mit meinem Freund jetzt, ich habe ihm vom Anfang gesagt, „Ich spreche nicht SO gut Deutsch, bitte

korrigier mich, wenn ich etwas schlecht sage!“, und (da hat er) gesagt, „Okay! Ich korrigiere dich!“ (*klatscht leicht in Hände*). Aber wenn ich zum Beispiel anstatt „schicken“ „SCHINKEN“ */(lachend)* sage, er LACHT so viel! Der findet das lustig! Und sehr süß! Aber das ist keine HILFE für mich!

GI_Mykonos_a

Korrigieren bekommt in Räumen der Konkurrenz – zum Beispiel in beruflichen Zusammenhängen – auch die Funktion des Zum-Schweigen-Bringens. Folgendes Interview wurde bereits in Zusammenhang mit Linguizismus behandelt. An dieser Stelle setzt sich das Gespräch fort. Dabei wird das Korrigieren als Versuch verstanden, die Sprecherin und Kollegin zum Verstummen zu bringen. Die Aufmerksamkeit in der Bürobesprechung gilt nicht mehr den mitgeteilten Inhalten, sondern dem, wie diese ausgesprochen oder grammatikalisch gesetzt werden. Im zitierten Interviewausschnitt geht es darum, dass zwar die Intention, die Sprecherin abzuwerten, wahrgenommen wird. Daraus entstehen jedoch widerständige Taktiken und die Lust, andere Situationen zu produzieren.

Teiln._A: [Aber nehmen dich] Leute genauso ernst, wenn du das richtig sagst, als wenn du das falsch sagst?

Int.: Es is unterschiedlich.

Teiln._A: Denk ich ned!

Int.: Es is total unterschiedlich.

Teiln._A: */(verneinend)* Hmhm./ Na. Ich denke ned. Ich denke, du sitzt, beruflich,-- du sitzt in einem Zimmer, es gibt ein Meeting, und wenn du was sagst, die nehmen dich genau--nicht so ernst, wenn du ein Dialekt hast, wenn du Fehler machst! --Das klingt „LUSTIG“, oder ... Keine Ahnung. Obwohl was du sagst, is wichtig und hat vielleicht doch ein ... es is was Gutes, eigentlich. Eine gute Idee oder guter Vorschlag, -- und es wird (*macht einen Pfiff*) übersehen ... (Oft is) ...

Int.: Und was macht man dann dagegen?

Teiln._A: Och, (*schnauft tief aus*)

Teiln._B: Ignorieren! (*lacht leise*)

Teiln._A: ausblenden! Ja. Keine Ahnung. [...] ÄRGERN! Du ärgerst dich eine ... Also ich ärger mich sehr, weil vielleicht weil ich komme aus dem Süden, und ich habe ein Temperament, und dann auf einmal is mir so heiß und so. Und dann vielleicht weil ich aus dem Süden bin, kann ich so einfach ein Auge zudrücken und sagen „Okay“.

Int.: Aber sprichst du dann trotzdem? Sagst du das, was du () ...

Teiln._A: Jaja, klar. Manchmal ... Ich weiß nicht, ob das (richtig) is. Aber manchmal versuch ich die Leute dann auch zu blamieren! (*lacht*)

Int.: Was?

Teiln._A: Ne. Aber manchmal wenn jemand macht ein Kommentar und tut über mich lachen, dann mach ich auch eine Komment ... (Also ich spiel so ein bisschen den Ball zurück!)

GI_Syros_b

Das Korrigieren wird als ein „Kampf“ um korrektes Deutsch dargestellt, der auch die inhaltliche Abwertung des Gesprochenen miteinbezieht. Der Wunsch ernst genommen zu werden, durch die eigene Sprachkompetenz und durch das eigene Deutschlernen, war ein sich wiederholender Topos. In ihrem Vortrag „Sprache, Gewalt und Repräsentation“ thematisierte Nikita Dhawan (2014) postkoloniale Kritik und widerständige Sprachpraxen wie die „affirmative Sabotage“. Das Konzept der „affirmativen Sabotage“ geht, so Dhawan, auf die Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak zurück. Sie beschreibt damit, „wie marginalisierte Gruppen beispielsweise mit dem Erlernen liberaler Bildungsideale und -techniken zugleich kritische Bildungsprozesse abseits und gegen die hegemoniale Bildung in Gang setzen können“ (ebd.).

Und wir haben zum Beispiel in der Arbeit einen Kunden, der heißt Müller mit Umlaut. Und wenn ich das (so schnell) sage, sag ich vielleicht „Muller“. Es is nicht richtig. Und ich hab einem Arbeitskollegen gesagt, „Ja, das musst, von diese Kunde, von Muller, das muss gemacht werden“. „WIE BITTE? Was hast du gesagt?“, „Ja, von den Kunden Muller“, „Ich WEISS nicht, wovon du redest!“, also so ... „Was MEINST du?“. Und ich denke „MÜLLER“, also ich geb mir nochmal Mühe. „Na!“, dann steh ich auf und ich schreib das für ihn, also ich schreib das, „MÜLLER“, „AH SO! Du meinst MÜLLER!“

Und dann denk ich, „Ja, Tschuldigung! Also bitte! Dass ich das nicht gesagt ...“ Dann manchmal bin ich ein bisschen gemein, und sag, „Dann musst du aufpassen, wenn du Dialekt sprichst, weil du redest mit den deutsche Kunden, und die verstehn dich auch nicht am Telefon! Musst auch aufpassen!“. Also ich sag das nicht so gemein, aber ich lass es auch fallen Ja! Deswegen denk ich manchmal, die sind so gemein zu mir, weil ich diesen „Müller“ nicht sagen kann, aber anderes rum, die sind AUCH nicht besser wie ich! Aber die sehen das nicht. Ja.

GI_Syros_b

Der Kampf um „korrektes Deutsch“ fungiert auch als emanzipatives Moment für MigrantInnen. Im Gegensatz zu MigrantInnen in großen Ballungszentren und großstädtischen Räumen bieten Räume mit mehreren ländlichen Dialekten einen Verhandlungsraum über die Definitionsmacht über ein „korrektes Deutsch“, der von MigrantInnen genutzt wird. Sprachregime mit Dialekten machen die flüssige Entwicklung von Sprachen wie auch die Verhandlungen darüber und die Ausschlussmechanismen offensichtlicher und angreifbarer als in Räumen, die von Sprachen sehr stark struk-

turiert sind – beispielsweise Schulen, die sich politisch als monolinguale Institution verstehen. Die Dialekte – selbst eine emanzipative Strategie in ländlichen Räumen gegen die Verordnungen von „oben“ – wurden von ESPRIS-TeilnehmerInnen in den eigenen Widerstandsstrategien bzw. in affirmativen Sabotagen eingebaut. Der Dialekt bedeutet demnach für viele MigrantInnen Frustration, aber auch Selbstbewusstsein, weil sowohl das „Nicht-Verstehen“ als auch das „Korrekt-Deutschsprechen“ Kategorien sind, die alle – nicht nur die MigrantInnen – betreffen.

Die Kunden kommen zu mir und ich lächle sie immer an. Und ich frage sie, wie geht es Ihnen heute? Und so. Und sie freuen sich. Und dann sagen sie etwas, aber das ist Dialekt und ich verstehe sie nicht. Und dann lächle ich und sage: „Bitte sprechen Sie korrektes Deutsch mit mir!“

EI_Tinos_a

11 HARMONIE UND MIGRANTISCHE MEHRSPRACHIGKEIT – CONCLUSIO

Willkommen in der Wohlfühlzone! Der entspannende Duft der Demokratie, die kuschelige Weichheit des Friedens, der himmlische Klang der Gleichheit, das herzerwärmende Knistern der Toleranz und auch – was heißt auch?! –, vor allem der süße Geschmack des Wohlstands. Doch die Wohlfühlzone schrumpft, und das immer schneller. Von heute auf morgen kann sich Mensch wieder draußen vor der Tür finden. Da steht aber quasi schon die ganze Welt – also all jene, die weniger zum Wohlfühlen haben – und klopft zunehmend lauter an. Das Versprechen der Wohlfühlten kann nicht mehr Schritt halten mit der Wirklichkeit, sie wird von jedem Widerspruch an die Grenzen des Verträglichen gebracht und es heißt: bloß keine aufwühlende Erinnerung oder auffallende Handlung, kein aufrüttelndes Begehren! Genau an diesem Punkt setzt WIENWOCHE 2015 mit „Harmonija, na ja ...“ an. Störungen müssen her, und zwar nicht um des Störens willen. „Der Konflikt ist der wesentliche Kern einer freien und offenen Gesellschaft“, schrieb schon der US-amerikanische Bürgerrechtler Saul Alinsky 1971 in seinem Buch „Rules for Radicals“. Wer das Heute hinterfragt, den Alltag und die Wünsche, das Jetzt und die Utopie, muss die unheimlich gewordene Harmonie unterbrechen und neu verhandeln. Nicht einverstanden sein, anecken, da – zwischenfunken, Sand ins Getriebe streuen, entgegentreten, durchkreuzen, behindern. Und gleichzeitig: entdecken, fantasieren, erfinden, vorausdenken, planen, organisieren, eingreifen. Letztlich Wege finden, um Demokratie, Frieden, Gleichheit und Wohlstand miteinander zu teilen, also: stören, um zu verändern! (Gülcü/Patulova 2015)

Das Versprechen von einem Leben in Harmonie ist ein machtvolleres Versprechen. Darüber herrscht Konsens und damit – im Sinne von Antonio Gramsci (1991-2002) – das Ergebnis eines hegemonial gewordenen Projekts, das die aktive Zustimmung der Subalternen trägt. Hegemoniale Harmonie bedeutet nicht, dass Konflikte nicht existieren bzw. stattfinden, sondern dass diese Konflikte aus der Perspektive der vorhandenen Machtverhältnisse gedeutet und regiert werden, um die vorhandene soziale Ordnung zu stabilisieren. Harmonie ist ein instabiles hegemoniales Projekt, weil die Konflikte darin nicht durch soziale Veränderungen befriedet werden, sondern weil diese Konflikte regiert werden.

Etwaige Störungen der Harmonie durch jene Betroffenen oder Bewegungen, die keinen Zugang zur „Wohlfühlzone“ (siehe Gülcü/Patulova 2015) haben, werden aus der dominanten neoliberalen Perspektive abgewertet, indem sie individualisiert oder kulturalisiert werden: Der Ausschluss aus dem Paradies wird in hegemonialen Diskursen als selbstverschuldet dargestellt. Die Rhetorik der „Schwachen“ entmündigt die störenden AkteurInnen und legitimiert den Sozialabbau als Form des Regierens. Ein gegenhegemoniales Versprechen ist daher die Kollektivierung und Politisierung sozialer Kämpfe, um übergreifend soziale Veränderungen durchzusetzen. Die Strategie der Kollektivierung ist dabei nicht alleine linken und emanzipativen Sphären vorbehalten, sondern findet

derzeit auch im Namen rechtsnationalistischer Ideologien statt. Rechtsradikalen Parteien gelingt es auch im deutschsprachigen Raum, einen Teil der sozialen Kräfte für die Hegemonie eines anti-migrantischen, antisemitischen, antifeministischen und homophoben Harmonieprojekts zu bündeln. Im Gegensatz dazu setzen sich Teile der Gesellschaft abseits von völkischen Phantasien und neoliberaler Orthodoxie dafür ein, kollektive Anliegen zu formulieren, die Fragen der Gerechtigkeit und der Selbstermächtigung adressieren. Aus der Perspektive der Migration stellen sich bei diesen Anliegen einerseits das Problem übergreifender Solidaritäten in der Migrationsgesellschaft und andererseits das Problem der Kollektivierung der sozialen Kämpfe der MigrantInnen.

11.1 Mehrsprachigkeit, ESPRIS und das hegemoniale Harmonieprojekt

Das hegemoniale Versprechen der Harmonie wird unbehaglich, wenn es sich auf Differenzen stützt, die Ausschlüsse produzieren und die Hierarchien der sozialen Ordnung aufrechterhalten. Eine Reihe gesellschaftlicher Konflikte, die auf Rassismus, Klassismus, Sozialabbau, Prekarität etc. beruhen, wird durch das hegemoniale Versprechen der Harmonie diszipliniert. Im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit bedeutet Hegemonie, dass Sprachgebote und –verbote, monolinguale Institutionen, exkludierende Sprachenregimes, Linguizismus, Klassengegensätze durch „korrekte Sprache“ etc. aufrechterhalten werden, indem viele Menschen dem herrschenden Harmonie-Projekt entgegen ihrer Partikularinteressen zustimmen. Dabei handelt es sich weder um gewaltvolle Machtausübung noch um eine statische Zustimmung, sondern um dynamische Prozesse von Widerstand und Anpassung. (vgl. Ataç/Gouma 2012) Harmonie ist ein instabiles Projekt, auch weil es durch Krisen, Anpassung und Widerstand geformt wird.

Die Kämpfe um Mehrsprachigkeit finden in einem prekären sozialen Kontext statt: Der Herrschaftsdiskurs der Harmonie steckt in einer Krise. An der Disharmonie seien – so verlautbaren die dominanten Diskurse – entweder die MigrantInnen oder die Medien schuld: Die Vorstellung von *harmony in diversity* wird aus unterschiedlichen Perspektiven kritisiert und/oder problematisiert. Rechtspopulistische Szenarien wie auch linke Kritik setzen dem Konzept zu. Während rechtsradikale Ideologien grundsätzlich Diversität ablehnen, werden in manchen liberalen Ideologien Differenz und Identität auf eine neoliberale Art und Weise zelebriert: Dieses Hype um Identitäten stellt Machtverhältnisse nicht in Frage. Die Folge ist, dass die *diversity troubles* in Management-Konzepten gegossen werden. Daraus ergibt sich Diversity-Management als ein hegemoniales Konzept, das einen Teil der gesellschaftlichen Konflikte harmonisieren soll, ohne grundlegende Veränderungen zu implementieren oder die „weiße Norm“ zu hinterfragen. Harmonie und migrantische Mehrsprachigkeit stehen sich demnach im Weg.

Hegemoniekrisen sind Hinweise auf soziale Kämpfe, die stattfinden, und auf politische Projekte, die in Konkurrenz zueinander hegemonial werden wollen. (Georgi/Kannankulam 2012) Das Datenmaterial der Begleitforschung verdeutlicht diese Kämpfe rund um Widerstand und Anpassung. Widerständige Strategien, die sich zum Teil aus dem Zusammenspiel von Dialekt und migrantischer Mehrsprachigkeit ergeben, sind Teil des Alltagshandelns der ESPRIS-TeilnehmerInnen. Gleichzeitig finden in der Region Kämpfe um ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital statt, in denen sich die aktuellen Kräfteverhältnisse unter den unterschiedlichen Gruppen manifestieren.

Die vorliegende Dissertation ist eine sozialwissenschaftliche Reflexion über das partizipative Projekt „Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut“ (ESPRIS). ESPRIS entstand unter den aktuellen hegemonialen Verhältnissen und war eine sozialraumorientierte und zeitlich begrenzte Intervention, die in der Realität der „Integrationsvereinbarungen“ und des Fremdenrechts ein Feld relativer Autonomie beim Sprachenlernen einräumte. Ziele waren, lokal einen positiven Zugang zu (migrantischer) Mehrsprachigkeit und die Zusammenarbeit bzw. die Netzwerke zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen zu unterstützen. Der Fokus bei der Umsetzung dieser Ziele lag auf Medienarbeit und auf emanzipative bzw. selbstermächtigende Lernverhältnisse beim Sprachenlernen.

Ziel der Begleitforschung war, einerseits auf das partizipative Medien- und Sprachlernprojekt ESPRIS und andererseits auf die Bedeutung und Relevanz der Mehrsprachigkeit für die AkteurInnen einzugehen. In der theoretischen und empirischen Analyse ging es darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen partizipative Projekte im Bereich der Migration stattfinden, die lokalen Gegebenheiten und die Handlungsräume innerhalb der Tandems und der Medienarbeit zu verknüpfen. Das Konzept, Sprachenlernen in Tandems zu organisieren und parallel dazu mehrsprachige Radiosendungen im lokalen Freien Radio Salzkammergut (FRS) mit ESPRIS-TeilnehmerInnen zu produzieren, brachte AkteurInnen aus unterschiedlichen Feldern zusammen. Daraus sind verschiedene Aktionsräume sowohl für ESPRIS-TeilnehmerInnen als auch für die Begleitforschung entstanden, um über Linguizismus, selbstermächtigende Strategien, partizipative Lernmethoden, Medienarbeit, Migration, Dialekt etc. zu diskutieren. In Interviews, Reflexionstreffen, Workshops und Interpretationsgruppen wurden unterschiedliche Formen von Ausschlüssen und Gegenstrategien diskutiert. Aufgabe der Begleitforschung war es, diese Erfahrungen und das Wissen der TeilnehmerInnen wie auch das Wissen über die Region und über globale Verhältnisse in Beziehung zu setzen und zu theoretisieren.

Die Begleitforschung ging der Forschungsfrage nach, wie können Interventionen wie ESPRIS soziale Veränderungen anregen. Welchen Beitrag kann ein partizipatives Medien- und Mehrsprachigkeitsprojekt leisten, damit MigrantInnen ihre soziale Position in der Migrationsgesellschaft verbessern? Die Analyse des Datenmaterials fasste mehrere Kategorien zusammen, die auf Veränderungen hindeuten. Abseits von den individuellen Erfahrungen innerhalb von ESPRIS bzw. in der Region stellte sich im Laufe der Begleitforschung jedoch die Frage nach Kollektivierungsprozessen und Solidaritäten als wesentliche Voraussetzungen von selbstermächtigenden Prozessen. Gefragt war eine Perspektive, die sowohl individuelle Erzählungen als auch kollektive Phänomene zusammenfasste: Die Auseinandersetzung mit dem hegemonialen Konzept des *living in harmony* bzw. *harmony in diversity* ermöglichte Widerstände, Anpassung und Leerstellen in Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit zu verstehen.

Das Konzept der „Harmonie“ stand zu Beginn der ESPRIS-Begleitforschung nicht im Vordergrund: Sowohl die Interpretation des Datenmaterials wie auch die Raumanalyse und die theoretische Diskussion legten aber die Perspektive eines hegemonialen Harmonieprojekts als analytisches Konzept nahe. *Living in Harmony* wurde zu einer zentralen Kategorie im Laufe des Analyseprozesses, um das hegemoniale Harmonieprojekt der Region mit den sozialen Konflikten und Widerständen, die darin inkludiert sind, zu erfassen und zu verstehen. Aus den ExpertInneninterviews ging hervor, dass die institutionellen AkteurInnen ihren Auftrag darin sehen, die sozialen Kontakte zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Region mitzugestalten. Da durch den Tourismus ein weltoffenes Grundverständnis bedeutend für die Region ist, erfordert das lokale Management der *harmony in diversity* auch Strategien gegen den rechtsradikalen Populismus. Zum Tragen kommen aber bei dieser Strategie nicht nur neoliberale Argumente, sondern auch die historischen Kontinuitäten in manchen Orten des Salzkammerguts, Widerstand gegen rechtsradikale Ideologien zu leisten.

Das Konzept von ESPRIS ermöglichte ein pädagogisches Verhältnis, das nicht nur auf MigrantInnen fokussierte, sondern eine postmigrantische Perspektive relativer Autonomie beim Sprachenlernen erprobte. Die TeilnehmerInnen nutzten die Aktionen von ESPRIS als Räume, in denen die Kämpfe um Sprachenrechte und Mehrsprachigkeit zum Teil besprochen und zum Teil öffentlich gemacht wurden. Die Medienarbeit, die Tandems und die Begleitforschung waren Orte, wo die Erfahrungen mit Linguizismus zu einer kollektiven Perspektive gebündelt werden konnten. Die Begleitforschung war zugleich ein Raum, wo Konflikte angesprochen wurden und wo TeilnehmerInnen über Solidaritäten und Positionen verhandelten. Zusammenfassend waren die partizipativen Aktionen eine Intervention gegen die Defizitperspektive auf Mehrsprachigkeit und gegen die Individualisierung der Erfahrungen mit Linguizismus.

Obwohl ESPRIS eine postmigrantische Intervention für Mehrsprachigkeit und gegen Linguizismus war, stellt sich die Frage, inwieweit das Zusammenarbeiten im Rahmen eines Projekts Machtverhältnisse herausgefordert hat. Es gibt umfangreiches Wissen und Strategien im Umgang mit Mehrsprachigkeit und Linguizismus. Aber was geschieht mit diesem Wissen? Wie verändert das durch ESPRIS generierte, aktivierte oder kollektivierte Wissen die regionalen Institutionen? Wie werden die institutionellen AkteurInnen mit diesem Wissen umgehen? Diese Fragen lassen sich nicht abschließend beantworten, da sie an die Zukunft adressiert sind. Diese Fragen sind aber zugleich Ergebnisse der Reflexion, die im Rahmen des Projekts stattgefunden hat: Die Rolle der institutionellen AkteurInnen, der Rahmenbedingungen, der Projektlandschaft und der Wissensstandorte sind wichtige Aspekte für die Anliegen der sozialen Veränderung.

Ich möchte daher an dieser Stelle die bereits in der Einleitung formulierten Fragen aufgreifen: Welche Interessen bewegen eine Gruppe von lokalen BildungsakteurInnen, RadiomacherInnen und SozialwissenschaftlerInnen, sich mit der Frage nach emanzipativen Strategien des Sprachenlernens und nach Mehrsprachigkeit in der Radioarbeit auseinanderzusetzen? Ziel ist es, die Frage der sozialen Veränderungen auch aus einer rassismuskritischen Perspektive über die „Involviertheit in linguizistische gesellschaftliche Verhältnisse“ (Dirim et al. 2016: 94) zu behandeln. Die „involvierte Professionalisierung“ (Messerschmidt 2011) im Bereich der Lehre und Forschung erfordert weiterhin die Auseinandersetzung mit dem hegemonialen Diskurs der Monolingualität und mit dem *native speakerism* in der eigenen Forschungspraxis. Anders formuliert: Rassismuskritik bedeutet auch, die eigene Involviertheit in rassistische Verhältnisse zu berücksichtigen (ebd.).

11.2 „Probleme“ und gesellschaftliche Hegemonieprojekte

Migration wird in den dominanten Diskursen überwiegend als „Problem“ konzipiert, weshalb die Hegemoniekrise der Harmonie abwechselnd auf die Schließung der Grenzen oder auf die Migrationskontrolle bzw. den Integrationsimperativ als Lösung fokussiert. Diese politischen Reflexe werden einerseits vom neoliberalen und andererseits vom national-konservativen Hegemonieprojekt (vgl. Georgi/Kannankulam 2012) geleitet, die derzeit europaweit politisch besonders erfolgreich sind. Im national-konservativen Hegemonieprojekt steht „die Nation“ als gemeinsame Sprache, Geschichte, Ethnizität, Kultur etc. im Mittelpunkt. (ebd.) Das Zukunftsversprechen baut auf die Imagination eines völkischen *living in harmony* einer vergangenen Zeit auf. Die Bedingungen für ein harmonisches Leben gründen in diesem Sinne auf der Vorstellung einer homogenen Mehrheitsgesellschaft, die auf eine imaginierte gesellschaftliche Realität ohne soziale Konflikte in der Zeit vor den „GastarbeiterInnen“ zurückblickt. Migration wird in den davon abgeleiteten Positio-

nen als Problem und gleichsam als Naturkatastrophe skandalisiert, wodurch es gelingt, im Gegensatz zu anderen Themen einen Krisendiskurs zu etablieren. Ein Beispiel dafür ist der populäre Ängste- und Sorgendiskurs, der soziale Hierarchien und Ausschlüsse stabilisiert, indem er die Mehrheitsgesellschaft als Zuwendungsbedürftige in der Migrationsgesellschaft stilisiert und das Ende kolportierter migrantischer Privilegierung bzw. eine Reprivilegierung der „nationalen“ Klassen einfordert.²⁸

Diese Skizze aus Hegemonieprojekten und diskursiven Kämpfen unter ungleichen Kräfteverhältnissen beschreibt das Streben herrschender AkteurInnen und dominanter Strukturen, soziale Kämpfe und Kritik stets in die hegemoniale Logik zu übersetzen. Die sozialen Kämpfe der Migration rund um Mehrsprachigkeit werden in dieser Logik als unsolidarisches Handeln gegenüber der nationalen Gemeinschaft und als Bedrohung für den sozialen Frieden übersetzt, während manche Fremdsprachen als wertvoll und kapitalistisch verwertbar zelebriert werden. Zu solchen Übersetzungsleistungen trägt auch die akademische Wissensproduktion bei: Die Bedingungen der Wissensproduktion rund um Migration bzw. die Standortabhängigkeit der Wissenschaft in der Migrationsgesellschaft ist relevant für die gesellschaftliche Positionierung von sozialen Gruppen. Im Rahmen der theoretischen Diskussion argumentierte ich für eine Forschungsperspektive, die eine kritische Distanz zu populistischen Geboten in der Forschung aufbaut. Die Schlussfolgerungen bilden einerseits die Grundlagen für antirassistische Positionen in der Migrationsforschung und andererseits für die Kritik am Integrationsparadigma und am methodologischen Nationalismus. Denn im Gegensatz zu den Prämissen der Integrationsforschung ist Migration kein Problem, sondern eine soziale Bewegung.

„Migration als Problem“ stellt jedoch für Mainstreammedien wie auch für einen Teil der Kommunikationswissenschaft kein Problem dar. Die Auseinandersetzung mit der Migrationsfrage aus der Perspektive der Medien verschränkt die politische Realität antimigrantischer Maßnahmen und Skandalisierung der Migration mit dominanten Legitimierungsdiskursen, die sowohl in den Medien als auch in der Kommunikationswissenschaft reproduziert werden. Entgegen der dominanten Diskurse spricht vieles dafür, die Vorstellung von einer „nationalen Kommunikationswissenschaft“, deren Aufgabe die Integrationsforschung ist, wie auch die Vorstellung von „nationalen Medien“ zu hinterfragen: Die globalen Mediascapes wie auch die dispersen mehrsprachigen transnationalen Publika sind einige Gründe dafür. Für eine Forschungs- und Medienperspektive

²⁸ An dieser Stelle beziehe ich mich auf die Analyse von Susanne Fegter (2012) rund um den Jungenkrisendiskurs. Fegter beschreibt die diskursiven Prozesse, die junge Männer als Zuwendungsbedürftige konstruieren, um daraus die Reprivilegierung von Männlichkeit in der Gesellschaft einzufordern. Die Konsequenz der Reprivilegierung aufgrund der „Krise“ manifestiert sich ebenso deutlich im Ängste- und Sorgendiskurs.

abseits der nationalen Erzählung spricht auch, dass ethnisierende und kulturalisierende Wissensstandpunkte die kollektiven Aspekte der Migration, die unterschiedliche soziale Gruppen betreffen, übersehen. Die sozialen Kämpfe der Migration laufen damit Gefahr entweder ignoriert oder nur im Sinne der hegemonialen Logik erfasst zu werden.

Die Migrationsfrage weist in der Kommunikationswissenschaft auf eine theoretische Krise hin. Der methodologische Nationalismus führt nicht nur dazu, dass die sozialen Kämpfe der Migration im Sinne der hegemonialen Logik angeeignet werden, sondern formuliert eigentlich kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen aus der Perspektive der „Leitkultur“. Kritische Konzepte wie Grenzregime, die Autonomie der Migration, das postmigrantische Paradigma oder der Transnationalismus haben indes in der Kommunikationswissenschaft bisher wenig Raum und Aufmerksamkeit bekommen: Analytische Konzepte wie die „Migrationsgesellschaft“ oder die „postmigrantische Gesellschaft“ sind weiterhin weniger relevant in der kommunikationswissenschaftlichen Diskussion als Forschung zur Integration in eine „nationale Gesellschaft“. Ein interdisziplinärer Zugang bei der Migrationsfrage ist daher wichtig, um auf selbstermächtigende, emanzipative und antirassistische Anliegen überhaupt fokussieren zu können. Um Mehrsprachigkeit, pädagogische Verhältnisse und mediale Räume in der Migrationsgesellschaft theoretisch zu verknüpfen, beziehe ich mich in der theoretischen Diskussion auf die deliberative Öffentlichkeitstheorie. Diese normative Vorstellung der Öffentlichkeit kritisiere ich in Anlehnung an Nancy Fraser (2007) aus der Perspektive der transnationalen Migration: Die Harmonie der deliberativen „Diskussionsrunde“ wird durch Migration und Mehrsprachigkeit in Frage gestellt.

11.3 Rassismuskritische Perspektiven und die Krise der Harmonie

„Bereicherung“ ist im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit ein geflügeltes Wort, das auf die dominante Perspektive kapitalistischer Verwertbarkeit hinweist: Sprachen haben demnach einen gesellschaftlichen Tauschwert vor allem bei den beruflichen Aussichten. Diese Deutung bildet meistens den Beginn argumentativer Positionen für Mehrsprachigkeit. Das Forschungsinteresse der sozialwissenschaftlichen Reflexion von ESPRIS fokussierte auf die Erfahrungen mit Mehrsprachigkeit und Linguizismus. MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen teilten in der Laufzeit von ESPRIS ihre Erfahrungen mit Dialekten, migrantischen Sprachen und Akzenten in der Region mit. Im Rahmen der Interviews stand „Mehrsprachigkeit als Ressource“ jedoch nicht im Vordergrund der Erzählungen, obwohl für einige ESPRIS-TeilnehmerInnen das sprachliche Repertoire beruflich relevant war. Mehrsprachigkeit war relevant für die Lohnarbeit der MigrantInnen sowohl im Sinne von „Fremdsprachen“ als auch im Sinne von Erstsprachen innerhalb der *migrant economies*. Die

Mehrsprachigkeit und Dialekte der Nicht-MigrantInnen waren indes am lokalen Arbeitsmarkt als „Heimvorteil“ relevant. Der Gebrauchswert der eigenen Mehrsprachigkeit im Alltag lag jedoch abseits der Verwertbarkeit im Kapitalismus, weshalb trotz der Linguizismus-Erfahrungen Mehrsprachigkeit nicht in Frage gestellt wurde.

Die ESPRIS-TeilnehmerInnen hatten umfangreiches Wissen über die hegemoniale Ordnung und die Hierarchien im Umgang mit sprachlichem Handeln. Sie diskutierten die unterschiedliche Gewichtung von „richtig“ und „falsch“ je nach Herkunft und soziale Gruppe der SprecherInnen sowie nach Sprachenregimes. Sie relativierten durch ihr Wissen über das sprachliche Repertoire, Akzente und Dialekte die „nationale“ Ordnung der Monolingualität. Die machtvolle Konstruktion der „korrekten Sprache“ wurde sowohl dekonstruiert als auch affirmativ in widerständigen Strategien im Alltag und Beruf eingesetzt. Die transnationalen Räume migrantischer Mehrsprachigkeit waren eine Tatsache, ebenso wie die Querverbindungen der Mehrsprachigkeit mit Räumen außerhalb der lokalen Migrationsgesellschaft. Die Bedeutung der Kommunikation, der hegemonialen Sprache, der Beschämung durch Linguizismus und des sprachlichen Repertoires aber auch die exkludierende Dynamik der „gleichen Sprache“ in der Region waren zentrale Kategorien in den Interviews.

Schamgefühle aufgrund der Sprache oder der Herkunft wurden in der Datenanalyse mehrfach thematisiert. „Scham“ war in den Erzählungen ein ambivalentes Konzept und führte zu unterschiedlichen Handlungskonsequenzen. Innerhalb der Gegenpole von Anpassung und Widerstand setzten die ESPRIS-TeilnehmerInnen unterschiedliche Strategien ein: Darunter das Schweigen aber auch das Aufbegehren gegen rassistische und linguizistische Verhältnisse, wie auch die Kritik an der eigenen Komplizenschaft bei hegemonialen Angeboten. Einige InterviewpartnerInnen reflektierten aus rassismuskritische Perspektive über ihre eigene Involviertheit in linguizistischen und rassistischen Verhältnissen. Im Rahmen von ESPRIS wurden in dieser Form Erfahrungen, Strategien und Wissen ausgetauscht, Menschen in ihren Sprachenrechten und im Kampf gegen Linguizismus gestärkt.

Das Konzept der Tandems zielte auf ein emanzipatives pädagogisches Verhältnis, wo die Positionen der Wissenden und Unwissenden alternierten. Das Anliegen der Selbstermächtigung wurde in der Radioarbeit als Intervention in die mediale Öffentlichkeit konzipiert. Damit stand die Politisierung von Mehrsprachigkeit und Erfahrungen im Fokus: Mehrsprachigkeit bekam eine Stimme, verschiedene SprecherInnen kamen zu Wort. Während „Anderssprechende“ sonst schwer Zugang zu Mainstreammedien finden, ermöglichte das Konzept von ESPRIS durch die Partnerschaft mit FRS die Autorisierung dieser Stimmen für die Öffentlichkeit. Das „Zu Wort kommen“ in der Radio-

öffentlichkeit war trotzdem für viele ESPRIS-TeilnehmerInnen eine Überwindung. Die Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass dieser Umstand nicht nur mit den Kämpfen um „korrekte Sprache“, sondern auch mit der Angst angesichts fraglicher Solidaritäten in der Öffentlichkeit der regionalen Migrationsgesellschaft zusammenhängt.

Das „Zu Wort kommen“ im Radio war in einigen Interviewausschnitten sowohl von MigrantInnen als auch von Nicht-MigrantInnen reduziert auf das Dilemma der persönlichen Sprachenleistung angesichts des medialen Sprachenregimes. Die Auseinandersetzung darüber, ob das Verwechseln von Dativ mit Akkusativ im migrantischen Sprechen oder das Sprechen eines bestimmten Dialekts dazu führt, dass die SprecherInnen nicht ernst genommen werden, setzte sich bei den Bedenken rund um die Radioarbeit fort. Gleichzeitig galt für MigrantInnen das FRS als ein Ort des Antirassismus: Die InterviewpartnerInnen beschrieben die FRS-Redaktion als einen parteiischen Ort, einen Ort des antirassistischen Konsens, weshalb sie innerhalb der Redaktion nicht mit antimigrantischen Parolen konfrontiert werden. Die Radioarbeit beschrieb eine Teilnehmerin als „das gute Leben“. Doch das „Gehörtwerden“ in der Region wurde von mehreren InterviewpartnerInnen als potenzieller Auslöser von Konflikten und Anfeindungen gesehen. Die InterviewteilnehmerInnen gingen davon aus, dass die Radioarbeit von MigrantInnen im Rahmen von ESPRIS wie auch insgesamt das hegemoniale Harmonieprojekt in die Krise führen kann. Der behutsame Umgang mit den sozialen Konflikten deutet gleichzeitig darauf hin, dass MigrantInnen bei einer Krise des Harmonieprojekts davon ausgehen, nicht ausreichend Solidarität in der Öffentlichkeit zu finden.

MigrantInnen sind für die Freien Radios konstitutiv: In der Skandalisierung der Migration durch Politik und Medienunternehmen sind Freie Radios einer agonistischen Öffentlichkeit für antirassistische Fragen in ihrem Selbstverständnis verpflichtet. Das bedeutet auch, dass MigrantInnen dadurch Zugang zu Redaktionen bekommen. Die agonistischen Gegenöffentlichkeiten ermöglichen durch ihren Protestcharakter, migrantische Stimmen und Sprachen in der Gesellschaft hörbar zu machen. Die Metapher des „bunten Protestmarsches“ greift aber angesichts der Erzählungen zu kurz. Die Verschiebungen im Selbstverständnis der Freien Radios zwischen agonistischer Öffentlichkeit und öffentlich-rechtlichem Konzept schafft Leerräume im Umgang mit MigrantInnen und Mehrsprachigkeit. Freie Radios sind für MigrantInnen weiterhin antirassistische Orte, aber kollektive Stimmen gegen antimigrantische Ideologien und rechten Populismus erfordern starke solidarische Strukturen.

Eine bloße SprecherInnen-Pluralität orientiert sich an Diversity-Konzepten, die auf das Management, aber nicht das Bekämpfen von Ungleichheiten abzielt. Damit laufen alternative Medien Gefahr zu kreativen Spielplätzen zu verkommen: Antirassistische Anliegen können so in die hege-

moniale Logik übersetzt werden. Differenz wird in diesem Sinne nicht dekonstruiert oder historisch hinterfragt, sondern gemanagt. Aktionen und Projekte werden dann ebenfalls zu politischen Instrumenten, um *harmony in diversity* unter der Stabilisierung von Machtverhältnissen zu gewährleisten. Denn in der hegemonialen Logik gibt es ein politisches Interesse an sozialen Projekten rund um Mehrsprachigkeit. Projekte wie ESPRIS sind demnach auch Vermittlungsprozesse, um soziale Konflikte zu vermeiden. Das konzeptuelle Benennen von Konflikten und Ungleichheiten zwischen Institutionen und TeilnehmerInnen oder unter den TeilnehmerInnen war daher auch im Rahmen von ESPRIS schwierig. Das liegt nicht daran, dass es keine Konflikte, Ungleichheiten, Ausschlüsse und Hierarchien gibt, sondern daran, dass der Konfliktfähigkeit in der Region oder im Umgang mit Migration und Sprache sowohl von den ESPRIS-PartnerInnen als auch von den ESPRIS-TeilnehmerInnen misstraut wird.

Die Harmonie der deliberativen „Diskussionsrunde“ wird durch Migration und Mehrsprachigkeit in Frage gestellt. Chantal Mouffe (2000) sieht darin keine Gefahr für die Aufgaben der Öffentlichkeit. Als eine Gefahr betrachtet sie vielmehr das Schweigen, das durch den hegemonialen Konsens produziert wird. Um den hegemonialen Konsens zu stören, schlägt sie indes einen konfliktzentrierten Zugang zu Öffentlichkeit vor. In den Interviews mit ExpertInnen und ESPRIS-TeilnehmerInnen wurden jedoch die Bedenken über die Konfliktfähigkeit in der Öffentlichkeit laut. Einige ESPRIS-TeilnehmerInnen haben in Bezug auf die Radioarbeit aus unterschiedlichen Gründen geschwiegen. Einige haben durch die kollektiven Strukturen, die ESPRIS und FRS bereitgestellt haben, gesprochen. Die Auseinandersetzung mit dem Konzept der „Stimme“ (*voice*) ist an diesem Punkt wichtig, um die emanzipativen Anliegen des ESPRIS und der Radioarbeit mit MigrantInnen genauer zu bestimmen.

Die Herstellung einer emanzipativen Öffentlichkeit in den Medien wird im *voice*-Konzept nicht als eine Addition von Sprachen oder als linguistische Vielfalt verstanden, sondern als die Möglichkeit kollektive und oppositionelle Stimmen hörbar zu machen. Der Übergang von Mehrsprachigkeit zu Stimme (*voice*) findet im Zusammenwirken von SprecherInnen, Institutionen/Organisationen und Öffentlichkeit statt. In Anlehnung an Chandra Mohanty (1989) ist das bedeutende am Konzept der Stimme nicht der individuelle Schritt des „Zu Wort Kommens“, sondern das Hörbarmachen von oppositionellen und kollektiven Anliegen. MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen haben durch ESPRIS in der Öffentlichkeit mit dem kollektiven Anliegen gesprochen, Mehrsprachigkeit, Dialekte, Akzente positiv wahrzunehmen. In diesem Sprechen war Mehrsprachigkeit zugleich ein Sprechakt. Eine kollektive oppositionelle Stimme, die die inhärenten Konflikte und damit verbundenen Machtverhältnisse hinterfragt bzw. daraus politische Forderungen ableitet, ist jedoch ein noch nicht abgeschlossenes Projekt.

11.4 Die eigene Involviertheit

Das kritische und praktische Wissen über Mehrsprachigkeit in der Migrationsgesellschaft war einer der Gründe für viele ESPRIS-Beteiligte mitzumachen: TeilnehmerInnen, ProjektpartnerInnen, institutionelle AkteurInnen etc. Sie alle verfügten über Wissen darüber, dass Machtunterschiede und damit Ungerechtigkeit auf verschiedenen Ebenen der Sprachenrechte stattfinden. Die Übersetzung von kritischem Wissen in Aktionen, Medienarbeit und Forschung ist stets ein un abgeschlossener Prozess, weil wir nicht außerhalb der Verhältnisse handeln können. (De Genova 2013) Die eigene Involviertheit als institutionelle oder wissenschaftliche AkteurInnen im hegemonialen Harmonieprojekt lässt sich zwar nicht überwinden, bietet aber eine Möglichkeit, das Konzept der Solidarität selbstreflexiv zu schärfen.

Nicht nur Mehrsprachigkeit, sondern Migration insgesamt steht aktuell im positiven wie auch im negativen Sinne im Mittelpunkt von Gerechtigkeitsdiskursen. Wer gesellschaftliche Gerechtigkeit adressieren will, kommt kaum an der Migrationsfrage vorbei. Daraus ergibt sich eine paradoxe Situation: MigrantInnen sind für viele politische, wissenschaftliche und auch zivilgesellschaftliche Projekte konstitutiv, ohne jedoch besonderen Einfluss auf die gestaltenden Institutionen nehmen zu dürfen. Die florierende Integrationsindustrie baut mit den politisch verordneten Sprach- und Wertekursen darauf, dass MigrantInnen von inhaltlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind.

ESPRIS ging in Zeiten des Integrationsimperativs einen differenzierten Weg. Im Rahmen der Interviews wurde ESPRIS daher positiv kommentiert und wertgeschätzt, weil sowohl praktische Probleme wie die Mobilität der TeilnehmerInnen als auch die didaktische Unterstützung und Begleitung beim Sprachenlernen bedacht wurden. Der Gedanke der Partizipation wurde in mehreren Bereichen wie auch das Streben nach einer postmigrantischen Community – vor allem von Frauen getragen – umgesetzt. MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen trafen sich in Tandems, trugen zu Radiosendungen bei und leisteten auch die Arbeit der Reflexion für die Begleitforschung. Daraus sind Netzwerke entstanden und damit auch nachhaltige Unterstützungsstrukturen. Im Rahmen von ESPRIS wurden emanzipative Räume gestaltet und in Anspruch genommen, alltagsrelevante Angebote gemacht, Zeit für unterschiedliche Anliegen bereitgestellt etc. ESPRIS war eine Strategie, partizipativ in die Region zu intervenieren und gegen Linguizismus anzutreten.

Zugleich wurde Wissen geteilt und generiert, das sowohl kritisch als auch hegemonial war. Was geschieht nun mit diesem Wissen? Verändert dieses Wissen die beteiligten Institutionen? Entstehen durch dieses Wissen Organisationsformen, die eine Fortsetzung der Kollektivierungsprozesse der Stimmen bewirken? Werden daraus politische Forderungen formuliert, um antirassistische

Anliegen in der Region zu unterstützen? Die Kritik an der Integrationsindustrie wird im hegemonialen Harmonieprojekt aufgegriffen und neu übersetzt. Dadurch werden Projekte wie ESPRIS finanziell und organisatorisch möglich. Gleichzeitig ist nicht alles möglich: Die Tandems, die Radioarbeit wie auch die Begleitforschung zeigen, dass es keinen Raum außerhalb der Verhältnisse gibt. Denn die emanzipativen Ansätze von ESPRIS sind auch an eine bestimmte Projekt- und Organisationslogik gebunden: Es gibt einen Projektanfang und ein -ende, Ressourcen für bestimmte Anliegen, aber für andere nicht. In der institutionellen Projektlogik werden Angebote gemacht, um Differenzen zu verwalten. Aber was passiert mit dem Wissen über die Konflikte, die es gibt?

Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung im Rahmen von ESPRIS unterschied sich von der üblichen Logik drittmittelfinanzierter Projekte. Die zentrale Forschungsfrage für die Begleitforschung lautete, was ESPRIS zum selbstermächtigenden und emanzipativen Umgang mit Medien, Mehrsprachigkeit und Migration in der Region beigetragen hat. Das Forschungsziel der Begleitforschung war nicht die Evaluation der partizipativen Aktionen, sondern die (Selbst-)Reflexion über die Prozesse im Rahmen von ESPRIS sowie die Kollektivierung der kritischen und oppositionellen Stimmen in der regionalen Migrationsgesellschaft. Das Zusammenbringen von unterschiedlichen AkteurInnen mit einem positiven Zugang zu Mehrsprachigkeit war angesichts des Fehlens von selbstorganisierten Strukturen in der Region ein wichtiger Beitrag. Die Frage wäre aber damit nur zum Teil beantwortet. ESPRIS und in diesem Rahmen auch die Begleitforschung waren wichtig, weil sie Prozesse für die Kollektivierung des Wissens und der Erfahrungen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen mit migrantischer Mehrsprachigkeit und mit Dialekten waren. Für das generierte Wissen wie auch für die Ergebnisse sind beispielsweise Publikationen, Vorträge, vielleicht weitere Projektanträge möglich: Die Kapitalisierung der Forschung im System der Wissenschaft ist vorgesehen. Ist darüber hinaus gehendes Handeln möglich?

Der Umgang mit Konflikten in der Öffentlichkeit wird stark vom hegemonialen Topos des *living in harmony* gestaltet. MigrantInnen wie auch andere soziale Gruppen zahlen aber einen hohen Preis für das hegemoniale Harmonieprojekt. Entrechtung, Prekarisierung, Illegalisierung, Reprivilegierung der dominanten Gruppen etc. sind Konfliktthemen, deren Thematisierung und Veränderung durch das Versprechen der gesellschaftlichen Harmonie eingeschränkt wird. Aus der Perspektive der Begleitforschung spricht vieles dafür, sich für die gesellschaftliche Konfliktfähigkeit in der Migrationsfrage einzusetzen. In diesem Sinne sind weitere Organisationsformen erforderlich, um die Konflikte in der Migrationsfrage als Kollektiv und nicht als individuelle Stimmen anzusprechen. Die Wahl der Strategien dafür steht zur Diskussion ebenso die Frage, wie partizipative Projekte darin unterstützt werden können, gesellschaftliche Transformationen mitzugestalten und politisch zu fordern. Für die institutionellen AkteurInnen von wissenschaftlichen oder sozialen Projekten

ergibt sich daraus die Aufgabe, die auferlegte Projektlogik auszureizen, um Formen der Umverteilung von Ressourcen und der sozialen Veränderungen auch innerhalb der Institutionen voranzutreiben. Dabei geht es um die Idee, nicht nur auf die Selbstermächtigung von TeilnehmerInnen als antirassistisches Anliegen zu fokussieren, sondern auch intern das Umstrukturieren der Institutionen in Bezug auf Mehrsprachigkeit, Linguizismus und Migrationsgesellschaft anzugehen. Einerseits um das *hidden curriculum* des hegemonialen Harmonieprojekts zu durchbrechen und andererseits um kollektive und oppositionelle Stimmen auch strukturell zu ermöglichen.

12 LITERATUR

1. März - Transnationaler Migrant_innenstreik (2012): Am 1. März sprechen wir Sprachstreik! Online unter: <http://www.1maerz-streik.net/> (abgerufen am 10.12.2012).
- "Landesausstellung 2008" (2008): Heimat - Himmel & Hölle: Migration im Salzkammergut gestern und heute. Beteiligungsprojekt der Marktgemeinde Ebensee. . Online unter: <http://www.heimat-himmel-hoelle.at/index.php?id=5> (abgerufen am 27.03.2017).
- Abel, Guy/Sander, Nikola (2014): Quantifying Global International Migration Flows. In: *Science*, 343. Jg., H. 6178, S. 1520-1522.
- Acker, Joan (1997): My Life as a Feminist Sociologist; or, Getting the Man out of my Head. In: Laslett, Barbara/Thorne, Barrie (Hrsg.): *Feminist sociology: Life histories of a movement*. New Brunswick, NJ [u.a.]: Rutgers Univ. Press, S. 28-47.
- Agger, Ben (1992): *Cultural Studies as Critical Theory*. London/Washington DC.: Falmer Press.
- Ahmed, Sara (1999): Home and away: Narratives of migration and estrangement. In: *International Journal of Cultural Studies*, 2. Jg., H. 3, S. 329-347.
- Ahmed, Sara (2004): *The cultural politics of emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Aigner, Sylvia/Lehner, Reinhard/Loidl, Claudia/Riedler-Engl, Birgit (2014): *Praxishandbuch: Gemeinsam Sprachen lernen - Lernpartnerschaften. Selbstgesteuertes Fremdsprachenlernen im Salzkammergut*. Ebensee: BIS - Bildungszentrum Salzkammergut.
- Akkılıç, Arif/Bakondy, Vida/Bratić, Ljubomir/Fischer, Wladimir/Gerhalter, Li/Rupnow, Dirk (2013): *Archiv der Migration*. Online unter: <http://archivdermigration.at/de/forschung/deprovincializing-contemporary-austrian-history> (abgerufen).
- Aksoy, Asu/Robins, Kevin (2003a): Banal transnationalism: the difference that television makes. In: Karim, Karim H. (Hrsg.): *The Media of Diaspora*. London/New York: Routledge, S. 89-105.
- Aksoy, Asu/Robins, Kevin (2003b): The Enlargement of Meaning: Social Demand in a Transnational Context. In: *International Communication Gazette*, 65. Jg., H. 4-5, S. 365-388.
- Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (2008): Introduction: The Sceptre and the Spectre. In: Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (Hrsg.): *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*. Houndmills: Palgrave MacMillan, S. 1-11.
- AMARC, Association Mondiale des Radiodiffuseurs Communautaires (1995): "Waves for Freedom". Report on the Sixth World Conference of Community Radio Broadcasters. Dakar, Senegal, January 23-39, 1995. Online unter: <http://www.amarc.org/?q=node/47> (abgerufen am 25.04.2017).
- Amundsen, Cheryl/Wilson, Mary (2012): Are We Asking the Right Questions?: A Conceptual Review of the Educational Development Literature in Higher Education. In: *Review of Educational Research*, 82. Jg., H. 1, S. 90-126.

- Anderson, Benedict (1991): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London/New York: Verso.
- Androustopoulos, Jannis (2007): *Bilingualism in the mass media and on the internet*. In: Heller, Monica (Hrsg.): *Bilingualism*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Ang, Ien (1996): *Living Room Wars: Rethinking Media Audiences for a Postmodern World*. London/New York: Routledge.
- Anthias, Floya (2006): *Belongings in a Globalising and Unequal World: rethinking translocations*. In: Yuval-Davis, Nira/Kannabiråan, Kalpana/Vieten, Ulrike (Hrsg.): *The situated politics of belonging*. London: Sage, S. 17-31.
- APA (2017): *Studie: Asylberechtigte zahlen mehr ein als sie zurückbekommen*. Online unter: http://diepresse.com/home/innenpolitik/5166787/Studie_Asyloberechtigte-zahlen-mehr-ein-als-sie-zurueckbekommen (abgerufen am 28.03.2017).
- Appadurai, Arjun (1996a): *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalisation*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Appadurai, Arjun (1996b): *Modernity at large. Cultural dimensions of globalization*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Appadurai, Arjun (2000): *Grassroots Globalisation and the Research Imagination*. In: *Public Culture: Alternative Globalization, Capitalism, Cosmopolitanism*, 12. Jg., H. 1, S. 1-19.
- Arendt, Hannah (1981/1959): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Ataç, İlker/Gouma, Assimina (2012): *Theorien politischer Migrationsforschung. Staatliche Handlungsmacht, Rechte und "Integration"*. In: Kreisky, Eva/Spitaler, Georg (Hrsg.): *Politische Theorien und Theorieforschung*. Wien: Facultas, S. 257–268.
- Atweh, Bill/Kemmis, Stephen/Weeks, Patricia (1998): *Action research in practice : partnership for social justice in education*. London ; New York: Routledge.
- Ausländerbeauftragte der Freien und Hansestadt Hamburg/Hamburgische Anstalt für neue Medien (Hrsg.) (2001): *Medien - Migration - Integration: elektronische Massenmedien und die Grenzen kultureller Identität*. Berlin: Vistas.
- Aygün-Sagdic, Gülden/Bajenaru, Oana/Melter, Claus (2015): *Gedanken zum Verhältnis von Rassismus, nationalsprachlicher Diskriminierung und Neolinguizismus*. In: Thoma, Nadja/Knappik, Magdalena (Hrsg.): *Sprache und Bildung in Migrationsgesellschaften. Machtkritische Perspektiven auf ein prekariertes Verhältnis*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 109-130.
- Balibar, Étienne (1990): *Gibt es einen "Neo-Rassismus"?* In: Balibar, Etienne /Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): *Rasse, Klasse, Nation*. Berlin/Hamburg: Argument-Verlag, S. 23-39.
- Balibar, Étienne (2003): *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2001): *Community – Seeking Safety in an Insecure World*. Cambridge: Polity.
- Beck, Ulrich (1998): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt, Main: Suhrkamp.

- Beck, Ulrich (2011): Multiculturalism or cosmopolitanism: How can we describe and understand the diversity of the world? In: *Social Sciences in China*, 32. Jg., H. 4, S. 52-58.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2010): Jenseits des methodologischen Nationalismus. Außer-europäische und europäische Variationen der zweiten Moderne. In: *Soziale Welt*. Jg., H. 61, S. 187-216.
- Bensimon, Estela Mara/Polkinghorne, Donald/Bauman, Georgia/Vallejo, Edlyn (2004): Doing Research that Makes a Difference. In: *The Journal of Higher Education*, 75. Jg., H. 1, S. 104-126.
- Benson, Phil (2007): Autonomy in language teaching and learning. In: *Language Teaching*, 40. Jg., H. 1, S. 21-40.
- Benz, Martina/Schwenken, Helen (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle. Migration als widersprüchliches Verhandlungsfeld. In: *Prokla*, 35. Jg., H. 140, S. 363-377.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas (2001): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt: Fischer.
- Blommaert, Jan (2017): Redefining the sociolinguistic "local": Examples from Tanzania. Online unter: <https://alternative-democracy-research8org/2017/03/22/redefining-the-sociolinguistic-local-examples-from-tanzania> (abgerufen am 22.03.2017).
- Bojadžijev, Manuela (2002): Antirassistischer Widerstand von MigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bratic, Ljubomir (Hrsg.): *Landschaften der Tat. Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa*. St. Pölten: Sozaktiv, S. 13-32.
- Bojadžijev, Manuela (2006): Verlorene Gelassenheit. Eine Genealogie der Integration - Die Geschichte des deutschen Migrationsregimes als Geschichte der Kämpfe In: *Kurswechsel*, 2006. Jg., H. 2, S. 79-87.
- Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bojadžijev, Manuela (2011): Das Spiel der Autonomie der Migration. In: *Zeitschrift für Kulturwissenschaft*, 5. Jg., H. 2, S. 139-145.
- Bojadžijev, Manuela (2012): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.
- Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: *Forschungsgruppe, Transit Migration* (Hrsg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript, S. 203-210.
- Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat (2010): Recuperating the Sideshows of Capitalism: The Autonomy of Migration Today. Online unter: <http://e-flux.com/journal/view/154> (abgerufen am 10.6.2010).
- Bojadžijev, Manuela/Liebelt, Claudia (2014): Cosmopolitics, oder: Migration als soziale Bewegung: Von Bürgerschaft und Kosmopolitismus im globalen Arbeitsmarkt. In: Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (Hrsg.): *Kultur, Gesellschaft, Migration.: Die reflexive Wende in der Migrationsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 325-346.

- Bojadžijev, Manuela/Römhild, Regina (2014): Was kommt nach dem ‚transnational turn‘? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung. In: Migration, Labor (Hrsg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berlin: Panama, S. 10-24.
- Bonfadelli, Heinz/Bucher, Priska/Piga, Andrea/Signer, Sara (2010): Rundfunk, Migration und Integration. In: Medien- & Kommunikationswissenschaft, 58. Jg., H. 3, S. 406-423.
- Bonfadelli, Heinz/Piga, Andrea (2005): Media Use of Ethnic Minorities. A Critical Analysis of European Research. in First European Communication Conference. Amsterdam.
- Bosch, Tanja (2011): African Feminist Media Studies. In: Feminist Media Studies, 11. Jg., H. 1, S. 27-33.
- Böse, Martina/Kogoj, Cornelia (2002): Minderheiten und elektronische Medien in Österreich. Von eingeschränkter Vielfalt an Öffentlichkeiten. In: SWS-Rundschau, 42. Jg., H. 3, S. 293-307.
- Bourdieu, Pierre (1993): Der sprachliche Markt. In: Bourdieu, Pierre (Hrsg.): Soziologische Fragen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 115-130.
- Bourne, Randolph (1916): Trans-national America. In: The Atlantic Monthly, July, pp. 86-97.
- Brah, Avtar (1996): Cartographies of diaspora: contesting identities. London/New York: Routledge.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: Prokla, 37. Jg., H. 2, S. 217-234.
- Bratić, Ljubomir (Hrsg.) (2002): Landschaften der Tat. Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa. St. Pölten: Sozaktiv.
- Bratić, Ljubomir (2010): Politischer Antirassismus. Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Interventionen. Wien: Löcker.
- Bratić, Ljubomir /Görg, Andreas (o.J.): Moralischer Antirassismus. Online unter: <http://no-racism.net/antirassismus/glossar/moralantirassismus.htm> (02.09.2013) (abgerufen).
- Brenner, Neil (2001): The limits to scale? Methodological reflections on scalar structuration. In: Progress in Human Geography, 25. Jg., H. 4, S. 591-614.
- Brizic, Katharina (2008): Alles spricht von Sprache. In: ZSE Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. Jg., H. 1, S. 4-18.
- Brüggemann, Michael/Schulz-Forberg, Hagen (2008): Towards a Pan-European Public Sphere? A Typology of Transnational Media in Europe. In: Wessler, Hartmut/Peters, Bernhard/Brüggemann, Michael/Königslöw, Katharina Kleinen-von/Sifft, Stefanie (Hrsg.): Transnationalization of public spheres. New York: Palgrave Macmillan.
- Buckel, Sonja (2012): „Managing Migration“ – Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik. In: Berliner Journal für Soziologie, 22. Jg., H. 1, S. 79-100.
- Buckel, Sonja (2016): Welcome Management: Making Sense of the “Summer of Migration”. Online unter: <http://nearfuturesonline.org/welcome-managementmaking-sense-of-the-summer-of-migration/> (abgerufen am 10.06.2016).

- Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2007): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen, Edited by Bukow, Wolf-Dietrich. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Bundesministerium für Inneres (2013): Ergebnis der Nationalratswahlen 2013 für den Bezirk Gmunden. Online unter: <http://wahl13.bmi.gv.at/407.html> (abgerufen am 28.03.2017).
- Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder ; Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Wien [u.a.]: Böhlau.
- Burkart, Roland (2004): Kommunikationstheorien ein Textbuch zur Einführung. Wien: Braumüller.
- Busch, Brigitta (2004): Sprachen im Disput. Medien und Öffentlichkeit in multilingualen Gesellschaften. Klagenfurt/Celovec: Drava.
- Busch, Brigitta (2009): Local actors in promoting multilingualism. In: Hogan Brun, Gaby/Stevenson, Patrick/Mar-Moliner, Clare (Hrsg.): Discourses on Language and Integration. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins, S. 129-152.
- Busch, Brigitta (2013): Mehrsprachigkeit. Stuttgart: UTB.
- Busch, Brigitta/Busch, Thomas/Rachor, Felix (2008): Von Menschen, Orten und Sprachen. Klagenfurt: Drava-Verl.
- Butterwege, Christoph (2006): Migrationsberichterstattung, Medienpädagogik und politische Bildung. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 262 S.
- Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (Hrsg.) (1999): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2006a): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2006b): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.
- Cağlar, Ayşe (2002): Mediascapes, Advertisement Industries and Cosmopolitan Transformations: Turkish Immigrants in Germany. Online unter: www.network-migration.org/workshop2002/papers.htm (abgerufen am 18.04.2005).
- Cağlar, Ayşe (2006): Transnational Migration: The conceptual network and the blindspots. in Lectures hold between 3rd and 10th of April 2006. Institute for Advanced Studies, Vienna.
- Çağlar, Ayşe (1997): Hyphenated Identities and the Limits of 'Culture'. In: Werbner, Pnina/Modood, Tariq (Hrsg.): The Politics of Multiculturalism in the New Europe. Debating cultural hybridity multi-cultural identities and the politics of anti-racism. London: Zed Books, S. 169-185.

- Cağlar, Ayşe/Glick Schiller, Nina (2015a): Introduction: Migrants and Cities. In: Cağlar, Ayşe/Glick Schiller, Nina (Hrsg.): Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, S. 1-19.
- Cağlar, Ayşe/Glick Schiller, Nina (Hrsg.) (2015b): Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Çağlar, Ayşe/Schiller Nina, Glick (2011): Wider die Autonomie der Migration: Eine globale Perspektive auf migrantische Handlungsmacht. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaft, 5. Jg., H. 2, S. 147-150.
- Cahill, Caitlin (2007): The Personal is Political: Developing new subjectivities through participatory action research. In: Gender, Place & Culture, 14. Jg., H. 3, S. 267-292.
- Caixeta, Luzenir (2003): Anthropophagie als Antwort auf die eurozentrische Kulturhegemonie Oder: Wie die Mehrheitsgesellschaft feministische Migrantinnen schlucken ›muss‹. In: Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast, S. 186-194.
- Caixeta, Luzenir/Salgado, Rubia (2000): Anthropophagischer Protagonismus. Online unter: <http://eipcp.net/transversal/0101/cs/de> (abgerufen am 18.06.2014).
- Calvert, Mike (1999): Tandem: a vehicle for language and intercultural learning. In: The Language Learning Journal, 19. Jg., H. 1, S. 56-60.
- Carøe Christiansen, Connie (2004): News Media Consumption Among Immigrants in Europe. In: Ethnicities, 4. Jg., H. 2, S. 185-207.
- Carpenter, Vicki M./Cooper, Chris (2009): Critical action research: the Achievement Group. In: Educational Action Research, 17. Jg., H. 4, S. 601-613.
- Carr, Wilfred/Kemmis, Stephen (1986): Becoming critical. Education, knowledge and action research. London: Falmer Press.
- Castells, Manuel (1996): The Rise of the Network Society. Oxford: Blackwell.
- Castells, Manuel (2000): The rise of the network society. Oxford ; Malden, Mass.: Blackwell Publishers.
- Castles, Stephen (2005): Warum Migrationspolitiken scheitern. In: Peripherie, 25. Jg., H. 97/98, S. 10-34.
- Castro Varela, Maria do Mar (2007): Wer bin ich? Und wer sagt das? Migrantinnen und die Zumutungen alltäglicher Zuschreibungen. In: Gemende, Marion/Munsch, Chantal/Weber-Unger Rotino, Steffi (Hrsg.): Eva ist emanzipiert, Mehmet ist ein Macho. Zuschreibung, Ausgrenzung, Lebensbewältigung und Handlungsansätze im Kontext von Migration und Geschlecht. München: Weinheim, S. 62-73.
- Castro Varela, María do Mar (2013): Die diskursive Stille unterbrechen. Kritische Migrationsforschung und politische Intervention. In: Hünersdorf, Bettina (Hrsg.): Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Disziplinäre und interdisziplinäre Diskurse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317-331.

- Castro Varela, María do Mar (2015): „Klassenapartheid“. Klassenherrschaft postkolonial perspektiviert. In: Kurswechsel. Jg., H. 4, S. 18-24.
- Celikates, Robin (2016): Migration. Normative und sozialtheoretische Perspektiven. In: Kreide, Regina/Niederberger, Andreas (Hrsg.): Internationale Politische Theorie: Eine Einführung: Metzler, S. 229-244.
- Chambers, Iain (1994): *Migrancy, culture, identity*. London ; New York: Routledge.
- Chambers, Robert (1997): *Whose Reality Counts? Putting the First Last*. Rugby: ITDG Publications.
- Charmaz, Kathy (2005): Grounded Theory in the 21st Century: A Qualitative Method for Advancing Social Justice Research. In: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (Hrsg.): *Handbook of qualitative research*. Thousand Oaks et al.: Sage, S. 507-535.
- Collins, Chik (2011): Reflections on CHAT and Freire's Participatory Action Research From the West of Scotland: Praxis, Politics, and the "Struggle For Meaningful Life". In: *Mind Culture and Activity*, 18. Jg., H. 2, S. 98-114.
- Collins, Patricia Hill (1998): *Fighting words: Black women and the search for justice*. Minneapolis u.a.: Univ. of Minnesota Press.
- Collins, Patricia Hill (2000): *Black feminist thought: knowledge, consciousness and the politics of empowerment*. New York u.a.: Routledge.
- Commission, Kerner (1968): *Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders* Washington DC. Online (abgerufen).
- Cooke, Bill/Kothari, Uma (2001): *Participation : the new tyranny?* New York: Zed Books.
- Cornwall, Andrea (1998): Gender, Participation, and the Politics of Difference. In: Shah, Meera Kaul/Guijt, Irene (Hrsg.): *The myth of community : gender issues in participatory development*. London: Intermediate Technology Publications, S. 46-57.
- Cottle, Simon (Hrsg.) (2000): *Ethnic minorities and the media: changing cultural boundaries*. Buckingham/Philadelphia: Open University Press.
- Datta, Ayona (2015): New urban utopias of postcolonial India: 'Entrepreneurial urbanization' in Dholera smart city, Gujarat. In: *Dialogues in Human Geography*, 5. Jg., H. 1, S. 3-22.
- de Cillia, Rudolf (2003): Braucht Österreich eine Sprachenpolitik? In: Busch, Brigitta/de Cillia, Rudolf (Hrsg.): *Sprachenpolitik in Österreich. Eine Bestandsaufnahme*. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 9-43.
- De Genova, Nicholas (2013a): Spectacles of migrant 'illegality': the scene of exclusion, the obscene of inclusion. In: *Ethnic and Racial Studies*, 36. Jg., H. 7, S. 1180-1198.
- De Genova, Nicholas (2013b): 'We are of the connections': migration, methodological nationalism, and 'militant research'. In: *Postcolonial Studies*, 16. Jg., H. 3, S. 250-258.
- De Jong, Sara (2015): Converging logics? Managing migration and managing diversity. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*. Jg., S. 1-15.

- De Jong, Sara/Messinger, Irene/Valchars, Gerd/Schütze, Theresa (2017): Migrationsmanagement: Praktiken, Intentionen, Interventionen. In: JEP, Journal für Entwicklungspolitik, 33. Jg., H. 1, S. 4-21.
- Denzin, Norman K. (2010): Grounded and Indigenous Theories and the Politics of Pragmatism. In: Sociological Inquiry, 80. Jg., H. 2, S. 296-312.
- Derrida, Jacques (2003): Die Einsprachigkeit des Anderen oder die ursprüngliche Prothese. München et al.: Fink.
- Dhawan, Nikita (2013): Coercive Cosmopolitanism and Impossible Solidarities. In: Qui Parle: Critical Humanities and Social Sciences, 22. Jg., H. 1, S. 139-166.
- Dhawan, Nikita (2014): Sprache, Gewalt und Repräsentation. Vortrag im Rahmen der Fachtagung "Deutsch als Zweitsprache. Emanzipation, Ermächtigung und Gewalt?", 31. März bis 1. April 2014. . Tabakfabrik, Linz.
- Dick, Bob/Stringer, Ernie/Huxham, Chris (2009): Theory in action research. In: Action Research, 7. Jg., H. 1, S. 5-12.
- Dijk, Teun A. van (1991): Racism and the press. London [u.a.]: Routledge.
- Dijk, Teun A. van (1992): Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus. In: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hrsg.): Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses "Migration und Rassismus in Europa" Hamburg, 26. bis 30. September 1990. Hamburg: Argument-Verlag, S. 289-313.
- Dirim, Inci (2008): Ethnische Vielfalt und Mehrsprachigkeit an Schulen
Beispiele aus nationalen Kontexten, Edited by Dirim, İnci. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Dirim, Inci (2010): „Wenn man mit Akzent spricht, denken die Leute, dass man auch mit Akzent denkt oder so.“ Zur Frage des (Neo-)Linguizismus in den Diskursen über die Sprache(n) der Migrationsgesellschaft. In: Mecheril, Paul/Dirim, Inci/Gomolla, Mechthild/Hornberg, Sabine /Stojanov, Krassimir (Hrsg.): Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung. Münster [et al.]: Waxmann, S. 91-113.
- Dirim, İnci/Castro Varela, María do Mar/Heinemann, Alisha M. B./Khakpour, Natascha/Pokitsch, Doris/Schweiger, Hannes (2016): Nichts als Ideologie? Eine Replik auf die Abwertung rassistischer Arbeitsweisen. In: Castro Varela, María do Mar/Mecheril, Paul (Hrsg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 85-96.
- Dirim, Inci/Mecheril, Paul (Hrsg.) (2009): Migration und Bildung. Soziologische und erziehungswissenschaftliche Schlaglichter, Edited by Dirim, İnci. Münster [u.a.]: Waxmann.
- Dirim, Inci/Mecheril, Paul (2010): Die Sprache(n) der Migrationsgesellschaft. In: Mecheril, Paul et al (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim: Beltz, S. 99-120.

- Dorer, Johanna (2014): Nichtkommerzielle Radios. Zur Geschichte des nichtkommerziellen Rundfunks und seine gesellschaftliche Bedeutung. In: Gouma, Assimina/Neuhold, Petra/Dorer, Johanna (Hrsg.): Projektbericht: Mehrsprachigkeit als „Ressource“? Migrationsgesellschaft im Salzkammergut und Räume für emanzipative Strategien. Wien: Universität Wien.
- Dorman, W. Judson (2002): Participation: The new tyranny? Book recension. In: African Affairs, 101. Jg., H. 402, S. 132-134.
- Dorostkar, Niku (2013): (Mehr-)Sprachigkeit und Lingualismus. Die diskursive Konstruktion von Sprache im Kontext nationaler und supranationaler Sprachenpolitik am Beispiel Österreichs. Göttingen: V&R unipress.
- Downing, John (2001): Radical media: rebellious communication and social movements. Thousand Oaks: Sage.
- Du Gay, Paul/Hall, Stuart/Janes, Linda/Mackay, Hugh/Negus, Keith (1997): Doing Cultural Studies: The Story of the Sony Walkman. London: Sage.
- Eckardt, Josef (1996): Nutzung und Bewertung von Radio- und Fernsehsendungen für Ausländer. In: Media Perspektiven, 8. Jg., S. 451–461.
- Eckhardt, Josef (2000): Mediennutzungsverhalten von Ausländern in Deutschland. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 265-271.
- Edthofer, Julia (2017): Was ist Rassismus? Online unter: <https://www.stopptdierechten.at/see/rassismus/> (abgerufen am 12.05.2017).
- Edthofer, Julia/Gouma, Assimina/Neuhold, Petra/Prokop, Bettina/Reinprecht, Christoph/Scheibelhofer, Paul (2014): Das geheime Leben der Grätzeln. Wien: Mandelbaum.
- Enzensberger, Hans Magnus (1997): Baukasten zu einer Theorie der Medien. Kritische Diskurse zur Pressefreiheit, Edited by Enzensberger, Hans Magnus/Glotz, Peter. München: Fischer.
- Erel, Umut (2011): Reframing migrant mothers as citizens. In: Citizenship Studies, 15. Jg., H. 6-7, S. 695-709.
- Erel, Umut/Haritaworn, Jinthana/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Klesse, Christian (2007): Intersektionalität oder Simultaneität?! Zur Verschränkung und Gleichzeitigkeit mehrfacher Machtverhältnisse - Eine Einführung. In: Hartmann, Jutta/Fritzsche, Bettina/Hackmann, Kristina/Klesse, Christian/Wagenknecht, Peter (Hrsg.): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, S. 239-250.
- Esser, Hartmut (2003): Ist das Konzept der Assimilation überholt? In: Geographische Revue. Jg., H. 2, S. 5-14.
- Esser, Hartmut (2006): Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verl.

- Esser, Hartmut (2009): Der Streit um die Zweisprachigkeit: Was bringt die Bilingualität? In: Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula (Hrsg.): Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69-88.
- Fals-Borda, Orlando (1991): "Some basic ingredients". In: Fals-Borda, Orlando/Rahman, Muhammad Anisur (Hrsg.): Action and knowledge: breaking the monopoly with participatory action-research. New York: Apex, S. 3-12.
- Farris, Sara (2011): Die politische Ökonomie des Femonationalismus. In: Feministische Studien, 11. Jg., H. 2, S. 321-334.
- FeMigra (1994): Wir, die Seiltänzerinnen. In: Eichhorn, Cornelia/Grimm, Sabine (Hrsg.): Gender Killer. Amsterdam/Berlin, S. 49-63. Online unter http://www.nadir.org/nadir/archiv/Feminismus/GenderKiller/gender_5.html (abgerufen 25.07 2011).
- Fischer, Wladimir (2009): Vom ›Gastarbeiter‹ zum ›Ausländer‹. Die Entstehung und Entwicklung des Diskurses über ArbeitsmigrantInnen in Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 53. Jg., H. 3, S. 248–266.
- Fleras, Augie (2006): The Conventional News Paradigm as Systemic Bias. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Bielefeld: Transcript, S. 179-222.
- Fleras, Augie (2015): Multicultural Media in a Post-Multicultural Canada? Rethinking Integration. In: Global Media Journal, 8. Jg., H. 2, S. 25-47.
- Fleras, Augie (2016): Theorizing Minority Misrepresentations. Reframing Mainstream Newsmedia as if White Ethnic Media. In: Ruhrmann, Georg/Shooman, Yasemin/Widmann, Peter (Hrsg.): Media and Minorities. Questions on Representation from an International Perspective. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 21-38.
- Flick, Uwe (2004b): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Flick, Uwe (2005): Qualitative Research in Sociology in Germany and the US-State of the Art, Differences and Developments. Online unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/3-05/05-3-23-e.htm> (abgerufen am 18.11.2005).
- Foroutan, Naika (2016): Nationale Bedürfnisse und soziale Ängste. In: Castro Varela, María do Mar/Mecheril, Paul (Hrsg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld: Transcript, S. 97-105.
- Foroutan, Naika/Canan, Coskun/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina (2015): Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Berlin. Online unter: (2015): Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. . Online unter: <http://juned.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-2> (abgerufen am 19.09.2016).
- Foucault, Michel (1976): Mikrophysik der Macht. Berlin: Merve Verlag.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve Verlag.

- Foucault, Michel (1983a): Sexualität und Wahrheit, Band I, Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1983b): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? Berlin: Merve-Verl.
- Foucault, Michel (1993): Technologien des Selbst, Edited by Martin, Luther H. Frankfurt am Main: Fischer.
- Foucault, Michel (1999): Warum ich die Macht untersuche: die Frage des Subjekts. In: Engelmann, Jan (Hrsg.): Michel Foucault, Botschaften der Macht – Der Foucault-Reader, Diskurs und Medien. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Francis, Paul (2001): Participatory development at the World Bank: the primacy of process. In: Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hrsg.): Participation : the new tyranny? New York: Zed Books, S. 72-87.
- Fraser, Nancy (2005): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Online unter: http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_de.htm (abgerufen am 28.02.08).
- Fraser, Nancy (2007): Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World. In: Theory, Culture & Society, 24. Jg., H. 4, S. 7-30.
- Fraser, Nancy (2008): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hrsg.): Medien — Politik — Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 18-34.
- Freire, Paulo (1970): Pedagogy of the oppressed. New York: Herder and Herder.
- Freund, Florian/Schmoller, Andread (Redaktion) (2017): Arbeitslager Zement. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung. Online unter: <https://memorial-ebensee.at/website/index.php/de/geschichte/19-konzentrationslager/6-kz-ebensee> (abgerufen am 14.04.2017).
- Frisby, Wendy/Maguire, Patricia /Reid, Colleen (2009): The 'f' word has everything to do with it: How feminist theories inform action research. In: Action Research, 7. Jg., H. 1, S. 13-26.
- Frketic, Vlatka (2011): Politische Bildung und Migrantinnen. Eine Studie aus der Praxis von Lernzentren für Migrantinnen. Wien: LEFÖ.
- Frketic, Vlatka (2014): Mehrsprachigkeit & Diversität. Ein Handbuch aus der Arbeitspraxis von Migrantinnenorganisationen. LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen im Rahmen des Projektpartnerinnenschaft Mehr Sprachen = Mehr [Mit-]Sprache, Wien. Online unter: <http://mehrsprachen.wordpress.com> (abgerufen am 25.09.2016).
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien: WUV/UTB.

- Fuchs-Heinritz, Werner (2000): Biographische Forschung eine Einführung in Praxis und Methoden. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Christian (2016): *Critical Theory of Communication: New Readings of Lukács, Adorno, Marcuse, Honneth and Habermas in the Age of the Internet*. Westminster: University of Westminster Press.
- Gaigg, Horst (2013): BEMORE: Gmunden. Sondierung Kooperatives Entwicklungskonzept für Betriebe, Mobilität und Raumentwicklung der Region Gmunden. Online unter: <http://www.smartcities.at/stadt-projekte/smart-cities/bemore-gmunden/> (abgerufen am 15.07.2015).
- Garelli, Glenda/Tazzioli, Martina (2013): Challenging the discipline of migration: militant research in migration studies, an introduction. In: *Postcolonial Studies*, 16. Jg., H. 3, S. 245-249.
- Gatt, Sabine (2013): Rot-Weiß-Rot exklusiv? Dialektische Diskriminierungen im Namen der Nation(alsprache). In: Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (Hrsg.): *Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 161-174.
- Gaventa, John (1988): Participatory research in North America. *Convergence*, 21(2 & 3), 19–28. In: *Convergence*, 21. Jg., H. 2+3, S. 19-28.
- GCIM - Global Commission on International Migration (2005): *Migration in an interconnected world: New directions for action*. Online unter: http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/policy_and_research/gcim/GCIM_Report_Complete.pdf (abgerufen).
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2006): *Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich*. Bielefeld: Transcript.
- Geissler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2005): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland Problemaufriss, Forschungsstand, Bibliographie*. Bielefeld: Transcript.
- Geissler, Rainer/Pöttker, Horst (2008): *Medien und Integration in Nordamerika. Erfahrungen aus den Einwanderungsländern Kanada und USA*. Bielefeld: transcript.
- Gemi, Eda/Ulasiuk, Iryna/Triandafyllidou, Anna (2013): Migrants and Media Newsmaking Practices. In: *Journalism Practice*, 7. Jg., H. 3, S. 266-281.
- Georgi, Fabian (2009): Kritik des Migrationsmanagements. Historische Einordnung eines politischen Projekts. In: *juridikum. Zeitschrift für Politik | Recht | Gesellschaft*. Jg., H. 02, S. 81–84.
- Georgi, Fabian (2010): Internationale Organisation für Migration. Eine kritische Analyse. In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziation A, S. 145-160.
- Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: *Prokla*, 46. Jg., H. 2, S. 183-203.

- Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2012): Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen. Online unter: <http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Staatsprojekt-Europa-Okt-2012.pdf> (abgerufen).
- Georgi, Fabian/Wagner, Fabian (2009): Macht Wissen Kontrolle. Bedingungen kritischer Migrationsforschung. In: *kulturrisse - Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik*. Jg., H. 1, S. 24-27.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus, S. 135-158.
- Giddens, Anthony (1997): *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giroux, Henry A. (2003): Spectacles of Race and Pedagogies of Denial: Anti-Black Racist Pedagogy Under the Reign of Neoliberalism. In: *Communication Education*, 52. Jg., H. 3-4, S. 191-211.
- Giroux, Henry A./Searls Giroux, Susan (2005): Challenging Neoliberalism's New World Order: The Promise of Critical Pedagogy. In: *Cultural Studies-Critical Methodologies*, 5. Jg., H. 1, S. 14-25.
- Glaser, Barney/Strauss, Anselm (1967): *The discovery of grounded theory; strategies for qualitative research*. Chicago: Aldine Pub. Co.
- Glassman, Michael Glassman osu edu/Erdem, Gizem/Bartholomew, Mitchell (2013): Action Research and Its History as an Adult Education Movement for Social Change. In: *Adult Education Quarterly*, 63. Jg., H. 3, S. 272-288.
- Glick Schiller, Nina (2004): Transnationality. In: Nugent, David/Vincent, Joan (Hrsg.): *A Companion to the Anthropology of Politics*. Malden: Blackwell, S. 448-467.
- Glick Schiller, Nina (2012): Migration and Development without Methodological Nationalism. In: Gardiner, Barber P. /Lemert, Charles C. (Hrsg.): *Migration in the 21st Century: Political Economy and Ethnography*. New York: Routledge, S. 38-63.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda (1995a): From immigrant to transmigrant: Theorizing transnational migration. In: *Anthropological Quarterly*, 68. Jg., H. 1, S. 48-64.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda (1995b): From immigrant to transmigrant: Theorizing transnational migration. In: *Anthropological Quarterly*, 68. Jg., H. 1, S. 48-64.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Christina (1992): Transnationalism: A New Analytic Framework for Understanding Migration. In: Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Christina (Hrsg.): *Toward a Transnational Perspective on Migration*. New York: New York Academy of Sciences, S. 1-24.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Christina (1999): From immigrants to transmigrants. Theorizing transnational Migration. In: Pries, Ludger (Hrsg.): *Migration and transnational social spaces*. Aldershot: Ashgate, S. 73-105.

- Glick Schiller, Nina/Çağlar, Ayse (2009): Towards a Comparative Theory of Locality in Migration Studies: Migrant Incorporation and City Scale. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 35. Jg., H. 2, S. 177-202.
- Gogolin, Ingrid (2009): Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy: Les Préludes. In: Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula (Hrsg.): *Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-22.
- Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula (2009): *Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Göktürk, Deniz (1998): Turkish Delight - German fright. *Migrant Identities in Transnational Cinema*. Online (abgerufen am 20.3.2002).
- Gouma, Assimina (2004): *Migration und Medien - Mediennutzung, Identität und politische Partizipation der GriechInnen in Wien*. diploma thesis Thesis, University of Vienna.
- Gouma, Assimina (2008): Fernsehen für MigrantInnen. Ein Grenzfall für den öffentlich-rechtlichen Auftrag? In: Steininger, Christian/Woelke, Jens (Hrsg.): *Fernsehen in Österreich 2008*. Konstanz: UVK, S. 197-206.
- Gouma, Assimina (2010a): EU-BürgerInnen oder MigrantInnen? EU-BinnenmigrantInnen und die Bestimmung des "eigenen Platzes" auf der Welt. In: Klaus, Elisabeth/Sedmak, Clemens/Drüeke, Ricarda/Schweiger, Gottfried (Hrsg.): *Identität und Inklusion im europäischen Sozialraum*. Wiesbaden: VS Research, S. 133-146.
- Gouma, Assimina (2010b): Zwischen "Medienghettos" und Integrationsimperativ. Wie die Kommunikationswissenschaft MigrantInnen als "Problem" entdeckte. Online unter: www.migrazine.at/artikel/zwischen-medienghettos-und-integrationsimperativ. (abgerufen am 20.3.2011).
- Gouma, Assimina (2011): "Austria we love you. Wir werden dich nie verlassen!" Migrantinnen-Kämpfe, Antirassismus und feministische Praxis. In: *Wien, Frauenbüro der Stadt* (Hrsg.): *Migrantinnenrechte sind Frauenrechte*. Wien.
- Gouma, Assimina (2012a): Migration und Kritischer Journalismus – integrativ oder antirassistisch? In: *Medien Journal*, 36. Jg., H. 3, S. 35-47.
- Gouma, Assimina (2012b): Neues Gastarbeitertum. Rezension: Bakondy, Vida, et al. (Hrsg.) (2010): *Viel Glück! Migration heute*. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul. Wien: Mandelbaum Verlag. In: *Stimme für Minderheiten*. Jg., H. 2011/78, S. 27.
- Gouma, Assimina (2014a): Deutsch. Lieben. Lernen. Interview mit Nikita Dhawan. Online unter: <http://www.migrazine.at/artikel/deutsch-lieben-lernen> (abgerufen am 05.09.2014).
- Gouma, Assimina (2014b): Wäre der ORF gerne "Wir"? Antirassistischer Auftrag und unmögliche Solidaritäten. In: *Stimme für Minderheiten*. Jg., H. 91, S. 8-10.
- Gouma, Assimina (2015): Zwischen "Medienghettos" und Integrationsimperativ. Wie die Kommunikationswissenschaft MigrantInnen als "Problem" entdeckte. In: *AEP - Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft*, 42. Jg., H. 2, S. 10-12.

- Gouma, Assimina (2017): Das Spektakel des Ungehorsams und das Migrationsmanagement. Deutungskämpfe in der medialen Öffentlichkeit des „Sommers der Migration“. In: Karasz, Lena (Hrsg.): Migration und die Macht der Forschung. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 163-178.
- Gouma, Assimina/Neuhold, Petra/Dorer, Johanna (2014): Projektbericht: Mehrsprachigkeit als „Ressource“? Migrationsgesellschaft im Salzkammergut und Räume für emanzipative Strategien. Universität Wien, Wien. Online (abgerufen).
- Gouma, Assimina/Neuhold, Petra/Scheibelhofer, Paul/Valchars, Gerd (2010): Migration – Fangfragen für das "rote" Wien. Online unter: <http://www.perspektiven-online.at/2010/05/07/migration-fangfragen-fuer-das-rote-wien/> (abgerufen am 21.02.2017).
- Gouma, Assimina/Springler, Elisabeth (2013): Kompetente Rebelinnen. Editorial. In: Kurswechsel. Jg., H. 1, S. S. 3-6.
- Gramsci, Antonio (1991-2002): Hegemonie als pädagogisches Verhältnis, Edited by Gramsci, Antonio. Hamburg: Argument.
- Greenwood, Davydd J./Levin, Morten (1998): Action research, science, and the co-optation of social research. In: Studies in Cultures, Organizations and Societies, 4. Jg., H. 2, S. 237-261.
- Griesser, Markus/Sauer, Birgit (2015): Zwischen Konjunkturpuffer und Tauschobjekt. Klassenkompromisse, Gewerkschaften und Migration im Österreich der Zweiten Republik. In: Kurswechsel, 2015. Jg., H. 4, S. 58-66.
- Guta, Adrian/Flicker, Sarah/Roche, Brenda (2013): Governing through community allegiance: a qualitative examination of peer research in community-based participatory research. In: Crit Public Health, 23. Jg., H. 4, S. 432-451.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2016): "Flüchtlingskrise", Kolonialität und Rassismus - eine andere Grammatik der Krise des Kapitalismus denken. In: Das Argument, 58. Jg., H. 5, S. 669-682.
- Ha, Kien Nghi (2010): Aufklärung, Bildungszwang oder Kolonialpädagogik? Eine Fundamentalkritik der verpflichtenden Integrationskurse für muslimische und postkoloniale Migrantinnen/-innen. In: Ucar, Bülent (Hrsg.): Die Rolle der Religion im Integrationsprozess. Die deutsche Islamdebatte. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 403-421.
- Ha, Kien Nghi/Schmitz, Markus (2006): Der nationalpädagogische Impetus deutscher Integrations(dis)kurse im Spiegel postkolonialer Kritik. In: Mecheril, Paul/Witsch, Monika (Hrsg.): Cultural Studies und Pädagogik. Bielefeld: Transcript.
- Ha, Kien Nghi/Schmitz, Markus (2007): Deutsche Integrationspolitik als kolonialanaloges Disziplinarsystem kultureller Unterordnung – Eine postkoloniale Kritik. In: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hrsg.): Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft. Düsseldorf: IDA-NRW, S. 47-57.
- Habermas, Jürgen (1990/1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen (1991): Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (2001): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2011): Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haderlap, Maja (2010): Meine Sprache. In: Lughofer, Johann Georg (Hrsg.): Exophonie. Literarisches Schreiben in anderen Sprachen. Ljubljana: Goethe-Institut Ljubljana, S. 9-12.
- Hadj-Abdou, Leila (2007): Integrationsunwillig? Zum Verhältnis von Migrationsforschung und Politischer Praxis. In: Fröschl, Erich/Kramer, Helmut/Kreisky, Eva (Hrsg.): Politikberatung. Zwischen Affirmation und Kritik. Wien: Braumüller, S. VII, 259 S.
- Hague, Gill/Thiara, Ravi K./Turner, Atuki (2011): Bride-price and its links to domestic violence and poverty in Uganda: A participatory action research study. In: Women's Studies International Forum, 34. Jg., H. 6, S. 550-561.
- Hahn, Sylvia (2008): Migration - Arbeit - Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Göttingen: V&R Unipress.
- Hall, Anthony/Greensmith, J. T. (2005): West Cornwall. London, Eng.: Geologists' Association.
- Hall, Margaret (2006): Carlsbad Caverns National Park. Chicago: Heinemann Library.
- Hall, Stuart (1989): Die Konstruktion von "Rasse" in den Medien. In: Hall, Stuart (Hrsg.): Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften: Hamburg, S. 150-171.
- Hall, Stuart (1996): New Ethnicities. In: Morley, David/Chen, Kuan-Hsing (Hrsg.): Stuart Hall: Critical Dialogues in Cultural Studies. London: Routledge, S. 441-449.
- Hall, Stuart (2000): West and the Rest: Discourse and Power. In: Hall, Stuart/Held, David/Don, Hubert/Thompson, Kenneth (Hrsg.): Modernity: an introduction to modern societies. Malden, Mass.: Blackwell, S. 184-228.
- Hansegård, Nils Erik (1968): Giellamet kursbok i lapska skriftspråket för Nordens samer. Stockholm: Sveriges Radios Förlag [u.a.].
- Haraway, Donna (1996): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: Scheich, Elvira (Hrsg.): Vermittelte Weiblichkeit: feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg: Hamburger Edition, S. S. 217-248.
- Haraway, Donna (2007): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: Hark, Sabine (Hrsg.): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. S. 305-322.
- Harding, Sandra G. (1993): The "Racial" economy of science: Toward a democratic future. Bloomington: Indiana University Press.
- Harvey, David (2003): The right to the city. In: International Journal of Urban and Regional Research, 27. Jg., H. 4, S. 939-941.
- Harvey, David (2009): Cosmopolitanism and the Geographies of Freedom. New York: Columbia University Press.

- Haug, Frigga (2003): Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen. Hamburg: Argument-Verlag.
- Haug, Sonja (2000): Klassische und neuere Theorien der Migration. Arbeitspapier Nr. 30/2000, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Mannheim. Online (abgerufen).
- Heinemann, Alisha M. B. (2015): Lebenslanges Lernen nur für "Native" Speaker!? In: Thoma, Nadja/Knappik, Magdalena (Hrsg.): Sprache und Bildung in Migrationsgesellschaften. Machtkritische Perspektiven auf ein prekariertes Verhältnis. transcript Verlag Bielefeld, S. 131-147.
- Hepp, Andreas/Brüggemann, Michael/Königslöw, Katharina Kleinen-von/Lingenberg, Swantje/Möller, Johanna (Hrsg.) (2012): Politische Diskurskulturen in Europa. Die Mehrfachsegmentierung europäischer Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- hes - redaktionelles Akronym (2016): Attersee: Mehr Zweitwohnsitze als Einwohner. SALZKAMMERGUT, LINZ. In vielen Gemeinden im Salzkammergut steigt die Zahl der Zweitwohnsitze rapide an. In: Oberösterreichische Nachrichten.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin: Assoziation A.
- Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hrsg.) (2011): Intersektionalität revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld: Transcript-Verl.
- Hess, Sabine/Moser, Johannes (2009): Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte. In: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, S. 11-27.
- Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2007): Europeanizing Transnationalism! Provincializing Europe! In: Forschungsgruppe, Transit Migration (Hrsg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld: transcript, S. 247 S.
- Hinnenkamp, Volker (2010): Sprachliche Hybridität, polykulturelle Selbstverständnisse und „Parallelgesellschaft“. In: Hentges, Gudrun/Hinnenkamp, Volker/Zwengel, Almut (Hrsg.): Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion: Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231-254.
- Hipfl, Brigitte (2016): Migration, Flucht und Medien. Herausforderungen für Medien- und Kommunikationswissenschaftler_innen. In: Medien Journal. Jg., H. 1, S. 6-12.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1970): Migration: Ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung. Stuttgart: Enke.
- hooks, bell (1990): Yearning : race, gender, and cultural politics. Boston, MA: South End Press.
- hooks, bell (1994): Eros, eroticism and the pedagogical process. In: Giroux, Henry/McLaren, Peter (Hrsg.): Between borders: Pedagogy and the politics of cultural studies. New York: Routledge, S. 113–118.
- Hornberger, Nancy (2002): Multilingual Language Policies and The Continua of Biliteracy: An Ecological Approach. In: Language Policy. Jg., H. 1, S. 27-51.

- Horowitz, Carol/Robinson, Mimsie /Seifer, Sarena (2009): Community-based participatory research from the margin to the mainstream: are researchers prepared? In: *Circulation*, 119. Jg., H. 19, S. 2633-2642.
- Horvath, Kenneth (2014): Die Logik der Entrechtung: Sicherheits- und Nutzendiskurse im österreichischen Migrationsregime. Pp. 1 online resource (342 pages), *Migrationsund Integrationsforschung Multidisziplinäre Perspektiven* ; 6. Göttingen: V & R Unipress.
- Huber, Nathalie (2006): *Medien im Alltag. Qualitative Studien zu Nutzungsmotiven und zur Bedeutung von Medienangeboten*. Münster: Lit.
- Husband, Charles (2000a): Media and the Public Sphere. In: Cottle, Simon (Hrsg.): *Ethnic minorities and the media: changing cultural boundaries*. Buckingham/Philadelphia: Open University Press, S. 199-214.
- Husband, Charles (2000b): The Right to be Understood: Conceiving the Multi-Ethnic Public Sphere. In: *Innovation - The European Journal of Social Sciences*, 9. Jg., H. 2, S. 205-216.
- Husband, Charles (2005): Minority Ethnic Media As Communities Of Practice: Professionalism and Identity Politics in Interaction. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 31. Jg., H. 3, S. 461-479.
- IG Arbeitsbedingungen [d_a_] Basisbildung DaZ, DaF, DaE, (2017): Lehrende in DaZ- und Integrationskursen fordern: Hände Weg von der Bildung. Online unter: <https://igdazdafbasisbildung.noblogs.org/forderungen/> (abgerufen am 21.04.2017).
- Imhof, Kurt (1996): "Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 46. Jg., H. 1, S. 3-25.
- Imhof, Kurt (2002): Öffentlichkeit und Identität. In: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus, S. 37-56.
- Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried (Hrsg.) (2013): *Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (2002): Einleitung und Einführung: Die Medien in der Integrationsdebatte. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): *Integration und Medien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 9-20.
- Isin, Engin F./Nielsen, Greg Marc (Hrsg.) (2008): *Acts of citizenship*. London [u.a.]: Zed Books.
- Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993): *Die vierte Gewalt: Rassismus und die Medien*. Duisburg: DISS.
- James, Allan (Hrsg.) (2003): *Vielerlei Zungen. Mehrsprachigkeit + Spracherwerb + Pädagogik + Psychologie + Literatur + Medien*. Klagenfurt/Celovec: Drava-Verl.
- Joppke, Christian (1999): *Immigration and the Nation-State. The United States, Germany, and Great Britain*. Oxford: Clarendon Press.

- Jørgensen, Jens Normann (2004): *Languaging and languagers*. In: Dabelsteen, Christine B./Jørgensen, Jens Normann (Hrsg.): *Languaging and Language Practices*. Copenhagen Studies in Bilingualism. Copenhagen: University of Copenhagen, S. 5–22.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (1997): *Die Sprache des Migrationsdiskurses.: Das Reden über 'Ausländer' in Medien, Politik und Alltag*: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Kanak Attak (2017): *About*. Online unter: <http://www.kanak-attak.de/ka/about.html> (abgerufen am 23.04.2017).
- Karim, Karim H. (1999): *From Ethnic Media to Global Media: Transnational Communication Networks Among Diasporic Communities*. Online (abgerufen am 20.3.2002).
- Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): *Of Hope*. Ungarn und der lange Sommer der Migration. Online unter: bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/ (abgerufen am 23.05.2017).
- Kelle, Udo (1994): *Empirisch begründete Theoriebildung : zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Kelly-Holmes, Helen/Milani, Tommaso (Hrsg.) (2013): *Thematising Multilingualism in the Media*. Amsterdam: John Benjamins Publishing Company.
- Kesby, Mike (2005): *Retheorizing empowerment-through-participation as a performance in space: Beyond Tyranny to transformation*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 30. Jg., H. 4, S. 2037-2065.
- Khan, K. S./Bawani, S. A. A./Aziz, A. (2013): *Bridging the gap of knowledge and action: A case for participatory action research (PAR)*. In: *Action Research*, 11. Jg., H. 2, S. 157-175.
- Khosravi, Shahram (2009): *Sweden: detention and deportation of asylum seekers*. In: *Race & Class*, 50. Jg., H. 4, S. 38-56.
- Kienesberger, Klaus/Meissel, Lukas (2010): *Desertion und Widerstand im Salzkammergut*. In: *betrifft widerstand*. Jg., H. 99, S. 12-17.
- Kim, Youna (2010): *Female individualization? Transnational mobility and media consumption of Asian women*. In: *Media, Culture & Society*, 32. Jg., H. 1, S. 25-43.
- Kincheloe, Joe L. (1993): *Toward a critical politics of teacher thinking: Mapping the Postmodern*. Westport, Conn.: Bergin & Garvey.
- Kindon, Sara/Pain, Rachel/Kesby, Mike (2007): *Participatory Action Research Approaches and Methods: Connecting People, Participation and Place*. Hoboken: Taylor & Francis.
- King, Russel/Wood, Nancy (Hrsg.) (2001): *Media and Migration. Constructions of Mobility and Difference*. London: Routledge.
- Klaus, Elisabeth/Kirchhoff, Susanne (2016): *Journalismustheorien und Geschlechterforschung*. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: Wiesbaden, S. 523-536.
- Klautke, Egbert (2010): *URBAN HISTORY AND MODERNITY IN CENTRAL EUROPE*. In: *The Historical Journal*, 53. Jg., H. 1, S. 177-195.

- Kleinstauber, Hans J. (2012): Radio. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden.
- Klinger, Cornelia (Hrsg.) (2007): Achsen der Ungleichheit: Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt/Main: Campus.
- Knappik, Magdalena (2013): Die monolinguale Doxa österreichischer Hochschulen. Kritik einer selbstverständlichen Herrschaftsordnung. In: Clar, Peter/Greulich, Markus/Springsits, Birgit (Hrsg.): Zeitgemäße Verknüpfungen: Praesens, S. 353-368.
- Knappik, Magdalena/Dirim, İnci (2013): Native-Speakerism in der LehrerInnenbildung. In: journal für lehrerInnenbildung. Jg., H. 3, S. 20-23.
- Knittler, Käthe (2013): Wissensarbeit und militante Untersuchung: Zwischen Produktion und Rebellion. Über Möglichkeiten widerständiger Wissensproduktion. In: Kurswechsel. Jg., H. 1/2013, S. 74-83.
- Knoblauch, Hubert (2001): Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie. In: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, S. 207-223.
- Kofman, Eleonore (2005): Citizenship, Migration and the Reassertion of National Identity. In: Citizenship Studies, 9. Jg., H. 5, S. 453-467.
- Kosnick, Kira (2000): Building bridges. Media for migrants and the public-service mission in Germany. In: Cultural Studies, 3. Jg., H. 3, S. 319-342.
- Kothari, Uma (2001): Power, Knowledge, and Social Control in Participatory Development. In: Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hrsg.): Participation: the new tyranny? New York: Zed Books, S. 139-152.
- Kraidy, Marwan M. (1999): The global, the local, and the hybrid: A native ethnography of glocalization. In: Critical Studies in Mass Communication, 16. Jg., H. 4, S. 456-476.
- Kreuzer, Bernd (2014): A landscape reshaped by transport: the Austrian Salzkammergut from salt economy to national leisure region. In: National Identities, 16. Jg., H. 3, S. 239-252.
- Krifka, Manfred/Błaszczak, Joanna/Leßmöllmann, Annette/Meinunger, André/Stiebels, Barbara/Tracy, Rosemarie/Truckenbrodt, Hubert (Hrsg.) (2014): Das mehrsprachige Klassenzimmer. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.
- Kropp, Cordula (2015): Regional Rurbanism: Patterns of Everyday Life Experiences of Post-Industrial Production of Space Between Homogenization and Fragmentation. In: Raumforschung und Raumordnung, 73. Jg., H. 2, S. 91-106.
- Krotz, Friedrich (1998): Stichwort Gegenöffentlichkeit. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Leske und Budrich.
- Krotz, Friedrich (2003): Qualitative Methoden der Kommunikationsforschung. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hrsg.): Öffentliche Kommunikation Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft

- Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 245-261.
- Lamnek, Siegfried (2005): *Qualitative Sozialforschung*. Lehrbuch. Weinheim: Beltz.
- Lazreg, Marnia (1988): *Feminism and Difference: The Perils of Writing as a Woman on Women in Algeria*. In: *Feminist Studies*, 14. Jg., H. 1, S. 81-107.
- Lebuhn, Henrik (2013): *Migration - Recht - Citizenship. Potenziale und Grenzen eines kritischen Diskurses*. In: Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (Hrsg.): *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 231-244.
- Lefebvre, Henri (1974): *Le droit à la ville. Espace et politique*. Paris: Éditions Anthropos.
- Lefebvre, Henri (1991): *The production of space*. Oxford: Blackwell.
- Lefkofridi, Zoe/Horvath, Ken (2012): *Migration Issues and Representation in European Liberal Democracies*. In: *Representation*, 48. Jg., H. 1, S. 29-46.
- Lefö - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen (2010): *Migrantinnenrechte sind Frauenrechte. Jahresbericht 2010*. Online unter: <http://www.lefoe.at/index.php/jahresberichte.html> (abgerufen am 14.10.2011).
- Leichter, Käthe (1932): *So leben wir. 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben*. Wien: Arbeit und Wirtschaft.
- Leiprecht, Rudolf (2001): *Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden*. Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.
- Lemert, Charles C. (2008): *Social things: An introduction to the sociological life*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Lemke, Thomas (2008): *Gouvernementalität und Biopolitik*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Lentin, Alana/Titley, Gavan (2011): *The crises of multiculturalism: Racism in a neoliberal age*. London/New York: Zed Books.
- Lewin, Kurt (1946): *Action Research and Minority Problems*. In: *Journal of Social Issues*, 2. Jg., H. 4, S. 34-46.
- Lichtenberger, Elisabeth/Fassmann, Heinz (1984): *Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften*. Wien: Böhlau.
- Löfgren, Orvar (2001): *The Nation as Home or Motel? Metaphors and Media of Belonging*. In: *Sociologisk Årsbok/Yearbook of Sociology*. Oslo, S. 1-35.
- Luckmann, Thomas (1980): *Lebenswelt und Gesellschaft. Grundstrukturen und geschichtliche Wandlungen*. Paderborn/Wien [u.a.]: Schöningh.
- Luhmann, Niklas (1985): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie (2. Auflage)*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lukawetz, Gerhard/Svitek, Sigrid (1989): *Mediennutzung ausländischer Arbeitnehmer in Österreich. Der Stellenwert des Medienkonsums bei der Integration von Jugoslawen sowie Türken in Wien und Vorarlberg*. In: *SWS-Rundschau*, 29. Jg., H. 2, S. 167-178.

- Lünenborg, Margreth/Fürsich, Elfriede (2014): Media and the Intersectional Other. In: *Feminist Media Studies*, 14. Jg., H. 6, S. 959-975.
- Lutz, Helma (2005): Migration: Equalizer or Amplifier of Social Inequalities? Keynote of the Semi-Plenary Session 2. in 7th Conference of the European Sociological Association (ESA). Torun (Polen).
- M-Media (2012): Kooperation "Die Presse" 2009. Migranten schreiben für die Tageszeitung "Die Presse". Online unter: <http://www.m-media.or.at/verein/diepresse> (abgerufen am 13.07.2012).
- Mackenzie, Catriona/Stoljar, Natalie (2000): *Relational autonomy : feminist perspectives on autonomy, agency, and the social self*. New York: Oxford University Press.
- Madianou, Mirca (2005): Contested Communicative Spaces: Rethinking Identities, Boundaries and the Role of the Media among Turkish Speakers in Greece. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 31. Jg., H. 3, S. 521-541.
- Maguire, Patricia (1987): *Doing participatory research : a feminist approach*. Amherst, Mass.: Center for International Education, School of Education, University of Massachusetts.
- Mahler, Sarah J. (2001): Transnational Relationships: The Struggle to Communicate Across Borders. In: *Identities*, 7. Jg., H. 4, S. 583-619.
- Maiwald, Kai-Olaf (2005): Competence and Praxis: Sequential Analysis in German Sociology. Online unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/3-05/05-3-31-e.htm> (abgerufen am 28.10.2005).
- maiz (Hrsg.) (2014): *Deutsch als Zweitsprache. Ergebnisse und Perspektiven eines partizipativen Forschungsprozesses*. Linz: maiz.
- Malo de Molina, Marta (2011): *Precarias a la deriva - "was ist dein Streik?" Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*, Edited by Malo de Molina, Marta/Mennel, Birgit. Wien [u.a.]: Turia + Kant.
- Mann, Michael (2000): *Globalisation and Modernity*. in Wiles Lecture Series. Queen's University, Belfast.
- Massey, Doreen (1993): Power-Geometry and a Progressive Sense of Place. In: Bird, Jon/Curtis, Barry/Putnam, Tim/Robertson, George/Tickner, Lisa (Hrsg.): *Mapping Futures. Local Culture, Global Change*. London/New York: Routledge, S. 59-69.
- Massey, Doreen (2013 [1991]): Ein globales Ortsbewusstsein. In: Hauser, Susanne/Kamleithner, Christa/Meyer, Roland (Hrsg.): *Architekturwissen. Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften. Zur Logistik des sozialen Raumes*. Bielefeld: Transcript-Verl., S. 85-96.
- Massey, Douglas S./Arango, Joaquín/Hugo, Graeme/Kouaouci, Ali/Pellegrino, Adela/Taylor, J. Edward (1993): Theories of International Migration: A Review and Appraisal. In: *Théories sur la migration internationale : bilan et evaluation.*, 19. Jg., H. 3, S. 431-466.
- Massey, Douglas S./Arango, Joaquín/Hugo, Graeme/Kouaouci, Ali/Pellegrino, Adela/Taylor, J. Edward (1998): *Worlds in Motion: Understanding International Migration at the End of the Millennium*. Oxford: Clarendon Press.

- Masters, Janet (1995): The History of Action Research. in Action Research Electronic Reader, edited by Hughes, Ian.
- Mayer, Stefanie (2010): Rotation, Integration and Social Exclusion. Discourse and Change in/of Migration Policies in Austria. In: *Ethnologia Balcanica*, 13. Jg., S. 129-146.
- Mayer, Stefanie/Spång, Mikael (Hrsg.) (2009): Debating Migration. Political Discourses on Labor Immigration in Historical Perspective. Innsbruck: Studienverlag.
- Mecheril, Paul (2006): Cultural studies und Pädagogik. Kritische Artikulationen. Bielefeld: Transcript.
- Mecheril, Paul (2007): Politische Verantwortung und Kritik. Das Beispiel Migrationsforschung. In: Figatowski, Bartholomäus/Gabriel, Kokebe Haile/Meyer, Malte (Hrsg.): The making of migration. Repräsentationen - Erfahrungen - Analysen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 24-32.
- Mecheril, Paul (2010): Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Mecheril, Paul/Castro Varela, Maria do Mar/Dirim, Inci/Kalpaka, Annita/Melter, Claus (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Verlag, S. 7-22.
- Mecheril, Paul (2011): Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv – Ein Essay. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61. Jg., H. 43, S. 49-54.
- Mecheril, Paul/Castro Varela, Maria do Mar/Dirim, Inci (2010): Migrationspädagogik. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Mecheril, Paul/Castro Varela, Maria do Mar/Dirim, Inci/Kalpaka, Annita/Melter, Claus (2010a): Migrationspädagogik, Edited by Mecheril, Paul. Weinheim [u.a.]: Beltz.
- Mecheril, Paul/Dirim, Inci/Gomolla, Mechtild/Hornberg, Sabine /Stojanov, Krassimir (Hrsg.) (2010b): Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung, Edited by Mecheril, Paul. Münster [u.a.]: Waxmann.
- Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (2013): Migrationsforschung als Kritik? Erkundung eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten. In: Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (Hrsg.): Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 7-58.
- Mendel, Iris (2015): WiderStandPunkte. Umkämpftes Wissen, feministische Wissenschaftskritik und kritische Sozialwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Merrill, Heather (2004): Space agents: anti-racist feminism and the politics of scale in Turin, Italy. In: *Gender, Place & Culture*, 11. Jg., H. 2, S. 189-204.
- Messerschmidt, Astrid (2011): Involviertes Forschen. Reflexionen von Selbst- und Fremdbildern. In: Breinbauer, Ines Maria/Weiß, Gabriele (Hrsg.): Orte des Empirischen in der Bildungstheorie. Einsätze theoretischer Erziehungswissenschaft II. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 81-95.

- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht : ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung : Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdt. Verlag, S. 441-471.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2009a): Das Experteninterview — konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef (Hrsg.): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-479.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2009b): Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 35-60.
- Meyers, Diana T. (1989): *Self, society, and personal choice*. New York: Columbia University Press.
- Mezzadra, Sandro (2007): Kapitalismus, Migrationen, Soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration. In: Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hrsg.): *Empire und die biopolitische Wende*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 179–194.
- Mezzadra, Sandro (2011): The Gaze of Autonomy. Capitalism, Migration and Social Struggles. In: Squire, V. (Hrsg.): *The contested politics of mobility: Politicizing mobility, mobilizing politics*, S. 121-143.
- Migrationsrat für Österreich (2016): *Migration Verstehen - Migration Steuern*. Bericht des Migrationsrats. Bundesministerium für Inneres, Wien. Online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_service/start.aspx#t_download (abgerufen am 13.02.2017).
- Miller, Peter/Rose, Nikolas S. (2008): *Governing the present. Administering economic, social and personal life*. Cambridge [u.a.]: Polity Press.
- Mineva, Gergana/Salgado, Rubia (2015): Mehrsprachigkeit: Relevant, aber kulturalisierend? In: Thoma, Nadja/Knappik, Magdalena (Hrsg.): *Sprache und Bildung in Migrationsgesellschaften. Machtkritische Perspektiven auf ein prekariertes Verhältnis*. transcript Verlag Bielefeld, S. 245-262.
- Moebius, Stephan/Wetterer, Angelika (2011): Symbolische Gewalt. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36. Jg., H. 4, S. 1-10.
- Mohanty, Chandra Talpade (1989): On Race and Voice: Challenges for Liberal Education in the 1990s. In: *Cultural Critique*. Jg., H. 14, S. 179-208.
- Mokre, Monika (2015): *Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna*, Edited by Hummer, Andrea. Wien/Linz [u.a.]: Transversal Texts.
- Mokre, Monika (2016): *Solidarität oder Hilfsbereitschaft?* Online unter: <http://migrazine.at/artikel/solidarit-t-oder-hilfsbereitschaft> (abgerufen am 27.01.2017).
- Morgan, David (1996): Focus groups. In: *Annual Review of Sociology*, 22. Jg., H. 1, S. 129-152.

- Morley, David/Robins, Kevin (1995): Spaces of identity - global media, electronic landscapes and cultural boundaries. London/New York: Routledge.
- Mouffe, Chantal (1999): Hegemony, Power and the Political Dimension of Culture. In: Kulturwissenschaften, Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr/Internationales Forschungszentrum (Hrsg.): The Contemporary Study of Culture. Wien: Turia und Kant, S. 47-52.
- Mouffe, Chantal (2000): Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism. Institut für Höhere Studien, Wien. Online (abgerufen).
- Mouffe, Chantal/Laclau, Ernest (1985): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London: Verso.
- Moulier Boutang, Yann (2002): Nicht länger Reservearmee. Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration. Online unter: www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2002/15/sub01a.htm. (abgerufen am 11.2.2004).
- Müller-Hartmann, Andreas (2013): Routledge encyclopedia of language teaching and learning. In: Byram, Michael (Hrsg.): Encyclopedia of language teaching and learning. London [u.a.]: Routledge, S. 595-597.
- Museum Ebensee (2017): Migration. Online unter: <http://www.museumbensee.at/das-museum/> (abgerufen am 26.03.2017).
- Narayan, Uma (1997): Dislocating cultures: identities, traditions, and Third-World feminism. New York: Routledge.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1986): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Netzwerk SprachenRechte (2013): Netzwerk SprachenRechte – Recht auf Sprachen statt Deutsch als Pflicht. Wofür wir eintreten. Online unter: <http://www.sprachenrechte.at/> (abgerufen am 14.11.2013).
- Neuhold, Petra (2014): Mehrsprachigkeit: Konzeptuelle Überlegungen. In: Gouma, Assimina/Neuhold, Petra/Dorer, Johanna (Hrsg.): Projektbericht: Mehrsprachigkeit als „Ressource“? Migrationsgesellschaft im Salzkammergut und Räume für emanzipative Strategien. Wien: Universität Wien.
- Neumann-Braun, Klaus/Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.) (2000): Medien und Kommunikationssoziologie, Eine Einführung in zentrale Begriffe und Theorien. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Newman, Judith M. (2000): Action Research: A Brief Overview. Online unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1127/2507> (abgerufen am 30.11.2013).
- Nicolaus, Martin (1968): Fat-Cat Sociology: Remarks at the American Sociological Association Convention. Online unter: <http://www.colorado.edu/Sociology/gimenez/fatcat.html> (abgerufen am 12.04.2010).

- Nimmervoll, Lisa (2016): Wiener NMS-Direktorin: "Die Deutschpflicht in der Pause ist Schwachsinn". In: Der Standard, 21.11.2016.
- Noffke, Susan (1994): Action research: towards the next generation. In: Educational Action Research, 2. Jg., H. 1, S. 9-21.
- o.A. (2010): Salzbaron und Menschenfeind - Der Arbeitskonflikt in der Saline Ebensee eskaliert. Online unter: <http://www.derfunke.at/component/content/article?id=1666> (abgerufen am 25.07.2014).
- Ortega, Zwetelina (2017): Mehrsprachigkeit ist ein Mehrwert – und kein Grund für Scham. In: Der Standard, 21.02.2017.
- Oswald, Ingrid (2007): Migrationssoziologie. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Ottenschläger, Madlen (2004): "Da spürt man irgendwie Heimat". Eine qualitative Studie zur Mediennutzung von Türken und Deutsch-Türken der Zweiten Generation in Deutschland. Münster: Lit Verlag.
- Oulios, Miltiadis (2007): Weshalb gibt es wenig Journalisten mit Einwanderungshintergrund in deutschen Massenmedien? In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Band 2: Forschungsbefunde. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 119-144.
- Papadopoulos, Dimitris/Stephenson, Niamh/Tsianos, Vassilis (2008): Escape Routes : Control and Subversion in the Twenty-first Century. London: Pluto Press.
- Park, Robert Ezra (1922a): The immigrant press and its control. New York London,: Harper & Brothers.
- Park, Robert Ezra (1922b): The immigrant press and its control. New York/London: Harper & Brothers.
- Park, Robert Ezra (1928): Human Migration and the Marginal Man. In: American Journal of Sociology, 33. Jg., H. 6, S. 881-893.
- Peissl, Helmut (2011): Public Value Freier Radios. In: Karmasin, Matthias/Süssenbacher, Daniela/Gonser, Nicole (Hrsg.): Public Value. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257-262.
- Peissl, Helmut/Pfisterer, Petra/Purkarthofer, Judith/Busch, Brigitta (2010a): Lokal und mehrsprachig. Zum Verhältnis von Public Value und Freiem Radio. In: Medien Journal, 34. Jg., H. 2, S. 51-66.
- Peissl, Helmut/Pfisterer, Petra/Purkarthofer, Judith/Busch, Brigitta (2010b): Mehrsprachig und lokal. Nichtkommerzieller Rundfunk und Public Value in Österreich. (=Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Band 4/2010). Ebenso.: Online unter: <https://www.rtr.at/de/komp/SchriftenreiheNr42010/Band4-2010.pdf> (abgerufen am 30.07.2014).
- Peissl, Helmut/Tremetzberger, Otto (2008): Community Medien in Europa. In: Regulierungs-GmbH, RTR-Rundfunk und Telekom (Hrsg.): Nichtkommerzieller Rundfunk in Österreich und Europa, (Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Band 3/2008), S. 115-259.

- Pentzold, Christian (2015): Praxistheoretische Prinzipien, Traditionen und Perspektiven kulturalistischer Kommunikations- und Medienforschung. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 63. Jg., H. 2, S. 229-245.
- Perching, Bernhard (2003): Migration Studies in Austria - Research at the Margins? ÖAW, Wien. Online (abgerufen).
- Perching, Bernhard (2010): Migration Studies in Austria - Research at the Margins. In: Bommers, Michael/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): National Paradigms of Migration Research. Göttingen: IMIS, S. 187-204.
- Plutzer, Verena (2010): Sprache als „Schlüssel“ zur Integration? Eine kritische Annäherung an die österreichische Sprachenpolitik im Kontext von Migration. In: Langthaler, Herbert (Hrsg.): Integration in Österreich. Innsbruck: Studienverlag, S. 123-142.
- Pott, Andreas (2001): Der räumliche Blick - Zum Zusammenhang von Raum und städtischer Segregation von Migranten. In: Gestring, Norbert/Glasauer, Herbert/Hannemann, Christine/Petrowsky, Werner/Pohlan, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2001 - Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich, S. 57-74.
- Pratt, Geraldine (2000): Participatory Action Research. In: Johnston, Ronald J. et al. (Hrsg.): The dictionary of human geography. Oxford [u.a.]: Blackwell, S. XVII, 958 S.
- Pratter, Marlies (2014): "Es geht darum, die Welt zu verändern". Interview mit Luzenir Caixeta und Rubia Salgado. Online unter: <http://www.migrazine.at/artikel/es-geht-darum-die-welt-zu-veraendern> (abgerufen am 30.09.2014).
- Pries, Ludger (2001): New Transnational Social Spaces. International Migration and Transnational Companies in the Early Twenty-First Century. London: Routledge.
- Primrose, D./Harvey, David (2013): CONTESTING CAPITALISM IN THE LIGHT OF THE CRISIS: A CONVERSATION WITH DAVID HARVEY. In: Journal of Australian Political Economy. Jg., H. 71, S. 5-25.
- Quatember, Wolfgang/Felber, Ulrike (2005): Zeitgeschichte Museum Ebensee. Katalog zur Dauerausstellung, Ebensee 2005. Online unter: <https://memorial-ebensee.at/website/index.php/de/geschichte/18-salzkammergut-1938-45/16-historische-bedingungen-skg> (abgerufen am 02.03.2017).
- Rana, Pranaya SJB (2014): Migration as metaphor. Power relations are inherent in any experience of migration. Online unter: <http://www.ekantipur.com/2014/02/26/oped/migration-as-metaphor/385898.html> (abgerufen am 20.05.2015).
- Reason, Peter/Bradbury, Hilary (2008): Handbook of action research: Participative inquiry and practice. In. London: Sage.
- Reid, Colleen/Frisby, Wendy (2007): Continuing the journey: Articulating dimensions of feminist participatory action research. In: Reason, Peter/Bradbury, Hilary (Hrsg.): Handbook of action research: Participative inquiry and practice. London: Sage, S. 93-105.
- Rigoni, Isabelle (2005): Challenging Notions and Practices: The Muslim Media in Britain and France. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 31. Jg., H. 3, S. 563-580.

- Robins, Kevin/Aksoy, Asu (2001): From spaces of identity to mental spaces: lessons from Turkish-Cypriot cultural experience in Britain. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 27. Jg., H. 4, S. 685-711.
- Römhild, Regina (2007): Alte Träume, neue Praktiken: Migration und Kosmopolitismus an den Grenzen Europas. In: Forschungsgruppe, *Transit Migration* (Hrsg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript, S. 211-222.
- Römhild, Regina (2011): Global Heimat. Der Alltag junger Migranten in den Widersprüchen der Einwanderungsgesellschaft. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Heck, Gerda/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft: VS Verlag für Sozialwissenschaften*, S. 21-32.
- Rösch, Heidi (2011): *Deutsch als Zweit- und Fremdsprache*. Berlin: Akademie Verlag.
- Rose, Nicholas (2000): Community, Citizenship, and the Third Way. In: *American Behavioral Scientist*, 43. Jg., H. 9, S. 1395-1411.
- Ruhrmann, Georg/Shooman, Yasemin/Widmann, Peter (2016a): Einleitung - The Media as Agents and Objects of Social Change in Immigration Societies. In: Ruhrmann, Georg/Shooman, Yasemin/Widmann, Peter (Hrsg.): *Media and Minorities. Questions on Representation from an International Perspective*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9-12.
- Ruhrmann, Georg/Shooman, Yasemin/Widmann, Peter (Hrsg.) (2016b): *Media and Minorities. Questions on Representation from an International Perspective*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Sager, Alex (2016): Methodological Nationalism, Migration and Political Theory. In: *Political Studies*, 64. Jg., H. 1, S. 42-59.
- Sales, Rosemary (2007): *Understanding Immigration and Refugee Policy: Contradictions and Continuities*. Bristol: Policy Press.
- Salgado, Rubia (2013): Mehrsprachig aber monolingual? "Deutsch als Zweitsprache" als Feld kritischer Bildungsarbeit. In: *Kurswechsel*. Jg., H. 1, S. 51-61.
- Salgado, Rubia (2015): *Aus der Praxis im Dissens*. Wien/Linz: Transversal Texts.
- Sarikakis, Katharine (2011): Access denied: the anatomy of silence, immobilization and the gendered migrant. In: *Ethnic and Racial Studies*, 35. Jg., H. 5, S. 800-816.
- Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab - Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: Dt. Verl.-Anst.
- Sassen, Saskia (1996): *Migranten, Siedler, Flüchtlinge - Von der Massenauswanderung zur Festung Europa*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Sassen, Saskia (2007): *A sociology of globalization*. New York, NY [u.a.]: Norton.
- Sassen, Saskia (2012): *Cities in a world economy*. Thousand Oaks, Calif. [u.a.]: Pine Forge Press.
- Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.) (2000a): *Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.) (2000b): Migranten und Medien neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scheibelhofer, Paul (2011): Intersektionalität, Männlichkeit und Migration – Wege zur Analyse eines komplizierten Verhältnisses. In: Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hrsg.): Intersectionality Revisited: Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld: Transcript, S. 149-173.
- Schicha, Christian (2010): Kritische Medientheorien. In: Weber, Stefan (Hrsg.): Theorien der Medien. Von der Kulturkritik bis zum Konstruktivismus. Konstanz: UVK-Verl.-Ges., S. 104-123.
- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der „unternehmerischen Stadt“. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main 1960 – 2010. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schön, Donald A. (1983): The reflective practitioner : How professionals think in action. New York: Basic Books.
- Schön, Donald A. (1990): Educating the reflective practitioner. San Francisco: Jossey-Bass.
- Schruiff, Franjo (1999): Minderheiten in den Medien: Inhalt oder Verkleidung? Stimme von und für Minderheiten, pp. 8-9.
- Schuster, Liza (2011): Dublin II and Eurodac: examining the (un)intended(?) consequences. In: Gender, Place & Culture, 18. Jg., H. 3, S. 401-416.
- Shah, Meera Kaul/Guijt, Irene (1998): Waking Up to Power, Conflict and Process. In: Shah, Meera Kaul/Guijt, Irene (Hrsg.): The myth of community : gender issues in participatory development. London: Intermediate Technology Publications, S. 1-23.
- Sheikh, Simon (2004): Anstelle der Öffentlichkeit? Oder: Die Welt in Fragmenten. Online unter: http://eipcp.net/transversal/0605/sheikh/de/#_ftn2 (abgerufen am 23.06.2017).
- Shumow, Moses (2012): Immigrant journalism, ideology and the production of transnational media spaces. In: Media, Culture & Society, 34. Jg., H. 7, S. 815-831.
- Sinclair, John/Cunningham, Stuart (2000): Go with the Flow. Diasporas and the Media. In: Television & New Media, 1. Jg., H. 1, S. 11-31.
- Skutnabb-Kangas, Tove (1988): Multilingualism and the Education of Minority Children. In: Skutnabb-Kangas, Tove/Cummins, James (Hrsg.): Minority education: from shame to struggle. Clevedon, Avon: Multilingual Matters, S. 9-44.
- Skutnabb-Kangas, Tove/Cummins, James (Hrsg.) (1988): Minority education: from shame to struggle. Clevedon, Avon: Multilingual Matters.
- Small, Stephen A./Uttal, Lynet (2005): Action-Oriented Research: Strategies for Engaged Scholarship. In: Journal of Marriage and Family, 67. Jg., H. 4, S. 936-948.
- Smith, Michael Peter (2002a): Power in Place: Retheorizing the Local and the Global. In: Eade, John/Mele, Christopher (Hrsg.): Understanding the City: Contemporary and Future Perspectives. Malden, Mass.: Wiley-Blackwell, S. 109-130.

- Smith, Neil (2002b): *New Globalism, New Urbanism: Gentrification as Global Urban Strategy*. In: *Antipode*, 34. Jg., H. 3, S. 427-450.
- Soeffner, Georg Hans (2004): *Auslegung des Alltags - Der Alltag der Auslegung. Zur wissenssoziologischen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik*. Stuttgart: UTB.
- Somekh, Bridget/Zeichner, Ken (2009): *Action research for educational reform: remodelling action research theories and practices in local contexts*. In: *Educational Action Research*, 17. Jg., H. 1, S. 5-21.
- Spindler, Susanne (2011a): *Statt Integrationsgipfel: In den Niederungen des Verständnisses von Integration in Politik, Wissenschaft und Medien*. In: Hertzfeldt, Hella/Angerjäv, Jane (Hrsg.): *Geschlecht – Migration – Integration*. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 10-21.
- Spindler, Susanne (2011b): *Wer hat Angst vor Mehmet? Medien, Politik und die Kriminalisierung von Migration*. In: Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hrsg.): *Die Vermessung der sozialen Welt: Neoliberalismus – Extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283-294.
- Spivak, Gayatri (1992): *Thinking academic freedom in gendered post-coloniality*. Cape Town: Univ.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1993): *Outside in the Teaching Maschine*. New York/London: Routledge.
- Spivak, Gayatri Chakravorty/Harasym, Sarah (1990): *The post-colonial critic: interviews, strategies, dialogues*. New York u.a.: Routledge.
- Springsits, Birgit (2015): *"Nein, das kann nur die Muttersprache sein." Spracherwerbsmythen und Linguizismus*. In: Thoma, Nadja/Knappik, Magdalena (Hrsg.): *Sprache und Bildung in Migrationsgesellschaften. Machtkritische Perspektiven auf ein prekariertes Verhältnis*. transcript Verlag Bielefeld, S. 89–108.
- Statistik Austria (2017): *Land Oberösterreich. Aktuelle statistische Eckdaten*. Online unter: <http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetstatistik/InternetStatistikSuchen1.jsp?regionalauswahl=Bezirk&kategorie=eckdaten&art=&kartenSel=0> (abgerufen am 20.03.2017).
- Stobbe, Holk (2004): *Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Interne Migrationskontrollen und die Handlungsspielräume von Sans Papiers*. Universitätsverlag Göttingen.
- Strasser, Sabine (2003): *Beyond Belonging: Kulturelle Dynamiken und transnationale Praktiken in der Migrationspolitik "von unten"*. Habilitationsschrift Thesis, Universität Wien, Universität, Wien.
- Strasser, Sabine (2014): *Post-Multikulturalismus und "repressive Autonomie": sozialanthropologische Perspektiven zur Integrationsdebatte*. In: Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (Hrsg.): *Kultur, Gesellschaft, Migration.: Die reflexive Wende in der Migrationsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 41-67.
- Strauss, Anselm (1987): *Qualitative analysis for social scientists*. Cambridge [Cambridgeshire]/New York: Cambridge University Press.

- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1997): *Grounded theory in practice*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Strübing, Jörg (2002): Just do it? Zum Konzept der Herstellung und Sicherung von Qualität in grounded theory-basierten Forschungsarbeiten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54. Jg., H. 2, S. 318-342.
- Strübing, Jörg (2004): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tálos, Emmerich (Hrsg.) (1993): *Sozialpartnerschaft – Kontinuität und Wandel eines Modells*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Taylor, Peter (1995): World cities and territorial states: The rise and fall of their mutuality. In: Knox, Peter/Taylor, Peter (Hrsg.): *World Cities in a World System*. Cambridge UK: Cambridge University Press, S. 48-62.
- Thien, Hans-Günter (2015): Klassen in der aktuellen Diskussion. In: *Kurswechsel*. Jg., H. 4, S. 6-17.
- Thoma, Nadja/Knappik, Magdalena (2015): Sprache und Bildung in Migrationsgesellschaften. Machtkritische Perspektiven auf ein prekariertes Verhältnis. Eine Einführung. In: Thoma, Nadja/Knappik, Magdalena (Hrsg.): *Sprache und Bildung in Migrationsgesellschaften. Machtkritische Perspektiven auf ein prekariertes Verhältnis*. transcript Verlag Bielefeld, S. 9-23.
- Tobler, Stefan (2010): *Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit*
- Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa, Edited by Tobler, Stefan. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Tomic, Patricia (2013): The Colour of Language: Accent, Devaluation and Resistance in Latin American Immigrant Lives in Canada. In: *Canadian Ethnic Studies*, 45. Jg., H. 1, S. 1-21.
- Torre, Maria/Fine, Michelle (2006): Participatory Action Research (PAR) by Youth. In: Sherrod, Lonnie (Hrsg.): *Youth Activism: An International Encyclopedia*. Westport: CT:Greenwood Publishing Group, S. 456-462.
- Tracy, Rosemarie (2014): Mehrsprachigkeit: Vom Störfall zum Glücksfall. In: Krifka, Manfred/Błaszczak, Joanna/Leßmöllmann, Annette/Meinunger, André/Stiebels, Barbara/Tracy, Rosemarie/Truckenbrodt, Hubert (Hrsg.): *Das mehrsprachige Klassenzimmer. Über die Muttersprachen unserer Schüler*. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, S. 13-33.
- Transit Migration, Forschungsgruppe (Hrsg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript.
- Treibel, Annette (2011): *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*. Weinheim [et. al]: Juventa-Verl.
- Tsianos, Vassilis (2010): Zur Genealogie und Praxis des Migrationsregimes. In: *Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst*. Jg., H. Frühling 2010, S. 22-24.

- Van Avermaert, Piet (2009): Fortress Europe? Language policy regimes for immigration and citizenship. In: Hogan-Brun, Gabrielle/Mar-Molinero, Clare/Stevenson, Patrick (Hrsg.): Discourses on language and integration. Critical perspectives on language testing regimes in Europe. Amsterdam [u.a.]: Benjamins, S. 15-44.
- Van Hear, Nicholas (2010): Theories of Migration and Social Change. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 36. Jg., H. 10, S. 1531-1536.
- Vassallo, Maria Luisa/Telles, Joao (2006): Foreign language learning in-tandem: Theoretical principles and research perspectives. In: The ESPecialist, 25. Jg., H. 1, S. 1-44.
- Vertovec, Steven (1999): Conceiving and Researching Transnationalism. In: Ethnic and Racial Studies, 22. Jg., H. 2, S. 447-462.
- Vlasic, Andreas (2004): Die Integrationsfunktion der Massenmedien. Begriffsgeschichte, Modelle, Operationalisierung. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Vlasic, Andreas/Brosius, Hans-Bernd (2002): "Wetten dass..." - Massenmedien integrieren? Die Integrationsfunktion der Massenmedien: Zur empirischen Beschreibbarkeit eines normativen Paradigmas. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 93-109.
- Volkshilfe Oberösterreich (2017): Anlauf-Stellen für Integration und Vielfalt. Online unter: <https://www.volkshilfe-ooe.at/erwachsene/wohnen/reki/> (abgerufen am 22.04.2017).
- Wadsworth, Yoland (1998): What is Participatory Action Research? Online unter: <http://www.aral.com.au/ari/p-ywadsworth98.html> (abgerufen am 27.04.2013).
- Wandruszka, Mario (1979): Die Mehrsprachigkeit des Menschen. München: Piper.
- Weber, Stefan (2010): Systemtheorien der Medien. In: Weber, Stefan (Hrsg.): Theorien der Medien. Von der Kulturkritik bis zum Konstruktivismus. Konstanz: UVK-Verl.-Ges., S. 189-206.
- Weischenberg, Siegfried/Kriener, Markus (1998): Journalistik: Medienkommunikation - Theorie und Praxis. 1. Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Weish, Ulli (2015): Qualitätsvernichtung. Österreichischer Journalismus zwischen Boulevardisierung und Prekarisierung. In: Kurswechsel, 3/3015. Jg., S. 7-14.
- Weiss, Anja (2005): Comparative Research on Highly Skilled Migrants or: Can qualitative interviews be Used in Order to Reconstruct a Class Position? in Research Network "Qualitative Methods" at the 7th Conference of the ESA "Rethinking Inequalities". Torun (Polen), 9-12 September 2005.
- Wellgraf, Stefan (2008): Migration und Medien. Wie Fernsehen, Radio und Print auf die Anderen blicken. Berlin [u.a.]: LIT.
- Wessler, Hartmut (1999): Öffentlichkeit als Prozeß. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung. Opladen [u.a.]: Westdt. Verl.

- Wessler, Hartmut/Peters, Bernhard/Brüggemann, Michael/Königslöw, Katharina Kleinen-von/Sifft, Stefanie (Hrsg.) (2008): *Transnationalization of public spheres*. New York: Palgrave Macmillan.
- Wessler, Hartmut/Rinke, Eike Mark (2016): Journalismus und Politik. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: Wiesbaden, S. 639-653.
- Wiedemann, Thomas (2014): Pierre Bourdieu. Ein internationaler Klassiker der Sozialwissenschaft mit Nutzen für die Kommunikationswissenschaft. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 62. Jg. (2014), S. 83-101. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 62. Jg., S. 83-101.
- Wiener SPÖ (2012): Wiener Positionen zum Zusammenleben. Online unter: <http://www.wien.spoe.at/wiener-positionen-zum-zusammenleben> (abgerufen am 23.09.2014).
- Wilding, Raelene (2006): 'Virtual' intimacies? Families communicating across transnational contexts. In: *Global Networks*, 6. Jg., H. 2, S. 125–142.
- Wimmer, Andreas/Glick Schiller, Nina (2002): Methodological Nationalism and Beyond: Nation-State Building, Migration and the Social Sciences. In: *Global Networks*, 2. Jg., H. 4, S. 301-334.
- Winter, Rainer/Kutschera-Groinig, Sonja (2010a): Perspektiven demokratischer Öffentlichkeiten im Netz. In: *Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*. Bielefeld: Transcript, S. 89-110.
- Winter, Rainer/Kutschera-Groinig, Sonja (2010b): Transnationaler Aktivismus zivilgesellschaftlicher Bewegungen. In: *Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*. Bielefeld: Transcript, S. 111-142.
- Wonka, Erich/Laburda, Erich (2010): Methodisches. Stadtregionen 2001 - Das Konzept. Online unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/index.html (abgerufen am 21.07.2015).
- Woodin, Jane (2010): Cultural categorisation: what can we learn from practice? An example from tandem learning. In: *Language and Intercultural Communication*, 10. Jg., H. 3, S. 225-242.
- Yildiz, Erol (2006): Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft. In: Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): *Massenmedien, Migration und Integration*. Wiesbaden: VS - Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-52.
- Yildiz, Erol (2016): Postmigrantische Perspektiven auf Migration, Stadt und Urbanität. In: Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (Hrsg.): *Migration, Stadt und Urbanität*. Wiesbaden: Springer VS, S. 19-33.
- Yuval-Davis, Nira (1997): Women, citizenship and difference. In: *Feminist Review*. Jg., H. 57, S. 4-27.
- Yuval-Davis, Nira (2006a): Belonging and the politics of belonging. In: *Patterns of Prejudice*, 40. Jg., H. 3, S. 196-213.
- Yuval-Davis, Nira (2006b): Intersectionality and Feminist Politics. In: *European Journal of Women's Studies*, 13. Jg., H. 3, S. 193–209.

13 ANHANG

13.1 Fragen für die ExpertInneninterviews

HAUPTTEIL

PROJEKT/ORGANISATION

- Vorstellung des eigenen Projekts
- Beschreibung der Organisation

REGION

- Organisationsstruktur der Region
- Migrantische Strukturen in der Region
- Vernetzung mit MigrantInnen und anderen Organisationen in der Region
- Konkurrenz zwischen den Organisationen

WISSEN

- Welches Wissen fließt in die Organisation/Projekt ein?
- Wissensstrukturen
- Migrantisches Wissen?
- Vermittlung von Wissen?

POSITIONIERUNG

- Verortung in Begriffen: Integrativ, antirassistisch, feministisch usw.?

ALLTAG

- Umgang mit MigrantInnen
- Antagonismen in der Region
- Umgang mit Mehrsprachigkeit

ABSCHLUSS

- Was brauchen MigrantInnen im Umgang mit Sprache in der Region?

13.2 Fragen für Einzel- und Gruppeninterviews

HAUPTTEIL

PROJEKT

- Wie habt ihr vom Projekt gehört? Warum machen Sie beim Projekt mit? Was ist Ihre Motivation? Was hat Sie dazu bewegt?
- Was hat das Projekt verändert?
- Was ist der Unterschied zu Kursen?

LERNPARTNERSCHAFTEN

- Was passiert in den Lernpartnerschaften?
- Die Rollen als Lehrende als auch als Lernende wechseln. Wie geht es Ihnen dabei?
- Für viele TeilnehmerInnen war der Aufbau einer sozialen Beziehung Beweggrund für eine Lernpartnerschaft. D.h., abseits von technischen Methoden des Spracherlernens rückt das Projekt das soziale Sprachlernen in Vordergrund. Glauben Sie, dass die Methode aufgegangen ist?
- Hat ihre Lernpartnerin Migrationserfahrung? Welche Rolle spielt es, dass Sie und Ihre LernpartnerInnen so unterschiedliche Biographien und Rechte haben?
- Das Projekt zielt auf emanzipatorische Sprachlernmethoden. Waren für Sie Prozesse der (Selbst-)Emanzipation erkennbar?

RADIO

- Das Projekt wird vom FRS begleitet. Welche Rolle spielt FRS beim Lernen oder in Ihrem Alltag?
- Wie gehen Sie insgesamt mit Medien um?
- Würden Sie das Angebot von FRS nehmen und eine Sendung mitgestalten?

REGION

- Wie würden Sie die Region beschreiben? Wie ist der Umgang mit MigrantInnen und mit Mehrsprachigkeit?

ALLTAGSSITUATIONEN

- Wie gehen die Leute mit einsprachigen Institutionen um? Wer leistet die Übersetzungsarbeit?
- erinnern Sie sich an Situationen, wo mehrsprachige Leute zum Deutschreden aufgefordert wurden? Was ist da passiert?

ABSCHLUSS

- Was brauchen MigrantInnen im Umgang mit Sprache in der Region?

13.3 Informationsmaterial zu ESPRIS



erwachsenenbildung.at
Das Portal für Lehren und Lernen Erwachsener

Projektnetzwerk

ESPRIS – Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut

Laufzeit: 1.2.2012-30.6.2014

Ziele

Die generelle Zielsetzung besteht darin, emanzipative Konzepte des Spracherwerbs für die Region Salzkammergut zu entwickeln und die regionale Zusammenarbeit zu stärken. MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen werden in ihrem (Sprach-)Lernen unterstützt und erweitern ihren beruflichen, gesellschaftlichen und sozialen Handlungsspielraum.

Die Ziele im Detail:

- Innovative Sprachlernangebote für die Region entwickeln, erproben und adaptieren
 - Lernpartnerschaften – Paare unterschiedlicher Erstsprache lehren die eigene und lernen die andere Sprache
 - Radio-Sprachlernsendungen – Mehrsprachigkeit im Radio
- Erweiterung des gesellschaftlichen und politischen Handlungsspielraums für MigrantInnen im Sinne des Community Developments
- Erweiterung der interkulturellen Kompetenz
- Unterstützung der Medienkompetenz
- Antirassismus stärken und Schaffung neuer Lernorte durch das Einbinden von Kommunen
- Begleitung durch wissenschaftliche ExpertInnen

Fördergeber

bm:ukk, ESF



Projektträger und -partner

Projektträger

Bildungszentrum Salzkammergut
Webereistraße 300, 4802 Ebensee
Ansprechperson: Claudia Loidl
Tel: 06133-6185-0 oder
0699/ 17 77 50 27
E-Mail: c.loidl@bildungszentrum-skg.at
URL: <http://www.bildungszentrum-skg.at>
oder <http://www.espris.at>

Schwerpunkte

Teilprojekt „Gemeinsam Sprache lernen – Lernpartnerschaften“

- Grundlagenarbeit und Recherche
- Erstellung eines Curriculums inkl. Rahmenbedingungen und Formularen
- Durchführung von 2 Durchläufen mind. mit je 10 Lernpaaren inkl. Akquise, Matching und Zielvereinbarungen
- Organisation und Durchführung von begleitenden Veranstaltungen
- Laufende Lernbegleitung und Information
- Dokumentation

Teilprojekt „Gesamtkoordination“

- Koordination der Entwicklungspartner
- PR und Öffentlichkeitsarbeit
- Durchführung einer Abschlussveranstaltung
- Berichtswesen und Dokumentation

Projektpartner

Steirische Volkswirtschaftliche
Gesellschaft
8010 Graz, Freiheitsplatz 2/3
Ansprechperson: Dr. Peter Härtel
Tel: 0316/83 02 60
Fax: 0316/81 47 73
E-Mail: ph@stvg.com
URL: <http://www.stvg.com>

Schwerpunkte

- Modellentwicklung zur berufsbezogenen Basisbildung für Jugendliche am Übergang Schule – Arbeitswelt
- Pilotierung „QualiCoach Basisbildung“ zur Unterstützung von Jugendlichen am Übergang Schule – Arbeitswelt



Projektpartner

COMMIT – Community Medien Institut für
Weiterbildung, Forschung und Beratung
9135 Bad Eisenkappel, Lobnik 16
Ansprechperson: Mag. Helmut Peissl
Tel: 0650/ 49 48 773
E-Mail: hp@commit.at
URL: <http://www.commit.at>

Schwerpunkte

*Teilprojekt „Sprachlernen im Radio –
Entwicklung des sprachwissenschaftlich/
didaktischen Grundkonzepts“*

- Recherche und Studie zu good practice Erfahrungen im Bereich Sprachenlernen im Radio im europäischen Umfeld
- Durchführung eines Konzeptionsworkshops
- Erstellung des Grundkonzepts
- Peer-Group zur Evaluierung der Sendungen

Projektpartner

Verein Freies Radio
Salzkammergut (FRS)
4820 Bad Ischl, Lindaustraße 28
Ansprechperson: Mario Friedwagner
Tel: 06132/25690-35
E-Mail: mario.friedwagner@freiesradio.at
URL: <http://www.freiesradio.at>
URL: <http://www.vhsktn.at>

Schwerpunkte

*Teilprojekt „Sprachfrequenzen – A Host in
Translation“*

- Umsetzung des Grundkonzepts
- Produktion von 20 Radiosendungen (Sprachkurse)
- Akquise von mehrsprachigen SendungsmacherInnen
- Radioworkshops für teilnehmende SendungsmacherInnen
- Aufbau eines Weblogs

Projektpartner

Universität Wien
Institut für Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft
1180 Wien, Schopenhauerstr. 32
Ansprechpersonen: Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ
Johanna Dorer u. Mag.^a Assimina Gouma
Tel: 01/4277-48337
E-Mail: johanna.dorer@univie.ac.at
URL: <http://www.univie.ac.at>

Schwerpunkte

*Teilprojekt „Mehrsprachigkeit und nicht-
kommerzielle Medien“*

- Kritische Forschungsarbeit zum Thema Umgang mit Sprache und Mehrsprachigkeit
- Analyse der strukturellen Bedingungen rundum Migration, Mehrsprachigkeit und Medien
- Einbindung der MigrantInnen und deren Migrationsbiografie in Form von Gruppen- und ExpertInneninterviews
- Evaluierung

Nähere Informationen: <http://www.espris.at>

14 DANKSAGUNG

Forschen und Schreiben ist immer ein kollektiver Prozess. Damit meine ich nicht nur die zahlreichen Werke und AutorInnen, die in dieser Arbeit zitiert sind, sondern auch jene Menschen, Arbeitsgruppen und Institutionen, die sich nicht als „Quellen“ zitieren lassen.

Dank der Drittmittelfinanzierung durch das ESF und BMUKK und der Infrastruktur der Universität Wien bzw. des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft war es möglich, ESPRIS als gemeinsames Projekt mit dem *Bildungszentrum Salzkammergut*, dem *Freien Radio Salzkammergut* und *Community/Medien/Institut (COMMIT)* durchzuführen. Ich bedanke mich bei den ProjektpartnerInnen, die mich eingeladen haben, beim Projekt mitzuwirken und für die wertvollen inhaltlichen Beiträge im Rahmen meiner Arbeit.

Die Zusammenarbeit mit den ESPRIS-TeilnehmerInnen hat die Forschungsarbeit maßgeblich beeinflusst. Unsere Begegnungen gestalteten wir trotz der Unterschiede, der Nähe und der Distanz zwischen uns stets mit gegenseitigem Interesse, Empathie und Vertrauen. Es gab Differenzen und Solidarität, Verständnis und Kritik. Ich möchte mich für die gemeinsamen Gespräche und Erfahrungen auch an dieser Stelle dafür bedanken.

Eine Reihe von kritischen WissenschaftlerInnen und AktivistInnen haben beim Projekt mitgewirkt. Petra Neuhold, Johanna Dorer und Lisa Blasch haben das Konzept, die theoretische Arbeit und die empirische Forschung begleitet und mitgestaltet. Ilker Ataç, Gergana Mineva, Radostina Patulova, Judith Purkarthofer, Rubia Salgado, Vina Yun wie auch einige der ESPRIS-TeilnehmerInnen und –Kolleginnen haben mal in konfliktreichen, mal in harmonischen und auf jeden Fall in Bezug auf die Lesarten stets agonistischen Interpretationstreffen mich darin unterstützt, das umfangreiche Datenmaterial zu bewältigen. Bei Johanna Dorer, Katharina Sarikakis und Wolfgang Duchkowitsch möchte ich mich dafür bedanken, dass sie viel Geduld und Verständnis als BetreuerInnen und MentorInnen gezeigt haben. Die Forschungsgruppe „Kritische Migrationsforschung“ [KriMi] ist zudem seit 2006 ein wichtiger Ort, um gemeinsam Wissen über kritische Fragestellungen und Aktivismus in der Migrationsforschung zu erarbeiten.

Petra, Paul, Vina, Margit, Bettina, Stelios, Angelika, Mandeep, Sabine, Ulli, Rado, Julia, Gerd, Marion, Nic, Oliver und viele mehr haben auf unterschiedliche Weise dazu beigetragen, dass diese Dissertation abgeschlossen wird. Πάντα μαζί μου είναι στις σκέψεις μου η φίλη μου Λιλίκα Γιαννικάκη και η γιαγιά μου Βάγια Θεοδοσίου. Θα ήθελα πολύ να είναι ακόμα κοντά μου.

15 ABSTRACT (DEUTSCH)

Die Dissertation ist das Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung des Projekts „Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut“ (ESPRIS). ESPRIS fand zwischen 2012 und 2014 im Bezirk Gmunden mit dem Ziel statt, Sprachlernpartnerschaften und mehrsprachige Radiosendungen in der Region zu organisieren. Die zentrale Forschungsfrage der Begleitforschung lautete: was tragen Projekte wie ESPRIS dazu bei, um einen selbstermächtigenden Umgang mit Medien, Mehrsprachigkeit und Migration zu unterstützen? Ausgehend von 21 qualitativen Interviews (Einzel-, Gruppen- und ExpertInneninterviews) setze ich mich einerseits mit den Erfahrungen und Strategien der ESPRIS-TeilnehmerInnen mit Linguizismus und Mehrsprachigkeit und andererseits mit den lokalen Verhältnissen auseinander.

ESPRIS ermöglichte ein pädagogisches Verhältnis, das eine postmigrantische Perspektive relativer Autonomie beim Sprachenlernen erprobte. Die Medienarbeit, die Tandems und die Begleitforschung waren Räume, wo die Erfahrungen mit Mehrsprachigkeit und Linguizismus kollektiviert wurden. Die Theorieentwicklung fokussierte auf das „hegemoniale Harmonieprojekt“ als Schlüsselkategorie, um anpassende und widerständige Strategien von AkteurInnen und Institutionen im Umgang mit Mehrsprachigkeit in der Region zu verstehen. Ein Anliegen, um das *hidden curriculum* – das Verfestigen sozialer Ungleichheiten – des hegemonialen Harmonieprojekts zu durchbrechen und die Kollektivierung oppositioneller Stimmen zu unterstützen, sind, neben partizipativen Aktionen auch Veränderungen bei den regionalen institutionellen AkteurInnen anzugehen.

16 ABSTRACT (ENGLISCH)

My thesis is based upon research conducted within the project “Emanzipatorische Sprachlernmethoden im Salzkammergut” (ESPRIS – Emancipatory Language Learning Methods in Salzkammergut). ESPRIS took place between 2012 and 2014 in the Austrian region of Gmunden. The idea of ESPRIS was to promote local multilingualism by organising and coordinating tandem learning and multilingual radio programs. The core research question was: What is the contribution of projects like ESPRIS for supporting self-emancipative approaches to media, multilingualism and migration? Based on 21 qualitative interviews – with individuals, groups and local experts – I analysed the experiences and strategies of ESPRIS participants with multilingualism and linguicism in relation to regional social spaces.

ESPRIS opened up a pedagogical field of relative autonomy and deployed a postmigrant approach of learning languages. Producing multilingual radio programmes, teaching and learning in tandems and the social research during ESPRIS contributed to a collectivist interpretation of the participants' experiences with multilingualism and linguicism in the region. *“Living in Harmony”* emerged as the key theoretical category and was used to understand adaptation and resistance in multilingual practices. In order to cross the *hidden curriculum* of the hegemonic harmony project – the continuum of social inequalities – institutional actors must promote participants' active involvement but also address institutional change.